SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

NOV 17 1915

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

74. Jahrgang — Jährlich 52 Hefte

Nr. 40

Die „Aktivisten" und die Sozialdemokratie Schwedens. Von Dr. Else Hildebrandt 1

Das deutsche Volkserwachen in Oesterreich. Einige Bausteine zur Geschichte des Zweibundes. Zum 7. Oktober. Von Alfred Otto Ritter von Terzi 8

Altpreußische Romantik in Polen. Von Bruno Pompecki . . . 18

Ist die Bekanntmachung des Bundesrats zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 rechtsgültig? Von Dr. Kurt Peschke . . 31

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Rechtsfragen: Der Lusitania-Fall im Urteile von deutschen Gelehrten. Von Conrad Bornhak (S. 29)

Erziehung: Turnen und Sport. Von Walther Classen (S. 30)

Sprache: Sprachschusterei. Von Dr. Fritz Roepke (S. 31)

Ausgegeben am 6. Oktober 1915

60 Pf. das Heft

Berlin SW. 11

Tempelhofer Ufer 35a

6 Mark vierteljährlich

Anzeigen-Annahme durch den Verlag der Grenzboten, Berlin SW 11, und durch alle Annoncenexpeditionen.

Anzeigen

Anzeigenpreis 60 Pf. die 3 gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum.

GERMANIA

Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin

Lebensversicherung mit ärztlicher Untersuchung mit und ohne Einschluss der **Invaliditätsgefahr.**

Sicherheitsfonds:
433.2 Millionen Mark

Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung mit durchweg **garantierten** Leistungen.

Aussteuerversicherung :: Leibrentenversicherungen :: Unfall- u. Haftpflicht-Versicherung

Hervorragend günstige Bedingungen in allen Geschäftszweigen der Gesellschaft.
Prospekte und jede weitere Auskunft kostenfrei.

Unterrichts-Anstalten

Badischer Schwarzwald.

Erziehungsheim (Realschule) von Dr. Plähn, Waldkirch i. Breisgau.

Einzige Privatschule in Baden und den Reichslanden, die (seit 1874) das Recht hat, selbst Zeugnisse über die wissenschaftl. Befähigung ihrer Schüler zum einj.-freiw. Militärdienst (Reife f. Obersekunda) auszustellen. Beste Empfehl. von Deutschen im In- und Ausland. **Dr. Plähn.**

Höh. Handelsschule

Landau (Pfalz)

(Städt. subv., unter Staatsaufsicht stehende Fachschule.) **Pensionat** Jahresklassen für Knaben und Jünglinge im Alter von 12—20 Jahren. Kaufmännische Ausbildung bis zur Einjährigenprüfung. Halbj. Handelskurse f. junge Leute v. 16—30 Jahren. Ausbildung bis zur kaufmännischen Selbständigkeit. Ausf. Prosp. durch **Direktor A. Harr.**

v. Hartungsche Anstalt

Cassel-Wilhelmshöhe

Vorbereitung für alle Schul- und Notexamina, besonders Fähnrichexamen. — Prospekt durch den Direktor **K. Topf.**

Sachsen-Altenburg.

Technikum Altenburg

Ingen.-, Techniker-, Werkmeister-Abteilg. Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau. 5 Laborat.

Programm frei.

Vorbereitungsanstalt

für das Einjährigen-, Prima- und Abiturientenexamen zu

Bückeburg

(Unter staatlicher Aufsicht.) Kleine Klassen. Familieninternat. Prospekt.

Die Militär-Vorbereitungsanstalt zu Gross-Lichterfelde, Ringstrasse 105

bereitet seit 1904 besonders auf die **Fähnrichprüfung** u. Prüfung für **Prima** vor, sowie Offizierprüfung unter Anleitung des Oberstleutnants z. D. Zwenger. Unterricht durch **7 Professoren** und **2 Oberl.** in kleinen Klassen. Prospekt frei.

Hempel, Professor, früher langjähriger Lehrer im Cadettenkorps.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg.

Gymnasial-Realklassen. Erfolgreicher Übertritt in **Prima u. Sekunda** (7./8. Kl.). **Ausländerklassen. Modern** bewährte Einrichtungen. **Sport. Spiel. Gr. eig. Spielfeld.** Wandern. Fluss- und **Hallenbäder.** Werkstätte. **Gartenarbeit. Verständnisvoll empfohl. Familienheim** i. eigener Villa. **Keine** Schlafsäle. **Einzelbehandlung. Verkürzte** Unterrichtsstunden. Förderung **körperl. Schwacher** und **Zurückgebliebener.** Aufgaben unter Anleitung i. tägl. **Arbeitsstunden.** Prüfungsergebnisse. **Prospekt d. d.** Direktion. — **Seit 1900: 247 Einjährige; 165 Primaner** (7./8. Kl.).

vorm. **Dr. Fischersche Vorbereitungsanstalt**

Leit.: Dr. Schünemann, **Berlin W 57, Zietenstr. 22-23,** für alle Militär- u. Schul-Examina. Empfehlungen aus ersten Kreisen, **hervorragende Erfolge, altbewährte Lehrer.** In 26½ Jahr. best. 4256 Zögl.: 389 Abit. (73 Dam.), 299 Prim. (11 Dam.), 33 Seekad., 13 Kad., 2820 Fahnenj., 495 Einjährige, 207 l. höh. Kl.; bereit. erfolgreich zu allen Notprüf., auch Kriegsfreiwillige, die übertreten wollen, und invalide Offiziere zur Reifeprüfung vor.

Deutscher Wille Der Kunstwart

Herausgeber: Ferd. Avenarius

„Helft mit an der Bildung eines Deutschen Willens der Gebildeten und ihrer Verantwortung Bewußten, damit für den Frieden auch die großen inneren Errungenschaften dieses Krieges dem Deutschtum erhalten bleiben!" Das soll es sagen, wenn der Kunstwart, der während des Krieges als Kulturwart noch eine besondere Bedeutung errungen hat, seinen neuen Jahrgang „Deutscher Wille" nennt. Der Kunstwart erscheint während des Krieges zum ermäßigten Preise von 3 M. vierteljährlich. ◆ Probehefte unentgeltlich

Kunstwart-Verlag Georg D. W. Callwey / München

Die Grenzboten

74. Jahrgang. Viertes Vierteljahr

Die

Grenzboten

Zeitschrift für
Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber
Georg Cleinow

74. Jahrgang

Viertes Vierteljahr

Berlin
Verlag der Grenzboten G. m. b. H.
1915

RV30
3'(

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1915. Viertes Vierteljahr

Heft Seite

Politik, Geschichte, Kolonialwesen, Militär

Arbeiterschaft, Die englische — und die Wehrpflicht, von W. von Massow 42, 65
Baltischen, Stärke und Macht des Deutschtums in den — Provinzen, von Dr. K. Stavenhagen 48, 263; 49, 295; 50, 340
Baumwolle als Bannware, von Wilhelm L. Ehlers 41, 57
Beschlagnahme, Die — des feindlichen Privatvermögens, von Dr. jur. Brewe 46, 193
Binnenmeerpolitik in den Ozeanen, von Dr. Karl Mehrmann 45, 161
Bulgaren, Das Bildungswesen der — im nationalpolitischen Existenzkampf, von Dr. Alfred Mann 44, 143
Dänische, Die neue — Verfassung 41, 39
Englische, Die — Arbeiterschaft und die Wehrpflicht, von W. von Massow 42, 65
Gagern, Friedrich von —, ein Prophet des Weltkrieges, von Dr. Prof. Adolf Hasenclever 52, 393
Hohenzollern, Die — und die akademische Jugend. Zum 21. Oktober, von Prof. Dr. Paul Szymank 42, 72
Humanitätsgedanke und Volkstum, von Dr. Paul Feldkeller 41, 33
Josephine, Der Kaiserin — Aufstieg, von Prof. Dr. Willi Müller 48, 274
Josephine, eine Märtyrerin auf dem Kaiserthrone, von Prof. Dr. Willi Müller . . . 52, 403
Islam, Die politischen Beziehungen zwischen Christentum und —, von Prof. Dr. Conrad Bornhak 48, 257
Jungtürkische, Das — Programm, von N. Honig 43, 97
Krieges, Ein Kapitel zur Entstehungsgeschichte des —, ... 52, 685
Kriegstagebuch . . 42, 93; 44, 157; 47, 254; 51, 381
Nachrichtendienst, Deutscher —, von O. Sperber 42, 78
Niederlande, Wie das Deutsche Reich die — verlor, von Otto Cartellieri . . 44, 134; 45, 167; 46, 197
Österreich, Das deutsche Volkserwachen in —. Einige Bausteine zur Geschichte des Zweibundes, von Alfred Otto Ritter von Terzi 40, 8
Österreich, Serbien und — vor einem Jahrhundert, von Spiridion Gopcevic 51, 253
Russischen, Die — Finanzen 50, 321
Rußland, Der Feind der Menschheit, von Dr. Carl Jentsch 43, 124
Rußland, Die deutsche Studentenschaft in — vor dem Ausbruch des Weltkrieges 1914, von Prof. Dr. Paul Szymank 46, 206
Rußland, Die innere Lage in —. 47, 225
Rußland, Ministerwechsel in — 44, 129
Schwedens, Die „Aktivisten" und die Sozialdemokratie —, von Dr. Else Hildebrandt . 40, 1
Serbien und Österreich vor einem Jahrhundert, von Spiridion Gopcevic 51, 253

Volkswirtschaft, Verwaltung, Sozialwesen

Elektrotechnik, Aufgaben der — im Kriege, von Oberingenieur Lajos Steiner 46, 233
Ernährung, Krieg und —, von Prof. Dr. R. Rosemann 50, 332
Finanzen, Die russischen —, ... 50, 321
Heimarbeit, Die — als Invaliden- und Witwenbeschäftigung? von Dr. Buez 49, 306
Kriegsbeschädigtenfürsorge: Die Zurückführung Kriegsbeschädigter ins tätige Leben als letztes Ziel der — von Dr. W. Warstat 46, 214
Lohnarbeiterschaft, Der Weltkrieg und die Lage der — in Europa, von Heinrich Göhring . 45, 176
Wohnungsnot, Die kommende —, von Dr. Buez 43, 112

Rechtsfragen, Bildung und Erziehung, Kirche

Akademische, Die Hohenzollern und die — Jugend. Zum 21. Oktober, von Prof. Dr. Paul Szymank 42, 72
Bulgaren, Das Bildungswesen der — im nationalpolitischen Existenzkampf, von Dr. Alfred Mann 44, 143
Gerichte, Ist die Bekanntmachung des Bundesrats zur Entlastung der — vom 9. September 1915 rechtsgültig? von Dr. Kurt Peschke 40, 27
Geschichtlichen, Zur Neuverteilung des — Lehrstoffes, von Dr. phil. B. Knütgen 43, 103
Hochschule, Zeitung und —, von Karl d'Ester 47, 241
Privatvermögens, Die Beschlagnahme des feindlichen —, von Dr. jur. H. Brewe . . 46, 193
Studentenschaft, Die deutsche — in Rußland vor dem Ausbruch des Weltkrieges 1914, von Prof. Dr. Paul Szymank 46, 206
Turnen und Sport, von Walther Classen . . 40, 30

Kulturgeschichtliches, Länder-, Völker- und Sprachenkunde

Baltischen, Stärke und Macht des Deutschtums in den — Provinzen, von Dr. K. Stavenhagen 47, 263; 48, 295; 50, 340

318006

Heft Seite

Fremdwörter, Der Kampf der Deutschen gegen die —, von Prof. Dr. Kießmann 43, 120
Kirche, Der Einfluß der — auf Kunst und Schule in Rußland, von Peter Miljukoff, überf. von Dr. phil. Karl Nötzel 51, 369
Niederländische, Das — im Sprachunterricht, von Dr. Diekmann 52, 400
Rußland, Der Einfluß der Kirche auf Kunst und Schule in —, von Peter Miljukoff, überf. von Dr. phil. Karl Nötzel 51, 369
Sachsen-Koburg-Gotha, Englisches Blut im Hause —?, von Dr. Ernst Devrient . . . 46, 220
Soldatensprache, Nochmals: Die heutige — ein Vorschlag zu ihrer Sammlung, von Prof. Karl Bergmann (vergl. den Aufsatz in Nr. 82 d. J.) 45, 187
Sprachschusterei, von Dr. Fritz Roepke . . . 40, 31

Literatur, Kunst, Philosophie

Ästhetik, Aus der modernen —, von Privatdozent Dr. K. Oesterreich 49, 316
Geibels, Aus Emanuel — Schülerzeit. Mit einem Brief und neunzehn ungedruckten Jugendgedichten. Zum 17. Oktober, von Prof. Stoll 41, 45; 42, 85
Humanitätsgedanke und Volkstum, von Dr. Paul Feldkeller 41, 33
Romantik, Altpreußische — in Polen, von Bruno Pompecki 40, 18

Novellen, Romane, Gedichte

Bulgarien nach fünfzig Jahren, von Elsbeth Friedrichs 51, 375
Dereinst, von Reinhard Weer 51, 374
Deutschland, von Ernst Ludwig Schellenberg 43, 111
Herbstabend in Flandern, von Roderich Ley . 50, 351
Musik, von Fritz Köpp 47, 248
Sonnenaufgang, von Fritz Köpp 44, 156
Wir Gesegneten, von Hans Bauer 41, 38

Bücherbesprechungen

Ein „B" anstelle der Seitenzahl bedeutet: Bücherliste im Anzeigenteil des betr. Heftes.

Bardt, Carl: Römische Charakterköpfe (Dr. Walther Janell) 47, 249
Becker, Prof. C. H.: Deutschland und der Islam (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) . . . 44, 152
Becker, Prof. C. H.: Deutsch-türkische Interessengemeinschaft (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 153
Berolzheimer, Fritz: Moral und Gesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts (K. J.) . . 47, 251
Besch, Otto: Engelbert Humperdinck (Dr. R. Hohenemser) 48, 286
Birnbaum, Dr. Nathan: Den Ostjuden ihr Recht! . . . . . 44, B
Birt, Theodor: Römische Charakterköpfe (Dr. Walther Janell) 47, 249
Bonn, Prof. M. J.: Veröffentlichungen der Handelshochschule München, „Balkanfrage" Heft 1—10 (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) . 44, 154
Brunswig, A.: Das Grundproblem Kants. Eine kritische Untersuchung und Einführung in die Kantphilosophie (Dr. Paul Feldkeller) 52, 413
Consentius, Dr. Ernst: Bürgers Gedichte. Kritisch durchgesehene und erläuterte Ausgabe . . . . . 45, B
Delitzsch, Friedrich: Die Welt des Islam (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 151
Dendrino, Dr. Grigore: Bosporus und Dardanellen (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) . . 44, 153
Der Lusitania-Fall im Urteile von deutschen Gelehrten (Conrad Bornhak) 40, 29
Domaszewski, Alfred von: Geschichte der römischen Kaiser (Dr. Walther Janell) . . . 47, 250
Dörfler, Peter: Der Weltkrieg im schwäbischen Himmelreich (Dr. Fritz Roepke) 45, 192
Dresdner, Albert: Die Kunstkritik (Dr. R. Sch.) 47, 253
Dreyer, Max: Der deutsche Morgen. Das Leben eines Mannes (Dr. Fritz Roepke) . 45, 191
Eisler, Rudolf: Der Zweck, seine Bedeutung für Natur und Geist (Dr. Paul Feldkeller) 52, 411

Heft Seite

Everth, Erich: Von der Seele des Soldaten im Felde. Bemerkungen eines Kriegsteilnehmers . . . . . 48, B
Fendrich, Anton: Kriegs- und Friedenskalender für den deutschen Feldsoldaten, Bürger und Landsmann auf das Jahr 1916 . . . . 50, B
Friedrich, Rudolf: Die Befreiungskriege 1813—1815 (W.) 43, 126
Fritz, Georg: Die Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß . . . . . 44, B
Galli, Dr. Gottfried: Dschihad (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 151
Gesundbrunnen, Kalender des Dürerbundes für 1916 . . . . . 51, B
Grothe, Dr. Hugo: Länder und Völker der Türkei Heft 1—9. (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 148
Grothe, Hugo: Deutschland, die Türkei und der Islam (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) . . 44, 153
Harbou, Thea von: Der unsterbliche Acker (Dr. Fritz Roepke) 45, 191
Hell, Joseph: Die Religion des Islams (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 151
Hofer, Klara: Das Schwert im Osten (Dr. Fritz Roepke) 45, 192
Jäckh, Dr. Ernst: Deutsche Orientbücherei Band 1—5 (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) . 44, 150
Jäckh, Dr. Ernst: Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) . 44, 153
Jäckh, Dr. Ernst: Der aufsteigende Halbmond (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 154
Joites, Franz: Die Vlamen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volkstum (Dr. X.) . . . 41, 62
Kampffmeyer, Prof. Dr. Georg: Nordwestafrika und Deutschland (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 154
Keller, Otto: Tschaikowsky (Dr. R. Hohenemser) 48, 285
Kruse, E. R.: A. Lortzing (Dr. R. Hohenemser) 48, 284
Künzelmann, Ferdinand: Spionen (Dr. Fritz Roepke) 45, 192
Lienhard, Friedrich: Der Einsiedler und sein Volk (Dr. Fritz Roepke) 45, 191
Lindner, Dr. Edwin: R. Wagner über Tannhäuser. Aussprüche des Meisters . . . . 46, B
Müller-Freienfels, Richard: Psychologie der Kunst. Vergl. den Aufsatz: Aus der modernen Ästhetik (Dr. K. Oesterreich) 49, 316
Müller-Freienfels, Richard: Poetik. Vergl. den Aufsatz: Aus der modernen Ästhetik (Dr. K. Oesterreich) 49, 320
Neißer, Arthur: Giuseppe Verdi (Dr. R. Hohenemser) 48, 285
Österreichische Bibliothek (Hanns Martin Elster) von der Pfordten, Freiherr H.: Beethoven (Dr. R. Hohenemser) 47, 252 48, 286
Pilz, Traugott: Ein Reiterlied. Erzählung . 50, B
Schäfer, Dr. Karl Anton: Die deutsch-türkische Freundschaft (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) . 44, 153
Schinz, Max: Die Anfänge des französischen Positivismus. Erster Teil: Die Erkenntnislehre (Dr. Paul Feldkeller) 52, 115
Schmitz, Eugen: Orlando di Lasso (Dr. R. Hohenemser) 48, 283
Scholz, Dr. Hans: Hektor Berlioz. Lebenserinnerungen, ins Deutsche übertragen und herausgegeben (Dr. R. Hohenemser) . . . 48, 287
Schöttler, Horst: Zwischen zwei Kriegen 1870—1914 (Dr. Fritz Roepke) 45, 191
Schwedens auswärtige Politik in der Beleuchtung des Weltkrieges. Vergl. den Aufsatz: Die „Aktivisten" und die Sozialdemokratie Schwedens (Dr. Else Hildebrandt) . . . 40, 1
Segel, Binjamin: Der Weltkrieg und das Schicksal des jüdischen Volkes. Vergl. den Aufsatz: Der Feind der Menschheit (Dr. Carl Jentsch) 43, 124
Sexau, Richard: Blut und Eisen (Dr. Fritz Roepke) 45, 192
Sieghart, Dr. Rudolf: Zolltrennung und Zolleinheit (H. M.) 41, 62
Steinitzer, Max: Richard Strauß (Dr. R. Hohenemser) 48, 284
Sternfeld, R.: Richard Wagner „Was ist deutsch?" Schriften und Dichtungen des Meisters . . . . . 46, B

Heft Seite

Storch, Karl: Vom feldgrauen Buchhändler. Stimmungsbilder, Briefe und Karten . . 52, 8
Sucher, Rosa: Aus meinem Leben (Dr. R. Hohenemser) 48, 288
Sydow, Dr. Eckart von: Der Gedanke des Idealreichs in der idealistischen Philosophie von Kant bis Hegel (Dr. Paul Feldkeller) 52, 414
Thode, Henry: Luther und die deutsche Kultur (Heinrich Reuß) 41, 63
Trampe, L.: Kampf um die Dardanellen (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 153
Tschudi, Rudolf: Der Islam und der Krieg (Dr. jur. Kurt Ed. Imberg) 44, 152
Winzer, Elisabeth: Louis Ferdinand, Prinz von Preußen (Dr. R. Hohenemser) . . . 48, 285

Mitarbeiter-Verzeichnis

Bauer, Hans: Wir Gesegneten 41, 38
Bergmann, Prof. Dr. Karl: Nochmals: Die heutige Soldatensprache — ein Vorschlag zu ihrer Sammlung 45, 187
Bornhak, Prof. Dr. Conrad: „Der Lusitania-Fall im Urteile von deutschen Gelehrten" . 40, 29
— Die politischen Beziehungen zwischen Christentum und Islam 48, 257
Brewe, Dr. jur. H.: Die Beschlagnahme des feindlichen Privatvermögens 46, 193
Buez, Dr.: Die kommende Wohnungsnot . . 43, 112
— Die Heimarbeit als Invaliden- und Witwenbeschäftigung? 49, 306
Cartellieri, Otto: Wie das Deutsche Reich die Niederlande verlor . . 44, 134; 45, 167; 46, 197
Claffen, Walther: Turnen und Sport . . . 40, 30
d'Esther, Karl: Zeitung und Hochschule . . . 47, 241
Devrient, Dr. Ernst: Englisches Blut im Hause Sachsen-Koburg-Gotha? 46, 220
Diekmann, Dr. H.: Das Niederländische im Sprachunterricht 52, 400
Ehlers, Wilhelm L.: Baumwolle als Bannware 41, 57
Elster, Hanns Martin: „Österreichische Bibliothek" 47, 262
Feldkeller, Dr. Paul: Humanitätsgedanke und Volkstum 41, 33
— Philosophische Neuerscheinungen (Sammelbericht) 52, 411
Friedrichs, Elsbeth: Bulgarien nach fünfzig Jahren 51, 375
Göhring, Heinrich: Der Weltkrieg und die Lage der Lohnarbeiterschaft in Europa . . 45, 176
Gopcevic, Spiridion: Serbien und Österreich vor einem Jahrhundert 51, 253
Hasenclever, Prof. Dr. Adolf: Friedrich von Gagern, ein Prophet des Weltkrieges . . 52, 393
Hildebrandt, Dr. Else: Die „Aktivisten" und die Sozialdemokratie Schwedens 40, 1
H. M.: „Zolltrennung und Zolleinheit" von Dr. Rudolf Sieghart 41, 62
Hohenemser, Dr. R.: Neue Bücher über Musik (Sammelbericht) 48, 288
Honig, R.: Das jungtürkische Programm . . 43, 97
Imberg, Dr. jur. Kurt Ed.: Kriegsliteratur IV. Die Türkei und der Islam 44, 148
Janell, Dr. Walther: Gestalten aus Alt-Rom (Sammelbericht) 47, 249
Jentsch, Dr. Carl: Der Feind der Menschheit 43, 124

Heft Seite

K. J.: „Moral und Gesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts" von Fritz Berolzheimer . . 47, 251
Kießmann, Prof. Dr.: Der Kampf der Deutschen gegen die Fremdwörter 43, 120
Knütgen, Dr. phil. B.: Zur Neuverteilung des geschichtlichen Lehrstoffes 43, 103
Köpp, Fritz: Sonnenaufgang 44, 156
— Musik 47, 248
Ley, Roderich: Herbstabend in Flandern . . 50, 351
Mann, Dr. Alfred: Das Bildungswesen der Bulgaren im nationalpolitischen Existenzkampf 44, 143
Massow: W. von: Die englische Arbeiterschaft und die Wehrpflicht 42, 65
Mehrmann, Dr. Karl: Binnenmeerpolitik in den Ozeanen 45, 161
Miljukoff, Peter: Der Einfluß der Kirche auf Kunst und Schule in Rußland 51, 369
Müller, Prof. Dr. Willi: Der Kaiserin Josephine Aufstieg 48, 274
— Eine Märtyrerin auf dem Kaiserthrone . 52, 403
Nötzel, Dr. phil. Karl: Der Einfluß der Kirche auf Kunst und Schule in Rußland, von Peter Miljukoff (Übers.) 51, 369
Roepke, Dr. Fritz: Sprachschusterei 40, 31
Rosemann, Prof. Dr. R.: Krieg und Ernährung 50, 332
Oesterreich, Privatdozent Dr. K.: Aus der modernen Ästhetik 49, 316
Peschke, Dr. Kurt: Ist die Bekanntmachung des Bundesrates zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 rechtsgültig? . . 40, 27
Pompecki, Bruno: Altpreußische Romantik in Polen 40, 18
Reuß, Heinrich: „Luther und die deutsche Kultur" von Henry Thode 41, 63
Roepke, Dr. Fritz: Der Krieg im Roman (Sammelbericht) 45, 191
R. Sch.: „Die Kunstkritik" von Albert Dresdner 47, 253
Schellenberg, Ernst Ludwig: Deutschland . . 43, 111
Sperber, O.: Deutscher Nachrichtendienst . . 42, 78
Szymank, Prof. Dr. Paul: Die Hohenzollern und die akademische Jugend. Zum 21. Oktober 42, 72
— Die deutsche Studentenschaft in Rußland vor dem Ausbruch des Weltkrieges 1914 . 46, 206
Stavenhagen, Dr. K.: Stärke und Macht des Deutschtums in den baltischen Provinzen 48, 263; 49, 295; 50, 340
Steiner, Oberingenieur Lajos: Aufgaben der Elektrotechnik im Kriege 47, 233
Stoll, Prof.: Aus Emanuel Geibels Schülerzeit. Mit einem Brief und neunzehn ungedruckten Jugendgedichten. Zum 17. Oktober 41, 45; 42, 85
Terzi, Alfred Otto Ritter von: Das deutsche Volkserwachen in Österreich. Einige Bausteine zur Geschichte des Zweibundes . . 40, 8
W.: „Die Befreiungskriege 1813—1815" von Rudolf Friedrich 43, 126
Waitat, Dr. W.: Die Zurückführung Kriegsbeschädigter ins tätige Leben als letztes Ziel der Kriegsbeschädigtenfürsorge 46, 214
Weer, Reinhard: Dereinst 51, 374
X. Dr.: „Die Flamen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volkstum" von Franz Josses 41, 63

UNIV. OF CALIFORNIA

Die „Aktiviſten“ und die Sozialdemokratie Schwedens

Von Dr. Elſe Hildebrandt

Nachdem die Leſer der „Grenzboten“ in Nr. 36 und Nr. 39 durch Hauptmann Ernſt Liljedahl die in den liberalen Kreiſen Schwedens gangbaren Anſchauungen kennen gelernt haben, dürfte es für ſie von Intereſſe ſein, einiges aus der Gedankenwelt der extremen Richtungen zu erfahren. Die Schriftleitung

In einem früheren Hefte der Grenzboten (Nr. 17 d. J.) wurde die Stellung der ſchwediſchen Sozialdemokratie zum Weltkrieg ſchon einmal im allgemeinen charakteriſiert. Noch immer iſt die Haltung des Parteiführers Hjalmar Branting mit ſeiner Preſſe und der Zahl ſeiner Anhänger ententefreundlich zu nennen. Noch immer ſpielen bei der Bekämpfung der Sympathien für Deutſchland Schlagworte, wie der „deutſche Militarismus“, der „preußiſche Abſolutismus“ und der „Einfall in Belgien“ eine große Rolle. Immer wieder bemüht man ſich in dieſen Kreiſen, auf Deutſchland als den Urheber des Kriegsausbruchs hinzuweiſen. Ein Teil der liberalen und der ſozialdemokratiſchen ſchwediſchen Preſſe läßt keinen Weg unverſucht, um zu zeigen, daß Rußland nicht mehr als das Land der Gewaltherrſchaft anzuſehen iſt, ſondern als die Monarchie, die ſich in Zukunft ſicher zu freiheitlichen Zuſtänden in Geſetzgebung und Verwaltung entwickeln wird. Dieſe Darlegungen wagte man, obgleich man die Vergewaltigung der finniſchen Selbſtverwaltung und die Verſchleppungen nach Sibirien zugeben mußte. Neben ſolchen Ausführungen ſcheut man keine Mittel, um nachzuweiſen, daß die ruſſiſche Gefahr in Wirklichkeit nicht exiſtiert, ſondern nur in den Köpfen der „Aktiviſten“ lebt. Der Herausgeber der ententefreundlichen ſchwediſchen liberalen Zeitung, „Dagens Nyheter“, bringt drei Aufſätze des Herausgebers Karlgren. Er berichtet von ſeinen Unterredungen mit Saſanow und dem Dumapräſidenten Rodsjanko, die ihm Rußlands warme Gefühle für Schweden verſicherten. Sie erzählten ihm von der Bewunderung, die man für die Ziviliſation und den hohen

moralischen Stand des schwedischen Volkes in Rußland hege. Eine Zeitung in Mittelschweden leitet die Wiedergabe dieser Gedanken mit den ironischen Worten ein: „Die Liebe der Russen zu den Schweden ist ja historisch, gerade so wie ihre unvergleichliche Ehrlichkeit in allen politischen Dingen."

Daß man es bei dieser Art von Beweisführung mit der Logik nicht sehr genau nimmt, kann weiter nicht wundernehmen. Der Verfasser des Leitartikels im Social-Demokraten vom 7. September zum Beispiel gibt Vandervelde Recht, wenn er Rußland folgendermaßen charakterisiert: Rußland ist das Rätsel unter den Kulturstaaten; alles ist dort möglich, das politisch Rechte und das Unrechte. Alles befindet sich dort in wildem und freiem Wachstum. Diesem Rußland stellt er Deutschland gegenüber, in dem alles klar und vorher berechnet ist, in dem alles nach vorher aufgestelltem Programm abläuft. In Rußland ist die Revolution nicht unmöglich, da die Reaktion so mächtig ist. In Deutschland jedoch kann man die innerpolitischen Verhältnisse (das heißt den Sieg der Reaktion) voraussehen. Selbstverständlich wird auch hier wieder nicht versäumt, zu beweisen, daß Rußland keine Schuld am Ausbruch des Weltkrieges trifft.

Mit wahrer Leidenschaft hat sich ein Teil der Sozialdemokraten und der liberalen Kreise auf das Gerücht eines russisch-deutschen Separatfriedens gestürzt. War dies doch nur allzu willkommen, um Stimmung gegen Deutschland zu machen und die Unmöglichkeit eines Eingreifens Schwedens in den Weltkrieg zu beweisen.

Mit welcher Einseitigkeit das Stockholmer Parteiblatt deutsche Verhältnisse schildert, geht aus einer Reihe von Artikeln hervor, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands während des Krieges beleuchten. Ist der Verfasser wirklich ein Deutscher, wie die Redaktion angibt, so ist sein Mangel an wirklicher Einsicht in die Dinge um so bedauerlicher. Welche falschen Vorstellungen erweckt der Artikelschreiber in dem Leserkreise mit den Worten: Alle wichtigen Eingriffe in das wirtschaftliche Leben sind von der Regierung und der Militärverwaltung ausgegangen. Der Reichstag ist bei der Regelung der Organisation fast gänzlich unbeteiligt. Weder bei der Lösung der Lebensmittelfrage noch bei der Organisation der Industrie hat er in erheblicher Weise mitgewirkt. Es wird für ihn sehr schwer sein, nach dem Kriege größeren Einfluß zu gewinnen .... Wäre nicht notwendig gewesen zur Vervollständigung des Bildes, das der Verfasser gibt, hinzuzufügen, daß zu einer ganzen Reihe von Verordnungen die Anregung von den Vertretern der Arbeiterschaft ausgegangen sind, daß die Regierung sie zu den Beratungen hinzugezogen hat, und daß die Gewerkschaften vielfach gemeinsam mit den Unternehmern vorgegangen sind? Hätte er diese Erscheinungen in seinen Betrachtungen berücksichtigt, so wäre er wohl nicht zu dem Ergebnis gelangt, daß die Arbeiterklasse durch die Kriegspolitik geschwächt wird. Im Gegensatz zu diesen Auslassungen wird sicherlich die Denkschrift nicht enttäuschen, die von den Mitgliedern des Stockholmer sozialen Amtes über die Ergebnisse ihrer deutschen Studienreise in nächster Zeit erscheinen wird.

In Anbetracht seiner Informationen aber kann man es dem Stockholmer „Social-Demokraten" nicht verdenken, wenn er die Veröffentlichungen des Buches von Wigfors „Världskriget och Världsfreden" (Der Weltkrieg und der Weltfrieden) mit Freuden begrüßt hat. Der Lunder Nationalökonom sucht in diesem zweibändigen Werke Deutschlands Stellung zum Weltkrieg auf andere Weise zu beleuchten, als es in den vielen Werken, die während des Krieges in Schweden erschienen sind, und deren Autoren zu Deutschland hinneigen, geschah. Um zu beweisen, daß Deutschland nicht unschuldig an dem Ausbruche des Krieges ist, bringt er eine Anzahl deutscher Auslassungen, die zum Kriege aufmunterten. Wigfors geht nicht immer sehr glücklich vor, wenn er beweisen will, wie der Haß gegen die Feinde in dem deutschen Volke Wurzel gefaßt hat. Zum Beweise bringt er unter anderem die nicht sehr geschmackvolle Äußerung eines deutschen sozialdemokratischen Witzblattes, in dem ein zur Front abfahrender Soldat sagt: „Wenn ich wieder zurückkomme, Juste, darfst Du mir nichts anderes mehr vorsetzen, als Poincaréschnitzel mit Nikolaussauce. Auf etwas anderes habe ich keinen Appetit mehr." (!) Das sozialdemokratische Stockholmer Parteiblatt glaubt bei der Besprechung des Buches nur allzugerne, daß die englischen Kulturträger größere Mäßigung bei ihren Auslassungen zeigen, als die deutschen.(!)

Man kann nicht verlangen, daß alle Schweden während des Weltkrieges politisch haben denken lernen; haben doch die meisten Deutschen erst in den letzten vierzehn Monaten begriffen, was auswärtige Politik bedeutet. Mit welcher Naivität man aber noch von mancher Seite die Politik in Schweden auffaßt, zeigt die Tatsache, daß eine Anzahl Männer und Frauen in den russischen Gefangenentransporten über Schweden eine Förderung der schwedisch-russischen Annäherung sahen. Wir können die mangelnde logische Art zu argumentieren, und die Naivität, von England das Heil zu erwarten, belächeln. Wir können aber anderseits verstehen, daß Männer in Schweden durch Äußerung dieser Meinung von tiefem Schmerze erfüllt werden. Sie sehen ihr Vaterland in höchster Gefahr, wenn Politiker solcher Richtung entscheidenden Einfluß auf das Volk gewinnen, wenn schwedische Männer so weit gehen, das Schicksal des demokratischen England und Frankreich für wichtiger zu halten, als das ihres eigenen Vaterlandes. Noch heute gilt für einen Teil der Liberalen und Sozialdemokraten das Paradoxon: Schwedens auswärtige Politik gipfele in der Idee, keine auswärtige Politik zu haben. Dieser Gedankengang erklärt auch die Gleichgültigkeit gegenüber dem Verteidigungswesen, die lange Zeit die schwedische Politik beherrschte. Verschwommenes Gefühl nimmt vielfach die Stelle ein, wo kraftvolle Energie das Schicksal des Vaterlandes beeinflussen sollte.

Es kann nicht wundernehmen, daß solche Unkenntnis politischer Dinge und solcher Dogmatismus Gegnerschaft im eigenen Lager hervorruft und Andersdenkende zur genauen Formulierung ihrer Ansichten führt. Es mehren sich die sozialdemokratischen Stimmen, die gegen die Versuche Brantings und seiner Presse, die öffentliche Meinung zu vergewaltigen, auftreten. So veröffentlicht

der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Nilsson in Kabbarp eine Beurteilung der englischen Politik unter Eduard dem Siebenten. Nach seiner Auffassung tritt das Ziel, Deutschland einzukreisen, klar zutage. Ihm ist der Standpunkt der Männer unbegreiflich, die mehr Vertrauen zu der Politik der Entente haben, als zu der Bethmann-Hollwegs. Die Revanchelust der Franzosen und ihr Bündnis mit dem Zarentum sind nach seiner Ansicht die tiefen Ursachen des Weltkrieges. Auch der Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes in Mittelschweden, „Smaländska Folkblad", versteht nicht, wie in vielen sozialdemokratischen Blättern die Unterdrückung Finnlands vor dem Einfall in Belgien völlig in den Hintergrund treten konnte. Kein denkender Mensch, meint er, wird sich überzeugen lassen, daß die deutsche Barbarei russische Rohheit und Willkür übertrifft. Nicht die Freiheit kämpft im Weltkrieg gegen die Gewaltherrschaft, wie es manche Blätter darzustellen belieben, sondern mit dem halbasiatischen Rußland haben sich England und Frankreich gegen Deutschland verbündet. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete A. C. Lindblad, der Redakteur von „Ny Tid", betont dem preußischen Militarismus gegenüber nicht nur die russische Willkürherrschaft, sondern auch den französischen und englischen Militarismus. Er versteht die Haltung der deutschen Sozialdemokratie einem Feinde gegenüber, der nicht eher ruhen will, als bis das Deutsche Reich zermalmt ist. „Ny Tid" wirft ferner „Social-Demokraten" vor, daß er jede Sympathie für Deutschland als Kriegspolitik bezeichnet.

Schon seit Beginn des Krieges eröffnete Christiernson von Helsingfors aus einen lebhaften Preßfeldzug gegen Branting. Jetzt geht er so weit, dem Parteileiter vorzuwerfen, daß ihm Deutschlands Zermalmung inniger am Herzen liegt, als der Frieden.

Auf dem Grund tiefer historischer und volkswirtschaftlicher Kenntnisse haben nun verschiedene Männer mit großer Schärfe in einem anonym erschienenen Sammelwerk „Schwedens auswärtige Politik in der Beleuchtung des Weltkrieges" ihre Ansicht über Schwedens auswärtige Politik dargelegt und sich zu der Strömung in Schweden, die ihr Heil von England erwartet und eine „Neutralität um jeden Preis" wünscht, in schroffen Gegensatz gestellt. Politiker und Fachleute auf den verschiedensten Gebieten, Angehörige des Militärs, Nationalökonomen und Historiker sind an der Redaktion beteiligt. Die Lektüre des Sammelwerkes ist um so interessanter, als die Mitarbeiter allen Parteien angehören. Alle Aufsätze des Buches durchzieht ein Grundgedanke: es gibt nur einen Feind für Schweden — Rußland; nur ein Weg kann Schweden aus der Gefahr, in der es sich eben befindet, retten — der offene Anschluß an Deutschland. Erst wenn dieser vollzogen ist, hat das gemeinsame Wirken Skandinaviens, wovon sich jetzt viele so unendlich viel versprechen, einen realpolitischen Hintergrund. Ehe Schweden vom Skandinavismus spricht, muß es erst seine eigenen politischen Probleme lösen können. Es muß sein jetziges Landgebiet sichern, sein ökonomisches und politisches Selbstbestimmungsrecht bewahren, die schwedische Kultur in Finn-

land retten, ehe es sich den „Skandinavismus" als Ziel setzen kann. Mit Leidenschaft bekämpfen die Verfasser des Sammelwerkes die Ansicht, daß Schweden keine auswärtige Politik treiben dürfe. Aus seiner Geschichte hätte Schweden eigentlich lernen können, wie der Respekt vor einem Land verschwindet, das keinen eigenen Willen hat. Welche unglückselige Folgen zeitigte nicht diese Ansicht! In der verderblichsten Weise versäumte man die Reformierung des Verteidigungswesens, durch Passivität glaubte man Finnland am besten zu nutzen. Heute muß man wissen, daß Finnlands Schicksal Schwedens Schicksal ist. Nur ein selbständiges Finnland kann Schweden von der Angst befreien, von Rußland überfallen zu werden. Wie kann sich aber die Parteinahme für die unterdrückten Völker anders äußern als dadurch, daß man bereit ist, mit dem Schwerte für sie einzutreten?

Ausführlich bespricht das Buch die Verbindungen, in denen Schweden zu den einzelnen Großmächten steht: weder in Dänemark noch in Norwegen kann Schweden eine Stütze für seine Pläne finden. Die Politik Norwegens kann kaum selbständig genannt werden, ist doch ihre Entwicklung völlig von England abhängig. Auch militärisch ist Norwegen zu schwach, um zu helfen. Frankreich hat keinerlei Interesse, die russische Ausdehnung im Norden zu hindern. Aber wie ist das Verhältnis zu England? Vielfach ist die Ansicht in Schweden vertreten, daß die russisch-englische Allianz nicht von langer Dauer sein kann, und daß Schweden deshalb für die Sicherstellung seiner Zukunft die Hoffnung wieder auf England richten darf. Anderes lehrt die schwedisch-englische Geschichte: immer wenn Schweden sich auf England verließ, wurde es betrogen. Das zeigt der Verlust der Ostseeprovinzen 1719, der Finnlands 1809; England verdankt Schweden 1905 die Auflösung der Union. Sympathisiert England doch immer mit dem Selbständigkeitsbedürfnis der kleinen Staaten. England hat heute kein Bedürfnis mehr nach einem starken Schweden, denn da sich Schweden seit 1870 durch seine ökonomische und kulturelle Entwicklung immer mehr Deutschland genähert hat, betrachtet es England nicht mehr als sein Bollwerk gegen Rußland, sondern als den nördlichen Vorposten Deutschlands. Es glaubt, daß durch ein russisches Vordringen in Nordschweden Deutschland geschwächt würde. Wie leicht wäre es Rußland, England Kompensationen in Asien zu bieten. Auch aus strategischen Gründen wäre das Vorrücken Rußlands an den Atlantischen Ozean nur wünschenswert, denn wieviel leichter wäre dann in Kriegszeiten der Transport von Lebensmitteln und Kriegsbedarf. Nach eingehender Betrachtung der russisch-englischen Beziehungen kann man nur den Schluß ziehen: England muß die russischen Pläne im Osten unterstützen, wenn es den Verbündeten nicht zum Sonderfrieden mit Deutschland drängen will.

Welches Fazit kann man aus der Betrachtung der deutschen und schwedischen Lebensinteressen ziehen? Gegen alle Staaten kann Schweden seine Neutralität verteidigen, aber nicht gegen Deutschland, denn Deutschland beherrscht mit seiner Flotte die Ostsee. Ohne Deutschlands Hilfe muß Schweden in einem Kriege

mit feindlichen Landungen an seiner Küste rechnen. Mit Deutschlands Unterstützung in der Ostsee wäre Schweden die Möglichkeit gegeben, seine Armee im Norden zu konzentrieren. Wie jetzt die Verhältnisse liegen, könnte dann Rußland kaum einen Einfall in Nordschweden wagen, sondern es müßte gewärtig sein, daß schwedische Truppen in Finnland oder in die Ostseeprovinzen einrücken. Die schwedische Armee würde also bei ihrem Eingreifen gemeinsam mit dem Ostheer der Zentralmächte entweder in Kurland und Polen oder selbstständig weiter nördlich gegen den Feind kämpfen. Heute stehen Schweden genügend militärische wie ökonomische Machtmittel zur Verfügung, um in den Weltkrieg einzugreifen.

Besonderes Interesse verdient auch der letzte Teil des Buches, der den Weltkrieg als Kulturkampf behandelt, hauptsächlich in Anbetracht dessen, daß er von einem Neutralen geschrieben ist. Der Verfasser zerstört die Illusion, England und Frankreich zögen das Schwert für Demokratie und Freiheit. Unter den demokratischen Formen der beiden Staaten verbirgt sich ein oft recht unvollkommener Inhalt. Die Oligarchie, die sich in allen sozialen und politischen Organisationen in England bemerkbar macht, hat sehr wenig mit Demokratie zu tun.

Es liegt auf der Hand, daß alle die Kreise, die für Aufrechterhaltung der „Neutralität um jeden Preis" eintreten und denen die „Befriedigung der Selbstachtung Gewinn genug" ist, die Anschauungen, die in dem Werke „Schwedens auswärtige Politik" zutage treten, stark angegriffen haben. Dem Teil der Sozialdemokratie, der mit seinen Sympathien auf der Seite der Entente steht, ist die Veröffentlichung des Werkes geradezu ein Ärgernis. Die Tatsache, daß auch Sozialdemokraten zu den Verfassern des Werkes gehören, gab den Anlaß zu wütenden Hetzartikeln in sozialdemokratischen Zeitungen. Besonders das radikal-sozialdemokratische Blatt „Stormklockan" beschuldigte vier Männer an dem Buche mitgearbeitet zu haben: Steffen, der seit dem Erscheinen seiner aufsehenerregenden Bücher „Krieg und Kultur" während des Weltkrieges von der sozialdemokratischen Partei nicht mehr als einer der Ihren betrachtet wird, Larsson, Järte und Lindblad*). Diesen wurde nun von

*) „Stormklockan" ist das Parteiblatt des jungsozialdemokratischen Verbandes (Socialdemokratiska Ungdoms förbundet), das sich hauptsächlich gegenüber den Militär- und Verfassungsfragen bedeutend radikaler verhält als die sozialdemokratische Arbeiterpartei im allgemeinen. Es ist für völlige Abschaffung des Militärwesens, wofür es eifrig agitiert, und propagiert den Generalstreik; es werden ihm sogar anarchistische Tendenzen zum Vorwurf gemacht. Auf den Kongressen der sozialdemokratischen Partei kam es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten. Die Vorschläge des Jugendverbandes wurden meist abgelehnt, da die Partei auf einem weitaus gemäßigteren Standpunkt stand, so 1905, als seine Vertreter alles Militärwesen, einschließlich der allgemeinen Volksbewaffnung verwarfen. Für ihr Verhalten wurde die Parteileitung zu wiederholten Malen stark von dem Verbande angegriffen. Der Verband wollte ursprünglich in erster Linie alle jungen Menschen der Arbeiterbevölkerung über 15 Jahre organisieren, es gehören ihm aber auch zahlreiche ältere radikal Gesinnte an. Seit 1908 wurden Vertreter der jungsozialistischen Richtung in den Vorstand der großen Partei aufgenommen. In mancher Beziehung haben sich die Anschauungen der Partei der radikalen Richtung genähert, wie auch ihr Vorgehen gegen die „Aktivisten" zeigt.

der Stockholmer Arbeiterkommune — dem lokalen sozialdemokratischen Verband — die Frage gestellt, ob sie die Verfasser des Buches seien. Drei der Angegriffenen haben in ihren Antwortschreiben die Frage nicht beantwortet, widerspricht doch das Verfahren des sozialdemokratischen Vorstandes jeder Gewohnheit eines Volkes, das Denk- und Preßfreiheit länger als andere Kulturstaaten zu seinen politischen Rechten zählt. Aber alle Angegriffenen erklärten, daß sie im allgemeinen mit den Anschauungen, die in dem Werke zutage treten, sympathisieren. Die auswärtige Politik muß ihrer Ansicht zufolge über den Parteien stehen, und so können sie in keiner Weise der Arbeiterkommune ein Recht zu diesem inquisitorischen Vorgehen zuerkennen.

Mitte September trat dann die Stockholmer Arbeiterkommune zu einer Sitzung zusammen, in der die Ketzer durch Mehrheitsbeschluß aus der Gemeinschaft ausgeschlossen wurden. Der Parteivorstand, der bis zur Tagung des jeweiligen Kongresses zuständig ist, behandelte die Frage am nächsten Tage. Im Prinzip stellte er sich auf den Standpunkt, daß die „Aktivisten" aus der Partei auszustoßen seien, da ihre Anschauungen nicht mit den sozialdemokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen seien. Diese Entschließung bezieht sich auf die Mitarbeiter in dem betreffenden Buche, doch soll noch eine eingehende Untersuchung vorausgehen, ehe man die Ausweisung der „Aktivisten" vollzieht.

Das scharfe Vorgehen gegen die „Aktivisten" stieß jedoch in der sozialdemokratischen Parteipresse der Provinz vielfach auf scharfe Mißbilligung. Wollte die sozialdemokratische Partei folgerichtig vorgehen, so müßte sie alle ihre Mitglieder auf ihre aktivistischen Anschauungen hin untersuchen. Daß aber ein derartiges vexatorisches Vorgehen die Partei selber schädigen muß, liegt auf der Hand.

Das deutsche Volkserwachen in Österreich

Einige Bausteine zur Geschichte des Zweibundes

Zum 7. Oktober

Von Alfred Otto Ritter von Terzi

elten haben in der Völkergeschichte Kriege eine so nachhaltige Wandlung der staatsbürgerlichen Anschauungen gebracht wie die Napoleonischen in der deutschen Volksseele. Der Schritt vom Weltbürgertum, vom Partikularismus der Scholle zu nationaler Selbstbesinnung war ein ungeheuerer. Vorbereitet durch die Loslösung des deutschen Schrifttums von den Fesseln der Fremdherrschaft, welche Klopstock und Lessing, Goethe und Schiller inaugurierten, nahm der vorerst literarische Nationalismus nun den Höhenschwung zum nationaldeutschen Staatsideal; die äußere Sicherheit des deutschen Volkstums, die Ungekränktheit in Sprache und Sitte, die freie Selbstbestimmung, wo konnte sie eher zu Hause sein als im deutschen Volksstaate? So erwarb der zuerst rein negative Gedanke der Abwehr des Napoleonischen Zwingherrnjoches seinen positiven Inhalt. An Goethe und besonders Schiller war der deutsche Volksstolz wach geworden, mehr als irgendwo gerade in Deutschösterreich. Lange war es ja das Aschenbrödel der deutschen Stämme gewesen, abgesperrt von dem reichen Geistesleben der Nation. Der glühende Schillerkultus aber und der keine Grenzen kennende Haß gegen Napoleon erweckten auch die Ostmark aus dem nationalen Schlummer, aus dem leidigen Bekenntnishasse, der seit der Gegenreformation am Werke gewesen war, das volksbrüderliche Gefühl zu den protestantischen Deutschen zu ersticken. Die Aufklärung hatte endlich die Fesseln gesprengt, sie hatte gelehrt, die Menschen nicht als Bekenner irgendeiner Religion zu betrachten, sondern nur als Menschen, als Geschöpfe Gottes, sie hatte die deutsche Schriftsprache statt des römischen Idioms auch in der Ostmark eingebürgert und wieder den geistigen Zusammenhang mit dem außerösterreichischen Deutschtum geknüpft. Am Napoleonhasse erwachte deutscher Sinn; man hatte gesehen, daß es doch etwas anderes sei, von Volksgenossen beherrscht zu werden. Die ewigen Kontributionen, die Aufzwingung der französischen Sprache und welscher Sitten hatten das Volk aufgerüttelt und die Gebildeten vertieften ihre nationale Liebe durch Verehrung

des der Ostmark an das Herz gewachsenen Schiller; schon in den Gymnasien ahmten ihm die Jünglinge nach und an den Hochschulen war der glühende Schillerkultus noch ein eifrigerer. Der größte Dichter Deutschösterreichs hat sich an ihm emporgerankt: Franz Grillparzer. Sein Lebensbild zeigt ihn in der Jugend nach Schillers Vorbild dichten. Theodor Körner, der 1812/13 in Wien weilte, Friedrich Rückert, Max Schenkendorf und Ernst Moritz Arndt standen an der Wiege des deutschen Gedankens in Österreich; ihre Werke wirkten nicht minder national begeisternd als in Norddeutschland. Freiherr vom Stein und Gruner haben es bezeugt, daß eben damals Deutschösterreich eine Zuflucht der deutschen Patrioten war.

Von 1809 bis 1815 dauerte der Hochschwung deutschen Geistes in Österreich; Bürger und Edelmann, Arbeiter und Gewerbsmann fühlten sich als stolze Deutsche. Dieser Nationalgeist, gipfelnd in der politischen Hoffnung auf ein großes Deutsches Reich mit freiheitlichen Verfassungsformen, sollte aber durch die Einflüsterungen Rußlands bald zum Schweigen gebracht werden; man schuf den „Deutschen Bund", in dem auch Deutschösterreich vertreten war und dieser lose staatsrechtliche Zusammenhang mit den übrigen Deutschen mußte den Österreichern genügen und genügte in der Tat der Mehrheit. Nur eine geringe deutsche freiheitliche Opposition wollte weitergehende Zugeständnisse. Während im übrigen Deutschland Burschen-, Sänger- und Turnerschaft, sowie Persönlichkeiten wie Arndt, Jahn, Luden und Fries eine große nationaldeutsche Bewegung entfesseln konnten, mußte Deutschösterreich schweigen. Zwar gab es auch hier genug Leute, die mit den nationalen Bestrebungen sympathisierten, aber die große Menge blieb stumm. Der Kampf der Minderheit war ein verzweifelter, fast ein aussichtsloser; Metternich selbst unterdrückte hier mit eiserner Hand, was er „draußen" unterdrückt haben wollte. Bezeichnend dafür, daß es in Deutschösterreich auch ähnliche Freiheits- und Einheitsbestrebungen wie in Deutschland gab, ist der bisher unbekannte Versuch, auch hier die Burschenschaft zu begründen. Schon 1819 war in Prag ein solcher gemacht worden; hier gingen die burschenschaftlichen Neigungen so weit, daß man sogar Sands Attentat durch einen Kommers feiern wollte. Die Veranstalter waren Graf Franz Colloredo und Pinkas, die alsbald relegiert wurden. Noch im Frühjahr 1820 besuchten Prager offiziell die Leipziger und Jenaische Burschenschaft; aber bald waren solcherlei Bestrebungen unterdrückt. Nicht besser erging es den Wienern; hierher waren von Jena der Burschenschafter Ernst Förster und von Prag der ausgewiesene Colloredo gekommen, um im Verein mit dem Dichter Joh. Senn eine Burschenschaft aufzurichten, die 1821 die Leipziger sogar offiziell besuchte; aber die Behörde unterdrückte die „Studentenverschwörung", sperrte Senn*) dreizehn Monate, desgleichen Freiherr v. Doblhoff-Dier (den nachmaligen 1848er-Minister),

*) Senn gründete übrigens nach seiner Freilassung in Innsbruck einen Bund namens „Libera Germania". So spricht auch der Name dieses Bundes deutlich das deutschnationale Programm aus.

Graf Colloredo und Alois Fischer (später Statthalter von Salzburg und 1848er Minister) ein und wies Ernst Förster über die Grenze. Dem burschenschaftlichen Kreise standen unter anderen nahe: Schubert, Moriz von Schwind und Bauernfeld, durchaus Persönlichkeiten, die zeitlebens den deutschen Gedanken hochhielten. Der Schriftsteller von Bruchmann bezeugt in seinen „Memoiren eines alten Studenten" (Wien 1865), daß damals bereits (Winter 1819/20) der deutschnationale Gedanke die Wiener Studentenschaft erfaßt hatte: „wir prägten die großen nationalen Gedanken deutscher Einheit und zwar der absoluten Einheit des deutschen Vaterlandes unter einem einzigen Oberhaupt mit Ausscheidung der ungleichartigen Teile, wie sie damals Follenius und seine Jünger angeregt, desto tiefer unserem Gemüte ein und nährten und pflegten sie gleich einer verbotenen Leidenschaft".

Die Unterdrückung erstreckte sich nicht nur auf die Studenten, sondern auch auf die Professoren; die Wiener Hochschullehrer Weindritt und Remboldt wurden einfach abgesetzt. Es waren die ersten Märtyrer des deutschen Gedankens in Österreich. Aber die Ideen lebten fort; An. Grün, Lenau, der Heidelberger Burschenschafter wurde, predigten das Freiheitsideal und speziell die Studentenschaft war es, die den deutschvölkischen Gedanken durch die Jahrzehnte der Unterdrückung hinüberrettete, so daß er 1848 mächtig auflohte. 1848 hat ihn volkstümlich gemacht, aber noch einmal gelang es der Reaktion, ihn niederzudrücken. Doch nur für kurze Zeit! 1859 sollte er sich dauernd durchringen; der Krieg hatte ein für allemal die Unhaltbarkeit des absolutistischen Systems dargetan. Die öffentliche Meinung, so zerklüftet sie sonst sein mochte, hier war sie einer Stimme: nur die Verwirklichung der Einheits- und Freiheitswünsche konnte Rettung, Abhilfe von drückenden Mißständen bringen und nicht nur am Papier blieben diese Gedanken haften, nein, sie drangen hinaus bis in die kleinsten Dörfer, sie drangen in das Volk und wieder vertausendfacht aus dem Volk. Der italienische Krieg hatte in die Asche der alten Einheitsträume hineingeblasen; nun stoben Funken voll Nationalsehnens, ungestillten Bangens und Hoffens, Trauerns und Leidens hinein in die faule Alltagswelt mit ihren immer gleichen Alltagswünschen. Nun erhob sich alles, was Anspruch auf wahre Bildung machte, lärmte und sang, schoß und turnte seine Wünsche den tauben Fürsten in die Ohren, daß sie sich geschreckt vom Schlaf der „Gerechten" erhoben. Die Feier von Schillers hundertjährigem Geburtstag in den Novembertagen 1859 war die Erweckerin des deutschen Volksgedankens; sie ist der Ausgangspunkt der allgemeinen nationalen Bewegung der Deutschen in Österreich. Das Zeichen zur großen nationaldeutschen Kundgebung war das Absingen der Lieder: „Deutschland, Deutschland über alles!" sowie „Was ist des Deutschen Vaterland?" die solchen Jubel erweckten, daß sie vier- bis fünfmal wiederholt werden mußten. Der Festredner der „Concordia"-Veranstaltung zu Ehren Schillers, Dr. Schuselka, aber gab seiner Rede einen hellen nationalen Ton, dem Wunsche Ausdruck gebend, dieses allgemeine Volksfest, dieser Tag, den kein Mißklang trübe, und auf den die Nation mit

Recht stolz sein könne, möge eine Bürgschaft für des deutschen Volkes bessere Zukunft sein. An die letzten Worte des sterbenden Dichters gemahnend, betonte der Redner, daß dem hellsehenden Geiste Schillers noch am Totenbett die Größe und Zukunft seiner damals in tiefer Erniedrigung schmachtenden Nation vorschwebte und darum auch das seinen unsterblichen Manen geweihte Fest ein bedeutsames Zeichen des in Österreich erwachten deutschen Volksbewußtseins sei und eine günstige Vorbedeutung der erwünschten Einigung werden möge. Im Vollgefühl nationaler Begeisterung jubelte Hermann von Gilm, Tirols verfolgungsgestählter Dichter:

„Wir wollen alle Brüder sein,
An Deutschlands Brust uns schmiegen,
Am Inn und Eider, Donau, Rhein
Uns in den Armen liegen."

und jauchzend fiel der gräfliche Poet mit dem schlichtbürgerlichen Namen ein:

„Lodert ihr deutschen Herzen in Flammen,
Schlaget zu einem Brande zusammen!"

Friedrich Halm aber dichtete ein Festspiel „Vor hundert Jahren", das einen hellen nationalen Ton anschlug.

Die Zeit der deutschen Einigung nahte mit Riesenschritten. Die Schlagwörter des Jahres 1848 „Einheit und Freiheit" klangen nun den Mächtigen und Großen immer mehr in die Ohren, sie drangen aus dem phantasiegeschwängerten Grunde leichtverhallender Reden und leichtvergessener Aufsätze in das Bürgertum. Immer voller klang der Chorus der einst verfolgten deutschen Freiheitsmänner und in vollen Akkorden setzte berauschend die Einheitsharmonie aller deutschen Stämme ein; auf Turn-, Sänger-, Künstler- und Schützenfesten in großen und kleinen Städten widerhallte sie in vertausendfachem Orchester. All die konfessionellen Streitigkeiten, die Deutschland in den Bann dreihundertjähriger Zerissenheit gelockt hatten, die lächerlichen Kleinigkeiten dynastisch-partikularistischer Zänkerein hatten nun endlich aufgehört, disharmonierend die deutsche Geschichte zu durchschrillen. Schon die Proklamation Kaiser Franz Josefs hatte im Hinblick auf die französischen Bedrohungen am 28. April 1859 ganz nationale Töne angeschlagen; schon damals war das Heimatland des Chauvinismus und des Champagners jene Macht, die fort und fort Deutschland nicht zur Ruhe kommen und die Ihren das bekannte „Bis zur Rheingrenze" schreien ließ, als wäre jenseits des Rheins kein deutsches Land mehr. Freilich die Geschicke eiserner Notwendigkeit ließen bald Norditalien, dieses Grab germanischer Altvorderer, an den Feind im Westen fallen und der gallische Hahn spreizte noch mehr denn je sein schillerndes Gefieder, um sprungbereit Deutschland anzufallen, wenn es ihm beliebte.

Doch ging vorläufig die nationale Einheitsbewegung Deutschlands den geruhigen Weg der Kommerse weiter; in Österreich entstanden die lange verbotenen Turnvereine und Burschenschaften als Horte der deutschen Einheitsbewegung, deren Angehörige

seit 1860 die Ideen des „Deutschen Nationalvereines“ (Koburg) vertraten und sich ihm 1863 als Mitglieder anschlossen. In den Tagen des deutschen Fürstenkongresses (August 1863) war eine von oben sehr begünstigte Hochflut des deutschen Gedankens; deutsche Feste häuften sich, das Publikum sang begeistert deutsche Lieder und Wien prangte wiederholt in schwarz-rot-goldenem Flaggenschmucke. Die großdeutschen Dichter Rückert, Hebbel und Richard Wagner erfreuten sich in Österreich einer Beliebtheit, die sich gut neben der Schillers sehen lassen konnte. Auch die schleswig-holsteinische Bewegung faßte hier Boden; man feierte am 3. Juni 1863 Hebbel nicht nur als Verfasser der nationaldeutschen Nibelungentrilogie und als Sprecher des damals oft zitierten Wortes „Selbst die Bedientenvölker heben ihr struppig Kariatydenhaupt“, sondern als gebürtigen Holsteiner. Dieser Kommers arbeitete der schleswig-holsteinischen Bewegung äußerst wirksam vor; der Professor Lorenz von Stein und die Studenten Hößlinger und Piffl hatten die Zukunftsfrage der albingischen Herzogtümer bei der Hebbelehrung vorsichtig gestreift; so daß der Name „Schleswig-Holstein“ den gebildeten Kreisen Deutschösterreichs etwas geläufiger wurde. Die großen Körner- und Völkerschlachtfeiern verdichteten den großdeutschen Überschwang; in Österreich war damals vom Kaiser an alles großdeutsch, das heißt, es wünschte einen großdeutschen Staatenbund mit habsburgischer Spitze. Kleindeutsche gab es in Österreich seit 1848 vereinzelt, so den Historiker Springer, Hofdramaturgen Laube sowie seit 1860 die nachmaligen berühmten Professoren Wilhelm Scherer und Heinrich Brunner; dieser trat schon 1864 für die preußische Spitze in einem kleindeutschen Bundesstaate mit völkerrechtlich angeschlossenem Österreich, so wie es 1879 in Erfüllung ging, ein. Zu diesem Kreise zählten auch die Künstler Bitterlich, Eisenmenger und Griepenkerl sowie einige Turner, unter ihnen Dr. Julius Krickl. Doch der großdeutsche Überschwang ebbte ab, als der Fürstentag im August 1863 mit einem Fiasko endete, das man gemeiniglich Bismarck, damals wohl dem bestgehaßten Manne in Deutschösterreich, zuschrieb.

Für die nationale Partei war es aber nur ein Vorteil, daß die seit 1862 betriebene künstliche Züchtung des Großdeutschtums ein Ende nahm. Ende November 1863 geriet die schleswig-holsteinische Angelegenheit in Fluß; was daran Anteil nahm — und es war nicht so wenig — war augustenburgisch gesinnt; für diesen Herzog stellten die Deutschösterreicher sogar Freischaren auf, die nach preußischem Muster einexerziert wurden. Emissäre des deutschen Nationalvereins wirkten hier für den Befreiungsgedanken und bei den Turnern und Burschenschaftern fanden sie den gewünschten Anhang. Die Großösterreicher aber waren gegen eine Teilnahme Österreichs an der schleswig-holsteinischen Aktion, weil sie darin einen hervorquellenden Konflikt zwischen Preußen und Österreich ahnten. Nur die Alpenländler, unter Führung Dr. Rechbauers aus Graz, setzten sich schon aus nationalen Gründen für die Befreiung tapfer ein; im Parlament kam es zu einer vielbemerkten Szene, als der Salzburger Abgeordnete Gschnitzer rief: „Es handelt sich nicht um den Augustenburger

allein, sondern auch darum, daß die Regierung sieht, wie es unmöglich sein wird, ‚das rote Straferl', das wir Deutsche in Österreich in unserem schwarz-gelb haben, jemals daraus wegzubringen." Aber die Ironie der Geschichte wollte es, daß die Freischaren nicht in das Feld durften, während das offizielle Österreich gemeinsam mit Preußen die beiden Herzogtümer 1864 militärisch besetzte. Zu gleicher Zeit knüpften sich die Beziehungen zwischen den Turnern und Burschenschaften hüben und drüben, die wesentlich zum Erstarken der nationaldeutschen Bewegung in Österreich beitrugen. Diese anfänglich programmatisch noch unklar, gewann durch das wiederkehrende freiheitsfeindliche Regime immer mehr kleindeutschen Inhalt; einerseits der nur konstitutionell verschleierte Absolutismus, anderseits die fremdnationalen Aspirationen im Norden, Süden und Osten trieben die Ostmärker zu gesteigertem Nationalempfinden, das bewußt die Zusammenhänge mit dem übrigen Deutschtum nähren und pflegen wollte. Die Sistierung der Verfassung (20. September 1865) schuf der jungdeutschen Bewegung die besten Wurzeln. Als Gegenmittel wurde der Bismarckhaß künstlich gezüchtet, auch der Preußenhaß wuchs auf demselben Boden. Die einstige schöne Biedermeierzeit, die goldene Zeit der Bach-Händel-Gemütlichkeit und des Heurigenplauderns, der anregenden Kaffeejausen zu Hause und lockender Walzerklänge war also vorüber, endgültig vorüber und nur die ältesten Jahrgänge naschten und nippten traumverloren, wenn sie sich in die gute alte Zeit wohl nicht in anziehender Wirklichkeit, so doch beseligender Erinnerung zurückversetzten. Das neue Geschlecht, das war doch ganz anders! Da politisierten schon die grünsten Jungen über die heikelsten Fragen, die je Menschenhirne ausgesponnen, und philosophierten über Raum und Zeit hinweg. Die Alten in politischer Friedhofsruhe und Totenstille aufgewachsen, wollten von dem Krimskrams leidiger Doktorfragen nichts wissen und fluchten über die böse Zeit, die sie da aus der Beschaulichkeit allerfrohester Genußheiterkeit „herausstamperte". Die Frage der Einigung der Nation, die kümmerte sie eben nicht viel. Aber die Jungen! die waren nicht von dem schweren Blute, das eben nicht mehr mit konnte.

Da kam 1866, das Jahr des Bruderkrieges, der uns leider nicht erspart bleiben konnte. Jungösterreich hielt sich passiv, es ehrte den Schmerz der Alten, weil es wußte, das Alter mache jeden konservativ. Aber Jungösterreich, voran der Bannerträger des deutschen Gedankens in Österreich, Robert Hamerling, dachte national, allerdings nicht im friedlichen Sinne der Alten, sondern ihm zogen schon früh Ungestüm und Tatendrang den Schleier von der Zukunft Größe. Da droben in Böhmen, da östlich in Ungarn, da südlich in den welschen Gebieten und nördlich in Polen, da klang nur ein Klang, da sang nur ein Sang. Das war der nationale. Warum also sollte der Jugend rascher Sturm und Drang nicht auch in Deutschösterreich hören das tausendfache Echo, das die nationale Bewegung in Europa geweckt und es in einen Kessel brodelnder Explosivstoffe verwandelt hatte? Ohnmächtige Verneinungen richteten nichts gegen den allgewaltigen Drang der Zeit. Schimmernd stieg im Norden der mächtige Norddeutsche Bund Bismarckscher

Fügung empor, mächtig in das alldeutsche Land hineinragend wie ein Magnet, aufragend gegen fränkischen Wahnwitz. Immer enger schlossen sich die süddeutschen Teile an den nordischen Magnet. Indessen hatten die einstigen Mitglieder des Deutschen Nationalvereins in Österreich eine schwere Arbeit. Bekanntlich hatte sich diese Organisation bald nach 1866 aufgelöst und die liberale Partei gespalten in einen nationalen und demokratischen Flügel. Es war der Natur der Dinge nicht anders möglich, als daß sich die österreichischen Nationalen für das nationalliberale Programm erklärten und hier ihre Tätigkeit auf die Weckung des Nationalbewußtseins sowie auf die Hemmung jedes störenden Eingreifens der Regierung in das deutsche Einigungswerk richteten. Es war das sehr schwierig, da einerseits die österreichische Regierung durch ein recht freiheitliches Regime („Freiheit wie in Österreich!") die Süddeutschen an sich zu ketten hoffte und im Bunde mit Frankreich die „revanche pour Sadowa" in die Wege zu leiten gedachte, anderseits die Großösterreicher jeder deutschnationalen Denkungsart den Krieg erklärten und sich als Apostel der Humanität gebärdeten. Kosmopolitismus und Preußenhaß war ihr Programm; der eine hat die Deutschösterreicher ihrer Vormachtstellung in Österreich beraubt, der andere ging so weit, daß ein steirischer Notar seinen Hund — Bismarck nannte! Infolge des Mangels einer deutschen Presse waren die Nationalen auf Vereinsveranstaltungen angewiesen; in Wien, Marburg, Graz, Klagenfurt und anderen Orten bestanden sogenannte „Vereine der Deutschnationalen", die ihre Hauptaufgabe in der Erweckung eines umfassenden deutschen Nationalgefühls, Bekämpfung des unsinnigen Preußen- und Bismarckhasses erblickten. Besonders das deutsche Schützenfest in Wien im Jahre 1868 war ganz im Zeichen des Preußenhasses und gegründet auf diese Stimmung wurde im April 1870 bereits versucht, Österreich in die militärischen Netze Frankreichs zu locken. Aber die Nationalen, tüchtige Führer des österreichischen Deutschtums, wie Heinrich Brunner, Wilhelm Scherer, Franz Masaidek, Steinwender, Riehl in Graz, Friedjung in Prag und viele andere erhielten dennoch die Oberhand, als der große Krieg ausbrach. Es bleibt eine unvergeßliche Erinnerung für jeden, der diese großen Tage mitmachen durfte, wie plötzlich der Haß gegen den „Vollblutpreußen" Bismarck und dessen Schöpfung in eine ebenso glühende Verehrung umschlug. Schon unmittelbar nach Kriegsausbruch erließen die Deutschnationalen Aufrufe zur Neutralität; im Hinblick auf die dadurch gewaltig erregte deutsche Volksströmung und auf den Rat Andrassys schränkte im letzten Moment die Regierung noch die Mobilisierung der Kavalleriekaders ein und erklärte sich zur Neutralität. Trotzdem gab es eine schürende und wühlende Kriegspartei, die alle Minen springen ließ, um eine Intervention Österreichs zugunsten Frankreichs herbeizuführen. Doch waren die mit der Kriegspartei verbündeten Demokraten bereits mit den ersten einlangenden deutschen Siegesnachrichten in das Hintertreffen geraten und die Nationalen beherrschten völlig das Terrain. Die Begeisterung für Preußen-Deutschland war in der deutschen Jugend Österreichs eine un-

beschreibliche; Knaben und Jünglinge versteckten sich in den Eisenbahnwaggons, um zu den deutschen Heeren zu gelangen; in den Zeitungen klagten unglückliche Väter, daß ihnen die Söhne trotz ihres Verbots einfach durchgegangen waren. Die Hochburg des deutschen Gedankens war aber zweifellos die Wiener Universität mit dem berühmten Literarhistoriker Wilhelm Scherer an der Spitze. Am 21. Juli 1870 erließen die Wiener Universitätshörer, zumeist Burschenschafter, folgenden mir noch vorliegenden denkwürdigen Aufruf, indem es unter anderem hieß: „Die deutschen Universitäten — von jeher die eigentlichen Pflanzstätten des Nationalbewußtseins — sie zeigen sich auch jetzt wieder ihrer alten Überlieferung bewußt und würdig, und mit stürmischer Begeisterung eilt die akademische Jugend unter die deutsche Fahne. Auch wir, die Hörer der deutsch-österreichischen Hochschulen, dürfen hinter unseren Kommilitonen Deutschlands nicht zurückbleiben und sollten uns auch die staatlichen Verhältnisse nicht erlauben, unseren Arm der deutschen Sache zu widmen, so wollen wir doch unsere deutschen Stammesbrüder wenigstens im Geiste mit unseren Segenswünschen in den herrlichen Kampf begleiten und wenn ihnen Wunden geschlagen werden, so wollen auch wir unser Scherflein dazu beitragen, lindernden Balsam auf diese zu träufeln." In wenigen Tagen folgten auch die Grazer und Prager, ja die Begeisterung ging so weit, daß sich Burschenschaftler und Turner sogar in das deutsche Heer einreihen lassen wollten; freilich mußte das sowohl die österreichische Regierung als auch die preußische Botschaft ablehnen; dennoch gelangten einige Dutzend Deutschösterreicher durch „Ausreißen" in das deutsche Heer, unter anderen der nachmalige Historiker Viktor von Kraus, fünf Angehörige der Burschenschaft „Silesia", von denen einer auf dem Schlachtfelde blieb. Aber die Mehrheit mußte sich mit Demonstrationen zufrieden geben. Eine allgemeine Studentenversammlung für den 23. Juli wurde zwar verboten, worauf die Studenten im Hotel Klomser eine „gemütliche Kneipe" veranstalteten; hier gab einer ihrer Führer, ein „Silese", der Hoffnung Ausdruck, daß nun endlich ein Reich unter einem Kaiser erstehen werde. Die Hoffnung hat nicht getrogen! Schöner als das alte Barbarossareich je gewesen, ging der Traum der so lange bespöttelten Idealisten in Erfüllung. Doch wenn schon das offizielle Österreich zur Neutralität in diesem Kriege um Deutschlands Einheit gezwungen war, so fühlte mit nichten die deutsche Öffentlichkeit die Notwendigkeit, der Untätigkeit der Regierung beizupflichten, im Gegenteil bemühte sie sich, ihre deutschen Sympathien möglichst offen an den Tag zu legen. So kam es, daß eine Reihe deutscher Vereine behördlichen Behelligungen ausgesetzt war und die Sammlung von Liebesgaben für die deutschen Kriegsverwundeten verboten wurde. Man erklärte dies als Neutralitätsbruch. Schließlich ließ man sich doch zur Genehmigung der Liebesgabensammlung bewegen. Aber offene Sympathiekundgebungen mußten nach wie vor unterbleiben; so erklärte auch im Namen der deutschen Studenten der „Deutsche Volksverein", daß er „mit seinen glühenden Wünschen im deutschen Lager stehe, vollständig, rückhaltlos und unbedingt". Zugleich forderte er, „daß

die Bewahrung strenger Neutralität das mindeste sei, was die Deutschen Österreichs von der gegenwärtigen Regierung verlangen, denn ein Bündnis mit Frankreich wäre ein Verrat an dem deutschen Volke, eine Abdankung Wiens als deutsche Stadt, ein letzter Stoß auf das Selbstgefühl, den moralischen und politischen Halt der Deutschen Österreichs; es ist persönliche Pflicht jedes Deutschen beizutragen mit Wort und Tat, Gut und Blut zum Siege der deutschen Waffen". Doch sollte es auch bald zu einer gewaltsamen Lösung der Konflikte zwischen Interventionisten und Neutralisten kommen. Im Februar 1870 soll Erzherzog Albrecht — was er später ausdrücklichst in Abrede stellte — in Paris betreffs gemeinsamen Vorgehens gegen Preußen unterhandelt haben, während der französische General Lebrun im Juni 1870 nach Wien kam; aber Andrassy vermochte es im entscheidenden Kronrat dennoch durchzusetzen, daß die Neutralität erklärt wurde, obwohl preußenfeindliche klerikale dem Hofe nahestehende Kreise auf ein Eingreifen hindrängten. Kaiser Franz Josef hielt aber in Anbetracht der Stimmung seiner deutschen Untertanen ehrlich an der Neutralität fest. Das scherte aber die Preußenfeinde nicht im geringsten und in der Wiener Neuen Freien Presse nahm selbst ein hoher General gegen deren Umtriebe energisch Stellung. Als die Siege den deutschen Waffen zufielen, verdoppelten die Französlinge ihre Anstrengungen, aber das offizielle Österreich fühlte keine Lust mehr, dem abgemorschten Kaisertum Frankreich zu Hilfe zu eilen. Indessen hatte bereits die Liebesgabensammlung überraschende Resultate gezeitigt, da wurden an die Hunderttausende Kronen, Scharpie, Wundlinnen, Bekleidungsstücke usw. gespendet; Professor Wilhelm Scherer führte sein Gehalt, 150 Gulden monatlich, während der Kriegsdauer für die Zwecke des deutschen Heeres ab, Professoren und Doktoren wie Gomperz, Billroth, Ihering, Zimmermann und Scheuer widmeten große Summen und nicht die letzten Spenden stammten aus Studentenkreisen. Wie muß in den Tagen, wo sogar in den gruseligen Fünfkreuzerbibliotheken den Wienern Romane vorgelegt wurden, welche die Heldenkämpfe von Wörth, Weißenburg, St. Privat, Gravelotte, Vionville und Sedan bis Paris zum anziehenden Hintergrund hatten, in denen der bekannte Wiener Schriftsteller Ebersberg, bekannter unter dem Namen O. F. Berg und als Herausgeber des Kikeriki, den Nationalen allerdings als „armseliger Stiefelwichspatriot" verhaßt, ein Stück schrieb, dessen Held ein Berliner war und das unter dem Titel „Ein deutscher Bruder" vielmals über die Bretter ging, in einer Zeit, in der in den städtischen Redoutensälen die Pester stürmisch und unermüdlich von der Musikkapelle die „Wacht am Rhein" verlangten, wie muß in solcher Zeit das deutsche Herz hoch geschlagen haben auch im „neutralen" Österreich:

„Neutral? Nicht ganz! Das Herz hat mitgeschlagen,
Das Herz Deutschösterreichs, das deutsche Herz!"

Aber nicht nur in der Haupt- und Residenzstadt Österreichs wogte so hoch die deutsche Begeisterung, auch in der Provinz draußen wehte es wie heiliger

deutscher Geist der Gemeinbürgschaft; selbst im heiligen Lande Tirol stieg die Begeisterung von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat; die Sprache des Blutes, der Hauch tausendjähriger Zusammengehörigkeit brach sich auch in der tirolischen Bauernschaft Bahn; hochlohende Freudenfeuer trugen die Siegesbotschaften von Tal zu Tal, von Berg zu Berg und Tirols größter Dichter Adolf Pichler jauchzte voll nationaler Glut dem kommenden Alldeutschland ahndungs- und freudevoll entgegen. Dankbaren Gemüts nahm die deutsche Bevölkerung die Kunde des Umschwungs der deutschen Außenpolitik Österreichs entgegen; am 26. Dezember 1870 hatte Graf Beust im Namen Kaiser Franz Josefs an Wilhelm gedrahtet: „Das neue deutsche Reich möge ein Unterpfand bleibender Eintracht, eine Bürgschaft des Friedens sein. Der Monarch fasse die erhebenden Erinnerungen, die seine Dynastie in der glanzvollen Geschichte von Jahrhunderten mit den Geschicken des deutschen Volkes verband, nicht anders auf, als mit den wärmsten Sympathien für die fernere Entwicklung dieses Volkes und mit dem rückhaltlosen Wunsche, daß es in den neuen Formen seines staatlichen Daseins die wahren Bürgschaften einer glücklichen für seine eigene wie für die Wohlfahrt des ihm in geschichtlicher Tradition, Sprache, Sitte und Recht so vielfach verwandten Kaiserstaates gleich segensreiche Zukunft finden möge." Es waren die ersten Anzeichen der beginnenden Annäherung; das so ungeheuer stark aufgeflammte deutsche Volksbewußtsein hatte zur selben Zeit, in der die Kanonen am Rhein gesprochen und Bismarck das neue Reich aus „Blut und Eisen" zusammengeschweißt hatte, in Österreich einen unblutigen, aber doch auch bedeutungsvollen Sieg gegen das andrängende Slawentum errungen. Lange konnten sich die stark nationalen Deutschösterreicher nicht in den Gedanken hineinleben, daß sie einstweilen exiliiert bleiben und müßig abseits stehen mußten bei der Wiedererrichtung des neuen Reiches, das sich unter Bismarcks weiser Fügung aus dem Schutte des Deutschen Bundes und Gerölle verrotteter Verhältnisse glorreich erhob. Viele und nicht die Schlechtesten gaben sich der eitlen Hoffnung hin, daß Österreich zerfallen werde in einer Katastrophe, die die nationalen Wirren heraufzuführen schienen, und daß dann die acht Millionen Deutschen südlich vom Erzgebirge und den Sudeten vom Zollernreich annektiert würden. Allein „draußen" gewann die Ansicht die Oberhand, der auch Treitschke huldigte, daß ein Zerfall Österreichs nimmer im deutschen Interesse liegen könne, sondern im Gegenteil ein starkes freundnachbarliches Österreich. Dieser Ansicht gab auch Wilhelm der Erste Ausdruck, indem er sagte: „er wünsche, daß es den Deutschen in Österreich gut gehe, damit sie nicht die Köpfe nach uns wenden müßten und uns Verlegenheiten bereiten". War auch eine politische Einheit bei den waltenden historisch-geographischen Notwendigkeiten nicht zu erreichen, so pflegte man doch die geistigen Bande um so mehr. Die Volksvereine in St. Pölten, Amstetten, Steyr, Linz, Wels und Wien hatten schon im Oktober 1870 den innigsten Anschluß an Deutschland etwa in Form eines Schutz- und Trutzbundes Österreich-Deutschland gefordert und was am 3. November 1870 der

Klagenfurter „Deutschnationale Verein“ in weiser Beschränkung verlangt hatte, „ein freundnachbarliches Verhältnis beider Staaten“, ward noch 1870/71 zur vollen Wirklichkeit; nun bahnte sich jene Annäherung an, die am 7. Oktober 1879 zum Zweibund führte, der gerade in jenen Kreisen, die enthusiastisch die Errungenschaften anno 1870/71 in ihren Sedan- und Reichskommersen, den Siegesfeiern begrüßt hatten, die mächtigste Stütze fand.

Nach den langen, unseligen Zeiten des Zweifels und nagendster nationaler Sorge besteht heute der Bund Zollern-Habsburg seine Blutprobe, eben jener Bund, den alle Deutschgesinnten schon anno 1870 so sehnlich herbeiwünschten und der bereits sein Ehrenzeugnis erworben hat. Kein geringerer als der unvergeßliche, unsterbliche Scheffel hat ihn besungen in den sieg- und zukunftsfreudigen Worten:

Nachbarn sind heut, und nicht entzweit,
Die an der Donau, die am Rhein.
O mögen sie für alle Zeit
Siegreiche Waffenbrüder sein.

Altpreußische Romantik in Polen

Von Bruno Pompecki

Nach der Schlacht bei Maciejowice 1794 bildete Praga das letzte Bollwerk der Polen, das dann am 4. November unter Suworow erstürmt wurde. Warschau kapitulierte am folgenden Tage. Ein furchtbares Blutbad hatte den russischen Sieg geschändet. Alle Greuel der Warschauer Straßenschlacht hat auch jener deutsche Schriftsteller als Leutnant in russischen Diensten durchgemacht, der in unserer Literatur durch seinen „Spaziergang nach Syrakus“ (1803) berühmt geworden ist: J. G. Seume (1763 bis 1810), dem wir neben Zacharias Werner (1768 bis 1823) die zahlreichsten und wertvollsten Polengedichte jener Zeit verdanken und der unter allen, die im achtzehnten Jahrhundert literarisch für oder gegen Polen Partei nehmen, eine Mittelstellung einnimmt. Durch die dritte Teilung Polens wurde Warschau, das aus der Städtezeit her einen starken Prozentsatz deutscher Bürger besaß und unter Poniatowski Zentrum des internationalen literarischen Verkehrs gewesen war, preußisch und blieb es bis 1806, jener Ort, wohin 1775 Goethes Wetzlarer Tischgenosse August Friedrich von Goué

(1743 bis 1789) eine Wertheriade „Masuren oder der junge Werther" verlegt hatte und wo geistig hervorragende Söhne der Altpreußen-Stadt Thorn wirkten, wie z. B. Mich. Joh. Hube, seit 1782 Generaldirektor der Kadettenschule, und, als Vermittler zwischen deutscher und polnischer Literatur, der Jurist Professor Christ. Gottl. Steiner († 1814), Herausgeber einer „Polnischen Bibliothek" (1787 f.). Fast genau mit der Wende des Jahrhunderts übernahm die geistige Führung Preußisch-Polens das schön gelegene Warschau, die Hauptstadt der jüngsten Provinz, die Gelegenheit zu Genüssen aller Art bot, wo die Deutschen, die sich dort nun fanden, enger aneinander schlossen, als es wohl in der Heimat geschehen wäre, Warschau, das dann in der Geschichte unserer neuen Literatur eine nicht unbedeutende Rolle spielen sollte; denn hier, mitten in slawischem Sprachgebiet, hatte sich inzwischen eine kleine altpreußische Dichterschule zusammengefunden, bestehend aus den beiden Ostpreußen Zacharias Werner und E. Th. A. Hoffmann (1776 bis 1822) und dem Westpreußen Joh. Jak. Mnioch (1765 bis 1804) nebst seiner Gattin Maria (1777 bis 1797), die hier die Ideen der Romantik glänzend repräsentierten und auch für die Entwicklung der deutschen Polenliteratur von großer Bedeutung sind. Hier wurde am 20. März 1801 der spätere echteste aller literarischen Westpreußen geboren: Bogumil Goltz (1801 bis 1870), der einzige formlose, knorrige Autor, der etwa an den Westfalen Peter Hille unserer Zeit erinnert, Goltz, dieser Beobachter, Humorist, Skizzist, Reise- und Lebensschilderer, den man bald mit Hamann, bald mit Hippel, bald mit Jean Paul verglichen hat*).

Der Vater dieses Herzensidealisten und Sonderlings, ehemals Kriminalrat in Marienwerder, war nach der dritten Teilung Polens 1795 als Stadtgerichtsdirektor nach Warschau geschickt worden. In dem alten, als sagenhafte Geburtsstätte Königs Sobieskis berühmten Tlomackihof bewohnte er ein Haus, das die prächtigsten Anregungen zu üppigem Phantasiespiel bot .... Alle diese bunten Bilder prägten sich dem Kinde so tief ein, daß noch der fünfundvierzigjährige Mann aus solchen frühen Erlebnissen das farbenfrische „Buch der Kindheit" zusammenstellen konnte. Zuzeiten hielt sich die Familie Goltz in dem drei Meilen von der Stadt gelegenen, hübschen Landsitz Milanowek auf, den Goltz sein ganzes Leben lang nicht vergessen hat ....

Um 1800 hatte Warschau noch nichts von seiner Eigenart eingebüßt. Grelle Gegensätze boten sich: die morgenländische Üppigkeit der Jagiellonen hatte sich hier mit der französischen Eleganz der Sachsenzeit vereinigt. Zwischen den Prachtpalästen stolzer Wojewoden in italienischem Geschmack hockten armselige, schmutzige Schindelkabachen, die jeden Augenblick zusammen zu stürzen drohten, so daß dem jungen Fichte, dem späteren Philosophen der deutschen Romantik, der 1791 vom 7. bis 25. Juni in Warschau verweilte, der polnische Staat

*) Vergleiche Pompecki, Literaturgeschichte der Provinz Westpreußen, Danzig 1915, Seite 151 ff.

zum Untergange völlig reif schien, gleich einer jener baufälligen Hütten zwischen diesen zahlreichen Prachtpalais. In den Häusern mischte sich seltsam asiatischer Prunk mit grönländischem Schmutz. Wie ein Maskenzug wogte das Publikum auf den stattlich breiten Straßen in wunderlichen Kontrasten: langbärtige Juden, Mönche in allen Ordenstrachten, verschleierte Nonnen, konversierende Scharen junger Polinnen in hellfarbigen seidenen Staubmänteln, ehrwürdige alte polnische Herren mit Kaftan, Paß, Säbel, gelben oder roten Stiefeln, und das junge Geschlecht in Pariser Moden . . . Alles durcheinander: Türken, Griechen, Italiener, Russen und Franzosen. Die tolerante Polizei störte kein Volksfest, das da bestand aus kleinen Pulzinellentheatern, Vorführungen von Tanzbären, Kamelen, Affen, zwischen denen sich elegante Equipagen und beladene Packträger bewegten. . . . Es gab ein Theater in der Nationalsprache, eine gute französische Truppe, eine italienische Oper, deutsche Komödianten und originelle Redouten. So war der Ort beschaffen, in dem um diese Zeit der Königsberger Hoffmann, der „unter den Romantikern die Vermischung der Wirklichkeit und des Märchens, der prosaischen Alltäglichkeit und einer phantastischen Geisterwelt, am weitesten getrieben hat", während eines dreijährigen Aufenthaltes seine abenteuerlichen Gestalten, die in seinen tollen Geschichten spuken, beobachtet und in seine Phantasie aufgenommen hat . . .*)

Hoffmann war 1800 wegen einiger Karikaturen, die hohe Beamte auf sich bezogen, im Frühling 1802 aus Posen als Regierungsrat nach dem einsamen Plock versetzt worden, wo schon acht Jahre vorher Zacharias Werner für kurze Zeit Ruhe und Sammlung gefunden hatte**). Hier wurde auch der Satiriker Theodor Heinrich Friedrich (1776 bis 1819) aus der Neumark vier Jahre später, am 25. Mai 1804 als Rat angestellt, den Hoffmann nochmals in Berlin wieder traf und in einem Brief an Hippel dankbar als Helfer in der schlimmsten Not nennt. Auch mündlich hat er „mit einiger Auszeichnung" dieses Mannes gedacht, der, wie Hitzig sagt, „später durch seine hausbackenen satirischen Schriften sich in einem gewissen Kreise eine Art literarischer Reputation zu

*) Kuttenkeuler, Bogumil Goltz, Leben und Werke, Danzig 1918, Seite 1.

**) Ein Freund Werners, mit dem er seine Neigung zum Katholizismus teilte, war der Westpreuße Raphael Bock (1779 bis 1837) aus Marienwerder, der das Andenken Simon Dachs belebt hat und wegen seiner merkwürdigen Schicksale Beachtung verdient. 1804 wurde er Referendar zu Bialystock, wurde katholisch, trat in den Orden der Bernhardiner und lebte erst im Kloster zu Cadinen bei Elbing, dann als Vikar in Frauenburg. 1810 ging er nach Königsberg, wo ihm Schenkendorf nahetrat, wurde wieder evangelisch und trat 1818 zu der Baronesse Juliane von Krüdener (1764 bis 1824), der bekannten mystischen Schwärmerin, in Beziehungen. Er verfaßte: „Aura, ein romantisches Gedicht" (1817). In dem von Raabe und Riemer herausgegebenen „Cypressenkranz für Raphael Bock" (1838) sind Proben aus seinen hinterlassenen Schriften mitgeteilt, die sich „durch Gedankentiefe, Phantasiefülle, poetischen Schwung und metrische Vollendung auszeichnen" und von seiner romantisch-mystischen Geistesrichtung Kunde geben.

erwerben wußte und im Umgang viel angenehmer war wie als Autor". Schon 1806 wurde Friedrich, wie alle Beamten, entlassen und ging nach Berlin.

Hier in Plock sammelte sich Hoffmann im eben begründeten eigenen Familienleben zu ernster juristischer und künstlerischer Arbeit jeder Art. Doch weil ihm jede wirkliche Anregung fehlte, so litt er schwer unter dem Gefühl der Vereinsamung; in seinem Tagebuch ist sein tägliches Klagelied: „Wann werde ich meine Freiheit wieder erhalten? — O ich bin geschlagen! — Ich bin in Banden! — Wann schlägt der Erlösung Stunde!" Der Verkehr mit musikalischen Kollegen oder der Nachmittag beim „Bischoff" in der Plocker Ressource vermochten ihn nur wenig zu erheitern. „Ungeheure Gespanntheit" quälte ihn des Abends, und er litt unter Todesahnungen und der Furcht vor Doppelgängern ... „Himmel, welche mageren Tage verleb' ich jetzt! — Doch Geduld, bald wird die Morgenröte anbrechen! — Mein Tagebuch ist dürr und öde wie der Weg von Posen nach Berlin!" Er wandelte in Plock wie „in einem Sumpf unter niederem Dorngestrüpp." Wenn der Dienst es erlaubte, dann wurden die Akten in die Kammer geworfen, und dann zeichnete, komponierte und dichtete er „wie's kam". Er porträtierte Freunde; vor allem aber unternahm er es hier, mit der Feder alle damals bekannt gewordenen etruriſchen Vasengemälde aus der Hamiltonschen Sammlung glücklich nachzuzeichnen. Er machte Karikaturen seiner Feinde. Eine solche stellte das Plocker Publikum vor, im Schlamm der Gemeinheit versunken; nur er, Hoffmann, hielt noch den Kopf in die Höhe ... Aber er biß die Zähne zusammen und arbeitete „wie ein Tier", „wie ein Pferd", „ein Packesel". In der Mußezeit widmete er sich zumeist der Musik und ihrer Theorie; Haydn, Händel und Mozart waren seine verehrten Vorbilder. Schon in Posen hatte er Goethes Singspiel „Scherz, List und Rache" komponiert und unter Beifall auf die Bühne gebracht. Jetzt folgten mehrere Messen und Vespern für Klöster, eine Phantasie und verschiedene Sonaten für Klavier. Er entwarf Grundzüge zu einem Aufsatz über Sonaten, übersetzte italienische Kanzonetten und begann unter Mozarts Einfluß zwei Singspiele „Der Renegat" und „Faustine" zu dichten. Auch andere poetische Entwürfe beschäftigten ihn, doch kamen sie nicht alle zur Ausführung. Er bewarb sich um den von Kotzebue 1803 ausgesetzten Preis für das beste Lustspiel; sein Stück „Der Preis" wurde dann 1804 als das zweitbeste von den Preisrichtern gelobt. Schon in dieser Zeit tritt bei Hoffmann der Begriff der Ironie auf, also noch vor seiner Bekanntschaft mit der Romantik. Im „Freymüthigen" vom 9. September 1803 erschien von ihm ein kleiner ironisch gehaltener Aufsatz über die Einführung des griechischen Chores in Schillers „Braut von Messina", die er in Plock kennen gelernt hatte. Da spüren wir schon einen Hauch aus seinen „Elixieren" und aus „Kater Murr" ... Aus seinen Briefen aber bricht immer wieder der heiße Wunsch, aus Plock, diesem „abscheulichen Nest", erlöst zu werden ... Endlich schlug die Stunde der Erlösung: im Frühling 1804 wurde Hoffmann als Rat an die Regierung nach Warschau versetzt, und hier

gab die Berührung mit der Romantik seinem Geist endlich Spielraum und Ziel. Voll Freude malte er sich schon aus, wie er „im Hain von Lazęki und in den breiten Alleen des sächsischen Gartens" sich zu großen Werken begeistern werde. Dort ist er aber trotz guter Vorsätze im ersten halben Jahr zu keinem größeren Werk gekommen: „Der Riese Gargantua", ein geplantes Werk, lag erschlagen unter 28 Bänden Konkursakten, und der „Renegat" ächzte unter den Akten für drei Totschlagprozesse. Doch ging dem jungen Künstler ein neues Leben auf im Verkehr mit Musikern und Musikfreunden: mit dem Advokaten Kuhlmeyer, der 1805 an die Warschauer Regierung gekommen war, Franz Anton Morgenroth (1780 bis 1847), dem späteren Dresdener Konzertmeister, der seit 1798 in Warschau wirkte, dem Danziger Friedrich Wilhelm Mosqua († 1826 zu Berlin), der mit Unrecht für den Stifter des Tugendbundes gehalten wurde und 1796 Oberfiskal in Warschau geworden war, mit Dichtern und Freunden der Dichtkunst, wie Zacharias Werner, Eduard Hitzig (1780 bis 1849) und dem Berliner Heinrich Loeft († 1848), einem späteren Freunde Immermanns und phantastischen Dramatiker, der 1802 Justizrat in Warschau geworden und dem Hoffmann besonders gewogen war. Namentlich den damaligen Regierungsassessor Eduard Hitzig, den späteren hervorragenden Publizisten und Kriminalisten, Begründer der Berliner Mittwochsgesellschaft (1824), der Ende 1799 als Referendar nach Warschau gekommen war und später den größten schriftstellerischen Erfolg mit den meisterhaften Biographien seiner beiden Warschauer Freunde, Werners (Berlin 1823) und Hoffmanns (3. Auflage 1839, III), errang, gewann Hoffmann sich zum Lebensfreunde. Hier im rauschenden Großstadtgetriebe wurde Hoffmann endlich durch seinen biederen und künstlerisch empfänglichen Freund die Romantik vermittelt, und eine unbekannte Welt ging ihm auf: Tiecks „Sternbald", Novalis' und Brentanos Werke, auch Schlegels Calderonübersetzung lernte er kennen. Das waren für Hoffmann Freuden nach der langen Plocker Fastenzeit . . . Nun kam er in die Welt des Graufigen, Mystischen, Wunderbaren, in die Welt der Visionen, Träume und Ahnungen, wofür er schon in frühester Jugend Neigung gezeigt hatte, und auch seine schwärmerische Begeisterung für Kunst und freies Künstlerleben fand er in den Romantikern poetisch verklärt . . . Eine kurze Zeit heitersten Zusammenwirkens ging nun an den Freunden vorüber, von der uns in Hoffmanns „Serapionsbrüdern" ein anziehendes Bild erhalten ist. Dazu kamen einige interessante Besucher, Berliner Freunde Hitzigs, zum Beispiel Uhden, der lange preußischer Gesandter in Rom gewesen war, Bartholdy, der Griechenlandfahrer, und andere. Hitzig und Hoffmann wohnten in zwei hart aneinander stoßenden Häusern und in gleicher Höhe, so daß sie aus dem Fenster miteinander sprechen konnten, und manche schöne Nacht phantasierte Hoffmann auf dem großen Flügelfortepiano dem Freunde und seiner jungen Frau bei offenem Fenster vor, bis der Morgen graute . . .

Die Begründung einer „Musikalischen Ressource" (1806) gab Hoffmann Gelegenheit zur Ausübung seiner mannigfaltigen Talente. Da saß er denn oft

im Malrock auf einem Gerüst im neuen Lokal der Ressource mitten unter Farbentöpfen, eine Flasche Ungar zur Seite, und ließ sich von Freunden von unten herauf unterhalten ... Im Dezember 1804 schrieb er die Musik zu Brentanos märchenhaften, unter Gozzis Einfluß stehenden „Lustigen Musikanten", die er im folgenden April auf die Bühne brachte.

Mit Gozzis Dramen, von denen auch der Westpreuße Karl Edler von Putlitz (geboren um 1770, gestorben 1822) aus Marienburg, Regierungsrat zu Plock, Verfasser eines dramatischen Gedichts „Zoraide" (1807) und der „Klagelieder und Briefe unberühmter Personen über Gegenstände der Zeit" (1817), 1822 eins für sein Zauberspiel „Der Rabe" zum Muster nahm, ist Hoffmann wohl in Warschau bekannt geworden. 1805 bis 1806 komponierte er eine komische Oper „Der Kanonikus von Mailand". Seiner bedeutendsten Oper „Liebe und Eifersucht", die er 1807 bis 1808 im Stil des Figaro in Warschau vertonte, legte er ein Drama Calderons zugrunde. Auch eine Faustoper plante er, zu der ihm Werner den Text schreiben sollte. Die Kirchenmusik vernachlässigte Hoffmann in dieser Zeit gleichfalls nicht. Nächst Mozart, den er meisterhaft zu dirigieren verstand, waren Gluck und Cherubini, in Kirchensachen die alten Italiener sowie Haydn seine Meister. Von Beethoven ließ er damals schon eine Symphonie aufführen. Jeden Sonntag gab es Quartette und musikalische Zirkel. In dieser Zeit kam Möser aus Berlin nach Warschau; unter seiner Leitung hörte man die besten Mozartschen und Haydnschen Quartette.

Zu derselben Zeit, als Hoffmann die ersten entscheidenden Einflüsse der Romantik erfuhr, begegnete ihm sein Landsmann Zacharias Werner, der „unstäte Kreuz- und Querfahrer zur Liebe", der ebenso wie er in der Romantik seinen künstlerischen Boden gefunden hatte und dessen poetischer Produktion Hoffmann schon hier in Warschau kritisch gegenübertrat. Zu einem wirklich freundschaftlichen Verhältnis zwischen beiden ist es aber wegen der vielen unangenehmen Eigenschaften Werners nicht gekommen. Werner ist die interessanteste Erscheinung unter den schriftstellernden Beamten Südpreußens. 1792 hatte er sich in Warschau, dem Zentrum des kurz vor seiner Auflösung stehenden polnischen Staates, mit einem zweifelhaften Mädchen trauen lassen. Nach diesem verrückten Streich ging er als Sekretär der Kriegs- und Domänenkammer nach dem südpreußischen Petrikau, unter den vielen minderwertigen Beamten der neuen Provinz sicherlich einer der unbrauchbarsten. Hier hat auch der poetisch begabte Kosmopolit, Kriegs- und Domänenrat Joseph Zerboni di Sposetti (1760 bis 1831) gewirkt, der, ein Cato Südpreußens, zusammen mit dem Rat Hans von Held (1764 bis 1842) bedenkliche Transaktionen der Landesverwaltung rücksichtslos enthüllt hat*). Wegen des Ausbruchs des Aufstandes 1794 mußte Werner aus dem stillen Städtchen, einem der ältesten Sitze polnischer Kultur,

*) Arnold, Geschichte der deutschen Polenliteratur bis 1800, Halle 1900, Seite 243, 250 bis 257.

flüchten. Zu Johanni dieses Jahres wurde er an die Kammer zu Plock versetzt und führte nun im Kreise junger Polen ein freies Leben, so daß er selbst noch viel später diese zwei Plocker Jahre als „die glücklichsten, frohesten und heitersten seines Lebens" betrachtete. So wurde er trotz seines Berufes um 1794 ein Feind der Teilungsmächte und ein enthusiastischer Polenfreund. Die polnische Frage hat seine Jünglings- und Mannesjahre stark beherrscht und ist erst 1810 endgültig religiösen Interessen gewichen. Seine politische Jugendlyrik bedeutet den Gipfelpunkt der deutschen Polendichtung des achtzehnten Jahrhunderts. 1796 wurde Werner nach Warschau versetzt und ergab sich in der leichtlebigen Stadt, die am besten mit seinen Worten an Regiomontanus: „alle Laster zügellos, kein schuldloser Genuß" charakterisiert wird, einem ausschweifenden Leben, ohne doch ganz darin aufzugehen. In Warschau fand er in dem jungen Auskultator Hitzig, seinem späteren Biographen, einen getreuen Jünger, und jetzt erst regte sich in ihm zum erstenmal der Dramatiker. In dieser Warschauer Periode (1796 bis 1805) wurzelt Werners dramatische Polenromantik. 1800 begann er seine „Söhne des Tals", in denen er bei allem unklaren Mystizismus und trotz Verschwommenheit des Grundplanes eine Kraft zeigt, die er später nur gelegentlich wieder erreicht hat. Der Jünglingsfigur des Tempelritters Robert d'Heredon hat er die Züge seines Freundes Hitzig verliehen, mit dem er oft im Sommer Ausflüge nach der in klösterlicher Einsamkeit in dichtem Walde zauberhaft an der Weichsel liegenden Abtei Bielany machte. Der Sonntag wurde durchweg im Freien, auf Streifereien, bei Wasserfahrten auf der Weichsel bis zum späten Abend zugebracht. Im Walde wurde biwakiert, unter einem Zelt geschlafen .... Nach einigen Königsberger Reisen lernte Werner in Warschau Hoffmann kennen; auch den alten Freund Hitzig fand er nach der Trennung wieder hier wieder. Aber er suchte mit allen Kräften von Warschau loszukommen; seine Wünsche richteten sich nach Berlin. In dieser Stimmung hatte er den Stoff seines zweiten Trauerspiels „Das Kreuz an der Ostsee" gewählt. In diesem Drama wollte er, der Polenfreund, den deutschen Orden poetisch verklären, auf einem Boden, der jenem immer feindlich gewesen war. Doch geriet ihm auch hier die Ausführung durchweg romantisch und mystisch, sodaß Hoffmann, der die dazu nötige Musik komponierte, mit Recht sagen konnte: „Dieses Kreuz kreuzige einen wirklich mit allen nur möglichen Formen der neuen Schule." Das Vorspiel, das allein fertig geworden ist, stellte dem Komponisten dankbare Aufgaben: die Charakteristik der heidnischen Preußen, die Schlacht zwischen den Rittern und den Preußen und das Überirdische in der Person des hl. Adalbert. Neben wirksamen Bühnenszenen sind besonders die Frauengestalten, die „einen Zyklus polnischer Weiblichkeit" geben, wohlgelungen. Endlich, im Herbst 1805, erfüllte sich Werners Wunsch: er erhielt eine Sekretärstelle beim Minister Schrötter, und so traf der Dichter im Oktober dieses Jahres im heißersehnten Berlin ein.

Innig befreundet war Werner in Warschau auch mit dem hochbegabten und scharfsichtigen Elbinger Joh. Jak. Mnioch (1765 bis 1804) gewesen, der auf Werner entschiedenen Einfluß hatte. Rousseaus und Kants Einwirkung auf Mnioch's freisinnige Anschauungen ist leicht erkenntlich. Ein aus Humor und Ernst gemischtes Temperament war auch er, ein Freund der älteren Romantiker, einer wirklich künstlerischen Bewältigung seiner Ideen nicht fähig. 1790 war er Rektor in Neufahrwasser bei Danzig gewesen, wo er mit dem jungen Fichte, der damals Hauslehrer beim Grafen Krockow auf Krockow bei Danzig war (bis zum Frühling 1793), in freundschaftlichem Verkehr stand. Zu dessen „Bestimmung des Menschen" hat er später (1800) in Warschau „Erläuterungsvariationen" veröffentlicht. Von Fichte schrieb Werner an Hitzig aus Berlin: „Er hat viel von unserem Mnioch, vorzüglich, wenn er in Eifer gerät, ist aber ungleich tiefer, sublimierter". Aus kümmerlichen Verhältnissen befreite Mnioch (1796) die Berufung zum Assessor bei der Lotteriedirektion in Warschau. Hier verkehrte er nun mit den jungen Preußen, die ihr Beruf in die entfernte Provinz führte. „Wie ein Koloß", so erzählt Hitzig, „ragte Mnioch hervor, ein Mann, den seine Zeit nicht genug erkannt hat, weil sein Schicksal wollte, daß überall, wo er seine Stimme erhob, Größere als er gleichzeitig das ähnliche auszusprechen suchten." Bald als philosophischer Schriftsteller, bald als Dichter nahm Mnioch an allen seine Zeit bewegenden Gedanken unmittelbaren Anteil. Den Häuptern der Romantik fühlte er sich, wie Werner, verwandt, ohne jedoch den mystisch-schwärmerischen Neigungen seines Freundes zu verfallen. Schon als einundzwanzigjähriger trat er dichterisch auf. Beiträge von ihm finden sich in Wielands Teutschem Merkur (1788, I, 227; II, 370) und in dem Schlegel-Tieckschen Musenalmanach (1802). Seit 1786 waren eine Reihe kleiner Schriften von ihm erschienen. Während seiner Warschauer Zeit kamen seine sämtlichen auserlesenen Schriften 1798 bis 1799 in drei Bänden zu Görlitz heraus, im zweiten unter anderem die „Vision" nach dem Tode Friedrichs des Großen. Noch nicht vierzigjährig, starb Mnioch am 22. Februar 1804, nicht am 24., wie Werner damals irrtümlich in Königsberg annahm. Nach seinem Tode erschienen „Analekten" (1804). Im ersten Bande Gedichte und Sonette, im zweiten vermischte Aufsätze, Bemerkungen über Kunst, über Goethe, Schlegel, Schiller und über Tiecks „Genovefa".

Mnioch's blutjunge Gattin Maria geborene Schmidt (1777 bis 1797), sehr begabt und früh gestorben als die „pommersche Sappho", eine für Poesie zart empfindende Seele, war von ihrem Mann, dessen Schülerin sie in Neufahrwasser gewesen war und den sie als Siebzehnjährige geheiratet hatte, in die Literatur eingeführt worden. Kleine Gedichte, Aufsätze und Einfälle spiegeln den reinen weiblichen Sinn dieser jungen ästhetischen Warschauer Beamtenfrau wider. Goethe, Schiller, Herder, Jean Paul waren ihre Lieblinge. Als ihr Gatte nach ihrem frühen Tode (1797) ihre geistige Hinterlassenschaft mit einigen seiner eigenen Aufsätze herausgab (1798), zeigte kein Geringerer als Herder

diese Schrift ausführlich an: „Die Proben von der stillen Geistestätigkeit einer guten Frau enthalten einen lebendigen Abdruck von einer wahrhaft weiblichen Seele in Empfindungen und Meinungen über Gegenstände, die nicht außerhalb dem Kultur- und Gefühlskreise des Weibes liegen." Ihre Arbeiten erschienen dann noch separat unter dem Titel: „Zerstreute Blätter" (Görlitz 1800, zweite Auflage 1821), von denen Herder wieder sagte: „Sie werden den Namen Maria Mniock jedem Leser von reinem Sinne werth machen."

So war mit ihrem Tode (1797), mit dem ihres Mannes (1804) und mit dem Weggang Werners im Oktober 1805 eine empfindliche Lücke in dem kleinen altpreußischen Romantikerkreis gerissen worden. Hoffmann und Hitzig, die noch in Warschau waren, hatten über ihren lebhaften literarischen Interessen das politische Geschick Deutschlands fast vergessen, bis die Folgen der Schlacht bei Jena entscheidend auch in Hoffmanns Leben eingriffen. Am 28. November 1806 rückte Murats Armeekorps in Warschau ein; schon nach wenigen Tagen wurde im Namen des Kaisers die preußische Regierung aufgelöst, und ein aus Polen gebildetes Obergericht trat an ihre Stelle. Hoffmann, der sonst unter der französischen Okkupation verhältnismäßig wenig litt, verlor dadurch sein Amt und Einkommen. Seine Familie sandte er mit der ersten sicheren Gelegenheit nach Posen; er selbst folgte, nachdem er ein hitziges Nervenfieber überstanden hatte, im Sommer 1807. Hitzig wurde genötigt, jetzt nach der Heimat zurückzukehren; auch Mosqua und Loest waren gegangen, jener nach Königsberg, dieser verließ mit Kuhlmeyer als letzter Warschau und ging nach Paris. Morgenroth, der 1806 brotlos geworden war, war nach Dresden übergesiedelt. Ebenso hatte die Familie Goltz sich nicht lange ihres idyllischen Landgutes Milanowek erfreuen dürfen. Feuer vom Himmel und bald darauf der Flintenschuß eines polnischen Soldaten verursachten die Einäscherung des ganzen Gehöftes, und so gelangte der kleine Bogumil 1807, als Warschau die Hauptstadt des Großherzogtums wurde, nach Königsberg. Seine Eltern verließen ebenfalls das Land, aber Milanowek wurde keinen Augenblick vergessen, wo sie alle so glücklich gewesen waren. Noch in späten Jahren schrieb Goltz in Erinnerung an das anmutige Gütchen die schönen, wehmütigen Worte nieder: „Heimat! Heimat! Du süßer entzückender Laut, du heiliger Sabbath meiner Kindheit und Jugendzeit, o wie wohnst du mir im Herzen! Und einst wohnte ich in dir! O wie bist du meiner Seele Seele, und meiner Sinne heiligster Sinn! O ihr Heimatfluren, wie seid ihr doch meine eigene Natur!"

Ist die Bekanntmachung des Bundesrats zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 rechtsgültig?

Von Dr. Kurt Peschke

Am 1. Oktober ist die Bekanntmachung des Bundesrats zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 in Kraft getreten. Von diesem Zeitpunkte an ist für Zahlungsansprüche auch vor den Landgerichten das Mahnverfahren Regel, insbesondere auch für Urkunden- und Wechselprozesse, dasselbe Verfahren wird vor den Amtsgerichten erweitert, Berufung und Beschwerde in geringfügigen Sachen werden ausgeschlossen, die mündliche Schlußverhandlung kann im Einverständnis der Parteien wegfallen, das Urteil kann abgekürzt werden, und so einige minder wichtige Erleichterungen mehr. Eingeleitet ist die Bekanntmachung mit der üblichen Formel:

> Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen: . .

Im § 3 a. a. O. liest man:

> Der Bundesrat wird ermächtigt, während der Zeit des Krieges diejenigen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen.

Hält sich die Bekanntmachung vom 9. September 1915 im Rahmen dieser Ermächtigung? Diese Frage dürfte bald Gelehrte und Gerichte ernsthaft beschäftigen; denn der Richter, der nur dem Gesetze unterworfen ist, hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die bundesrätlichen Bekanntmachungen auf ihre gesetzliche Grundlage hin zu prüfen. Reichsgesetze darf der Bundesrat aber nur abändern, wenn es zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen notwendig ist. Nun läßt sich schließlich jede Gesetzesänderung mit einem wirtschaftlichen Zweck rechtfertigen; eine ganze Reihe unpraktischer, formalistischer Vorschriften unseres bürgerlichen und prozessualen Rechtes sind in letzter Linie auch eine Schädigung der gesamten Volkswirtschaft. Sollte der Bundesrat hier überall reformieren dürfen, so kann er uns über Nacht auch mit einer neuen Gerichtsorganisation, einem neuen Erbrecht und dergleichen beglücken. Das war aber offenbar nicht die Meinung der Ermächtigung, zu welcher die Begründung ausdrücklich hervorhebt, daß Änderungen der sozialpolitischen und der Arbeiterschutzgesetze dabei nicht in Betracht kommen (in die Angestelltenversicherung hat der Bundesrat gleich-

wohl eingegriffen, Bekanntmachung vom 26. August 1915). So könnte man auch von dieser neuesten Reform sagen, daß sie nur indirekt einer wirtschaftlichen Schädigung vorbeuge, direkt aber lediglich rechtliche Nachteile beseitige; eine Grenze müsse aber sein, und die sei eben da gegeben, wo unmittelbar ein wirtschaftlicher Notstand Abhilfe erheische, wie die Sicherstellung der Nahrungs- und Futtermittel usw. Auch das wird eingewandt werden, daß nur wirklich erhebliche Schädigungen zum Eingriff berechtigen; gerade die Erheblichkeit wird geleugnet werden.

Trotz dieser Bedenken möchte ich der Rechtsgültigkeit der Bekanntmachung das Wort reden. Noch viel zu wenig ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Rechtsordnung nicht über oder neben der Wirtschaft steht, sondern ein Teil des gesamten sozialen Organismus ist. Ob der Gläubiger sein Geld nach zwei Wochen oder nach zwei Monaten erhält, ist eine unmittelbar wirtschaftliche Frage. Daß der Richter Zeit und Kraft hat, wirklich bedeutsame Streitfälle gründlich und überlegt zu entscheiden, und nicht durch Bagatellsachen und unnötige Schreibarbeit daran behindert wird, das kommt der gesamten Volkswirtschaft zugute. Man denke an die Rechtsfragen, welche gerade der Krieg aufgeworfen hat, z. B. die Tragweite der Kriegsklausel, und von deren richtiger Entscheidung Millionen abhängen. Ein Gesetz, welches Schnelligkeit und Exaktheit der Rechtsprechung fördert, kann nur als ein direkter großer wirtschaftlicher Gewinn gewertet werden.

Anderseits hat gerade der Krieg die Erfüllung dieser Anforderungen an eine gute Justiz sehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Was vordem bei hinreichendem Personal nicht als erheblicher Nachteil empfunden wurde, wird nunmehr durch die zahlreichen Einberufungen der Richter und der unteren Beamten zu einer Stockung der Rechtspflege. Man muß es erlebt haben, wie gerade große und wichtige Sachen liegen bleiben, weil sie von einem Dezernenten an den anderen wandern und keiner Zeit findet, sich hineinzuarbeiten. Die Sitzungen der zusammengeschmolzenen Kammern sind überladen mit Terminen, die zurückgebliebenen, meist schon bejahrteren Richter haben fast die gleiche Arbeit zu leisten wie vorher das vollbesetzte Gericht, denn die Prozesse sind nur unbedeutend zurückgegangen, gerade der Krieg hat Streitfälle und leider auch Prozeßsucht gefördert. Die Bekanntmachung vom 9. September beseitigt eine Reihe formaler Akte, welche lediglich das Verfahren aufhalten und die Richter belasten, sie erleichtert die Rechtspflege und beugt damit einer drohenden oder vielmehr schon bestehenden wirtschaftlichen Schädigung vor.

Es wäre zu bedauern, wenn die Gerichte selbst die angebotene Hilfe ablehnten und die Bekanntmachung für ungültig erklärten. Möglich ist dies bei der Übergewissenhaftigkeit deutscher Gerichte immerhin. Es wäre daher geratener gewesen (und es ist eigentlich auch nicht einzusehen, warum dies nicht geschah), die Reform durch den Reichstag als Gesetz beschließen zu lassen, der seine Mitwirkung unzweifelhaft nicht versagt hätte, ja im Gegenteil vielleicht darauf gedrungen hätte, daß die Abänderungen ein dauernder Bestandteil unserer Zivilprozeßordnung würden.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Rechtsfragen

Der Lusitania-Fall im Urteile von deutschen Gelehrten. Mit Abdruck der amtlichen Urkunden. Sonderausgabe der Zeitschrift für Völkerrecht. Bd. 9, Heft 2. Breslau 1915. L. U. Kerns Verlag (Max Müller). 139 S.

Im Mai d. J. veranstaltete der Mitherausgeber der Zeitschrift für Völkerrecht, Prof. D. Max Fleischmann in Königsberg eine Rundfrage unter deutschen Staats- und Völkerrechtslehrern über ihre Ansicht betreffend den Lusitania-Fall. Das Ergebnis dieser Rundfrage liegt hier vor. Ausführliche Erörterungen finden sich da von Allfeld in Erlangen, Binding in Leipzig, Brie in Breslau, Fleischmann in Königsberg, Harburger in München, Hatschek in Göttingen, Kohler in Berlin, Laband in Straßburg, von Lentner in Innsbruck, Mendelssohn-Bartholdy in Würzburg, Reichsgerichtsrat Neukamp in Leipzig, Neumeyer in München, Niedner in Jena, Piloty in Würzburg, Rehm in Straßburg, von Rohland in Freiburg, Schoenborn in Heidelberg, Frhr. von Stengel in München, Strupp in Frankfurt a. M., Triepel in Berlin und Wach in Leipzig, also außer von Lentner lauter Reichsdeutschen und außer Neukamp lauter Professoren.

Die Rundfrage könnte auf den ersten Blick überflüssig erscheinen. Denn nichts scheint uns so klar als die Rechtsfrage. Ich antwortete damals dem Herausgeber, indem ich die Beteiligung an der Rundfrage wegen Zeitmangels ablehnte, was man denn über den Lusitania-Fall überhaupt noch schreiben solle — Daß ein bewaffneter, mit Munition beladener Hilfskreuzer ohne weiteres versenkt werden könne, sei doch selbstverständlich. Die Bewaffnung der Lusitania mit Kanonen ist allerdings bestritten worden, wenn auch höchst wahrscheinlich zu Unrecht. Aber die Eigenschaft als Hilfskreuzer und die Beladung mit Munition ist über jeden Zweifel erhaben, und das genügt auch schon. Die Schuld traf höchstens die amerikanische Regierung und die Cunard-Linie, die die Beförderung von amerikanischen Bürgern auf einem also gefährdeten Schiffe trotz Warnung zuließ. Erstaunen konnte man höchstens darüber, daß in Amerika eine andere Ansicht überhaupt möglich schien.

Doch schon der deutsch-amerikanische Notenwechsel zeigte, daß beide Teile einander gar nicht verstanden, weil sie eine ganz verschiedene Sprache redeten, womit natürlich nicht die Verschiedenheit von deutsch und englisch gemeint ist. Der Notenwechsel wurde denn schließlich ohne Verständigung als gänzlich zwecklos eingestellt. Wenn die letzte Note des Präsidenten Wilson das große Wort gelassen ausspricht: „Grundsätze sind unabänderlich", so muß solche professorale Prinzipienreiterei in Deutschland völliger Verständnislosigkeit begegnen. Der alte Wrangel hatte gegenüber einer derartigen Vergewaltigung des gesunden Menschenverstandes die treffende Abwehr: „Kinder, das ist vor mir zu hoch!"

Kohler hat neulich in einem Aufsatze im „Tag" versucht, das Geheimnis zu lösen, weshalb beide Teile sich in rechtlicher Beziehung über den Lusitania-Fall nicht verständigen konnten. Der Grund liegt der Hauptsache nach in dem zurückgebliebenen Zustande der englisch-amerikanischen Rechtswissenschaft, die wesentlich aus Präcedenzfällen Rechtsregeln ableitet und diese nun auf neue Fälle anwendet. Gegenüber ganz neuen Erscheinungen des Lebens versagt diese Methode. Unterseeboote wie Luftschiffe waren aber dem bisherigen Völkerrecht fremd. Treffend hält daher Laband der amerikanischen Auffassung entgegen: „Sowie nach der Einführung des Schießpulvers und namentlich der Kanonen die Regeln der Feudalzeit über

die Kämpfe der Ritter keine Anwendung auf den Gebrauch der Schießwaffen finden konnten, und für den Kampf mit Luftschiffen es keine Regeln aus der Zeit vor ihrer Erfindung geben kann, so ist auch der kriegsmäßige Gebrauch der Unterseeboote lediglich bestimmt durch ihren militärischen Zweck und durch ihre Beschaffenheit".

Gegenüber der einseitigen Auffassung amerikanischen Völkerrechts und amerikanischer Politik ist die Zusammenstellung der Urteile von deutschen Gelehrten doch von höchstem Wert. Das, was uns selbstverständlich erscheint, ist es den Amerikanern eben nicht. Mit erfreulicher Einheitlichkeit kommt dabei die Auffassung deutscher Rechtswissenschaft zum Ausdruck. Die Ansicht von Laband ist eben in einem typischen Satze wiedergegeben. Derselbe Gedanke kehrt aber überall wieder, daß der besondere Charakter der neuen Waffe der Unterseeboote das Vorgehen gegen die Lusitania rechtfertigte, und daß wir uns in einem bedauerlichen Notstande befanden, wenn wir bei der Versenkung des Schiffes auf das Leben unschuldiger Reisender keine Rücksicht nehmen konnten.

Möge daher die Schrift im Auslande, namentlich in Amerika, recht weite Verbreitung finden. Für uns ist ihr Inhalt selbstverständlich. Conrad Bornhak

Erziehung

Turnen und Sport. In der Öffentlichkeit wird jetzt viel der Gegensatz von Turnen und Sport erörtert, anderseits werden Turnen und Sport in einem Atem genannt, beide seien für die militärische Ertüchtigung außerordentlich wichtig. Da die Worte so verworren gebraucht werden, ist es notwendig, den sachlichen Gegensatz einmal ganz scharf herauszuarbeiten. Englands Methode ist es, in der Erziehung durch Preise die Jugend zur höchsten Anstrengung anzuspornen. Man hat das auch auf die körperlichen Übungen angewandt. Der Erfolg ist, daß die englische Jugend körperliche Übungen im Grunde überhaupt nur in der Gestalt von Wettkämpfen kennt. Man muß es aussprechen, daß in England das System der körperlichen Übungen vollständig entartet ist. Die Wettkämpfe von einigen wenigen Hauptmannschaften bringen Millionen Menschen in Aufregung. Und anderseits ist die mannbare Jugend derartig mit ihren Wettkämpfen und Sportszeitungen beschäftigt, daß keine Energie und kein Wille übrig bleibt für die Berufsausbildung. Vor allem aber ist dieses Wettkampfwesen der militärischen Tüchtigkeit verderblich. In die Ordnung eines großen Ganzen sich fügen, Hitze, Kälte, Strapazen ertragen ohne die Aufregung eines Wettkampfes, das paßt dem jungen Engländer nicht. Dazu ist er viel zu selbstsüchtig geworden.

Wir wissen, daß in unseren Städten dieser oberflächliche Geist und dieser Wettkampfrausch auch schon eingerissen waren. Es ist eine Art Rausch, sonst könnten die davon Ergriffenen es doch nicht übersehen, daß sie in ihren Kostümen oft eine lächerliche Gestalt darstellen, daß Muskel und Wuchs sich einseitig entwickeln und daß vor allem ihre Seele allem Edleren und Schönen absterbt.

Es ist aber für uns Deutsche an der Zeit, uns auf das Wesen deutscher Erziehung zu besinnen. Wir wollen Hingabe an das Ganze, Pflichttreue ohne Belohnung. Deutsche Art ist es, wenn die deutsche Jugend sich an Sonntagnachmittagen auf den heimischen Plätzen im Spiel tummelt und wenn sie einmal am Ende des Sommers an einem Spielfest zeigt, was sie gelernt hat. Aber die Serienwettkämpfe, durch welche man die Mannschaften Sonntag für Sonntag auf einen anderen Platz hetzt, sollten wir wieder abschaffen.

Leider betreiben manche Jugendkompagnien ihre Übungen auch schon nach der Art des englischen Sports. Sich photographieren lassen und in den Zeitungen berichten, wie man in hübscher Uniform an einem General vorbei spaziert ist, das heißt unser bitterernstes deutsches Soldatenwesen in die englische Sportspielerei hineinziehen. Man muß es immer wieder betonen, daß es keinen besseren Weg gibt, um die vom Kriegsministerium geforderte militärische Jugendvorbildung zu erreichen, als die Jungen erst einmal im deutschen Riegenturnen zusammen zu fassen. Da wird nicht nur die Muskelkraft geübt, sondern auch Auge, Ohr und Entschlußkraft. Die folgenden Sätze stellen die deutsche turnerische Methode und die englische grundsätzlich gegenüber.

1. Der erste, der die Erziehung der schulentlassenen Jugend als besondere Aufgabe

anfaßte, war Fr. L. Jahn. Ihm waren von vornherein Stählung der Körper, Charaktererziehung und staatsbürgerliche Bildung untrennbare Ziele. Zur Methode Jahns gehört auch eine unserem Volkscharakter vorzüglich angepaßte Selbstregierung.

2. Die Ethik der deutschen turnerischen Methode, welche gleich anwendbar ist auf Geräteturnen, jede Art Turnspiel, Wandern, Rudern usw., ist aus der nationalen christlichen Ethik der Deutschen, welche auch noch über den Konfessionen steht, herausgebildet. Ihr Ziel ist, einen jeden zum Herrn seiner Kräfte zu machen, möglichst alle auszubilden und jeden zu lehren, daß er dienend ins Ganze sich füge.

3. Die sportlichen Wettkämpfe, wie sie von Amerika und England eingedrungen sind, spannen die Kräfte des einzelnen aufs höchste an, aber sie machen den Wettkampf zum Selbstzweck. Ihre Ethik ist heidnisch, denn Ehrgeiz ist erste Triebfeder, anderseits aber hochmodern, der Erfolg allein wird zum Gott erhoben. Ein uneigennütziges, ohne den Sporn der Eitelkeit wirkendes Pflichtgefühl, wie moderne Großorganisation der Arbeit es fordert und wie es Grundlage unseres Heeres und Beamtentums ist, vermag die sportliche Methode nicht zu erreichen, Überschätzung sportlicher Höchstleistung ist ein Zeichen niedergehender Volkskraft; sportliche Wettkämpfe, umwogt von der Leidenschaft des Wettens, das zum Volkslaster wird, und nationale Wehrlosigkeit können sehr wohl nebeneinander bestehen.

4. Für die Ausbildung des ganzen Menschen, für Muskeln, Nerven, Verstand, für Kameradschaft und soziales Pflichtgefühl ist ein gut geleitetes Riegengeräteturnen das beste Mittel. Nur Rudern, Schwimmen, Segeln sind ihm in der Wirkung auf Körper und Geist gleichwertig, nicht aber in der Wirkung sozialer Erziehung. Hierfür sind die familienartigen Gruppen der Turnabteilung, die Riegen, die doch stets wieder in den Plan der Riegenordnung sich fügen müssen, von unübertrefflichem Wert.

5. In Anlehnung an das Geräteturnen können sämtliche Spiele und volkstümliches Turnen (nach einem überflüssigen Fremdwort: Leichtathletik) geübt werden. Dabei gewinnt mancher, der zum Geräteturnen nicht geschickt genug ist, viel Freude und Gelegenheit sich zu stärken.

6. Am besten ist vom ersten Frühjahr bis in den späten Winter hinein ein Spielnachmittag am Sonntag.

Die älteren müssen Führer stellen, die jüngere Spieler anleiten.

Mit sechsen soll der Leiter so tapfer spielen, daß sie glauben, sie seien zwanzig. Nie darf der Leiter Mutlosigkeit zeigen.

Anfangszeit, Platzverteilung, Sitten, Regeln müssen wie ein heiliger Kanon eingehalten werden.

Jeder Junge muß mit aufräumen und anfassen lernen.

7. Als Probe können zuweilen Wettspiele mit Nachbarn stattfinden, als Prüfung gleichsam im Herbst ein Spielfest mehrerer Vereine. Serienwettspiele hetzen die Jungen Sonntag für Sonntag auf einen anderen Spielplatz, entfremden der Familie wie dem Verein. Höchstens für die siebzehn- bis neunzehnjährigen, welche in der Blüte der Entwicklung stehen, könnte ein Serienwettspiel vielleicht gut sein, notwendig ist es nicht.

8. Bei allen Leibesübungen sollten wir Deutsche im Auge behalten, daß Berufsarbeit und der Dienst für Familie und Vaterland den Inhalt unseres Lebens bilden sollen — niemals das Spiel. Der Mensch, dessen Leben der Sport ausfüllt, ist für heidnische wie für christliche Ethik wertlos.

9. Letzten Endes ist für den einzelnen aber noch ganz besonders wertvoll die Rückkehr zur Arbeit an und in der Natur. Als Nation vermag uns Turnen und Spiel allein weder wehrfähig noch sittlich gesund zu erhalten, sondern das ist nur möglich, wenn Industriearbeit und Landarbeit, vor allem aber Landarbeit des freien Bauerndorfes nebeneinander stehen und ihre Kräfte miteinander austauschen.

Walther Classen

Sprache

Sprachschusterei. Die Sprachfanatiker sind an der Arbeit. Im Namen des Deutschtums, im Namen der „völkischen" Würde. Daß man „adieu" verbannt und dem „Grand Café" den Krieg erklärt, gut. Kampf allem Gedankenlosen, aller bequemen Nachplapperei. Aber warum das Kind mit dem Bade ausschütten? Die Sprache lebt. Wer ihr Arzt sein will, darf nur das Tote, Abgestorbene herausschneiden, wenn sie nicht Schaden

nehmen soll. Will man uns zu Knechten der Etymologie machen? Sollen wir uns bei jedem Wort, das uns in den Mund kommt, die bange Frage vorlegen: ist es auch durch und durch deutsch, läßt sich wenigstens sein Stamm in der Geschichte der deutschen Sprache nachweisen oder ist es etwa mal einer fremden Sprache entnommen? Und wo ist die Grenze zwischen Lehnwort und Fremdwort? Darüber sind sich noch nicht einmal die Gelehrten einig. Und ebensowenig die Sprachschöpfer über die Verdeutschung der Fremdwörter. Und wer will sich anmaßen, hier Vorschriften zu geben, der Gesetzgeber und Zuchtmeister unserer freien deutschen Sprache zu werden? Sind die Worte der Sprache wegen da oder ist nicht vielmehr die Sprache bloß Mittel zum Zweck? Wenn ich spreche, wenn ich schreibe, ist meine erste Sorge nicht die: kann ich auch alles vor dem heiligen Duden verantworten, sondern: mit welchem verständlichen Wort kann ich den Gedanken, den mein Gehirn klar und fest erkannt hat, auch klar und bestimmt zum sichtbaren oder hörbaren Ausdruck bringen. Und wenn mir das nur mit einem Fremdwort gelingt, so zögert vielleicht mein geschärftes patriotisches Gewissen einen Augenblick. Dann aber freue ich mich, daß unsere Sprache so reich und so helläugig ist. Echtes Deutschtum glaube ich eher in der Klarheit als in etymologischer Gymnastik zu sehen. Dr. Fritz Koepke

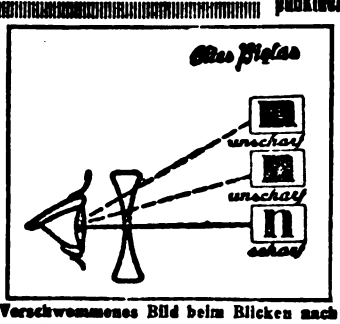
Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

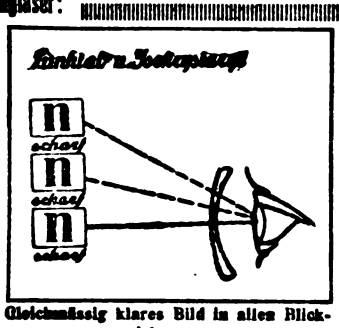
Die Brillengläser des XX. Jahrhunderts!

„Punktal" Busch „Isokrystar"

punktuelle Brillengläser:



Verschwommenes Bild beim Blicken nach oben, unten oder nach den Seiten.



Gleichmässig klares Bild in allen Blickrichtungen.

Das Beste für die Augen!

Höchste gleichmässige Bildschärfe in allen Blickrichtungen. Grosses, scharfes Blickfeld und volle Ausnutzung der natürlichen Beweglichkeit der Augen.

Aufklärende Druckschrift kostenlos.

Gegr. 1800 **Emil Busch, A.-G., Rathenow** Gegr. 1800

Optische Industrie.

Humanitätsgedanke und Volkstum

Von Dr. Paul Feldkeller

Kein größerer Irrtum in der Pädagogik als die Überschätzung des harmoniſchen Seelenlebens! Man müßte den Geiſt, dieſen Gärſtoff des Lebens, ausſchalten, um dies „Ideal“ ſicherzuſtellen. Denn da die einzelnen Provinzen des Geiſteslebens beim regen, niemals erſtarrenden Menſchen ſich zu keiner Zeit gleichmäßig und im exakten Zuſammenhang miteinander entwickeln, ſo gehört eine gewiſſe Unausgeglichenheit in jedem Entwicklungsſtadium gerade zum Kennzeichen des reifen Menſchen. Je tiefer, reicher und umfaſſender ein Leben iſt, um ſo ſtärkere und reichhaltigere Gegenſätze hat es in ſich zu entwickeln und auszufechten. Auch hinſichtlich Goethes wird man ja jetzt den ſtarken Gegenſätzen in ſeinem Charakter gerecht.

Aber auch für jeden eine gewiſſe geiſtige Höhe behauptenden Menſchen ſind beſtimmte einmal zu überwindende Gegenſätze typiſch. Der Unruhſtifter iſt der Geiſt. So bekommt ein ſolcher Menſch die Enge des ihm liebgewordenen Naturbandes von Elternhaus und Familie mit ihren andersartigen Anſchauungen zu fühlen, bis der Geiſt eine Sprengung der alten Form und den Aufbau einer neuen durchſetzt, wo andere zeitlebens ihre Eierſchalen nicht abzuſtreifen vermögen. So überwindet das höherſtehende, reife Weib ſeine ſelbſtgenugſame geſchlechtliche Sonderart, um in der Teilnahme an der objektiven Geiſteskultur das Ideal der Menſchlichkeit zu erreichen. Es iſt dieſer Gegenſatz, auf den gerade die weibliche Natur angelegt iſt, für den Konflikt zwiſchen der Humanitätsidee und irgendwelcher ihr entgegenſtehenden Eigenart ſo inſtruktiv und auch mehrfach behandelt worden. In feinſinniger pſychologiſcher Analyſe würdigt Georg Simmel die Frau als Weſen sui generis, alſo in ihrer geſchlechtlichen

Eigenart. Während der Mann in seiner gesamten Seinsweise einem Dualismus unterworfen ist, insofern bei ihm die Sphären der geschlechtlichen Differenzierung und der Kulturtätigkeit schroff auseinanderfallen, offenbart sich das Weibliche in ungebrochener Einheitlichkeit und genießt damit die Vorzüge der Abrundung und Ausgeglichenheit. Trotz der Richtigkeit dieser Darstellung betont jedoch Marianne Weber, daß anderseits der Wert des Weibes — und das bedeutet eine ganz andere Fragestellung! — niemals darin aufgehen könne, Weib zu sein. Denn liegt im rein Menschlichen, wir meinen: in der Summe objektiv geschaffener Kulturgüter, ein hoher geistiger Wert, der über die sich abschließende Partikularität des Geschlechtergegensatzes hinausgreift, so soll auch das Weib an diesen reinmenschlichen Gütern teilnehmen. Wir werden sagen: von Natur wegen ist das Weib durch seine Eigenart abseits des ideal Menschlichen besondert, von Geistes wegen soll es sich zur Humanität hindurchringen.

Es ist nun die Frage, ob die hier für das Weibtum gegebene Lösung entsprechend auch für das Volkstum gilt. Dort wie hier stünde dann einer physisch, beziehungsweise historisch willkürlich gegebenen Eigenart ein ewig gültiges, richtungweisendes Ideal gegenüber, zu dessen Erreichung die zufällige Eigenart bloßes Mittel ist. Sie spielte damit die Doppelrolle eines jeden solchen Mittels: einer den Höhenflug befördernden Stufenleiter und zugleich des zu überwindenden Entwicklungsstadiums. Die volkliche Eigenart gäbe den Widerstand, aber auch den Angriffspunkt für das Weiterschreiten ab, wie die Luft des Vogels Flug erst durch Widerstand und Reibung befördert. In der Tat können wir bei genauerem Zusehen der Volksindividualität wie aller Individualität keinen absoluten, keinen Eigenwert beimessen, wie wir einen solchen dem Humanitätsideal zuerkennen müssen. Mögen wir in diesem (nach R. Eisler) die höchste mögliche Entfaltung menschlicher Kultur und Gesittung als Endziel des Handelns, mit Wundt als Inhalt des Sittengesetzes, als idealen Zielpunkt der Geschichte oder mit H. Cohen als „Kontrollinstanz aller Tugenden, das Zentrum aller Tugenden; daher auch die höchste Instanz aller Erzeugnisse, aller Ideale der Sittlichkeit" begreifen, stets liegt in ihm das Ideale, Unerfahrbare, Raum und Zeit Entrückte, absolut ausnahmslos alle Menschen und Völker in gleicher Weise Angehende. Mit dem Humanitätsideal kann sich daher keine Individualität, weder eines Menschen noch eines Volkes, an Wert und Bedeutung messen. Die Individualität kann immer nur einen Wert für etwas besitzen, also niemals einen sittlichen, sondern nur einen pädagogischen. Als Beispiel betrachte man die Eigenart des russischen Volkes, wie sie sich in seiner Musik offenbart. Diese eignet sich nur für einen ganz bestimmten Ausdruck; ihr fehlt der universale Zug, die Richtung auf das Ideal-menschliche. Denn einer resignierenden, fatalistisch-schwermutvollen Stimmung als Grundton einer ganzen Kunst kann nicht mehr allgemein-menschliche Bedeutung zuerkannt werden. Die Humanitätsidee liegt in der entgegengesetzten Richtung, hat kraftvolle Aktivität und positive Gemütsstimmung zum Inhalt.

Niemals also kann die Menschheitsidee innerhalb der volklichen Partikularität verwirklicht werden, kann auch nicht in deren Verlängerungslinie liegen. Vielmehr muß etwas hinzukommen, was die Partikularität, die Einseitigkeit aufhebt, soll es zur Verwirklichung des Menschheitsgedankens kommen. Denn so sehr das Vaterland ebenso wie die Familie erst den ganzen Menschen schaffen helfen, dürfen sie doch zuletzt nur Gefäße geistiger, menschlicher Inhalte sein und greifen damit über das Nur-familiäre, Nur-vaterländische weit hinaus. Der Geist, wo immer er in die Geschichte tritt, setzt sich in Widerspruch zu der volklichen Besonderung. Wo er sich durchsetzt, bringt er den bisherigen Begriff der jeweiligen Nationalkultur zum Verschwinden, kann aber freilich eben damit wieder einen neuen erzeugen helfen, der dem Menschheitsideal entspricht oder nahe kommt. So fand die althellenische Nationalkultur der Perserkriege mit ihrer Frommheit, Unmittelbarkeit, Unbefangenheit und Einfalt ihren Untergang durch die griechische Aufklärung. Aber gerade indem Sokrates sich von der nationalen Art entfernte, inaugurierte er das, was wir heute spezifisch hellenische Philosophie und Weltanschauung nennen. Hier ist die Sprengung der eigenwilligen nationalen Sonderart die Vorbedingung für die Selbstoffenbarung des Geistes und damit für die Entfaltung des Ideal-volklichen. Allgemein-menschliche, gar nicht national-hellenische Bedeutung besaß Platons Idealstaat. Die Religion des israelitischen Volkes war streng national. Aber die aus seinem Schoße hervorgegangene edelste Frucht: die Humanitätsreligion Jesu lag nicht in der bloßen Verlängerungslinie des jüdischen Volkstums, sondern überwand dieses. So ruft überall der Geist eine Entzweiung mit der Natur, der natürlichen Eigenart hervor. Das Volkstum im engeren und natürlichen Sinne zeigt sich allemal für die Menschheitsidee hemmend. In ihm liegt etwas Borniertes und Aggressives, das jede Motivierung als Nationalismus ablehnt. Wir kennen diesen Standpunkt an Rußland, wo selbst die Gebildeten und Weltweise wie Tolstoj einem beschränkten Nationalismus huldigen. Wo daher in der Geschichte der Geist zur Universalität und damit zum Menschheitsgedanken durchdringt, da sehen wir als sein erstes Opfer den Nationalismus, das heißt die auf dem kleinlichen Prinzip der Rassensonderart aufgebaute Weltanschauung, den Ichkult des Volkstums, dahinsinken. Doch verfährt der Geist in dem Ersatz, den er an Stelle dieses Individualismus gibt, den jedes Volk in seinem Leben einmal durchmacht, keineswegs gleichmäßig. Wir unterscheiden zwei Formen seiner Universalität. Das Christentum setzte an die Stelle des jüdischen und des römischen Nationalhochmuts die Lehre von der durchgängigen Gleichheit aller Menschen vor Gott. Hier, wie schon in der Philosophenschule der Stoiker, wird die volkliche Zugehörigkeit, überhaupt jede nationale Bestimmung als vollkommen irrelevant übergangen. So erst konnte die christliche Religion Weltreligion werden. Der andere Weg ist der hellenische. Der von Griechenland ausgehende menschheitbildende Geist trägt trotz seiner Universalität die Bezeichnung „griechisch". Aber dies Ewig-Hellenische ist eben

nur von seiner umfassenden Menschlichkeit, also nicht von dem der griechischen Eigenart, aus zu verstehen. Das Hellenisch-Geistige entstand im Gegensatz zum streng Nationalgriechischen.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Formen der Humanität besteht damit in nicht viel mehr als einer Verschiedenheit des Gewandes: die eine entbehrte der volklichen Bezeichnung, welche die andere, ihrem umfassenden Inhalt widersprechend, noch besaß. Denn die hellenische Unterscheidung zwischen Griechen und Barbaren, die allerdings noch auf dem klassischen Höhepunkt ihrer Philosophie voll aufrecht erhalten wurde, entsprach ja nur den tatsächlichen damaligen Verhältnissen der Völker, lag nicht in dem Wesen des so ganz duldsamen und rationalen hellenischen Geistes, der ja sonst niemals zu seiner internationalen Bedeutung gekommen wäre. Wir erkennen vielmehr im Christentum wie im Hellenentum der Hauptsache nach überindividuelle, also auch über die Völkerindividualitäten hinausgehende, allgemeingültige Errungenschaften. Nichts Kleinlicheres daher, als sie von einem relativen, beschränkten Rassengesichtspunkt aus erklären zu wollen.

Ein gefährlicher Doppelsinn also verbirgt sich im Begriffe des Volkstums. Dieser Begriff kann die Quersumme der bloßen Erfahrung darstellen und damit nichts als eine naturwissenschaftliche Tatsache enthalten; er kann zweitens über die Erfahrung weit hinausgehen, indem er sich lediglich an die Höhen und Gipfelpunkte der Geisteskultur hält und aus ihnen ein Ideal konstruiert, das zwar keine reale, aber eine ideelle Existenz, nämlich als Strebensziel der geistigen Führer des Volkes, darstellt. Der naturwissenschaftliche Begriff des Volkstums wird aus allen seinen Erscheinungen, den höchsten wie den niedrigsten, gewonnen, die Idee dagegen nur durch Betrachtung der höchsten geistigen Offenbarungen und zwar wiederum erst durch deren Idealisierung. Der ganze Unterschied wird klar, wenn wir die beiden Begriffe „russisch" und „hellenisch" nach ihrem heute üblichen Sinn zusammenstellen. Diese zwei Begriffe sind nicht gleichgeordnete Artbegriffe, sondern der eine gibt ein Durchschnitts-, der andere ein Idealbild. Es sind die gleichen zwei Bedeutungen, die sich in dem Wort „Typus" verbergen. Der Typus als das „Urbild" oder die „Idee" des Hellenischen hat niemals in geschichtlicher Abgeschlossenheit fertig vorgelegen, sondern ist eine zu unendlicher Vollkommenheit fortschreitende, rein ideelle Konstruktion späterer Geschlechter, die nun das Wesen des hellenischen Geistes und den idealen Zielgedanken, dem er zustrebte, besser verstehen, als er selbst sich verstand.

Und entsprechend unterscheiden wir zwei Begriffe der „Menschheit". Als naturwissenschaftliche Tatsache ist diese kein Gegenstand der Erbauung. Bringen wir von ihr alle Sonderart, die volkliche, wie die individuelle, die geistigen Höhen wie die Tiefen in Abzug, dann ergibt das zustandekommende Durchschnittsbild der empirischen Menschheit den Begriff der leeren, bleichen Internationalität, deren Inhaltlosigkeit den Ursprung des Begriffs aus der bloßen Verneinung nicht verleugnen kann. Die „Menschheit" als Idee dagegen besitzt

die größte Inhaltsfülle, die sich denken läßt, weil hier die Menschheit in ihren Gipfelpunkten aufgesucht und diese wiederum nur als die Keime einer noch höheren und höchsten Vollkommenheit und Geistigkeit aufgefaßt sind. Sie ist der positive Inhalt des Kantischen Sittengesetzes: die „Menschheit" gleichsam als die Vergegenständlichung des Gewissens, als der oberste sittliche Zweck aller Handlungen. Sie wird in verschiedener Fassung als „Humanität" zum Bildungsideal unserer klassischen Zeit von Winckelmann und Lessing bis zu Goethe und W. von Humboldt.

Dem Universalismus gerade dieser Zeit verdanken wir es, wenn heute der Begriff des Deutschtums eine mehr als bloß anthropologische Bedeutung besitzt, wenn wir es heute wagen können, ihn ideal-geistig zu fassen, wie wir es mit dem Begriff „hellenisch" tun. Wie ungesund die Selbstbespiegelung der bloßen volklichen Eigenart und deren Erhebung zur Norm ist, ersehen wir aus der Hemmung, die sie dem Weiterschreiten des Volkes bereitet. Hätte ein solcher Nationalismus bereits vor Goethe bestanden, so würde er die Vertiefung und Bereicherung des Nationalcharakters und damit sein Fortschreiten auf dem Wege zum Humanitätsideal unmöglich gemacht haben. Der deutsche Gedanke, nicht als historischer oder politischer Begriff, sondern als Imperativ, als normgebender Faktor regte sich zu jener Zeit noch wenig. Was die Nation mit Bewußtheit an Ewigkeitswerten besaß, war nicht viel mehr als das, was sich an die Namen Luthers und Dürers knüpfte. Da konnte man, unberirrt durch möglicherweise übertriebene Ansprüche des Nationalgefühls, welche den ferneren Entwicklungsweg durch Hinweis auf Muster der vaterländischen Vergangenheit vorzeichnen könnten, das Land der Griechen mit der Seele suchen und den Menschen, nicht bloß den deutschen oder preußischen, darstellen. Wir sind heute in diesem einen Punkte schlechter daran, insofern der in den dazwischen liegenden hundert Jahren klarer und bestimmter, aber damit auch enger gewordene Begriff von deutschem Wesen uns zu Epigonen zu stempeln und Ansprüche an uns und unsere weitere Entwicklung zu stellen scheint, die unsere klassische Zeit noch nicht kannte. Fichtes Feuerseele konnte noch den Begriff deutscher Art rein philosophisch von großen, ewigen Gesichtspunkten her ableiten, die Heutigen (mit wenigen Ausnahmen) können es nicht mehr oder glauben es nicht zu können. Wir sehen in solchem Nationalismus, der sich ausschließlich an die natürlich gewordene Eigenart des durchschnittlichen Volkscharakters hält, eine schwere Gefahr für die fernere Entwicklung des deutschen Geistes. Lassen wir darum diesen ein Ideal sein, das nicht gegeben, nicht ohne weiteres in den künstlerischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Gewohnheiten unseres Volkes zu erkennen ist, sondern das, nur auf den Höhen unseres Geisteslebens keimhaft angelegt, das Ziel ist, dem wir zuzustreben haben! Noch konnte ein Philosoph unserer Tage, Hermann Cohen, das Eigentümliche des deutschen Geistes kennzeichnen, indem er den Geist schlechtweg darstellte. Es fragt sich, ob dies auch in Zukunft möglich sein wird, wenn man ständig das Zufällig-einseitige, Irrationale, subjektiv Bedingte der deutschen

Sonderart zu betonen fortfährt. Es tritt dann die Gefahr ein, daß der von großen Geistern gehegte Gedanke einer überindividuellen Geisteskultur nicht mehr mit dem Namen unseres Volkstums verknüpft wird und dieser somit verarmt. Da aber für jedermann sein Volkstum nicht aufhören wird, vorbildlich zu wirken, so haben wir ein begreifliches Interesse daran, den Begriff von dem unserigen nicht verflachen zu lassen. Die ideale Menschheit wollen wir in ihm erblicken und nicht bloß eine vergängliche Liebhaberei.

Wir Gesegneten

Unsre Stunden glichen
Einst verwelkten Schwestern.
Müde und verblichen
Sind sie durch das Gestern
Langsam hingeschlichen.

Klein galt uns der Wert
Unsres Lebenslooses.
Treu ward er gemehrt,
Aber nie hat Großes
In uns aufgegärt.

Nun durchglühn uns Funken
Reinsten Liebesbrandes.
Unser Blut ist trunken
Und ein Nie-Gekanntes
Ist ins Herz gesunken.

Mag auch rings der Tod
Uns sein Nachtlied geigen:
Lebensglut durchloht
Und gesegnet steigen
Wir ins Morgenrot.

Hans Bauer

Die neue dänische Verfassung

Die neue dänische Verfassung vom 5. Juni 1915, durch die die Verfassung von 1866 abgelöst wird, bedeutet ihrem inneren Wesen nach eine Rückkehr zu den demokratischen Grundsätzen der Juniverfassung von 1849.

Die Verfassung von 1866 war konservativer als die Juniverfassung, gleichwohl beruhte sie ebenso wie diese auf der Voraussetzung des Übergewichts des Folketings (der zweiten Kammer). Die konservativen Gutsbesitzer hegten auch damals keine weitergehenden Wünsche. Sie wünschten ein Oberhaus, das den Grundbesitz gegen Übergriffe eines demagogischen Folketings beschützen könnte. Die politischen Köpfe unter ihnen sahen klar, daß das Folketing nach der Zusammensetzung der Wählermasse aus der bereits zurückgelegten politischen Entwicklung, namentlich aber durch die für Dänemark eigentümliche Finanzgesetzbehandlung, ein Übergewicht erhalten hatte, gegen das ein Kampf aussichtslos war. Den sichtbaren Ausdruck dieser Auffassung erhielt die Verfassung in den Regeln über die Behandlung der Finanzgesetze, in denen das Vorrecht der zweiten Kammer hinsichtlich aller Bewilligungsgesetze gewahrt wurde. Ein Versuch der Nationalliberalen, die Gleichberechtigung der Kammern durch Einrichtung eines gemeinschaftlichen Ausschusses als einer entscheidenden Instanz über die Finanzgesetzvorlagen zu retten, wurde aufgegeben und dem Folketing das Vorrecht auf diesem Gebiete als eine ausdrückliche „Einräumung an die Volkssouveränität" belassen.

In den ersten Jahren nach 1866 wurde die Regierung des Landes in diesen Geleisen geführt, aber nachdem sich 1870 die Bauernparteien unter dem Namen der Vereinigten Linken zusammengeschlossen hatten, begann der Kampf der Regierenden gegen den Folketingsparlamentarismus. Dieser Kampf, der zuerst unter nationalliberaler Leitung (Partei der städtischen Intelligenz, sogenannte Professorenpartei) und dann unter Estrup (Partei der konservativen Gutsbesitzer) geführt wurde, bildet den wesentlichen Inhalt der dänischen Politik von 1870 bis 1901. Gegenstand des Kampfes war von nationalliberaler und konservativer Seite die Behauptung der völligen Gleichberechtigung der ersten Kammer, von der gegnerischen Seite, der Vereinigten Linken, die Behauptung des Folketingsparlamentarismus, und dieser Kampf wurde in der Behandlung der Finanz-

vorlagen zum Austrag gebracht, indem das Folketing das Budget verweigerte oder dessen Durchbringung verschleppte. Das war die Epoche der sogenannten Verwelkungspolitik mit den Begrabungsausschüssen, hinschleppenden Tagesordnungen, Adressen an den König usw.

Diese alljährlich wiederkehrenden parlamentarischen Scharmützel nahmen eine ernste Wendung mit dem Verfassungsbruch durch die konservative Regierung Estrup im Jahre 1885. Als am 1. April 1885 kein ordnungsgemäß bewilligtes Budget vorlag, erließ Estrup ein provisorisches Finanzgesetz und geriet damit auf das gefährliche Geleise des fortgesetzten Verfassungsbruches. Formell siegte Estrup, in Wirklichkeit aber bereitete er den Boden für die entscheidende Niederlage der Rechten.

Neun Jahre währte diese Epoche der provisorischen Finanzgesetze, des fortgesetzten offenen Verfassungsbruches, mit dem der Opposition ein ungeheuer wirkungsvoller Agitationsstoff in die Hand gegeben war und in der Folge die Wählermassen der Rechten allmählich dezimiert wurden.

Die Politik der Rechten war negativ: sie galt lediglich der Bewahrung ihrer Machtstellung; da man aber des Scheines halber positive Ziele vertreten mußte, so wurde die Landesverteidigungsfrage, namentlich die Landbefestigung von Kopenhagen, in den Vordergrund gerückt. Damit gleitet die Landesverteidigungsfrage als eisernes Inventar in die dänische Politik und bildet fortan den Zankapfel der Parteien. Das Folketing bewilligt alle Finanzen mit Ausnahme der extra-ordinären militärischen Aufwendungen zum Bau der Landbefestigungen von Kopenhagen, die dann regelmäßig am 1. April durch ein provisorisches Finanzgesetz aufoktroyiert werden.

So ist es zu verstehen, daß die Linke Reformpartei aus parteipolitischen Gründen in eine Opposition hineingedrängt wurde, die dem Wesen dieser mit grundtvigianischen, stark nationalistischen Elementen konstruierten Partei nicht entsprach. Und so ist es zu verstehen, daß diese Partei, nachdem sie später 1901 zur Regierung gelangt war, ihr ursprüngliches Wesen wieder annahm und mit ihrem gemäßigten Flügel auf nationalistischer Grundlage Anlehnung an die konservativen Elemente suchte und fand.

Die Estrupsche Periode der Finanzprovisorien endete 1894 mit einem Vergleich der streitenden Parteien, aber die Linke erhielt nicht den zugesicherten Anteil an der Regierung, was in der Folge als politischer Verrat der Rechten gebrandmarkt wurde.

Erst nach der entscheidenden Niederlage der Rechten bei den Wahlen im Jahre 1900 entschloß sich der König im Jahre 1901 zur Annahme einer parlamentarischen Regierung, die aus der Mehrheitspartei des Folketings, der Linken Reformpartei, gebildet wurde. Somit hatte der dreißigjährige Krieg mit dem endgültigen Sieg des Folketingsparlamentarismus seinen Abschluß gefunden.

Die Vereinigte Linke hatte sich 1870 gesammelt in dem Programm: Die Juniverfassung ist das moralische Recht des Volkes. Nachdem aber die

Linke 1901 zur Regierung gelangt war, zeigte sie keine besondere Eile, die Verfassungsfrage aufzunehmen.

Der Grund lag einmal darin, daß die Partei im Laufe der Zeit eine wesentliche Umbildung erfahren hatte — sie war aus einer unmittelbaren demokratischen Partei zu einer ländlichen Mittelstandspartei mit ausgeprägtem Oberklassengefühl geworden — und andererseits darin, daß die Partei aus der negativen Haltung einer Oppositionspartei zur positiven Politik einer Regierungspartei übergegangen war. Sie fand sich in vielen Fragen mit den Konservativen herzenseinig, in denen sie bisher aus parteipolitischen Gründen opponiert hatte, namentlich zeigte sie sich mehr und mehr willig, dem konservativen Standpunkt in der Landesverteidigungsfrage Zugeständnisse zu machen. Die Landesverteidigungsfrage, die in dem dreißigjährigen Verfassungskampfe der politische Zankapfel zwischen Konservativen und Linken gewesen war, wurde zu einem vorläufigen Abschluß gebracht durch den politischen Vergleich vom Jahre 1909, in dem sich Rechte und Linke einigten.

Wie auf diesem Gebiete, so waren auch auf anderen Gebieten die Gegensätze zwischen der regierenden Linken und der Rechten, die ihre Stütze in der ersten Kammer hatten, geringer geworden. Das Landsting hatte sich nämlich auch selbst im Laufe der Zeit nicht unwesentlich gewandelt, namentlich infolge der Einführung der Einkommensteuer im Jahre 1903. Die Gesellschaft konservativer Gutsbesitzer, Patrizier und akademischer Intelligenz, die aus traditionellen Standesrücksichten, aber doch im wesentlichen aus idealistischen Motiven starr am Machtprinzip des Landstings festhielten, sahen sich in steigendem Maße untermischt mit Elementen, die auf der Stufe der Einkommensteuer sozusagen automatisch zu den ehrwürdigen Sesseln des Tings emporstiegen und sich mit den Symptomen der Herzverfettung lähmend in den Reihen breiteten. Aus der Versammlung unbeugsamer konservativer Aristokraten wurde nach und nach eine friedfertige Versammlung, die dem Ministerium keinen Anlaß gab, einen Streit vom Zaune zu brechen, im Gegenteil war dieser Landsting sehr gut zu gebrauchen, um demokratische Forderungen zum Scheitern zu bringen, denen sich das Ministerium wegen seiner eigenen oppositionell-demokratischen Vergangenheit nicht gut widersetzen konnte.

Es war daher verständlich, daß die Ministerien der Linken (erst Deuntzer, dann J. C. Christensen) keinen Eifer zeigten, die Verfassungsfrage anzuschneiden.

Wenn das Land trotzdem die neue Verfassung erhielt, so ist das zweifelos ein Ergebnis der inneren Entwicklung, die sich in fortschreitender Demokratisierung des Volkes bewegt. Indes spielen eine Reihe von äußeren Umständen eine Rolle, die einen Schritt nach dem anderen auslösten.

Die Entwicklung beginnt in der Reichstagssession 1904—1905 mit einer Forderung der Sozialdemokraten, die Reform der Wahlkreiseinteilung auf die Tagesordnung zu setzen. J. C. Christensen, dem die Aufrollung der Sache unbequem war, sah sich gleichwohl infolge seiner politischen Vergangenheit ge-

nötigt, etwas zu tun. Er legte eine sogenannte „kleine Verfassungsänderung" vor, die aber an der Frage der Auflösbarkeit der vom König berufenen Landstingsmitglieder scheiterte.

Das Ministerium Neergaard, das nach der Alberti-Katastrophe eintrat, legte aufs neue diesen „kleinen Verfassungsänderungsvorschlag" vor, der abermals aus demselben Grunde strandete.

Das erste radikale Ministerium fand trotz seiner kurzen Lebensdauer (vom Herbst 1909 bis Frühjahr 1910) Zeit, einen umfassenden Verfassungsänderungsvorschlag auszuarbeiten im Anschluß an sozialistische Auffassungen.

Aber jetzt trat J. C. Christensen im Namen seiner Partei mit seiner Theorie der zwei Tempi auf den Plan, das heißt, die Verfassungsreform müsse in zwei Tempi durchgeführt werden. Zuerst müsse man die Machtstellung des Folketings durch eine bedeutende Erweiterung des Wahlrechts stärken und darauf erst zur Reform des Landstings schreiten. Dieser Vorschlag war nichts anderes, als ein kluger politischer Schachzug J. C. Christensens, der sich den Anschein gab, die Sache zu fördern, in Wirklichkeit aber durch die Art dieses politisch undurchführbaren Vorschlags eine ziemlich zuverlässige Garantie gegen die Durchbringung einer neuen Verfassung schuf.

Diese Garantie sicherte ihm denn auch das Wahlbündnis mit der Rechten, infolgedessen das radikale Ministerium nach den Wahlen von 1910 weichen mußte.

Darauf folgte die Regierung der „Moderaten Linken" unter dem Ministerium Claus Berntsen. Dieser gemäßigte grundtvigianische Flügel der Linken, der 1894 den großpolitischen Vergleich mit der Rechten eingegangen war, hinterher aber um die Früchte des Vergleichs betrogen ward, repräsentiert die idealistisch-nationalistischen Kreise der ländlichen Volkshochschulen, die breiteste Fühlung mit den ländlichen Mittelstandsschichten haben, sich aber an politischer Gewandtheit bei weitem nicht mit der „Linken Reformpartei" unter der Führung von J. C. Christensen messen können. Sie repräsentieren die Gemütsmenschen der Linken, sind nationalistisch aus Überzeugung und demokratisch aus Idealismus, während J. C. Christensen beides aus politischer Berechnung ist.

Das Ministerium Claus Berntsen saß mit dem Mandat, die Durchführung der Landesverteidigung gemäß dem Vergleich von 1909 zu wahren. In diesem Punkte genoß es das Vertrauen aller landesverteidigungsfreundlichen, nationalistischen Kreise und wurde deshalb namentlich von der Rechten gestützt. Nachdem aber dieses Programm durchgeführt war, trat das Ministerium Berntsen in der Session 1912—1913 ganz unerwartet und zum großen Entsetzen der Rechten mit einer neuen Verfassungsreform hervor, die ebensoweit ging, wie der radikale Vorschlag von 1909 und auf die Demokratisierung des Folketings sowohl wie des Landstings hinauslief.

Der Vorschlag war eine Überraschung für die Rechte, die das Ministerium wahrlich nicht zu diesem Zwecke unterstützt hatte: er ist auch bis heute in seinen Motiven nicht völlig aufgeklärt. Vielleicht war es politische Taktik nach Gladstones

Vorbild: nachdem das Ministerium sein Programm erledigt hatte, brauchte es eine neue politische Aufgabe, um seine Lebenskraft zu bewahren, und da gab es natürlich nichts größeres als die Durchführung einer Verfassungsreform im Sinne der historischen Forderung der Linken. Wahrscheinlich aber ist das reine Idealitätsmoment ausschlaggebend gewesen. Bei diesen gemäßigten Grundtvigianern lebt noch die heimliche Liebe zu den Idealen der Jugend, drei Generationen des Landvolks waren in den Traditionen der alten Forderung der Linken erzogen worden, und als endlich die Partei an die Regierung kam, entschloß sie sich, das Versprechen der Väter einzulösen, allen politischen Berechnungen zum Trotz. Bei der Rechten rief der Vorschlag Entsetzen und Verwirrung hervor, sie konnte in den eigenen Reihen keine Einigung erreichen außer in dem rein negativen, den Vorschlag zu Fall zu bringen.

J. C. Christensen (Linke Reformpartei) opponierte taktisch sehr geschickt in der Absicht, selbst wieder an die Regierung zu gelangen und seine eigene Verfassungsreform zur Verhandlung zu bringen.

Dagegen fand der Vorschlag volle Zustimmung bei den Radikalen und den Sozialdemokraten.

Indessen fiel das Ministerium Berntsen bei den Wahlen 1913 und da die nunmehr stärkste Partei, die Sozialdemokraten, sich weigerten, die Regierung zu übernehmen, so rückte mit Stütze der Sozialdemokraten das radikale Ministerium Zahle in die Regierung, obwohl die radikale Partei nur eine Minderheitsgruppe im Folketing bildet. Das radikale Ministerium hatte das Mandat die Verfassungsreform durchzuführen und fand insoweit auch Stütze in der moderaten Linken.

Das Ministerium hat nun diese Aufgabe mit großem Geschick gelöst. Die neue Verfassung ist ein Kompromiß, die Sozialdemokraten zeigten ein verständiges Entgegenkommen und auch der verhandlungswillige Teil der Rechten hat sich mit Resignation in das Unvermeidliche gefügt, so daß die neue Verfassung schließlich von allen politischen Parteien praktisch gesprochen ohne Widerspruch angenommen wurde.

Die wesentliche Änderung gegenüber der Verfassung von 1866 besteht in der Erweiterung des aktiven und passiven Wahlrechts zu beiden Kammern und der Aufhebung aller Privilegien und Standesunterschiede unter der Wählermasse.

Das Wahlrecht zum Folketing erfährt zunächst eine kolossale Erweiterung durch die Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen in Gleichstellung mit den Männern. Außerdem erhält das Gesinde Wahlrecht und in gleicher Weise wird der Fortfall der Bestimmung, daß der Wähler das letzte Jahr vor der Wahl festen Wohnsitz in dem Wahlkreise oder in der betreffenden Stadt haben müsse, eine Vermehrung der Wählerzahl bewirken. Schließlich wird das Wahlrecht allen fünfundzwanzigjährigen Bürgern und Bürgerinnen erteilt; diese Herabsetzung des Wahlalters von 30 auf 25 Jahre wird indessen gradweise in Kraft treten, indem jedes vierte Jahr ein neuer Jahrgang hinzutritt.

Bei den Wahlen zum Landsting fällt das privilegierte Wahlrecht fort. Von den 74 Mitgliedern werden 54 von sämtlichen Folketingswählern, die das 35. Lebensjahr überschritten haben, in indirekter Wahl gewählt. Die übrigen 18 Mitglieder, die nach der Verfassung von 1866 vom König ernannt wurden, werden jetzt vom Landsting selbst gewählt.

Die Wahlperiode für das Folketing ist vier Jahre, für das Landsting acht Jahre.

Wenn sich das Landsting einem im Folketing angenommenen Gesetzesvorschlag widersetzt, auch nachdem dieser nach Ablauf der regulären Wahlperiode von einem neugewählten Folketing abermals angenommen ist, so kann das Landsting aufgelöst werden.

Hinsichtlich des Wahlmodus eröffnet § 32 den politischen Parteien die Möglichkeit, nach ihrem Stärkeverhältnis im Folketing Vertretung zu erlangen entweder durch Einführung des reinen Proportionalwahlsystems oder durch Verbindung dieses Systems mit der Wahl in Einzelkreisen. Die Regeln hierfür sind ziemlich kompliziert.

Faßt man das Wesen der Neuerungen zusammen, so ergibt sich die Bewahrung des Zweikammersystems gleichzeitig mit der Aufhebung aller Privilegien und Standesunterschiede unter den Wählern.

Hierbei wird die erste Kammer durch das zehn Jahre ältere Wählerkorps, durch die indirekte Wahl, durch die längere Funktionsdauer in Verbindung mit der starken Sicherung gegen Auflösung sowie endlich durch die achtzehn vom Landsting selbst gewählten Mitglieder zweifellos den mehr besonnenen Charakter erhalten, den ihm der Wille der Verfassung gegenüber der zweiten Kammer zugedacht hat.

Das Ergebnis ist also: Folketingsparlamentarismus in Verbindung mit einem Senat, der geeignet ist, eine abwägende, retardierende Wirkung gegen unreife Gesetzmacherei auszuüben, ohne doch auf die Dauer imstande zu sein, eine innerlich berechtigte große Reformgesetzgebung zu verhindern.

Wie das Wahlrecht der Frauen wirken wird, ist schwer vorauszusagen. Das kommunale Wahlrecht, das die Frau in Dänemark schon seit einer Reihe von Jahren besitzt, hat die Verhältnisse wenig beeinflußt.

Aus Emanuel Geibels Schülerzeit

Mit einem Brief und neunzehn ungedruckten Jugendgedichten zum 17. Oktober

Von Professor Stoll

Wie unseres Reichsschöpfers hundertjähriger Geburtstag in die Zeit schwersten Ringens des deutschen Volkes gefallen ist, so auch der des Dichters, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nicht bloß am reinsten und edelsten aussprach, was die deutsche Brust erfüllt, sondern auch für das ganze Erleben unseres Volkes, insbesondere für sein Streben nach Einheit, Kaiser und Reich, den mächtigsten und ergreifendsten, dichterischen Ausdruck gefunden hat.

Wohl folgt die Dichtung mit tausendfältigem Sang den Geschicken Deutschlands auch in diesen Tagen; aber trotz mancher Versuche, Emanuel Geibel als veraltet, überholt vornehm beiseite zu schieben, stellt unser Volk noch keinen der neuen Sänger neben oder gar über ihn, den es mehr geliebt hat als irgendeinen seiner Dichter nach Schiller. Mit seinem deutschen Gemüt, seiner Andacht zur Natur, mit der unendlichen Zartheit und Innigkeit seines Empfindens, die die kraftvollste Männlichkeit nicht ausschließen, mit seinem sittlichen Mut und seines Geistes hohem Schwung, der doch die feine Linie edelster Maßhaltung nie überschreitet, mit der Fülle seiner Weisheit und der Tiefe seiner Bildung hat er sich so in seines Volkes Sinn und Herz hineingesungen, daß es ihm nie den vollen Kranz vom Haupte wird reißen lassen. Wie die deutschen Frauen sich ihn nie werden nehmen lassen, so darf er unserer deutschen Jugend, unserer deutschen Schule nie verloren gehen. Ist doch auch heute und noch auf lange Zeit aus seinen flammenden Dichtungen, mit denen er „dreißig Jahre lang — in der Zerstückelung Zeit rufend nach Kaiser und Reich“*), deutsches Ringen und endliches Siegen hoffend und tröstend, mahnend und triumphierend begleitet hat, für unser schwer kämpfendes Volk manch herrliches Wort, manch unverbrauchtes Rüstzeug zu gewinnen! Er hat es vollauf verdient, daß heute die gesamte deutsche Welt sein Andenken ehrend erneuere!

---

*) Spätherbstblätter, S. 267

Insbesondere hat sein Volk ein Recht darauf, eines solchen Mannes, seines erklärten Lieblingssängers, ganzes Schaffen kennen zu lernen. Dieses wird uns zunächst erschlossen durch sein köstliches Vermächtnis an sein Volk: die vom Dichter selbst noch in seinen letzten Lebensjahren veranstaltete Gesamtausgabe seiner Werke*), die in einer einzigarten Weise die stufenweise aufsteigende Entwicklung seines dichterischen Schaffens darstellt. Seinen Glauben aber, daß er seinem Volke doch noch mehr zu bieten habe, hat er verraten durch den Wunsch, es möge auch aus seinem dichterischen Nachlaß noch ein stattlicher Band Gedichte mitgeteilt werden. Dies geschah 1896 als die „Gedichte aus dem Nachlaß" erschienen. Außerdem aber liegt auch noch eine größere Anzahl von Gedichten, die weder in diesen beiden Sammlungen noch auch in den Einzelausgaben enthalten sind, zerstreut in Einzeldrucken oder in Zeitschriften, Zeitungen und Lebensbeschreibungen gedruckt vor, eine blühende Schar — ich zählte bis jetzt 225 —, wohl wert, einmal zusammengestellt zu werden.

Dabei wäre auch durchaus nicht ablehnend über die „Jugendgedichte" wegzusehen! Er selbst hat sie nicht mißachtet und immer wieder einige in die einzelnen Gedichtausgaben nachgeschoben. Ja es wird manches Auge gerade den Anfängen eines sich entwickelnden wahrlich nicht alltäglichen Dichtertalents teilnehmend sich zuwenden, das bei seinem ersten Auftreten in einer Zeit politischer Überreizung zunächst freilich vorwiegend die warme Liebe der Frauenwelt fand, bald aber von der hohen Achtung aller gebildeten Kreise getragen und auf seinem Höhepunkt im Jahre 1870/71 vom begeisterten Beifallsruf der ganzen Nation umbraust war.

So sei es denn heute, an des Dichters Ehrentag, gewagt, unserem Volke einen weiteren Beitrag zu seiner Kenntnis zu bieten, dem Umfang nach größer als bisher irgendeiner erschienen ist; er besteht in einem Briefe und neunzehn Gedichten aus der Zeit, da er noch Schüler der obersten Klassen des Lübecker Katharinen-Gymnasiums gewesen ist.

Emanuel Geibel hat in einer Zeit, da vielfach Primaner nichtpreußischer Gymnasien solange die Schule besuchten, als sie ihnen etwas zu bieten hatte, und dann oft, ohne eine Reifeprüfung bestanden zu haben — sie war in Lübeck nur von Stipendiaten abzulegen — die Hochschule bezogen, elf Jahre lang der genannten Anstalt angehört, von Ostern 1824 bis Ostern 1835. Bei seinem Eintritt nicht gerade groß von Gestalt, erreichte er auch später kaum Mittelgröße. Aber ein derber, strammer, starker Junge war er, zu wildem Spiel, zu lustigen Streichen stets aufgelegt! „Bis in das zwanzigste Jahr fast blieb ich ein Knabe", sagt er selbst**), in „den umfriedeten Kreis von Haus und Schule beschlossen"***). Die Klassen Prima bis Quarta umfaßten je zwei Jahrgänge; in Quinta übersprang er eine Ordnung, blieb aber in der anderen ein halbes Jahr länger, und ebenso

*) Emanuel Geibels gesammelte Werke in acht Bänden. Stuttgart, Cotta, 1883.

**) Spätherbstblätter, S. 281.

***) Gedicht aus dem Nachlaß, S. 281.

in Oberprima*), freiwillig, nachdem er schon im November 1834 die Reifeprüfung abgelegt hatte, die sich auf vier schriftliche Arbeiten in Deutsch, Latein, Griechisch und Französisch beschränkte. Die auf der Höhe stehende Anstalt vermittelte ihren Schülern eine gründliche, wesentlich philologische Bildung und hat gerade in jenen Jahren hervorragende Zöglinge herangebildet, neben Geibel die Brüder Ernst und Georg Curtius, die Diplomaten Markus Niebuhr und Kurd von Schlözer, Ferdinand Röse, Karl Litzmann, Nikolaus Delius, Wilhelm Wattenbach, von Herbst 1835 ab auch Theodor Storm**). Auch haben sämtliche Lehrer, besonders der Direktor Friedrich Jacob aus Halle (1792—1854) und der feinsinnige Hamburger Johannes Classen (1805—1891), sich die hohe Achtung und dauernde dankbare Anhänglichkeit aller ihrer Schüler zu gewinnen gewußt; daran änderten auch solche kleinen Vorkommnisse nichts, wie sie Geibel in den hübschen „Schulgeschichten" erzählt hat (Ges. W. III. S. 225); was er „Einem Schulmann" schreibt (Ges. W. IV. S. 84), ist auf keinen seiner Lehrer gemünzt***). Mehrere derselben förderten die jungen Talente unter den Schülern auch außerhalb der Schule, wie Jacob, Classen, Deecke†), Mosche, und zogen sie in ihr Haus, um ihr Streben zu unterstützen.

Im letzten Halbjahr in Sekunda und Prima war Geibel der erste von seinen Kameraden; besonders übertraf er alle in den deutschen Arbeiten, in denen seine Lehrer Selbständigkeit des Inhalts und phantasievolle, treffende Darstellung anerkannten; auch zeigte er damals schon seine schöne Gabe, frei in Versen zu sprechen. Dabei besaß er die neidlose Liebe aller seiner Mitschüler, die er auch später zusammenhielt; einem, dem unglücklichen Röse, bewies er bis zu dessen Tod seine schöne Hilfsbereitschaft, die kein Opfer scheute††). Freundschaft war ihm überhaupt ein tiefes Lebensbedürfnis†††).

*) Es fanden also auch zu Michaelis Versetzungen in höhere Klassen statt.

**) Zwanzig Jahre später auch noch Wilhelm Jensen, der beiden, Geibel wie Storm, ein treuer Freund war. Von letzterem wüßte man aber lieber nicht, daß er, obwohl er Geibel persönlich in dessen Hochschulferien kennen lernte, eine tiefe, aus unbegründeter Eifersucht entsprungene Abneigung dauernd gegen diesen gehegt hat. Und doch sprach Geibel nur mit Achtung von ihm, wie auch mit Bewunderung von Hebbel, während dieser auf die — doch auch nur mäßigen — Erfolge von Geibels Dramen mit mehr Recht als Storm wettern durfte! Wie bei Nennung Kaiser Wilhelm des Ersten und Bismarcks stets, so lüftete Geibel auch bei Nennung Hebbels einmal den Hut. Lenaus Abneigung gegen Geibel hat dieser einzelnen Lenauschen Gedichten gegenüber erwidert.

***) Einen trefflichen Rat für alle gibt er G. W. IV. S. 167.

†) Er sowie besonders sein hochbegabter, trefflicher, auch dichterisch begabter Sohn Wilhelm (1831—1897), Gymnasialdirektor in Straßburg, der von Manteuffel eine ganz verständnislose, unverdiente Behandlung erfahren hat, gehörten zu Geibels treuesten Freunden, und letzterer hat sein Andenken geehrt in seinen „Erinnerungen an Geibel", 1885.

††) Vergl. besonders Arno Holz, Gedenkbuch (an Geibel), 1884, S. 329.

†††) Hat der einsame, arme Mann ja doch nur drei Jahre lang ein eigenes Haus gehabt! Und auch diese kurze Glückszeit war ihm vergällt durch öftere Anfälle seines eigenen vierzigjährigen, oft so schweren Leidens, wie durch das dreizehnmonatige, hoffnungslose Siechtum der geliebtesten Frau! Was wäre ihm da das Leben ohne Freunde gewesen?

Mit mehreren Freunden bildete er von Obersekunda ab einen von ihm geleiteten „Poetischen Verein" zu gegenseitiger Förderung. Übrigens schenkten die Lehrer, nach Classens Aussage, seinem Dichten absichtlich keine besondere Beachtung, wohl um keine Selbstüberschätzung bei ihm aufkommen zu lassen Aber der selbst dichterisch beanlagte Direktor Jacob hat — in vertrauter Aussprache mit einem von Geibels Mitschülern, der ja wohl nachher etwas übertrieben haben mag — ihm eine Herrschaft über die Sprache nachgerühmt, wie sie sich bei keinem anderen Dichter, selbst bei Goethe nicht, finde. Daß er trotzdem bescheiden blieb, zeigt eine Stelle in seinem deutschen Prüfungsaufsatz; fast jeder junge Mensch, sagt er da, habe eine Lebensperiode, in der er seine Gefühle im lyrischen Gedichte ergieße, aber töricht sei es, ihn deshalb schon Dichter zu heißen*).

Früh erkannte man gerade das Sangbare seiner Gedichte. Sein Lehrer Professor Karl Mosche hat schon damals zwölf seiner Lieder vertont, bald darauf vertonte C. G. Reisiger einige und die hochtalentvolle Johanna Mathieux, geborene Mockel, die später Gottfried Kinkels wackere erste Gattin wurde, hat Dutzende von Liedern von ihm in Musik gesetzt. Die beiden erstgenannten haben sie auch herausgegeben. Reizvoll war es auch, ihn selbst mit klangvoll tiefer Stimme seine Gedichte vortragen zu hören, obwohl er etwas träumerisch-eintönig las.

Sein ganzes langes Schulleben ist Geibel und ebenso seinen Kameraden**) immer eine erfreuliche Erinnerung geblieben.

„O Heimatschule, sei gesegnet mir,
Wo frei und frisch erwuchs mein Jugendleben!
Du dämpftest nur die flatternde Begier
Und schnittst vom Stocke nur die wilden Reben,
Was je als Kern und Wesen sich bewährt,
Das hast du mild geschont und fromm genährt!" ***)

Mitgegeben hat ihm die Schule eine dauernde, durch den Aufenthalt in Griechenland 1838 bis 1840 gesteigerte Liebe zu den formschönen, maßvollen Gebilden des antiken Geistes sowie eine Fähigkeit des Nachempfindens und Übertragens der Gedanken, die er in der Folge zur vollendeten Meisterschaft der Übersetzungskunst in sich weiterentwickelt hat. Neben den klassischen Sprachen war es seit seiner Schulzeit die Geschichte, der er besonders eifrig zugewandt blieb.

*) Siehe auch Ges. W. IV. S. 170.

**) Unter diesen hat K. Litzmann in seinem Lebensbild Geibels, 1887, hübsch von dieser Zeit erzählt.

***) G. W. II, S. 251; über Erziehung durch Vater und Mutter, auch die seinige das. S. 249.

Als ein wohl unterrichteter, sittlich für sein ganzes Leben unbeirrbar gefestigter, ideal gerichteter junger Mensch hat er das Gymnasium verlassen*), an dem er später (1848 bis 1849) einmal drei Vierteljahr lang unterrichten sollte. Aber er sollte etwas Größeres werden als ein Gymnasialprofessor: ein Lehrer und Erzieher seines ganzen Volkes!

Wie er damals aussah, zeigt sein Bild von der Hand seines älteren Freundes Theodor Rehbenitz (1791—1861), eines Schwagers und Schülers von Friedrich Overbeck**).

Aus den letzten Jahren dieser Schulzeit stammen nun eine Reihe von Gedichten und ein Brief, die mir handschriftlich vorliegen***). Es sind Geschenke des jungen Dichters an seine Base Marie Ganslandt†), die jüngere Tochter des Kaufmanns Wilhelm Ganslandt in Lübeck († 1818), der seit 1806 mit Ch. L. Hestermann aus Hanau († 1848) vermählt und der Bruder von Emanuels Mutter††) war. „Mary" war ein halbes Jahr älter als der Vetter; der Geburtstag, zu dem er ihr den Brief und die ersten zehn Gedichte sandte, war ihr neunzehnter, am 13. Februar 1834. Sie war

*) Bei der Schlußfeier am 18. April 1835 hielt er die Abschiedsrede, die von Classen gerühmt wird. — Vom alten winkeligen, auch die meisten Lehrerwohnungen umfassenden Gymnasialgebäude, einem ehemaligen Kloster, auch dem Klassenraum der Prima, dem gewölbten ehemaligen Refektorium (Speisesaal der Mönche), an dessen tragender Steinsäule Geibel und zwanzig Jahre später Wilhelm Jensen ihren beneideten, weil zum Anlehnen geeigneten Platz hatten, erzählt letzterer hübsch in Velhagen u. Klasings Monatsheften. 1900. II., S. 437. — Bilder des alten wie des neuen, 1890 erbauten Gymnasiums gibt Eschenburg, Das Katharineum zu Lübeck, 1911.

**) Vgl. Trippenbach, E. G.'s Leben, S. 15 und Fehling, Geibels Jugendbriefe.

***) Ich verdanke die Überlassung der Gedichte der Güte des Herrn Oberstaatsanwalts Ganslandt in Cassel, des Neffen von Marie Ganslandt, einstigen Schülers der Kaiserklasse des Casseler Friedrichsgymnasiums; den Brief hat mir dessen Schwester, Frau Superintendent Schaaff zu Bonn, freundlichst überlassen, die mit der ihr gleichalterigen Marie Geibel, des Dichters einzigem Kinde (1853—1906), 1872 vermählt mit dem Senator Dr. Fehling in Lübeck, eng befreundet war. Beide wollten es ermöglichen, daß aus der hessischen Heimat der Geibelschen Familie, in der der Dichter eins seiner glücklichsten Lebensjahre (1841 bis 1842) in der Familie des Freiherrn K. v. d. Malsburg zu Escheberg bei Cassel verlebt hat (G. W. V, S. 78, 98. III, S. 233), eine Erinnerung an den Gefeierten zu seinem Ehrentage beigesteuert werde.

†) Marie hatte noch einen Bruder, Röttger Ganslandt (1812 bis 1894), zuletzt Oberlandesgerichtsrat in Cassel, der seinem drei Jahre jüngeren Vetter Emanuel G. immer nahe gestanden hat, von ihm in Marburg und Cassel auf seinen Reisen zwischen München und Lübeck regelmäßig besucht ward und ihn alle zwei Jahre in Lübeck bei Besuchen seiner Schwester Mary wiedersah.

††) Diese war Luise, geborene Ganslandt (1778 bis 1841), Tochter des Kaufmanns Röttger Ganslandt in Lübeck; 1798 hatte sie den zwei Jahre älteren reformierten Pastor Johannes Geibel, geboren 1776 zu Hanau in der Großen Dechaneigasse Nr. 25, † 1853 zu Lübeck, geheiratet; von den acht Kindern des Paares, vier Söhnen und vier Töchtern, war Emanuel das siebente. Ein Ehrendenkmal hat er beiden Eltern gesetzt in der Elegie II, G. W. V, S. 86.

ein hübsches Mädchen, „blauäugig und blondlockig", und ist der Gegenstand der ersten Jugendschwärmerei des Sekundaners gewesen; „wir liebten wie die Knaben, stumm und zart", sagt er von jener Zeit. Sie selbst hat später nie davon gesprochen, doch wußte man in der Familie darum. Auch wird er wohl sie, wie Gaedertz meint, im Sinn gehabt haben, wenn es in seinem ersten gedruckten, von Chamisso und Gustav Schwab in den Musenalmanach für 1834 aufgenommenen Gedichte „Vergessen" heißt:

„Die alte Liebe ist vorbei
Die hoch mein Herz geschwellt,
Nun schwimm ich wieder frisch und frei
Durchs bunte Meer der Welt."

Daß diese Liebe nicht allzu tief gegangen war, zeigt der an Uhlands „Entschuldigung" erinnernde Schluß des Geburtstagsbriefes, und zwei Verse im Festspiel zu seines Lehrers Classen Hochzeit mit Wilhelm Wattenbachs Schwester Karoline, zu Ostern 1834:

Denn selbst betrat ich noch die Bahnen
Der Liebe, die ich singe, nicht*).

Und doch hatte der achtzehnjährige Oberprimaner schon am 6. November 1833 beim ersten Zusammentreffen mit der ihm gleichalterigen Cäcilie Wattenbach eine tiefe, dauernde, auch erwiderte Liebe für diese liebreizende, die Base Maria, die noch dazu damals fern in Hanau lebte, überstrahlende Erscheinung gefaßt**).

Beide Mädchen sind unvermählt geblieben; denn auch das nahe Verhältnis — es ist auch schon Verlöbnis genannt worden — Geibels zu Cäcilie, dem wir so manches herrliche Gedicht aus der folgenden Zeit verdanken***), hat sich nach sieben Jahren, im Dezember 1840, gelöst, weil des Dichters Zukunft zu unsicher schien und er das entscheidende Wort nicht finden konnte; das hat beiden viel Leid gebracht; erst im späteren Leben haben sie sich wieder zu beglückender Freundschaft zusammengefunden, und der Tod der Jugendgeliebten im Februar 1883 ist das letzte schwere Leid für ihn gewesen.

*) Vergleiche auch G. W. I. S. 149 „Einem Freunde".

**) Gaedertz, E. G., S. 67 meint, die Gestalten beider Mädchen seien in Geibels Jugendliedern gleichsam zu einem Bilde vereinigt. Über das erste Zusammentreffen mit Cäcilie s. G. W. V, 90.

***) Eine Anzahl der bisher auf Cäcilie bezogenen Gedichte sind an Pauline Trummer, die jüngere Schwester von Geibels ihm nach dreijähriger glücklichster Ehe 1855 durch den Tod entrissenen jugendlichen Gattin Amanda (Ada), geb. Trummer, gerichtet gewesen. Vergl. Weigle, E. G.'s Jugendlyrik, S. 10. — Auch durch Henriette v. d. Malsburg, † 1912 als Gräfin von Holnstein, ist Geibel zwar zu mehreren Gedichten angeregt worden, doch hat er selbst ihr erklärt, daß er nur im „Minnelied" sie gemeint habe. Es sei hier berichtigend zugefügt, daß er weder sie noch ihren Vater um ihre Hand gebeten hat; sie war auch bei seiner Ankunft in Eschenberg erst 18½ Jahr alt und hat von seiner aufkeimenden Neigung überhaupt damals nichts erfahren. Geibel hat diese unterdrückt, als auf eine leise Anfrage seines dem Freiherrn befreundeten Vaters, der des Sohnes Gefühle erkannt hatte, jener ihm keine Hoffnungen machte.

Gerne hätte Geibel beide Mädchen in Freundschaft verbunden gesehen; im Juli 1835 schreibt der junge Student aus Bonn an Cäciliens Bruder Wilhelm über Marie Ganslandt, die um diese Zeit mit ihrer Mutter nach Lübeck zurückgekehrt war: „Sehr viel Freude hat es mir gemacht, daß endlich Cäcilie und Mary Ganslandt sich einander näher gekommen sind. Wenn sie sich recht kennen lernen, so bin ich fest überzeugt, daß sie wahre Freundinnen werden. Mary gehört zu jenen schönen Charakteren, die sich zwar selten und wenigen aufschließen, wenn sie dies aber einmal getan, einen ganzen Himmel offenbaren. Sie scherzt und lacht gern und schließt sich niemals aus von kindlicher Freude und ungezwungener Heiterkeit; aber ihr Gemüt ist wunderbar tief, ernst, innig und treu*)." Sein Wunsch nach dauernder inniger Freundschaft beider Mädchen hat sich aber trotz ihrer damaligen Annäherung nicht erfüllt. Marie verließ Lübeck 1851 wieder, um nach dem frühen Tode ihrer 1841 mit dem Pastor Curtius zu Siebeneichen in Lauenburg, einem Vetter von Ernst und Georg Curtius, verheirateten älteren Schwester Luise in des Schwagers Haus zu walten, kehrte aber 1855, als dessen beide Kinder herangewachsen waren, dorthin zurück. Näheren Verkehr unterhielt sie in Lübeck mit dem Vetter Emanuel, der seit 1868 auch wieder dauernd dort lebte, zwar nicht, aber sie sahen sich öfter; sie hat ihn um $4^1/_2$ Jahre überlebt. Mit ihren Verwandten in Lübeck und Cassel blieb sie in enger Verbindung, von den Nichten mit Verehrung und Liebe umgeben. Überaus bescheiden in ihren eigenen Ansprüchen und strenge gegen sich selbst, lebte sie nur für andere; ihre eifrige Fürsorge galt der nordischen Mission. Am 18. Dezember 1888 erlag sie einem Herzleiden.

In ihrem Nachlaß fanden sich nun zweiunddreißig Gedichte Geibels aus den Jahren 1832 bis 1844. Die ersten zehn waren dem Geburtstagsbrief zum 13. Februar 1834 als Angebinde zugefügt, in kleinster Perlschrift sämtlich auf eine einzige Achtelseite zusammengeschrieben. Ferner waren vorhanden zwei völlig gleiche Heftchen in Sechszehntelgröße, mit dreizehn beziehungsweise sechs Gedichten, wie er solche zwei auch Cäcilie, zum 19. und 21. Geburtstag am 6. November 1834 und 1836, fünfzehn beziehungsweise vierzehn Gedichte enthaltend, geschenkt hat, nur daß die letzteren beiden Heftchen gereiftere Proben seiner Kunst enthalten**). Endlich sind noch drei einzelne Gedichte auf besondere Blätter geschrieben. Dreizehn dieser zweiunddreißig Jugendversuche sind veröffentlicht; es gibt aber auch noch früher verfaßte, die gedruckt vorliegen: in der Sammlung „Aus dem Nachlaß" stehen zwei aus dem Jahre 1831 (S. 6 und 11 bis 14), zwei aus dem Jahre 1832 (S. 7 und 40), das letzte derselben vom Sekundaner in der Klasse verfaßt; eins aus dem Jahre 1834 ist wohl das Abschiedslied der Abiturienten dieses Jahres.

*) Er erwähnt Marie noch einmal in den „Jugendbriefen", herausgegeben von seinem Schwiegersohn Dr. Fehling, 1909, S. 117.

**) Bei Gaedertz, S. 40 und 135 abgedruckt (ausgelassen zwei des zweiten Heftchens).

Daß diese dichterischen Versuche von einem Gymnasiasten stammen, der da im hochragenden Pfarrhaus in der Fischgasse in Lübeck, hoch oben im vierten Stock „im heimlichen Nest" an der Dachrinne „dreimalselige Stunden des unbewußten Gestaltens" verträumte, „und dem glückte das Maß, eh' er die Regel gelernt", sollte von ihrer Beachtung niemanden zurückschrecken. Es steht doch unter ihnen schon das Lied vom „Zigeunerbuben im Norden", das er einst in der Schule, in einer Zeichenstunde, aufs Papier geworfen hat, das, von Reissiger in Musik gesetzt, bald Volkslied geworden und in Stuttgart neun Jahre später dem erfreuten Dichter vom Kronprinzen Karl von Württemberg unter Liszts Begleitung hinreißend vorgesungen worden ist!*) Es stehen darunter fünf, die er selbst der Aufnahme in die „Gesammelten Werke" gewürdigt, eins, das er in die erste Auflage der „Gedichte" aufgenommen, zwei, die man in die Nachlaßgedichte eingereiht, und sechs, die Gaedertz der Mitteilung in seiner Lebensbeschreibung Geibels für wert gehalten hat.

Daß die nationale Saite seines Herzens, die ganz von selbst, von keinem anderen angeschlagen, in ihm von allen unsern Dichtern zuerst erklungen ist, in diesen Liedern nicht schwingt, ist ein Zufall; denn im selben Jahre 1834 war „Friedrich Rotbart" schon geschrieben und so der Grundton gefunden für seine ganze künftige nationale Dichtung, in der er das Höchste erreichen sollte; im selben Jahr war verfaßt das feurige Gedicht mit dem Ausblick auf „Des Deutschen Reiches Morgenrot" bei Gaedertz Seite 36; aus Lübeck und Bonn, aus den Jahren 1834 und 1835, stammen alle 26 Gedichte der G. W. I., Seite 3 bis 29.

Daß wir deutlichen Anklängen an andere, jene Zeit beherrschende Dichter wie in seinen übrigen Jugendgedichten, so auch in diesen 19 Versuchen begegnen, ist nur natürlich; jeder fängt wohl so an; es hat ihn auch nicht bekümmert; „ich hört' die Meister singen und sang den Meistern nach", sagt er. Es stnd natürlich auch schwache Erzeugnisse darunter, deren Zurückhaltung kein Unglück wäre; nur etwa acht von den neunzehn Gedichten sind als frei von erheblichen Mängeln anzusehen; bei den einen enttäuscht der matte oder unbedeutende oder ratlos-verlegene Schluß, bei andern der — vielleicht auch nicht einmal falsche — Weltschmerz oder die bloß geahnte oder verbotene Liebe. Aber es ist doch schon der ihm eigentümliche Ton, der durch seine gesamte Dichtung klingt, in ihnen hörbar; in neunzehn Stücken vierzehn verschiedene und zwar wohlgewählte, bezeichnende Strophen aufweisend, der Form nach fast tadellos, lassen sie seine einstige, ja baldige Vollendung ahnen, und manche üben, dem noch unbewußten Sehnen des Herzens entsprungen, in ihrer einfachen Klarheit und Wahrheit auf den nicht voreingenommenen Beurteiler einen Reiz aus, dem er sich willig hingeben wird.

*) Geibels Briefe an Malsburg, herausgegeben von A. Duncker, S. 76. Wilhelm Jensen erzählt, wie dies Gedicht den ersten Strahl von Poesie in seine junge Seele geworfen habe.

Und wenn sein Herz allezeit erfüllt war von dem Zauber der norddeutschen Küste, derart, daß merkwürdigerweise der Reiz der Alpennatur, der bayerischen Berge, in den Dichtungen des gereiften Mannes nie einen Widerhall gefunden hat, wenn Lübecks Stadtbild und die Bilder der Ostsee den Sinn des wanderfrohen Dichters immer wieder unwiderstehlich in die Heimat zurückgezogen haben*) so zeigen schon diese Jugendversuche ebenso wie der Brief diese Seite seines Gefühlslebens, und wer will gerade sie unwahrer Künstelei, gesuchter Anempfindung zeihen?**)

Dieser Brief***) läßt auch nicht erraten, daß sein Schreiber, der scherzweise behauptet hat, nie eine Zeile Prosa geschrieben zu haben, ja in der Tat, so sicher er diese meisterte, uns keine einzige Prosaschrift hinterlassen hat, einen — ebenso wie die dichterische Anlage und die Grundzüge seines Wesens vom Vater ererbten — starken Widerwillen gegen alles Briefschreiben empfunden hat. Klingt er nicht zu einem Teil wie echte, nur in Prosa aufgelöste Poesie?

Möchte er wie meine ganze bescheidene Gabe, gleichsam „Vorfrühlingsblätter" des Dichters, der seine „Spätherbstblätter" zu einem so köstlichen Strauße zusammenband, nicht bei allen Lesern einer kühlen Ablehnung begegnen!

Möchte endlich von der Erinnerung an den hohen, treuen, wahrhaft vorbildlichen deutschen Mann an seinem Ehrentage auf unser ganzes deutsches Volk in dieser seiner schwersten Zeit, wahrlich einer „Läut'rungsglut des Weltenbrandes"†), eine mächtige sittliche Erhebung, eine Stählung und Stärkung seines Willens zu Sieg und Macht und weiterem segensvollen Wirken für sich wie für die ganze Menschheit ausstrahlen! Auch Emanuel Geibels streitbarer Geist zieht mit unseren Brüdern und Söhnen ins Feld, ebenso wie sein Blut, seine prächtigen sechs Enkel, die einst palmentragend seinen Sarg umstanden und nun sämtlich vor dem Feind stehen! Als sie einst, einer nach dem anderen, erschienen, ohne für das von der Mutter ersehnte Schwesterchen eher Platz zu lassen, als bis sie alle da waren, da hat der Großvater alle mit gleicher Freude begrüßt: der König brauche doch Soldaten!

Und wer heute Trost braucht für seine Seele, der blättere nur in seinen Liederbänden; dort steht noch viel solcher Herzstärkung wie sein köstliches Trostgedicht von der „Hoffnung", das wahre Stoßgebet für unsere Tage:

Und wenn dir oft auch bangt und graut
Als sei die Höll' auf Erden,
Nur unverzagt auf Gott vertraut!
Es muß doch Frühling werden.

* * *

*) G. W. II, 62. IV. 34. 50 bis 60. V, 74, 97; vergleiche auch V, 72, „den Gletschern nah', schwieg mir das Herz Monden lang".

**) Artig ist, daß des jugendlichen poeta vates „Verkündigung", Nr. 19, die 1868 unerfüllt blieb, gerade eben sich erfüllt!

***) Nach dem Brief vom 18. Oktober 1832 an Chamisso bei Gaedertz, Seite 100, ist dieser wohl der früheste, der bekannt wird.

†) G. W. IV, S. 213.

Lübeck, den 13. Febr. 34.

Es ist heute Dein Geburtstag, Marie, und darum denk' ich an Dich. Und weil ich an Dich denke, schreib' ich Dir, wenn auch der Brief erst spät, vielleicht gar nicht an Dich kommt. Ich muß Dich doch auch einmal grüßen im blanken, sonnigen Hessenlande, und zwar schriftlich, denn die Grüße, die ich im vorigen Sommer den Lerchen und im Herbst den heimziehenden Schwalben aufgetragen, werden schwerlich an Dich gelangt sein. — Ich denke mir euer Hanau*) recht hübsch und lieb, ein freundliches Städtchen mit weißen rotgedeckten Häusern und hellen Fenstern, das gar lieblich aus dem frischgrünen Wäldchen hervorschaut, in dem weiland General Lamboy**) seine Himmelfahrt hielt. Ist's nicht so? Und die grünen Felder sind im Sommer so sonnig warm, und der Himmel lächelt so blau, so unabsehbar blau herab, daß das Herz gleich sprechen möchte: Hier ist gut Hütten bauen! Laß mich weilen!***)

Und vielleicht hat Dein kleines Herz auch so gesprochen, und der kleine, spitze, rote Mund auch, und das blonde Köpfchen voll krauser Gedanken und Wünsche hat schon ordentlich darauf gesonnen, wie das anzufangen sei — aber sag' ihm nur, es soll sein krauses Sinnen lassen und ruhig den Reisehut aufsetzen und heimkehren zu uns, denn Deine Freundinnen sähen Dich gar zu gern einmal wieder, und ich auch, und der alte treue Kater auch. — Der arme Kater! Wie hat er geseufzt und geweint, als Ihr fort wart, wie ist er herumgeschlichen trüb und abgehärmt, und die dunkle Schmerzensglut brannte in seinen düstergrünen Augen, wie der rote Blitz, der über das aufgewühlte Meer dahinfährt! Zuletzt hat er seine Zuflucht zu den freien Künsten genommen und hat unaussprechliche Sonette der Sehnsucht gedichtet, und sie in unsingbare Musik gesetzt. Einmal habe ich ihn belauscht; es war ein wintertrüber Sonnabendabend, die Laternen der Fischstraße streuten ihr schauerlich ungewisses Licht umher. Der alte Marineleuchtturm stand da, das ehrwürdige Haupt wehmütig geneigt, und horchte — der aber sang mit dumpfen, schmerzlich heiseren Tönen die herzzerreißenden Lieder seines Verlangens, und jede Strophe schloß: Kehr wieder! Kehr wieder! O Maria! — Hättest Du diesen

---

*) Emanuel kam zuerst im folgenden Jahre im Herbst von Bonn aus nach Hanau — zum zweiten Mal 1842 — und weilte mehrere Wochen bei seines Vaters Schwester Elisabeth, die an den Uhrmacher Schlicht im Silbernen Engel in der Sternstraße verheiratet war. Er suchte auch alsbald das Dorf Wachenbuchen auf, wo das — inzwischen verschwundene — Haus seiner Familie „Zur Lilie" stand (s. G. W. III, S. 46: „Mein Stammhaus steht im Frankenland — Im Dorf zu Wachenbuchen").

**) Der kaiserliche General Wilhelm Graf von Lamboy († 1659) belagerte Hanau von September 1635 ab, wurde aber am 18. Juni 1636 vom Landgrafen Wilhelm den Fünften von Hessen-Cassel geschlagen und vertrieben. An diesem Tage wird noch das Lamboy-Fest im Lamboy-Wäldchen gefeiert. Himmelfahrtsfest war 1636 am 5. Mai.

***) In mehrmaligem Wechsel mit Hamburg und Lübeck lebte Frau Ganslandt mit ihren drei Kindern damals gerade etwa zwei Jahre in Hanau.

Gesang gehört, ich säße hier nicht und schriebe an Dich, sondern Du wärst längst heimgekehrt in das gute alte Lübeck, und der Kater wäre an Dir emporgesprungen mit wonneleuchtenden Augen und hätte Dich geleckt und geliebkost, und Du hättest ihn auf den Schoß genommen und gestreichelt mit der weichen Hand, und hättest ihn geküßt mit dem kleinen, roten, spitzen Munde, mit demselben Munde, mit dem Du nun sprachst: Hier ist gut sein, Lasset uns Hütten bauen!

Aber bei uns im Norden ist auch gut sein! Mögen bei Euch die Bäume früher grünen und die Blumen zeitiger aufsprossen — wir haben doch mehr; mögen bei Euch die Frühlingslüfte wärmer und zarter sein, und die Früchte voller und süßer — wir haben doch mehr; mögen bei Euch die Berge stehen, die schönen, stolzen Berge mit ihrem freien Odem und ihren herzigen Liedern, mit ihren schlanken Tannen und rauschenden Gießbächen — wir haben doch mehr! Wir haben die große, herrliche See mit ihren Wogen und Lüften, mit ihren Schäumen und Spiegeln, und mit den hunderttausend Wundern der Tiefe! Denkst Du wohl bisweilen an sie zurück? Ich weiß, Du hattest sie so lieb — denkst Du an sie, wie die Sonne aus ihr auftauchte, wie ein zerfließender Rubin, wie der Mond still über ihr schwebte und das ganze Horn seines Lilienschimmers auf sie herabgoß; wenn sie so still um Mittag lag, eine blaue endlose Fläche, überblitzt von goldenen Schimmern — ferne zogen weiße Segel wie Schwäne dahin, der Himmel glänzte wolkenlos blau, und in den roten Wimpeln der eingelaufenen Schiffe spielte der leise Luftzug — denkst Du daran?

Aber da kommt mir ein Sommerabend von 1832 in den Sinn; so schön wie damals habe ich das Meer nie gesehen. Du warst mit Johanna*) an den Strand hinabgegangen, und ich hatte Euch begleitet. Die Sonne war hinunter, aber in der Atmosphäre schwamm ein wunderbares Helldunkel. Himmel und Meer zerflossen ineinander in duftigem Blau, die Küsten lagen auch in blauer Dämmerung, blauer Nebel schwebte über den fernen Bäumen. Wir aber gingen auf den schmalen Steg und stiegen in das angekettete Boot und wiegten uns auf der ruhigen Flut. Und von der Terrasse herüber schwebten einzelne Musiklaute von Blasinstrumenten; es klang fast wie Geisterstimmen, und doch war es mein Lieblingslied; meine Seele schlummerte ein und träumte, träumte süß von zukünftigen Frühlingen und zukünftigen Liedern — Hörnerklang — Wellengesang — Wellengesang — — —

O das weite unendliche Blau um mich her; es war so schön, ich hätte es umfangen mögen und doch umfing es mich — Blau war von jeher meine Lieblingsfarbe, und wenn ich mich einmal in etwas verlieben sollte, so wird

*) Emanuels vier Jahre ältere Schwester, vermählt mit dem Prediger Michelsen, gestorben 1859.

es gewiß etwas Blaues sein.*) Aber heute ist Dein Geburtstag, dazu meinen Glückwunsch aus vollem Herzen! Ich möchte Dir auch gerne etwas schenken, aber ich habe nichts als ein paar Lieder. Willst Du sie? Es sind die ersten Veilchen von jenem Liederfrühling, von dem ich am blauen Abend träumte, die Rosen und Lilien werden, so Gott will, schon später nachkommen. — Wundere Dich nicht, wenn mitunter etwas von Liebe darin vorkommt, das ist nichts als ahnungsvoller Traum. Man besingt am liebsten, was man vermißt, und im Winter am warmen Ofen lassen sich die besten Frühlingslieder dichten.**) C'est la poésie. Dein Emanuel.

---

*) Seine über alles geliebte Gattin hatte schwarze, er selbst hellblaue, Cäcilie tiefblaue Augen. Das Bild Adas siehe Trippenbach S. 118 und — nach Correns — Gartenlaube 1889 Nummer 46; das von Cäcilie bei Gaedertz, Was ich am Wege fand, S. 244. Von Marie Ganslandt gibt es kein Bild aus der Jugendzeit.

**) S. G. W. IV, S. 168.

(Schluß folgt)

Baumwolle als Bannware

Von Wilhelm L. Ehlers

Der Mangel fester Regeln über die Kriegskonterbande hat fast in allen früheren Seekriegen zu Streitigkeiten zwischen Kriegführenden und Neutralen geführt und dem Handel, der über die den verschifften Gütern drohenden Gefahren im unklaren blieb, schwere Nachteile gebracht. Um so mehr wurde es begrüßt, als auf der Londoner Seekriegrechtskonferenz vor sechs Jahren ein Weg gefunden wurde, der gangbar erschien, um auf diesem in Kriegszeiten besonders wichtigen Gebiete volle Klarheit zu schaffen. Durch die oft erwähnte sogenannte „Londoner Deklaration" vom 26. Februar 1909 wurde durch die Aufstellung dreier Listen klipp und klar die Frage beantwortet, welche Gegenstände als Kriegskonterbande behandelt werden dürfen und welche frei sein sollen. Artikel 22 enthält die Liste der absoluten, Artikel 24 die Liste der relativen Kriegskonterbande, während in Artikel 28 die sogenannte „Freiliste" mit den niemals als Kriegskonterbande zu behandelnden Gegenständen festgelegt wurde. An der Spitze dieser Gegenstände steht neben anderen Rohstoffen der Textilindustrie Rohbaumwolle.

England hat zwar die Londoner Deklaration nicht unterzeichnet, aber zu Anfang des gegenwärtigen Krieges erklärt, sich an die darin niedergelegten Gesichtspunkte halten zu wollen. Wer da geglaubt hat, daß die englische Regierung entsprechend verfahren werde, hat sich indessen bald zu einer anderen Ansicht bekennen müssen. Wie skrupellos und willkürlich England in den verflossenen vierzehn Monaten gerade zur See vorgegangen ist und wie oft es sich über die verschiedensten international festgelegten seerechtlichen Bestimmungen hinweggesetzt hat, soll hier nicht näher erörtert werden. Seine Maßnahme vom 22. August dieses Jahres, die Erklärung von Baumwolle als absolute Konterbande, ist nur als ein neues Glied in der langen Reihe der Beispiele englischer Anmaßung und Eigenmächtigkeit zu verzeichnen. Daß Frankreich und Belgien, Rußland und Italien dem „stolzen Albion" auch hierin Gefolgschaft leisteten, liegt in der finanziellen Abhängigkeit dieser Länder von Englands Gnaden begründet. An die Stelle des Rechts hat John Bull die Macht gesetzt, teils aus Furcht vor der Beeinträchtigung seines Handels, teils aus Eifersucht auf das blühende Geschäft der Neutralen.

Jetzt zeigt es sich wieder einmal, was der oft betonte „Schutz der neutralen Interessen" durch die Engländer zu bedeuten hat. Anstatt weitgehende Rücksicht auf den Baumwollhandel Hollands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks usw. zu nehmen, haben die Briten ihnen seit Monaten die Baumwollzufuhr erschwert und sie ihnen jetzt völlig unmöglich gemacht, solange die neutralen Empfänger nicht imstande sind, den Beweis zu erbringen, daß die einzuführende Rohbaumwolle in ihrem Lande selbst zur Verarbeitung gelangen und nicht an feindliche Länder weitergegeben werden soll. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die sich hierdurch für die Baumwollinteressenten der neutralen Nord- und Mitteleuropäischen Länder ergebenden gewaltigen Nachteile sich in vielleicht noch höherem Maße auf die Baumwollpflanzer und Exporteure in den Vereinigten Staaten übertragen, und für diese um so mehr in das Gewicht fallen, als sie gerade im laufenden Jahre über eine gute Ernte verfügen, zu der noch 4000000 unverkaufte Ballen aus der vorjährigen kommen, die sie absetzen müssen, wenn sie vermeiden wollen, daß die nicht verkauften, also überschüssigen Vorräte im nächsten Jahre die Preisbildung stark beeinflussen.

England hat sich angeblich erboten, den Amerikanern aus besonderem Entgegenkommen 1,5 Millionen Ballen aus den überschüssigen Vorräten dieses Jahres abzukaufen, um ihnen damit ein Pflaster auf die Wunde zu legen, die ihnen die englischerseits angezettelte Baumwollsperre schlagen muß. Es ist jedoch Grund zu der Annahme vorhanden, daß das Angebot, vorausgesetzt, daß es tatsächlich gemacht ist, lediglich ein solches bleiben wird, da es den Briten, die schon jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um in den Vereinigten Staaten ihren Geldbedarf für sich und ihre Verbündeten auf dem Wege der Anleihe zu decken, im Hinblick auf ihre zunehmende Geldknappheit und den dauernd sinkenden Sterlingkurs kaum möglich sein wird, es zu erfüllen.

Auch die steigende Tendenz der Baumwollpreise in den Vereinigten Staaten, die Anfang September nach dem Bekanntwerden des von Deutschland aus in Amerika gemachten Kaufangebots auf eine Million Ballen Baumwolle einsetzte, kann dafür mitbestimmend sein. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß die deutsche Offerte bei den Engländern ein gewisses Mißbehagen hervorgerufen hat, über das sie das Ausland gern hinwegtäuschen möchten. Die „Times" sind jedenfalls bemüht gewesen, bei ihren Lesern den Eindruck zu erwecken, als ob das wohlüberlegte und sicher nicht ungeschickte Vorgehen der deutschen Baumwollinteressenten nicht ernst zu nehmen sei. Das Londoner Blatt ging mit einigen spöttischen Bemerkungen über die Sache hinweg, deren Entwicklung hier nach Angaben von zuständiger Seite noch einmal ausführlicher dargelegt sei, um zu beweisen, daß von einer von der Baumwoll-Import-Gesellschaft „erfundenen Offerte", wie sie die Times zu unterstellen beliebten, keine Rede sein kann. Man wird sich erinnern, daß am 24. August dieses Jahres in der Bremer Handelskammer auf Anregung der gesamten am Baumwollimport interessierten deutschen und österreichischen Kreise unter dem Namen

„Baumwoll-Import-Gesellschaft 1915 m. b. H." ein Unternehmen ins Leben gerufen und von der Deutschen Bank, der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank in Berlin sowie der Deutschen Nationalbank in Bremen mit einem Kapital von vier Millionen Mark ausgestattet wurde, um die Bemühungen um den Baumwollimport nach Deutschland zu zentralisieren und gleichermaßen die Interessen der amerikanischen Produktion und des kontinentalen Verbrauchs zu vereinigen. Die Gründung der Gesellschaft fand bei allen Beteiligten freudige Zustimmung und lebhafte Unterstützung, die äußerlich dadurch zum Ausdruck kam, daß schon am 31. August mehr als fünfhundert Händler- und Spinnerfirmen Deutschlands und Österreich-Ungarns, einer an sie ergangenen Aufforderung folgend, feste Kaufangebote auf nicht weniger als 987 000 Ballen Baumwolle eingereicht hatten. Die Import-Gesellschaft übermittelte daraufhin am genannten Tage mit Rücksicht auf die bestehenden Kabelschwierigkeiten und angesichts der Unmöglichkeit, für so zahlreiche Einzelorders die Funkentelegraphie in Anspruch zu nehmen, die gesamten Bestellungen in Form einer einzigen Sammelorder einem Senator der amerikanischen Südstaaten mit der Bitte, alle erstklassigen Baumwollexporteure davon in Kenntnis zu setzen. Noch niemals ist ein derartig großer Auftrag, der einen Wert von 100 000 000 Dollars darstellt, in der ganzen Welt erteilt worden. Er ist auch, wie die Gesellschaft sehr richtig erkannte, viel zu umfangreich, um in die Hände einer einzelnen Firma gelegt werden zu können. Deshalb bat man den Senator um seine Vermittlung. Die Garantie für Erfüllung des Auftrages wurde gleichzeitig beim amerikanischen Generalkonsulat in Berlin hinterlegt und gemeinschaftlich von den vier obengenannten Banken gezeichnet.

Das Preisangebot lautete ursprünglich auf fünfzehn Cents für das englische Pfund, frei Bremen lieferbar. Dieser Offerte wurde der am 31. August in Neworleans für Baumwolle (middling) gezahlte Preis von neun Cents zugrunde gelegt, sechs Cents wurden für Gewinn, Fracht, Versicherung usw. hinzugeschlagen. Infolge der nach dem Bekanntwerden des deutschen Auftrags in Amerika eingetretenen Steigerung des Baumwollpreises um eineinhalb Cents ist das Preisangebot am 23. September um einen Cent erhöht worden, so daß die Offerte jetzt 16 Cents pro Pfund beträgt.

Was diese Preissteigerung für die Vereinigten Staaten bedeutet, beweist am besten eine von dem Präses der Bremer Handelskammer und Vorsitzenden des Aufsichtsrats der „Baumwoll-Import-Gesellschaft", Herrn Alfred Lohmann, angestellte Berechnung. Lohmann kommt dabei zu dem Ergebnis, daß jene eineinhalb Cent auf 16 000 000 Ballen Baumwolle zu fünfhundert englische Pfund den Amerikanern einen Gewinn von 120 000 000 Dollar einbringen. Um aber den Wert der deutschen Baumwollorder für die Vereinigten Staaten voll und ganz würdigen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß ohne das deutsche Angebot die Baumwolle in Amerika mit Sicherheit im Preise gesunken wäre und vielleicht wieder ihren früheren Tiefstand, sieben Cents pro

englisches Pfund, erreicht hätte. Dies würde einen Unterschied von dreieinhalb Cents gegenüber dem jetzigen Preise von zehneinhalb Cents oder, auf 16 000 000 Ballen berechnet, für die Vereinigten Staaten einen Verlust von über 300 000 000 Dollar bedeuten. Wenn man annimmt, daß der Gewinn auf Kriegsmaterial dreißig Prozent beträgt, so würde der deutsche Baumwollauftrag im Werte von 100 000 000 Dollar beispielsweise einem Auftrage auf Munition im Werte von einer Milliarde Dollar entsprechen.

Die Versorgung Deutschlands und Österreich-Ungarns mit Rohbaumwolle für den Heeresbedarf ist noch keineswegs dringend, da die Heeresverwaltung auf mehrere Jahre hinaus genügend Rohstoffe hierfür fest an der Hand hat. Die deutschen Händler und Spinner wünschen zurzeit nichts weiter als den gewöhnlichen Jahresbedarf für die Zwecke der friedlichen Bevölkerung. In den beiden letzten Jahren hat die deutsche Baumwolleinfuhr 2,4 beziehungsweise 2,8 Millionen Ballen betragen, wenn jetzt das nach Amerika abgegangene Kaufangebot auf eine Million Ballen lautete, so stellt das keineswegs den Jahresbedarf, sondern den Bedarf für etwa drei Monate dar.

Diese oben genannten Ziffern und Tatsachen sollten den Amerikanern zu denken geben und sie veranlassen, mit allem Nachdruck die freie Beförderung der Rohbaumwolle nach allen Ländern und über alle Meere zu betreiben. Sie handeln, wie bereits oben angedeutet, in ihrem eigensten Interesse, wenn sie alles daran setzen, um die bereits von Washington aus in London zu diesem Zwecke eingeleiteten Schritte erfolgreich zu gestalten und damit auch für die Zukunft die Schaffung eines Berufungsfalles zu ihrem Nachteil zu verhindern. Es fehlt auch in den Vereinigten Staaten nicht an Einsichtigen, die diese Notwendigkeit längst erkannt haben und in Wort und Schrift das amerikanische Volk aufrufen, sich auf sich selbst zu besinnen und sich nicht in englische Abhängigkeit zu begeben. Als die englische Baumwollsperre Tatsache geworden war, erschien am 25. August im „New York American" ein flammender Protest gegen Englands willkürliche Seeherrschaft, der am Schluß die Fragen aufwarf:

„Sind wir nicht so töricht, wie die törichtsten der europäischen Nationen, welche England die Kastanien aus dem Feuer holen zu ihrem eigenen Nachteil?"

„Haben wir es nicht zur Genüge erfahren, wie England seine Seeherrschaft ausübt? Und wenn wir nicht genug Erfahrung hierin in der Vergangenheit hatten, haben wir sie nicht jetzt?"

„Sehen wir nicht, wie unser neutraler Handel vernichtet wird, wie unserm hauptsächlichsten Landesprodukt vitaler Schaden zugefügt wird? Aber schlimmer noch, sehen wir als Patrioten und freiheitliebende Bürger nicht, wie man in unsere Rechte eindringt und sie verletzt?"

„Wir können unsere Waffen nach England senden, weil England sie braucht, um Deutsche zu töten und um seine Herrschaft über alle Meere und

seinen Einfluß auf die meisten Länder zu befestigen, aber wir dürfen nicht unsere friedlichen Produkte nach neutralen Ländern senden."

„Sind wir eine unabhängige Nation oder eine englische Kolonie? Haben wir einen Präsidenten, der britischer Untertan oder amerikanischer Bürger ist?

„Verfügen wir über sittliche und politische Kraft oder sind wir bestechlich in unseren moralischen Empfindungen und unterwürfig in unseren politischen Anschauungen?"

„Sind wir ganz sicher, daß Amerika die ‚Heimat der Tapferkeit und das Land der Freiheit' ist? Wenn dem so ist, dann ist es jetzt Zeit, unsere Tapferkeit zu zeigen und unsere Freiheit zu verteidigen."

„England hat unsere Baumwollverschiffungen gesperrt; laßt uns unsere Waffensendungen einstellen. Laßt uns unsere politische Unabhängigkeit mutig verkünden. Laßt uns unsere Rechte genau bestimmen und mutig verteidigen. Laßt uns würdig sein unserer Vorfahren, welche für die Freiheit kämpften und sie gewannen, welche für Prinzipien stritten und sie aufstellten. Laßt uns von neuem die begeisternden Worte Pinckneys bestätigen: ‚Millionen für die Verteidigung, aber nicht einen Cent als Tribut'. Laßt uns rechtschaffen und gerecht, unabhängig und auch unparteiisch sein.

Laßt uns zu Deutschland und England gleicherweise sagen: ‚Hier sind unsere Rechte, spottet ihrer, wenn ihr es dürft'."

Das sind Fragen und Ratschläge, die gewiß der Beachtung und Befolgung wert sind. Mögen sie nicht ungehört verhallen!

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Wirtschaft

Im gegenwärtigen Augenblick, wo die Frage der zukünftigen Gestaltung der Zollgrenzen zwischen dem deutschen Reiche und Österreich-Ungarn weite Kreise des Erwerbslebens, ebenso wie die Politiker lebhaft beschäftigt, bietet eine aktenmäßige Darstellung der Geschichte der österreichisch-ungarischen Zwischenzollinie, die Dr. Rudolf Sieghart der Gouverneur der österreichischen Bodencredit-Anstalt und langjährige Protokollführer des österreichischen Ministerrates unternommen hat, ein besonderes Interesse (Zolltrennung und Zolleinheit. Manzsche k. u. k. Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien 1915. Preis brosch. 12 Kr.). Eine ungewöhnlich reichhaltige Stoffsammlung, die sich auf sämtliche geschichtlichen Zeiträume der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn von Karl dem Sechsten bis zur Aufhebung der Zollinie zwischen den beiden Reichshälften erstreckt und auch die politische und wirtschaftliche Entwicklung Ungarns im Zeichen der Zollgemeinschaft besonders behandelt, gewährt einen umfassenden Überblick über das Thema, das hart an eine wirtschaftliche Geschichte Österreich-Ungarns überhaupt grenzt. Die Absicht des Verfassers wird offenkundig aus folgender Stelle seiner Vorrede: „Bevor wieder einmal die beiden Regierungen den Martergang der Verhandlungen über den (1917 ablaufenden) Ausgleich antreten, wollte ich einem größeren Kreise der Öffentlichkeit auf Grund eingehender geschichtlicher Studien darlegen, was beide Staaten der Monarchie an der Zollgemeinschaft haben, und wie ihre Bewohner für jetzt und für immer alles daran setzen müssen, dieses schwer errungene Gut zu hüten und zu wahren." Auch die Zusammenfassung der selbständigen Darlegungen des Buches über den gewaltigen Aufschwung Ungarns in der Zollgemeinschaft läßt keinen Zweifel über den Standpunkt, den Dr. Sieghart in der Frage einnimmt. Es handelt sich in der Tat um eine sehr eindrucksvolle Befürwortung der Aufrechterhaltung der Zollgemeinschaft zwischen den beiden Hälften der habsburgischen Monarchie, die in eleganter Form, mit dem erprobten Rüstzeug des erfahrenen Politikers und des methodischen Gelehrten zu gleicher Zeit unternommen wird, wobei man zeitweilig die Erfahrungen verspürt, die der Verfasser während seiner langjährigen amtlichen Tätigkeit auch hinter den Kulissen machen konnte.

Ohne Zweifel bietet also das Buch ein nicht gewöhnliches Interesse in bezug auf Behandlung und Darstellung der Aufgabe, der es gewidmet ist. Der reichsdeutsche Leser aber wird schon bei oberflächlicher Durchsicht zu besonderen Fragen angeregt. Die ernsten Worte, mit denen Dr. Sieghart in voller Kenntnis der Vergangenheit und Gegenwart der Beziehungen zwischen den beiden Reichshälften auf die Gefahren verweist, die aus einer Zolltrennung Ungarns und Österreichs notwendig hervorgehen müßten, lassen deutlich erkennen, daß, sei es diesseits der Leitha oder jenseits der Leitha, noch immer ernsthaft solche Möglichkeiten in Betracht gezogen werden. Wenn das zutrifft, welches Schicksal ist dann von vornherein den verschiedenen Plänen beschieden, die jetzt von allen Ecken und Enden über eine Erweiterung des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes im Anschluß an das Deutsche Reich, vielleicht auch nach

der Seite des Orients hin betreiben wollen? Hat es dann überhaupt noch einen ernsthaften Zweck, eine solche Aufgabe zu untersuchen, wenn nicht einmal die selbstverständliche Voraussetzung dazu, die wirtschaftliche Einigkeit Österreich-Ungarns unzweifelhaft sichergestellt erscheint? Für alle diejenigen, die der Meinung sind, daß die große Zeit, die wir durchleben, unter ihren Früchten auch ein engeres wirtschaftliches Zusammengehen der beiden Zentralreiche zur Reife bringen müsse, ist dieses Buch des mitten im Geschäfts- und Wirtschaftsleben stehenden Gouverneurs der österreichischen Bodencredit-Anstalt eine Mahnung zur Vorsicht und zur Zurückhaltung. Es scheint doch, als ob zunächst erst zwischen Budapest und Wien eine gründliche und endgültige Auseinandersetzung stattfinden müsse, bevor deutsche Wirtschaftspolitiker mit Aussicht auf irgendeinen Erfolg in die Erörterung dieser großen Zukunftsfrage eingreifen könnten. Unter allen Umständen empfiehlt es sich, daß diejenigen, die sich für ein solches Unternehmen berufen fühlen, sich mit der Veröffentlichung Dr. Siegharts bekanntmachen.

H. M.

Kultur

Franz Jostes, Die Blamen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volkstum. Münster, Borgmeyer, 1915 (Kriegsvorträge der Universität Münster Heft 15 bis 16), 106 Seiten. 8°. Preis 1 Mark.

Es gibt wohl kein größeres Unglück für ein Volk, als wenn Geistliche, Richter, Ärzte, Lehrer, Advokaten usw. die Sprache des einfachen Mannes, des Bauern und Handwerkers, nicht verstehen oder wenigstens gewohnheitlich nicht sprechen, diese Sprache also ganz von selbst nach und nach auf die Stufe der Unmündigkeit und Unkultur herabsinkt. In den niederdeutsch-belgischen Gegenden haben wir dieses Verhältnis. Dort hat die große Masse der Intellektuellen den Verrat an der eigenen Muttersprache begangen, die „Gebildeten" sprechen französisch, das heimische Niederdeutsch oder Blämisch aber, einst im Mittelalter die vornehmste Sprache Nordwestdeutschlands, ist zur Bauerntael geworden. Wie das geschichtlich vorbereitet ist, welche Kräfte auf die Französisierung hinarbeiten und wie weit diese bereits gediehen ist, sodann auch die Widerstände, die sie findet, die Bemühungen der „Flaminganten", der blämisch Gesinnten, um die Erneuerung des blämischen Geisteslebens und um die Erlangung und Durchführung der gesetzlichen Gleichberechtigung des Blämischen im öffentlichen Leben — die Schilderung dieser Verhältnisse ist der Inhalt der vorliegenden Arbeit von Jostes.

Die Schrift ist in den „Kriegsvorträgen" der Universität Münster erschienen; sie bietet aber viel mehr als einen Vortrag. Nach entsprechender geschichtlicher Einführung wird mit Quellenangabe „das Interessanteste aus dem Materiale" mitgeteilt, auf dem der Vortrag beruhte. Es sind hauptsächlich Äußerungen berühmter Flaminganten. An Hand derselben und unterstützt durch die sehr sachgemäßen Erläuterungen und Begleitworte des auf diesem Gebiete durchaus heimischen Herrn Verfassers gewinnt man von den inneren Zuständen Belgiens ein anschauliches Bild, ein deutlicheres und richtigeres jedenfalls, als „Statistiken, Gesetze und Verordnungen, die gerade in Belgien vielfach sehr irreführend sind", es bieten. Die Schrift sei allen empfohlen, die für die Frage, was mit dem von uns eroberten Land zu machen ist, Interesse haben.

Dr. X

Luther und die deutsche Kultur von **Henry Thode.** München und Leipzig bei Georg Müller. 92 Seiten.

Die Frage nach dem geschichtlichen Zusammenhang unserer heutigen Kultur mit Luther hebt eine Seite an der Reformation hervor, die zwar dem Leben sehr nahe, der ländläufigen theologischen Betrachtung aber leider sehr ferne liegt. Im vorliegenden Essay nun verknüpft der ehemalige Heidelberger Kunsthistoriker Thode unser heutiges Kulturleben, wie dieses sich in Staat und Gesellschaft, in der Wissenschaft, in Kunst und Literatur offenbart, aufs innigste mit der Persönlichkeit Luthers, dem selbst der innere Zusammenhang mit der abendländischen Entwicklung des Christentums und die Kontinuität mit der ältesten Überlieferung der Menschheit in der Bibel nie verloren gegangen sondern Herzenssache geblieben ist. Von Luther bis

zu Richard Wagner stellt Thode einen lückenlosen, inneren Zusammenhang her, der in dem Leser eine immer lebhafter werdende Spannung erweckt und wachhält. Die Forschung Thodes gewinnt dadurch eine geschichtliche Bedeutsamkeit, die der wissenschaftlichen Arbeit im höchsten Grade würdig ist. Das flüssig und packend geschriebene Buch bringt in übersichtlicher Darstellung ein mit weitem Blick und großem Geschick gesammeltes und durchgearbeitetes Material, das uns mit der hohen Genugtuung erfüllt, welch' ein gewaltiger Anlauf doch einst die Reformation gewesen ist, daß ihr eine solch ewige Bedeutung für das Schicksal des Christentums, des religiösen Lebens, für die Geschicke der Menschheit überhaupt zukommt. Thodes Essay ist als Einleitung und wohl auch als Einladung zu einer neuen Ausgabe von Martin Luthers ausgewählten Werken in fünfzehn Bänden erschienen, die unter Mitwirkung unserer bewährtesten Lutherforscher von Dr. Hans Heinrich Borcherdt herausgegeben und mit einem umfangreichen, zeitgenössischen Bilderapparat versehen werden soll. Gerechnet ist auf die Geschichtsfreunde und Gebildeten der Nation, denen die historischen und kulturgeschichtlich wichtigen Schriften Luthers nahegebracht werden sollen. Wenn Thode uns erzählt, welch' tiefgreifende Einwirkung die Tat Luthers auf die einfachsten Alltagsverhältnisse des heutigen Menschen, auf sein persönliches Dasein, auf Erziehung, Ehe, auf alle sittlichen und künstlerischen Bewegungen, weit mehr, als wir wissen und ahnen, ausübt, wenn wir heute im Zeitalter des großen Weltkrieges ohne eine Spur von Überhebung oder Unbescheidenheit uns dessen bewußt werden, daß das neue Deutschland Luthers ein neues Europa, ja eine neue Welt bedeutet, so freut man sich darauf, welch' neue Ausblicke die Rückkehr unseres Geschlechts zu Luther eröffnet, welch' neue Lebensgeister Luther in den kommenden Geschlechtern entfachen wird. Heinrich Reuß

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Zehlow 6513.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum IV. Quartal 1915 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11.

Die engliſche Arbeiterſchaft und die Wehrpflicht

Von W. von Maſſow

Wird England die allgemeine Wehrpflicht einführen oder nicht? Das iſt eine Frage, die gegenwärtig wohl überall mit dem größten Intereſſe erörtert und verfolgt wird. Bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges iſt es in England immer nur eine Minderheit geweſen, die ſich für den tiefeinſchneidenden Syſtemwechſel in der Einrichtung der Wehrkraft des Landes eingeſetzt hat. Es iſt wohl zu verſtehen, daß die Erfahrungen der Kriegszeit ihr den Glauben beigebracht haben, das Land werde ſich jetzt nicht länger ſträuben, ihre überlegene Einſicht anzuerkennen. Wenn die Rekrutierung die Ziffern des Heeresbeſtandes nicht auf die gewünſchte Höhe bringe, dann muß — der Gedanke liegt nahe — durch Zwang nachgeholfen werden, und ſo drängt ſich der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht ganz von ſelbſt auf. England iſt die einzige Großmacht in Europa, die dieſe Einrichtung noch nicht beſitzt. Was in allen anderen Ländern längſt als ſelbſtverſtändlich gilt, dürfte doch auch den Engländern nicht allzu fern liegen. So erſcheint uns eigentlich die Antwort auf die geſtellte Frage ſehr einfach.

Aber einfach iſt die Sache nach engliſcher Auffaſſung keineswegs. Zunächſt wollen wir noch einmal betonen, daß die Zahl der überzeugten und ſachkundigen unbedingten Vertreter der allgemeinen Wehrpflicht in England verhältnismäßig gering iſt. Sie würden ſich nie durchſetzen können, wenn ſie nicht hoffen dürften, jetzt in der Kriegsſtimmung gewiſſer Kreiſe einen Vorſpann für ihre Sache zu finden. Da iſt es nun von Wichtigkeit, zu wiſſen, daß die Vorausſetzungen, unter denen ſich eine weiter verbreitete Stimmung der allgemeinen Wehrpflicht zuneigt, auf einem Irrtum beruht. Es iſt der Glaube, der Zwang zum Eintritt in das Heer für jeden jungen Mann mit

gesunden Knochen werde nicht nur alle Sorgen des Rekrutierungsgeschäftes verscheuchen, sondern auch das Heer innerlich dem deutschen und österreichisch-ungarischen Gegner gleichwertig machen. Mit anderen Worten, man betrachtet in England die allgemeine Wehrpflicht als das große Pflaster, das man gern über die dem britischen Selbstgefühl geschlagenen Wunden kleben möchte, um unbehindert weiter schlagen zu können, — alles mit dem Vorbehalt, nach überstandenem Kampf sich dieser und anderer Unbequemlichkeiten fröhlich wieder zu entledigen. Es gibt natürlich viele, die bei dem gegenwärtigen Werbungsgeschäft allerlei peinliche Empfindungen haben, nicht etwa moralische, sondern rein praktische Bedenken. Die Möglichkeit, den ungeheueren, neuen Anforderungen an die Wehrkraft der Nation einigermaßen gerecht zu werden, beruht doch nun einmal darauf, daß man die vorhandenen Lücken in der Truppenzahl eingesteht und den jungen Leuten recht laut und vernehmlich ins Ohr schreit: „Das Vaterland braucht euch!" Es ist nur das unangenehme dabei, daß die anderen, die es nicht hören sollen, diesen Ruf auch vernehmen und sich fragen müssen: wie stimmt das eigentlich zu den prahlerischen amtlichen Versicherungen, wonach es keine Lücken in der Truppenstärke gibt und England noch viel mehr Mannschaften aufgebracht hat, als ursprünglich berechnet waren? Wo stecken eigentlich die berühmten drei Millionen des Lord Kitchener? Sind sie wirklich vorhanden? Und wenn sie vorhanden sind, weshalb beständig diese besorgten und kleinlauten Meldungen über den unbefriedigenden Fortgang des Rekrutierungsgeschäfts? Alle diese unbequemen, vorlauten Fragen, die der patriotische Engländer in sich verschluckt, die aber den Feind wie den Bundesgenossen in sehr unerwünschter Weise beschäftigen, fallen natürlich weg, wenn die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wird. Wenn die junge Mannschaft, die nicht etwa schon freiwillig dient, auf Grund gesetzlicher Verpflichtung vor den Ersatzbehörden zu erscheinen hat, so kann natürlich niemand fragen, ob das Geschäft gut oder schlecht geht, und wer dennoch fragt, braucht keine Antwort zu erhalten.

Damit ist aber auch der augenblickliche Nutzen der allgemeinen Wehrpflicht erschöpft. Die größere Zahl von Rekruten, die sie wohl schaffen könnte, ist bei einer solchen plötzlichen Einführung in kritischer Zeit mit so außerordentlichen volkswirtschaftlichen Nachteilen erkauft, daß das heutige England wohl sehr erstaunte Augen machen würde, wenn es nach geschehener Beglückung mit der neuen Einrichtung zur Selbstbesinnung käme.

Die allgemeine Wehrpflicht kann nicht, wie von Unkundigen fälschlich angenommen wird, von heute zu morgen ein „Volk in Waffen" herstellen. Es ist ein System, das zur vollen Geltung erst in mindestens zwei Menschenaltern kommt, nämlich wenn nicht nur der Bedarf des Heeres an Menschen vollständig sichergestellt ist, sondern auch die erzieherischen und wirtschaftlichen Wirkungen, die davon ausgehen, von dem ganzen Volksorganismus genügend verarbeitet sind. Das an der Hand geschichtlicher Tatsachen näher nach-

zuweisen, ist hier nicht der Raum, und es würde auch von dem eigentlichen Thema abführen. Es genügt hier festzustellen, daß der in England aufkommende Gedanke, jetzt durch den Zwang der allgemeinen Wehrpflicht das Rekrutierungsgeschäft aufzubessern und sie nach dem Kriege wieder abzuschaffen, eine große Torheit ist. Wie man wohl annehmen darf, fehlt es in England nicht an besonnenen Leuten, die das sehr wohl wissen; deshalb ist es auch fraglich, ob der Vorschlag, die allgemeine Wehrpflicht vorübergehend oder probeweise einzuführen, irgendwelche ernsten Aussichten hat. Ich glaube sogar, daß man einen Schritt weiter gehen darf und ruhig sagen kann: es ist sehr unwahrscheinlich. Die Wahl kann schließlich nur sein zwischen dem bisherigen Werbesystem und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle Zeiten. Ob aber für diesen letzteren Gedanken eine Stimmung in England zu schaffen ist, bleibt trotz der Erfahrung des jetzigen Krieges sehr zweifelhaft.

Man könnte einwenden, daß die kräftige Unterstützung, die die unionistische Partei dem Gedanken neuerdings — in größerem Umfange als früher — zuteil werden läßt, zu denken gebe. Wenn einmal — so heißt es — die liberale Regierung vollständig abgewirtschaftet haben wird, was doch infolge des Krieges unausbleiblich ist, dann werden die Unionisten nicht umhin können, ihr Wehrpflichtsprogramm zu verwirklichen. Ja, wenn man die Leute jetzt so reden hört, möchte es leidlich scheinen! Aber es wird schwerlich dahin kommen. Denn die Meinungen, die von der Opposition in England unter geeigneten Umständen als Sturmbock gegen die Regierung verwendet werden, sehen oft genug später ganz anders aus, wenn das nächste Ziel erreicht ist. Es verdient bemerkt zu werden, daß das Drängen zur allgemeinen Wehrpflicht aus den Reihen der Unionisten schon sehr viel sanfter geworden ist, seit ihre angesehensten Führer in das Kabinett Asquith mit eingetreten sind, also die Verantwortung für einen solchen Schritt auf die gesamte Führerschaft der Nation, nicht mehr auf eine Partei fallen würde. So hat die Agitation für die allgemeine Wehrpflicht, die in einzelnen Mitgliedern des Kabinetts allerdings eifrige Stützen hat, mehr den Zweck, die gegenwärtigen Werbungen zu unterstützen, als das ganze Wehrsystem Englands auf eine neue Grundlage zu stellen. Wenn unter den waffenfähigen Männern des Landes der Eindruck entsteht, daß die allgemeine Wehrpflicht kommt, läßt sich vielleicht mancher noch anwerben, der sonst nicht daran denken würde.

Es erscheint vielleicht auf den ersten Blick etwas übertrieben, wenn hier auf die volkswirtschaftlichen Nachteile hingewiesen wurde, die die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England zunächst im Gefolge haben würde. Weshalb leiden wir denn nicht unter diesen Nachteilen? Die Antwort lautet: weil unser Staatswesen auf die Wirkung dieser bei uns vollkommen eingebürgerten Einrichtung ganz anders eingestellt ist. Eine beherrschende Staatsidee, deren Berechtigung jedem einzelnen in Fleisch und Blut übergegangen ist, um derentwillen der einzelne bereitwillig Opfer bringt, um dafür vieles ein-

zutauschen, was wieder für die Einzelpersönlichkeit von hohem Wert ist, das ist der Boden, auf dem die allgemeine Wehrpflicht gedeiht. Denn sie ist hier nur die logische Durchführung des Verhältnisses zwischen dem einzelnen und dem Staat, eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Verhältnisses, in dem das Recht des Staates auf Existenz und Willensbetätigung als Grundlage der Wohlfahrt des einzelnen anerkannt ist. England kennt eine Staatsidee in diesem Sinne nicht. Was als Staatsform in England erscheint, ist nur das durch Herkommen und Erfahrung ausgestaltete Organ einer Gesellschaft, die nur die natürlich gewachsene Vereinigung unzähliger Einzelinteressen ist. Jahrhundertelange Gewöhnung hat diese Einzelinteressen überall an die erste Stelle gebracht. Jeder erhebt den Anspruch, in dem, was er für sich zu tun beliebt, so wenig wie irgend möglich eingeschränkt zu sein. Wenn diese Einzelinteressen trotzdem nicht auseinander laufen, sondern in ihrer Gesamterscheinung merkwürdig gleichgerichtet sind, so hängt das mit der Natur des Landes und dem Charakter des Volkes zusammen. Dadurch ist im Laufe der Geschichte Englands den zentrifugalen Kräften in der englischen Gesellschaft ein Gegengewicht gegeben worden, das sich in der Starrheit der Sitten, in dem vielberufenen „cant“ und verwandten Erscheinungen äußert. Vor allem aber ist es der nationale Dünkel und der als Summe so vieler gleichgerichteter egoistischen Interessen unendlich gesteigerte Machtwille der englischen Gesellschaft, der im gesamten politischen Wirken ein Auseinanderfallen verhütet. Was für ein Unterschied gegen einen Staatsbegriff, der auf einem sorgfältig durchdachten Zusammenwirken sich ineinander fügender Einzelkräfte beruht!

Hiernach muß man sich fragen: was soll dieser englischen Gesellschaft eine Einrichtung wie die allgemeine Wehrpflicht, deren geistige Grundlage die Zurückstellung des Einzelinteresses gegenüber dem Staatsbegriff ist? Es fehlt ja jede Voraussetzung dafür; es fehlen auch alle die Möglichkeiten, die den gleichen Staatsbegriff auch auf anderen Gebieten zum Ausdruck bringen und dadurch einen Ausgleich für die unvermeidliche Kräfteverschiebung in der Volkswirtschaft schaffen.

Wenn man über die hier gegebenen Andeutungen näher nachdenkt, so wird man verstehen, daß das englische Nationalgefühl sich keineswegs mit dem deckt, was wir dabei als beinahe selbstverständlich vorauszusetzen geneigt sind. Es fehlt ihm jede Beimischung dessen, was wir Staatsgefühl nennen. Der Engländer wünscht und erwartet, daß er in seinem Lande das beste finde, was ein vernünftiger Egoismus für sich verlangen kann. Dazu ist notwendig, daß England blüht und gedeiht, vor allem aber die ganze übrige Welt beherrscht und seinen Wünschen unterordnet. Dafür müssen diejenigen sorgen, die als Vertrauensmänner des Volkes die Geschäfte führen. Was nützt ihm dazu eine Einrichtung, die ihm Opfer zumutet an persönlicher Bequemlichkeit und Erwerbsmöglichkeit? Daß er in Steuern und ähnlichen Verpflichtungen an die Allgemeinheit zur Bestreitung gewisser gemeinsamer Bedürfnisse beitragen muß, ist ihm

verständlich, aber nichts, was darüber hinausgeht und ihn aus der selbstgewählten Bahn individueller Lebensführung hinauswirft.

Es kommt noch ein weiteres hinzu. Nächst der Stärke des nationalen Selbstbewußtseins beruht die Möglichkeit, ein Volk von so starkem Egoismus und so starker Abneigung gegen jede individuelle Beschränkung zu einer Einheit zusammenzufassen, zum guten Teil auf der Zähigkeit, mit der der Durchschnittsengländer an gewissen politischen Grundsätzen festhält, die er wie nationale Heiligtümer hütet und an denen er auch mit Vernunftgründen kaum rütteln läßt. Dazu gehören unter anderem gewisse Garantien gegenüber der monarchischen Gewalt, dazu gehört der Freihandel, dazu gehört auch der Widerwille gegen den militärischen Dienst im Sinne einer Verpflichtung. Gegen diese Bollwerke des politischen Durchschnittsverstandes in England anzurennen, ist fast immer aussichtslos, und zwar auch dann, wenn durchaus zugegeben wird, daß das Festhalten am alten unberechtigt ist. Man fürchtet nämlich viel mehr als die neuen Ideen selbst die Gefahr, die darin liegt, daß das gewohnheitsmäßige Festhalten an gewissen Vorstellungen des spezifischen Engländertums irgendwo durchbrochen wird. Gerade verständige Engländer wissen, wie sehr die eigentümliche Gleichartigkeit der Grundlinien im politischen und sozialen Denken ihres Volkes im Lauf der Zeit durch brutalen Egoismus und Materialismus veräußerlicht und verflacht worden ist, und darum fürchten sie jede tiefere Spaltung, die durch neue Anschauungen an Stelle der gewohnten Richtlinien hervorgerufen werden könnte.

In den Kreisen des Hochadels und bestimmter Familien, die durch Überlieferungen als Inhaber von Offizierstellen mit dem Heer verbunden sind, würde natürlich ein Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht nicht viel ausmachen. Der Kreis dieser Familien würde sich wohl auch noch etwas erweitern. Aber im Erwerbsleben würden Umwälzungen entstehen, denen die heutige englische Gesellschaft nicht gewachsen sein würde. Auf dieser Grundlage erhebt sich dann auch der Widerstand der englischen Arbeiterschaft gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Was von der englischen Gesellschaft im allgemeinen gesagt wurde, gilt von dem Arbeiter ganz besonders. Das Staatsgefühl liegt ihm noch ferner als dem Durchschnittsbürger. Er ist ja erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit zu der Überzeugung gebracht worden, daß er seine Interessen in der parlamentarischen Ordnung selbständig und außerhalb des alten Parteischemas vertreten müsse. Andere Kreise des englischen Volkes sind also länger an der Leitung des Staates beteiligt und interessiert gewesen als der Arbeiterstand, der nur für seinen Anteil an den wirtschaftlichen Erfolgen des englischen Erwerbslebens kämpft und dabei vorauszusetzen gewohnt ist, daß der Gesamtvorteil Englands von den Arbeitgebern schon zur Genüge gewahrt wird. Das ist für ihn selbstverständlich, und das verlangt er; auf diesen Punkt richtet sich auch seine Kritik, und das Recht darauf ist eine der Freiheiten, die er sich als

Brite nicht verkürzen läßt. Es fällt ihm aber gar nicht ein, sich weiter in den Zusammenhang der Dinge hineinzudenken und sich direkt für den Staat zu interessieren. Darum streikt er ruhig, wenn er es den Arbeitgebern gegenüber für richtig hält, unbekümmert darum, ob er dem Staat zur Kriegszeit Verlegenheiten bereitet. Von einer solchen Arbeiterschaft, die nationales Selbstgefühl, aber keinen Patriotismus in unserem Sinne hat, kann man nicht erwarten, daß sie geneigt ist, eine Verpflichtung gegen den Staat zu übernehmen, die zunächst eine Schädigung des ganzen Wirtschaftslebens zur Folge haben würde. Was in dieser Richtung geschehen konnte, das haben weitere Kreise der englischen Arbeitgeber getan, indem sie auf Grund ihrer weiterreichenden politischen Einsicht der Allgemeinheit ein Opfer brachten und freiwillig die wirtschaftlichen Schädigungen übernahmen, die sie ertragen konnten. Sie entließen eine möglichst große Zahl von Arbeitern, um dadurch eine größere Zahl von Arbeitslosen künstlich zu schaffen, die dann keinen anderen Ausweg wußten als das Werbebureau. Überschätzen darf man freilich dieses Opfer der Arbeitgeber nicht, denn es handelte sich wohl meist um Geschäfte, die ohnehin durch den Krieg zu Einschränkungen gezwungen waren. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß die Arbeiter gerade durch diese Erfahrungen abgeschreckt und noch mehr gegen die allgemeine Wehrpflicht eingenommen worden sind.

Sehr bezeichnend ist, daß Lloyd George, der vorher in beredten, leidenschaftlichen Worten die gebildeten Kreise Englands für den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht zu begeistern versucht hatte, auf dem großen Gewerkschaftskongreß in Bristol, den er besuchte, nicht wagte, in der gleichen Weise zu den Arbeitern zu sprechen. Er machte es wie ein kluger Bereiter, der das Pferd, das nicht springen will, vorsichtig an das Hindernis heranführt. Deshalb wurde von der allgemeinen Wehrpflicht überhaupt nicht gesprochen, sondern nur von der Verpflichtung, den Staat in der durch den Krieg geschaffenen Notlage durch Arbeit für die Allgemeinheit zu unterstützen, sowie von der Notwendigkeit, diese Verpflichtung gesetzlich festzulegen. Einen vollen Erfolg auch in dieser Beziehung brachte der Gewerkschaftskongreß nicht, aber die Gewandtheit von Mr. Lloyd George wußte doch den Eindruck zu erzielen, daß er für dieses Vorstadium der allgemeinen Wehrpflicht die Arbeiterschaft hinter sich habe. Denn es war am Tage vorher eine Entschließung angenommen worden, die sich fast einstimmig — es waren in der großen Versammlung nur sieben Stimmen dagegen — für die Fortführung des Krieges aussprach. In den Köpfen der englischen Arbeiter treibt die Furcht ihr Wesen, daß gerade die Niederlage ihnen die allgemeine Wehrpflicht bringen werde. Sie stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß die Not ihres Vaterlandes vielleicht eines Tages eine Gestalt gewinnen könne, die auch dieses Opfer selbstverständlich erscheinen lassen würde, sondern sie wollen den Sieg Englands, weil sie darin die Sicherheit für das Fortbestehen der ihnen bequemen Freiheiten sehen.

Das könnte manchem unglaublich scheinen, weil ja doch der Wunsch, den Krieg „bis zum Siege“ fortzuführen, bei gleichzeitiger Gegnerschaft gegen die Zwangspflicht anscheinend die Überzeugung einschließt, daß es auch so möglich sein werde, die nötige Truppenzahl aufzubringen. Danach scheint die Abneigung gegen den Militärdienst selbst in Arbeiterkreisen gar nicht so groß zu sein. Das ist auch wohl wirklich so, aber die Angst vor den zerrüttenden wirtschaftlichen Einflüssen der Zwangspflicht besteht in voller Stärke neben aller persönlichen Opferwilligkeit. Es ist ein englischer Beurteiler, der das kürzlich sehr deutlich öffentlich ausgesprochen hat. Arnold Benett sagt in der „Daily News“, nachdem er den Nachweis geführt hat, wie wenig es für diesen Krieg ausmachen würde, wenn man die allgemeine Wehrpflicht beschließen sollte: „Ich zweifle ernsthaft, ob die organisierte Arbeiterschaft sich beruhigen würde. Ich sehe in dem Versuch der Zwangspflicht die hohe Wahrscheinlichkeit eines furchtbaren Fehlschlages und entsetzlichen Skandals, wenn nicht eines schlimmeren, und damit eines tödlichen Schlages für den Fortschritt der verbündeten Waffen. Ich sehe darin eine belebende Hoffnung für Deutschland.“

Der englische Politiker muß die Gefahr der Zerstörung der nationalen Einigkeit Englands auf diesem Wege für sehr dringend erachten, wenn er sich so ausspricht. Für uns klingt das etwas übertrieben. Aber es ist sicher, daß es sich hier um einen empfindlichen Punkt des englischen nationalen Lebens handelt. Ausgeschlossen ist es trotz alledem nicht, daß England als Frucht dieses Krieges die allgemeine Wehrpflicht davonträgt, wenn es auch wenig wahrscheinlich ist. Das wäre dann das, was man in England den „Militarismus“ nennt, für dessen Bekämpfung es angeblich das Schwert gezogen hat. Eine der zahlreichen Ironien der Weltgeschichte!

Die Hohenzollern und die akademische Jugend

Zum 21. Oktober

Von Professor Dr. Paul Szymank

Verhältnismäßig spät im Vergleich zu anderen deutschen Fürstengeschlechtern sind die Hohenzollern als Förderer des Hochschulwesens aufgetreten. Während Böhmen, die Pfalz, Österreich, Kursachsen und Mecklenburg schon längst eine eigene Universität besaßen, stand die Mark Brandenburg weit abseits von dieser durch Gründung geistiger Mittelpunkte gekennzeichneten Entwicklung der deutschen Lande. Die Zerrüttung des Staates, die Störung seiner Hilfsquellen, die harten Kämpfe des neuen Herrschergeschlechtes mit dem Adel und den Städten lassen diesen Zustand sehr begreiflich erscheinen. Erst als die Hohenzollern die inneren Widerstände besiegt hatten und ihrer Herrschaft sicher waren, konnten sie auch daran denken, den Künsten des Friedens und den Wissenschaften in ihrem Gebiet eine Freistatt zu eröffnen. Was Albrecht Achilles (1470 bis 1486) und nach ihm Johann Cicero schon geplant, das konnte Joachim der Erste endlich ausführen: am 4. Oktober 1505 erfolgte die feierliche Einweihung der Universität Frankfurt a. O. Zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts kam die 1544 gestiftete Universität Königsberg unter die Herrschaft der Hohenzollern, und der Große Kurfürst begründete für seine westlichen Besitzungen 1655 die Universität Duisburg. Epochemachend für die Geschichte des Hochschulwesens war die 1694 erfolgende Eröffnung der Universität Halle, deren Lehrsystem sich durchaus auf dem Grundsatze der Gedankenfreiheit aufbaute.

Die Vorrechte und die Selbständigkeit, welche die Universität Frankfurt a. O. bei ihrer Gründung erhielt, brachten es mit sich, daß die Fürsten den Lehr- und Lernkörper sich selbst überließen, und auch in das Leben der brandenburgisch-preußischen Universitäten des siebzehnten Jahrhunderts griff das erst allmählich erstarkende absolute Herrschertum im allgemeinen nicht ein. Die Stiftung der Universität Halle bedeutet auch bezüglich der Anteilnahme der Hohenzollern am Hochschulwesen einen wichtigen Wendepunkt der Entwicklung:

die Universitäten und alles, was mit ihnen zusammenhing, wurden in den großen Wirkungsbereich des Staates einbezogen und seinem Einfluß unterworfen.

Damit aber rückte auch mehr als bisher die akademische Jugend in das Gesichtsfeld der preußischen Monarchen, und zwar waren es ursprünglich nüchterne, rein praktische Erwägungen, die zu einem Eingreifen veranlaßten. Sollten die Universitäten die Aufgaben erfüllen, die ihnen der Staat stellte, und an der Heranbildung eines wissenschaftlich geschulten Beamtennachwuchses mitwirken, so mußte nicht nur der Zutritt zu ihnen geregelt, sondern auch der Studiengang und die Abschlußprüfung überwacht werden. In dieser Richtung bewegte sich die Fürsorge der Hohenzollern für die akademische Jugend im achtzehnten Jahrhundert und König Friedrich der Erste gab durch seine Verordnung vom 25. August 1708 zuerst die Anregung, daß bei den Schulen ein „Selectus Ingeniorum" gehalten werden solle, damit nur die brauchbaren Schüler die Universitäten bezögen und nicht „ein Jeder biß auf Handwercker und Bauren seine Söhne ohne Unterscheidt derer Ingeniorum und Capacität studiren und auf Universitäten und hohen Schulen Sumptibus publicis unterhalten lasse". Diese Bestrebungen, welche mit der Einführuug der Abiturientenprüfung im Jahre 1788 einen für ganz Deutschland bedeutungsvollen Abschluß erhielten, bewirkten eine wesentliche Hebung des studentischen Standes und schufen die Grundlagen für die stolze Entwicklung, welche der Studentenschaft Deutschlands im folgenden Jahrhundert beschieden war.

Am eingehendsten hat sich unter den preußischen Königen des achtzehnten Jahrhunderts zweifellos Friedrich der Große, dem man mit Unrecht Gleichgültigkeit gegen die Universitäten vorgeworfen hat, mit der Frage der Hochschulerziehung theoretisch befaßt; er widmete ihr unter anderem wichtige Teile seiner Flugschrift: „Lettre sur l'éducation" (1770) und seiner Schrift: „De la littérature allemande" (1780). Er griff mehrfach mit rascher Entscheidung in die Entwicklung der Universitäten ein, er schuf kräftig Wandel, als 1742 die Musensöhne Frankfurts, „so sich über die Faulheit und Ungerechtigkeit vieler öffentlichen Lehrer daselbst beschweren", ihn um Abhilfe baten; er erneuerte 1749 auch für die Adligen die Disputierpflicht, so daß diese Art wissenschaftlicher Betätigung nicht mehr „in eines jeden unserer Vasallen Willkür" stand. Aber in seiner landesväterlichen Sorge ging er bevormundend weiter; er verbot durch Edikt von 1749, 1750 und 1751 den Besuch nichtpreußischer Universitäten bei „Verlust aller Beförderungen in Königlichen Staaten", für Adlige sogar bei Vermögenskonfiskation und erneuerte dieses Verbot noch wenige Jahre vor seinem Tode (1783). Ganz besonders lag ihm daran, die Universitätsdisziplin zu heben und ein gesittetes Studentenleben einzuführen; auf seine persönliche Anregung gingen eine Reihe strenger Verfügungen zurück, welche das Übermaß akademischer Freiheit einschränken sollten, ja er hielt die Frage „einer soliden Verbesserung der deutschen Akademien" und der Beschränkung der Studenten in

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

den „übermäßigen und mehrenteils zu ihrem eigenen Verderb ausschlagenden Freiheiten" für so wichtig, daß er 1750 eine Zeitlang daran dachte, einen Beschluß des Regensburger Reichstages zu ihrer endgültigen Regelung herbeizuführen. Wenn er nun bei seinen Bemühungen auch in mancher Hinsicht zu weit ging, wie das Verbot des Degentragens für alle nichtadligen Studenten beweist (1750), so zeigte er anderseits einen rein praktischen Standpunkt. In der Frage der Geldstrafen entschied er lakonisch: „Die fornehme leute ihre Sottisen werden Mit geldt bestrafet, und der Geringere ihre mit dem Kartzér. Sonsten müssen die Vähter beutels vohr die Kinder ihre Thorheiten bühsen . . ."

Trotzdem aber die preußischen Könige an der Hebung des akademischen Standes nachdrücklich arbeiteten, waren ihre Sympathien keineswegs beim Gelehrtentum, das durch die Universitäten vertreten ward. Ja, sie bemühten sich sogar, letzterem einen Teil der besten Kräfte, die ihm zuströmen wollten, zu entziehen und dem Heeresdienst zuzuführen. Als zum Beispiel der alte Dessauer, der Kommandant von Halle, am 8. März 1736 den König Friedrich Wilhelm den Ersten bat, er möge die adligen preußischen Studierenden in Halle zum Eintritt in das Heer bewegen, „da Seine Majestät vor die Offiziere mehr Liebe hätten als vor die Herren von der Feder", da willfahrtete der Herrscher diesem Gesuche sofort, und Friedrich der Große veranlaßte den adligen Sprecher der studentischen Abordnung, die ihn 1741 beim Huldigungsfest in Königsberg begrüßte, persönlich dazu, Offizier zu werden. Gerade zur Zeit seines Regierungsantritts lag ihm das Erziehungsideal der deutschen Universitäten innerlich sehr fern, und er gab in seiner 1748 aufgeführten „preußischen Komödie" L'école du monde das Urbild des Hallischen Musensohnes jener Tage in der Person des wüsten Renommisten Bilvesée dem Gespötte preis, während er sein eigenes Erziehungsideal in der Gestalt des feingebildeten, weltmännischen Mondor verherrlichte. Allerdings fühlte er im Laufe seiner Regierung, daß sich innerhalb der Studentenschaft selbst eine Wandlung zum Besseren vollzog, die er jedoch stark überschätzte. „Das Leben, das die Studenten ehedem auf den Universitäten führten", so schrieb er 1770, „war ein Gegenstand des öffentlichen Ärgernisses. Während doch diese Stätten sich als das Heiligtum der Musen betrachten sollen, waren sie die Schule der Laster und der Zuchtlosigkeit; Raufbolde von Beruf trieben dort das Handwerk der Gladiatoren, die Jugend verbrachte ihr Leben in Unordnung und in Ausschreitungen, sie lernte alles, was ihr hätte ewig unbekannt bleiben sollen, und blieb unbekannt mit dem, was sie hätte lernen müssen. Die Mißstände dieser Unordnung gingen soweit, daß Totschläge unter den Studenten vorkamen. Das erweckte die Regierung aus ihrer Lethargie, und sie war aufgeklärt genug, dieser Willkür einen Zaum anzulegen und die Dinge auf den Zweck ihrer Einrichtung zurückzuleiten. Seitdem können die Väter ihre Kinder auf die Universität schicken mit dem gerechtfertigten Vertrauen, daß sie dort etwas lernen, und ohne die Befürchtung, daß ihre Sitten verdorben werden."

Zeigte Friedrich der Große bei seinem Eingreifen in die akademische Zucht im ganzen ein richtiges Verständnis für das Wesen und die Eigentümlichkeiten der akademischen Jugend, so kündigte eine Verfügung Friedrich Wilhelms des Dritten vom 23. Juli 1798 den Geist des Polizeistaates an, der nach den Freiheitskriegen gegen Napoleon bis 1848 unbedingt herrschen sollte. Die nie zur Anwendung gelangte Verfügung ordnete an, daß bei groben, die öffentliche Sicherheit störenden Ausschreitungen in keinem Fall auf Geldbuße oder Relegation, sondern jederzeit auf Gefängnis oder körperliche Züchtigung erkannt werde. „Sollten", so fährt der Erlaß fort, „so grobe Exzesse vorfallen, daß eine vorstehendermaßen zu schärfende Gefängnisstrafe nicht für hinlänglich zu achten wäre, so soll körperliche Züchtigung Platz greifen. . . . Eine jede solche Züchtigung muß als ein väterliches Besserungsmittel angesehen, sie muß im Gefängnisse in Gegenwart der Vorgesetzten vollstreckt und von diesen mit den nötigen Ermahnungen begleitet werden. Überhaupt ist dafür zu sorgen, daß vernünftiges Ehrgefühl des Bestraften dadurch nicht gekränkt, sondern derselbe so behandelt werde, als wenn er sich noch auf einer niedern Schule und in den Jahren befände, wo Züchtigungen, welche Eltern und Lehrer veranlassen, in der Folge zu keinem Vorwurfe gereichen können."

Der Geist, der aus diesem Erlaß atmete, ließ ein engeres Verhältnis zwischen Fürsten und Studentenschaft nicht zustande kommen, und die Regierungszeit Friedrich Wilhelms des Dritten bildet in der Geschichte der deutschen Studentenschaft ein schwarzes, durch die harte Verfolgung der Burschenschaft gekennzeichnetes Blatt. Und doch verdankte ihm, dem Stifter der Universitäten Berlin, Breslau und Bonn, auch die deutsche Studentenschaft sehr viel, denn gerade von diesen Neuschöpfungen ging ein reiches wissenschaftliches Leben aus, das befruchtend auf ganz Deutschland überströmte. Der Aufschwung aber, den die Wissenschaft nahm, und der sie bald zu einem der wertvollsten und unentbehrlichen Teile des Staatslebens machte, bewirkte mehr und mehr, daß die Hohenzollern dem Universitätsbetriebe nicht nur größere Aufmerksamkeit, sondern immer wärmere innere Anteilnahme widmeten. Während bisher bei der preußischen Prinzenerziehung die militärische Seite fast ausschließlich betont worden war, gewann jetzt die wissenschaftliche Ausbildung erhöhte Bedeutung, und die Hohenzollern traten als Jünger der Universität zu ihr in das engste Verhälnis. Prinz Friedrich Karl war der erste preußische Prinz, der sich immatrikulieren ließ, und seit dem Jahre seines Eintritts (1846) ist Bonn diejenige deutsche Hochschule geworden, welche wiederholt Hohenzollernprinzen als Studierende in ihren Mauern beherbergt hat. Von November 1849 bis Ostern 1852 gehörte ihr der damalige Prinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich der Dritte, als Student an; vom Winterhalbjahr 1877/78 bis Ende Juli 1879 besuchte Kaiser Wilhelm der Zweite dieselbe Universität, und der deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm verbrachte dort seit 1901 gleichfalls mehrere Semester als studiosus juris, ebenso auch später die meisten seiner

Brüder wie Prinz Eitel Friedrich und August Wilhelm. Nicht als Prinzen des Königshauses weilten sie in der Musenstadt, sondern als lernende Kommilitonen unter Kommilitonen, und August Wilhelm, der 1908 in Straßburg seine Studien mit der regelrecht bestandenen Doktorprüfung abschloß, hielt sogar streng einen umfangreichen Stundenplan inne, der für viele Musensöhne vorbildlich sein könnte. Auch am studentischen Leben nahmen die Hohenzollernprinzen Anteil, und zwar ward dem Korps Borussia in Bonn die Ehre zuteil, zu ihnen in enge Beziehungen zu treten. Prinz Friedrich Karl gehörte der Verbindung offiziell als Konkneipant an; der spätere Kaiser Friedrich verkehrte oft und gern in ihrem Kreise; Kaiser Wilhelm war vier Semester als Konkneipant und dann als Inhaber der Korpsschleife aktiv, und der jetzige Kronprinz wurde regelrecht aufgenommen, und zwar unterschied sich die Feier in keiner Weise von der sonstigen Aufnahme eines Fuchses. Und diese Berührung war nicht nur oberflächlicher Natur. Kaiser Wilhelm schied aus dem Kreise seiner Korpsbrüder mit „tiefstem, innigstem Schmerz" und rühmte von sich: „Ich habe den in den Bonner Korps herrschenden Geist kennen gelernt, sowohl auf der Kneipe wie auf der Mensur. Es ist ein guter, deutscher, braver Geist, dem auch ich treu bleiben werde bis an mein Ende." Und bei einem Korpskommers in Bonn hielt er 1891 eine von den anderen studentischen Gruppen keineswegs gebilligte Lobrede auf die Korps und ihre Ziele. „Es ist meine feste Überzeugung", sagte er, „daß jeder junge Mann, der in ein Korps eintritt, durch den Geist, welcher in demselben herrscht, und mit diesem Geist seine wahre Richtung fürs Leben erhält. Denn es ist die beste Erziehung, die ein junger Mann für sein späteres Leben bekommt. Und wer über die deutschen Korps spottet, der kennt ihre wahre Tendenz nicht. — Ich hoffe, daß, solange es deutsche Korpsstudenten gibt, der Geist, wie er im Korps gepflegt wird und durch den Kraft und Mut gestählt wird, erhalten bleibt und daß Sie zu allen Zeiten freudig den Schläger führen werden. Unsere Mensuren werden im Publikum vielfach nicht verstanden. Das soll uns aber nicht irre machen. Wir, die wir Korpsstudenten gewesen sind, wie ich, wir wissen das besser. Wie im Mittelalter durch die Turniere der Mut und die Kraft des Mannes gestählt wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Korps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nötig ist und der bestehen wird, solange es deutsche Universitäten gibt."

Wenn auch Kaiser Wilhelm der Zweite somit innerlich überzeugter Korpsstudent ist, so hat er besonders in den späteren Jahren, auch mit anderen studentischen Gruppen Fühlung genommen. Ihm verdankte insbesondere die technische Studentenschaft dadurch eine bedeutsame Hebung ihres Ansehens, daß er 1899 die Technischen Hochschulen durch Verleihung des Promotionsrechtes den Universitäten gleichstellte. Und wie sehr er Verdienste einzelner Gruppen zu schätzen wußte, das zeigte 1896 sein Telegramm an den Charlottenburger Verein „Hütte", dem er für seine ihm wohlbekannte „treue wissenschaftliche

Arbeit" Anerkennung aussprach, und die Depesche an die Deutsche Burschenschaft 1915, worin er „mit besonderer Befriedigung der zahlreichen Männer gedachte, die aus der Deutschen Burschenschaft dem deutschen Volke als Führer und Mitkämpfer für seine idealen und realen Güter in Kriegs- und Friedenszeiten erwachsen sind". Und daß er als Schirmherr der akademischen Freiheit niemals die Unterdrückung einer studentischen Gruppe durch die andern billigen würde, das bewies deutlich sein Antworttelegramm an den Eisenacher Studententag 1905, worin er das Vertrauen aussprach, „daß unsere Studenten stets bestrebt sein werden, die deutsche Geistesfreiheit auch durch die Achtung vor der Überzeugung Andersdenkender hochzuhalten". Ganz besondere Aufmerksamkeit schenkte er auch den sportlichen Bestrebungen der Studentenschaft, wie sich bei der Schaffung des Hochschulsportplatzes im Grunewald 1914 zeigte, und der Kronprinz wirkte in der gleichen Richtung, ja er gab in einem Telegramm an die Deutsche Burschenschaft der Hoffnung Ausdruck, daß im Hinblick auf die Olympiade 1916 auch die übrige Studentenschaft ihrem guten Beispiel in sportlichen Angelegenheiten folgen werde.

Überblickt man zusammenfassend die Geschichte der Beziehungen zwischen den Hohenzollern und der Studentenschaft, so erkennt man, daß sie trotz mancher Hemmungen eine Aufwärtsbewegung war. Und gerade mit ihrer gegenwärtigen Stellung darf die akademische Jugend sehr zufrieden sein. Aber dadurch, daß zu ihr die regierenden Mitglieder des Fürstenhauses als Studierende oder Altherren zählen, erwachsen ihr ernste Pflichten. Wie sich das Militär treu um den Kaiser schart, so muß sie als Vertreterin der Wissenschaft dies ebenfalls tun und das Reich stützen und fördern helfen, sie muß gewissermaßen das werden, was ein Redner einst rühmend von den 1881 durch Kaiser Wilhelm den Ersten gelobten Vereinen deutscher Studenten behauptete: die Zivilgarde der Hohenzollern.

Deutscher Nachrichtendienst

Von O. Sperber

Ueber die Begründung eines eigenen, vom Auslande unabhängigen, Nachrichtendienstes für Deutschland wird heute in den verschiedensten Kreisen hin und her beraten. Dabei tritt besonders hervor, daß die Hauptinteressenten in der Angelegenheit noch immer getrennte Wege marschieren, so daß dadurch viel Energie, Geld und Kenntnisse in bedauerlicher und schädlicher Weise zersplittert werden. Vorläufig haben alle diese Kreise erfahren müssen, daß die Begründung eines leistungsfähigen Nachrichtendienstes für Deutschland nicht so leicht und einfach ist, wie von vielen Seiten anfänglich angenommen wurde. Zum Ziele wird man überhaupt nur dann gelangen, wenn sich alle diese Kreise zusammenschließen und eine Zentralorganisation schaffen.

Um ein solches Nachrichtenwesen von Grund auf in gediegener Weise auszubauen, müssen zunächst in Deutschland selbst günstigere Vorbedingungen geschaffen werden, als zurzeit vorhanden sind. Allgemein hat man sich in Deutschland immer gewundert, daß die Auslandspresse über Frankreich, England und auch Amerika ausführlichere Nachrichten bringt als über Deutschland. Die Veranlassung dazu geben die in Deutschland gültigen Telegramm- und Kabelgebühren, die erheblich höher sind als die des konkurrierenden Auslandes. Vielfach bestehen Preßraten überhaupt nicht und beweist allein dieser Umstand dem Kundigen schon, daß die Presse und der Nachrichtendienst in Deutschland bisher als nebensächlich betrachtet wurden. Die unvorteilhaften Raten Deutschlands für die Presse, im Vergleiche mit denen anderer Länder, lassen sich aus den nachstehenden Tabellen klar ersehen:

I. Nordamerika:

	Englische Rate M.	Franz. Rate M.	Deutsche Rate M.
Vereinigte Staaten	0,30—0,55	0,41—0,67	0,55—0,60
Canada	0,30—0,55	0,41—0,67	0,55—0,60

II. Südamerika:

Argentinien	1,34	1,33	1,40
Bolivien	1,38	1,40	1,58
Brasilien	1,30	—	—
Chile	1,38	1,40	1,53
Columbien	1,34	1,40	—
Ecuador	1,34	1,40	—
Paraguay	1,25	1,33	1,53
Perú	1,34	1,40	1,58
Uruguay	1,30	1,33	1,50
Venezuela	2,51	2,58	—

III. Zentralamerika und Westindien:

	Englische Rate M.	Franz. Rate M.	Deutsche Rate M.
Costa Rica	1,72	1,72	—
Cuba	—	0,62	0,75
St. Domingo	–	3,24	—
Guatemala	1,26	1,27	—
Haiti	—	2,67	—
Honduras	1,47	1,48	—
Mexico	0,77	0,74	1,05
Nicaragua	1,51	1,56	—
Panama	0,85	0,86	—
Salvador	1,26	1,27	—

IV. Asien.

Arabien	0,30	0,36	0,45
China	1,17	1,50	1,20
Indien	0,34	0,76	0,45
Indien, Niederländisch	1,17	1,31	1,20
Japan	1,25	1,62	1,30
Malakka und Singapore	0,38	0,43	0,50-0,55
Persien	0,77	—	0,65
Philippinen	1,17	1,50	1,20
Siam	1,25	1,26	—

V. Australien:

Commonwealth	0,64	1,03	1,05
Neuseeland	0,64	1,03	1,05

VI. Afrika:

Ägypten:			
1. Reg.	0,30	0,36	0,55
2. Reg.	0,34	0,48	0,60
3. Reg.	0,43	0,58	0,70
Deutsch-Ostafrika	0,34	0,41	0,50
Deutsch-Südwestafrika	0,34	—	1,20
Kamerun	—	—	1,20
Marokko:			
Tanger	0,17	0,08	0,15
Übrig.	0,27	0,15—0,31	0,40
Zanzibar	0,30	0,41	0,40
Südafrikanische Union	0,30 – 0,32	0,36	0,40
Togo	—	—	1,20

Auf dem Kontinente selbst sieht es mit den Telegrammraten für die Presse noch viel unvorteilhafter aus. Zuverlässige Zahlen waren während des Krieges leider nicht in genügendem Umfange erhältlich, es genügt aber schon der Hinweis, daß nach der Mehrzahl der kontinentalen Länder von Deutschland überhaupt keine Preßraten gewährt werden, oder aber diese sind genau so hoch wie die Gebühren für gewöhnliche Telegramme.

Nun kommen noch die sogenannten „Wochenend-Telegramme" für die Presse in Betracht; die Erleichterungen für diese, ab 1. April 1914, für nachstehende Länder kommen in folgenden Gebühren zu Ausdruck:

I. Nordamerika:

	Englische Rate M.	Wortzahl	Deutsche Rate M.
Canada	0,18	25	0,30
Vereinigte Staaten	0,18	25	—

	Englische Rate M.	Wortzahl	Deutsche Rate M.
II. Südamerika:			
Argentinien	0,80	20	0,80
Chile	0,80	20	0,80
Perú	0,80	20	0,80
III. Südafrika:			
Südafrikanische Union	0,50	30	0,50
IV. Australien:			
	0,75	25	—

Der Anfang einer Neuorganisation des Nachrichtendienstes müßte also damit gemacht werden, daß die Preßraten für Telegramme und Kabel in Deutschland mindestens gleich billig angesetzt werden, wie die des konkurrierenden Auslandes. Andernfalls wird der deutsche Nachrichtendienst, aus rein finanziellen Gründen, sich gezwungen sehen, nach dem Kriege wieder mit London und Paris zu arbeiten.

Die Nachrichtenzentrale muß sich aber auch klar machen, daß ein Nachrichtendienst, welcher Handel, Industrie, Börse, Politik und Neuigkeiten von allgemeinem Interesse umfaßt, ebenso kostspielig wie schwer zu organisieren ist und daher nicht nur große Kapitalien, sondern auch ganz besondere Fähigkeiten bei der Oberleitung erfordert. Man wird sich daher erst klar machen müssen, ob es nicht angebracht wäre, zwei voneinander unabhängige und doch sich indirekt ergänzende Abteilungen zu schaffen. Für das Wirtschaftsleben dürfte es praktisch sein, die Nachrichtenabteilung für Handel und Industrie der Regierung selbst zu überlassen. Etwas ähnliches besteht ja heute bereits in Verbindung mit dem Reichsamt des Innern, das die „Nachrichten für Handel und Industrie" herausgibt. Daß diese amtliche Stelle in ihrer heutigen Aufmachung und Leistungsfähigkeit den berechtigten Forderungen des Handels und der Industrie schon längst nicht mehr gerecht wird, beweisen die Klagen der daran am meisten interessierten Kreise nur zu deutlich. Besonders die Konsulatsberichte sind nicht immer ganz einwandfrei, was ja weiter nicht verwunderlich ist, denn die Konsulen sind weder Universalmenschen, noch verfügen sie alle über die für eine genaue Berichterstattung notwendige wirtschaftlich technische und kaufmännische Vorbildung. Schon aus diesem Grunde würde es zweifellos viel zweckmäßiger sein, statt das vielseitige und ausgedehnte Arbeitsfeld dieser Nachrichtenerstattung den Konsulaten zu überlassen, Handelskammern an den Hauptplätzen des Auslandes zu schaffen, die außer dieser Berichterstattung noch in sehr vielen anderen Hinsichten dem deutschen Handel schätzenswerte Dienste leisten könnten. Die in Deutschland bestehenden Handelskammern könnten dann zugleich als Weiterverbreiter der gesammelten Berichte dienen. Jedenfalls würde dadurch für Handel und Industrie ein Nachrichtendienst geschaffen werden können, der nicht nur den heute bestehenden oder durch Privatinitiative ins Leben zu rufenden an Zuverlässigkeit und Schnelligkeit weit überträfe, sondern auch sach- und fachlich bedeutend leistungsfähiger wäre.

Der Nachrichtendienst für Politik, Börse und Neuigkeiten von allgemeinem Interesse bedarf einer ganz anderen Organisatton, für die teilweise erst besonders günstige Vorbedingungen geschaffen werden müssen. Vor allen Dingen muß eine Zentrale geschaffen werden, welche die grundlegenden

Vorarbeiten zu erledigen hat. Eine solche Zentralstelle ist unbedingt notwendig, um eine gefährliche Zersplitterung zu verhindern. Eine Zersplitterung im Nachrichtenwesen Deutschlands müßte es von vornherein ausgeschlossen erscheinen lassen, daß Deutschland je imstande wäre, gegen die bestehende Auslandskonkurrenz erfolgreich anzukämpfen. Falsch ist unter allen Umständen die heute in Deutschland viel verbreitete Ansicht, daß in diesem Wettbewerbe lediglich das Geld eine entscheidende Rolle spielt. Gewiß, auch in diesem Falle bedeutet Geld viel, sogar sehr viel, und schließlich ist alles letzten Endes eine Geldfrage, vorausgesetzt, daß das Geld sach- und fachlich richtig angewandt wird, sowie, daß die dafür maßgebenden Vorbedingungen überhaupt vorhanden sind.

Der Zentrale wird es in erster Linie obliegen, alle in Betracht kommenden Kreise von der Notwendigkeit und Wichtigkeit eines unabhängigen deutschen Nachrichtendienstes zu überzeugen. Nach den bisherigen sehr bitteren Erfahrungen dürfte dies wohl nicht schwer fallen. Es muß klar gemacht werden, daß nicht nur die Zeitungen und die Börse, der Exporthandel und die großen Industrien einen guten Nachrichtendienst benötigen und durch ihm Vorteile genießen, sondern daß jeder einzelne Wirtschaftszweig davon berührt und gefördert wird. Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Stellung Deutschlands im Auslande ist gleichmäßig bedeutsam für das ganze Land, dem Staat und Bevölkerung. Nicht nur im rein wirtschaftlichen, sondern auch im allgemeinen Interesse liegt es daher, daß Deutschland bald über einen umfangreichen und unabhängigen Nachrichtendienst verfügt.

Ist das allgemeine Interesse für den Nachrichtendienst genügend geweckt, dann muß die Zentrale alle Hauptinteressenten dafür gewinnen. Hierzu zählen in erster Linie alle Zeitungsverleger, die industriellen, wirtschaftlichen, sowie kaufmännischen Zweckverbände, die Großstädte und auch die einzelnen Regierungen selbst. Diese müssen vor allen Dingen dem Unternehmen die notwendige finanzielle Festigkeit verleihen. Hier muß nun eingeschaltet werden, daß die benötigten Gelder unter keinen Umständen in der Form einer rein geldlichen Unterstützung von den Teilnehmern gewährt werden dürfen, sondern daß die Zuwendung lediglich auf einer rein geschäftlichen oder kooperativen Basis geschehen muß. Jede Zuwendung in Form einer ausgesprochenen Subvention würde die Unabhängigkeit des Nachrichtendienstes beschränken und auf gefährliche Abwege drängen.

Die Regierungen müssen sich ferner verpflichten, die heute übliche Bevorzugung einzelner Zeitungen fallen zu lassen und alle ihre für die Presse bestimmten Nachrichten im In- und Auslande ausschließlich durch die Nachrichtenzentrale verbreiten zu lassen. Das Zeichen der Nachrichtenzentrale bei Mitteilungen dieser Art bürgt dann im In- und Auslande für die autoritative Quelle.

Sehr wichtig ist ferner, daß die Verleger der Hauptblätter an dem Unternehmen beteiligt sind, damit in allen Fällen wichtige Nachrichten in den Hauptblättern gleichzeitig erscheinen und eine möglichst weite Verbreitung erfahren. Die Nachrichtenzentrale darf selbstverständlich lediglich Tatsachenmaterial kommentarlos verbreiten. Den einzelnen Schriftleitungen der Zeitungen muß es vorbehalten bleiben, den einlaufenden Nachrichten die gewünschte Färbung zu geben. Auf der schnellen und möglichst umfangreichen und gleichmäßigen Verbreitung der Nachrichten beruht nicht nur die Stärke der Nachrichtenzentrale, sondern auch die Macht der Presse selbst. Vertreter einer Nachrichtenzentrale, von denen man weiß, daß die von ihnen übermittelten Nachrichten nicht nur

sachgemäß weitergegeben werden, sondern dann auch gleichzeitig in allen bedeutenden deutschen Zeitungen erscheinen, werden im In- und Auslande das notwendige Vertrauen genießen. Regierungen wie Private werden es jeder Zeit vorziehen, solchen Vertretern ihre Mitteilungen zu machen, da diese ihnen die besten Sicherheiten bieten, daß nicht sogenannte wilde Nachrichten durch sie verbreitet werden, für die hinterher niemand verantwortlich gemacht werden kann und die in der Welt schon so häufig Unheil angerichtet haben.

Sind alle diese unumgänglich notwendigen Vorarbeiten erledigt, so folgt die Auswahl der Vertreter und Korrespondenten. Soweit das Inland dafür in Betracht kommt, wird es wohl nicht schwer halten, genügend geeignete Personen zu finden, besonders da hierbei leicht mit den Zeitungen selbst korperativ gearbeitet werden kann, wenigstens sofern es sich um die Besorgung lokaler Nachrichten handelt. Viel schwieriger hingegen ist die Frage in Überseeländern zu lösen, da für die Bewältigung der Aufgabe nicht ganz alltägliche Fähigkeiten verlangt werden müssen. Hohe Titel, die besten Empfehlungen, der Sohn eines reichen Vaters zu sein, ja selbst positives Wissen allein genügen hier nicht. Ein Auslandsjournalist in diesem Sinne muß ganz andere Fähigkeiten besitzen, viel, viel mehr können und in gewissem Sinne nahezu ein Universalgenie sein. Für diesen Beruf werden daher auch viel weniger Leute erzogen als geboren. Einer kann ihn ausfüllen und hundert andere werden ihn nie erlernen. Trotzdem aber gibt es auch hierfür genügend geeignete Kräfte und wer sucht wird sie auch finden. Zweifellos werden zu Anfang Fehlgriffe vorkommen, aber das darf nicht abschrecken. Je schneller und fester zugefaßt wird, um so eher hat man Gelegenheit, die Spreu vom Weizen zu trennen. Sehr wichtig ist die Besoldungsfrage. Mehr als einmal wird es vorkommen, daß Forderungen gestellt werden, die der Geschäftsleitung die Haare zu Berge steigen lassen. Als allgemeine Richtschnur für die Besoldung muß unter allen Umständen gelten, daß die Vertreter und Korrespondenten in finanzieller Hinsicht mit ihren Kollegen von der Konkurrenz gleichgestellt werden. Hierbei sind nicht nur rein praktische Gründe maßgebend, sondern auch der Umstand, daß unterbesoldete Vertreter und Korrespondenten, wenn sie leistungsfähig sind, sehr schnell von der Konkurrenz abspenstig gemacht werden. Ein weiterer ungemein wichtiger Faktor ist ferner, daß den im Auslande tätigen Vertretern und Korrespondenten nicht zu enge Bewegungslinien gezogen werden dürfen, damit sie bei notwendiger schneller Entschlußfassung selbständig entscheiden können. In dem großzügigen Leben und Treiben der Überseeländer bieten sich sehr oft Gelegenheiten, wo alles von sofortiger Entschlußfassung abhängt.

Bei diesem Auslandsdienste genügt es aber auch durchaus nicht, an verschiedenen Plätzen tüchtige Vertreter und Korrespondenten zu haben, deren Tätigkeit sich lediglich auf kurze Kabelnachrichten beschränkt, sondern es muß unter allen Umständen darauf gesehen werden, daß diese durch fortlaufende Postberichte ergänzt und vervollständigt werden. Andernfalls ist es ausgeschlossen, daß wichtige Wirtschaftsfragen oder solche politischer Natur, stets genügend klar gemacht werden können, und unangenehme Mißverständnisse würden unausbleiblich sein. Ebenso wichtig aber ist, daß mindestens in der Nachrichtenzentrale selbst die betreffenden Schriftleiter mit den für sie in Frage kommenden Auslandsverhältnissen vertraut sein müssen, um eingehende Postberichte, an der Hand der letzten Kabel ergänzen und aktuell gestalten zu können. Für den gesamten Auslandsdienst des Nachrichtenwesens ist nun noch sehr wichtig, daß die Regierung veranlaßt wird, ihre Diplomaten und sonstige Amtspersonen anzuweisen, nicht nur dort, wo es ihnen geboten erscheint, mit den Vertretern

und Korrespondenten Hand in Hand zu arbeiten, und diese vor allen Dingen dadurch in ihrer schwierigen Tätigkeit zu unterstützen, daß sie ihnen in gesellschaftlicher Beziehung die Möglichkeiten bieten, ihre Fähigkeiten auszunutzen. Die Diplomaten Englands, Frankreichs und ganz besonders Amerikas leisten auf diesem Gebiete der Presse ganz hervorragende Dienste, was man bis zum heutigen Tage von denen Deutschlands beim besten Willen nicht behaupten kann.

Der hier absichtlich gemachte Unterschied zwischen Korrespondenten und Vertretern ist dahin zu verstehen, daß der Vertreter hauptsächlich die Repräsentationspflichten zu übernehmen sowie den geschäftlichen Teil zu erledigen hat, während der Korrespondent sich ausschließlich der eigentlichen Berichterstattung widmen muß. Letzterer soll dadurch Gelegenheit haben, sich voll und ganz seinem Beruf hinzugeben um imstande zu sein, nur gute Leistungen auf seinem Gebiete hervorzubringen.

Den Vertretern liegt es auch ob, die einlaufenden Nachrichten aus Deutschland im Auslande abzusetzen und vor allen Dingen auch danach zu streben, daß diese nicht nur möglichst weite, sondern auch eine Deutschland nutzbringende Verbreitung finden. Dieser Teil der Arbeit zählt zweifellos zum schwierigsten, und erfordert nicht nur gute und intime Beziehungen zur Landespresse, sondern auch sehr viel Geduld, Takt und große Erfahrung. Vielfach werden Nachrichten einlaufen, die in ihrer Originalfassung unverwendbar, vielleicht sogar in politischer oder wirtschaftlicher Beziehung direkt schädlich sein können, und daher nur in einer Form weitergegeben werden dürfen, die den Umständen angepaßt ist und dennoch die Originalidee wiedergibt. Aus diesen kurzen Angaben läßt sich schon ersehen, daß die Vertreter nicht den leichtesten Teil der Arbeit haben, um allen Teilen unter den sich fortwährend verändernden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht zu werden. Näher auf die Tätigkeit der Vertreter einzugehen würde hier zu weit führen, es wären dabei auch Gesichtspunkte zu berühren, die unter allen Umständen als sogenannte Geschäftsgeheimnisse betrachtet werden müssen und für die weitere Öffentlichkeit keinerlei Interesse haben.

Bei verschiedenen Verhandlungen über die Errichtung eines deutschen Nachrichtendienstes wurde vorgeschlagen, ihn mit einer Anzeigenvermittlung zu verbinden. Die Vorteile, die man sich davon verspricht, werden sich nie erfüllen, hingegen aber eine Riesengefahr für das Unternehmen sein. Es wurde darauf hingewiesen, daß Reuter und Havas ihren Nachrichtendienst mit dem Anzeigengeschäfte verquicken, was auch im gewissen Sinne zutrifft, für den Anfang aber kann eine solche Verbindung für den deutschen Nachrichtendienst ganz und gar nicht in Frage kommen. Die maßgebenden Vorbedingungen fehlen dem neuen deutschen Nachrichtendienst noch vollkommen und lassen sich im günstigsten Falle, bei zielbewußtem Streben, erst nach Verlauf mehrerer Jahre schaffen. Grundfalsch ist jedoch die Annahme, daß es sich bei Reuter oder Havas um eine ausgesprochene Anzeigenpatronage handelt. Die Verbindungen von Nachrichten und Anzeigen beruhen in diesem Falle auf einer ganz anderen Grundlage und dienen auch anderen Zwecken. Wie man sich in den betreffenden deutschen Kreisen die Durchführung einer solchen Anzeigepatronage überhaupt denkt, ist unbekannt. In tausend gegen einen Fall würde die Zeitung, der mit der Entziehung der Anzeigenpatronage gedroht wird, einfach zur Konkurrenz gehen. In der weitaus größten Mehrzahl ginge die Konkurrenz zweifellos nur zu willig auf das Angebot ein und ein Riesenskandal wäre die unausbleibliche Folge. Aber ganz abgesehen davon würde sich der neue Nachrichtendienst bei

Verfolgung solcher Pläne alle Anzeigeagenturen des In- uud Auslandes zu bittersten Feinden machen und von ihnen ebenso energisch wie erfolgreich bekämpft werden.

Alle diese Schwierigkeiten können und dürfen aber unter gar keinen Umständen abschreckend auf die Errichtung eines unabhängigen deutschen Nachrichtendienstes einwirken, sondern müssen überwunden werden, da ein solcher für Deutschland selbst unbedingt notwendig ist, wenn sich die kommende Umgestaltung der Weltlage und die damit verbundene Umwertung aller Werte für die deutsche Wirtschaft und Politik günstig und hemmungslos vollziehen soll. Was die Unabhängigkeit im Nachrichtenwesen für ein Land und eine Nation bedeutet, hat man in Deutschland seit dem Ausbruche des Krieges erfahren und man wird die Lehren hoffentlich beherzigen. Hätte Deutschland bei Ausbruch des Krieges bereits über einen halbwegs modernen eigenen Nachrichtendienst verfügt, so hätte man den Hetzereien seiner Feinde verhältnismäßig leicht begegnen können. Selbst die Kabelunterbrechung hätte in diesem Falle keinen allzu großen Schaden angerichtet. Die eingearbeiteten Vertreter und Korrespondenten der deutschen Nachrichtenzentrale hätten auch ohne Kabelnachrichten ihre Beziehungen zur maßgebenden Auslandspresse zugunsten Deutschlands ausnutzen können. Vermöge ihrer Stellung wären sie auch im Besitze von wertvollen und geeigneten Vorinformierungen gewesen, die sie in die Lage versetzt hätten, die Lügen der Feinde zu zerreißen und bloßzustellen. Die später eintreffenden Postnachrichten hätten dann auch genügt, um Deutschlands Ansehen im Auslande aufrecht zu erhalten.

Was nun die zweifellos recht bedeutenden Unkosten anbetrifft, die die Errichtung eines solchen Nachrichtendienstes anfänglich bedingt, so können und dürfen diese nicht als unüberwindliches Hindernis betrachtet werden. Man möge sich hierbei der sehr beträchtlichen Opfer erinnern, die Deutschland seit Ausbruch des Krieges gebracht hat, um die notwendig erscheinenden Aufklärungsarbeiten in die Wege zu leiten. Auch die dabei untergelaufenen bedauerlichen Mißgriffe, die leider der Sache selbst recht geschadet haben*), müssen lediglich als die Folgen davon betrachtet werden, daß vorher kein unabhängiger deutscher Nachrichtendienst bestand und somit geeignete und erfahrene Hilfskräfte für eine solche Arbeit nicht vorhanden waren.

Die volkswirtschaftliche, sowie die weltpolitische Stellung des Deutschen Reiches verlangt heute unter allen Umständen einen eigenen unabhängigen Nachrichtendienst und daher muß ein solcher, in einem Ausmaß, wie es die Interessen eines Weltvolkes erheischen, auch geschaffen werden.

*) Bei Gelegenheit eines solchen Vorkommnisses schreibt die Evening Post von New York: „Die Pro-Deutschen haben ein gutes Recht, Propaganda für ihre Sache hier zu machen, legitime Pressebureaus für diese hier zu gründen und Neuigkeiten zirkulieren zu lassen. Die Dummheit liegt nur darin, daß sie das in so stupider Weise getan haben, durch bezahlte Agenten, durch Leute, die jedem guten Geschmack und dem amerikanischen Geiste fortgesetzt Ohrfeigen versetzen. Jetzt ist es ihre eigene Schuld, daß weder Presse noch Volk der deutschen Sache einen „square deal“ geben können. Als Organisatoren und Soldaten mögen die Deutschen wunderbar sein — aber niemand bringt es so schön fertig wie sie, ihre eigene Sache im höheren Reiche der Psychologie und des Geistes in Stücke zu schlagen.“

Aus Emanuel Geibels Schülerzeit

Mit einem Brief und neunzehn ungedruckten Jugendgedichten*)

Von Professor Stoll

(Schluß)

Folgende zehn Gedichte stehen wie schon erwähnt auf einer einzigen Seite in Achtelgröße in kleinster Perlschrift. Auf der Rückseite des zu einem Briefchen zusammengefalteten Blattes steht „Frl. Marie Ganslandt. Hanau". Die dreizehn schon gedruckten sind mit a bis n bezeichnet, die neunzehn neuen mit Ziffern.

a.

Sind die Sterne fromme Lämmer
Hier überschrieben „Sternenschrift". G. W. I. 31 ohne Überschrift; auch sind dort Strophe 2 und 3 völlig verändert.

b.

Die Sonne geht schlafen im rosigen Meer
Gedicht aus dem Nachlaß, Seite 7 mit der Überschrift „Abends"; hier überschrieben „Schlummerlied."

1.

Meeresbilder.

Meeresstille

Wie meines Liebchens Auge,
So ist des Meeres Flut,
In der die goldne Sonne,
Der blaue Himmel ruht.

Ich steh und schaue wieder
Und immer wieder hinein,
O Liebchen, mein herziges Liebchen,
O könnt' ich bei dir sein!

2.

Am Leuchtturm

Siehst du, Kind? Schon wirft der Leuchtturm
Rote Funken in das Meer,
Auf den stillen dunklen Fluten
Schwimmen seltsam sie umher:

Alles träumt. Die Wogen selber
Halbentschlummert, rauschen kaum,
Laß auch uns denn träumen, Liebchen,
Träumen wundersüßen Traum;

Träumen von entschwundnen Leiden,
Von vergangner dunkler Pein;
Leuchtend dann, wie rote Funken,
Webt sich unsre Liebe drein.

*) Vergleiche Heft 41. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieser Aufsatz im Verlag von Pillardy u. Augustin in Cassel als Sonderdruck mit drei Bildern und einem Faksimile erscheinen wird.

3.

Nachmittag

Die Sonne streut ins klare Meer
Ihr funkelnd Gold hinein,
Und blitzt und blinkt darüber her
Mit wunderbarem Schein.

Die Flut ist still, die Flut ist grün,
Man schauet fast den Grund,
Wo heilge Blumensterne blühn
Und Stauden seltsam bunt,

Wo brennend rot in feuchter Pracht
Korallenriffe stehn,
Und um die Zeit der Mitternacht
Der Nixen Lieder wehn.

Ich schau hinunter wie betört,
Mein Blick ist festgebannt;
Das macht der Klang, den ich gehört
In stiller Nacht am Strand.

4.

Sturm

Das Meer ist wild, die Stürme sind los,
Die Wogen bäumen sich auf,
Die Tiefe wirbelt aus ihrem Schoß
Ihre düsteren Wunder herauf.

Es hängt die schwarze Wolkennacht
Bis tief in die Fluten hinein,
Die Wetter blitzen, der Donner kracht,
Die Möven schrillen darein.

Das tost und rauscht und schäumt und brüllt
Und sprudelt himmelwärts —
Und ist doch lange nicht so wild
Als wie mein wildes Herz.

5.

Sonnenuntergang

Ruhig leuchtend senkt die Sonne
Sich am blauen Himmelsbogen,
Abendgoldner Strahlenregen
Strömet nieder in die Wogen.

Aber endlich, dunkler glühend,
Naht sie sich dem Flutenrande,
Und es lodern Meer und Himmel
Wie verklärt im Purpurbrande.

Jedes Wölkchen schwimmt als Flamme
In den weiten Opfergluten,
Jede Welle blüht als Rose
Aus dem dunklen Reich der Fluten.

Glocken klingen, Feierglocken,
Von versunknen Wunderstädten —
Laß uns horchen, süßes Liebchen,
Laß bewundern uns — und beten!

c.

Dämmerung

Meer und Himmel sind zerflossen

Gaedertz, E. G., S. 137, Überschrift „Dämmerluft."

d.

Frühlingsabend

Und wie kommt's, daß noch immer

Gaedertz, daselbst S. 186.

6.

Fahrwohl

Fahrwohl, du heimischer Strand,
Du trauliche Mutter, die mich gebar,
Meiner Jugend blühendes Land,
Fahrwohl, fahrwohl auf immerdar.
In der Ferne so trüb und feucht,
Unter herbstlichen Nebelschauern,
Wo dein Odem mich nimmer erreicht,
Muß ich einsam trauern.

Fahrewohl, fahrewohl, mein Kind,
Und wir dürfen nun nimmer beisammen sein,
Die Segel schwellet der Wind,
Fahrwohl, fahrwohl, und gedenke mein!
Wo kein jubelnder Tanz mich bewegt,
Wo nicht Blumen, nicht Früchte mich laben,
Wo kein Herz, kein Herz mir schlägt,
Wird man mich begraben.

Lebewohl! Grüße alle!

E. G.

Auf einem Blatt in groß Achtel findet sich ein Geburtstagsgedicht, vielleicht an Luise Ganslandt, die wenigstens an diesem Tage geboren war. Das Jahr ist nicht angegeben. Das Hochzeitsgedicht Geibels für sie s. bei Gaedertz, S. 175.

7.

Den 26. Januar

Die Sonne steigt. In Purpurwolken hüllet
Der weite Horizont sich flammend ein,
Und aus der hehren Feuerkugel quillet
Ein rosafarbner, blendend heller Schein;
Von leichtem Nebel ist die Luft erfüllet,
Er wallet rötlich über Feld und Hain,
Und wie empor des Morgens Lichter schweben,
Erblühen rings von neuem Luft und Leben.

Zwar siehst du nicht die dunkle Rose blühen
Und findest nicht das Veilchen auf der Spur,
Doch herrlich scheint der frische Reif zu glühen,
Im Rosenschimmer liegt die weiße Flur;
Des Winters düstre Schneegewölke fliehen,
Der Himmel strahlt wie Gold und wie Azur,
Des Stromes Flut, die silberreinen Bäche,
Sie gleichen einer hell kristallnen Fläche

Da tönt von fern ein feierlich Geläute,
Das weit und herrlich durch die Auen hallt,
Nicht weiß ich, was der schöne Klang bedeute,
Er dringt ins Herz mit inniger Gewalt.
Welch hohes Fest begehen wir denn heute?
Was ist's, warum die Feierglocke schallt?
So frag ich selbst mich, aber nicht ersinnen
Kann ich das Fest, das heute wir beginnen.

Doch sieh, wie plötzlich jetzt die Nebel schwinden,
Und wie empor ein Wolkenvorhang rollt,
Vom Glanze will das Auge mir erblinden,
Es strahlt wie Purpur, Rosenrot und Gold;
Und tausend bunte Blumenkränze winden
Um weiße Säulen blühend sich und hold,
Und tausend helle Lichtgestalten wallen
Rings in des Strahlentempels goldnen Hallen.

Und wie ich schau, und wie ich staunend frage,
Weshalb ich hier so hohen Glanz gewahrt,
Da rührt's mich an mit leisem Zauberschlage,
Und das Geheimnis ward mir offenbart.
Jetzt wußt' ich es, warum am heut'gen Tage
In der Natur ein Fest begangen ward:
An diesem Tag ward einst im Flug der Horen
Für unser Haus ein lichter Stern geboren.

Doch heute, da in feierlicher Stunde
Das alte Jahr dem neuen sich verschlingt,
Da jeder dir mit freudevollem Munde
Den frohen Gruß, den treuen Glückwunsch bringt:
Da gäb' auch ich dir gerne einmal Kunde
Von dem, was mir im tiefsten Herzen klingt,
Doch meinen Wunsch, mein Hoffen und mein Bangen
Vermag ich nicht mit Worten zu umfangen.

Auf einem Blatt:

8.

Vor langen Jahren, in den Ritterzeiten,
— So tun es uns die alten Schriften kund —
Trug stets, verschmähend alle Herrlichkeiten,
Die Hausfrau einen dichten Schlüsselbund;
Und klirrte sie mit diesem Ehrenzeichen,
So mußte jeder Frevel scheu entweichen.

Doch andre Zeiten brachten andre Sitten,
Der hochgewaltige Schlüsselbund entschwand;
Sie lernten viel von Franken und von Briten,
Und schätzten nichts, als was man dort erfand.
Und sieh, es trat nun überall mit Schnelle
Das Schlüsselkörbchen an des Bundes Stelle.

Und weil wir nun nach neuer Mode leben,
Und obendrein schon deine Hochzeit naht,
So weiß ich dir nichts Bessres mitzugeben
Als diesen Korb auf deines Hausstands Pfad.
Du magst ihn dann in deinen Ehetagen
An mich gedenkend stets am Arme tragen.

Von anderer (weiblicher) Hand ist rechts unten zugefügt den „14. Mai 1832". Es bedeutet nicht den Hochzeitstag des fraglichen Paares, denn an dem Tag ist in ganz Lübeck kein Paar getraut worden.

Das erste kleine Heft umfaßt folgende dreizehn Gedichte:

e.

Mir ist das Herz so schwer geworden

Gaedertz, S. 42.

9.

Frühlingshauch

Die Nachtigall singt, das Veilchen blüht,
Die rote Rose duftet am Strauch;
Wie schauert mir wunderbar durchs Gemüt
Der warme, sonnige Frühlingshauch.

Ich liege im Walde im grünen Gras
Und schau in den Himmel und singe dabei,
Ich sing' und träume kaum weiß ich, was,
Doch ahn' ich fast, daß es Liebe sei.

10.

Aus der Ferne

Der Abend senkt sich still und milde
Herab auf Wald und Berg und Flut,
In Dämmrung schlummern die Gefilde,
Verloschen ist der Wolken Glut.
Ein leiser Glockenton verkündet
Die Stunde des Gebets von fern,
Und tief im heilgen Blau entzündet
Sich feierlich der Abendstern.

Wie ist auch mir so still geworden!
Es wandelt sich zum Friedensklang
Was sonst in brausenden Akkorden
Aus meiner Brust empor sich rang.
Fast ist's, als winkt' aus fernen Räumen
Mir eine Blume freundlich zu,
Und sieh, von Liebe muß ich träumen,
Von Lieb und Lust und Himmelsruh.

11.

Friede

Wenn ich gedenke
An deiner Augen stilles Blau,
Dann ist's, als ob auf mich der Tau
Des Himmels sänke.

Wenn ich dich sehe,
Dann wird so weich, so warm mein Herz.
Es fliehen Leid und Qual und Schmerz
Vor deiner Nähe.

Und Gottes Friede
Zieht ein in die zerrissne Brust,
Und meine stille, sel'ge Lust
Erblüht zum Liede.

Stark verändert steht folgendes Gedicht in den „Gedichten", 1. Aufl. 1841, S. 49.

12.

Frage

Wie die dufterfüllte Blüte,
Weiß und rosenrot gesäumt,
Am Orangenbaume schlummert
Und von künft'gen Früchten träumt:

Also schlummert, eine Blüte,
Noch das Herz in deiner Brust;
Sprich, wann trägt es goldne Früchte,
Liebesleid und Liebeslust?

f.

Die weiße Rose

Eine weiße, dufterfüllte Rose

Gaedertz, S. 105.

g.

Schottische Melodie

Was geben die Sterne so trüben Schein?

Gedichte aus dem Nachlaß, S. 39.

13.

Spät

Schon streut der Mond die Silberstrahlen
Wie weiße Rosen in die Flut,
Die Blumen schlummern in den Talen,
Der muntre Chor des Waldes ruht.
Dem Schlaf hat alles sich ergeben,
Die Liebe nur, die Sehnsucht wacht,
Und ihre leisen Lieder schweben
Wie blaue Falter durch die Nacht.

O könnten sie auf luft'gen Schwingen
Dir freundlich nahen, ungesehn,
Mit sanftem Grüßen dich umklingen,
Mit süßem Schlummer dich umwehn!
Dann führten gern in lichte Räume
Gleich stillen Engeln sie dich ein,
Und lieblich sollten deine Träume
Wie deine fromme Seele sein.

14.*)

Frühlingsfeier

Frühling, Frühling ist gekommen",
„Haucht mit leisem Klang der West,
Erd' und Himmel feiern heute
Selig ihr Vermählungsfest.

Siehst du nicht die Blumenkränze
Im Gelock des Mädchens blühn?
Siehst du droben nicht des Jünglings
Großes Mondesauge glühn?

Tausend Sänger, buntgefiedert,
Sind zu ihrem Fest erwacht,
Rote Rosen, Liebesfackeln,
Flammen duftig durch die Nacht.

Und es rauscht und klingt und flüstert
In den Tiefen, auf den Höhn,
Und die Wonnetränen tauen,
Und die leisen Küsse wehn.

Aber wir, durch all' die Feier
Wandeln wir in stiller Lust,
Denn was Erd' und Himmel fühlen,
Füllt auch uns, auch uns die Brust.

*) Neben sechs anderen Jugendgedichten von 1833 habe ich dieses zwar auf S. 449 der Nr. 27 des 32. Bandes einer Zeitschrift gefunden, konnte aber deren Titel nicht ermitteln.

h.

Der Mönch

Schon malt die weißen Wände meiner Zelle

Gaedertz, S 37.

i.

Rheinsage

Am Rhein, am grünen Rheine

G. W., I S. 8.

15.

Meerfahrt

Es flimmert der Mond auf der bläulichen See,
Weiß schwellen die Segel wie schimmernder Schnee,
Die Küste verschwindet; laß schwinden, mein Kind,
Wenn wir nur in Liebe vereiniget sind!

Schnell flieget das Schiff, wie ein riesiger Schwan,
Durchs wogende Meer auf gemessener Bahn;
Da werden vom Schlummer die Wimpern dir schwer,
O träume! Es träumt sich so süß auf dem Meer.

Du träumest von Lilien auf schwankender Flut,
Von roter Korallen erleuchteter Glut,
Von blühenden Inseln voll sonniger Pracht
Und klingenden Schlössern in flüsternder Nacht.

Laß ruhen dein Haupt an der Brust mir, mein Kind,
Sanft spielt mit den goldenen Locken der Wind;
Sanft küßt dir die Wange der träumende Hauch,
Ich seh es und lächle — und küsse dich auch.

16.

Epilog

Auf erloschnen Feuerbergen
Blüht und glüht der schönste Wein,
Und die farbenhellsten Blumen
Leuchten dort im Sonnenschein.

Also auch die schönsten Lieder,
Voll von Glut und Lebenslust,
Voll von süßen Liebesklängen,
Blüh'n aus ausgebrannter Brust.

Und ihr hört sie, und ihr singt sie
Freudig unter Lust und Scherz,
Aber keiner ahnt darunter
Das gebrochne Dichterherz.

Das zweite kleine Heft enthält folgende sechs Stücke:

17.*)

Guten Morgen, Vielliebchen! Wach' auf! wach auf!
Ein leises Singen erklingt dir herauf,
Das sind meine Lieder
Mit hellem Gefieder,
Sie flüstern und grüßen und bitten dich fein:
„Laß' uns ein, laß' uns ein!
Wir wollen die ersten Lerchen sein."

*) Wohl aus dem Jahre 1835, als der junge Student nach Ostern die Bonner Hochschule bezog.

„Denn heut' muß beginnen die Frühlingszeit,
Schon dehnt sich der Himmel so blau, so weit,
Schneeglöckchen schon wiegen
Das Haupt in Vergnügen,
Bald schmückt auch der Wald sich mit knospendem Grün,
Und die Veilchen blüh'n,
Und die roten, duftigen Rosen erglühn."

„Doch wenn erst der Mai übers ganze Land
Sein blaues, sonniges Zelt gespannt,
Dann hat, der uns sendet
Die Schritte gewendet;
Er zieht in die Ferne im Frühlingsschein
Und singet darein:
Ade, Vielliebchen, und denke du mein!"

k.

Des Dichters Reich

Der Dichter steht mit dem Zauberstab
G. W. I. S. 28. mit der Überschrift „König Dichter".

l.

Der Liebe Leid und Lust.

Das Mädchen spricht:
Wer singt das Herz mir in Schlummer
Gaedertz, S. 109.

m.

Der Zigeunerbube im Norden

Fern im Süd das schöne Spanien
G. W. I, S. 22.

18.

Im Frühling

Wohl zieht der sonnenhelle Mai
Die blühende Welt entlang,
Wohl tönt aus klarem Himmel frei
Der wirbelnden Lerchen Gesang.

Wohl blitzt von goldnen Schimmern hell
Das Meer in tiefer Ruh,
Wohl rauschen lustig Wald und Quell
Mir ihre Grüße zu.

Wohl senden die Veilchen süßen Duft,
Wohl glüht die Ros' am Strauch,
Wohl schauert durch die blaue Luft
Der blaue Frühlingshauch:

Doch ach, was soll mir all die Luft
Mit Glut und Duft und Licht!
Das Herz ist tot in meiner Brust,
Und lieben darf ich nicht.

19.

Des Verbannten Verkündigung. 1832.

Auf Sibiriens Eisgefilden glüht des Abends Feuerstrahl,
Hell von roten Sonnenschimmern glänzet weit hinaus das Tal;
Da erklimmt die höchste Zinke ein ergrauter Polenheld,
Den man einst bedeckt mit Wunden fand auf Ostrolenkas Feld.

Eingefallen sind die Wangen, und das Angesicht ist bleich,
Aber auf der Stirn die Narbe leuchtet einer Krone gleich,
Lahm ist ihm der Arm vom Schusse, matt der Leib von Gram und Mühn,
Aber seine Augen siehst du wie zwei Schlachtensonnen glühn.

Und hoch droben auf dem Gipfel, wo der Geier einsam haust,
Wo mit eisig kaltem Fittig ihn der freie Nord umbraust,
Rastet er und schaut nach Westen, nach der Heimat unverwandt,
Und den Sturmwind überdröhnend ruft er so dem Vaterland:

„Land, wo meine Wälder rauschen, Land, wo meine Ströme ziehn,
Land der wilden Schlachtendonner und der weichen Melodien,
Wo ich rühmlich einst gestritten, wo ich glühend einst geliebt,
Höre deines Sohnes Stimme, der dir seinen Segen gibt!

Wohl von düstern Wolkenschatten ist umhüllt dein alter Glanz,
Wohl von blut'ger Faust zerrissen ist dein grüner Lorbeerkranz,
Deine Mauern sind gebrochen, deine Tempel sind entweiht,
Deine Helden sind erschlagen oder trauern fern im Leid.

Aber kommen wird die Stunde, und nicht ist sie gar so fern,
Wo aus dunklen Nachtgewölken leuchtet deines Ruhmes Stern,
Wo aus deinem heil'gen Schoße junge Helden auferstehn,
Wo die Herzen wieder schlagen und die Banner wieder wehn.

Ha, dann laß die Glocken dröhnen, denn die Träne wird zur Tat,
Auf den blutgedüngten Feldern reift die blutgedünkte Saat,
Aus den Gräbern steigt die Freiheit, siegend über Trug und Spott:
Noch ist Polen nicht verloren, denn noch lebt der alte Gott!"

Also ruft der greise Krieger; aber aus den blauen Höhn
Schwebt ein weißer Königsadler, riesengroß und sonnenschön;
Um des Berges Gipfel kreiset dreimal er im Abendrot,
Und es sieht der Held das Zeichen, und sein Auge schließt der Tod.

n.

Auf einem Briefbogen steht

Zur Erinnerung an Travemünde, 1844

Es schlief das Meer und rauschte kaum

G. W. II, S. 41 unter der Überschrift „Nachts am Meer." In Strophe 4, Zeile 8 heißt es G. W. S. 42 „Zum Freiheitsherold" hier „Zum Friedensboten." Auch Cäcilie besaß es vor dem Druck.

Bisher war die Abfassungszeit des schönen Gedichts nicht bekannt, mit dem diese handschriftliche Reihe von Versuchen am Schlusse noch eine vollgereifte Frucht des zur Vollendung gelangten Dichters darbietet.

Kriegstagebuch

23. September 1915. Heftige russische Angriffe im Raume von Nowo-Alekssiniec und an der unteren Ikwa unter den schwersten Verlusten zurückgeworfen. — Abweisung eines italienischen Angriffs auf den Osthängen des Monte Piano.

24. September 1915. Heftige Beschießung an der ganzen Westfront; Beginn der Herbstoffensive in der Champagne und bei Arras. Französische Angriffe bei Souchez abgeschlagen. In der Champagne scheiterten starke französische Angriffe unter den schwersten Verlusten.

24. September 1915. Weiteres Vordringen auf der Ostfront. Regeiewitschi gestürmt. Der Szczara-Abschnitt an mehreren Punkten erreicht.

24. September 1915. Die Zahl der in den Kämpfen an der Ikwa gemachten Gefangenen beträgt 20 Offiziere, 4000 Mann.

24. September 1915. Erfolgreiche Beschießung serbischer Trains bei Belgrad und serbischer Infanterie auf der Höhe von Topcider. — Vergebliche russische Angriffe an der bessarabischen Front.

24. September 1915. Mobilmachung in Griechenland.

24. September 1915. General Rennenkampf Gouverneur von Petersburg.

25. September 1915. Fortdauer der französisch-englischen Offensive an der Westfront: Schwere Verluste der Engländer im Ypern-Abschnitt: zwei Offiziere, 100 Mann gefangen genommen, sechs Maschinengewehre erbeutet. — Südwestlich Lille eine deutsche Division in zweite Verteidigungslinie zurückgedrückt. Erfolgreiche Gegenangriffe im Gange. Andere Angriffe abgeschlagen. Die Deutschen machten hier über 1200 Gefangene und erbeuteten zehn Maschinengewehre. — Zwischen Reims und Argonnen zwei bis drei Kilometer der vordersten Stellung aufgegeben; auch hier scheiterten alle Durchbruchsversuche. Mehr als 3750 Franzosen gefangen. Vier feindliche Flugzeuge abgeschossen.

25. September 1915. Östlich von Wilejka erneute russische Angriffe abgewiesen. Nordwestlich Sabereſina Russen über die Bereſina zurückgeworfen.

25. September 1915. Niederlage der Russen bei Nowo-Alekssiniec.

26. September 1915. Weitere französische Angriffe bei Loos und in der Gegend bei Souchez abgeschlagen; ebenso die Angriffe in der Champagne. — Fünf feindliche Flugzeuge abgeschossen.

26. September 1915. Weitere russische Stellung auf der Südwestfront von Dünaburg genommen: 1300 Gefangene. Starke russische Angriffe bei Smorgon abgeschlagen. Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern rückt weiter vor.

26. September 1915. Russen räumen ihre Stellungen nordwestlich Dubno und bei Luck; Brückenkopf von Luck von Österreichern wiedererobert.

27. September 1915. Vergebliche Angriffe der Engländer bei Loos und der Franzosen in der Champagne. Französische Kavalleriemassen in Gegend Souain zusammengeschossen. In den Argonnen 250 Gefangene gemacht.

27. September 1915. Russen bei Dünaburg weiter zurückgedrängt. — Gesamtbeute der Armee Eichhorn in der Schlacht bei Wilna: 70 Offiziere, 21208 Mann, drei Geschütze, 72 Maschinengewehre. Nordöstlich Wichnew russische Stellung durchbrochen: 24 Offiziere, 3300 Mann gefangen. — Brückenköpfe östlich Baranowitschi erstürmt. — Heeresgruppe Linsingen erzwingt Übergang über den Styr unterhalb Luck. Russen nördlich Dubno auf dem Rückzuge.

28. September 1915. Das italienische Linienschiff „Benedetto Brin" (13400 Tonnen) im Hafen von Brindisi in die Luft geflogen.

28. September 1915. Wiedereroberung eines Teils des nördlich Loos aufgegebenen Geländes. — Wiederholte französische Angriffe bei Souchez und in der Champagne abgewiesen.

28. September 1915. Weiteres Vordringen der Heeresgruppe Hindenburg in der Gegend von Dünaburg.

28. September 1915. Russen im wolhynischen Festungsgebiet weiter zurückgeworfen. — Vergebliche italienische Angriffe gegen den Mrzli Voh und bei Dolje.

29. September 1915. Heftige Kämpfe zwischen Reims und den Argonnen; alle feindlichen Angriffe, teilweise im erbitterten Nahkampfe, unter schweren feindlichen Verlusten abgeschlagen, wobei wir 800 Gefangene machten.

29. September 1915. Die russische Stellung östlich Smorgon im Sturm durchbrochen: 1000 Gefangene, sechs Geschütze, vier Maschinengewehre erbeutet.

29. September 1915. Erstürmung mehrerer russischer Stützpunkte im Sumpfland des Korminbaches durch österreichisch-ungarische und deutsche Truppen.

30. September 1915. Weitere Fortschritte bei Loos. Erfolglose französische Angriffe bei Souchez, Neuville und in der Champagne.

30. September 1915. Westlich Dünaburg weitere russische Stellung gestürmt; russische Angriffe zwischen Smorgon und Wischnew abgewiesen. — Die Zahl der von deutschen Truppen im Osten im September gemachten Beute: 421 Offiziere, 95464 Mann gefangen, 37 Geschütze, 298 Maschinengewehre erbeutet.

1. Oktober 1915. Zahl der im englisch-französischen Angriffsabschnitt gemachten Gefangenen beträgt 106 Offiziere, 3642 Mann; 26 Maschinengewehre erbeutet. — Neue französische Angriffe in der Champagne abgewiesen. Gesamtzahl der Gefangenen und die Beute aus den Kämpfen nördlich Arras und in der Champagne: 211 Offiziere, 10721 Mann, 35 Maschinengewehre.

1. Oktober 1915. Heeresgruppe Linsingen erstürmt die feindlichen Stellungen bei Czernyß (am Kormin); 1300 Gefangene. An anderen Stellen der Front weitere 1100 Gefangene. — Vergeblicher russischer Durchbruchsversuch westlich Tarnopol unter schweren Verlusten.

1. Oktober 1915. Italienische Angriffe im Christallo-Gebiete und am Tolmeiner Brückenkopf abgewiesen.

1. Oktober 1915. Kleinere für die Österreicher siegreiche Gefechte gegen montenegrinische Truppen.

1. Oktober 1915. Die englisch-französische Anleihe in Amerika vollständig gezeichnet.

2. Oktober 1915. Abermalige mißglückte Versuche der Engländer bei Loos, das verlorene Gelände wiederzugewinnen. — In der Champagne griffen die Franzosen nicht wieder an. — Das französische Luftschiff „Alsace" bei Rebhel zur Landung gezwungen; Besatzung gefangen.

2. Oktober 1915. In den Kavalleriekämpfen südlich Kosjanr Russen über die Mjadsjolka zurückgeworfen. — Räumung des westlichen Korminufers durch die Russen.

2. Oktober 1915. Nach vorsichtiger Berechnung betragen die Verluste der Franzosen während der letzten Offensive an Toten, Verwundeten und Gefangenen mindestens 130000 Mann, die der Engländer 60000. Die deutschen Verluste betragen noch nicht ein Fünftel dieser Zahl.

3. Oktober 1915. Französische Flieger werfen Bomben auf die Stadt Luxemburg ohne nennenswerten Erfolg.

3. Oktober 1915. Erfolglose Beschießung von Zeebrügge durch fünf Monitore. — Gegen die englische Front machten die deutschen Angriffsarbeiten weitere Fortschritte. — Zusammenbruch französischer Angriffe in der Champagne. Bahnhof von Chalons mit Bomben belegt.

3. Oktober 1915. Erfolglose russische Angriffe auf der ganzen Front zwischen Postawy und Smorgon.

3. Oktober 1915. Italienische Angriffe an der Tiroler Front und im Tonalegebiete abgewiesen.

4. Oktober 1915. Auf die dritte Kriegsanleihe waren bis zum 2. Oktober rund fünf Milliarden eingezahlt.

4. Oktober 1915. Englische Handgranatenangriffe bei Loos abgewiesen. — In der Champagne Artilleriefeuer.

4. Oktober 1915. Landung französischer Truppen in Saloniki. Griechenland erhebt gegen diese Neutralitätsverletzung Protest.

5. Oktober 1915. Erneute französische Angriffsversuche zurückgeschlagen. Im Monat September gingen im ganzen sieben deutsche Flugzeuge verloren, während die Gegner 30 Flugzeuge einbüßten.

5. Oktober 1915. Scheitern russischer Angriffe zwischen Dryssjaty-See und Krewo.

5. Oktober 1915. Die Griechen besetzen die Bahn Saloniki—serbische Grenze. — Die serbische Regierung bereitet die Übersiedlung von Nisch nach Pristina vor.

5. Oktober 1915. Einspruch der luxemburgischen Regierung beim Vierverband wegen des Fliegerangriffs auf die Stadt Luxemburg.

5. Oktober 1915. Demission des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos. — Friedliche Beilegung des „Svein Jarl"-Falles zwischen Deutschland und Norwegen.

6. Oktober 1915. Erneute, äußerst heftige französische Angriffe in der Champagne abgewiesen; 14 Offiziere, 780 Mann gefangen. — Scheitern französischer Angriffe nördlich und nordöstlich des Beauséjour-Gehöftes; drei Offiziere, 300 Mann gefangen genommen, drei Maschinengewehre erbeutet. Erfolglose französische Angriffe bei Ville sur Tourbe und im Aisne-Tal.

6. Oktober 1915. Russische Stellung vor Dünaburg in fünf Kilometer Breite durchbrochen. — Scheitern erneuter russischer Durchbruchsversuche zwischen dem Boginskoje-See und Smorgon; elf Offiziere und 1300 Mann gefangen.

6. Oktober 1915. Deutsche und österreichische Truppen haben die Drina, Save und Donau an mehreren Stellen überschritten.

6. Oktober 1915. Starke russische Angriffe an der bessarabischen Grenze und in Wolhynien unter schweren Verlusten abgewiesen.

6. Oktober 1915. Abbruch der diplomatischen Beziehungen des Vierbandes zu Bulgarien. — Protest der deutschen Regierung gegen die englisch-französische Truppenlandung in Saloniki.

7. Oktober 1915. Nur schwache französische Angriffsversuche in der Champagne, die leicht abgewiesen wurden.

7. Oktober 1915. Scheitern heftiger russischer Angriffe an der ganzen ostgalizischen und wolhynischen Front; 4000 Gefangene.

7. Oktober 1915. Abweisung starker italienischer Angriffe gegen die Hochfläche von Vielgereuth.

7. Oktober 1915. Südwestlich Belgrad vier Offiziere, 296 Mann gefangen genommen; zwei Maschinengewehre erbeutet; gegenüber Ram drei Geschütze genommen.

7. Oktober 1915. Zaimis bildet das neue griechische Kabinett.

8. Oktober 1915. Nordöstlich Vermelles starker englischer Angriff abgeschlagen. — In Französisch-Lothringen verloren die Franzosen die vielumstrittene Höhe südlich Leintrey.

8. Oktober 1915. Vor Dünaburg feindliche Stellung bei Grabunowska genommen; vier Offiziere, 1356 Mann gefangen. — Scheitern erneuter Angriffe der Russen an der galizischen und wolhynischen Front.

8. Oktober 1915. Eroberung von Belgrad durch die deutschen und österreichischen Truppen unter General von Koeveß.

9. Oktober 1915: Die deutschen Unterseeboote im Mittelmeer haben seit Mitte September fünf große englische Dampfer (zusammen etwa 20 000 Tonnen) und fünf französische Dampfer (zusammen 12 450 Tonnen) versenkt. — General Jekow Oberbefehlshaber sämtlicher bulgarischer Streitkräfte.

9. Oktober 1915. Einige französische Gräben östlich von Souchez erobert. — Bei Tahure mehrere hundert Meter von dem verlorenen Boden auf einer Frontbreite von etwa vier Kilometer im Gegenangriff von den Deutschen zurückerobert.

9. Oktober 1915. Nördlich der Bahn Dünaburg—Poniewiez wurden die russischen Stellungen in etwa acht Kilometer Breite erobert. Das Dorf Sinczyczy von der Heeresgruppe Linsingen genommen. — Starke russische Angriffe nordwestlich Tarnopol abgewiesen.

9. Oktober 1915. Die Höhen im Südwesten und Südosten von Belgrad erobert. — Weiteres Vordringen auf der ganzen serbischen Front.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6518.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

Das jungtürkiſche Programm

Von N. Honig

In Erkenntnis des bisher ungeſehenen Aufſchwungs der Handelsbeziehungen, welche nach dem Friedensſchluß zwiſchen Deutſchland und der Türkei vorausſichtlich einſetzen wird, haben die Jungtürken begonnen, ein Programm zur ſyſtematiſchen Ausgeſtaltung der wirtſchaftlichen Beziehungen beider Länder auszuarbeiten. In allen türkiſchen Zeitungen wird die Frage der Anbahnung eines lebhaften Handels und Kulturaustauſches zwiſchen den beiden Verbündeten lebhaft erörtert. Den deutſchen Leſern wurde in den letzten Tagen zur Kenntnis gebracht, daß die Jungtürken unter Leitung des bekannten Präſidenten des Jungtürkenkomitees, Midhat Schukri Bey, die Ausarbeitung des Programms bereits in Angriff genommen haben. Letzterer hat alsdann dem deutſchen Publikum in Ausſicht geſtellt, die Einzelheiten dieſes Programms nach Fertigſtellung bekanntzugeben, um hierdurch auch in Deutſchland eine Beſprechung anzuregen.

Ohne vorzugreifen, möchten wir uns erlauben, hier einige Leitpunkte für den zukünftigen Ausbau der deutſchen Kapital- und Kulturintereſſen in der Türkei zu geben, unter dem Geſichtspunkt, daß die in Gemäßheit dieſer zu treffenden Maßnahmen einerſeits den deutſchen Intereſſen am beſten entſprechen, anderſeits von der türkiſchen Volkswirtſchaft am dringendſten benötigt werden.

In Anbetracht deſſen, daß die Hebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung der Förderung der übrigen wirtſchaftlichen Intereſſen vorangehen muß, iſt die Verfolgung einer intenſiven Schulpolitik ſeitens Deutſchlands in erſter Linie zu nennen. Das türkiſche Schulweſen liegt nicht nur arg darnieder, es hat neuerdings eine Beeinträchtigung dadurch erfahren, daß in letzter Zeit viele engliſche, franzöſiſche und italieniſche Schulen ihres feindlichen

Einflusses wegen aufgehoben werden mußten. Besonders in Syrien hatte Frankreich ein ausgebautes Schulnetz mit 41 000 Zöglingen. Diese Schulen sofort durch türkische zu ersetzen, war bisher aus verschiedenen Gründen unmöglich. Erstens weil die Kosten aus den laufenden Staatseinnahmen wegen Überlastung des Budgets mit Militärausgaben — das jährliche Defizit des ordentlichen Etats belief sich auf 100 bis 180 Millionen Mark — unmöglich aufgebracht werden konnten. Diese könnten höchstens von dem Erlös einer größeren Anleihe bestritten werden, deren Aufnahme in Anbetracht der Milliarden, die der Krieg verschlingt, für geraume Zeit nicht zu bewerkstelligen sein dürfte. Zweitens war die Unterrichtssprache in den bisherigen fremden Schulen französisch oder englisch, deren Ersatz durch türkisch oder arabisch bei dem Mangel an ausgebreiteter wissenschaftlicher Literatur — besonders an systematischen Lehrbüchern — und bei der Unkenntnis der türkischen Sprache seitens der meisten Lehrer der Naturwissenschaften vorläufig großen Schwierigkeit begegnet.

Die Errichtung von Schulen aller Grade, sowie von landwirtschaftlichen und technischen Fachschulen, wird den deutschen kulturellen Einfluß in der Türkei, wie er von den Jungtürken selbst erwünscht wird, mächtig heben. Während die Neugestaltung der Verwaltung, die den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Jungtürken bildet, lediglich die Hinzuziehung deutscher Fachmänner erheischt, erfordert der Schulaufbau eine entsprechende Organisation in Deutschland selbst. Die rege Beteiligung aller Kreise an diesem Kulturwerk darf sicher erwartet werden. Sowohl die Kreise, die unmittelbar am Handel mit der Türkei, als auch diejenigen, die an der Hebung der türkischen Landwirtschaft als Rohstofflieferantin für ihre Fabriken interessiert sind, dürften dabei ihre rege Teilnahme bekunden. Dasselbe gilt von den großen deutschen Verkehrsgesellschaften im Orient. Es dürfte sich als sehr zweckmäßig erweisen, wenn die Erziehung der christlichen Jugend in der Türkei in die Hände religiös-charitativer Vereine gelegt werden würde, wie ja auch Frankreich bisher durch die Förderung solcher Schulvereine große Erfolge erzielt hat. Die religiösen Kreise Deutschlands und Österreich-Ungarns stehen an Reichtum und guten Willen denen Frankreichs gewiß nicht nach. Die Kosten der Schulunterhaltung sind in der Türkei verhältnismäßig nicht groß. Es vermögen daher vereinzelt vorgehende Organisationen mit Erfolg zu arbeiten. Die Erfahrungen, die bisher der „Hilfsverein der Deutschen Juden", die einzige in der Türkei arbeitende größere deutsche Organisation, mit ihrem Schulwerk gemacht hat, berechtigen uns zu dieser Behauptung. Dieser Verein besaß bei jährlichen Aufwendungen von nur 200—250 000 Mark 35 Anstalten in Osteuropa und im Orient mit rund 5000 Zöglingen. Zwecks Erleichterung der Kostenfrage des deutschen Schulwerks wird die türkische Regierung voraussichtlich durch allerlei Zugeständnisse Entgegenkommen zeigen. Die bereits bestehenden Einrichtungen genießen jetzt schon einige Vorrechte, wie etwa Zollfreiheit

für Bedarfsartikel der Internate, Seminarien, Waisenhäuser und Schulen zahlreicher religiös-charitativer Vereinigungen, etwa der Jesuiten, Lazaristen, Frères des écoles chrétiennes, Kapuziner, Dominikaner, Karmeliter, Franziskaner usw. Die Lehrer aller Schulen genießen Militärdienstfreiheit. Weiterhin könnte die Regierung in der kostenfreien Überlassung von Staatsgrundstücken, Steuerexemption des Lehrpersonals für einige Jahre usw. Entgegenkommen zeigen.

Damit ist aber seitens Deutschlands noch nicht genug getan. Die türkische Regierung wird nämlich die Umformung ihrer bestehenden und die Errichtung neuer Schulen energisch in die Hand nehmen müssen, und dabei kann ihr Deutschland hilfsbereit zur Seite stehen, indem es für die Beschaffung einiger Lehrkräfte — etwa für die deutsche Sprache und die Naturwissenschaften — sorgt. Da die Inangriffnahme eines sofortigen umfangreichen Schulausbaues durch fehlende Mittel erschwert wird, so liegt der Gedanke nahe, daß Deutschland zur Behebung dieser Schwierigkeit die Aufnahme einer Volksbildungsanleihe fördert, die neben den Bagdadbahnanleihen als die einzige produktive anzusehen wäre. Insbesondere die „ersten Kosten" wären mit ihrem Erlös zu bestreiten, so für Schulgebäude, Schulutensilien, Unterrichtsmaterialien, Laboratorien usw.

Zwecks Anbahnung eines lebhaften Handels mit der Türkei wird der Gedanke einer Zentralauskunftsstelle und der einer Ausstellungszentrale für deutsche Waren in Konstantinopel, sowie wandernde und schwimmende deutsche Ausstellungen in der Türkei viel propagiert. Indem wir auf diese Institutionen hinweisen, möchten wir zugleich die Begründung einer Zentralstelle für türkische kommerzielle Angelegenheiten in Deutschland in Form einer türkischen Handelskammer vorschlagen. Dieselbe hätte sich als Auskunfts- und Propagandastelle, sowie durch Interessenvertretung zu betätigen und alle am Handel mit der Türkei interessierten Kreise zu umschließen. Ihre Verbindung mit einer deutschen Handelskammer in Konstantinopel kann so ausgestaltet werden, daß letztere als die Schwesteranstalt der ersteren erscheint. Der Sitz einer türkischen Handelskammer in Berlin wäre deshalb zweckmäßig, weil sie zwecks mündlicher Besprechungen, wie sie so oft im geschäftlichen Leben notwendig erscheinen, leicht, schnell und bequem zugänglich sein würde. Ihre Auskunfterteilung soll sich außer auf das regulär kaufmännische, auch auf die Investitionsmöglichkeiten für weite Kreise des Kapitalistenpublikums ausdehnen. Dies erscheint jetzt besonders angebracht, weil nach dem Kriege aller Wahrscheinlichkeit nach eine Gründertätigkeit einsetzen wird, die zu überwachen eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Eine rechtzeitige Aufklärung des Publikums und die Eindämmung der ungesunden Gründertätigkeit wird die türkische Volkswirtschaft vor schweren Gefährdungen schützen. Gleichzeitig wird eine türkische Handelskammer die Möglichkeit haben, aussichtsreiche Unternehmungen zu fördern.

Die Frage nach der Hebung des Handels zwischen beiden Ländern deckt sich schließlich mit derjenigen des Ausbaus der Kapitalinvestitionen. Beide be-

dingen sich gegenseitig, deshalb muß die Forderung der Ausdehnung der deutschen Banktätigkeit im Orient erhoben werden. Gemeint ist nicht nur die reguläre Banktätigkeit, sondern auch diejenige der Hypothekenbanken. Während die bereits bestehenden rührigen deutschen Banken die „Schrittmacher für Handel und Industrie" im Orient sind, wird eine zu gründende Hypothekenbank „der Schrittmacher für die türkische Landwirtschaft" sein. Nicht zum geringen Teil verschuldet der absolute Mangel an Agrarkredit die Rückständigkeit der türkischen Landwirtschaft. Wenn die deutschen Baumwollspinner für Baumwollanbau in der Türkei zu sorgen bestrebt sind, so müssen sie den türkischen Bauern genügenden Land- und Betriebskredit zur Verfügung stellen, ebenso müssen die deutschen Verkehrsgesellschaften, um ihren Betrieb zu erhöhen, moderne landwirtschaftliche Geräte verteilen, wodurch die Intensität des Landbaues gefördert wird. Sobald das türkische Parlament ein modernes Hypothekengesetz votiert haben wird, wird die Hypothekenbankfrage aktuell werden. Die Kapitalarmut der Türkei wird der Aufbringung der Mittel für einen großzügigen Betrieb einer Hypothekenbank hinderlich sein. Auch hier steht also die Frage offen, ob diese Mittel durch eine Anleihe beschafft, oder ob die Aktien und die Pfandbriefe deutschen Inhabern zur Verfügung gestellt werden sollen.

Von nicht geringer Bedeutung für die deutsche Investitionstätigkeit in der Türkei ist die Erhebung der „Freigabe aller Konzessionen" zum Grundsatz. Da die Kapitulationen mit ihrer Gefährdung der Staatssouveränität die bisherige „Konzessionspolitik" der Pforte verschuldet haben, dürfte mit ihrer Abschaffung die Freigabe jedes Industrie- und Gewerbebetriebs als bevorstehend erachtet werden. Diese „Freigabe" bildet eine wichtige Ergänzung zum neuen „Industrieförderungsgesetz", das für sich allein illusorisch geblieben wäre. Tatsächlich hat die türkische Regierung in letzter Zeit mit der Freigabe der Papierfabrikation den Anfang einer praktischen Anwendung gemacht.

Einen integrierenden Bestandteil der Reformen bildet ferner die Ausgestaltung des Aktienrechts, die mit der Umarbeitung des gesamten Rechts sowie der Rechtsprechung erfolgen dürfte. Diese Umbildung muß von dem Gesichtspunkt der Erleichterung des Betriebes ausländischer Aktiengesellschaften im Reiche ausgehen, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens würde die Forderung türkischer Staatszugehörigkeit aller Unternehmungen die Erschwerung des Aktienabsatzes in Deutschland und im Ausland im allgemeinen nach sich ziehen; ein fremdes Papier erschwert ungemein die Orientierung über seine Sicherheit und begegnet als „exotisches" Papier äußerstem Mißtrauen. Die „deutsche" Eigenschaft einer Aktie, deren Unternehmung in der Türkei arbeitet, ist an und für sich beim deutschen Publikum beliebter, und findet deshalb leichter Absatz und höhere Bewertung. Zweitens trägt eine deutsche Aktiengesellschaft eine genügend hohe Steuerbelastung in Deutschland, als daß sie noch eine zweite türkische Aktiensteuer ertragen könnte. Letztere müßte erhoben werden, wenn jede Aktiengesellschaft gezwungen wäre, sich im türkischen Handels-

register eintragen zu lassen. Die deutsche Muttergesellschaft würde dann in der Zwangslage sein, einerseits für ihre eigenen Aktien Steuern zu zahlen, anderseits die Aktien der türkischen Tochtergesellschaft zu versteuern, was naturgemäß eine Erhöhung der Betriebskosten und eine Erschwerung der Gründungstätigkeit nach sich ziehen würde. Die Betriebsverteuerung würden beispielsweise die Munizipalverwaltungen zu spüren bekommen. Die Verpachtung der Gas-, Licht-, Wasser- und Straßenbetriebe durch Munizipalverwaltungen an deutsche Gesellschaften würde durch eine Doppelbesteuerung leiden und die Belastung hätte die Bevölkerung zu tragen. Drittens fällt mit den Kapitulationen ein Grund mehr für die Forderung türkischer Staatszugehörigkeit aller Gesellschaften fremden Kapitals. Nach ersteren war die Türkei gezwungen, fremden Gesellschaften die administrativ-judiziellen Privilegien allen Fremden zu gewähren, was sie jetzt natürlich nicht mehr zu tun braucht.

Ein weiteres Hemmnis jeder Investitions- und Unternehmertätigkeit ist zu beseitigen, nämlich die schweren Bestimmungen des Bergbaugesetzes. Da mit den neuen Waffentaten ein neuer Geist eingezogen ist, so ist zu hoffen, daß die dem Bergbau abgeneigten Vorschriften des Korans, durch moderne, jede Initiative fördernde Bergbaugesetze ersetzt werden. Als Beispiel dafür, wie schwer die bisherigen Gesetze auf dem Bergbau lasteten, möge folgende hohe Besteuerung erwähnt sein: 1. Einmalige Abgabe von 50 bis 100 türkischen Pfund für den die Konzession erteilenden Firman; 2. Jährliche fixe Steuer von 10 Piastern für den Djerib; 3. Proportionelle Steuer nach Fläche, Art und Reichtum der Mine, der Schwierigkeit der Ausbeutung, Transportentfernung usw.; und zwar wird diese Steuer nach dem Bruttoertrag der Ausbeute erhoben, a) von ein Prozent bis fünf Prozent für in Aderform gelagerte Mineralien wie Kupfer, Bleisilber Kohle usw.; b) zehn Prozent bis zwanzig Prozent für Mineralien wie Schmirgel, Meerschaum, Chrom, Mineralwässer, Petroleum, Asphalt usw.

Es braucht hier nicht hervorgehoben zu werden, welche Bedeutung der Bergbau bei dem Schätzereichtum des türkischen Bodens sowohl für die Türkei als für Deutschland erlangen kann.

Deutschlands bisheriges größtes Kapitalinteresse in der Türkei liegt bei den Eisenbahnen, mit deren Ausbau bereits während der ersten wirtschaftlichen Annäherung begonnen worden war. Auch England und Frankreich haben bedeutende Kapitalien in Verkehrsunternehmungen angelegt. Seit dem Kriegsausbruch geht eine Bewegung durch die türkische öffentliche Meinung, sich von dem wirtschaftlichen Einfluß der feindlichen Mächte zu befreien, um ihnen damit den politischen Ast, auf dem sie sitzen, abzusägen. Den Anfang in dieser Richtung hat die türkische Regierung mit dem Beschluß gemacht, alle französischen Eisenbahnen aufzukaufen. Wenn dies auch eine politische Maßregel par exellence ist, so stehen doch der Liquidation feindlicher Kapitalanlagen

nicht unbedeutende wirtschaftliche Schwierigkeiten entgegen. Da man im Inlande die Mittel hierzu nicht besitzt, so ist man wiederum auf den ausländischen Kapitalmarkt, und zwar diesmal auf Deutschland allein angewiesen. Es ist aber nicht zu leugnen, daß bei den Milliardenausgaben des Krieges, auch deutsches Kapital nicht so rasch fließen wird, wie es dem Verbündeten erwünscht wäre. Immerhin ist der Plan des Aufkaufs französischer Eisenbahnen durch die türkische Regierung insofern wirtschaftlich unbedenklich, als die Bahnen bereits bedeutende Erträge abwerfen und keine Zuschüsse erfordern, so daß sie keinesfalls eine Belastung des türkischen Budgets bedeuten würden. Dagegen bleibt die Ausführung der von Frankreich im vorigen Jahre neu erworbenen Konzessionen im Sande stecken. Diese aufzunehmen wäre ein weiteres Verdienst Deutschlands um den befreundeten Staat.

Der Ausbau der deutschen Kapitalinteressen in der Türkei hängt aber in erster Linie von einer völligen Umbildung des türkischen Rechts ab. Denn solange diese Umbildung nicht erfolgt ist, wird der noch bestehenden Rechtsunsicherheit wegen die Entwicklung nur langsam vor sich gehen können. In diesem Sinne hat sich Midhat Schukri Bey geäußert: „Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß wir nach Aufhebung der Kapitulationen unsere Rechtsprechung vollkommen umbilden müssen, um dem deutschen Kapital alle Rechtssicherheit zu bieten. Die Hauptsache ist, daß wir unverzüglich ans Werk gehen, damit uns der Friedensschluß nicht unvorbereitet trifft." Dieser Ausspruch kann als die Überzeugung aller Jungtürken angesehen werden.

Die Durchtränkung der türkischen Volkswirtschaft mit deutschem Kapital, deutscher Kultur, und deutschem Unternehmergeist wird gesteigert und gefördert werden durch die bis zum Enthusiasmus gesteigerte Einsicht aller türkischen Kreise in ihre Notwendigkeit als Mittel zur Grundsteinlegung einer türkischen Großmacht. „Die Türken wissen, daß sie sich vertrauensvoll an Deutschland wenden können, weil sie von der aufrichtigen Gesinnung Deutschlands überzeugt sind. Wenn wir früher fremde Beiräte beriefen, wußten wir, daß sie das Interesse des eigenen Landes, nicht das der Türkei zu fördern suchen würden, und sind voller Mißtrauen gegen fremde Hilfe gewesen. Wir wissen aber, daß unser wirtschaftliches wie politisches Erstarken ein wichtiges Interesse Deutschlands ist. Deshalb können wir unbedingt auf Deutschland vertrauen" — so sagte Midhat Schukri Bey.

Zur Neuverteilung des geschichtlichen Lehrstoffes

Von Dr. phil. B. Knütgen

Mitten in der überhitzten Erregung unserer Tage, die eine ruhige Besinnung auf geistige Dinge doch noch kaum zuläßt, bringt nach neuerlichen Zeitungsnachrichten das Preußische Kultusministerium eine ausführliche Verfügung an die Direktoren der höheren Lehranstalten heraus, die vom 1. April 1916 ab eine bedeutende Verschiebung des historischen Lehrstoffes in der Richtung stärkerer Berücksichtigung der allerneuesten Geschichte vorsieht. Dieser Erlaß steht so wenig in Einklang mit dem, was in der modernen Geschichtsphilosophie an Einsichten über das Wesen der Geschichte als vergangener Wirklichkeit und als deren Erkenntnis fest zu werden anfängt, daß eine geschichtsphilosophisch begründete Erörterung erlaubt sein muß: nicht der schultechnischen Ausläufer der Verordnung, sondern der zugrunde liegenden Prinzipien. Selbstverständlich sind diese nur zum Teil ausgesprochen, müssen also vielfach aus den auf sie aufbauenden Maßnahmen erschlossen werden. Doch ist dieser Rückschluß nicht gerade schwer zu vollziehen.

Die wichtigsten Änderungen des neuen Lehrplans sind folgende. Bereits in Quinta wird unter Einschiebung einer Stunde eine Übersicht über die vaterländische Geschichte in Form einzelner Lebensbilder geboten, wobei die Zeit des Großen Kurfürsten, Friedrich der Grpße, die Freiheitskriege, Wilhelm der Erste und Wilhelm der Zweite ausführlicher besprochen werden. Der hierdurch verdrängte antike Sagenunterricht wird in Quarta als kurze Einleitung der alten Geschichte gegeben, soweit er nicht in der deutschen Lektüre erledigt werden kann. Auf der Mittelstufe wurde bisher in Preußen dreijährig (anderswo, zum Beispiel in Elsaß-Lothringen, leider bloß zweijährig) die deutsche Geschichte behandelt. Hier soll noch das Zeitalter Friedrichs des Großen der Obertertia zugeteilt werden, so daß die Untersekunda die neueste Epoche seit der Revolution „ohne Hast und sachgemäß durchnehmen kann". In der Oberstufe stehen der deutschen Geschichte nur die zwei Jahre der Prima zur Verfügung. Hier soll nun die bisher in Oberprima behandelte Zeit von 1648 bis 1786 noch der Unterprima zugewiesen werden. So wird also künftighin dem ersten Primajahr die deutsche Geschichte von den Anfängen bis zum Tod Friedrichs des Großen angehören, dem zweiten Jahr der Zeitraum bis zur Gegenwart. Dort nahezu achtzehn Jahrhunderte, hier etwas mehr als eines! Besondere Beachtung verdient noch die weitere Verfügung, daß der mündlichen Reifeprüfung in der Hauptsache die

Zeit von Mitte des siebzehnten Jahrhunderts bis zur Gegenwart zugrunde zu legen ist, nur soll den Schülern durch einzelne Fragen Gelegenheit gegeben werden, zu zeigen, ob sie sich mit der vergleichenden Geschichtsbetrachtung vertraut gemacht haben und imstande sind, den inneren Zusammenhang größerer Zeitabschnitte zu erkennen.

Als grundlegende Anschauung, auf der sich der ganze Erlaß in seiner inneren Logik aufbaut, wird die folgende gelten müssen: die Geschichte sei für unsere Jugend von um so größerer Bedeutung, je näher ihr Gebiet der Gegenwart steht. Der Übelstand, an dem sich der Wille zum Bessern überhaupt entzündet hat, besteht darin, daß im herrschenden Betrieb der Stoff sich gegen Ende des letzten Schuljahres, zumal durch die nötigen Wiederholungen für die Reifeprüfung und durch deren oft frühen Termin, so drängt, daß die jüngste Periode, etwa seit den Befreiungskriegen, nur in größter Eile oder gar nicht mehr erledigt werden kann. Diese Schwierigkeiten müssen allerdings wachsen, wenn allen Ernstes die Absicht besteht, den Weltkrieg, nachdem kaum die Kanonen verhallt sind, bereits zu einem historischen Lehrgegenstand zu erheben. Nicht vom Bedauern ist also die Reform getragen, daß irgendeine Geschichtsepoche hier zu kurz kommt, sondern dies Bedauern weist die ganz besondere Färbung auf, daß es sich um die wesentlichste, gewissermaßen den ganzen Geschichtsunterricht krönende Epoche handelt. Selbstverständlich liegt dabei nicht das objektive Urteil dem Erlaß zugrunde, daß sich das neunzehnte Jahrhundert im Gefüge der Weltgeschichte besonders hervorhebe, sondern nur das subjektive, daß es für uns Gegenwartsmenschen das kennenswerteste sei, dem die Schule deshalb die breiteste Erörterung schulde. Und da die ganze Reform sich von dem Hintergrunde unseres gegenwärtigen nationalen Erlebens abhebt, ist wohl nicht zu viel gesagt, daß diese subjektive Wichtigkeit besonders darauf gegründet wird, daß in der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts die wesentlichen Verständnisvoraussetzungen der jetzigen politischen Lage und ihrer nächsten politischen Aufgaben dem Schüler zu bieten seien.

Seit Nietzsche seine epochemachende Abhandlung: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben schrieb, ist es dem allgemeinen Bewußtsein deutlich geworden, wie vielfältig die subjektiven Zwecke sein können, aus denen heraus wir Geschichte treiben. Über die Bedeutung, die die Geschichte als Vorbild für zukünftige Politik besitzt, dürften die Meinungen noch immer sehr geteilt sein. Bekanntlich gibt es bedeutende Staatsmänner, die behauptet haben, nichts aus der Geschichte haben lernen zu können, und ihnen stehen andere gegenüber, die sich jedenfalls eifrig mit historischen Studien abgegeben haben. Aber der praktische Wert der Geschichte braucht ja nicht in dieser Einengung auf das eigene Geschichtemachen gesehen zu werden. Es bliebe immer noch die Vermittlung des Verständnisses der Gegenwart. Fingieren wir also dies einmal als den einzigen Zweck des geschichtlichen Unterrichts, um so dem Gesichtspunkte am besten gerecht zu werden. Gerade dann aber läßt sich wohl mit guten

Gründen die Behauptung verfechten: je größer ein Ereignis in historischem Betracht ist, desto weiter reichen seine geschichtlichen Wurzeln, desto mehr bedeutet die Beschränkung des Blickes auf das nächstvoraufgegangene (Verwechslung von Ursprung und Veranlassung) eine Quelle gefährlicher historischer Täuschungen.

Ich greife einige Beispiele heraus: die große französische Revolution kann unmöglich verstanden werden, ohne daß der neuzeitlich-subjektivistische Rationalismus Descartes', die Wendung zum Kapitalismus schon vor der Renaissance, die Zersetzung des Schichtungsprinzips im Zeitalter der Reformation mithinzugezogen würden, lauter Ereignisse und Prozesse also, die um mehrere Jahrhunderte voraufgingen. Die Völkerwanderung sehen wir im Zusammenhang des niedergehenden Altertums und sind damit genötigt, noch größere Zeiträume zu umfassen, um den Wurzeln dieses Ereignisses in seiner welthistorischen Wirksamkeit nachzugehen. Niemand von uns weiß heute schon, welchen Größenrang dieser Krieg im Gang der Geschichte geltend machen wird. Gerade wenn wir aber glauben, daß es ein hoher sein wird, dann ist es durchaus verfehlt, seine letzten Ursachen so überaus wichtig zu nehmen und ausdrücklich zu behaupten, daß gerade die Zeit seit 1861 bis zur Gegenwart für uns Preußen und Deutsche alles andere an Bedeutung übertreffe, was sich in der Weltgeschichte ereignet habe. Und in der Tat wird meine Auffassung bereits durch die trüben Erfahrungen der Stunde bestätigt. Ich wähle ein mir persönlich naheſtehendes Beispiel. Nicht einmal die nunmehr geradezu bekämpfte bisherige gleichmäßigere Behandlung des geschichtlichen Stoffes hat es verhindern können, daß dem modernen Deutschen das notdürftigste Verständnis für das Problem der baltischen Ostseeprovinzen, das im Friedensschluß mit Rußland in jedem Fall aktuell werden wird, fehlt und ihm heute erst mühsam eingeimpft werden muß. In der Tat wird man nicht nur über den überbetonten Abschnitt seit 1796, sondern auch über das in den künftigen Abiturien privilegierte Gebiet seit dem siebzehnten Jahrhundert noch um ein gutes Stück zurückgehen müssen, um dieses Verständnis zu gewinnen. Liegt also wirklich ein Gegenwartsinteresse vor, daß unsere Schüler von dem Wirken einer deutschen Hanse, von der ungeheueren mittelalterlichen Alternative östlicher oder südlicher Machtpolitik, von dem doch sozusagen auch für Preußens Geschichte und das Verständnis des märkischen Feudalismus grundlegenden Kulturfaktor der Ritterorden noch weniger künftighin erfahren, als es — Gott seis geklagt! — bisher geschah? Ganz im Gegenteil: das monomanische Hinstarren auf die jüngste Vergangenheit mit ihrer wahrscheinlich ganz episodischen dynastischen Freundschaft zwischen Hohenzollern und Romanows erzeugt jenes optimistisch-sentimentale Nichtbeachten der unheimlich-überzeitlichen Familienähnlichkeit zwischen Iwan dem Schrecklichen, dem Schänder Livlands, und Nikolai Nikolajewitsch, dem Schänder Ostpreußens. — Oder die vlamische Frage, die vielen von uns heute ebenso vollkommenes Neuland ist wie das Problem des dominium maris Baltici? Was ist für ihr Verständnis gewonnen mit der

Konzentrierung des Blickfeldes auf das vorige Jahrhundert? Oder Schwedens gegenwärtige Schicksalsstunde? Wieviel wird wohl von einem Karl dem Zwölften in einem Schuljahr die Rede sein können, das die deutsche Geschichte von Hermann dem Cherusker bis zu Friedrich dem Großen bewältigen soll — mit knapp drei Stunden in der Woche!

Hier also ist das πρῶτον ψεῦδος zu suchen. In der Geschichte erfüllt sich das Paradox, daß der Rock uns doch näher ist als das Hemd. Je höher der Berg, auf dem wir stehen, desto souveräner gleitet der Blick über das Nächste hinweg. Und das Fernste, Gewaltigste wird uns nachbarlich und nah. Gebt unseren Jungen farbiges deutsches Mittelalter und die drängenden Kräfte der Reformation mit ihren Bauern- und Inquisitionskriegen zu schauen, laßt sie das königliche Kaufherrentum der Hanse erblicken und die ausgreifenden Kolonisationspläne der Welfen; und alles das: gerade damit sie die Größe der Gegenwart verstehen und etwas von der unheimlichen Verantwortlichkeit ahnen, die unserem gegenwärtigen Deutschtum auf die Schultern gelegt ist.

Nicht einmal der enge Zweck also, den der Erlaß dem Geschichtsunterricht unterschiebt, wird durch die befohlenen Maßnahmen erreicht. Aber daß die Geschichte in erster Linie dem Verständnis der Gegenwart zu dienen habe, konnten wir hier nur fingieren. Sie hat, wenn sie schon dienen soll, in vorderster Reihe einem anderen zu dienen, dem Verständnis eines Übergegenwärtigen: unserer nationalen Substanz, unserer völkischen Art. Der Geschichtsunterricht soll unsere Jugend zum Verständnis des Konkretums: deutscher Geist hinzuleiten suchen. Die Aufgabe ist gewaltig: wenn unsere Jugend vor den Skulpturen des Naumburger Domes oder vor dem Aachener Münster, vor der Wartburg oder vor Sanssouci steht, dann sollen diese Ausformungen deutschen Kulturwillens ihr gewiß auch Gegenstände ästhetischer Betrachtung sein, die sie in ihrem Bewußtsein irgendwie einordnen kann. Zugleich aber Gegenstände nationaler Andacht, wie sie nur aus dem Wissen um die geschichtliche Entfaltung desselben fließt, was sie als ihr eigenes Deutschtum fühlt. Die Orte, wo sich ihr Leben abspielt, unser ganzes deutsches Vaterland soll ihrem geistigen Blicke bevölkert sein mit einer Fülle unsichtbarer Gestalten, die mit ihrem Wollen und Wirken unserer Jugend gegenwärtig seien, ihr monarchisches Gefühl, ihr Staatsbewußtsein soll über das bloß preußisch-deutsche der jüngsten Zeit hinausreichen, es soll vertieft sein durch die lebendige Kenntnis, welches Erbgut im Begriff „Deutscher Kaiser", welche Antinomien auch darin aufgespeichert liegen. Deutsche Dichtung und deutsche Kunst, deutsche Staatlichkeit und deutscher Sondergeist — all dies soll sie als eine Einheit begreifen, die sich doch vor ihrem Blick in eine Welt von Ereignissen, Werken, Personen auseinanderlegt. Und darüber hinaus: unsere Jugend soll verstehen, wie dies Deutschtum sich als eine Stimme in die Symphonie des Europäismus einfügt, und wie solcher Europäismus auf seinen Ursprung in der Antike zurück-

weist. Nur so wird, um einen praktischen Nebenerfolg ausdrücklich zu erwähnen, die Einsicht in die Distanz von Russentum und Europäismus gewonnen, an die manche unter uns so schwer glauben wollen.

Dies Verstehen ihres eigenen Deutschtums im fremdnationalen Rahmen also soll der Jugend ein Geschichtsunterricht vermitteln, der der großen Gegenwart würdig ist. Auch dabei ist die Geschichte nicht Selbstzweck. Sie dient. Aber sie dient einem Größeren als nächsten praktischen Zwecken. Sie erhebt über die Enge des bloß Daseienden und bettet das Heute ein in den tiefen Wurzelgrund, aus dem auch ihm die Größe kommt. Diesem Verständnis aber — es muß gerade herausgesagt sein! — arbeitet der Erlaß des Preußischen Kultusministeriums geradezu entgegen. Denn das, was er in den Mittelpunkt des historischen Unterrichts stellt, braucht dem Verständnis gar nicht erst erschlossen zu werden, weil es uns noch viel zu nahe steht, weil es sozusagen selber noch Gegenwart ist. Es ist noch gar nicht Geschichte geworden. Man beachte nur, wie selbstverständlich die Befreiungskriege nicht nur, sondern selbst noch Friedrich der Große — ein Symptom dafür ist die jüngste Schrift Thomas Manns — sich unserem Gegenwartsbewußtsein einordnen. Wenn aber das, was kaum schon Geschichte ist, sozusagen amtlich zur Geschichte κατ' ἐξοχήν ernannt wird, so wird die Neigung zur Verabsolutierung der Gegenwart, wie sie ohnehin voraussichtlich — exemplum docet! — üppig ins Kraut schießen wird, aufs allerbedenklichste unterstützt. Echte geschichtliche Haltung macht uns demütig und stolz zugleich, hingegen verbaut man sich durch hybride Selbstverabsolutierung der Gegenwart gerade das, was gewonnen werden soll, den historischen Anschluß an die große Geschichte und das Verständnis für die substanzielle Einheit des Gegenwartsdeutschtums mit dem Ewig-Deutschen. Man verbaut sich aber auch das Bewußtsein der Sonderart der Gegenwart, wie es sich nur in der anschaulichen Einsicht ausbilden kann, daß dieser Sonderform gleichwertig andere vergangene Auswirkungsarten des deutschen Geistes gegenüberstehen, von denen unser Heute sich unterscheidet, und die mit ihm zusammen erst die Totalität der bisherigen Deutschheit ausmachen.

Im vorigen wurde anerkannt, daß die unterrichtliche Behandlung der Geschichte die Fragestellung rechtfertigt, wie sie beizutragen vermöge zum Verständnis des eigenen nationalen Selbst und seiner kulturellen Konkretionen, des Augenblicks nicht nur, sondern der Welt überhaupt, in der wir leben. Wir erkannten es als dogmatische Willkür, einen dieser Gesichtspunkte in der Lehrpraxis zum alleinberechtigten zu erheben. Schließlich aber darf nun doch auch ein drittes nicht außer Acht bleiben, daß die Geschichte nicht nur irgendwelchen andern Dingen, sondern am Ende auch sich selbst zu dienen habe, mit andern Worten: daß sie nicht bloß als Lebenselement, sondern auch als erkenntnishafter Selbstzweck gewürdigt werden muß. Ins Soziale projiziert und verallgemeinert: die Schule hat nicht nur auf das Leben, sondern auch auf die Universität, will sagen die reine Forschung vorzubereiten. Es würde einen Verzicht auf das

edelste Erbgut des humanistischen Geistes bedeuten, wenn auch die Gymnasien zu in diesem Sinn „praktischen" Bildungsanstalten herabgedrückt würden. Die reine Forschung hat es lernen müssen, im Zeitalter der brüsken Technik und der Übergriffe einer von ihren Gnaden lebenden Naturwissenschaft (vergl. Ostwalds famose Scheidung von Natur- und Papierwissenschaften) sehr bescheiden zu werden. Aber wie immer gedrückt: dieser alte deutsche Geist der selbstlosen Hingabe an ein ganz unpraktisches, zweckfernes Forschertum lebt doch noch und wird sein letztes außerakademisches Asyl, das humanistische Gymnasium, bis zum letzten Blutstropfen verteidigen, — woher der Angriff auch kommen mag. Was sagt nun die Geschichte als Forschung zu der jetzt geplanten Reform des gymnasialen Geschichtsunterrichts? Ich kann hier an das bereits gestreifte anknüpfen: Geschichte ist ein Phänomen, das sich als Erkenntnisinhalt erst in einer gewissen Distanz der Gegenwart vom Objekt konstituiert.*) Personen und Ereignisse brauchen Zeit, um für uns historisch erst zu werden. Ereignisse sind es noch nicht ohne weiteres, wenn sie eben vorüber sind, Personen zumal ganz sicher nicht, solange sie noch leben. Was also der Erlaß fordert: eine Geschichte Wilhelms des Zweiten das gibt es in einem einigermaßen strengen Sinn des Begriffes überhaupt gar nicht. Und die alte Gepflogenheit der Universitäten, die geschichtliche Betrachtung schon recht früh abzubrechen, hat ein gutes Recht gegenüber der modernen Unsitte, etwa die „Geschichte" der neueren Lyrik von Luther bis Rilke zu lesen. Eine solche Materie ergibt kein sauberes erkenntnistheoretisches Gebilde, weil sich ihre Methode unmerklich bis zur völligen Unwissenschaftlichkeit verändern muß. Übrigens hat jeder schöpferische Geist das gute Recht, sich vom Forscher eine historische Mumifizierung bei lebendigem Leibe nachdrücklichst zu verbitten; und der gesunde Abscheu gegenüber einem solchen Beginnen sollte eigentlich stärker sein als der leider hie und da bemerkliche Ehrgeiz, die eigene „Kollegfähigkeit" noch zu erleben.

Natürlich hat der Einwurf Recht, daß sich ein fester terminus a quo für dieses Historischwerden nicht angeben läßt, und daß im Grund alle historische Forschung de facto ein nie abgeschlossenes Historisieren ihres Objekts ist. Das schließt aber nicht aus, daß alle Geschichtsschreibung umso unfertiger und also theoretisch mangelhafter ist, je näher ihr Objekt der Gegenwart steht. Der Erlaß des Preußischen Kultusministeriums fordert also, daß gerade das als eigentlichste Geschichte geboten wird, was den Stempel wissenschaftlicher Unreife am wenigsten verleugnen kann. Das ist ein Unrecht an unseren Schülern und ein Abfall von den besten Traditionen unseres Schulwesens, das sich durch untadelige Wissenschaftlichkeit immer besonders ausgezeichnet hat. Es ist namentlich

*) In einer Berliner Akademierede hat der ehemalige Chef der Sektion für Kultus und Unterricht im Preußischen Ministerium des Innern, Wilhelm v. Humboldt, für den Grundgedanken, auf dem das Prinzip der historischen Distanz sich aufbaut, den wundervollen Ausdruck gefunden: „Daher gleicht die historische Wahrheit gewissermaßen den Wolken, die erst in der Ferne vor den Augen Gestalt erhalten."

deshalb ein Unrecht, weil die Schüler auf diese Weise ein gänzlich verzerrtes Bild vom Wesen der Geschichte als Forschung auf die Universität mitnehmen und von nun ab erst dort zur richtigen Einstellung auf das historische Objekt mühsam umdenken müssen. Die Verfügung mißachtet aber zugleich unsere Universitäten, indem sie ihnen zumutet, den Studenten im Hinblick auf ihre spätere Wirksamkeit in erster Linie das Wissen zu verabfolgen, das sie nur am unwissenschaftlichsten vermitteln können, oder aber, wenn die Forschung ihre Sache ernst nimmt, ihnen das vorzuenthalten, was sie für ihre Praxis am meisten brauchen. Die Diskrepanz, die in dieser Hinsicht zwischen der wissenschaftlich-germanistischen Vorbildung und der gymnasialen Lehraufgabe des Deutschen besteht, ist doch gerade unerfreulich genug. Soll sich das jetzt auch bei der Geschichte wiederholen?

Ich weiß, daß man längst den Einwand bereit hat, ich übertriebe den Sachverhalt außerordentlich, da ja die übrige Geschichte nicht unterdrückt, sondern nur die bewußte Akzentverlegung vollzogen werden solle. Aber ich weiß mich dagegen gerüstet. Allerdings wird die Mittelstufe Gelegenheit geben, den rein tatsächlichen Verlauf auch der früheren deutschen Geschichtsepochen in einiger Breite zu vermitteln. Die eigentliche Deutung der Zusammenhänge, die Zuordnung einer scheinbar unübersehbaren Fülle historischer Einzelheiten zu der die Epoche konstituierenden Idee, die feinere Herausarbeitung historischer Individualitäten: all dies wird doch erst der Oberstufe zugänglich sein. Nun aber weiß doch jeder, der selber einmal Gymnasiast war, welche erbarmungslose Scheidung zwischen dem Beachtenswerten und dem Belanglosen der Primaner nach dem ausschlaggebenden Gesichtspunkt vornimmt: wirds im Abiturium geprüft oder nicht? Gegenüber dieser Pennälerpraxis wird aller pädagogischer „Idealismus" resignieren müssen, solange noch das Berechtigungswesen so in Blüte steht wie heutigentags. Ist aber das anerkannt, so gewinnt die Bestimmung eine geradezu überragende praktische Wirkung, daß die Reifeprüfung im wesentlichen auf den Zeitabschnitt seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts zu beschränken sei. Warum gerade an diesem Zeitpunkt die Scheidewand zwischen dem erheblichen und dem mindererheblichen angesetzt ist, wird im Erlaß nicht ausgesprochen.

Eine weitere Neuerung blieb bisher unerörtert: die Verdrängung der antiken Mythologie aus dem Quintapensum zugunsten einer ersten Unterweisung wieder gerade in der neuesten Geschichte. Auch eine stärkere Berücksichtigung der deutschen Sagenwelt ist nicht verlangt, sondern lediglich die Behandlung der antiken Mythologie stark zurückgedrängt. Hierin liegt ein fast unmerkliches, dennoch aber höchst charakteristisches Abrücken vom humanistischen Bildungsideal. Wenn ich von persönlichen Erfahrungen auf die anderer schließen darf, so genügt das vom heutigen Gymnasium an mythologischen Kenntnissen gebotene nicht mehr zum mühelosen Verständnisse beispielsweise Schillers und Hölderlins. Das wird man denn doch gerade in nationalem Betracht als einen fühlbaren Mangel bezeichnen müssen. Es erweist sich darin eben, wie stark deutsche historische

Bildung auf antikem Anschauungsmaterial fußt und dies einfach voraussetzt. Anstatt daß nun der Unterstufe eine breitere Kenntnis nicht nur der antiken, sondern auch der nationalen Sagenwelt vermittelt würde, wonach die Jugend in diesem Alter geradezu dürstet, soll auch der geringe Rest mythologischer Bildung noch weiter einschrumpfen.

Und dies führt die Betrachtung nun noch um einen Schritt weiter. Die Neuerungen, die der Erlaß einführt, entsprechen nicht dem historischen Bildungsideal, in dem ich mich jedenfalls mit einem großen Teil der geistig bewegten Jugend in erfreulichem Einklang weiß. Aber wie er aufs allerschwerste in dem enttäuscht, was er bringt, so enttäuscht er auch in dem, was er nicht bringt Nationalen Motiven scheint er entsprungen. Aber er befreit den deutschen Unterricht nicht aus der unerträglichen Enge, in der er sich mit seiner unzulänglichen Stundenzahl befindet. Er befördert in keiner Weise eine Annäherung von Literaturgeschichte und politischer Geschichte und damit eine Verbreiterung der geschichtlichen Unterweisung in der Richtung auf eine Geistesgeschichte hin, die keineswegs das Phänomen des Staates zu verkümmern brauchte, wohl aber einer großzügigen Vereinheitlichung des historischen Bewußtseins dienen könnte, in welchem heute noch so vielfach die einzelnen Fäden in steriler Isolierung nebeneinander herlaufen. Hierdurch erst würde es sich ermöglichen lassen, auch ohne sonderliche Überlastung des Lehrplanes mit neuen Fächern wenigstens die Elemente der Kunst- und Musikgeschichte ebenfalls der gymnasialen historischen Bildung zuzuführen. Es könnten uns doch endlich für das Paradoxe des Zustandes die Augen aufgehen, daß das Volk der großen Musiker gerade in der Geschichte dieses Kunstgebietes im allgemeinen Bewußtsein einen bodenlosen Abgrund von Unwissenheit aufweist. Wenn diese Vereinheitlichungsbestrebungen den Nebenerfolg hätten, das Mittelalter auch im Literaturunterricht nach Unterprima zu verlegen, so würde das hinsichtlich des Verständnisses etwa Walthers sicher manches für sich haben. Vielleicht böte sich dann die Gelegenheit, parallel mit der politischen Geschichte der Antike auch eine zusammenhängende Darstellung ihrer Literaturgeschichte in Obersekunda an den frei gewordenen Platz zu setzen. Es könnte damit zugleich dem Verständnis unserer eigenen Dichtung und ihrer Entwicklung seit Lessing aufs wirksamste vorgearbeitet werden.

Aber ich will nicht zu den tausend neunmalgescheiten Besserungsvorschlägen, die das Publikum dem hohen Schulregiment vorzulegen nicht müde wird, hier den tausendunderssten fügen. Meine Aufgabe ist heute leider von einer viel negativeren Art. Freilich bin ich überhaupt nicht der modernen Ansicht, daß durch Reformen des Systems und des Stundenplanes von oben her sich alles rauhe glätten läßt, sondern erwarte in ganz altfränkischer Weise alles Heil von der gottbegnadeten Person des Lehrenden. Den guten Lehrer kann kein Kultusministerium aus dem Boden stampfen, und auch in der Retorte überhitzter Staatsexamensansprüche wird er nicht erzeugt. Diesem Lehrer aber wird seine Aufgabe, dem Schüler eine gleichmäßige und geschlossene historische Bildung zu

vermitteln, nahezu unmöglich gemacht, wenn er in einem Schuljahr achtzehn Jahrhunderte, im anderen eines abhandeln soll. „Nach dem übereinstimmenden Urteil sachkundiger Schulmänner", so hören wir, sei diese Reform dringend nötig, wenn man den Lehrstoff mit der wünschenswerten Gründlichkeit bis zur Gegenwart durchnehmen sollte. Mag sein. Wenn es nun aber der souveräne Eigensinn eben dieser Sache wäre, daß man das nicht solle? Wenn es keineswegs aus der Sache geboten wäre, den Gott sei Dank sehr lebendigen Hindenburg morgen bereits auf geschichtliche Kategorien zu ziehen und in Schulstundenrationen zu zerhacken? Dann könnte man nämlich (das Ei des Kolumbus!) — alles beim alten lassen. Womit die Sache wenigstens nicht schlechter würde.

Deutschland

Deutschland, Vaterland, Heiligtum,
wie soll ich dich benedein?
Nie empfand ich so tief den Ruhm,
dein ärmster Sohn zu sein!

Draußen auf tobender Walstatt rollt
unsrer Geschütze Gewalt;
hier fließt segnendes Abendgold
über den rauschenden Wald.

Draußen sind tausende, Mann an Mann,
zu eiserner Wehr bestellt;
hier führt der Bauer sein müdes Gespann
über das trächtige Feld.

Draußen, wo dunstig der Tag verschied,
Trommeln, Trompetenstoß;
hier singt die Mutter ein Abendlied
und wiegt ihr Kind im Schoß.

Deutschland, Vaterland, Heiligtum,
all mein Fühlen sei dein!
Nie empfand ich so tief den Ruhm,
dein ärmster Sohn zu sein.

Zwiefach bist du erhöht und geweiht,
auch am härtesten Tag:
Gott gab dir fröhliche Gläubigkeit
und Kraft zu dröhnendem Schlag!

Ernst Ludwig Schellenberg

Die kommende Wohnungsnot

Von Dr. Buetz

Eine der vielfachen wirtschaftlichen Folgen des Krieges ist der fast völlige Stillstand des Baumarktes; überall sind starke Einschränkungen der Bautätigkeit, insbesondere der privaten Bautätigkeit zu buchen. An der Hand der Baustatistiken ist dieser Vorgang einwandfrei nachzuprüfen. Der Zugang an neuerbauten Wohnungen im Großherzogtum Baden betrug nach der Erhebung bei Gemeinden über Tausend Einwohnern für das Jahr 1914 nur 1859 Wohngebäude. Von diesen 1859 Neubauten entstanden vom Januar bis zum August 76,9 Prozent, in den folgenden Kriegsmonaten nur 20 Prozent des Reinzuwachses an Wohnungen. Für Bayern liegen Zahlen von Nürnberg vor. Hier sind bei dem Bauamt in den Kriegsmonaten nach Meldung der Kommunalen Praxis, vom August 1914 bis zum Februar 1915 nur 818 Baugesuche gegen 1744 zur gleichen Zeit im Jahre 1913 eingegangen. Nach der Sonderbeilage des Reichsarbeitsblattes den Wohnungsmarkt betreffend, war der Gesamtzugang an neuen Wohnungen im Jahre 1914 in 72 bei der Erhebung erfaßten Städten um 1963 Gebäude geringer, als im Zeitraum 1915. Die Darstellung zeigt, daß infolge des Krieges das Jahr 1914 mit einer weiteren Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt abgeschlossen hat.

Die durch den Krieg naturgemäß hervorgerufene Einschränkung an Wohnungsneubauten würde nicht so erschwerend wirken, wenn die Wohnungsverhältnisse vor dem Kriege nicht schon recht mißliche gewesen wären. Man erinnert sich wohl der viel erörterten Kleinwohnungsfrage vor dem Ausbruche des Weltbrandes anläßlich des am 8. Januar 1914 dem Abgeordnetenhause zugegangenen Wohnungsgesetzes. Die Frage der Vermehrung an Kleinwohnungen trat hierbei stark in den Vordergrund und eine lange und anhaltende Zeitungspolemik beleuchtete die Mängel auf dem Kleinwohnungsmarkt in aller Ausführlichkeit und Deutlichkeit. Der Anteil an Kleinwohnungen ist seit Jahren zu gering, denn die Bodenpreise machen die Forderung von Kleinwohnungen zur kapitalistischen Utopie, da der Ausgangspunkt der baulichen Unternehmerspekulation die wahrscheinlich erreichbare Höhe der Miete ist; künstlich wird der überlastete Bodenpreis in der Miete gehalten und zur Umsetzung dieses Prinzipes benötigt die Spekulation ein Zusammenwirken von Platzausnutzung und Luxusmieten, beides aber ist nur

in Großbauten zu verwirklichen. Das Schlagwort von dem beängstigenden Mangel an Kleinwohnungen wurde bereits im Frühjar 1914 geprägt. Nach den Berichten des kaiserlich statistischen Amtes war der Anteil der Kleinhäuser am Reinzugang der Wohnungsgebäude für das Erhebungsjahr 1914 trotz aller angestrebten Hilfen nur in 22 Städten größer, in 17 indessen kleiner als im Vorjahre. In Hamburg haben die Kleinhäuser abgenommen, in Breslau ebenso, in Bremen ist trotz des großzügigen Abkommens zwischen dem Bremer Staat, der Landesversicherungsanstalt der Hansastädte und der gemeinnützigen Hypotheken- und Treuhandgesellschaft, zwecks Kreditation von Kleinbauten, keine Besserung der Verhältnisse erfolgt. Ebenso haben die großzügigen kommunalen Darlehnsbestrebungen in Nürnberg noch keinen Nutzen hervorgebracht. Nach der Reichsstatistik war der Zugang an Kleinwohnungen mit ein bis drei Wohnräumen, in 39 Städten verglichen, nur in 17 Städten größer, dagegen in 22 Städten kleiner als im Jahre 1913. Der Reinzugang an Kleinwohnungen im Verhältnisse zu dem Gesamtbestand blieb in 34 Städten hinter dem an Wohnungen überhaupt, im Vergleich zu 1913 bis 1914, zurück. Nur in sechs Städten war eine Besserung eingetreten.

Die vorliegenden Zahlen sind bereits in normalen Zeiten von hoher Wichtigkeit für das Allgemeinwohl, sie erlangen aber durch die infolge des Krieges entstandenen Verhältnisse eine geradezu erschreckende Bedeutung! Die Nachfrage nach billigen, kleinen Wohnungen macht sich heute schon mehr und mehr bemerkbar. Frauen, deren Männer, deren Söhne gefallen, die ganz oder teilweise erwerbsunfähig geworden sind, können die seither großen und entsprechend teuren Wohnungen nicht mehr behalten und suchen nach kleinen Wohnungen, die früher schon nicht ausreichten. Die Ostpreußischen Flüchtlinge, die vielfach nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren werden, da sie eine anderweitige Verdienstmöglichkeit gefunden haben, die aufzugeben sie sich scheuen, der Zustrom von Auslanddeutschen, die kaum ihr Vaterland wieder verlassen dürften, belasten den Kleinwohnungsmarkt so erheblich, daß jetzt schon von einer vorhandenen offenbaren Kleinwohnungsnot gesprochen werden muß. Mit banger Sorge aber fragt man sich, was soll werden, wenn unsere Krieger zurückkehren? Durch die vorgenommenen Kriegstrauungen, die heute schon die Zahl der Eheschließungen um 20 v. H. erhöhen, muß sich die Nachfrage nach Kleinwohnungen zu einem Ansturm steigern, dem der Kleinwohnungsmarkt in keiner Weise gewachsen ist, werden doch nach dem Kriege noch eine erhebliche Menge Trauungen vorgenommen werden, wie dies auch nach den Kriegen von 1866 und 1870/71 der Fall war. Alle diese jungen, finanziell nicht kräftigen Paare, suchen nach der kleinen Wohnung, dem einzigen Mittel, sparen zu können. Doch auch mancher zurückkehrender Geschäftsmann, mancher Privatbeamte, wird seine größere, teure Wohnung aufgeben müssen, da der Krieg seine finanziellen Kräfte erschöpfte. Soll es wieder dahin kommen, daß man, wie es in Berlin 1871 geschah, Baracken bauen muß, nur um die Wohnungsuchenden unterzubringen . . .?!

Die Großgemeinden beginnen zwar bereits die Frage des Kleinwohnungsbaues in den Bereich ihrer Kriegsfürsorge aufzunehmen. So hat zum Beispiel der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen, dessen zweiter Jahresbericht im Juni dieses Jahres herausgegeben wurde, sich mit der allgemeinen Tendenz zur Einschränkung der Wohnungsansprüche in dankenswerter Weise beschäftigt. Die Bemühungen des Vereins führten zu der Schaffung eines Kriegswohnungsnachweises für Bedürftige und einer Rundfrage an die Baugenossenschaften zwecks Feststellung ihrer Leistungsfähigkeit. Außerdem hat der Schutzverband für deutschen Grundbesitz eine Eingabe an das Herrenhaus und das preußische Abgeordnetenhaus gerichtet, die Staatshilfe gegen die durch die Bodenspekulation entstandene Kleinwohnungsnot fordert. Die Stadt Leipzig hat während des Krieges das Projekt des bekannten Fachmannes auf dem Gebiet des Kleinbauwesens, Geheimrat Mutheſius, betreffend die Schaffnung von insgesamt 727 Häusern mit 1418 Klein- und Mittelwohnungen im November 1914 angenommen. Unter der Garantie des Staates hat die Landesversicherungsanstalt Bremen ein Darlehen von 300 000 Mark zum Zweck des Kleinwohnungsbaues ausgeworfen. Die Unternehmungen, denen ein Darlehen gewährt wird, sind verpflichtet, in erster Linie Familien mit mehr als 4 Kindern zu berücksichtigen. Nürnberg gewährte ein Darlehn von 200 000 Mark. Lichtenberg befaßt sich entgegenkommend mit dem Plan der Einfamilienhaus-Siedlung. Der Bau von 37 Häusern zu einem Mietpreis von 600, 675, 775 bis 875 Mark ist hier vorgesehen und bereits so gut wie bewilligt. München hat in seiner für die Zeit des Krieges geschaffenen Kommission für Grundbesitz und Wohnungswesen eine dankenswerte Arbeit auf dem Gebiete der Kleinwohnungsfrage geleistet, ob allerdings der Antrag des Gemeindekollegiums auf vollem Ausbau des Dachgeschosses als Kleinwohnungshilfe vom Standpunkte der Volkshygiene zu billigen sein wird, mag dahingestellt bleiben. In Hannover hat sich das Kriegsfürsorgeamt für Wohnungswesen der Kleinwohnungsfrage angenommen. Frankfurt a. M., Duisburg, Magdeburg usw. haben teils beratend, teils handelnd Stellung zu den kommenden Schwierigkeiten genommen. Immerhin kann es sich in allen diesen Fällen nur um Beihilfen handeln, die viel zu gering sind, um eine allgemeine Wandlung zu schaffen, oder auch nur anzubahnen. Hier können nur gemeinsame und durchgreifende Maßnahmen helfen! Optimisten blicken nun voller Vertrauen auf das kommende preußische Wohnungsgesetz. Bekanntlich ist seine Erledigung bis nach dem Kriege verschoben worden. Die Verhandlungen befanden sich bei dem Kriegsausbruche noch im Stadium der Kommissionsberatung, die wichtige Frage des Bauverbotes an nicht völlig regulierten Straßen bildete noch immer neben anderen Meinungsverschiedenheiten ein starkes Hemmnis für eine Einigung der beratenden Parteien. Die Parteien waren nun zwar bereit, eine Einigung herbeizuführen, die Regierung nahm aber von der Weiterverfolgung des Gesetzentwurfes aus sachlichen Gründen Abstand. Die durch den Kriegszustand hervor-

gerufenen augenblicklichen Notlagen innerhalb des Wohnungswesens werden demzufolge durch das kommende Wohnungsgesetz nicht mehr behoben werden, denn da eine ganze Reihe von Bestimmungen noch der grundsätzlichen Umänderung bedarf, wird man innerhalb der Parteien nach dem Kriege auf erneuten Widerstand stoßen, der einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes entgegenwirken wird.

Aber abgesehen hiervon wird das Wohnungsgesetz überhaupt für das Kleinbauwesen keine nennenswerten Vorteile bringen, da es lediglich Abänderung von sekundären Übeln im Gebiete des Bauwesens anstrebt, eine wirkliche Wohnungsreform wird man nach Lage der Dinge von ihm nicht erwarten können! Die Wohnungsfrage als Sozialproblem umfaßt den Mißständen entsprechend, die sich bezüglich der Befriedigung der Wohnbedürfnisse bemerkbar machen, in der Hauptsache die fünf folgenden Aufgaben: Besserung des Zustandes der Wohnungen, Minderung der Überfüllung, Preisherabsetzung, Vermehrung der Kleinwohnungen und Ausgestaltung des Mietsrechtes. Das primäre Übel aber ist das kapitalistische Grundprinzip im Wohnungsbau. Die Gewinnmöglichkeit beim Hausbau wird in der Regel vorweg für den Boden in Anspruch genommen, da es eine auffallende Tendenz im Wirtschaftsleben ist, die über dem Durchschnitt stehenden Kapital-, beziehungsweise Unternehmergewinne, sozusagen auf den Boden, auf dem das Geschäft beruht, zu projizieren; da der Bodenpreis den kapitalistischen Wert des Mietertrages abzüglich der Baukosten gemeinhin ausmacht, bleibt die Kapitalsanlage in Mietshäusern eine unsichere, weil mit dem Ausfall der zugrunde gelegten Mieteinkünfte gerechnet werden muß. Je höher nun die Mieten als Luxusmieten nach Kaufabschluß gesteigert werden können, — ein Vorgang der nur für Großwohnungen möglich ist! — um so ertragreicher gestaltet sich die Kapitalsanlage, um so müheloser fließen die Erträge ein. Kann bei Kleinwohnungen im Massenkasernenstil, der eine wirkende Bodenausnutzung möglich macht und so für eine Kapitalsanlage noch ertragreich wird, auch mit einer ständigen Wohnungsbenutzung gerechnet werden, so ist die Hausverwaltung dieser Wohnkomplexe kostenreich und mühevoll und das Konto für Reparaturen ein laufend hohes. Bei Kleinwohnungen für den Mittelstand geht die Bodenausnutzung selten über den kalkulierten Mietspreis hinaus, die Rentabilität des in Kleinwohnungen angelegten Kapitals bleibt hinter dem Erfordernis demzufolge weit zurück. Ehe die kapitalistische Rentabilität an der Kleinwohnung nicht gestärkt wird, wird also das private Kapital dieser Anlageform auch freiwillig nicht näher rücken.

Aus dem Gesagten erhellt, daß eine durchgreifende Wohnungsreform ohne eine Bodenpreisreform und eine Beschaffung von Kapitalmengen, beziehungsweise eine Regelung des Immobiliarkredites (das Kapitel der leidigen zweiten Hypothek!) grundlegend nicht durchgeführt werden kann. Der Entwurf zu dem preußischen Wohnungsgesetz enthält aber nur Bestimmungen über Baugelände, Baupolizei, Gebäudebenutzung und Wohnungsaufsicht. Übersehen kann frei-

lich hier nicht werden, daß in der Regelung des Bebauungsplanes, sowie in einer Fluchtliniengesetzgebung ein wesentliches Moment zu einer Bekämpfung der Bodenspekulation liegt. Was aber wird diese schwache Handhabe gegen den Ansturm des Kapitalwillens bewirken? Macht man die Handhaben wehrhaft, dann ist der Erfolg unter Umständen eine allgemeine Abschreckung des Kapitals mit dem Erfolge, daß garnicht gebaut wird. Auf das kommunale Radikalmittel der Niederlegung alter Massenquartiere zwecks Aufbau neuer, gesunder Wohnungen ist nicht selten so geantwortet worden. Die Gesetzesbegründung sprach wiederholt von den zu beseitigenden „ernsten Mißständen," stellte dem aber um so eifriger entgegen, daß indessen „große Mittel" zur Abwehr hier nicht am Platze wären. Wie will man es ermöglichen, Großes mit Geringem erfolgreich zu bekämpfen?! Gewiß, das Gesetz ist noch nicht zum Abschlusse gelangt und der jetzt bestehende Übelstand, welcher bedauerlich schnell zu einer Notlage ausarten kann, wird auf seine Gestaltung aller Wahrscheinlichkeit nach einwirken. Jedoch selbst wenn uns das Wohnungsgesetz fühlbare Besserungen bringen sollte, so haben wir doch erst eine Besserung für Preußen und keine Reichswohnungsreform. In Hessen bleibt das Gesetz von 1883, in Elsaß-Lothringen ein solches von 1850, in Baden jenes von 1907, in Württemberg das von 1901 und 1907, während sich in Hamburg die Wohnungsfragen nach dem Gesetz von 1898 und 1907 richten; und keinem dieser Gesetze ist es gelungen, eine nennenswerte Besserung herbeizuführen. Mit der Wohnungsaufsicht, — so dankenswert diese Einrichtung an sich ist, — den Wohnungskommissionen, den Wohnungsausschüssen und der polizeilichen Regelung sind zwar Härten zu beseitigen, das fressende Grundübel aber bleibt unberührt bestehen! Bodenspekulation und Bodenwucher treiben weiter ihr üppiges Dasein, die sprichwörtige Not der zweiten Hypotheck wird nicht behoben. Ohne ein wirksames Eingreifen zugunsten der zweiten Hypothek, eine Wandlung der gesamten Realkreditfrage für das Bauwesen, werden wir dem herrschenden Mangel an Kleinwohnungen nicht abhelfen. Nach einer Schätzung des Justizrates Dr. F. Meyer in Frankfurt a. M. beträgt der Hypothekenkredit für zweite Hypotheken für den deutschen Wohnungsmarkt jährlich achthundert Millionen Mark, und wahrscheinlich noch mehr! (Er berechnet die Zahlen nach der amtlichen Statistik des Jahres 1808.) Mit diesen Werten muß gerechnet werden.

Die unendlich schwierige Frage der zweiten Hypothek ist vor dem Kriegsbeginne so vielfach Gegenstand der allgemeinen Erörterung gewesen, daß es sich erübrigt, noch einmal näher darauf einzugehen. Es mag nur darauf hingewiesen werden, daß anläßlig des Hessischen Städtetags, im Juli 1914, erneut betont wurde, daß die Beschaffung der zweiten Hypothek sehr erleichert würde, wenn bei einer Amortisationshypothek zur ersten Stelle der Eigentümer nur im Einverständnis mit den Nachgläubigern über die Amortisationsquoten verfügen dürfte bezw. wenn der angesammelte Betrag zur Verbesserung der zweiten Hypothek verwendet werden würde. (Vergleiche

Kommunale Praxis, Nr. 3 S. 54). Außerdem sei an die Wünsche erinnert, die Staatssekretär Dernburg als Vorsitzender des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen wiederholt aussprach, die im wesentlichen in einem Verlangen der sofortigen Inangriffnahme der Realkreditfrage und einer gesetzlichen Ergänzung der Bestimmungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der Landesversicherungsanstalten gipfeln, in dem Sinne, daß jene Institute bei einem Wohnungsbedürfnis verpflichtet seien, die Garantie für zweite Hypotheken für Kleinwohnungsbauten innerhalb der den wirklichen Bau- und Verkaufswert darstellenden Grenze von 85 v. H. zu übernehmen, sofern die Prüfung der Objekte Gewähr leistet.

Die vor dem Kriege schon so mißliche Lage wird sich nach dem Kriege noch erheblich verschlechtern; die Industrie, die mit neuen Kräften arbeiten wird — selbst dann, wenn es sich nur um die Nachfüllung der notwendigen Bedarfdeckung handeln sollte, — wird das mobile Kapital in erster Linie an sich ziehen, der Hypothekenmarkt aber wird nur unter sehr schwierigen Bedingungen für den Geldsuchenden befriedigt werden können. Klarer konnte die schon jetzt herrschende und sich noch steigernde Not des Immobiliarkredites, soweit es sich um die zweite Hypothek handelt, nicht gekennzeichnet werden, als durch die kriegsmäßige Ausgestaltung des Hypothekenrechtes. Da die allgemeine Kriegskrediteinrichtungen die Beleihung von Hypotheken nicht in ihren Geschäftskreis aufgenommen haben, erwies es sich als erforderlich, besondere Veranstaltungen zu treffen, um den durch den Krieg schwer belasteten Hypothekengläubigern Kreditquellen zu eröffnen. Hierbei trat nun der für den deutschen Hypothekenmarkt charakteristische Unterschied zwischen erster und zweiter Hypothek kraß zu Tage. Die Hilfstätigkeit sonderte sich in zwei Richtungen. Für erste Hypotheken wurde, wenn auch nur im bescheidenen Maßstabe, gesorgt. In Preußen hat der Minister des Innern durch Runderlaß vom 16. August 1914 den öffentlichen Sparkassen die Beleihung solcher Hypotheken gestattet, die hinsichtlich ihrer Sicherheit den Vorschriften der Sparkassenhypotheken entsprechen. Weiter hat der Justizminister angeordnet, daß einer Hypothekenbank von grundbuchlichen Eintragungen bezüglich erhobener Darlehen Anzeige zu machen sei. Die zweite Hypothek schied hiermit also aus. Bis Ende Dezember 1914 hatte allein die Stadt Berlin (die aufgestellten Hypotheken werden für die Stadtgemeinde Berlin halbamtlich auf etwa $1^1/_4$ bis $1^1/_2$ Milliarden geschätzt), durch die Begründung der „Kriegsbeleihungskasse für nachgestellte Hypotheken" eine Regelung versucht, im übrigen verweist man allsonst auf die Mieteinigungs- beziehungsweise Hypothekeneinigungsämter.

Auf das Kleinwohnungswesen wirken derartige Zustände doppelt zurück, denn hier ist man außerstande, zu der bestehenden Last noch eine neue hinzuzufügen. Von allen Rechnungs-, gemeinnützigen- und Fachvereinen, sowie von Seiten aller Interessenvertretungen des Baumarktes, ertönt heute demzufolge der Ruf nach einem baldigen Eingriff der öffentlichen Behörden.

Die Vorschläge zur Hebung der augenblicklichen und noch bevorstehenden Kleinwohnungsnot, sind mannigfach. Im allgemeinen kann man wohl die nachfolgenden angeregten Maßnahmen als zweckentsprechend ansehen: Um dem Grundübel, dem überlasteten Bodenpreise abzuhelfen und die Preissätze der Parasiten auf dem Immobilienmarkte auszuschließen, ist von seiten des Reiches, des Staates und der Kommunen eine sofortige verkehrliche und bauliche Erschließung öffentlicher Gelände zu billigen Baulandpreisen, Baubewilligung für dem Verkehr noch nicht übergebene Gelände, eine Unterstützung der Bauverbände oder einzelner Bauherrn im Wege von Darlehen und Erleichterung der Hypothekenbeschaffung, sowie Baugeldbeschaffung durch die Gründung entsprechender Gesellschaften auf privatwirtschaftlicher Basis durch das Reich, den Staat oder die Gemeinden anzubahnen. Dazu käme ein unterstützendes Entgegenkommen der Kommunen allen gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften und Vereinen gegenüber. Ohne eine Unterstützung der gemeinnützigen privaten und namentlich der genossenschaftlichen Bautätigkeit auf jedem möglichen Wege wird die Bautätigkeit auch nach dem Kriege den so dringend notwendigen Aufgaben nicht zuzuführen sein. Die Leistungen der gemeinnützigen Bautätigkeit treten in Frankfurt a. M. am klarsten zutage. 1870 waren in Frankfurt a. M. 161 Wohnhäuser durch gemeinnützige Bautätigkeit hergestellt, 1915 waren es 6809 Wohnhäuser. Wenn auch die Bodenmonopolstellung durch diese Maßnahmen nicht überwunden werden können, so wird doch eine momentane Bautätigkeit erreicht werden, auf die es im Augenblick des Friedens ankommt. Durch eine staatliche und städtische günstige Verkehrs- und Tarifpolitik könnte erreicht werden, daß ein erweitertes „Außenwohnen" der Arbeiterfamilien zur Entlastung der Großstädte ermöglicht wird. Nur ungenügende Verbindungen und teure Verkehrsmöglichkeiten halten manch eine Unterbeamten- und Angestelltenfamile davon ab, in Vorstädten zu wohnen. Für Städte wie Hamburg, Leipzig, Dresden, Halle, wäre hier eine starke Entlastung für Kleinwohnungen zu erreichen. Die Hergabe billigen Baulandes ermöglicht eine Rentabilität auch für Kleinwohnungen. Vorgeschossene Baugelder auf kommunalem oder staatlichem Wege mit dem Zwange des Kleinwohnungsbaues unterbinden den spekulativen Willen zum Großbau, die pekuniäre Begünstigung der Wohnungsgesellschaften mit ihren ausgeprägten Kleinbautendenzen bringt der Bodenspekulation eine heilsame Konkurrenz. Auch auf den Erbbau sollte man mehr Rücksicht nehmen, diese Bestrebungen vor allen Dingen weit mehr in die öffentlichen Kreise hineintragen.

Unseren Frauen aber mag nunmehr zugerufen werden, nicht bis zum Friedensabschlusse mit dem Mieten einer Wohnung zu warten, sofern es sich um den Bezug einer Klein- und Mittelwohnung handelt. Unsere kriegsgetrauten jungen Frauen wollen naturgemäß die erste Heimstätte nur unter Beratung ihres Mannes und unter seiner Assistenz wählen. So begreiflich und unter Umständen zweckentsprechend eine solche Handlungsweise auch ist,

bedeutet sie heute eine Unklugheit. Der Friede wird nicht von heute auf morgen da sein, wir werden ihn in seinen einzelnen Etappen herannahen sehen. Es ist im eigenen Interesse geboten, mit der Wohnungssuche nicht erst zu warten, bis die definitive Ablösung der einzelnen Truppenteile erfolgt. Man handelt so auch im Allgemeininteresse, da der Ansturm vermindert wird, und die Kommunalbehörden auf Grund der Wohnungsinspektion und Wohnungsaufsicht einen gewissen Überblick über die Wohnungsbesetzung erlangen und Vorkehrungen treffen können. Derartige Vorkehrungen können zum Beispiel darin bestehen, daß der Hausbesitzer mit Hilfe kommunaler Vorschüsse eine Teilung der Etagenwohnungen zu Doppelwohnungen vornehmen kann. Manch ein Hauseigentümer, der damit rechnen muß, seine leerstehende große Wohnung auch weiterhin nicht zu besetzen, wäre geneigt, seine Wohnung zu teilen, es fehlen ihm aber die Geldmittel zu einer neuen Küchenanlage, einem Umbau des Korridors und dergleichen notwendigen Maßnahmen. Durch eine derartige Zerlegung von Wohnungen würde vieles für den Augenblick zu erreichen sein. Und gerade darauf kommt es doch an, für die jetzigen und kommenden Tage eine Nothilfe zu finden. Gerade aus diesem Grunde wäre es unrecht, nur mit großen Mitteln arbeiten zu wollen. Die Kleinhilfen sind in kurzen Zeitspannen zu erreichen, während die durchgreifenden Mittel sich nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen. Es handelt sich hier um eminent schwerwiegende Probleme, um Notlagen und Übelstände, die sich so tief, so weit verästelt, in unser wirtschaftliches Leben hineingefressen haben, und so viele seiner Grundlebensfragen berühren, daß es eines Zusammenwirkens weittragender Maßnahmen bedarf, um eine gewisse Änderung herbeizuführen.

Bisher hat man sich allenthalben nur mit einer Feststellung der vorhandenen Übelstände befaßt, ohne einzugreifen. Hoffentlich haben die gegenwärtigen Zustände nun so gründlich bewiesen, auf einer wie volkswirtschaftlich gefahrvollen Bahn unser Wohnungsbauwesen sich befindet, daß mit der Politik des abwartenden Zusehens gebrochen wird. Hoffen wir, daß es nun endlich nicht nur bei den Worten der Begründung des Preußischen Wohnungsgesetzentwurfes: „Bei der Bedeutung, die diese Frage im allgemeinen Staatsinteresse besitzt, wird auf die rechtliche Möglichkeit für die Staatsbehörden, Maßnahmen nötigenfalls auch gegen den Widerstand der Gemeindevertretungen zu erzwingen, . . . nicht wohl ferner verzichtet werden können," bleibt, sondern daß den Worten die Tat folgen möge. Sonst werden wir uns auf den Wiederaufbau der Berliner Barackenstadt von 1871 vorbereiten können.

Der Kampf der Deutschen gegen die Fremdwörter

Von Professor Dr. Kießmann

Noch tobt allenthalben der Weltkrieg, und schon machen sich auf den verschiedensten Gebieten seine Wirkungen geltend und scheinen anzudeuten, daß mit diesem gewaltigen Ringen eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit anheben wird. Uns Deutschen hat dieser Krieg recht eigentlich die Augen geöffnet, er hat uns erkennen lassen, was wir in Wahrheit wert sind im Vergleich zu den Fremden, den Falschen. Anzukämpfen gegen alles Fremdländische, Falsche, Unwahre wurde des Deutschen harte Pflicht, und zu dem Kampf da draußen nahm er auf sich den Kampf im Innern und kämpft für die Reinheit seiner Sprache: Tod den Fremdwörtern! wurde sein Losungswort.

Mit ernstem Eifer und planmäßig — wie stets — geht hierbei der Deutsche an das Werk, doch nicht, ohne gelegentlich einem kritiklosen Ungestüm zu verfallen, das die an sich überaus erfreuliche Bewegung leicht lächerlich machen und in ihrem dauernden Erfolge empfindlich schädigen kann. Gegen solchen Übereifer rechtzeitig zu mahnen, erscheint wohl angebracht.

Der Kampf gegen die Fremdwörter hat nicht erst mit diesem Kriege eingesetzt. Bereits im siebenzehnten Jahrhundert ist man bedacht gewesen, die deutsche Sprache von fremdem Beiwerk zu reinigen, und neben lächerlichen Verdeutschungen, die nie Gemeingut geworden sind, hat man eine Reihe glücklicher Neubildungen geprägt, die — wie zum Beispiel Staatsmann, Sternwarte, Stelldichein, Heerschau — allseitige Anerkennung gefunden haben. Seit 1885 hat die Tätigkeit des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins eingesetzt und manches gute deutsche Wort hat dank ihm das fremde Sprachgut verdrängt. Auch staatliche Einrichtungen — Post und Eisenbahn, zögernder die Militärverwaltung — haben die Bewegung unterstützt, und Ausdrücke wie „Speisenfolge, Zinsschein, Einschreiben, Abteil und Gelände“ sind uns allen jetzt geläufig.

Wieviel bereits erreicht worden ist, leuchtet sofort ein, wenn man aus irgend einer Zeitung, aus irgend einer wissenschaftlichen oder volkstümlichen Schrift, die vor hundert Jahren erschienen ist, eine beliebige Seite abdruckt und damit die heute dafür übliche Fassung vergleicht.

Die neueste, im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges einsetzende Bewegung will in entschiedenster Weise jedem Fremdwort zu Leibe gehen. Schon finden

sich Behörden, die mit Verboten gegen die vorgehen, die öffentlich, also an Ladenschildern, in Geschäftsauslagen der Schaufenster usw., Fremdwörter aufweisen.

Was ist eigentlich ein Fremdwort? Die Antwort ist gar nicht so leicht. Für manche ist es Gefühlssache, abhängig zumeist von ihrem Bildungsgrade, ob sie in einem Worte, das sie brauchen, ein Fremdwort sehen oder nicht. Wörter wie „Essig, Butter, Wein, Dom, Silbe, rund" sind auch einmal Fremdwörter gewesen, werden aber, da sie eine völlig deutsche Form angenommen haben, von Niemandem mehr als Fremdlinge empfunden. Das Fremdwort im eigentlichen Sinne muß in Schreibung, Aussprache, Betonung etwas Fremdes an sich haben: vis-à-vis, démarche, interview, roastbeef. Sollen demnach Fremdwörter Heimatrecht bei uns erlangen, so müßten sie die fremde Tracht und den fremden Schmuck ablegen und sich in jeder Hinsicht wie die einheimischen Wortbildungen bewegen. Welchen Fremdlingen die dauernde Aufnahme im eigenen Hause nicht zu versagen ist, wird nachher erörtert werden. Zunächst muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die meisten Fremdwörter durchaus entbehrlich sind. Es ist schlechterdings nicht ein einziger vernünftiger Grund anzugeben, weshalb wir nicht für „vis-à-vis" „gegenüber" und für „démarche" „Schritt" sagen sollen. Der wirklich Gebildete wird Fremdwörter, soweit dies angängig ist, meiden, der Ungebildete und Halbgebildete tut sich etwas darauf zugute, möglichst viel Fremdwörter zu brauchen. Manche Standessprache ist freilich noch überreichlich mit fremden Bestandteilen durchsetzt. Das Kaufmanns- und Juristendeutsch sowie die Sprache der Ärzte sind mit Fug und Recht verspottet worden; hier muß noch vieles anders werden. Ist es denn wirklich in allen Fällen nötig, daß der Arzt sich in ein sprachliches Halbdunkel hüllt und von „progressiver Paralyse" spricht, wo er doch die „fortschreitende Lähmung" auch nicht heilen kann? Müssen denn die Lazarette immer noch „evacuiert" und die Kranken „transferiert"*) werden?

Viele Fremdwörter kommen in Mode für eine kurze Zeit und schwinden — Gott sei Dank — von selbst: Logis, peu-à-peu, hangar (Fliegerhalle, Flugzeugschuppen) gehören unter anderen dazu.

Wie sind denn eigentlich wissenschaftlich, das heißt geschichtlich betrachtet, die Fremdwörter in unser altes, bodenständiges Sprachgut eingedrungen?

Nur wenige Wörter haben wir in alter Zeit der Sprache der Kelten entlehnt, auch die Anleihen, die wir damals bei der griechischen Sprache gemacht haben, sind nicht so sehr zahlreich, doch ist aus dem Lateinischen eine gewaltige Fülle von Lehnwörtern eingedrungen. Diese, die auch zunächst Fremdwörter waren, zeigen so recht, wie sehr unsere gesamte Kulturentwicklung von Rom

*) Wenn einem braven Kriegsmann dies mitgeteilt wird, mag er nicht selten denken daß man etwas besonders Schlimmes mit ihm plane, bis eine freundliche deutsche Erklärung ihn beruhigt.

abhängig gewesen ist. Kultur und Sprachentwicklung stehen in innerem Zusammenhang: das Neugefundene, Neuentdeckte, im Fortschritt der Kultur neu in die Erscheinung tretende muß seinen sprachlichen Ausdruck finden. Die überlegene Kultur eines Volkes wird andere Völker kulturell und damit auch sprachlich beeinflussen. So sind dann im Mittelalter in der Zeit der Staufen aus dem Französischen, während der Renaissance aus dem Lateinischen eine übergroße Anzahl fremdländischer Wörter in die deutsche Sprache eingedrungen, und die zeitweise führende Stellung Frankreichs in der Literatur, in der Politik, ja in der Kultur im allgemeinen hat dann noch einmal während und nach der Regierung Ludwigs des Vierzehnten und im Verlauf der französischen Revolution und Aufklärung kulturell und damit auch sprachlich stark auf uns eingewirkt.

Gering ist im Vergleich mit dem Lateinischen und Französischen der Einfluß der anderen Kultursprachen: des Italienischen für die Sprache der Musik und des Handelslebens, des Englischen vornehmlich für die Sprache des Sports. Der russischen Sprache, anderen slawischen oder überseeischen Sprachen haben wir nur sehr wenige Ausdrücke entnommen. So ist der Kampf gegen die Fremdwörter im wesentlichen ein Kampf gegen französische oder aus dem Lateinischen oft durch Vermittlung des Französischen zu uns kommende romanische Ausdrücke.

Hierbei darf nun nicht unberücksichtigt bleiben, daß ein unparteiisches Zurückblicken auf die geschichtliche Entwicklung unseres Wortschatzes zeigt, daß zwar durch Aufnehmen fremden Sprachgutes manches alte, echte Wort leider verloren gegangen ist, daß jedoch im allgemeinen durch das neuaufgenommene Fremdwort, das allmählich Bürgerrecht erlangt hat, eine wertvolle Bereicherung des Sprachschatzes erfolgt ist. Somit müssen wir auch den Wörtern gegenüber, die uns noch als durchaus fremdartig anmuten, prüfen, ob wir ihnen nicht Aufnahme gewähren sollen, weil, wenn wir sie verdrängen, wir einen Sprachverlust erleiden, den wir mit eigenen sprachlichen Mitteln nicht ersetzen können. Alle Sprachen bereichern sich an fremdem Sprachgut. Nur muß eben der Fremdling nicht nur als Fremder Aufnahme finden, sondern er muß mit der Zeit Bürger und heimisch werden, das heißt das Fremdwort muß in seinem Schrift- und Lautbild, sowie in allen seinen sprachlichen Abwandlungen wie ein deutsches Wort derselben Klasse behandelt werden. Alle Kultursprachen haben zum Beispiel das Wort „Hotel" neben Sonderbezeichnungen, die in ihrer Bedeutung etwa unserem „Gasthof" entsprechen. Weshalb sollen wir das Wort „Hotel" ausmerzen? Hier, wie so oft, füllt das Fremdwort eine bestehende Lücke, es gibt eine gewisse Abtönung, eine Bedeutungsschattierung, für die zunächst kein Wortbild vorhanden ist, und ohne weiteres nicht geschaffen werden kann (oder etwa „Fremdenhof"??). Nur muß, wie bereits bemerkt, das Fremdwort zum deutschen Wort gewandelt werden: wir müssen Hotel schreiben, ohne Akzent, und es sprechen wie ein deutsches Wort, also mit lautem „h"

im Anlaut. Das undeutsche „Adieu", das ja bekanntermaßen im französischen in ganz anderem Sinne verwendet wird als ehedem bei uns, können wir fraglos entbehren, doch möchte ich es in der deutschgewordenen Form „Ade" nun und nimmermehr missen, hat es doch in dieser Form Eingang gefunden im Volksliede, also der Literaturgattung, die (wie das Märchen und das Sprichwort) sich von wirklich fremden Bestandteilen durchaus reingehalten hat.

Weiter muß man sich bei Verdeutschungen hüten vor Neubildungen, die wegen ihrer Beziehungen zu ähnlichen deutschen Wortbildungen irreführen können. „Telephon" = „Fernsprecher", meinetwegen; ist aber ein „Telephongespräch" stets ein „Ferngespräch" in dem jetzt damit verbundenem Sinne? Manchmal gelingt die Verdeutschung nur für die eine Wortklasse, versagt aber bei der anderen: „Kollege" = „Amtsgenosse", gut; aber wie steht es mit „Kollegium", „kollegial" usw.? Mit dem guten Willen, die eigene Sprache gänzlich rein zu halten, ist es nicht getan, sehr viel Takt (auch ein unübersetzbares „Fremdwort"!) und Sprachgefühl ist nötig.*)

Wir wollen wahrhaft entbehrliche Fremdwörter nicht aus Eitelkeit gebrauchen, um so mit billiger „Gelehrsamkeit" zu prunken, auch nicht aus Bequemlichkeit und Gedankenträgkeit von vieldeutigen Fremdwörtern unsere Rede durchsetzen lassen, besonders wollen wir nicht, indem wir sprachliche Selbstzucht vermissen lassen, einer Modenarrheit folgen und das eine oder andere Modefremdwort gebrauchen, aber wir wollen uns doch auch klar machen, daß moderne Entdeckungen und Erfindungen, neuzeitliche Erweiterungen des gesamten Geistesinhalts der Kulturmenschheit eine Erweiterung des bestehenden Wortschatzes gebieterisch erheischen, zu der die eigene oder überhaupt eine Sprache allein nicht als sprachbildend und ausdruckzeugend ausreicht. In diesen Fällen sind Entlehnungen aus fremdem sprachlichen Eigentum zu eigener wertvoller Bereicherung notwendig.

Halten wir uns im Kampf gegen die Fremdwörter vor allen Dingen frei von jeder Pedanterie, die uns lächerlich macht, und den Erfolg einer an sich durchaus löblichen Bewegung in Frage stellt. Was schrieb doch Schiller den „Puristen" in das Stammbuch?

„Sinnreich bist du, die Sprache von fremden Wörtern zu säubern,
Nun so sage doch, Freund, wie man Pedant uns verdeutscht!"

*) Ein Wörterbuch für das tägliche Leben, das der Verdeutschung von Fremdwörtern gewidmet ist, hat Dr. Friedrich Düsel kürzlich bei George Westermann in Braunschweig erscheinen lassen (geb. 1,50 M.). Wir möchten die Aufmerksamkeit unserer Leser auf das treffliche Büchlein lenken.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Politik

Der Feind der Menschheit. In unzähligen Broschüren- und Zeitschriftenaufsätzen werden die wohltätigen ethischen Wirkungen des Weltkrieges gepriesen. Sie sind ja nicht zu bezweifeln, aber hier und da wird die Frage aufgeworfen, ob nicht diese Kriegsethik ein wenig einseitig sei und manche wichtige Tugend in Gefahr schwebe, zu verkümmern. Bedenken dieser Art mögen das gewesen sein, was die deutsche Großloge bestimmt hat, durch ihre Mannheimerstiftung eine Preisaufgabe auszuschreiben und die vier besten der eingegangenen Arbeiten unter dem Titel „Menschenliebe, Gerechtigkeit und Duldsamkeit als Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft" (bei Friedrich Andreas Perthes in Gotha) zu veröffentlichen. Neues ließ sich ja über dieses Thema nicht sagen, doch deckt namentlich der dritte Bearbeiter, Paul Eberhardt, mit scharfsinnigen Untersuchungen feine psychologische Züge des sozialethischen Lebens auf, die nicht als Binsenwahrheiten bezeichnet werden können.

Aber dürfen wir uns den Luxus erlauben, Humanitätstheorien feiner auszufeilen in diesen furchtbaren Tagen, da die Humanität selbst mit dem Untergange bedroht ist? Man täusche sich nicht! Wenn die Westmächte in ihrem Wahnsinn verharren und Rußland weiter mit Geld und Waffen unterstützen, dann ermöglicht dem Zaren sein unerschöpfliches und rasch wachsendes Menschenmaterial, die Dampfwalze schon aus Rachsucht aufs neue in Bewegung zu setzen, die dann, da unsere ruhmreichen Siege den Kern unserer männlichen Bevölkerung gekostet haben, einen gleich unüberwindlichen Schutzwall nicht vorfindet wie beim ersten Anlauf. Die Erdrückung der Zentralmächte aber bedeutet die Herrschaft Rußlands über Europa — was wollte das schwächliche Frankreich, das unkriegerische Italien ausrichten gegen den Koloß? — und die Herrschaft des Zartums bedeutet die Vernichtung der Kultur und die unumschränkte Herrschaft der Barbarei, der Unmenschlichkeit.

Das Zartum — nicht das russische Volk — ist die grundsätzliche Unmenschlichkeit. Auch im Westen geschieht Häßliches, im Ganzen aus künstlich erzeugter Verblendung, im einzelnen, weil doch eben auch unsere westlichen und südlichen Nachbarn Menschen sind, jeder Mensch aber unter Umständen durch Selbstsucht oder leidenschaftliche Erregung zu einer bösen Tat hingerissen werden kann. Grundsätzlich jedoch sind alle Europäer human; wollen es sein, bestreben sich, es zu sein. Das Zartum dagegen ist die grundsätzliche Inhumanität, die Unmenschlichkeit in Person. Auf Blut und Tränen ist sein Thron, auf grausame Ausbeutung des Volkes seine politische Macht gebaut. Seine Werkzeuge sind die abscheuliche Ochrana, die Geheimpolizei, die Attentate anstiftet, um die Verführten abschlachten und neue Unterdrückungsmaßregeln begründen zu können, eine bestechliche, unfähige, kaltherzige und brutale Beamtenschaft, die das Volk wirtschaftlich ruiniert und jede aufkeimende Spur geistigen Lebens, jede Freiheitsregung erstickt, und Kosakenhorden, welche mit der Knute die aus solchem Geiste geborenen Befehle der Verwaltungsbehörden vollstrecken.

Zur Abwehr der von diesem Feinde der Menschheit drohenden Gefahr tun Schriften not wie „Der Weltkrieg und das Schicksal des jüdischen Volkes" von Binjamin Segel (bei Georg Stilke in Berlin). Der Verfasser erzählt uns ja nichts neues. (Um „das Schicksal des jüdischen Volkes", wie er sich es denkt, in parenthesi kurz abzufertigen: die Hauptmasse der Juden wohnt in Rußland; dort wird ein Drittel totgeschlagen, ein Drittel

verhungert, ein Drittel wird verjagt; den Fliehenden sind alle Zufluchtsorte versperrt; Galizien ist russisch — der Verfasser hat vor der Befreiung Galiziens geschrieben —, die französische Presse, die sich früher der russischen Juden annahm, darf das nicht mehr tun; in England kommt es schon zu Pogromen, der englische Jude Zangwill predigt: der Zar werde seine Versprechungen erfüllen, wenn er nur erst die Macht der deutschen Barbarei gebrochen haben werde; und der westmächtliche Wahnsinn steckt auch Amerika an). Also Segel sagt uns nichts neues. Wir kennen alles: die Pogrome, die Verschickungen nach Sibirien, wo alles bei lebendigem Leibe verfaulen muß, was das weite Reich an edlen, gebildeten, gescheiten und tüchtigen Menschen besitzt, die Bluturteile, die der Revolution von 1905 ein Ende machten, Russifizierung der Fremdvölker, die Zertretung der Kulturkeime dieser durchaus kulturfähigen und zum Teil schon hochkultivierten Völkerschaften, die Greuel, die von russischen Truppen im gegenwärtigen Kriege verübt werden, die unsagbaren Schändungen, die Verwüstungen und die Menschenverschleppungen bei den Rückzügen der Russen. Leider jedoch werden diese Dinge in den Zeitungen nur als Nachrichten untermischt mit anderen Nachrichten gebracht, statt als der Kern des Weltdramas in packenden Leitartikeln vorangestellt zu werden, und zur Aufklärung der westlichen Nationen und der Neutralen geschieht gar nichts.

Segel faßt alle die Greuel und die Verlogenheit der zarischen Versprechungen zu einem Bilde zusammen, das den Beschauer überwältigt. Im Mittelpunkte steht Nadworna, wo 7500 jüdische Greise, Frauen und Kinder mit Maschinengewehren, Lanzenstichen, Kolbenstößen, Knutenhieben vor der russischen Front einhergetrieben worden sind als Schutzwall gegen die österreichischen Feuerschlünde. Segel beleuchtet den deutschen Militarismus, der das Eigentümliche habe, daß „nur die unter seinem Joche seufzen, die nie in Deutschland gelebt haben", weil er nichts ist als eine Disziplin, schöne Ordnung und wunderbare Organisationskraft, die wahre Freiheit schafft. Er deckt die Nichtigkeit der westmächtlichen Kriegsmotivierungen auf und beschreibt das Barbarenjoch, von welchem der Zar zunächst Galizien erlöst hat. „Die Galizier waren belastet mit einem vortrefflichen Schulwesen: mit Volksschulen, Bürgerschulen, Lyzeen, Gymnasien, Realschulen, Handelsschulen, Gewerbeschulen, einer landwirtschaftlichen Akademie, einem Polytechnikum, einer Universität. Ferner drückte sie eine ausgedehnte Gemeindeautonomie; sie brachen zusammen unter der Last ihres allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum Zentralparlament in Wien und eines ähnlichen Wahlrechts für den Landtag in Lemberg. Von allen diesen Lasten hat sie der Zar befreit. Zunächst von der Schulpflicht: alle Schulen wurden geschlossen. Geschlossen wurden die Theater, geschlossen alle Vereine und Genossenschaften, auch die für philanthropische und Kulturzwecke." Die Schulen, wird weiter ausgeführt, seien zwar später wieder geöffnet worden, aber als russische Schulen. Nun sei das Russische für die Polen wie für die Ruthenen eine Fremdsprache, müsse also erst gelernt werden. Außerdem müsse Deutsch gelernt werden; das bleibe unentbehrlich als die Kultur- und Verkehrssprache des östlichen Europas: auf Slawenkongressen werde deutsch gesprochen, weil es die einzige Sprache ist, die alle Slawen verstehen. Da nun mehr als zwei fremde Sprachen den Schülern nicht zugemutet werden können, werde das Russische das Englische und das Französische verdrängen, und dafür nun führen die Engländer und die Franzosen Krieg!

England soll 80 Millionen Mark auf die Vergiftung der öffentlichen Meinung Italiens verwendet haben; 800 Millionen, auf die Entgiftung der Kulturwelt verwendet, wären nicht zu viel für die Zentralmächte, vielmehr die rentabelste Anlage. Hätte man Segels Buch sofort nach dem Erscheinen in alle Kultursprachen übersetzt (der zweite Teil hätte stark gekürzt, dafür eine Beschreibung der Aufbauarbeit angefügt werden müssen, welche die Deutschen bis jetzt in den okkupierten Gebieten geleistet haben) und in 50 Millionen Exemplaren verbreitet: dann wären den Händen der englischen, der französischen, der italienischen Soldaten die Waffen entsunken, die Amerikaner hätten ihren habgierigen Munitionslieferanten das Handwerk gelegt, und den

Herren Grey, Viviani und Salandra bliebe nichts, was sie dem Zaren für sein Befreiungswerk zur Verfügung stellen könnten, als ihre eigene Personen. Als Titelbild wäre das Knakfußische „Europa, wahre Deine heiligsten Güter" zu wählen; der Russe natürlich aus der Gruppe der Europäer zu tilgen und der unschuldige Buddha durch einen die Nagaika schwingenden Kosaken zu ersetzen.

Dr. Carl Jentsch

Geschichte

Das Werk des Generalmajors **Rudolf Friederich**, Chefs der Kriegsgeschichtlichen Abteilung II des Großen Generalstabes, über die Befreiungskriege 1813 bis 1815 (4 Bände, Verlag von E. S. Mittler u. S., Berlin, 1911 bis 1918. Jeder Band geb. M. 6.50) hat mit dem vierten Bande seinen Abschluß gefunden. Der erste Band behandelt den Frühjahrsfeldzug, der zweite den Herbstfeldzug 1813, der dritte und vierte Band die Feldzüge 1814 und 1815. Das Werk ist der Niederschlag fünfundzwanzigjährigen Spezialstudiums und wendet sich, wie der Verfasser im Vorwort sagt, an die Gebildeten des Deutschen Volkes, ohne Unterschied des Standes. Es will eine gründlichere Kenntnis der Ursachen und Wirkungen der Ereignisse, der Beweggründe des Handelns der Staatsmänner und Heerführer, der die Armeen und Völker beherrschenden Geistesströmungen vermitteln. Das stete Ineinandergreifen von Politik und Kriegführung soll geschildert, der Charakter der die Geschicke der Zeit leitenden und beeinflussenden Personen gezeichnet und die historischen Vorgänge sollen dem Stande der heutigen Forschung entsprechend kritisch beleuchtet werden. Die Erinnerungen an Deutschlands zugleich schmachvollste und glänzendste Zeiten sollen angesichts der hundertjährigen Gedenktage dem deutschen Volke erneut zum Bewußtsein gebracht werden.

Die Aufgabe, die Friederich sich gestellt, hat er glänzend gelöst. Man kann dem ausgezeichneten Werke nicht genug Leser wünschen. Einleitend spricht der Verfasser über die Weltlage im Jahre 1812, über Napoleons Machtstellung, über die schwere Bedrückung des französischen Volkes durch die Konskription und die Zoll- und Handelspolitik des Kaisers. Dann folgt eine kurze Schilderung des russischen Feldzugs. Sein Mißlingen wird in erster Linie darauf zurückgeführt, daß die französische Heeresleitung vor Aufgaben gestellt war, die mit den Mitteln jener Zeit nicht zu lösen waren. Ohne Hilfe des Telegraphen ließen sich die auseinandergezogenen Armeen nicht einheitlich leiten, ohne Unterstützung von Eisenbahnen nicht regelmäßig verpflegen. „An der Gluthitze des Sommers, an der Kälte des nordischen Winters, an der Länge der Märsche, an den Folgen kalter und nasser Biwaks und dergleichen wäre kein Mann, kein Pferd zugrunde gegangen, wenn sie nur kräftig und vor allem regelmäßig genährt worden wären" (I., S. 69). In rasender Eile war Napoleon nach Paris zurückgereist. In kürzester Frist wollte er für die untergegangene eine neue Armee schaffen. „Niemals zeigt sich sein organisatorisches Genie, seine ungeheure Arbeitskraft und die allesumfassende Kenntnis der Hilfsmittel seines Reiches in glänzenderem Lichte, als in den trüben Wintertagen des Jahres 1812 auf 1813" (I., S. 164). Das Bestreben des Verfassers, „so objektiv wie möglich" zu sein, auch dem Gegner volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, gehört zu den großen Vorzügen des Friederichschen Buches. Es ist selbstverständlich, daß er namentlich dem Großen, der im Mittelpunkt der Darstellung der vier Bände steht, gerecht zu werden bemüht ist. Man wird zugeben müssen, daß ihm das gelungen ist. Ja, man glaubt eine gewisse Voreingenommenheit für die dämonische Gestalt Napoleons zu spüren. Sorgfältig prüft er die Angriffe und Vorwürfe, die gegen des Kaisers Maßnahmen in den Jahren der Befreiungskriege gerichtet werden, und kommt meist zu einem freisprechenden Urteil. Er will nichts wissen von Abnahme der Geistes- und Willenskraft in dieser Periode, von sinkender Feldherrngröße. Auch wo Napoleon verhängnisvolle Irrtümer begangen hat, urteilt Friederich, daß der Kaiser auf Grund seines Wissens vom Stande der Dinge nicht gut anders habe handeln können. Nur in wenigen Fällen versagt er ihm die Entschuldigung, so, als er sich Ende März 1814 durch seine Marschälle bestimmen ließ, die Bewegungen im Rücken der Schwarzen-

bergischen Armee aufzugeben und zum Schutze von Paris herbeizueilen. Auch andere Männer, die die populäre Tradition zu verdammen pflegt, finden in ihm einen gerechten und sachlich urteilenden Richter. Männer, wie Bernadotte, Vandamme, Davout. Diesem, dem „Henker Hamburgs", über dessen unmenschliche Härte die verweichlichten Bewohner der kriegsungewohnten Handelsstadt bittere Klage führten, stellt er ein glänzendes Zeugnis aus. Er habe nur seine Pflicht als Kommandant einer belagerten Festung erfüllt. Die von ihm geübte Strenge sei durch die Notwendigkeit geboten gewesen, und nach Möglichkeit habe er die Leiden der Bewohnerschaft zu mildern gesucht. Ein Mann von makellosem und ehrenhaftem Charakter, habe er es nicht verdient, bis in die neueste Zeit als der grausamste und unerbittlichste französische Heerführer verschrien gewesen zu sein.

Am Ende des zweiten Bandes erörtert Friedrich die Ursachen, die das Unterliegen Napoleons im entscheidenden Herbstfeldzug 1813 herbeiführten. Napoleon begann den Feldzug an der Spitze einer Armee von 440 000 Mann. Die geringe Überlegenheit an Zahl, die die Verbündeten aufwiesen (die Zahl ihrer Streiter betrug etwa eine halbe Million) wurde reichlich aufgewogen durch die Einheitlichkeit des Oberbefehls auf französischer Seite und das überragende Feldherrngenie des Führers. Ließ die Qualität der Truppen Napoleons viel zu wünschen übrig, so bestanden doch auch die feindlichen Heere zum größeren Teil aus Milizen und Rekruten. Und wenige Wochen später flüchtet die napoleonische Armee, auf 80 000 Mann zusammengeschmolzen, total geschlagen über den Rhein! Friederich sieht den Hauptgrund der Niederlage, wie schon beim russischen Feldzug, darin, daß eben die Kulturmittel der Zeit, die weder Eisenbahnen noch Telegraphen kannten, zur Führung und Verpflegung solcher Riesenheere nicht ausreichten. Ungenügende Ernährung der Massen, ganz unzureichende Fürsorge für Verwundete und Kranke ließen die Armee zusammenschmelzen wie Schnee vor der Sonne. Die Führer der Nebenheere waren zum selbständigen Handeln nicht erzogen, sie vom Hauptquartier aus zu leiten war nicht möglich. Naturgemäß hatten die Verbündeten unter diesen Übelständen weniger zu leiden. Ihre Heere operierten von Anfang an getrennt, hatten getrennte Operationsbasen und ein weit größeres Hinterland, als die auf verhältnismäßig engen Raum zusammendrängte napoleonische Armee. Sie hatten den Vorteil, im eigenen Lande zu kämpfen. Sie wurden von den Bewohnern unterstützt, Verpflegungsmittel flossen ihnen viel reichlicher zu. Die Kranken und Verwundeten ließen sich in dem weiten Hinterlande bequemer unterbringen. Der Ersatz war leichter. Dazu kam die größere physische Widerstandsfähigkeit ihres Soldatenmaterials; der Franzosenhaß, der ihre Truppen die Strapazen des Feldzugs leichter ertragen ließ. Und schließlich waren die Führer ihrer Armeen von vornherein an größere Selbständigkeit gewöhnt. Trotz allem bedurfte es unerhörter Anstrengung, den Titanen, dessen Regiment nicht nur in Preußen und Deutschland, sondern in ganz Europa als unerträglicher Druck empfunden wurde, zu Fall zu bringen. „Daß hierbei Preußens Volk und Armee an erster Stelle standen, ist selbst von ausländischen Geschichtsschreibern offen anerkannt worden." Allein „der ganze Völkerzorn und Völkergrimm des geeinten Europas mußten zusammenwirken, um einen Mann wie Napoleon hinter den Rhein zurückzujagen; nicht einmal die 24000 Schweden wären zu entbehren gewesen" (II., S. 425).

Von hohem Reiz sind die Charakterzeichnungen der führenden Persönlichkeiten bei den Verbündeten. Wir nennen die Friedrich Wilhelms des Dritten und Zar Alexanders, die der Heerführer Blücher, Gneisenau, Bülow, Schwarzenberg, Wellington. Die Zeiten sind ja vorüber, da man im Marschall Vorwärts nur den wackeren Haudegen sah, der unverzagt das ausführte, was der „Kopf" der Armee, Gneisenau, ihm eingab. Friederich wird der Bedeutung des genialen Gneisenau durchaus gerecht, hebt aber nachdrücklich die großen Führereigenschaften Blüchers hervor. Seine Furchtlosigkeit und Verantwortungsfreudigkeit, sein unbezwinglicher Wille zum Sieg und sein unerschütterlicher Glaube an den endlichen Sieg sind für den schließlichen Erfolg entscheidend gewesen. Friederich bestätigt die populäre Auffassung, die in Blücher den

eigentlichen Überwinder des Korsen sieht. Daß er der ungelehrteste der Heerführer war, ist kein Nachteil gewesen. „Die glänzenden Erfolge Blüchers beruhten nicht zum wenigsten darauf, daß er in seiner Unbildung allen diesen Theorien (denen der vornapoleonischen Epoche) fremd war und daß er allein den Eingebungen eines gesunden Menschenverstandes und eines kühnen Herzen zu folgen gewohnt war" (II., S. 424). Sehr ungünstig ist die Beurteilung des Feldherrn Schwarzenberg. Besaß auch Schwarzenberg eine Reihe von Eigenschaften, die ihn wie keinen zweiten befähigten, an der Spitze eines Koalitionsheeres zu stehen, so war doch sein militärisches Talent recht gering. Seine Untätigkeit in den Märzwochen 1814 hat man diplomatischen Einflüssen zuschieben wollen. Friederich spricht ausdrücklich Metternich von Schuld frei und macht allein Schwarzenberg für die Tatenlosigkeit der Hauptarmee verantwortlich. Natürlich nimmt der Verfasser auch Stellung zu der Frage, wer der eigentliche Sieger von Belle-Alliance sei. „Was die Verbündeten anlangt, so hat die neuere historische Kritik allgemein die alte Streitfrage begraben, ob Wellington, ob Blücher der größere Anteil an dem Siege des 18. zuzuschreiben sei" (IV., S. 211). Auch Friederich ist der Meinung, daß beiden Feldherrn der gleiche Anteil am Siegeslorbeer zuerkannt werden müsse.

Der letzte Band klingt aus in einem „Rückblick und Ausblick", der die Wirkungen, die die Befreiungskriege für Europa, zumal für Preußen und Deutschland, gehabt haben, einer Betrachtung unterzieht. „Die 300 000 preußischen Männer, die nicht bloß für Deutschlands Freiheit und Selbständigkeit ins Feld gezogen waren, und ihr Blut bei Leipzig, Paris und Belle-Alliance vergossen hatten, waren der Vorschuß, den Preußen für die Einigung Deutschlands vorausbezahlt hatte" (IV., S. 352).

Zahlreiche gute Bildnisse, vorzügliche Karten und Schlachtenpläne erhöhen den Wert des hervorragenden Werkes, das strenge Sachlichkeit mit glänzender Darstellung vereinigt. W.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum IV. Quartal 1915 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11.

Der Miniſterwechſel in Rußland

Der jüngſte Miniſterwechſel in Rußland fand mit einer gewiſſen Plötzlichkeit ſtatt, die es dem ferner ſtehenden Beobachter ſchwierig machte, ſofort Urſachen, Zuſammenhänge und Folgen klar zu überſehen. Er iſt im feindlichen Auslande und bei uns vielfach durch das Licht der Parteibrille geſehen und je nachdem ſo oder o dargeſtellt, zum Teil entſtellt worden. Das Merkwürdige dabei war, daß die Umbildung des Kabinetts Goremykin, obwohl ſie eine entſchiedene Rechtsſchwenkung der Regierung bedeutete und die Kluft vertiefte, die zwiſchen öffentlicher Meinung des Landes und Regierung beſtanden hat, momentan doch eher eine zeitweilige Entſpannung der Lage als eine akute Verſchärfung der Spannung gebracht hat. Man empfand die Tatſache, daß wirklich eine Entſcheidung da war — wenn auch in einem anderen Sinne, als man gehofft hatte — in vielen Kreiſen Rußlands als eine Beruhigung.

Chwoſtow nutzte dieſen Umſtand geſchickt aus. Menſchlicher als Maklakow und ein weitaus praktiſcherer Politiker als Schtſcherbatow, gab er den zuſammengerufenen Zeitungsvertretern Erklärungen ab, die durch ihre Offenheit und ihre Aufmachung in Rußland Erſtaunen erregten und die Preſſe und die öffentliche Meinung verwirrten.

Für eine Zeitlang hatte er gewonnenes Spiel, das allerdings — worüber er ſich wohl auch ſelbſt ganz klar war — ein anders Ausſehen gewinnen mußte, wenn es ſpäter ans politiſche Handeln ging. Dieſe Phaſe der Ereigniſſe beobachten wir jetzt. Die vorhergehende Entwickelung, die hier an der Hand eines am 15. Oktober erſtatteten Berichts über den Abgang von Samarin und Schtſcherbatow kurz ſkizziert wird, mag daher auch jetzt noch Intereſſe beanſpruchen.

Samarins Abgang ſtand im Grunde genommen außerhalb der Ereigniſſe. Ihm lag eine Frage der kirchlichen Disziplin zu Grunde, die mit den großen inneren politiſchen Kämpfen an ſich nichts zu tun hatte. Sie wurde aber bis

zu einem gewissen Grade in diese Kämpfe verwoben, weil im letzten Stadium des Konflikts zwischen Bischof Barnabas und Samarin das Volk fühlte, daß es sich nicht um einen Kampf zwischen Personen, sondern um Prinzipien handelte, daß Barnabas, gedeckt vom Zaren, im Bunde mit Rasputin, das alte Prinzip der selbstherrlichen Gewalt verkörperte, die, wenn es nottut, auf die Gesetze pfeift, Samarin, der keinen Schritt breit von seiner Position wich, und lieber abging, als daß er Rasputin auch nur empfing, für Recht und Ordnung eintrat. Die russische Gesellschaft hat daher von Beginn des Konfliktes an für Samarin Partei ergriffen, was aus den schüchternen Äußerungen der Blätter, die sehr durch die Blume sprechen mußten, weil es sich um die Person des Zaren handelte, deutlich zu erkennen war.

Die Berufung von Chwostow anstelle von Schtscherbatow hatte weit größere Bedeutung. Schtscherbatow hatte wohl, als er trotz der Goremykinschen Maßregeln im Kabinett blieb, gehofft, er würde das Fiasko Goremykins erleben und bei der Bildung eines neuen Ministeriums mitwirken. Je weiter die Ereignisse fortschritten, je klarer sich der Kurs von Goremykin abzeichnete, umso mehr schwand diese Hoffnung. Er hatte in der letzten Zeit, und zwar nicht nur im Freundeskreise, öfter geäußert, er hätte nur noch den einen Wunsch, daß man ihn möglichst bald entlasse. Das Zeug, den Kurs der Regierung nach seinem Willen zu beeinflussen, hat er nicht gehabt. Kompromißpolitik, d. h. praktische Politik, hat er nicht treiben wollen. So blieb nur sein Abgang übrig.

Chwostows Persönlichkeit und seine politische Gestalt lassen sich für uns vielleicht am besten charakterisieren, wenn wir ihn mit Herrn von Heydebrandt in Preußen vergleichen. Er war der Vorsitzende der Fraktion der Rechten in der Duma, ist wenig aufgetreten, hat aber gehandelt, wo es im Interesse seiner Partei zu handeln gab. Er hat im ganzen nur vier Reden in der Duma gehalten, die aber alle sehr beachtet worden sind. Die letzte hatte den Abgang von Dschunkowski, des Gehülfen des früheren Ministers des Innern, zur Folge. Chwostow ist ein Gegner von Bark und Sasonow. Kriwoschein hat offenbar im Vorgefühl, daß seine Stellung und seine politischen Aussichten durch Chwostow unmöglich gemacht werden könnten, um seinen Abschied gebeten. Versteht es Chwostow, seine Stellung zu befestigen, so ist nicht ausgeschlossen, daß andere Minister folgen. Denn das Ministerium des Innern und sein Leiter machen in Rußland das Wetter.

Die Erklärungen Chwostows vor den Vertretern der Presse sind von den englischen Zeitungen, denen nichts peinlicher ist als die Rechtsorientierung des Russischen Kabinetts, ostentativ zur Beruhigung der englischen Leser als Anzeichen eines liberaleren Kurses in Rußland gedeutet worden. Das Gegenteil davon ist natürlich der Fall. Alles was Chwostow gesagt hat, waren Worte, nichts als Worte, die nicht einmal die Regierung verpflichten. Nur in einer Richtung hin haben sie eine gewisse symptomatische Bedeutung. Man merkt in ihnen das in der ganzen letzten Zeit in der russischen offiziösen Presse her-

vortretende Bestreben, auf irgend eine gut aussehende aber zu nichts verpflichtende Weise zu einer Verständigung mit der Gesellschaft zu kommen.

Solche Taktik kann unter Umständen sehr nützlich sein. Man sieht schon jetzt den Erfolg bei vielen sonst ganz links stehenden russischen Zeitungen. Sie sind verwirrt durch die Erklärungen des neuen Ministers, dem sie natürlich nicht trauen, von dem sie aber immerhin solche Äußerungen nicht erwartet hatten. Doch ist das alles eben nur Taktik. Menschikows Einschätzung der Lage ist charakteristisch. Er betont den Umstand, daß die ganze Konfusion und Unzufriedenheit in Rußland von der „Untätigkeit der Regierung" gekommen sei. Eine starke Regierung werde den Karren schon aus dem Dreck fahren, wenn sie auch einmal daneben haue. Das schade nichts. Überall müsse man sie merken. Chwostow ist der richtige Mann dazu, das Ideal der Nowoje Wremja zu verwirklichen. „Er ist ein sehr kluger, beobachtender, nachdenklicher Mann mit einem großen Vorrat an Verständnis für die russische Seele. Eine besonders reiche Erfahrung hat er bezüglich der jüngsten revolutionären Strömungen in der Arbeiterschaft und bei den kleinen Leuten. . . . Er ist ein Mann, der nicht wünscht, eine Fiktion zu sein."

Der Kolokol hatte einige Tage vor dem Abgange Schtscherbatows einen offenbar schon von dem kommenden Mann inspirierten Fühler ausgestreckt. Das Grundmotiv war: auch die Regierung wünscht eine Versöhnung mit der Gesellschaft. Man könne daher über die zeitigere Einberufung der Duma reden, das Programm des Blockes allerdings sei nicht zu verwirklichen. Ein Kompromiß müsse geschlossen werden. „Um des Sieges willen" hätten sich Schingariow und Bobrinski gefunden, warum sollte sich nicht auf neutralem Boden auch die Regierung mit dem Blocke finden? Die Kadetten haben bisher und werden wohl auch weiter ein solches Kompromiß ablehnen, weil sie nicht wissen, was sein Inhalt sein soll. „Wie kann man über ein Nachgeben sprechen", sagt Rjetsch, „wenn man nicht weiß, worin es bestehen und wozu es führen soll." —

Man sieht aus diesem Präludium, wohin der Weg geht, den Chwostow verfolgt. Er rechnet dabei auf die tragische Lage, in der sich die nach Reformen dürstende Gesellschaft befindet, die doch nicht wünscht, daß der innere Konflikt die Einigkeit des russischen Volkes nach außen beeinflußt. Und er hat dabei nicht so ganz unrecht.

Schon aus den Beschlüssen des Adelskongresses in Moskau geht hervor, daß der Adel zwar für notwendig hielt, dem Zaren in einem Telegramme zu sagen, daß zum Heile Rußlands ein gegenseitiges Verständnis zwischen Regierung und Gesellschaft durch ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der letzteren angebahnt werden müsse, daß er es aber bei diesen platonischen Wünschen hat bewenden lassen. Chwostow weiß, daß die Opposition in Rußland den Willen zur Tat nicht finden kann und will, außerdem ist die Gefahr der allmählichen Abstumpfung und Gleichgültigkeit nicht zu verkennen, die schon

jetzt hin und wieder in den linksstehenden Zeitungen bedauernd konstatiert wird. Die Leute werden — so sagt sich die Regierung — Resolutionen fassen, und alles wird im übrigen so bleiben, wie es ist.

Die Arbeiter haben zum großen Teile Abgeordnete für die kriegswirtschaftlichen Komitees gewählt, nur in einigen wenigen Fabriken haben sie die Notwendigkeit der Einberufung eines Arbeiterkonkresses betont und sich der Abstimmung enthalten. Mit ihnen hofft man fertig zu werden, nachdem man sie ihrer Führer beraubt hat. Die revolutionären Studenten arbeiten in den Munitionsfabriken, nicht bloß weil sie hungern, sondern weil sie dem Lande den Sieg wünschen. Die Stimmung der Gesellschaft ist also vielleicht so, daß man sie beruhigen kann, wenn nur die Opiumdose geschickt und richtig beigebracht wird. Der Arzt, der dies tun soll und will, ist eben Chwostow. Er ist der Operateur, der zum Narkotikum greift, ehe er die schmerzhafte Operation beginnt.

Für Deutschland ist die Ernennung Chwostows insofern von Bedeutung, als er unser erbitterter Gegner ist. Er war Vorsitzender jener Kommission, deren Thema die „Deutsche Vergewaltigung" bildete. Nach seiner Ernennung hat Chwostow einem Berichterstatter gesagt, daß

„in der russischen Gesellschaft gänzlich unbegründete alberne Gerüchte über die Deutschfreundlichkeit gewisser Kreise umgehen. Wenn man mich gerufen hat, so heißt das deutlich, daß für diese Gerüchte kein Boden vorhanden ist".

Das war ja die Furcht der Kadetten, die nur beim Fortgang des Krieges ihre politischen Geschäfte machen können, daß die Rechten einem Sonderfrieden mit Deutschland geneigt sein könnten. Es war ihre Angst, daß jene politischen Salons, „in denen der Graf Dohna-Schlobitten ein lieber Gast war", mit ihren Denkschriften Einfluß gewinnen könnten, die gern Polen für Galizien geben würden und statt der Duma die Einberufung der alten Landschaftsstände (Semski Sabor) empfahlen. Diese Befürchtungen der Liberalen, die geschickt zum politischen Kampfe und zur Verdächtigung der Rechten ausgenutzt wurden, scheinen im Augenblick durch die Erklärungen Chwostows beseitigt.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhange ist, daß die reaktionären Zeitungen, gereizt durch die Verleumdungen der Linken über ihre vermeintlichen Friedensabsichten, Miljukow zu einer Erklärung darüber aufgefordert haben, wo sie jemals solche Absichten ausgesprochen hätten. Die Erklärung, die Herr Miljukow abgegeben hat, ist ziemlich lahm. Sie zeigt, daß die Idee einer Aussöhnung mit Deutschland in der Tat wohl nur in Salons, nicht aber in maßgebenden politischen Kreisen ernsthaft erörtert worden ist.

Das ganze Auftreten Chwostows, der solche Fragen, wie die Verständigung mit Deutschland hervorholt, der die ganze Aufmerksamkeit der russischen Gesellschaft von den großen innerpolitischen Fragen ab und auf die ökonomischen Schwierigkeiten des wirtschaftlich vollständig desorganisierten Landes hinzulenken sucht, legt Zeugnis ab für die große Geschicklichkeit dieses erfahrenen Politikers. Er hatte auch für die Arbeiter gleich den, wie er glaubte, wirkungs-

vollen Köder. Der Staat werde, so erklärte er, für die arbeitslosen Arbeiter sorgen, er werde vor allem die aus dem Kriege zurückkehrenden invaliden Arbeiter sicherstellen. Dieses Aufwärmen von Ideen, die zur Zeit eines Gapon praktisch zu verwirklichen versucht wurden, ist bestimmt, auch in diese oppositionellsten Schichten einen Keil zu treiben.

Alle Geschicklichkeit des neuen Mannes steht indessen den Tatsachen des gegenwärtigen Lebens gegenüber, die zu überwinden selbst einem anderen Manne als Chwostow schwierig sein dürften. Das russische Heer ist zu einer großen Aktion unfähig, im Innern herrschen tausenderlei Nöte, der Lebensmittelmarkt, die Versorgung mit Heizmaterial, mit Zucker, mit den sonstigen Gegenständen der notwendigsten Versorgung des täglichen Lebens ist in einem vollkommenen Chaos, Flüchtlinge überschwemmen das von einer Not in die andere geworfene platte Land. Die Finanzen liegen hoffnungslos darnieder. Alles, was Herr Bark in London erreicht hat, sind Palliative. In der äußeren Politik enttäuscht, ohne eigentliche Kriegsziele, ohne leitende große Ideen versucht man schlecht von einem Tag zum anderen zu sorgen. Das Land hat keinen geistigen Mittelpunkt, kein Vertrauen zur Regierung, Patrioten wie Peter Struve predigen zwar Einigkeit des nationalen Geistes — ohne aber einen Weg anzugeben, auf dem sie erreicht werden soll.

Es gibt eine Fabel von Krylow, die schildert, wie ein Gefährt von mehreren Tieren weiterbiewegt werden soll, die ganz verschiedene Eigenschaften und Fortbewegungsmöglchkeiten haben: vom Schwan, der in die Lüfte will, vom Krebs, der zurückbremst und vom Hecht, der vom trockenen ins feuchte Element hinabstrebt. Das Ergebnis ihrer Anstrengungen ist, daß nach allen Bemühungen das Gefährt doch auf derselben Stelle bleibt. „Wos i nynje tam", (der Wagen ist auch jetzt noch dort, wo er zu Anfang war) ruft der Dichter am Schlusse seiner Fabel.

Diese kleine Fabel ist nicht nur ein gutes Abbild des Zusammenwirkens der gegen Deutschland verbündeten Mächte, sie charakterisiert auch treffend die gegenwärtige innere Lage in Rußland, die soviel einander entgegengesetzte und widerstreitende Ideen und Maßregeln vergeblich zu retten suchen.

Wos i nynje tam, das wird auch das Ergebnis der Bemühungen des neuen Ministers sein.

Wie das Deutsche Reich die Niederlande verlor

Von Otto Cartellieri

Die geographische Lage bedingt das Schicksal der Niederlande in der Geschichte. Zwischen Frankreich und Deutschland, gegenüber von England gelegen, haben die Niederlande es dauernd mit den drei Mächten zu tun, sie sind der Zankapfel dieser Reiche. England, von jeher wirtschaftlich stark beteiligt, trat mit politischen Ansprüchen erst später auf. Deutschland und Frankreich hingegen rangen um die Niederlande, sobald das Karolingerreich zerfiel.

Das Zwischenreich, das der Vertrag von Verdun im Jahre 843 zwischen Ost- und Westfranzien schuf, dieser lange Streifen von der Nordsee bis an das Mittelmeer, von der Schelde im Westen bis östlich an den Rhein, hatte keine Lebenskraft, da es der geographischen Grenzen entbehrte. Als der Herr des nördlichen Teiles, König Lothar der Zweite, dem das Gebiet später den Namen entlieh, im Jahre 869 starb, stürzten sich sofort auf die lockende Beute König Ludwig der Deutsche und der westfränkische Bruder, Karl der Kahle: Lotharingien wurde geteilt (im Jahre 870). Doch bereits nach zehn Jahren warf der Vertrag von Ribemont den von Meersen wieder um. Ganz Lotharingien kam jetzt an Ostfranzien. Indem bereits der Vertrag von Verdun ohne Rücksicht auf Sprache und Nationalität die Schelde als Grenze genommen und von Gent ab diese nordwärts weitergezogen hatte, gehörte außer dem romanischen Artois (Atrecht) der größte Teil des vorwiegend germanischen Flanderns*) zu Westfranzien; gehörten zu Ostfranzien: das östliche Flandern**) — die Vier Ambachten (les Quatre Métiers), das Waasland, die Herrschaft Aelst (Alost) —, Seeland, Holland, Friesland, Limburg, Antwerpen; aber außer diesen germanischen Gebieten auch romanische wie der Hennegau, Namur (Namen) und Lüttich, gemischte wie Brabant und Luxemburg.

Jahrhunderte lang, bis in die Zeit der Renaissance, blieben die Bestimmungen des Vertrages von Verdun und der darauffolgenden Teilungspläne in Kraft. Wie kam es, daß Deutschland seine Nordwestmark verlor? Wie kam es, daß die Niederlande sich wie von Deutschland so von Frankreich

*) Die „Grafschaft" Flandern.

**) Reichsflandern, die „Herrschaft" Flandern.

lösen konnten und aller trennenden Bande frei und ledig sich zu einem selbständigen Staatswesen vereinigten?

Wenn wir in der Vergangenheit Einkehr halten und nach den entscheidenden Ereignissen suchen, tritt uns zunächst ein französisch-englisches Problem entgegen, der Streit um Flandern zwischen Frankreich und England. Deutschland kommt erst später hinzu, ebenso wie die flandrische Frage sich erst allmählich zur niederländischen auswächst.

In den Ausgang des vierzehnten Jahrhunderts müssen wir uns versetzen, in jene Zeit, da der hundertjährige Krieg ganz Europa erschütterte, da England versuchte, sich auf dem Festlande einzurichten. Hatte früher einmal König Philipp der Zweite von Frankreich, den bereits seine Zeitgenossen „Augustus", „Mehrer des Reiches", genannt haben, daran gedacht, Albion unter das Lilienbanner zu bringen, jetzt legte der Leopard auf die reichen französischen Gefilde seine Pranken. In den beiden furchtbaren Schlachten von Créci und Poitiers ward die veraltete Taktik der französischen Ritterheere durch die genial verwerteten englischen Bogenschützen über den Haufen geworfen. Nach dem Frieden von Brétigni-Calais im Jahre 1360 besaß König Eduard der Dritte wohl ein Viertel des heutigen Frankreichs, den ganzen Südwesten und im Norden Calais, den wichtigsten Stützpunkt, den England über zweihundert Jahre behauptet hat. Immer noch nicht zufrieden, spähte der hoch bedeutende Plantegenêt rastlos nach einer günstigen Gelegenheit aus, die Herrschaft in Frankreich weiter auszudehnen. Bald genug bot sie sich dar.

Margarethe von Flandern, damals die reichste Erbin von Europa, die auch Anwartschaft auf Artois und die Freigrafschaft Burgund (Franche-Comté), auf Rethel und Nevers mitbrachte, wurde im Jahre 1361 Witwe und hatte keine Leibeserben. Der Glückliche, der ihre Hand gewann, wurde mit einem Schlage einer der begütertsten und mächtigsten Fürsten in Europa, Vasall zugleich der französischen und der deutschen Krone, Nachbar des englischen Königs.

Sofort erschien König Eduard auf dem Plan: es galt „Englands Contrescarpe" in Besitz zu nehmen. Im Einverständnis mit den Flandrern und ihrem berühmten Volksführer, Jakob van Artevelde, hatte er ja den Angriffskrieg begonnen; auf dem Freitagsmarkt in Gent einst Titel und Wappen des Königs von Frankreich angenommen und sich als legitimen Nachfolger des Heiligen Ludwig huldigen lassen; an der flandrischen Küste, in der Bucht des Zwin, errang die englische Flotte den ersten Sieg. Jetzt versuchte er selbst in Flandern Fuß zu fassen und bewarb sich für einen jüngeren Sohn um die Hand der Erbin. Die Aussichten waren nicht ungünstig. Denn die ausschlaggebenden Städte, Gent, Brügge, Ypern betrieben die Verbindung, da sie mit ihrer Tuchfabrikation auf die englische Wolle angewiesen waren. Wie die Ungnade des englischen Königs ihren Handel auf Jahre lahmlegen, ja völlig vernichten konnte, so mußte doch die Gnadensonne des Herrschers, der ihnen allgewaltig und unermeßlich reich erschien, eine herrliche Blüte in Flandern

zeitigen. Allerdings erfreuten sich die „Geschwänzten“*) auch in Flandern keiner besonderen Beliebtheit. Aber persönliche Sympathien und Antipathien hatten zu schweigen. Den Ausschlag gab bloß eine rücksichtslose Wahrnehmung der eigenen Interessen, über die sogar die Engländer baß erstaunten. So kam der Ehevertrag schließlich zustande.

Eine englische Sekundogenitur im nordöstlichen Frankreich! Was für eine unheilschwangere Wolke zog sich über der Monarchie der Kapetinger zusammen! Auf keinen Fall durften die Engländer nach Flandern, wollte nicht Frankreich den Atem ganz verlieren! Alle Künste der Diplomatie wandte König Karl der Fünfte an und setzte es mit Hilfe des Frankreich ergebenen Papstes von Avignon durch, daß der englische Kandidat aus dem Felde geschlagen wurde und ein Lilienprinz, sein eigener jüngerer Bruder, Herzog Philipp von Burgund (Bourgogne), Gemahl der Erbtochter und damit zukünftiger Herr von Flandern und der anderen Gebiete wurde.

König Karl der Fünfte tat, was im Augenblick das Gegebene war. Er konnte nicht ahnen, in welche Drangsal die Herzöge-Grafen auch Frankreich einmal bringen würden. Im Gegensatz zu manchen seiner Vorgänger, zu Philipp dem Schönen und anderen, bemühte er sich, darin ähnlich Ludwig dem Heiligen, die flandrische Frage auf friedlichem Wege zu lösen. An dem Prinzen von Geblüt lag es, Flandern völlig zu Frankreich hinüber zu ziehen, alle englischen Neigungen zu unterdrücken.

Als im Jahre 1369 die Hochzeitsglocken zu Ehren von Philipp und Margarethe in Gent erschollen, prangte Flandern in schönster Blüte. Durch eisernen Fleiß bezwangen die Einwohner die spröde Natur des Landes. Sie entrissen dem Meere die Polder und schützten sie durch die festen Dämme, die schon Dantes Hölle verherrlicht. Sie veränderten den Lauf der Flüsse, vertieften und erweiterten ihr Bett und verwandelten die Heide in fruchtbaren Acker, in fette Wiesen und Weiden.

Aus der reichen Zahl der Städte ragten Gent, Brügge, Ypern, „de drie leden van Vlanderen“ (Les trois membres de Flandre) hervor. Sie sehen sich dank ihrer Stärke und Macht als Vertretung des ganzen Landes an. Sie verhandeln — ohne irgendwie dazu berechtigt zu sein —, im Namen aller mit dem Grafen, ja auch über seinen Kopf hinweg mit dessen Lehnsherrn und mit dem König von England. Der gesetzmäßigen Gewalt stellten sie die tatsächliche entgegen. Sie sind ständig in Kampfesstellung, bald offen, bald heimlich. Der Graf hätte auf die Dauer sich nicht behaupten können, wenn nicht kleinliche Eifersucht und die Verschiedenheit einzelner Interessen häufig die drei Lede zur Uneinigkeit geführt hätten.

*) Der im Mittelalter weit verbreitete Spottname „Caudati“ (worauf das französische couard, das englische coward zurückgeht) wird in einer Legende so erklärt, daß zur Strafe ür die Verspottung eines Heiligen in einem englischen Dorf dessen Einwohner fortab mit einem Schwänzchen zur Welt kamen.

Gent war damals politisch die maßgebende Stadt in Flandern, Brügge der Markt und der Umschlageplatz für die gesamte Handelswelt. In den zahlreichen bequemen Liegeplätzen des Zwin, der noch nicht versandet war, gingen die Karacken der Genuesen und die Galeeren der Venetianer und Florentiner, die Koggen aus Hamburg, Lübeck und Danzig, die Büsen der Heringsfänger vor Anker. In kluger Beschränkung verzichteten die Bürger früh auf eigene Schiffahrt und nahmen auch an dem Großhandel nur geringen Anteil, um sich als Zwischenhändler, namentlich als Makler, dann auch als Wechsler und Wirte, als Schauer und Träger ihren Gästen zu widmen. Die Fremden, die aus allen Himmelsgegenden stammten, besaßen ihre eigenen stattlichen Häuser und „Logen", die ganze Straßenreihen einnahmen. Im Karmeliterkloster hielt das Kontor der Hanse seine Sitzungen ab und wahrte mit Nachdruck die Interessen des deutschen Kaufmanns. Alles Wünschbare ward in Brügge feilgeboten: Spezereien und Luxuswaren des Orients neben den Walderzeugnissen der nordischen Reiche, englische Wolle und Kohle neben den Edelmetallen Böhmens und Ungarns, russische Felle, Segeltuch aus Navarra neben Goldbrokat aus der Tartarei und köstlicher Seide; Zucker aus Marokko neben Früchten, die in Granada und Andalusien gereift waren; feurige Weine aus Cypern und Burgund lagerten neben den milden Gewächsen des Rheingaus und des Poitou.

Keines der geräumigen fremden Fahrzeuge kehrte in die Heimat zurück, ohne von den berühmten flandrischen Tuchen mitzunehmen, die allenthalben ihrer unübertroffenen Güte wegen reißend Absatz fanden. Bei recht ungünstigen Verhältnissen zählte man einmal in Gent noch über 2000 Webestühle, die in Tätigkeit waren. Bis 92000 Bleisiegel brauchte man jährlich in Ypern zur behördlichen Kontrolle der Stoffe. Mit verschwenderischer Pracht, wie sie der gotische Stil nur entfalten kann, erbauten die Yperner auf dem Grooten Markt ihre Tuchhalle. Die drohenden Zinnen über dem reichen Schmuckwerk führen eine deutliche Sprache.

Farbenreich und vielgestaltig entwickelte sich das Bürgertum in solchen breiten und wohlhabenden Verhältnissen. Seine guten Eigenschaften werden von den Zeitgenossen hoch erhoben, getadelt aber auch sein unerträglicher Stolz, die nie versiegende Streitsucht. Als das Wahrzeichen städtischer Freiheit prangte der trutzige Belfried; nur allzuhäufig heulten seine Glocken in Aufruhr und Kampf, wenn der Bürger gegen den Landesherrn und den Adel sich erhob. Bei jeder Gelegenheit bemühten sich die Städte, die gräfliche Gewalt zu brechen. Und gelang es ihnen auch nicht, gleichwie ihren deutschen Schwestern, den freien Reichsstädten, Staaten im Staate zu werden, so erfreuten sie sich doch einer Unabhängigkeit, wie sie Frankreich nicht kannte. Unheilvoll für Flandern war nur, daß dem Freiheitsgelüste der Bewohner ihr Egoismus entsprach. Nie herrschte völliger Friede, durch fortwährenden Hader zerfleischte das Land sich selbst. Bald kämpften die Städte gegen den Grafen, bald gegen

das flache Land, das sie nicht aufkommen lassen wollten, bald untereinander, eine große Stadt gegen die andere, die großen gegen die kleinen Städte. Innerhalb der Stadt standen sich Patrizier und Zünfte voller Grimm gegenüber; innerhalb der Zünfte lagen sich die Tucharbeiter und die anderen Handwerker fortwährend in den Haaren, innerhalb der Tucharbeiter wieder Weber und Walker. Harte und wilde Gesellen, deren Hand flugs zum Messer greift; stets zu Aufruhr geneigt. Das wüste Prügeln und Raufen, das zum täglichen Essen und Trinken gehörte, veranlaßte heimische Gelehrte des sechszehnten Jahrhunderts, den Namen Belgien von „Balgen" abzuleiten.

Der neue Herr lernte seine Untertanen von ihrer schlechten Seite kennen. Als Herzog Philipp im Jahre 1384, fünfzehn Jahre nach seiner Vermählung mit der Gräfin Margarethe, zur Regierung berufen wurde, tobte in Flandern seit Jahren ein gräßlicher Bürgerkrieg. Es schien, als ob das Schicksal den französischen Prinzen gleich auf die Probe stellen wollte, ob er auch den schwierigsten Aufgaben gewachsen sei. Philipp bestand die Probe. Mit Fug und Recht kann man ihn als den Gründer des burgundischen Staates preisen.

Mit den Waffen in der Hand mußte sich Philipp den Gehorsam in Flandern erzwingen. Sobald es aber ging, steckte er das Schwert in die Scheide und wandte sich der Friedensarbeit zu. Die Grafschaft war furchtbar verwüstet; weit und breit waren die Polder durch den Durchstich der Dämme vom Meer überflutet; Wölfe hausten auf den Feldern. Da hieß es baldmöglichst Ordnung und Ruhe wieder herstellen, den Parteihader dämpfen. Philipps in Burgund erprobte Beamtenschaft bewährte sich auch hier vortrefflich. Auf jede Weise wurden Landwirtschaft, Handel und Industrie gefördert. Neue Verordnungen für die Tucharbeiter wurden erlassen, neue Privilegien suchten den gemeinen Kaufmann, namentlich den Hansen, wieder in das Land zu ziehen.

Von besonderer Wichtigkeit waren die Veränderungen auf dem Gebiete der Verfassung. Philipp rief die „Ratskammer" in das Leben, die für die Rechtssprechung sowie für die allgemeine und Finanz-Verwaltung sorgte. Sie war nach den aus Frankreich entnommenen Prinzipien der Kollegialität und des Berufsbeamtentums, der Ständigkeit und der Arbeitsteilung gebildet und erstreckte ihre Zuständigkeit nicht nur über die Grafschaft Flandern, sondern auch über Welschflandern und Artois, Mecheln und Antwerpen. Damit waren die Anfänge einer vorzüglichen, auf die Zentralisation hinzielenden Verwaltung getroffen.

Bei der Durchführung aller dieser Maßregeln trachtete Philipp mit den drei anspruchsvollen Kommunen Gent, Brügge und Ypern in Frieden auszukommen. Er kam ihnen entgegen, wenn die Lage es erforderte. Gleichzeitig spielte er aber gegen ihre absolutistischen Herrschaftsgelüste den Freiheitsdrang der kleinen Städte und der Bauern, die Wünsche des beiseite geschobenen Adels aus. Es war nur in seinem Sinn, wenn neben „die drie lede van

Vlaenderen," die allein als starke Säulen das wuchtige Gebäude der Grafschaft tragen wollten, als viertes Glied noch das Land oder Freiamt von Brügge (het Vrye, le Franc de Bruges), hinzutrat, das der grausam engherzigen Bevormundung überdrüssig war.

Die kirchliche Frage, welche damals die Gemüter leidenschaftlich erregte, behandelte Philipp mit weiser Mäßigung. Da seine neue Untertanen zu dem Papste in Rom hielten, übte er „Toleranz" und ließ sie, wenn auch selbst ein Gefolgsmann des Papstes von Avignon, nach ihrer Art selig werden.

Ebenso heikel wie die Sache des Schisma war die Stellung zu England. Drohte Philipp mit Krieg, was die Flandrer arg verdroß, so geschah es vor allem, um die Plantegenêts zum Aufgeben ihres Ränkespiels jenseits des Kanals zu zwingen. Sobald sie die Hände von den Niederlanden ließen, schlug er friedliche Bahnen ein und bemühte sich, einen Handelsvertrag zustande zu bringen.

Die Erwerbung Flanderns, der Ausbau des Besitzes, genügten Philipp nicht. Mit dem ruhigen, sichern Blick des Staatsmannes nahm er auch Erweiterungspläne in Aussicht.

Als der französische Prinz in Flandern einzog, herrschte in den Grafschaften Holland und Seeland, welche in Personalunion mit dem Hennegau standen, ein Zweig des Hauses Wittelsbach. Der Erbe und zukünftige Herrscher sollte mit einer englischen Prinzessin vermählt werden. Doch wiederum störte Philipp das rastlose Spiel der englischen Diplomatie. Kein Plantegenêt, Mann oder Frau, sollte ihm in die Niederlande kommen! Sein eigenes Kind, die Tochter Margarethe, vermählte er dem Grafen Wilhelm.*) Gleichzeitig reichte sein ältester Sohn, Graf Johann von Nevers, des Grafen Schwester die Hand (1385).

Mit dieser Doppelheirat wurden bedeutsame Erbansprüche auf die Nachbarlande erworben.

Wie bei seiner eigenen Verbindung eine französische Prinzessin, die Gräfinmutter von Flandern, für den französischen Prinzen gearbeitet hatte, so auch hier. Johanna von Brabant, durch ihre Mutter den Valois nahe verwandt, führte die Annäherung der Häuser Burgund und Wittelsbach herbei.

Wie geschickt verstand es Frankreich allerwärts in den Grenzlanden, in dem alten Regnum Lotharii, Beziehungen anzuknüpfen, dynastische Heiraten zu schließen; Jahresgehälter an die kleinen geldknappen, aber lebenslustigen Fürsten selbst und auch deren vertrauten Räten freigebig zu zahlen; Künstler, Maler und Bildhauer, Sänger und Musiker ausschwärmen zu lassen als Lockvögel, als Vorbilder feiner, eleganter Art und Sitte; diplomatisch einzugreifen, nötigenfalls auch Waffengewalt zur Verfügung zu stellen. Dreimal zog König Karl VI. für den Oheim, für Philipp den Kühnen, nach Flandern!

*) Wilhelm VI. als Graf von Holland und Seeland, Wilhelm IV. als Graf von Hennegau 1404—1417.

Johanna von Brabant begnügte sich nicht mit der einmaligen Unterstützung des Grafen-Herzogs. Die alternde Fürstin, die ihrerseits den tapferen Kämpen gegen die herandrängenden Nachbarn nötig hatte, bestimmte die Herzogtümer Brabant und Limburg zu einer burgundischen Sekundogenitur und erhob Philipps zweiten Sohn Anton zu ihrem Erben. Die Stände gingen zunächst nur zögernd darauf ein. Aber die Hoffnung, bei dieser Gelegenheit Gebiet zu gewinnen, die Aussicht, den jüngeren Sprossen des aufblühenden Geschlechts als selbständigen Herrn zu erhalten, der womöglich mit französischer Hilfe lästiges Eingreifen des deutschen Lehnsherrn zurückweisen konnte, ließen schließlich jeden Widerstand verstummen.

Damit tritt die flandrische Frage in eine neue Phase ein. Sie erweitert sich, sie wird zur flandrisch-brabantischen Frage. Zugleich ändert sie ihr Wesen. Das französisch-englische Problem wird zu einem französisch-englisch-deutschen Problem. Philipp der Kühne, der hier als Frankreichs Vertreter auftritt, muß nicht mehr allein mit England, sondern auch noch mit Deutschland rechnen.

Philipp wurde allerdings nicht erst durch die Brabanter Sache in die deutsche Interessensphäre eingeführt. Er war bereits als Herr von Reichsflandern und der Freigrafschaft deutscher Lehnsmann. Er hatte sich aber, wie es scheint, um Deutschland gar nicht gekümmert und sich nicht zu kümmern brauchen. Die Gleichgültigkeit des deutschen Machthabers forderte zu neuen Unternehmungen auf, zur Gewinnung der rechtsscheldischen Gebiete mit ihrer blühenden Industrie und Landwirtschaft, mit ihren reichen Gruben und Lagern, mit der großen Viehzucht, mit den prächtigen Waldungen von Soignies. Brabant und Limburg führten schon des Längeren ein politisches Sonderdasein; es gehörte gar kein unerhört kühnes Wünschen dazu, sich diese Stiefkinder des Deutschen Reiches anzueignen. Sache des deutschen Königs war es, die deutschen Rechte wahrzunehmen. Tat er es nicht, warum sollte der französische Prinz ihr Hüter sein?

Welch ein Glück für den machtvoll aufwärts strebenden Grafen-Herzog, daß damals König Wenzel regierte! Schon im Anfang seiner Regierung hatte er es nicht vermocht, die Autorität des Königs zur Geltung zu bringen; später verfiel er mehr und mehr in unwürdige Schwäche und Untätigkeit.

Was charakterisiert den Luxemburger besser als seine Unfähigkeit, mit starker Hand in die Kämpfe des Schisma, in den schmachvollen Streit der Päpste von Rom und Avignon einzugreifen? Sicherlich, die Zeiten waren vorbei, da ein gehorsamgebietendes Imperium auch Rom sein Gesetz auferlegte; die Zeiten eines Karls des Großen und Ottos des Großen, eines Heinrichs III. und Friedrichs Barbarossa waren für immer dahin! Aber trotzdem hätte der deutsche König in der europäischen Politik ein gewichtiges Wort mitzusprechen vermocht, der Kirche Ruhe und Frieden schenken können, wenn nur ein Mann die Krone getragen hätte, wie ihn die Stunde erheischte.

Eins chaiſers dez hab wir zu chlain,
Eins pabſt zu viel auf erden.

klagt ein Dichter jener Tage, Peter Suchenwirt. Und an einer anderen Stelle heißt es:

In Pehem*) mawſt der adalar,
Hat er icht ſchier gerekchet.**)

Und mit Recht. Wer merkte damals noch etwas von dem kaiſerlichen Aar?

Mit Ingrimm beobachtete man in Deutſchland dieſe traurigen Verhältniſſe, ſah man, wie ſich Frankreich in den Vordergrund drängte und nicht nur in Sachen des Schisma, ſondern auch in weltlichen Dingen die Leitung für ſich beanſpruchte. Eine Denkſchrift, die damals am Heidelberger Hofe entſtand, gibt die Mißſtimmung weiter Kreiſe gut wieder. Der Verfaſſer verſteigt ſich ſogar zu der Behauptung, daß bei dem Ausbruch der Kirchenſpaltung der franzöſiſche König mit dem Gedanken geſpielt habe, ſich ſelbſt die Tiara, dem Sohne die Kaiſerkrone zu verſchaffen.

Mit Groll verfolgte man das dreiſte Vorgehen der Franzoſen, die ſich allerwärts auf Deutſchlands Koſten bereicherten, im Norden und im Süden. Mit welchem Rechte wurde in Verdun das Lilienbanner gehißt, mit welchem Recht an der liguriſchen Küſte in Genua? Sollten jetzt auch noch Brabant und Limburg den Deutſchen verloren gehen? Voller Mißtrauen hörte man, daß König Wenzel in jener Zeit mit Frankreichs König in Reims zuſammentraf (1398).

Ein ſeltſames Bild: ein Trunkenbold und ein Geiſteskranker begegneten ſich. Die Franzoſen wahrten die Form. Vorſichtig waren Tage ausgeſucht, an denen König Karl der Sechſte keine Anfälle zu befürchten hatte. Aber die Deutſchen? König Wenzel hatte auf den Zechgelagen den köſtlichen franzöſiſchen Weinen ſo kräftig zugeſprochen, daß er „vollen Bauches" ſchlief und zum Entſetzen der Franzoſen nicht geweckt werden konnte, als die Beſprechung der Könige ſtattfinden ſollte. Sie wurde an einem anderen Tage, nach einem Feſtmahl von vierzig Gängen nachgeholt.

Wie deutlich wurde damals in Reims der Unterſchied der ſtaatlichen Verhältniſſe in Deutſchland und Frankreich! In Deutſchland der immer zunehmende Verfall des Königtums, das vor der rückſichtslos ſich ausbildenden Territorialherrſchaft ſtets weiter zurückgedrängt wird. In Frankreich trotz des Krieges mit England auf Leben oder Tod, trotz der nie ganz aufhörenden inneren Unruhen die immer ſteigende Kraft der Monarchie. Führt auch der König nicht ſelbſt das Steuer, ſo fährt doch die Regierungsmaſchine unverwandt auf das Ziel los, das ſeit den Tagen Sugers von Saint-Denis den franzöſiſchen Staatsmännern vor Augen ſchwebt. In jenen Tagen, da ein Wahnſinniger

*) Böhmen.
**) Wohl gleich verreckt.

auf dem Königsthron sitzt, wagt Frankreich, was sich ein Imperator nie zugetraut hat. Als es seinem Papste in Avignon den Gehorsam aufsagt, fühlt es sich stark genug, ohne Papst auszukommen und seine Kirche selbst zu regieren. —

Wahrlich, von König Wenzel von Deutschland drohte Philipps weitausschauenden Plänen keine Gefahr. Die Lage veränderte sich auch nicht, als der Luxemburger abgesetzt und Ruprecht von der Pfalz auf den Königsthron erhoben wurde. Wohl mußte Ruprecht ausdrücklich den Kurfürsten geloben, Brabant und Limburg nach dem Tode der Herzogin Johanna wieder an das Reich zu bringen. Doch durch eine seltsame Verkettung der Umstände wurde der „Räuber" jener blühenden Landschaften sein eigener Parteigänger. Denn da Wenzel, der auf die Krone nicht verzichten wollte, von Philipps hartnäckigstem Widersacher in Frankreich, dem Herzog Ludwig von Orléans, Beistand erhielt, mußte sich Ruprecht, der auf Frankreich Rücksicht zu nehmen hatte, auf den Burgunder stützen, dem überdies die Königin Isabeau, die Wittelsbacherin Elisabeth, wohlgesinnt war. So konnten Liebhaber historischer Kuriositäten schon damals beobachten, daß in dem deutschen Thronstreit Herzog Philipp für denjenigen Bewerber eintrat, der ihm Brabant und Limburg zu entreißen verpflichtet war.

Am 27. April 1404 starb der Begründer des burgundischen Staates.

Stattlich, ungebeugt vom Alter, erscheint Philipp in dem prächtigen Steinbild, das Claus Sluter an das Kirchenportal der Kartause von Champmol*) setzte. Gleitet der reiche hermelingeschmückte Mantel von den breiten und kräftigen Schultern herab, so glaubt man einen wohlhabenden Kaufherrn vor sich zu sehen, der mit dem feinen Lächeln der Befriedigung auf die gelungenen Unternehmungen zurückschaut. Hervorragendes hatte Philipp geleistet, er hinterließ Besitzungen „im Werte eines Königreiches". In dem starken Vorgefühl der künftigen Größe seines Hauses strebte er rastlos danach, sich in den Niederlanden einen lebensfähigen Staat zu gründen. Durch seine Gemahlin Herr von Flandern geworden, trat er den Wittelsbachern trotzig zur Seite und verdrängte die Luxemburger aus Brabant und Limburg. Dabei hatte er Frankreich stets hinter sich, glaubte er seinerseits nicht nur für sich, sondern auch für das Haus, dem er entstammte, zu arbeiten. Und doch bestand ein Widerstreit zwischen dem ersten Pair Frankreichs und dem Grafen von Flandern. Als Herzog von Burgund konnte sich Philipp ganz mit Frankreich verwachsen fühlen, nicht aber als Graf von Flandern. Denn der Nutzen der Grafschaft fiel keineswegs überall mit dem der Krone zusammen. Ebensowenig wie sich Reichsflandern um den deutschen Lehnsherrn kümmerte, wollte das von Frankreich zu Lehen gehende Flandern häufig auf die Kapetinger, auf die Valois Rücksicht nehmen. Was ging die Flandrer der Streit der Valois und der Plantegenêts an? Sie

*) Bei Dijon.

hatten die englische Wolle unbedingt nötig, sonst lag ihre Tuchfabrikation danieder. Sie hatten die französischen Lebensmittel — ebenso wie die deutschen — nötig, sonst litten sie Hunger; denn das Land konnte sich nicht selbst ernähren. Daher war bei einem französisch-englischen Krieg das Ziel ihrer Politik: völlige Neutralität.

Neutralität, Selbständigkeit nach allen Seiten hin war die Grundbedingung für eine glückliche Weiterentwicklung des Landes. Das französische Geschlecht, das in Flandern eingezogen war, mußte Stellung nehmen. Würde es Flandern zwingen, der französischen Politik zu folgen? Würde die Dynastie die Politik der flandrischen Kommunen zu der ihren machen?

(Fortsetzung folgt.)

Das Bildungswesen der Bulgaren im nationalpolitischen Existenzkampf

Von Dr. Alfred Mann

Daß in diesem Weltkriege Kulturen aufeinanderprallen, daß in ihm vor allem auch die Bildung der beteiligten Völker ausschlaggebend in die Wagschale fällt, kann kein Einsichtiger leugnen. Wendet sich schon deswegen dem Bildungswesen Bulgariens eine erhöhte Aufmerksamkeit in dem Augenblick zu, in dem dieser Staat in das Völkerringen tatkräftig eingreift, so verdient es noch aus einem anderen Grunde unsere Beachtung. Kaum nämlich dürfte es ein zweites Volk geben, dessen Bildungswesen seit alters mit der nationalpolitischen Entwicklung so verquickt ist, wie das der Bulgaren, die schon immer gerade auf dem Wege der Bildung, und insbesondere einer Schulbildung, zu politischer und kultureller Emanzipation vorzudringen suchten.

Kulturwillen und Kulturkraft müssen die Bulgaren schon mitgebracht haben, als sie im siebenten Jahrhundert nach Besiegung der südlich von der Donau sitzenden schwächlichen Slavenstämme ein neues Slavenreich errichteten. Denn bald machten sie sich die Kultur ihrer byzantinischen Feinde zu eigen, ebenso wie die des (864 angenommenen) Christentums, doch so, daß sie die Elemente der anderen Kulturen nicht lange als fremde Bestandteile in ihrer Bildung duldeten, sondern bald mit bewunderungswürdiger Zähigkeit daran gingen, sie mit der eigenen Kultur organisch zu verschmelzen.

Ihren ersten großen Ausdruck fand diese Verschmelzungstendenz in der Gründung einer christlichen bulgarischen Nationalkirche. Diese Nationalkirche stellte anfangs das Zentrum des gesamten bulgarischen Bildungsstrebens dar. Die ältesten Schulen des Landes machten ihre Zöglinge mit ein wenig Lesen und Schreiben, vor allem aber mit dem Kirchendienst vertraut, ganz ähnlich, wie dies auch bei uns in Deutschland der Fall gewesen ist. Daß die pädagogischen Bemühungen der damaligen bulgarischen Priester durchaus nicht etwa zu verachten sind, mag die interessante Tatsache beleuchten, daß einer von ihnen, Konstantin Kostenezky, bestrebt war, die geisttötende Buchstabiermethode im Leseunterricht durch die Lautiermethode zu ersetzen — hundert Jahre bevor in Deutschland (in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts) Valentin Ickelsamer dieselbe Forderung vertrat, etwa vierhundert Jahre, bevor Stephani und Pestalozzi dieser Lautiermethode zum sicheren Siege verhalfen, so daß sie dann auch in Bulgarien wirklich eingeführt wurde.

Schon zu Kostenezkys Zeiten jedoch wurde die Weiterentwicklung einer spezifisch bulgarischen Kultur durch das siegreiche Vordringen des türkischen Halbmondes gehemmt. Und bald kam es noch schlimmer, als die Griechen, an ihrer Spitze der Konstantinopeler Patriarch, nach einer Aussöhnung mit den Türken das Recht der Kirchen- und Schuloberherrschaft erhielten. Sie benutzten es zu jahrhundertelangen Angriffen auf die kirchliche Selbständigkeit und die nationale Sprache der Bulgaren. Wären die Türken jener Zeiten Kulturaufgaben gegenüber nicht so indolent und die griechischen Bischöfe und Priester nicht vielfach so ungebildet und bequem gewesen, dann wäre die bulgarische Schriftsprache wohl auch noch aus den Klosterschulen verschwunden, in denen sie wenigstens noch ein kümmerliches Dasein fristen konnte.

Zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts begann man diese Klosterschulen, die sogenannten Kylien, in öffentliche Schulen umzuwandeln; und damit setzte die Aufklärung des bulgarischen Volkes ein. Und seit Ende des achtzehnten Jahrhunderts wuchs die nationalpolitische Bedeutung der öffentlichen Kylien schnell. Durch die jahrhundertelangen Hellenisierungsversuche nämlich hatten es die Griechen schließlich in der Tat so weit gebracht, daß sich die Bulgaren in den Städten ihrer Nationalität zu schämen begannen, sowie ihrer „barbarischen" Sprache, für die sie sich einen verdorbenen griechischen Dialekt aufreden ließen, der ihnen nun auch Vor- und Zunamen lieferte. Die Dorfbewohner aber vegetierten dumpf und stumpf unter dem fremden Joch dahin. Als sich nun die mit der französischen Revolution anhebende Bewegung bis auf die Balkanhalbinsel fortgepflanzt und Serbe, Rumäne, Grieche die Fahne des Aufstandes gegen den türkischen Eroberer bereits entrollt hatte, da sahen die Bulgarenführer keine andere Möglichkeit, ihr Volk aus seiner trostlosen Lage herauszureißen, als Erweckung des Nationalbewußtseins durch Volksbildung. Die 1762 erschienene erste Geschichte der Bulgaren (vom Mönch Paisy) rüttelte das Volk aus dem nationalen Schlafe auf. In fünfunddreißigjährigem Kampf errang es

sich nun zunächst wieder die kirchliche Unabhängigkeit von den griechischen Bischöfen und ein bulgarisches Exarchat in Konstantinopel. Als Losung aber ertönte in diesem Kampf: „Durch Schulbildung zur Befreiung!" Die Sprache der Väter führte man jetzt wieder nicht nur in die Kirche, sondern auch in die Schulen ein, die bald der „Mittelpunkt der nationalen Bewegung, des nationalen Stolzes und Selbstbewußtseins" wurden.

Die damit begründete neubulgarische Schule emanzipierte sich jetzt von der Kirchenleitung und war bestrebt, ihre Zöglinge vor allem für das bürgerliche Leben vorzubereiten. Damit hängt die Schaffung eines selbständigen weltlichen Lehrerstandes zusammen, dessen Mitglieder eine besondere pädagogische und wissenschaftliche Ausbildung durchzumachen hatten. Die Kosten der unentgeltlichen Schulerziehung wurden aus einer Kasse bestritten, zu deren Verwaltung man einen Ortsausschuß wählte. Diese Ausschüsse wurden später in Schulgemeinden verwandelt, die bald einen dem Schulwesen sehr förderlichen Wetteifer entwickelten und auch den politischen Vorteil brachten, daß die in ihnen notwendig werdenden Wahlen die Bulgaren das Wahlrecht schätzen und gebrauchen lehrten und sie zur Selbstregierung erzogen.

Mit der Zeit erweckten das Beispiel von Nachbarn, kulturelle, politische, wirtschaftliche (insbesondere internationalwirtschaftliche) Anstöße das Bedürfnis, der jungen Generation etwas mehr als die allerelementarsten Kenntnisse in das Leben mitzugeben. Hier liegen die Anfänge des höheren Schulwesens.

Das bulgarische Bildungswesen erlebte nun (bis etwa 1875) eine ungefähr fünfzigjährige „Sturm- und Drangperiode", von der der Bulgare Nikoltschoff, der Geschichtsschreiber des Bildungswesens seines Vaterlandes, mit vollem Recht gesagt hat: „Von den Kylien bis zu den höheren Schulen, von dem kaum des Lesens kundigen Schulmeister bis zu dem akademisch gebildeten Lehrer, von der privaten Leseschule bis zu der sachgemäß eingerichteten Volks- und Bürgerschule ist ein gewaltiger Sprung, der in der Geschichte des Schulwesens in so kurzem Zeitraum wohl kaum noch einmal gemacht worden ist. Möglich war er, weil es in diesem Lande so gut wie gar keine pädagogische Tradition gab."

Auch das Mädchenschulwesen entwickelte sich vorzüglich, seitdem (um 1860) tüchtige weibliche Lehrkräfte zu wirken begannen und die Öffentlichkeit für das Recht der Frau durch Schriftsteller mobil gemacht wurde, unter denen an erster Stelle Konstantin Photinoff (etwa 1785—1858), der Begründer der bulgarischen periodischen Presse, zu nennen ist. Aus finanziellen Gründen ging man in der Volksschule bald zur Koedukation über, während man in den höheren Schulen aus sexual-sittlichen Gründen die Zusammenerziehung der beiden Geschlechter vermied und deshalb besondere Mädchenschulen gründete, die neuerdings in Lehrplan und Methode den Knabenschulen völlig gleichen.

Begleitet und getragen wurde die Praxis der Schulgründungen und des Schullebens von reger literarischer und theoretischer Arbeit. Und gerade der

pädagogischen Praxis mußte sich das literarische und theoretische Streben der gebildetsten Bulgaren jener Tage zuwenden. Die fremden Gewalthaber fesselten nämlich zwar sonst den im Bulgarenvolke treibenden Drang nach politischer und geistiger Entfaltung allenthalben; aber sie duldeten (oder merkten vielleicht gar nicht?) eine freiere Bewegung, soweit es sich um Schulangelegenheiten handelte. So wurde alle politische und rein-intellektuelle Energie der Bulgaren gerade auf dem einen Kulturgebiete zur Arbeitsleistung zusammengedrängt, auf dem sich dieses Volk schon immer die Mittel zur politischen und geistigen Emanzipation geschmiedet hatte. Und das trug herrliche Frucht, nachdem durch den (den russisch-türkischen Krieg abschließenden) Frieden zu San Stefano (1878) Bulgarien autonom geworden, einige Jahre darauf auch Ostrumelien (Südbulgarien) dem Lande einverleibt worden war und Ferdinand von Koburg-Kohary seinen Einzug als erwählter Fürst hatte halten können. Ganz charakteristisch für die Entwicklung des bulgarischen Bildungswesens ist es, daß Ostrumelien bei seiner Einverleibung einen pädagogischen Vorsprung vor dem übrigen bulgarischen Gebiet hatte, der wohl heut noch hie und da spürbar ist: diese Provinz hatte eben am längsten die Last der Fremdherrschaft zu tragen gehabt, unter deren Druck das alte bulgarische Emanzipationsmittel — die Schule — eine ganz besonders hohe Vervollkommnung erfuhr.

Das bulgarische Schulwesen unserer Tage — aus einer sich zeitweise etwas überstürzenden Gesetzgebung hervorgegangen — erinnert in seinen Grundzügen an das deutsche, nur daß es sich in manchen Beziehungen noch moderner und realistischer ausnimmt. Deutsche Schulpraxis und -theorie wurde nach 1878 für Bulgarien immer mehr vorbildlich, besonders seitdem jährlich eine ganze Reihe Bulgaren, vielfach unterstützt von ihrer Regierung, nach Deutschland ziehen, um hier besonders den Herbartianismus zu studieren.

An zwei oder drei Punkten läßt auch die Geschichte der letzten dreißig Jahre deutlich erkennen, welche hervorragende Rolle in der nationalpolitischen Entwicklung gerade den bulgarischen Schulen immer und immer wieder zugewiesen wird.

Als nach 1878 das Volk ausgezeichnet gebildete Führer brauchte, die es wohl verstanden, das Errungene im internationalen Wettbewerb zu erhalten und extensiv wie intensiv weiter zu fördern, da gründete man sogleich Gymnasien als Bildungsstätten solcher führender Geister. In dieses Gymnasium tritt der junge Bulgare erst mit dem vierzehnten Lebensjahr aus dem Progymnasium über, das den Abschluß der Elementarschule und zugleich die Grundlage für sämtliche höheren Schulen bildet. In den Oberklassen teilen sich die Gymnasien in realistische und klassische Kurse, doch überwiegt die realistische Richtung entschieden.

Unter den bulgarischen Fachschulen erfreuen sich die Handels- und Gewerbeschulen besonderer Pflege. Ihrem Ausbau wandte der Bulgare sofort zielbewußt seine Aufmerksamkeit zu, als er merkte, was ihm im internationalen Wettbewerb nottat.

Besondere Erwähnung verdienen schließlich die Schule zur Ausbildung der Reserveoffiziere und die Militärschule. Der Bericht des Bulgaren Nikoltschoff über letztere, dem sich heute gewiß erhöhtes Interesse zuwendet, sei wörtlich wiedergegeben: „Aufgabe der Militärschule ist es, aktive Offiziere für die bulgarische Armee auszubilden. Der gute Ruf, den sie mit Recht hat, ist auch ein Beweis für die solide Ausbildung, die die Militärschule gewährt. Dem Beispiel der Kulturländer folgend, bestand diese Schule aus einem Militärgymnasium, dem sogenannten Kadettenkorpus, und aus einer zweijährigen Spezialabteilung. 1908 aber entschloß sich das Kriegsministerium, das Militärgymnasium zu schließen und nur die zweijährige Spezialabteilung weiterbestehen zu lassen, worin alljährlich eine beschränkte und im voraus bestimmte Anzahl Schüler, die ein Staatsgymnasium mit der Reife abgeschlossen haben, aufgenommen wird. Diese Schüler verbleiben zwei Jahre in der Militärschule, und. nach einer Prüfung treten sie in die Armee als Unterleutnant ein."

Auch das Schulwesen der nach 1878 bei der Türkei verbliebenen bulgarischen Gemeinden hat sich erfreulich entwickelt. Das bulgarische Exarchat in Konstantinopel hat die Schulreform in der Monarchie immer aufmerksam verfolgt und die bulgarischen Schulen in der Türkei danach gestaltet, so daß man tatsächlich von einer Einheitlichkeit in der Erziehung des gesamten Bulgarentums mit Recht sprechen kann. Die soeben vollzogene politische Überweisung gewisser Gebietsteile ist also kulturell wohl vorbereitet.

Nun möge der bulgarische Schulmeister — wenn es denn so sein muß — zusammen mit seinem deutschen Kollegen den Gegnern und Feinden der gemeinsamen Sache einmal gründlich Mores lehren.

Kriegsliteratur

Von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg

IV.

Die Türkei und der Islam.

Eine zahlreiche Kriegsliteratur ist unseren tapferen Bundesgenossen im Orient gewidmet. Es ist dies um so dankenswerter, als vor dem Kriege in der Literatur die Türkei und ihre Bewohner nur sehr wenig für das große Publikum behandelt worden waren. Wohl gab es viele Prachtwerke über den Orient, interessante Reisebeschreibungen und große wissenschaftliche Werke; was aber fast gänzlich fehlte, waren kleine, für weite Verbreitung bestimmte, für das große Publikum interessante und doch wissenschaftlich wertvolle Schriften über das Land, mit dem uns enge wirtschaftliche und politische Interessen verbanden. Der Weltkrieg und der Eintritt des osmanischen Reiches in denselben an der Seite der Zentralmächte haben Anlaß zur Veröffentlichung zahlreicher Schriften gegeben, die geeignet erscheinen, diesen Mangel zu beheben. Selbstverständlich ist es unmöglich, alle diese Arbeiten hier zu erwähnen, geschweige denn dieselben einer ausführlichen Kritik zu unterziehen; die von uns hier getroffene Auswahl soll lediglich einen kleinen Überblick bieten über die Literatur, die während des Krieges über die Türkei und den Islam erschienen ist.

An erster Stelle wären zwei Sammlungen zu erwähnen, die wegen ihres reichhaltigen und interessanten Inhalts die weiteste Verbreitung verdienen.

Im Verlage von Veit u. Co. in Leipzig erscheint eine Schriftensammlung des deutschen Vorderasienkomitees, die unter dem Titel „Länder und Völker der Türkei“ von Dr. Hugo Grothe herausgegeben wird. In Heft 1 dieser Sammlung behandelt Dr. W. Blankenburg in Zeitz „Die Zukunftsarbeit der deutschen Schule in der Türkei“. Der Verfasser schildert die allmähliche Annäherung zwischen Deutschland und der Türkei auf kulturpolitischem, besonders schulpolitischem Gebiet; das Haupthindernis für eine tiefgreifende Beeinflussung des türkischen Unterrichtswesens jedoch bildete bisher „die oft bis ins Dünkelhafte gehende Abneigung der Türken, die Überlegenheit Europas auf diesem Gebiete anzuerkennen“. Von besonderem Interesse ist die Übersicht, die der Verfasser über die Geneigtheit der einzelnen Nationalitäten in der Türkei gibt, sich vom deutschen Kultureinfluß erfassen zu lassen.

In Heft 2 bietet Professor Dr. M. Horten dem Leser einen interessanten Einblick in „die islamische Geisteskultur", die durchaus nicht mit der naiven Weltanschauung, wie sie der Koran bietet, abgeschlossen blieb, sondern sich weiterentwickelt und „auf dem naiven Weltbilde des Koran . . . . . eine höchste Schicht aufgebaut hat, die den höchsten Spitzen der griechischen Kultur . . . . nicht nachsteht".

Als drittes Heft erschien eine Arbeit von Professor Dr. Freiherrn von Lichtenberg „Cypern und die Engländer". Der Verfasser schildert die entsetzlichen Zustände, die seit der Besetzung dieser Insel durch die Engländer dort herrschen. Die Schlußforderung jedoch, die der Verfasser aus dem Verhalten der Engländer in Cypern und Ägypten auf die britische Kolonialpolitik im allgemeinen zieht, nämlich daß das Benehmen der Engländer in allen ihren Kolonien gleich selbstsüchtig und unmenschlich ist, dürfte wohl etwas zu schwarz sein. Gewiß hat England, wie überall, auch in seinen Kolonien stets Realpolitik getrieben, doch hat sich das System der englischen Kolonialpolitik im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts sehr zum Guten geändert. Von der allgemeinen gewaltigen Regung unter den von England geknechteten Völkern, von der Lichtenberg spricht, ist daher vorläufig nicht viel zu merken; denn noch kämpfen Inder, Papuas, Betschuana-Neger, und wie die „Kulturvölker" alle heißen mögen, gegen uns und unsere Bundesgenossen in Frankreich und an den Dardanellen.

Professor Dr. F. Bork unternimmt es im Heft 4 der Sammlung, in knapper, anregender Weise Charakter und Lebensgewohnheiten des georgischen Volkes zu untersuchen, des Volkes, das Jahrhunderte hindurch in Kaukasien der Träger eines unabhängigen Staatswesens war. Der Verfasser hält es nicht für ausgeschlossen, daß, falls der Krieg für die Türkei einen günstigen Ausgang nimmt, Georgien ein südkaukasischer Pufferstaat gegen Rußland wird und zusammen mit einem etwa neu zu begründenden mohammedanischen Kaukasien eine neutrale Grenzzone zwischen Rußland und der Türkei zu bilden berufen wäre.

Das fünfte Heft ist der arabischen Frage gewidmet, derjenigen Frage, die — wie der Verfasser Dr. Max Roloff mit Recht hervorhebt — für Gegenwart und Zukunft die bei weitem wichtigste Frage für das osmanische Reich ist, und deren Lösung in Angriff genommen werden muß, wenn anders die Türkei, deren Schwerpunkt nach den Balkankriegen endgültig nach Asien verlegt ist, innerlich gesunden soll. Die vorliegende Schrift gibt wertvolle Fingerzeige zur Lösung dieser Frage: vor allem müssen die Gegensätze zwischen Osmanen und Arabern verschwinden.

Einen interessanten Überblick über „Die deutsche Forschung in Türkisch-Vorderasien" gibt der Würzburger Universitätsprofessor Dr. Fritz Regel im siebenten Heft. Im achten Heft beschäftigt sich Davis Trietsch mit den „Juden der Türkei", in denen er das beste Bindeglied zwischen Deutschland, Österreich

und dem osmanischen Reich steht. — An dieser Stelle sei auch gleich eine andere Schrift desselben Verfassers erwähnt, die im Verlage von Puttkammer u. Mühlbrecht in Berlin unter dem Titel: „Der Aufstieg des Islam" erschienen ist, und in der Trietsch darauf hinweist, welche Vorteile in politischer, militärischer und vor allem wirtschaftlicher Hinsicht für die Zentralmächte aus einer Stärkung der Türkei und aus ihrer Einbeziehung in den neuen mitteleuropäischen Wirtschaftsbereich entstehen würden.

Im neunten, dem letzten bisher erschienen Hefte der Grotheschen Sammlung behandelt Dr. Karl Dieterich: „Das Griechentum Kleinasiens." Nach einem kurzen Rückblick auf die Kulturstellung der kleinasiatischen Griechen im späten Altertum, ihre politische Machtstellung im Mittelalter und ihren Zusammenbruch im vierzehnten Jahrhundert schildert der Verfasser ihre wirtschaftliche und geistige Wiedergeburt seit dem achtzehnten Jahrhundert und besonders das griechische Schulwesen in der Gegenwart. —

Eine zweite Sammlung von Einzelschriften, über die Türkei und den nahen Orient wird von dem bekannten Orientschriftsteller Dr. Ernst Jäckh im Verlage von Gustav Kiepenhauer in Weimar unter dem Titel „Deutsche Orient-Bücherei" herausgegeben. Bekannte Schriftsteller und gute Kenner des Orients haben ihre Mitarbeit an dieser Bücherei zur Verfügung gestellt. Bis jetzt liegen fünf Bände der Sammlung vor: als erster Band erschien aus der Feder des bisherigen türkischen Botschafters in Berlin, Mahmud Mukhtar Pascha: „Die Welt des Islam im Lichte des Koran und der Hadith". Der aus dem Balkankriege rühmlichst bekannte General gibt dem Leser einen interessanten Einblick in die Religion des Islams und macht ihn bekannt mit den Lehren und dem Wesen des Korans und der Hadith, einer Sammlung von Worten und Sprüchen des Propheten, die das von Gott dem Propheten offenbarte Buch ergänzen oder erläutern. Der Verfasser stützt seine Ausführungen durch eine geschickte und sorgfältige Auswahl von Stellen der heiligen Bücher, die er im Wortlaut zitiert.

In dem zweiten Hefte gibt uns einer der Führer der jungtürkischen Bewegung, der sich unter dem Pseudonym Tekin Alp verbirgt, eine Schilderung von der geschichtlichen Entwicklung der türkisch-nationalen Bewegung, die ihren Ausgang nahm vom Osmanismus und Panislamismus und — wie die meisten großen nationalen Bewegungen eines Volkes — ihren Hauptaufschwung erfuhr in der Zeit der tiefsten Erniederung, der Zeit nach den Balkankriegen, als die Schwächen der Türkei im Kampfe mit ihren europäischen Nachbarn offen zutage getreten waren und sie den größten Teil ihres europäischen Länderbesitzes gekostet hatten. Der Verfasser führt aus, wie diese neue Bewegung zunächst die akademische Jugend ergriffen hat, wie Philosophie, Literatur und Sprache wieder zu ihren nationalen Quellen zurück verfolgt und von dem zahlreichen entbehrlichen Beiwerk fremden Einflusses gereinigt wurden, wie diese Bewegung dann allmählich in der Regierung die Oberhand gewinnt und

langsam eine Neuorganisation des ganzen Volkes herbeiführt, deren Früchte in dem jetzigen Kampfe gegen den Dreiverband deutlich sichtbar geworden sind, und die den Gegnern eine bittere Enttäuschung bereitet hat, die noch die Türken von 1912 vor sich zu haben hofften.

Im dritten Heft berichtet Professor Dr. Sachau, Direktor des Berliner Orientalischen Seminars „Vom asiatischen Reich der Türkei", von der Zerrissenheit seiner Bevölkerung in Stammesart und Religion und von dem Reichtum des Bodens, der noch einer rationellen Ausbeutung harrt.

Als vierter Band erschien „Die Weltstellung Konstantinopels in ihrer historischen Entwicklung" von Prof. Dr. Jastrow, in dem der Verfasser ein klares Bild entwirft von der politischen und merkantilen Entwicklung Konstantinopels, dessen einzigartige Lage es stets zum Brennpunkt des Interesses der Großmächte gemacht hat. —

Interessante Skizzen aus der türkischen Hauptstadt gibt schließlich Max Rudolf Kaufmann im fünften Bande dieser Sammlung, in denen er auf Grund eines langjährigen Aufenthaltes am Goldenen Horn das bunte Leben und Treiben in Stambul, der Türkenstadt, und jenseits der Neuen Brücke, in Pera, beschreibt, das schon fast ganz einen europäischen Eindruck macht.

Einen empfehlenswerten Beitrag zu der Kenntnis des Islams, dessen wahre Grundsätze und Tendenzen bei uns leider noch wenig bekannt sind, beziehungsweise falsch verstanden werden, bietet das bei Eugen Diederichs (Jena) verlegte Buch „Die Religion des Islams", dessen erster Band in der von Walter Otto herausgegebenen Sammlung „Religiöse Stimmen der Völker" erschienen und von Joseph Hell mit einer interessanten Einleitung versehen ist, die einen kurzen Überblick gibt über das Werk des Propheten und über die mohammedanischen Religionsphilosophen bis zu Al-Ghazali (gestorben 1111 n. Chr.). Hell bietet in diesem Bande dem Leser eine gute Auswahl aus dem Koran und den Werken der bedeutendsten Philosophen der ersten fünf Jahrhunderte nach Mohammed.

Im Anschluß hieran sei auch des Buches gedacht, das der bekannte Berliner Universitätsprofessor Friedrich Delitzsch in der vom Ullstein-Verlag herausgegebenen Sammlung: „Männer und Völker" unter dem Titel: „Die Welt des Islam" veröffentlicht hat. In anschaulichster Weise führt der Verfasser den Leser in die Religion und Kultur des Islam ein, behandelt er die geschichtliche Entwicklung und den sittlichen Begriff des Mohammedanismus und bringt so unserem Verständnis die Gedankenwelt unserer Bundesgenossen näher.

Über den „Heiligen Krieg", den „Dschihad", von dessen glücklichem Ausgange die Existenz der Türkei und, man kann wohl sagen, des staatlich selbständigen Islams überhaupt abhängt, herrscht in weiten Kreisen eine irrige Vorstellung. Um so verdienstvoller ist die Schrift des Kaiserlichen Generalkonsuls a. D. Dr. Gottfried Galli: „Dschihad", die im Verlage der C. Troemers Universitäts-Buchhandlung, Freiburg i. Br., erschienen ist.

Der Verfasser tritt zunächst der von Johannes Lepsius vertretenen Auffassung entgegen, daß der „Dschihad" „grundsätzlich ein ununterbrochener perennierender Krieg" ist; er weist dagegen nach, daß der „Heilige Krieg" nur ein Verteidigungskrieg ist. Mohammed selbst hat das Wort „Krieg" vermieden und nur von „Anstrengung auf dem Wege Gottes" gesprochen, nämlich „nur gegen Nichtmoslims", was zwar vom Propheten nicht ausgesprochen ist — da es zu jener Zeit außer den zweihundert Anhängern überhaupt nur Ungläubige gab —, aber zu allen Zeiten unbedingt anerkannt wurde. Alsdann hebt Galli die deutsche Arbeit auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete in der Türkei hervor und die Hindernisse, die den Deutschen bei dieser Arbeit von den Mächten in den Weg gelegt wurden, denen aus eigennützigen Motiven eine schwache Türkei lieber sein mußte als ein starkes osmanisches Reich. Am Schluß seiner Schrift weist der Verfasser mit Recht darauf hin, daß der „Dschihad" seine volle Ausdehnung heute noch nicht erreicht hat, daß aller Voraussicht nach bald auch noch andere mohammedanische Länder dem Rufe des Khalifen folgen werden, wenn auch zum Beispiel wie in Indien die Hemmungen für einen Aufstand sehr bedeutend sind, wie Becker in seiner noch zu besprechenden Schrift mit Recht hervorhebt.

Rud. Tschudi behandelt in einem bei L. Friedrichsen u. Co. (Hamburg) im Druck erschienenen Vortrage „Der Islam und der Krieg" die Frage des Panislamismus, der nach Ansicht des Verfassers heutzutage letzten Endes nur „die vollkommene Gleichstellung der Muslime aller Nationen und ihre Vereinigung in einem einzigen Staate mit theokratischer Regierungsform" sein will Der Verfasser gibt ein anschauliches Bild, in welcher Weise der ganze Islam zusammenhängt, und wie er sich zum Khalifen in Konstantinopel stellt. Tschudi weist schließlich darauf hin — worauf besonders auch Professor C. H. Becker in seiner Schrift „Deutschland und der Islam", (Heft 3 der Sammlung „Der deutsche Krieg") aufmerksam gemacht hat —, daß der Panislamismus keine neue Organisation ist, sondern „ein Gefühl, die Neubelebung der alt-islamischen Ideale als Reaktion auf das Vordringen Europas".

Becker schildert in der oben genannten Broschüre unter anderem auch die deutsche Islampolitik, die trotz aller Verhetzungen der Auslandspresse stets auf Erhaltung und Stärkung der mohammedanischen Staaten gerichtet war, während andere Staaten, insbesondere England, Frankreich und Rußland unaufhörlich an der Untergrabung und Aufteilung dieser Staatswesen gearbeitet haben. Am Schluß seiner Arbeit bespricht der Verfasser dann noch, welche Perspektiven und Folgerungen sich aus der deutschen Islampolitik für den gegenwärtigen Krieg ergeben. Während der Verfasser unserer Ansicht nach mit Recht die Wichtigkeit eines Angriffs auf Ägypten betont, um dort einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen, können wir — wie ja auch die bisherige Entwicklung der Dinge bewiesen hat — ihm nicht ganz zustimmen, wenn er allzuviel Vertrauen setzt auf eine Empörung der mohammedanischen Kaukasier gegen die Russenherrschaft.

Im Anschluß hieran sei auch noch ein interessanter Vortrag „Deutsch-türkische Interessengemeinschaft" genannt, den derselbe Verfasser in Bonn gehalten hat, und der im Verlage von Fr. Cohen (Bonn) erschienen ist.

Eine ganze Reihe kleinerer Schriften von mehr oder weniger Bedeutung und Wert beschäftigt sich mit den deutsch-türkischen Beziehungen. Es ist natürlich nicht möglich und auch nicht nötig, sie alle an dieser Stelle aufzuführen, zumal viele von ihnen dasselbe nur in anderen Worten besagen; nur einige wenige mögen hier kurz erwähnt werden. In der von Jäckh herausgegebenen Sammlung „Der deutsche Krieg" (Heft 13) behandelt Dr. Carl Anton Schäfer die „deutsch-türkische Freundschaft", insbesondere die wirtschaftlichen Hilfsquellen der Türkei und den Anteil deutscher Arbeit an ihrer Ausbeutung und Nutzbarmachung. — In Heft 24 derselben Sammlung gibt ihr Herausgeber Dr. Ernst Jäckh eine kurze Skizze der „deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft". Er hebt besonders die Stärkung der Türkei nach den Balkankriegen trotz oder gerade wegen der Gebietsverluste in Europa hervor und weist die Türkei hin auf eine „asiatische Stärkung, insbesondere gegen Rußland, durch Zuwachs von mohammedanischem Gebiet im Kaukasus und am Schwarzen Meer, auch gegen England, durch Wiedereroberung von Ägypten." Die Auffassung Jäckhs von der Wirkung des Panislamismus auf die nicht türkischen Mohammedaner und des Rufes des Khalifen in Konstantinopel zum „Dschihad" scheint uns etwas zu optimistisch zu sein.

Schließlich sei auch noch auf die Broschüre „Deutschland, die Türkei und der Islam" von Hugo Grothe (Verlag von S. Hirzel in Leipzig) aufmerksam gemacht, in welcher der als Orientschriftsteller bekannte Verfasser eine kurze, interessant geschriebene allgemeine Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen gibt.

In der Sammlung „Der deutsche Krieg" (Heft 39) schildert L. Trampe den „Kampf um die Dardanellen" und weist darauf hin, in welch hohem Maße die Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns mit dem Verbleib Konstantinopels in türkischen Händen verknüpft sind. „Die Dardanellenfrage steht im engsten und ursächlichen Zusammenhange mit der politischen Neugeburt Mitteleuropas." Besonders betont der Verfasser, und zwar mit vollem Rechte, daß die wahren Interessen der Balkanstaaten und auch Italiens ohne Zweifel nur dann zu wahren sind, wenn der bestehende Zustand aufrecht erhalten bleibt und Konstantinopel und die Dardanellen in türkischem Besitz bleiben. Bulgarien hat dies erkannt; in Rumänien dagegen scheint man immer noch nicht ganz einsehen zu wollen, daß „Rußland als Schlüsselhüter des Bosporus für Rumänien heißt: aufgehen in Rußland".

Daß dies allerdings auch in Rumänien von vielen, vom französischen — sagen wir — Einfluß nicht blind gemachten Leuten erkannt wird, ersieht man aus einer höchst interessanten völkerrechtlichen Studie von Dr. Grigore Dendrino, die als Doktorarbeit unter dem Titel „Bosporus und Dardanellen" bei Emil Ebering in Berlin gedruckt ist. Durch die sorgfältigen

Erörterungen läßt der Verfasser des öfteren hindurchblicken, welche Gefahren seinem Vaterlande und Bulgarien drohen, wenn Rußland den Schlüssel zu den Meerengen in den Händen hat. Das außerordentliche wichtige Problem der Meerengen, das schon so manchem Staatsmann arges Kopfzerbrechen bereitet hat, ist in dieser Arbeit wissenschaftlich erörtert. Die Ausführungen des Verfassers, auf die noch an anderer Stelle genauer einzugehen sein wird, dürften unzweifelhaft viel zum besseren Verständnis und zur Klärung dieser interessanten, aber ebenso strittigen Frage beitragen; gerade jetzt, wo Rumänien vor der Entscheidung über sein ferneres Verhalten den kriegführenden Mächtegruppen gegenüber steht, ist diese Arbeit von besonderem Interesse. —

Ein Buch, das bereits vor einigen Jahren bei der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart) erschienen ist, das jedoch durch Ergänzungen bis zur Gegenwart fortgeführt in einer Neuauflage vorliegt, sind die Tagebuchblätter, die der bereits mehrmals hier genannte Orientschriftsteller Dr. Ernst Jäckh während seines Aufenthaltes in der Türkei zur Zeit der jungtürkischen Revolution in den Jahren 1908/1909 geschrieben und unter dem Titel: „Der aufsteigende Halbmond" veröffentlicht hat. Heute, wo die Türkei an der Seite der Zentralmächte den Beweis ihrer inneren Kraft erbringt, werden die lesenswerten Ausführungen des Verfassers über das Erwachen des türkischen Volkes von neuem interessant und beachtenswert.

* * *

In Heft 21 der Sammlung „Der deutsche Krieg" schildert Professor Dr. Georg Kampffmeyer, einer der besten Kenner des nordwestlichen Afrikas und besonders Marokkos, den Einfluß des gegenwärtigen Krieges, insbesondere des Aufrufes des Khalifen zum heiligen Kriege gegen den Dreiverband auf die Länder Nordwestafrikas. Der Verfasser beschäftigt sich zunächst mit Marokko und zeigt, wie hier während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts England politisch der Gegner Frankreichs gewesen ist, bis letzteres schließlich 1904 gegen Aufgabe seiner Ansprüche in Ägypten freie Hand in Marokko erhielt. Alsdann prüft Kampffmeyer die Frage, was wir von der Erhebung des Islams in Nordafrika zu erwarten haben. Algerien und Tunesien seien heutzutage in einem solchen Grade von der französischen Kolonisation durchsetzt, daß es trotz eines vorhandenen teilweisen Hasses — wenn überhaupt — nur zu unbedeutenden, vorübergehenden Schwierigkeiten kommen wird, mit denen die Franzosen bald werden fertig werden. Denn in Algerien fehle überhaupt jegliche nationale Bewegung, und auch in Tunesien stecke dieselbe noch in den Kinderschuhen, so daß für eine erfolgreiche allgemeine Empörung der Mohammedaner gegen die Herrschaft der Franzosen in Nordafrika wenig Aussicht vorhanden ist.

* * *

Zum Schluß sei noch Heft III der von Professor M. J. Bonn im Verlage von Duncker u. Humblot (München) herausgegebenen „Veröffentlichungen der Handelshochschule München" erwähnt, wo in zehn selbständigen Aufsätzen

bekannter Autoren die „Balkanfrage" behandelt wird. Von besonderem Interesse für das hier behandelte Thema sind zwei Arbeiten von Dr. K. Süßheim und von Professor Dr. M. Hartmann. Erstere behandelt den „Zusammenbruch des türkischen Reiches in Europa" und ist besonders beachtens- und lesenswert. Der Verfasser weist darauf hin, daß von den mannigfachen Gründen, die den Niedergang des osmanischen Reiches herbeiführten, besonders hervorzuheben ist, „daß die Türken keinen Wert darauf legten, ihre christlichen Mitbürger an sich zu fesseln", und daß sie Kulturerrungenschaften, welche aus Europa kamen, meist von vornherein von dem Gesichtspunkt aus ablehnten, dieselben würden nach und nach eine vollständige Zerrüttung der mohammedanischen Gesellschaft herbeiführen. Ein weiteres Kapitel des Sündenregisters der osmanischen Regierung bildet ihre Gleichgültigkeit gegen Handel und Gewerbe und der unglaublich rasche Verfall des ehemals stolzen Lehnswesens seit dem Tode des Sultans Suleiman im Jahre 1566. Die Fehler waren zu schwere, als daß Reformversuche auf europäischer Grundlage zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts den Zerfall des osmanischen Reiches in Europa hätten aufhalten können: es beginnt der Abfall und die Loslösung der christlichen Balkanvölker von dem türkischen Staatskörper.

Alsdann schildert Süßheim die im zwanzigsten Jahrhundert einsetzende Revolutionsbewegung und die Kämpfe innerhalb derselben, das Programm der Zentralisten, das auf teilweise Türkisierung der Bewohner der europäischen Türkei und Begünstigung der türkischen Sprache in allen Teilen des Reiches hinauslief, und dasjenige der Dezentralisten, die sich jedoch durch Aufrollung der Frauenfrage bald ganz unmöglich machten. Der Verfasser schließt seine Untersuchung mit der Niederlage im Balkankriege ab: „Die Türkei hat über fünfhundert Jahre lang als Vorstreiterin der kulturellen Ideale des Orients gegen die überlegene Zivilisation des Westens und die Ränke der großen europäischen Mächte Krieg geführt, daß sie in dem Ringen erlag, war fast eine Notwendigkeit. Man muß sich nur wundern, daß sie den Kampf durch so viele Jahrhunderte aushielt."

Die Reformen, die gleich nach den Niederlagen im Balkankriege begannen, haben in unglaublich kurzer Zeit reiche Früchte gezeitigt. Die Loslösung des europäischen Ballastes vom osmanischen Reiche, seine Konzentrierung auf sein Gebiet in Asien und dessen reiche Hilfsquellen waren für eine Gesundung und Erstarkung des „kranken Mannes am Bosporus" Vorbedingung. Dies ist die Quintessenz der Ausführungen, die Professor Hartmann in seinem Aufsatze: „Die Zukunft der Türkei" gemacht hat, und die er mit den treffenden Worten abschließt: „Türken, werdet bescheiden, werdet klein! Erst dann werdet ihr groß werden!"

Die bisherigen Erfolge der Türken und ihre heroische Tapferkeit, die selbst von Engländern und Franzosen unumwunden anerkannt worden ist, lassen hoffen, daß eine neue starke Türkei aus dem Weltbrande hervorgehen wird.

Sonnenaufgang

Mit tausend Armen hing ich an der Welt
Des Augenblicks. —
Daß Tag und Stunde fällt,
Und daß mit Sturz und Blitz und Donnerschlägen
Das ganze Dasein dieses ird'schen Glücks
Mit wildem Krachen aufschlägt und zerschellt,
Das glaubt' ich nicht, da war ich zu verwegen.
Ich wußte nur, . . . damals, ich wußte nur,
Daß um die Höhe eine Sonne stand,
Die goldne Sonne der Glückseligkeit,
Und oben mußten Matten weit und breit
Im tiefen Grün den Tau des Morgens trinken,
Und oben würden Hirtenknaben winken,
Und würden leise auf der Flöte blasen,
Und oben würden bunte Kühe grasen.
So suchte ich dem Steine meine Spur
Zu geben.
Umsonst,
Das war nicht Leben!
Was sich mir da bot,
War nur vom Schein der Sinne überloht,
War nur vom Schein des Augenblicks geblendet,
Und wo ich liebte, war ich schon verschwendet,
Auch auf der Höhe hielt ich nicht die Welt.
Ich sah auch hier, wie Tag in Nacht zerfällt.
Und sah mich wieder hängen an der Erde,
Und fühlte wieder, bleiern werde
Das Ungeheure mich im Fall zerschmettern,
Und — unter den Wettern
Hört' ich wie meine Knochen brachen,
Und um mich war ein Meer von tausend Lachen
Blut, Blut.
Und eine Stimme rief, schwer, milde, gut:
„Steh auf, sei mein, und du wirst wieder dein
Ganzes Wesen in den Händen tragen,

Hier nimm dein Schwert, nun sollst du Feuer schlagen."
Und so gewappnet schritt ich durch die Nacht
Und ließ die Städte in den Tiefen ruhn,
Dort schliefen Menschen, die den Alltag tun,
Durchmaß die Dörfer, die am Berge sind,
Und oben fühlte ich den freien Wind
Mir kühlend um die heiße Stirne gehn.
Und aus der Nacht sah ich den Tag erstehn.

Fritz Köpp

Kriegstagebuch

10. Oktober 1915. Chostow, der neue russische Minister des Innern. — Caranzas Regierung in Mexiko von den amerikanischen Republiken anerkannt.

10. Oktober 1915. Vier feindliche Flugzeuge im Westen von unseren Kampffliegern abgeschossen.

10. Oktober 1915. Russische Angriffe bei Dünaburg, nordöstlich Widsty und östlich Baranowitschi abgewiesen. — Erneute starke feindliche Angriffe von der Armee Graf Bothmer abgeschlagen.

10. Oktober 1915. Der Donauübergang auf der Front Sabac—Gradiste vollendet. Bisherige Beute auf dem serbischen Kriegsschauplatze bei den deutschen Truppen: 14 Offiziere, 1542 Mann, 17 Geschütze, fünf Maschinengewehre. — Beute von Belgrad: neun Schiffsgeschütze, 26 Feldgeschützrohre und zahlreiches sonstiges Kriegsmaterial; zehn Offiziere und 600 Mann. — Die Anatemastellung bei Ram erstürmt.

11. Oktober 1915. Zahlreiche französische Angriffe in Artois und in der Champagne abgeschlagen.

11. Oktober 1915. Die russischen Stellungen westlich Illurt erstürmt.

11. Oktober 1915. Stadt und Feste Semendria genommen.

11. Oktober 1915. Der französische Truppentransportdampfer „Samblin Haver" mit 2000 algerischen Schützen an Bord und ein englischer Transportdampfer im östlichen Mittelmeer versenkt.

12. Oktober 1915. Englische und französische Angriffe abgewiesen. — Ein Teil der französischen Stellung am Westhange des Schratzmännle genommen.

12. Oktober 1915. Russische Angriffe auf der Ostfront abgewiesen. — Dünaburg mit Bomben belegt.

12. Oktober 1915. In Serbien südlich Belgrad die Straße Pozarevac—Gradiste überschritten. — Die Bulgaren greifen die Serben auf der Front von Knjazevatz an.

13. Oktober 1915. Delcassé tritt zurück; Viviani französischer Minister des Äußern.

13. Oktober 1915. Englischer Angriff auf der Front von Ypern und Loos abgeschlagen; ebenso mehrere französische Angriffe südlich von Angres und in der Champagne.

13. Oktober 1915. Russische Angriffe bei Dünaburg abgewiesen. — Die Russen aus Gajworonka und über die Strypa zurückgeworfen. — Westlich und südwestlich Illuxt 650 Gefangene, drei Maschinengewehre erbeutet.

13. Oktober 1915. Die Werke der West-, Nord-, Ost- und Südostfront des festungsartig ausgebauten Ortes Pozarevac genommen. — Weitere befestigte Stellungen südöstlich Belgrads von den österreichisch-ungarischen Truppen gestürmt.

13. Oktober 1915. Italienische Angriffe in den Alpen und an der küstenländischen Front abgewiesen.

14. Oktober 1915. Oestlich Auberive in der Champagne 56 Offiziere und 300 Mann gefangen.

14. Oktober 1915. Südlich der Chaussee Dünaburg—Nowo-Alexandrowsk Angriffe der Russen unter ungewöhnlich schweren Verlusten zurückgeworfen. — Minsk mit Bomben belegt.

14. Oktober 1915. Südlich Belgrad und Semendria 450 Serben gefangen, drei Geschütze erobert. Pozarevac gestürmt. — Die bulgarische erste Armee nimmt die Paßhöhen zwischen Belogrodosk und Knjazewac.

15. Oktober. England erklärt Bulgarien den Krieg. — Italienischer Truppentransport-Dampfer auf der Fahrt nach Mudros torpediert.

15. Oktober. In der Champagne östlich Auberive 11 Offiziere, 600 Franzosen gefangen. — Scheitern französischer Angriffe bei Souain le Mesnil und südlich Leintrey unter erheblichen Verlusten. — Erfolgreicher deutscher Angriff am Hartmannsweilerkopf; 5 Offiziere, 226 Franzosen gefangen; 1 Kanone, 6 Maschinengewehre erbeutet.

15. Oktober. Scheitern russischer Angriffe bei Dünaburg, Wesselowo und nordöstlich und südlich Smorgon.

15. Oktober. In Serbien die Ostwerke von Zajezar von den Bulgaren genommen. — Vorstellungen von Pirot erobert.

16. Oktober. Russen östlich Mitau aus ihren Stellungen, nördlich Groß-Eckau über die Wisse zurückgeworfen. — Starke russische Angriffe bei Dünaburg, südlich Smorgon und am Kormynbach abgeschlagen.

16. Oktober. Das ganze Höhengelände südlich Belgrad besetzt, der Avalaberg genommen. — Bulgaren überschreiten den unteren Timok; Erstürmung des Glogovica-Berges. — Bisher 68 Geschütze erobert.

16. Oktober. In den letzten Tagen 7 größere feindliche Schiffe im Mittelmeer torpediert (zusammen ca. 26500 Tonnen). — Blockade der bulgarischen Ägäisküste.

17. Oktober. Deutscher Fliegerangriff auf Belfort. — Abweisung englischer Angriffe bei Vermelles, französischer Angriffe bei Tahure.

17. Oktober. Russische Stellung westlich Illuxt genommen. — Rückzug der Russen am Kormynbach.

18. Oktober. Südlich Riga mehrere russische Stellungen erstürmt; die Düna östlich Borkowitz erreicht. — Am Styr Russen bei Boguslawka und Kulowice abgeschlagen.

18. Oktober. An der Isonzofront zahlreiche Angriffe der Italiener abgeschlagen.

18. Oktober. In Serbien Obrenovac genommen. Die Höhen bei Branic, südlich Ripanj und Grocka erstürmt. — Armee Gallwitz erkämpft Gegend westlich Seone und die Orte Bodanj und Mala Krsna. — Vordringen der Bulgaren gegen Zajecar und den Kessel von Pirot. Branje genommen; Linien Egri—Palanka—Stip überschritten.

19. Oktober. Russische und französische Kriegserklärung an Bulgarien.

19. Oktober. In der Champagne bei Prunay 4 Offiziere, 364 Franzosen gefangen, 8 Maschinengewehre erbeutet.

19. Oktober. Österreicher dringen auf Sabac vor. — Südlich Lucica—Bozevac Serben erneut geworfen. — Bulgaren besetzen den „Sultan-Tape". Beim Vormarsch auf Kumanovo 2000 Serben gefangen, 12 Geschütze erbeutet. — Stip und Radowist von Bulgaren besetzt.

20. Oktober. Die Serbische Regierung verlegt ihren Sitz nach Kraljevo.

20. Oktober. Dünaufer von Borkowitz bis Versemünde gewonnen. — Kämpfe bei Czartorysk: Zurückgehen eines Teiles einer deutschen Division in rückwärtige Stellung, dabei 6 Geschütze verloren.

20. Oktober. Serben aus der starken Stellung südlich und östlich Ripanj geworfen. Linien Stepojevac—Leskovac—Beba erreicht. — Vordringen auf Ranovac. — Österreicher besetzen Sabac. — Bulgaren kämpfen bei Negotin; Straße Zajecar—Knjazevac erreicht. Bulgaren nähern sich Pirat auf Schußdistanz.

20. Oktober. Englischer Transportdampfer bei der Insel Wight versenkt.

21. Oktober. Russische Angriffe bei Sadnve und Baranowitschi abgeschlagen. — Russen durch Flankenangriff bei Czartorysk zurückgeworfen.

21. Oktober. Dritter Durchbruchsversuch der Italiener im Küstenland. Die Italiener verlustreich zurückgeschlagen.

21. Oktober. Armee Köveß erreicht Linie Arnajewo bis Slatinaberg; Armee Gallwitz dringt bis Salevac, Savanovac und Trnovca vor. — Weiteres Vordringen der Bulgaren: Kumanovo besetzt, Vales genommen. Serben südlich Strumitza über den Vadar geworfen.

22. Oktober. Landung schwacher russischer Kräfte bei Domesnees an der Nordspitze Kurlands. — Abweisung russischer Angriffe bei Sadewe und am Oginsky-Kanal. — Kulli bei Czartorysk genommen.

22. Oktober. Drinaübergang bei Visegrad erzwungen. — Erstürmung der serbischen Stellungen zwischen Lukavica und Kosmaj-Berg; desgleichen in Linie Aleksandrovac—Orljevo; 600 Serben gefangen. — Bulgaren besetzen Negotin und Rogljevo.

23. Oktober. Feindliche Angriffe bei Souchez abgewiesen. — Englisches Truppenlager Abbeville und Verdun mit Bomben belegt.

23. Oktober. Die bei Domesnees gelandeten Russen werden auf die Schiffe zurückgeworfen. Russische Stellungen bei Schloßberg und Illurt erstürmt: 18 Offiziere, 2940 Russen gefangen; 10 Maschinengewehre erbeutet. — Russische Stellungen bei Komarow genommen.

23. Oktober. Scheitern italienischer Angriffe an der Dolomiten- und Kärntner Front.

23. Oktober. Armee Gallwitz erreicht Linie Palanka—Rapinac — nördlich Petrovac—Ranovac.. — Donau bei Orsova überschritten; Bergland westlich Kladowo vom Feinde gesäubert. — Der Timok überschritten. — Usküb von den Bulgaren erobert.

23. Oktober. Der große Kreuzer „Prinz Adalbert" bei Libau von einem feindlichen Unterseeboote zum Sinken gebracht.

21. Oktober. Französische Angriffe bei Tahure und Le Mesnil abgeschlagen.

24. Oktober. Scheitern russischer Angriffe bei Kekkau und nordwestlich Dünaburg. — Westlich Komarow russische Stellung auf $4^1/_2$ Kilometer Breite erobert.

24. Oktober. Tanmava-Übergänge nordwestlich Ub besetzt. — Sip an der Donau erreicht. — Bulgaren erstürmen den Kamm zwischen dem Drenovoglava und Mikrovac.

24. Oktober. Französisches Transportschiff im Ärmelkanal und englischer Transportdampfer „Marlebbi" bei Saloniki torpediert. — Italienischer Postdampfer „Scilla" im Ägäischen Meere versenkt.

25. Oktober. Nordöstlich Souchez französische Angriffe abgewiesen.

25. Oktober. Illuxt-Abschnitt nördlich Illuxt überschritten. — Scheitern russischer Angriffe östlich Baranowitschi und südlich des Wygonowskoje-Sees. — Feindliche Stellungen östlich Kukli gestürmt; 1450 Gefangene, 10 Maschinengewehre erbeutet

25. Oktober. Höhenlinie Gora—Panos (östlich Visegrad) erreicht.

25. Oktober. Heftige italienische Angriffe an den Brückenkopfstellungen von Görz und Tolmein verlustreich abgewiesen. — Venedig mit Bomben belegt.

26. Oktober. Kleinere Gefechte an der Straße Lille—Arras und nordöstlich Massiges. — 3 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

26. Oktober. Russische Stellung südlich Eisenbahn Abeli—Dünaburg in 2 Kilometer Breite genommen.

26. Oktober. Dobrun von Österreichern genommen. — Heeresgruppe Mackensen erreicht Linie Baljevo—Morawci—Topola—die Jasenica. — In Kladovo 12 schwere serbische Geschütze erbeutet. — Unmittelbare Verbindung mit den Bulgaren hergestellt.

27. Oktober. Neue Fortschritte bei Grabunowka; Kirchhof von Szaszali genommen. — Rudka erstürmt.

27. Oktober. 2033 Gefangene seit 23. 10. von Armee Gallwitz gemacht. — Zajezar, Knjazevac genommen. — 2 russische Linienschiffe vor Varna versenkt.

28. Oktober. Pirot von den Bulgaren genommen. — Heeresgruppe Mackensen erreicht allgemeine Linie Slavkovica—Rudnik—Cumic—Batocina. Stellungen beiderseits der Resava gestürmt; 1800 Gefangene.

28. Oktober. Angriffe von 2 italienischen Armeen blutig abgewiesen.

28. Oktober. Englischer Panzerkreuzer Argyll vernichtet. — Russen beschießen Burgas.

29. Oktober. Bundesratsverordnungen betreffend Regelung der Lebensmittelfrage. — Rücktritt des Kabinetts Viviani.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6513.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Binnenmeerpolitik in den Ozeanen

Von Dr. Karl Mehrmann

Die Freiheit der Meere ist ein Programmpunkt der deutschen Politik geworden; Kaiser und Kanzler haben sie als ein erstrebenswertes und erreichbares Ziel dieses Krieges hingestellt. Es gab bisher nur eine Macht, die sie bedrohte. England gefährdete sie durch den rücksichtslosen Eigennutz, mit dem es seinen Anspruch auf Vor-, wenn nicht auf Alleinherrschaft durchzusetzen suchte. England hat in diesem Kriege bewiesen, daß es keine Fessel des Völkerrechtes anerkennt; es beugt sich nur der Macht der Tatsachen. Soll daher in Zukunft wirklich die Freiheit der Meere hergestellt werden, so muß ein solcher Tatsachenbestand geschaffen werden, daß die britische Willkür nicht mehr das Recht der anderen auf freie Seefahrt anzutasten wagt.

Während Großbritannien auf dem Festlande die Politik des Gleichgewichts als Mittel für die Friedenserhaltung hinstellte, hat es sich mit Händen und Füßen gegen den Gedanken einer Gleichgewichtspolitik auf den Weltmeeren gesträubt. Indem es ihm gelang, auf den Ozeanen seine militärische Überlegenheit nicht bloß zu behaupten, sondern auch den anderen Staaten glaubhaft zu machen, schuf es für sich die Grundlage einer Vorzugsstellung, von der aus es das angebliche Kräftegleichgewicht auf dem Festlande zur Phrase und sich zum Herren der Geschicke Europas machen konnte. Soll es eine wirkliche Gleichgewichtspolitik auf dem europäischen Festlande geben, so ist das nur unter zwei Voraussetzungen möglich: England wird als Insel- und wegen seines Kolonialbesitzes überwiegend exotischer Staat von der Staatengesellschaft des Festlandes ausgeschieden, und es wird neben dem Gleichgewicht auf dem Festland auch ein solches an und auf der See herausgebildet. Der erste Weg führt nur halb zum Ziel, da er die Seefahrt in britischen Fesseln läßt. In der zweiten Richtung wirkt einmal die Erhöhung der Flottenstärke der nicht im

britischen Interessenkreis befangenen Staaten, dann eine Umgestaltung der Besitzgruppierungen an den Rändern und im Innern der Weltmeere.

Diese Umgruppierungsmöglichkeiten bestimmt zu bezeichnen, ist heute wohl kaum schon möglich, solange die Erörterung der Kriegsziele verboten ist. Aber sie läßt sich erkennen, wenn bei einem Gang um die Erde klar wird, wo überall und wie sehr in den Weltmeeren der britische Einfluß der überlegene und der vorherrschende ist. Er tritt am deutlichsten hervor, wenn man sich von dem Gedanken der Unendlichkeit der Ozeane befreit und einsieht, daß die angeblich offenen Weltmeere in der Tat nichts anderes als Gruppen von Binnenseen sind. Aus dem Charakter der Ozeane als Systeme kettenartig ineinander verschlungener Binnenmeere erhellt dann aber auch, unter Benutzung einiger Schlußfolgerungen, wie die von mir gewünschte Umgruppierung zur Herstellung eines Gleichgewichtes der Seemächte möglich ist. Denn das Wesentliche und Wichtige ist, daß diese das Erdenrund umschließende Seenkette den Weg bezeichnet, der die Hauptstraße der Weltschiffahrt ist. Der Schiffsverkehr bevorzugt notgedrungen die Linie, auf der sich bewohnte und bewohnbare Gebiete am dichtesten zusammendrängen.

Nimmt man den Nordseebereich als den geographischen und wirtschaftspolitischen Mittelpunkt in der großen Masse der Erdfeste, — was er tatsächlich ist — so findet man, daß dieses Weltzentrum an den Rand des Atlantischen Ozeans gerückt ist. Der Binnenseecharakter der Nordsee ist ja unbezweifelt. Nur der Ärmelkanal und der Ausgang bei den Shetlandsinseln stellen die Verbindung mit dem Weltmeere her. Der dritte Ausweg zwischen Jütland und Norwegen führt in ein schlauchartiges Anhängsel der Nordsee, in die Ostsee. Solche seitliche Ausstrahlungen von Binnenseen finden wir auf unserer Fahrt um die Erde noch mehr als Abfuhrwege und Zubringer aus und nach dem Festlandsinnern. Sie zeigen meist eine reiche Gliederung auf. Die Ostsee bildet vom Skagerak und Kattegat an mit Hilfe der dänischen, der Oland-, Gotland-, Ösel-, sowie der Alands-Inselgruppen und -Inselreihen einen Bestand von zusammenhängenden Seebecken, die ihrerseits in den verschiedenen Meerbusen wieder Seitenanhängsel haben. Die Nordsee selbst entbehrt der feineren Gliederung am meisten. Die friesischen Inseln und Helgoland liegen den Küsten zu nahe, um die Rolle des Zerlegers spielen zu können. Um so stärkere Bedeutung bekommt die große Quergruppe der britischen Inselwelt als Beherrscher der beiden Ausgänge in das Weltmeer.

Der Atlantische Ozean löst sich zunächst in zwei große Systeme auf, ein nördliches und ein südliches. Die Scheidelinie zieht sich etwa vom Kap Verde über die gleichnamigen Inseln nach Pernambuco. Das nördlich dieser Schranke liegende System gliedert sich wiederum, und zwar befindet sich ein nördlicher Binnensee zwischen der Linie, die von den britischen Inseln über die Faröer, Island, Süd-Grönland nach den Neufundlandsinseln geht, und der, die von der Pyrenäenhalbinsel über die Azoren nach Neu-Fundland läuft. Ein östliches Binnenmeer wird von der pyrenäischen Halbinsel und Nordwestafrika, den

Verdeschen Inseln und den Azoren begrenzt, ein westliches von Neu-Fundland, den Bermudas, St. Thomas, Venezuela und dem mittelamerikanischen Festland. Dieses zuletzt genannte Binnenmeer zerfällt wiederum in das mexikanische und karaibische. Ein mittlerer Binnensee des nordatlantischen Beckens liegt dann zwischen den Azoren und den Bermudas. Als große Begleiterscheinungen dieses nordatlantischen Systems sehen wir im Norden die von Grönland bewerkstelligten Teilungen des Eismeeres, das jedoch in der Gegenwart politisch noch ebensowenig zu bedeuten hat wie sein Gegenstück auf der südlichen Halbkugel.

Das südatlantische Becken ist in seiner unförmlichen Trichtergestalt nicht reich an Organen. Das ist eine Eigentümlichkeit, die es mit den großen Weltmeeren der südlichen Erdhälfte gemein hat. Auch die Weitung nach Süden ist eine Eigenschaft, in der das südatlantische System mit dem Indischen und dem Stillen Ozean übereinstimmt. Bei allen dreien sind die Ausgänge nach Norden verhältnismäßig schmal. Infolgedessen kommt ihr nördlicher Teil verkehrspolitisch stärker in Betracht als ihr südlicher.

Der südatlantische Organismus umfaßt zunächst ein Seendreieck zwischen den Verdischen Inseln, dem brasilianischen Landvorsprung bei Pernambuco und der afrikanischen Ausbuchtung der Guinea-Küste. Daran fügt sich südlich das Meerstück vom Golf von Guinea bis zum Kap der Guten Hoffnung. Seine recht unbestimmte Westgrenze besteht aus den Ascension-Inseln und St. Helena. Der ungeheuere Rest ist zwischen der Linie Pernambuco—Ascension—St. Helena im Norden und der Strecke: Kap der Guten Hoffnung, Tristan da Cunha, Süd-Georgien, den Falklands-Inseln und Kap Horn ausgedehnt.

Der Verkehr um das Kap Horn aus dem Atlantischen nach dem Stillen Ozean wird mit der Eröffnung des Panamakanals an Bedeutung einbüßen. Das größte Weltmeer der Erde wird ebenfalls in eine nördliche und südliche Hälfte zerlegt, und zwar durch die Linie, die über die Hawai-, Marschall-, Karolinen- und Philippinen-Inseln nach Formosa läuft. Im nördlichen Teil kommt das durch die Aleuten abgesplitterte Stück zwischen Alaska und Ostsibirien wenig in Betracht. Daran hängt sich westlich ein von der sibirischen Küste, der Halbinsel Kamtschatka, den Kurilen, der japanischen Inselgruppe und Korea umrahmtes Binnenmeer, das durch Sachalin halbiert wird. Nach Südwesten reiht sich daran das Gelbe Meer. Noch weiter nach Süden folgt das fast kreisrunde und durch den indischen Archipel arg zerklüftete Becken zwischen Indo-China und Australien. Der große Rest des nördlichen Systems des Stillen Ozeans ist eine einförmige, nicht weiter mit Zwischenfächern versehene Mulde. Das südliche System dagegen hat sich reicher entfaltet. Gleich östlich stößt an das Binnenmeer des indischen Archipels ein solches zwischen den Philippinen, Neu-Guinea, den Bismarck-Inseln sowie den Marschall-, Karolinen-, Mariannen- und Palau-Inseln. Südlich davon liegt ein Seebecken zwischen Neu-Guinea, Australien, Tasmanien, Neu-Seeland und Neu-Kaledonien. Es wird durch den Vorsprung, der sich gegen die Buchtung von Queensland richtet,

nicht ganz halbiert. Östlich der Linie Neu-Seeland—Hebriden—Bismarckarchipel reicht nach Sonnenaufgang ein Binnensee bis zu den Gesellschaftsinseln und Tahiti, der durch Inseltrümmer angefüllt ist. Das nächste Binnenmeer nach Osten hin nimmt einen ziemlichen Raum ein; es wird von den Gesellschaftsinseln, den Paumotu-, Patcairn-, Galapagos-Inseln und der Halbinsel Kalifornien eingerahmt. Ein langgestrecktes Meerstück klemmt sich zwischen die Galapagos-Inseln, Juan Fernandez und die Küste von Chile. Der Rest des Stillen Ozeans südlich der Linie Neu-Seeland—Juan Fernandez steht ohne weitere Teilung im Westen mit dem Indischen Ozean in Verbindung.

Dieses Weltmeer zeigt eine außerordentlich geringe Zerteilung. Nach Süden wird durch die Tüpfelchen der St. Paul- und Neu-Amsterdam-Inseln sowie die Kerguelen-, Crozet- und Prinz-Eduard-Inseln ein Abschluß angedeutet. Zwischen dieser Südgrenze, Madagaskar und Südafrika dehnt sich eine ungeheuere Wasserwüste, der nur nach Nordosten zu das weite Becken zwischen Madagaskar—Mauritius, dem Chagos-Archipel und den Keeling-Inseln, Java—Australien gleichkommt. Ihm ist im Norden wie eine Kappe das Dreieck aufgesetzt, das im Rahmen Chagos-Archipel—Keeling-Inseln, Sumatra—Malakka, Vorderindien—Maldivien-Inseln liegt und mit dem Meerbusen von Bengalen endigt. Die leichte Einschnürung dieses Dreiecks zwischen Ceylon und der Landspitze von Sumatra genügt nicht, um dem Golf von Bengalen den Charakter eines eigenen Binnensees zu verschaffen. Die Insel Madagaskar schiebt sich wie ein breiter Querriegel mitten durch das Seebecken, das sich östlich Südafrikas bis zu den Inselhaufen erstreckt, die durch die Reunion-, Mauritius-, Albatros-Inseln, die Seychellen, Aldabra und den Camoren bezeichnet werden. Daran stößt im Norden der Seychellen ein neues großes Dreieck, dessen westlichen Schenkel Ostafrika, die Insel Sokotra und der Südosten Arabiens, dessen östlichen die Chagras-, Maldiv- und Lakadiv-Inseln sowie die Südküste Asiens bilden. Die Sackgasse des persischen Golfs ist in nordwestlicher Richtung lose angeknüpft.

Ein ähnlich gearteter, in gleicher Himmelsrichtung gelagerter Sack ist das Rote Meer, aber seit der Öffnung des Suezkanals keine Sackgasse mehr, sondern eine Verkehrsstraße ersten Ranges. Sonst jedoch ist die Ähnlichkeit mit dem Persischen Golf außerordentlich groß. Wie dieser durch den arabischen Vorsprung gegen Bender Abbas, wird das Rote Meer durch die Spitze von Aden halbiert.

Auf dem Kanal von Suez kommen wir in das kleinste, aber wunderbarste Binnenseesystem. In das des Mittelmeeres. Vor der Durchstechung des Suez-Isthmus war es der Blinddarm des Atlantischen Ozeans. Heute ist es das Hauptstück der Weltschiffahrtsstraße. Italien, Sizilien und Tunis zerschneiden es in ein Ost- und ein Westbecken. Im Ostbecken besorgen die griechische Halbinsel, Kreta und das Barka-Plateau die Halbierung. Die östliche Hälfte des Ostbeckens umfaßt einen größeren Teil zwischen Kreta, Kleinasien, Syrien und Nordafrika sowie im Norden davon den griechischen Archipel und noch nördlicher

das Ägäische Meer. An dieses stößt östlich das Marmarameer; es führt in die magenartige Höhlung des Schwarzen Meeres, das für den Süden Europas dieselbe Rolle spielt wie die Ostsee für den Norden. Der Westteil des Ostbeckens wird von Italien, der Balkanhalbinsel, Kreta und der nordafrikanischen Küste umschlossen. Die Rolle des Zubringers spielt hier das Adriatische Binnenmeer, auf dem der Weg aus Mitteleuropa durch die Jonische Binnensee in die südlich gelegene Schale des westlichen Teils des Ostbeckens führt.

Das Westbecken des Mittelmeeres weist eine deutliche Dreiteilung auf. Der südliche Teil dehnt sich schlauchartig zwischen der sizilischen Meerenge und der Straße von Gibraltar aus. Seine Nordgrenze wird durch die Südküste Sardiniens und die Belearen bezeichnet. Darauf lagern das Dreieck des Tyrrhenischen Meeres und die spanisch-französische See nördlich der Belearen und westlich von Sardinien und Korsika, die sich mit dem Golfe von Lion in das Festland der Biscayschen See entgegen bohrt. Mit der Straße von Gibraltar wird der Ring der Binnenmeere um die Erde geschlossen.

In der Nordsee, dem Mittelpunkt der Erdfeste, ist das Deutsche Reich tief in den östlichen Winkel hineingedrückt. Es hat an beiden Ausgängen nach der Nordsee keinen Stützpunkt. Mit seiner überlegenen Flotte hat England für beide Tore den Schlüssel in der Hand. Man könnte behaupten, daß Rußland in der Ostsee in gleicher Weise uns gegenüber benachteiligt sei. Aber unsere Machtstellung an diesem Binnensee ist doch nicht die gleich günstige, wie sie England an der Nordsee hat. Denn der einzige natürliche Ausgang aus der Ostsee, der Sund, liegt nicht in unserem Hoheitsbereich. Wir haben uns selbst einen künstlichen Ausweg aus dem Ostseesack schaffen müssen durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Im Atlantischen Ozean geht die Fahrt nach Amerika durch das Becken, das von England, Frankreich und der Pyrenäenhalbinsel im Osten, durch die Azoren und Bermudasinseln im Süden, durch Neufundland und Kanada im Norden und durch die Vereinigten Staaten im Westen eingerahmt wird. In diesem Gewässer hat Deutschland keinen einzigen Stützpunkt, aber auch nicht einmal einen zuverlässigen, unbedingten Freund. England und sein Anhang haben hier eine übermächtige Vorzugsstellung. Nicht viel besser ist es an den übrigen Binnenseen des atlantischen Systems. An der Küste Marokkos hat uns Englands Eifersucht die Niederlassung verrammelt. Kamerun ist abseits gepreßt und Südwestafrika mit natürlichen Schutzhäfen allzu stiefmütterlich bedacht.

Die Durchfahrt durch Mittelamerika ist unserer Einwirkung ganz entzogen, nicht aber der britischen und französischen, die sich von westindischen Inseln aus immerhin geltend machen kann.

Etwas freigebiger hatte uns die geschichtliche Entwicklung im Stillen Ozean mit Kolonien bedacht. Wir hatten im Norden Kiautschau, saßen in der Südsee auf Neu-Guinea, dem Bismarckarchipel und Samoa und verfügten auf der Scheide zwischen beiden Meereshälften über die ziemlich langgestreckte Inselreihe von den Marschall- bis zu den Palauinseln. Aber die Übermacht einmal

des Landgebiets der Vereinigten Staaten, dann unserer Gegner England, Rußland und Japan war erdrückend.

Hielt sich unser Besitz im Großen Ozean wenigstens in der Nähe der großen Verkehrsstraße, so ist er im Indischen Ozean mit seiner unermeßlichen Wasserwüste stark zur Seite geschoben. Wir besitzen hier nur mit Hilfe unserer türkischen Freunde, die in Arabien sowohl das Rote Meer wie den persischen Golf flankieren, wertvolle Zukunftsmöglichkeiten, die der Verbindung Englands mit seinem reichsten Kolonialland Indien gefährlich werden können. Auf uns allein gestellt, vermögen wir mit unserer tapferen Kolonie Ostafrika gegenüber dem englischen Massenbesitz an den afrikanischen und asiatischen Küstenrändern nicht aufzukommen. Man kann ruhig behaupten, daß, bei der früheren Schwäche und Nachgiebigkeit der Türkei, der Indische Ozean bis zum Kriegsausbruch ein rein britischer Binnensee war. Und erst recht das Rote Meer, das, zwischen englischem, italienischem und türkischem Hoheitsrecht eingeschachtelt, solange die unbestreitbare Domäne unserer jetzigen Gegner ist, als Arabien noch nicht durch genügend Bahnbauten fest an das Stammland der osmanischen Militärmacht gekettet ist.

Im Mittelmeer entsprach der reichen Landgliederung die Vielgestaltigkeit der staatlichen Machtbereiche. Aber da England die Klinke der Tore des Mittelmeeres, bei Gibralter, Malta und Port Said, in der Hand hat, da es mit Hilfe des verbündeten Frankreich und Italien von Europa und von Afrika aus, da es von Cypern her auch im vorderasiatischen Bereich das Mittelmeer beherrscht, so hat sich heute an der Stelle der Buntheit von Herrschgewalten eine bedauerliche Einförmigkeit breit gemacht. England ist der alleinige Herr wie des Indischen Ozeans so auch des Mittelmeeres. Deutschland hat Zutritt zu diesem Binnensee nur durch das ihm verbündete Österreich-Ungarn; es wird ihn sich schaffen durch eine Verbindung auf dem Balkanwege und durch das Schwarze Meer mit dem osmanischen Reiche. Aber Österreich-Ungarn ist heute noch in die äußerste Ecke der Adria gebannt. Der Krieg wird das Seinige tun, um die Habsburgische Monarchie an der Adria auf eine breitere Grundlage zu stellen. Mitteleuropa kann ein feindliches Italien auf die Dauer nicht ertragen. Das besiegte Italien wird die notwendigen Bürgschaften für dauernde Bewegungsfreiheit in der Sackgasse der Adria und durch die Straße von Otranto liefern müssen. Österreich-Ungarn und die Türkei verschaffen uns nur den Zutritt zum Ostbecken des Mittelmeeres. Ein zu den mitteleuropäischen Mächten so oder so wieder in engere Beziehung gebrachtes Italien gibt uns auch die Berührungsfläche mit dem Westbecken des mittelländischen Meeres. Es muß ein Italien geschaffen werden, daß dem es vergewaltigenden Einfluß Englands für immer entzogen ist.

Die britische Vorherrschaft im Mittelmeer bringt überhaupt eine vollständige Verschiebung der englischen Stellung zum europäischen Festland. England als Inselstaat ist von der großen Landmasse Europas abgesondert. England als

Kolonialreich hat seinen wirtschafts- und machtpolitischen Schwerpunkt außerhalb unseres Weltteils. Soll Europa und soll die Erdringstraße von der Übermacht Großbritanniens befreit werden, so darf es dreierlei fernerhin nicht mehr geben: 1. daß England nach seinem Belieben die Nordsee und das Mittelmeer sperrt; 2. daß der Indische Ozean ein britischer Binnensee bleibt; 3. daß im Stillen Ozean eine Mächtegruppe mit britischem Interesseneinschlag das Übergewicht besitzt. Durch militärische und diplomatische Mittel muß der Erhaltung dieser drei Zustände entgegengewirkt werden. Die Rückkehr zum Statusquo vor dem Kriege würde die Verheißung des Reichskanzlers von der Freiheit der Völker und von der Freiheit der Meere zu einem leeren Wort machen.

Wie das Deutsche Reich die Niederlande verlor

Von Otto Cartellieri

(Fortsetzung)

Mit der Regierung Johanns ohne Furcht (1404—1419) beginnt die flandrisch-brabantische Frage wieder einen Abschnitt. Das Verhältnis des Grafen-Herzogs zu den Mächten verschiebt sich. Der Gegensatz zu Deutschland, immer noch latent, bleibt wie zuvor. Aber England wird aus dem Feind ein Freund, mehr oder minder offen. Und Frankreich, der bisherige Freund und Beschützer, wird sein Feind! Johann trägt die Waffen gegen das Land, von dem sein Vater ausgegangen ist. Eine merkwürdige Fügung der Dinge läßt alte Zeiten wieder aufleben, da der flandrische Löwe gegen die Lilien kämpfte, läßt den Grafen-Herzog das Gleiche erstreben wie seine Untertanen. Es beginnt der unvermeidliche Ablösungsprozeß. Das Herzogtum Burgund, das dem Geschlecht, das der Staatsbildung den Namen gibt, tritt immer mehr in den Hintergrund. Flandern wird das Kernland des burgundischen Staates und beginnt mit der französischen Krone den Kampf um seine Unabhängigkeit. Dahin hat vor allem der Parteihader geführt, der nach dem Tode Philipps des Kühnen in Frankreich ausbrach. Indem der Herzog Ludwig von Orléans wie früher den Vater, so jetzt den Sohn von dem ersten Platz am Königshof zu verdrängen suchte, so mußte sich Johann häufig, um Geld zu erhalten, an seine flandrischen Untertanen wenden. „Le pays de Bourgogne n'a point d'argent; il sent la France," sagte später einmal Karl der Kühne. Burgund lieferte die Soldaten zum größten Teil, Flandern aber das Geld. Bewilligten aber die

Flandrer die hohen Summen, dann stellten sie natürlich als Gegenleistung die Erfüllung ihrer Wünsche zur Bedingung. Um die Flandrer willfährig zu machen, setzte Johann trotz jahrelanger Kabalen des Gegners einen flandrisch-englischen Handelsvertrag durch (im Jahre 1407), der auch im Falle eines französisch-englischen Krieges galt und damit die ersehnte Neutralität brachte. Das war ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege der Selbstbestimmung.

Als Johann bald danach nach der Art eines Rinascimento-Principe Ludwig von Orléans durch Meuchelmord aus dem Wege schaffte, als im Anschluß daran der Bürgerkrieg ausbrach, der die Burgundischen und die Armagnaken jahrzehntelang wie Bestien aufeinander hetzte, wurde Johann immer näher an England herangedrängt. Geheimverträge entstanden. In der dritten furchtbaren Entscheidungsschlacht des Hundertjährigen Krieges, auf dem Felde von Azincourt fehlte das Banner des Herzogs-Grafen von Burgund-Flandern!

Johann wollte das „bien public" von Frankreich verteidigen, er kämpfte mit Tat und Wort um die Vorherrschaft in Frankreich. War er sich selbst darüber klar, daß er gleichzeitig die Befreiung Flanderns vom französischen Einfluß durchführte? In ihrer sinnlosen Parteiwut sahen die Armagnaken nicht, daß sie vom Standpunkte Frankreichs viel Schlimmeres anrichteten als Johann mit seiner Gewaltherrschaft. Indem sie ihn aus Frankreich herauswerfen wollten, zwangen sie ihn zum Anschluß an England, halfen sie ihm selbst die Macht gründen, die wiederholt die französische Monarchie an den Rand des Verderbens bringen sollte.

Johann ohne Furcht ward gleichfalls ermordet. Da die Untat mit Billigung des Dauphin, des nachmaligen Königs Karl des Siebenten, geschah, konnte Johanns Sohn und Erbe, Philipp der Gute (1419—1467), offen und ehrlich mit England gehen. Paris, damals schon ausschlaggebend für viele im Reich, Paris und ein großer Teil des Landes standen hinter ihm. Erst als die Jungfrau von Orléans die Truppen des „noble dauphin" von Sieg zu Sieg geführt hatte, erst als der „König von Bourges" durch die Salbung und Krönung in Reims seinem Volke als der wahre König erschien, wurde das burgundisch-englische Bündnis gelöst.

Auf einem europäischen Friedenskongreß, wie ihn die Welt bislang nicht gesehen hatte, in Gegenwart der Gesandten des Papstes, des Konzils von Basel, aller bedeutenden Könige und Fürsten, geruhte Herzog Philipp zum Gehorsam gegen seinen Lehnsherrn zurückzukehren. Niemals konnte das französische Königtum die Demütigung vergessen, die es damals in Arras erlitt, niemals ist es wieder zu einem aufrichtigen Einverständnis zwischen der Krone und dem Herzog-Grafen gekommen. Philipp konnte nicht an Stelle des Königs in Frankreich regieren, wie es der Großvater lange Jahre getan hatte. Unter dem König sein, als erster Pair und Vasall am Hofe ihm aufwarten, wollte

der Mächtige nicht, der selbst zum König geboren zu sein schien. Er wußte, was er tat, als auch er sich von Gottes Gnaden nannte, als auch er einen Orden stiftete, das Goldene Vließ, mit dem der Kaiser, mit dem Könige sich schmückten.

Losgelöst von Frankreich, auf sich selbst gestellt, konnte und mußte der Fürst dasjenige Gebiet weiter ausbauen, das sein wichtigstes Bollwerk darstellte, das mit Freuden alle Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützte, gegenüber Frankreich sowohl als auch gegenüber Deutschland.

Die flandrisch-brabantische Frage wird unter Philipp dem Guten zur niederländischen. Die politische Konstellation verändert sich wieder. England, im Laufe der Jahre fast ganz vom Festlande vertrieben, durch innere Wirren gelähmt, muß auf jede Aggressive verzichten und kommt zunächst für die Grafen-Herzöge weder als gewichtiger Gegner noch als wertvoller Bundesgenosse in Betracht. Gefahr droht jetzt außer von Frankreich noch von Deutschland.

Trotz der Kämpfe in Frankreich hatten die burgundischen Diplomaten die deutsche Westgrenze nicht außer acht gelassen und gingen noch weiter auf Eroberungen aus. Immer rücksichtsloser drängte sich das französische Geschlecht nach Deutschland hinein. Noch während der Regierung Johanns hatte sein jüngerer Bruder Anton von Brabant und Limburg Besitz ergriffen, und als diese burgundische Sekundogenitur ausstarb (im Jahre 1430), verschaffte sich Philipp die Nachfolge. Die Markgrafschaft Namur (Namen) wurde durch Kauf erworben (im Jahre 1421). Nicht so mühelos gelang der Erwerb der Gebiete, die im Besitze jener Wittelsbacher waren, mit denen Philipp der Kühne die Erbverträge geschlossen hatte.

Nur allzuwenig hat sich das Deutsche Reich um Holland, Seeland und Friesland gekümmert. Wohl griffen die Kaiser hin und wieder ein, vermittelnd, belohnend, strafend, doch niemals mit nachhaltiger Kraft. Friedrich Barbarossa gab das letzte Reichsgut aus. König Albrecht ließ es geschehen, daß das Geschlecht der Avesne Holland und Seeland mit dem Hennegau in Personalunion verband. Ludwig der Baier schädigte selbst das Königsrecht, indem er seiner Gemahlin, Margarethe von Avesne, zu Liebe, die weibliche Nachfolge guthieß. Auch die Wittelsbacher, die nunmehr in die Niederlande kamen, wurden keineswegs Vorkämpfer deutschen Wesens und deutscher Art. Auch sie erlagen völlig dem Reize der französischen Kultur, die ihnen das burgundische Bündnis noch näher brachte. Widerstandslos tauchten sie in der französischen Ritterwelt unter, die bald allerwärts zu treffen war. Ludwigs des Baiern Sohn ist jener Comte Aubert, den Froissart mit den höchsten Tönen des Entzückens preist. Jakobäa, der letzte Sproß jener Wittelsbacher, das einzige Kind des Grafen Wilhelm des Sechsten (Vierten), unterschied sich keineswegs durch Erziehung und Bildung von ihrem Mutterbrudersohn Philipp, der ihr das Erbe streitig machte.

Indem Jakobäas Lebensschicksal in das gewaltige Ringen Frankreichs mit England verflochten wird, erhält das romantische Intermezzo geschichtliche

Bedeutung. Mit sechszehn Jahren Witwe des Dauphin, ward das begabte und sympathische Fürstenkind der Staatsraison halber dem Inhaber der burgundischen Sekundogenitur, Herzog Johann von Brabant, trotz Kaiser und Papst angetraut. Doch in abenteuerlich kühner Flucht den Fesseln, die sie an einen würdelosen Schwächling banden, entronnen, suchte die hochgemute Prinzessin in England Schutz, reichte dem Bruder des Königs Heinrich des Fünften, Herzog Humfried von Gloucester, die Hand und trachtete mit männlicher Kraft das Eigene zu behaupten und damit eine englische Herrschaft in den Niederlanden zu gründen. Das konnte ihr Vetter Philipp nimmermehr dulden; viermal zog er mit Heeresgewalt gegen sie aus. Erst als sie von Gloucester schmählich verraten war, streckte die Tapfere die Waffen und verzichtete schließlich ganz auf ihre Erblande (im Jahre 1433), um dem vierten Gemahl, Franz von Borselen, das Leben zu retten: er sollte ihr das bisher versagte Glück bringen.

So kamen auch Holland und Seeland an das burgundische Haus, diese prächtigen Lande mit ihren in leichtem Wasserdunst schimmernden üppigen Wiesen und Weiden auf fetter Marsch und mühselig gewonnenem Polder hinter schützendem Damm; mit ihren kecken Seefahrern, ihren weit und breit bekannten Schiffbauern, ihren emsigen Fischern. Mehr Silber und Gold, als andere Völker mit ihrer Arbeit aus dem Boden gewinnen, fischen die Holländer aus der See, sagte man. So flossen jetzt auch in die herzogliche Kasse die Einnahmen aus dem Hennegau und aus Namur, die Reichtümer, welche die Ardennenberge sich entreißen ließen, die Einkünfte aus Eisen-, Blei- und Steinkohlengruben, aus Marmor-, Kalk- und Mörtelbrüchen, aus den Bergwerken auf Salpeter und Vitriol, auf Schwefel und Gold. —

Nimis alte volat, allzu hoch nimmt Herzog Philipp seinen Flug, rief einmal König Sigmund wütend aus, der Ruprechts Nachfolger geworden war. Wollte er sich die alten, die neuen Übergriffe gefallen lassen?

Sigmunds Politik gegenüber dem Hause Burgund verläuft in einer Zickzacklinie. Zunächst ein Gegner Johanns und Verbündeter des französischen Königs, wurde er ein Genosse Burgunds und Widersacher Frankreichs, um schließlich Philipp des Guten Feind und Karl des Siebenten Freund zu werden. Zweimal ist Sigmund mit Johann ohne Furcht persönlich zusammengetroffen. Zuerst in Calais, auf dem Rückwege von England, wohin vor ihm noch kein Kaiser gekommen war; dann in Besançon (Bisanz). Der gewandte Luxemburger, dessen beweglichen Sinn jede Verwicklung nur zu reizen schien, stieß sich nicht daran, von dem Fürsten die Huldigung zu empfangen, dessen Hand mit Mörderblut besudelt war. Langwierige Verhandlungen, besonders inbetreff Brabants und Limburgs, wurden gepflogen. Wie mutet uns heute der eine Vorgang in der St. Johannikirche in Lüttich an!

König Sigmund erteilt den brabantischen Gesandten Audienz. Widerrede auf Widerrede, man kann sich nicht einigen. Schließlich wird der König

wütend. Zornig ruft er den Gesandten zu, von altersher habe Brabant zum Reich und zu Deutschland gehört; er wolle es auch wieder dazu bringen, solle es ihm den Hals kosten. „Ihr wollt also Franzosen sein?" Mit diesen Worten eilt er fort und läßt die Brabanter verdutzt stehen.

Die Burgunder waren zu Zugeständnissen bereit und ließen es auch nicht an klingenden Versprechungen fehlen. Sigmund stellte aber recht hohe Forderungen und verquickte zudem die Ansprüche des deutschen Königs mit dynastischen. Das war ein großer Fehler. Auf den Kaiser nahm Burgund gewisse Rücksichten, nicht auf den Luxemburger. Bei dem steten Wechselspiel der europäischen Politik konnte ein gutes Einvernehmen mit Deutschland vorteilhaft sein, konnte es sich lohnen, dafür Geld auszugeben. Um die Luxemburger brauchte man sich aber nicht zu kümmern. Noch während Sigmunds Regierung fiel sein eigenes Stammland, das Herzogtum Luxemburg (Lützelburg; mit der Grafschaft Chiny) den burgundischen Annexionsgelüsten zum Opfer.

Alle Worte Sigmunds, alle Drohungen und Warnungen fruchteten nichts. Was halfen Jakobäa in dem Kriege gegen den Vetter die kaiserlichen Briefe, wenn sie nicht von einem Heer überbracht wurden? Was für einen Zweck hatte die Kriegserklärung Sigmunds an den „Rebellen und Ungehorsamen", da kein Feldzug unternommen werden konnte, welcher der Würde des Reichs entsprach? Die deutschen Fürsten hatten gerade an den Hussitenkriegen genug. Sie verspürten nicht die geringste Lust, sich noch an der Westgrenze in Abenteuer zu stürzen, von denen sie sich keine Vorteile versprachen.

So behielt Philipp der Gute unangefochten die Niederlande. Trotzig hat er weder vor König Sigmund noch vor Albrecht dem Zweiten, noch vor Friedrich dem Dritten huldigend das Knie gebeugt. Und doch hätte es auch in seinem Interesse gelegen, wenn eine Einigung erzielt worden wäre.

Ein gewaltiger Besitz gehörte dem burgundischen Hause, getrost konnte er sich mit manchem Königreiche messen. Aber es war kein einheitlicher Staat, sondern ein loses Staatsgefüge. Die Landschaften, die nach und nach unter die Herrschaft der Herzöge-Grafen gekommen waren, zeigten die größte Mannigfaltigkeit auf, sowohl was die Nationalität, als auch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände betraf. Wie verschieden waren die Vlamen und die Wallonen in den Niederlanden, und die Wallonen doch wieder ganz anders als die Welschen in Burgund. Allerwärts ein anderes Recht, eine andere Verwaltung. Sobald der Graf von Flandern die Grenze von Brabant oder von Holland überschritt, veränderte sich seine Amtsgewalt. Gleichgiltig, ja feindlich standen sich die Bewohner der einzelnen Gebiete gegenüber. Sobald die Interessen nicht den gleichen Weg liefen, hörte die Freundschaft auf. Was kümmerten sich die Winzer der Côte d'Or um die Fischer und Schiffer in Holland und Seeland. Durchaus fremd blieb den Flandrern das Stammland ihrer Grafen. Dijon und mit Dijon ganz Burgund fühlte sich zurückgesetzt gegenüber Brügge und Brüssel, welche der Herrscher zu seinen Lieblings-

residenzen erkoren hatte. Die Brügger wieder sahen in ohnmächtiger Wut, wie Antwerpen ihnen allgemach den Rang ablief und sich zum Handelsplatz der Welt entwickelte.

Sollte das von Philipp dem Kühnen so glücklich begonnene Werk weiter bestehen, so mußte die Vielheit selbständiger Staaten zu einer monarchischen Einheit zusammen geschweißt werden. Den „grand duc d'occident" ließ sich Philipp gerne nennen. „König" Philipp hätte doch einen ganz anderen Klang gehabt. In den prächtigen miniaturenreichen Handschriften der herzoglichen Bibliothek gab es soviel zu lesen über das alte Lotharingien, das regnum Lotharii, das einst dem Urenkel Karls des Großen zugefallen war. Die Erinnerung daran war nie ganz entschwunden. Noch immer nannte sich der Brabanter stolz „duc de Lothier". Das stammte aus den Zeiten, heißt es einmal, da Brabant das ganze Land zwischen Maas und Schelde umfaßte.

Das alte Zwischenreich sollte als neuburgundisches wieder aufblühen. Die Verwirklichung schien durchaus möglich. Mißlich war nur, daß man dabei des Kaisers bedurfte. Wie früher inbetreff der Lehnshuldigung, so wurden mit Kaiser Friedrich dem Dritten über die Königsfrage langwierige Verhandlungen geführt. Sie führten gleichfalls zu keinem Ergebnis. Auch die Kunst der burgundischen Diplomaten zerschellte an der Passivität des Habsburgers. Kaiser Friedrich unternahm nichts gegen den unrechtmäßigen Inhaber deutscher Reichslehen, der Brabant kurzerhand für ein Allod erklärte; aber er förderte auch in keiner Weise die ehrgeizigen Königspläne.

So mußte Philipp auf andere Weise Ersatz schaffen. Er ging daran, im Inneren der Gebiete alles für das große Werk der Einigung vorzubereiten. Dem städtischen Partikularismus zum Trotz, der gegen den fürstlichen Absolutismus jederzeit auf der Lauer lag, arbeitete er den Verfassungsbau des Großvaters weiter aus und strebte Zentralisation an. Nicht nur daß die einzelnen Gebiete vortreffliche Gerichtsbehörden und Rechnungskammern erhielten, es entstanden auch Behörden, deren Anordnungen für den Gesamtbesitz galten. Ein ständiges Kollegium, der „Große Rat" trat dem Fürsten zur Seite, zunächst Staatsrat (Ministerium) und höchster Gerichtshof, dann später unter dem Sohn nur noch Staatsrat, neben welchem unabhängig die cour souveraine in Mecheln bestand.

Unter Herzog Philipp tagten zum ersten Mal (im Jahre 1463) die „Generalstände", versammelten sich zum ersten Mal gleichzeitig alle Abgesandten der Gebiete. Geschah dies auch in erster Linie zur Vereinfachung der Finanzverwaltung, war auch die gleichzeitige Tagung der Provinzialversammlungen weit daran entfernt, ein nationales Parlament zu bilden, so haben die Generalstände trotzdem ihrerseits nicht unwesentlich zur Zentralisation beigetragen. Das haben die Niederländer, die alle Neuerungen mit dem größten Argwohn betrachteten, durchaus richtig erkannt. Die Berufung der Generalstände wurde

mit dem größten Mißtrauen aufgenommen, und nur widerwillig beugte sich der Partikularismus vor der Maßregel des Fürsten.

Daher hieß es behutsam vorgehen. Denn der burgundische Staat hatte Geld, unendlich viel Geld von dem Lande nötig. So stattlich die Domänen waren, so ansehnlich die Einkünfte aus Zöllen aller Art, aus Gerichtssporteln und Siegelgebühren usw., das alles reichte nicht aus. Der Landesherr war unbedingt auf die Steuern (Beden, aides) angewiesen, welche Adel, Klerus und Städte ihm zu bewilligen hatten. Die Steuern wurden mit der Zeit ganz regelmäßig, auch stets größer, dafür fand die Verteilung gerechter statt. Zeitgenossen schätzten im Jahre 1455 die Einkünfte Herzogs Philipp auf 900000 Dukaten. Über die gleiche Summe verfügte damals Venedig, über ein Viertel Florenz, ein Drittel Neapel, über die Hälfte der Papst und Mailand.

Unzählige Erzeugnisse künstlerischen Fleißes, Prachthandschriften, Gemälde und Teppiche, Gold- und Silbergeschirr, Prunkgeräte und Schmucksachen wurden in der Schatzkammer aufgespeichert. Sie bildeten in einer Zeit, die eines geregelten Geldverkehrs entbehrte, eine treffliche Kapitalanlage. In Stunden der Not standen sofort als Gegenwert bedeutende Summen zur Verfügung. Philipp der Gute legte im Schlosse zu Lille einen besonderen Kriegsschatz an. Er ließ vortreffliche Münzen schlagen; die goldenen Philippus oder Ryder und die silbernen Vierlander legten für die Gesundheit der wirtschaftlichen Verhältnisse ein vortreffliches Zeugnis ab. —

Schon mit Philipp dem Kühnen begann der gleißende Goldstrom zu fließen, der immer wächst, der sich ins Endlose ergießt. Voll Bewunderung schaute das Abendland auf den burgundischen Hof, das nordische Gegenstück der italienischen Renaissancehöfe. Ein Fest löste in bunter Reihe das andere ab. Alle Kurzweil, welche das Jahrhundert kennt, ward getrieben. Genüsse der Tafel wechselten in rascher Folge mit fröhlichen Jagden, kunstgerechte Waffengänge auf dem Turnierplatz mit Aufführungen, mit Tanz und Maskenscherz. Doch hat man bei diesen kostspieligen Veranstaltungen nicht den Eindruck des Planlosen, Unüberlegten: alles ist einem höheren Zwecke untergeordnet.

In juwelenschimmernden Geschenken suchten die Fürsten alle Herrscher zu übertreffen. Sie sparten keine Gnadengehälter an einflußreiche Räte und Diplomaten im In- und Auslande. Wenn sie aber nicht kargten, wenn ein königlicher Hofhalt geführt wurde, so erhielt auch das Geschlecht, das königliche Macht gewann, königlichen Glanz. Alle die Luxusausgaben dienten dem „Prestige“ des Hauses. Ganz Europa war Zeuge, als Philipp der Gute einen Kreuzzug gegen die Türken unternahm und zahlte. Im schwarzen Meer, auf der Donau wehte das burgundische Banner.

Von nah und fern kamen die Ritter, um am burgundischen Hofe eine Lanze zu brechen. Die Vornehmsten sandten dorthin ihre Söhne, die Zucht und Sitte lernen und sich die Sporen verdienen wollten. Verschlangen allein

die Hofgewänder Unsummen: was machte es, eine einzige Ehre war es, Gast des grand duc d'occident zu sein!

Das Fasanenfest in Lille, auf welchem Philipp der Gute und seine Paladine das Kreuz nahmen, zeigt mit seinen seltsamen „entremets" und kuriosen Darstellungen aller Art die Gesellschaft in Art und Unart. Das Zeremoniell ist noch stärker als die Höfischkeit und Höflichkeit der edlen Herren und Damen. Nur mit Mühe werden ungeberdige Raufluft, wilde Trunksucht und geschlechtliche Ungebundenheit im Zaume gehalten. Der Prunk ist hier und da recht äußerlich und aufdringlich; aber allmählich veredelt sich der Luxus, bilden sich wahre Bildung und gute Formen aus.

Die begabtesten Künstler verschmähten die Reize des französischen Königshofes. Sie widmeten sich den Herzögen-Grafen und verkündeten ihren Ruhm. Zur gleichen Zeit wie Ghiberti und Donatello in Italien schuf Claus Sluter die Meisterwerke in der Kartause bei Dijon. Die Vlamen van Eyck ließen sich in Gent nieder. Der jüngere, Johann, spielte am Hofe Philipps des Guten eine ähnliche Rolle wie Rubens zur Zeit Albrechts und Isabellens von Österreich. Der Wallone Roger van der Weyden (de la Pasture) siedelte sich in Brüssel an, wo in edlem Wettstreit Peter Christus und Hugo van der Goes, der Meister von Flémalle, der Mainzer Hans Memling wirkten.

Auch als Musiker zeichneten sich Niederländer aus und führten bedeutsame Neuerungen durch. Neben Wallonen wie Wilhelm Dufay aus Chimay, Ägidius von Binche, Anton Busnois, Josquin des Prés zieht besonders der Vlame Johann Ockeghem die Aufmerksamkeit auf sich. Diese Musiker erfreuten sich bald großer Berühmtheit, sie übten mit ihrer Schule, wie späterhin die Italiener, auf lange Zeit den maßgebenden Einfluß aus.

Dichter und Gelehrte fanden in den Herzögen-Grafen verständnisvolle und freigibige Beschützer. Als Patenkind Philipps des Guten, in nächster Umgebung Karls des Kühnen empfing seine ersten Eindrücke Philipp von Commines, der so wirksam die glänzende Reihe der französischen Memoirenschriftsteller eröffnet. Die Helden der Feder kämpften ihrerseits für das Herrscherhaus. Durch die Gnade ihres Mäzen unabhängig wie diese selbst, brauchten sie weder auf den deutschen noch auf den französischen König Rücksicht zu nehmen. Unbesorgt sangen sie das Lob des Plantegenêt auf Kosten des Valois. Sie konnten national farblos sein wie ihre Leser, wie so manche hochadlige Ritter, denen der Verzweiflungskampf, den Frankreich gegen England führte, nur als kompliziertes Turnier erschien. Diese Kosmopoliten bereiten einem Erasmus den Weg.

Auf den Bahnen von Johann le Bel und Froissart wandelten Chastellain und Olivier de La Marche. In behäbigem Chronistenstil, der noch heute des Reizes nicht entbehrt, schilderten sie die schimmernde Ritterwelt, die sich um den „guten Herzog" drängte. Sie wandten sich an den Adel, an die Patrizier. Der Handwerker griff lieber zu einem vlämischen Chronisten, erbaute sich

immer wieder an den schlichten Worten eines Johannes Ruysbroek, der das religiöse Empfinden der fronenden Klasse wie kein anderer zu wecken wußte.

Die romanische und germanische Literatur bestanden nebeneinander, ohne sich zu durchdringen. Aber die Sprachen beeinflußten sich gegenseitig. Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts entlehnte das Vlämische dem Französischen zahlreiche technische Ausdrücke aus dem Gebiete des Rechtes und der Verwaltung, die bis zum heutigen Tage geblieben sind. Andererseits drangen in manchen Gegenden, so im Lüttischen, vlämische Redensarten in das Wallonische ein.

Das Französische war die Sprache des Hofes, des Adels und des Patriziates, der höheren Verwaltung. Auf eine gewaltsame Französierung gingen aber die Grafen-Herzöge nicht aus. Sie erkannten das Vlämische als Amtssprache an, lernten selbst vlämisch und verlangten von den Beamten die Kenntnis des Vlämischen. Immerhin war jeder Höherstrebende auf die Kenntnis des Französischen angewiesen. Der vlämische Großkaufmann tat auch gut daran, das Welsche zu lernen. Er vermochte so sich nicht nur mit den Parisern zu verständigen, sondern auch mit den Oberdeutschen, den Nürnbergern, den Augsburgern, die ihrerseits sich wohl des Französischen, nicht aber des Vlämischen befleißigten. So wurde auch noch von Deutschland her die Vorherrschaft des Französischen gestärkt. —

Fassen wir es zusammen: Philipp der Gute stellte sich zur Aufgabe, die Lehnshoheit Deutschlands und Frankreichs abzuschütteln und einen souveränen Grenzstaat zu gründen. Im Inneren des dualistischen Ständestaates wollte er die Gewalt der Krone gegenüber der wettstreitenden Gewalt der Stände auf das nachdrücklichste zur Geltung bringen, die monarchische Gewalt von jeder feudalen und kommunalen Fesselung befreien. Philipp der Gute, dem Großvater durchaus ebenbürtig, in manchem ihm überlegen, konnte sich ihm getrost an die Seite stellen. In seinem Sinne hat er das große Werk groß weitergeführt. Nicht zu Unrecht pries ihn im sechzehnten Jahrhundert Justus Lipsius als den „conditor Belgii."

(Schluß folgt.)

Der Weltkrieg und die Lage der Lohnarbeiterschaft in Europa

Von Heinrich Göhring

Je nach den Stand der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der einzelnen Länder selbst ist die Lage der Lohnarbeiterschaft in Europa durch den Weltkrieg mehr oder weniger stark beeinflußt worden. Gleichmäßig für alle Staaten ist festzustellen, daß der Ausbruch dieses ungeheuren Völkerringens eine große Panik hervorrief: Handel und Verkehr, Industrie und Gewerbe stockten urplötzlich, und die Folge hiervon war eine teilweise ganz kolossale Arbeitslosigkeit in den Reihen der Lohnarbeiterschaft.

In Deutschland war diese Erscheinung erfreulicherweise nur vorübergehender Natur. Dank den Maßnahmen der Organisationen der Arbeiter und Unternehmer, der Behörden und sonstigen Körperschaften und dank der Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie und der der deutschen Arbeiter selbst konnte hier sehr bald Abhilfe geschaffen werden. In den ersten sechs Kriegsmonaten haben die deutschen Gewerkschaften allein schon insgesamt 17783000 M. an die Arbeitslosen und 6180000 M. an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt. Bis zum 31. Juli 1915 waren diese Summen schon auf 21578000 M. bzw. auf 10421584 M. angewachsen. Man nehme weiter die teilweise ganz enormen Ausgaben, die allein schon hinsichtlich der Kriegsfürsorge von Seiten der deutschen Unternehmerschaft gemacht worden sind. Wenn auch allerdings noch keine Zusammenstellung der von den deutschen Arbeitgebern beispielsweise für die Angehörigen ihrer zum Heere eingezogenen Beamten und Arbeiter insbesondere auch für ihre Arbeiterfamilien gemachten Aufwendungen besteht, so erhält man doch einen ungefähren Begriff, wenn man erfährt, daß die Mitglieder des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins bisher nicht weniger als 13 Millionen Mark für diese Zwecke aufgebracht haben. Höchst anerkennenswert ist hier ohne alle Frage, daß selbst Unternehmungen, die zurzeit über gar keine oder doch nur ganz geringe Einnahmequellen verfügen, wie beispielsweise der Norddeutsche Lloyd in Bremen und die Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg sich an derartigen Liebeswerken im vollsten Sinne des Wortes betätigen. Die Tätigkeit der deutschen Städte steht hier nicht zurück. So bewilligten beispielsweise im November 1914 die Stadtverordneten von Breslau einen Kredit von fünf Millionen Mark zur Ausführung von Notstandsarbeiten. Die Zahl der von der Stadt Berlin unterstützten Familien von Kriegsteilnehmern belief sich im August 1914 auf 62980 und stieg bis zum November 1914 auf 74148. Die Gesamtsumme der Unterstützungen wuchs in derselben Zeit von 1,3 Millionen Mark auf 3,6 Millionen Mark. Nach Mitteilungen aus Hamburg bewilligte am 6. Oktober

1915 die hamburgische Bürgerschaft weitere 10 Millionen Mark für Kriegsausgaben. Ein Bild von der Anpassungsfähigkeit des deutschen Arbeiters — nicht zuletzt ein Zeichen seiner hohen Intelligenz — gibt beispielsweise eine Erhebung des Deutschen Bauarbeiterverbandes vom 20. bis 26. Juni 1915, nach welcher 18,6 Prozent der Mitglieder in einer berufsfremden Beschäftigung standen und zwar 9,1 Prozent im Handel nnd Gewerbe, 6,0 Prozent in der Kriegsindustrie und 3,5 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft.

Alle diese Maßnahmen in Verbindung mit dem enormen Aufschwung der Kriegsindustrie — die Millionenheere, die Deutschland zu seiner Verteidigung nach allen Fronten ausschicken mußte, bedingten massenhafte Herstellung von Waffen, Munition, Bekleidung und sonstigen Ausrüstungsstücken mehr — und der notwendig gewordenen stärkeren Einziehung zum Heeresdienst zeitigten erfreulicherweise den Erfolg, daß sich die anfängliche krasse Arbeitslosigkeit immer mehr und mehr verringerte und sogar vielfach an die Stelle des Arbeiternotstandes ein direkter Mangel an Arbeitern trat. Die Berichte der deutschen Arbeitsnachweisverbände bestätigen dies. Nach den vorliegenden gewerkschaftlichen Berichten sank die Arbeitslosenprozentzahl in der Zeit vom August 1914 bis zum Juli 1915 im Verbande der Metallarbeiter von 21,5 auf 1,5, im Verbande der Bauarbeiter von 16,4 auf 1,3, im Verbande der Fabrikarbeiter von 16,3 auf 0,9, im Verbande der Transportarbeiter von 10,8 auf 0,9, im Verbande der Holzarbeiter von 33,0 auf 3,7 und im Verbande der Textilarbeiter von 28,2 auf 6,4. Nach denselben Berichten wurden im Juli 1915 die niedrigsten Prozentsätze im Gemeindearbeiterverband mit 0,3 Prozent und im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband mit 0,5 Prozent ermittelt.

Diesen Umständen entsprechend ist die Lage der Lohnarbeiterschaft in Deutschland zurzeit eine ganz annehmbare. Ein Einblick in die Praxis bestätigt dies. Hier nur einige Stichproben. So wurde beispielsweise bei den Schanzarbeiten den Arbeitern neben dem festen Tagelohn von 4,50 Mark noch freies Quartier und volle Verpflegung sowie freie Hin- und Rückfahrt gewährt. In der Hamburg-Altonaer Fischindustrie erhielten nach Mitteilungen vom Oktober 1914 die polnischen Arbeiterinnen, die im allgemeinen eine schlechtere Entlohnung als die einheimischen Arbeiterinnen aufzuweisen haben, bei freier Wohnung, Feuerung, Licht und Kartoffeln an barem Geld 1,50 bis 1,80 Mark für den Tag. Bedeutend besser war natürlich die Entlohnung der gelernten Arbeiter. So stellte sich beispielsweise in in der Zigarettenindustrie von Berlin der Einstellungslohn für perfekte Maschinenführer auf 60 Mark pro Woche. Dieser erhöht sich nach Ablauf von drei Monaten auf 62,50 Mark, dann nach weiteren drei Monaten auf 65 Mark, schließlich auf 72,50 Mark. Besonders gut aber liegen die Verhältnisse in der Kriegsindustrie. Nach den vorliegenden Berichten vom Juni 1915 waren in einigen Zweigen der Metallindustrie und der Sattlerei Wochenlöhne bis zu 150 Mark zu verzeichnen. Wochenlöhne von etwa 100 Mark waren bei dem weitaus größten Teil der hier in Betracht kommenden Arbeiter Regel. Nach einer im Mai 1915 veröffentlichten Erhebung des Kaiserlich Statistischen Amtes zu Berlin über die Wirschaftsrechnungen Kruppscher Arbeiterfamilien bezeichnen die äußersten Grenzen der Entlohnung einerseits die über durchschnittlich verdienenden gelernten Arbeiter mit einem Gesamtdurchschnittsverdienst von 4927 Mark, andererseits die unter durchschnittlich ver-

dienenden ungelernten Arbeiter mit einem Durchschnittsverdienst von 1700 Mark im Jahr. Nach dem Jahresbericht der Hafeninspektion zu Lübeck für 1914 betrug der Tageslohnsatz der Arbeiter im Lübecker Hafen bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit fünf Mark. Akkordsätze wurden hier aber erzielt, die zwischen 6,70 und 21,30 Mark schwankten. Trotz der Stillegung der deutschen Seeschiffahrt hatten die Hafenarbeiter des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven — dank der Bemühungen dieser Gesellschaft — in diesen Tagen vierwöchentliche Verdienste von 150 bis 230 Mark zu verzeichnen. Die durch den Krieg bedingte Steigerung der Preise der Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsartikel brachte der Lohnarbeiterschaft Deutschlands erhebliche Lohn- und Kriegszulagen. Nach einer Mitteilung der Münchener Filiale des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatten beispielsweise die Automobilarbeiter Münchens während des Burgfriedens ganz erhebliche Lohnerhöhungen zu verzeichnen. Die „Bergarbeiterzeitung" berichtete Mitte September 1915, daß die Schichtlöhne der sächsischen Bergarbeiter ab 1. Oktober 1915 von 30 auf 60 Pfennig für Verheiratete und von 20 auf 40 Pfennig für Ledige erhöht werden sollen. Trotz der für die Gesellschaft ungünstigen Geschaftslage gewährte die Bayrische Überlandzentrale in Regensburg ihren Arbeitern erhebliche Teurungszulagen. Ähnliche Berichte liegen aus der Textilindustrie, dem Baugewerbe, der Holzindustrie, dem Brauereigewerbe, der Tabakindustrie und noch verschiedenen anderen Industrien vor. Nicht vergessen seien auch die nennenswerten Lohnzuschläge der Reichs- und Kommunalbetriebe. Ganz beträchtlich aber waren die Kriegszulagen naturgemäß in den Kriegsindustrien. Nach Mitteilungen vom Ende Mai 1915 wurden in den tariflich geregelten Großbetrieben des Schlachtergewerbes Kriegszuschläge von drei bis sechs Mark und mehr für die Woche gewährt. Zu derselben Zeit ist für die Militärsattler durch Reichstarif ein Kriegszuschlag von zwanzig Prozent und für Hilfsarbeiter ein solcher von zehn Prozent vorgesehen. Mitte Januar 1915 erfuhren die Arbeitslöhne in der Militäreffekteninduſtrie Kriegszulagen schon bis zu 33⅓ Prozent. Auch die Lohnstatistiken auf Grund des Materials der Ortskrankenkassen in Deutschland bestätigen die rege Lohnsteigerung während des Krieges. Nach den Berichten der Leipziger Ortskrankenkasse machte sich im ersten Vierteljahr 1915 im ganzen eine günstigere Gestaltung der Lohnverteiluug der männlichen Kassenmitglieder geltend. Es waren nämlich in den beiden obersten Lohnklassen, die einen Verdienst von mehr als fünf Mark verzeichnen, im Januar 45,4 Prozent, im Februar 46,6 Prozent und im März 48,9 Prozent versichert; insbesondere stieg die höchste Lohnstufe von 5,50 Mark und mehr von 34,8 Prozent auf 38,0 Prozent. Diese Lohnsteigerung tritt besonders im Baugewerbe hervor, wo die oberste Lohnstufe von 49,2 Prozent im Januar 1915 auf 55,5 Prozent im März 1915 anwächst. Bei der Beurteilung der Lage der deutschen Lohnarbeiterschaft darf man nicht vergessen, daß in vielen Gegenden, wo die Arbeit als Hausarbeit angefertigt wird, die Arbeiter auf dem Lande wohnen, und mehr oder weniger Landbesitz ihr eigen nennen — so beispielsweise in der westfälischen Textilindustrie, in der Tabakindustrie von Nordhausen, Gießen, der Pfalz, Baden usw. — zuweilen ganz auskömmliche Nebenverdienste durch die Landwirtschaft erzielt werden. Analog der Steigerung der Löhne der gewerblichen und industriellen Arbeiter war natürlich auch eine solche der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland zu beobachten.

Die Arbeitslosigkeit in England gleich nach Ausbruch des Krieges wird durch die gewerkschaftlichen Untersuchungen bestätigt. „Daily Citizen" berichtigte beispielsweise Mitte August 1914 unter anderem, daß in Nottingham ungefähr 25000 Arbeiter täglich nur eine Stunde arbeiten und weiter, daß in Birmingham große Fabriken gänzlich stillstehen. Auch die gewerkschaftliche Finanzgebahrung zeigt die ganz enorme Arbeitslosigkeit in einzelnen Gewerben. So hat beispielsweise der englische Textilarbeiterverband in den ersten zwei Kriegsmonaten die Summe von 50000 Pfund Sterling für Arbeitslosenunterstützung verausgabt, eine Summe, die zehnmal so groß ist, als die im ganzen Jahre 1913 für diese Zwecke benötigten Ausgaben.

Gerade wie in Deutschland so trat auch in England die Heeresverwaltung mit ihren Riesenaufträgen auf den Plan. Nach den vorliegenden Berichten hat sich nun die Privatindustrie in England den neuen Verhältnissen viel schlechter und vor allem viel langsamer angepaßt wie beispielsweise in Deutschland. Für eine systematische Organisationsarbeit hat man hier überhaupt nie viel Verständnis gezeigt. Die Ideen des freien Spiels der Kräfte herrschen in England in einem solchen Maße, daß sie nicht einmal in der jetzigen Krise dem notwendigen Zusammenarbeiten Platz machen mögen. Dies gilt aber auch von der englischen Arbeiterschaft. Während beispielsweise in Deutschland jeder Mann hinter der Front seine ganze Kraft hergibt, um die durch die Einberufungen zum Heer im Wirtschaftsleben entstandenen Lücken nach Möglichkeit auszufüllen, denkt der englische Arbeiter überhaupt nicht an eine derartige Aufopferung. Nach Berichten der „Daily Graphic" raten die englischen Gewerkschaften ihren Mitgliedern sogar — um aus der jetzigen Situation Nutzen zu ziehen — so langsam wie möglich zu arbeiten. Man ersieht, daß das Ca'Canny-System (Gesamtheit aller Maßnahmen der Arbeiter zur Verringerung der Arbeitsleistung oder der Einschränkung der Produktion) den englischen Arbeitern schon in Fleisch und Blut übergegangen ist. Hierfür nur ein Beispiel aus der Praxis. Während nach einer Statistik des „Board Trade" im englischen Bergbau in den Monaten Oktober 1913 bis Januar 1914 wöchentlich zwischen 5,53 und 5,67 Tage gearbeitet wurde, belief sich die wöchentliche Arbeitszeit in den gleichen Monaten des vergangenen und laufenden Jahres nur auf 5,03 bis 5,48 Tage. Daß der englische Arbeiter überhaupt nicht an irgend welche Aufopferung denkt, zeigen auch schon die vielen Streikbewegungen in England seit Ausbruch des Krieges. Während in Deuschland so gut wie gar keine Streikbewegungen — bis auf einige wenige wilde Streiks, die, da sie keine Unterstützung bei den Leitungen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fanden, bald zusammenbrachen — zu beobachten waren, inszenierten bekanntlich die Arbeiterunionen Englands eine Streikbewegung nach der anderen. So wurde von größeren Streikbewegungen berichtet aus dem Bergbau, der Maschineninduſtrie, dem Schiffbau, der Textilindustrie, dem Transport- und Verkehrsgewerbe u. v. a. m. Ein guter Teil der Streikbewegungen in England ist aber auch auf das Konto des teilweise ganz beträchtlichen Heranwachsens der Lebensmittelpreise (vergl. Nr. 29 der Grenzboten) zu setzen.

Beschäftigen wir uns nunmehr etwas mit den Löhnen der englischen Arbeiterschaft. Auf Grund der statistischen Berichte und sonstigen Veröffentlichungen der englischen Presse ist man immer geneigt, die Lohnverhältnisse der englischen Arbeiterschaft im allgemeinen als ganz besonders gute zu betrachten.

Dies ist aber nicht immer zutreffend. Feststehende Tatsache ist, daß gerade in England nur für einen verhältnismäßig geringen Teil der Arbeiter und zwar insbesondere für qualifizierte Arbeiter bestimmter Branchen gute und sogar sehr gute Löhne bestehen, die große Mehrzahl der englischen Lohnarbeiterschaft aber keine bessere, sondern sogar in den meisten Fällen eine viel geringere Entlohnung als diejenige in Deutschland aufzuweisen hat. Ein Einblick in die Praxis der Lohnfrage bestätigt dies. So schwankten zum Beispiel vor dem Kriege die üblichen Wochenlöhne der vollwertigen Arbeiter auf den Werftbetrieben von Barrow, Tyne, Clyde und Birkenhead zwischen 36 und 38 Schilling. Diese Löhne wurden aber auf den deutschen Werften schon von weniger qualifizierten Arbeitern verdient. Zur selben Zeit als in Deutschland und zwar in Hamburg im Schneidergewerbe für die Herstellung eines gewöhnlichen Frackes 17 bis 22 Mark gezahlt wurden, erhielt der englische Lohnarbeiter für dieselbe Arbeit in manchen Gegenden Englands nur 3 bis 7 Schilling. Kläglich sind von jeher die Löhne der arbeitenden Frauen in England gewesen. So schwankten beispielsweise die Stundenlöhne der Kettenarbeiterinnen in der Metallindustrie von Creadly Heath zwischen 1 und 2 Penny. Auch zur Zeit haben sich diese Verhältnisse nicht viel geändert. Auf der Konferenz der englischen Landarbeiterunion, die am 13. Februar 1915 in Fakenham (Norfolk) tagte, war ein Delegierter vertreten, der für 15 Schilling Wochenlohn 12 Kinder ernähren muß. Die Mitglieder der Norfolker Landarbeiterunion kündigten nach Berichten des „Vorwärts" die Arbeit für Freitag, den 12. März 1915, auf, weil die Unternehmer nur einen Lohn von 12 Schilling wöchentlich anboten. Die Geringfügigkeit der Landarbeiterlöhne in England wurde auch kürzlich im englischen Parlament durch den Landwirtschaftsminister bestätigt. Von den Kriegs- und Teuerungszulagen wurden in der Hauptsache nur die Arbeiterkategorien, die für die Kriegsindustrien arbeiten, betroffen. Nach Mitteilungen der „Continental Daily Mail" vom Mitte April 1915 hatten Lohnerhöhungen pro Woche zu verzeichnen: Gas- und Hilfsarbeiter 3 bis 6 Schilling, Eisenbahnarbeiter (allgemein) 3 Schilling, Dockarbeiter 1 bis 8 Schilling, je nach dem Bezirk, Zimmerer 4 Schilling. In Mai 1915 wurde die Kriegszulage der englischen Bergarbeiter in Schottland, Südwales, Durham und Northumberland auf 18½, 17½, 15 und 13 Prozent über den Wochenlohn festgesetzt. Besonders gut ist nach den Berichten zur Zeit die Entlohnnng der Kupferschmiede — Lohndurchschnitt rund 50 Schilling gegen 35 bis 37 Schilling 6 Penny vor dem Kriege — und der Uniformarbeiter. Wesentliche Lohnerhöhungen brachten die Kriegsverhältnisse den englischen Seeleuten. Nach Mitteilungen vom August 1915 haben die Reeder in Glasgow ihren in der Küstenfahrt beschäftigten Seeleuten eine weitere Zulage von 5 Schilling pro Woche bewilligen müssen. Damit ist die Heuer dieser Seeleute auf 2 Pfund Sterling 10 Schilling pro Woche gestiegen. Aber trotz dieser wesentlichen Erhöhungen der Heuern für Matrosen und Heizer der Handelsflotte ist die Furcht vor deutschen Minen und Unterseebooten in den englischen seemännischen Kreisen bereits derart gestiegen, daß kaum noch Leute zu haben sind. Während vor dem Kriege die Heuer auf den von der englischen Nordostküste auslaufenden Kohlendampfern 5 Pfund Sterling 10 Schilling betrug, ist dieser Betrag bereits bis Januar 1915 auf 7 Pfund Sterling 10 Schilling gestiegen. Im Februar 1915 waren, wie

„Engineering" berichtet, selbst für diese hohe Heuer keine Mannschaften zu erhalten. Ein Dampfer, der beispielsweise von South Shields auslaufen wollte, brauchte 22 Mann, konnte aber für 7 Pfund Sterling 10 Schilling monatliche Heuer niemand bewegen, anzumustern. Nach langen Verhandlungen, bei denen seitens der Mannschaft scharfe Proteste gegen die Gefährlichkeit einer Reise durch die Nordsee in den jetzigen Kriegszeiten laut wurden, einigte man sich schließlich auf eine Mindestheuer von 8 Pfund Sterling. Viel geringer aber waren die Lohn- und Teuerungszulagen in den meisten anderen Erwerbszweigen. Nach Mitteilungen der Landarbeiterunion gewährten beispielsweise die Pächter von Dorset nur 1 bis 2 Schilling pro Woche Kriegszulage. Nach Berichten des „Manchester Guardian" vom Mitte August 1915 erklärten die Unternehmer in der Textilindustrie von Manchester eine Teuerungszulage infolge der Schwierigkeiten, die es mache, Beschäftigung für ihre Angestellten zu finden, nicht bewilligen zu können. Auch die Verwendung von Kinderarbeit, die nach den vorliegenden Berichten zur Zeit einen erschreckenden Umfang angenommen hat, läßt auf die ungünstige Lage verschiedener Arbeiterkategorien in England schließen. Charakteristisch sind auch die vielen Klagen über die Überhandnahme der Trunksucht in den Reihen der Lohnarbeiterschaft in England seit Ausbruch des Krieges.

Während in Deutschland verschiedene Gewerkschaften, wie beispielsweise der Deutsche Holzarbeiterverband, verschiedene Zweige ihrer Unterstützungseinrichtungen, die sie bei Kriegsausbruch beschränken mußten, zur Zeit wieder voll in Kraft zu setzen in der Lage waren — nicht zuletzt ein Zeichen der guten Lage der betreffenden Arbeiter in Deutschland —, konnte man in England verschiedentlich das Gegenteil beobachten. Nach den vorliegenden Berichten befinden sich mehrere englische Gewerkschaften zur Zeit in einer außerordentlich schwierigen Lage. So teilte beispielsweise eine Arbeiterunion des Baugewerbes in London ihren Mitgliedern mit, daß mindestens ein Extrabeitrag von 10 Schilling notwendig wäre, wenn der Verband über die augenblickliche Krise hinwegkommen sollte. Ähnlich geht es dem Verbande der Maurer, der kürzlich beschlossen hat, eine Anzahl seiner Beamten zu entlassen, um dadurch Einnahme und Ausgabe wieder etwas mehr in Einklang zu bringen.

Auch in der Lage der französischen Lohnarbeiterschaft macht sich der Einfluß des Krieges scharf bemerkbar. Nach einem Bericht der „Hamburger Nachrichten" wurde in der französischen Kammersitzung vom 26. März 1915 hervorgehoben, daß die Zahl der Arbeitslosen in Paris allein schon 243000 beträgt. In manchen Industrie- und Gewerbezweigen ist die Lage der Arbeiterschaft ganz besonders schlecht. So steht sich beispielsweise, nach Mitteilungen des Fachblattes „La Vigie", die französische Hoch- und Sardinenfischerei, von der bisher jährlich ganze Distrikte an der Küste Frankreichs lebten, einer Katastrophe gegenüber. Nicht besser lauten die Berichte über die Krise im französischen Weinbau, die unter all den Schicksalsschlägen, die Frankreich schon im gegenwärtigen Kriege empfangen hat, als einer der wirtschaftlich am schwersten zu überwindenden bezeichnet wird.

Während in den vorgeschilderten Ländern die Arbeiter Kriegs- und Teuerungszulagen zu verzeichnen hatten, konnte in Frankreich in vielen Fällen gerade das Gegenteil — nämlich Lohnherabsetzung — beobachtet werden. Nach den Berichten des

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

„Bataille Syndicaliste" vom 2. Juni 1915 setzten beispielsweise die Brazier-Werke die Stundenlöhne von 1,10 bis 1,50 Franken auf 62,5 Centimes herab. Die weltbekannte Firma de Diou-Bouton zahlte nach demselben Berichte, allen Militärpflichtigen 20 bis 25 Centimes pro Stunde weniger als den Untauglichen. Belgische Flüchtlinge erhielten hier 60 bis 65 Centimes für die Stunde. Nach Mitteilungen der „Metallarbeiter-Zeitung" vom 31. Juli 1915 über die Löhne der Arbeiterschaft in den Creusot-Werken verdienten gelernte Metallarbeiter bei einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden 3,75 Franken und bei zwölf Stunden 4,25 Franken. Vor dem Kriege schwankten hier die Löhne der Dreher, Schlosser, Mechaniker, Schmiede und Former zwischen 5 und 7,50 Franken bei zehnstündiger Arbeitszeit. In verschiedenen anderen Erwerbszweigen liegen die Verhältnisse nicht besser. So wurden beispielsweise nach einer Meldung von „Nasche Slowo" in der Pariser Damenschneiderei die Löhne der Arbeiter um 50—60 Prozent gekürzt. Schneider, die früher 65 bis 70 Franken Wochenverdienst zu verzeichnen hatten, mußten sich mit 30 bis 40 Franken begnügen. Schlechter noch ist zur Zeit die Lage der in der Industrie und im Gewerbe tätigen Frauen — die Republik Frankreich besitzt bekanntlich den traurigen Ruhm, daß sie in punkto der Frauen- und Kinderarbeit an erster Stelle in der Reihe der Kulturstaaten steht. Während in Deutschland Behörden und Militärverwaltung energisch und mit Erfolg gegen eine Ausbeutung der Heimarbeiterinnen einschreiten, ist die französische Regierung in dieser Hinsicht vielfach ganz machtlos. So entrollte beispielsweise kürzlich die Frage der Heimarbeit in der französischen Bekleidungsindustrie im französischen Senat ganz skandalöse Zustände. Besonders gilt dies für die Militärbekleidungsbranche. So wurde nachgewiesen, daß die Intendantur für die Anfertigung von Soldatenmänteln 5,10 Franken ausgibt; die Unternehmer aber den Frauen bei elfstündiger Arbeitszeit nur einen Lohn von 1,85 bis 2,00 Franken für den Tag gewähren.

Schlechter noch als in Frankreich ist teilweise die Lage der Lohnarbeiterschaft in Rußland. Besonders macht sich dies in den Gebieten, wo die Kriegsfackel loht, bemerkbar. Nach Schilderungen der Krakauer Zeitung „Nowa Reforma" vom Ende Januar 1915 haben Tausende des polnischen Volkes keinen anderen Schutz als Erdhöhlen und Wälder und Baumrinde als Nahrung. Nach einem Berichte des „Hamburger Echo" vom 5. März 1915 war die Not der Setzer und Buchdrucker in Warschau sehr groß. Nach Mitteilungen des „Nowy Kurjer Lodzki" vom Anfang Mai 1915 trat in der Metallbranche zu Lodz nach Ausbruch des Krieges vollständiger Stillstand ein und das Elend unter der hier in Frage kommenden Arbeiterschaft war unbeschreiblich. Nach Sammlung eines Gründungskapitals von 136 Rubel errichtete der Verbandsvorstand der Lodzer Metallarbeiterunion eine billige Arbeiterküche für die Verbandsmitglieder. So erfreulich nun diese Selbsthilfe der Arbeiter auch an und für sich war, so wurde dadurch doch immer nur erst ein kleiner Teil des Elends gemildert. Eine Wendung zum Besseren war erst nach der Besetzung Polens durch die deutsch-österreichischen Truppen zu beobachten. Die Fabriken und Werkstätten kamen nach und nach wieder im Gang, und qualifizierte Arbeiter der Metallbranche konnten beispielsweise Wochenlöhne von 20 bis 28 Rubel neben sonstigen Vergünstigungen erzielen. Eine entgegengesetzte Richtung aber nahm die Entwicklung der dies-

bezüglichen Verhältnisse in den übrigen Teilen Rußlands. So ist beispielsweise nach Kopenhagener Meldungen vom 21. September 1915 das Elend der vielen Kriegsflüchtlinge aus dem Westen Rußlands unbeschreiblich. Die Zahl dieser Flüchtlinge wird auf Millionen geschätzt. Obgleich die Werkstätten und Fabriken, die Kriegslieferungen herstellen, vollauf beschäftigt sind, und infolge von Arbeitermangel einen Teil der Flüchtlinge — unter denen sich qualifizierte Arbeiter der verschiedensten Branchen befinden — einstellen könnten, scheitert eine derartige Abhilfe an der Planlosigkeit der Maßnahmen der russischen Regierung. Einen Beweis für die Kopflosigkeit der russischen Regierung bildet die Tatsache, daß kleineren Orten oft vielmehr Flüchtlinge zugeteilt werden, als überhaupt Einwohner vorhanden sind. So lagerten in Oschany 40 000 Flüchtlinge auf freiem Felde. Kein Wunder, daß schon Epidemien ausgebrochen sind, die bisher Tausende von Opfern gefordert haben und eine schwere Gefahr für die Bevölkerung Rußlands bilden. Wenn nun auch die russische Regierung neun Millionen Rubel zum Zwecke der Bekämpfung der Epidemien und zur Linderung der Not der Arbeitslosen bewilligt haben soll, so ist, doch eine wirksame Hilfe noch sehr in Frage gestellt. Wenigstens wird die bekannte russische Korruption schon dafür Sorge tragen, daß die bewilligten Mittel verbraucht werden. Ob dieses aber im Interesse der Flüchtlinge geschieht, das ist eine andere Frage.

Analog dem kulturellen Tiefstand Italiens ist die Lage der italienischen Lohnarbeiterschaft von jeher keine beneidenswerte gewesen. Bezeichnend für die Arbeiterverhältnisse Italiens ist die Tatsache, daß Tausende von italienischen Arbeiterkindern, die in ihrer Heimat förmlich verschachtert werden, in den Glasfabriken Südfrankreichs arbeiten und verkommen. Weltbekannt ist ferner das schreckliche Los der armen italienischen Arbeiterkinder in den Schwefelgruben der Insel Sizilien. Ganz besonders groß ist auch von jeher das Elend der Landarbeiter in Italien gewesen. Bekannt ist ja die Rückständigkeit der italienischen Landwirtschaft. Während zum Beispiel der deutsche Landwirt die deutsche Landwirtschaft durch rastlose Mühe und manchmal unter nicht unbeträchtlichen Opfern zu der Höhe gebracht hat, die in diesem ungeheuren Völkerringen erst so recht zur Geltung kommt, ließ der italienische Großgrundbesitzer bekanntlich wegen nicht unmittelbar zu erhoffenden Profite die einst blühende römische Campagna als Wildnis liegen und Apulien sowie andere Provinzen verkommen.

Seit Ausbruch des Weltkrieges wird aus Italien von einer überaus großen Arbeitslosigkeit berichtet, die noch dazu zeitweilig recht bedenkliche Formen annimmt und sich verschiedentlich schon in Straßenkrawallen, verbunden mit blutigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und den Organen der öffentlichen Sicherheit geäußert hat. Nach Berichten der „Critica Sociale" vom Ende Februar 1915 war die Ziffer der normalen Arbeitslosigkeit schon um das drei- und vierfache gestiegen. Eine genaue Zahl der Arbeitslosen läßt sich aber gar nicht feststellen. Nach den Berichten der „Societa Umanitaria" vom Juli 1915 sind das größte Hindernis eines geordneten Arbeitsnachweises und einer Kontrolle des Arbeitsmarktes die großen Scharen von Arbeitslosen, die sich weigern, sich registrieren zu lassen, und von Ort ziehen und ihre Arbeitskraft für jeden Preis anbieten. Diese Zustände spiegeln sich naturgemäß in der Lohnpraxis. Nach der offiziellen,

sich auf die genauen Angaben der Gewerkschaften stützenden Lohnstatistik des „Annuaria Statistico Italiano" betrugen die Taglöhne (bei meist zehnstündiger Arbeitszeit) für eigentliche Bergarbeiter unter Tage im Turiner Distrikt 3,60 bis 3,75 Lire, im Mailänder Distrikt durchschnittlich 2,87 Lire, im römischen Distrikt 3,00 bis 4,00 Lire. Baumwollspinner verdienten in Turin 1,75 bis 2,10 Lire, im Distrikt von Como 1,95 bis 2,15 Lire, im Distrikt von Pavia 1,60 bis 1,75 Lire für den Tag. Und auch die Löhne der Weber sind nur wenig höher. Im Distrikt von Como, wo die besten Weberlöhne gezahlt werden, kamen sie doch nur selten über 2,50 Lire hinaus. Der Durchschnittslohn für Tabakarbeiter (das heißt die mittlere Lohnsumme der verschiedenen Arbeitskategorien) betrug in Turin 2,80 Lire, in Mailand 2,67 Lire, in Venezien 2,71 Lire, in Genua 2,52 Lire bis 2,75 Lire für den Tag. Die schlechte Lage der italienischen Lohnarbeiterschaft beweist auch die Tatsache, daß alljährlich 600000 bis 800000 Menschen aus Italien nach fremden Ländern ziehen, um dort das Brot zu finden, das ihnen das eigene Land versagt. Auch von einem sogenannten Burgfrieden, wie er beispielsweise in Deutschland und Frankreich zu beobachten ist, bemerkt man in Italien keine Spur. So wurde verschiedentlich von größeren Streikbewegungen der Landarbeiter, der Hafenarbeiter, der Kohlenträger, der Seeleute, der Textilarbeiter und verschiedene andere mehr berichtet.

Auch in Belgien machte sich die wirtschaftliche Not bemerkbar. Die Industrie lag darnieder, nicht so sehr, weil sie durch das Fehlen des Marktes getroffen war, sondern hauptsächlich, weil die Transportmittel für Rohmaterial und Waren nicht vorhanden waren. Dank der anerkennenswerten Arbeit der deutschen Verwaltung machte sich aber bald eine Besserung in den bestehenden Verhältnissen bemerkbar. So erhielten beispielsweise die Waffen- und Munitionsarbeiter in Brüssel und Lüttich nennenswerte Lohnzuschläge. Die belgische Lohnarbeiterschaft hat bekanntlich von jeher in betreff der Lohnfrage nicht in der ersten Reihe der europäischen Staaten gestanden. Man nehme nur allein die Hungerlöhne, die in der weltbekannten Brüsseler Spitzenindustrie gezahlt werden. Die Bemühungen von deutscher Seite sind aber vielfach daran gescheitert, daß die Belgier aus Patriotismus sich entschieden weigerten, an der Neuorganisierung mitzuhelfen. Als Beispiel hierfür dient das Verhalten der unteren Postbeamten, die die Wiederaufnahme des Postverkehrs mit einem Streik beantworteten, obgleich sie hierdurch in erster Linie den eigenen Landsleuten den größten Schaden zufügten.

Aber nicht allein die Lohnarbeiterschaft der kriegführenden, sondern auch diejenigen der neutralen Staaten ist durch den Krieg nicht unbeträchtlich in Mitleidenschaft gezogen worden. Nach Berichten aus Schweden vom September 1914 waren von 257000 schwedischen Industriearbeitern etwa 50 Prozent von der bei Ausbruch des Krieges entstandenen Krise mehr oder weniger betroffen worden, am meisten aber die Textil-, Holz- und Transportarbeiter. Besonders groß war die Arbeitslosigkeit im Seemannsberuf, da die Schiffahrt völlig stillag. Ähnlich lagen die diesbezüglichen Verhältnisse in Dänemark. Neben den einheimischen Arbeitslosen befanden sich hier noch etwa 10000 polnische Landarbeiter, die wegen des Krieges nicht nach ihrer Heimat zurückkehren konnten. Nach Be-

richten vom Anfang November 1914 waren am 24. Oktober 1914 von den organisierten Arbeitern Dänemarks 12200 völlig arbeitslos, und 12300 arbeiteten unter verkürzter Arbeitszeit. Am schlimmsten herrschte die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in den Hafenbetrieben. Dank der Bemühungen der Regierungen und Kommunen der drei skandinavischen Reiche besserte sich die allgemeine Lage zusehends und die militärischen Lieferungen für verschiedene der kriegführenden Staaten brachten sogar für einen ganzen Teil der Arbeiterschaft und speziell für qualifizierte Arbeiter bestimmter Branchen eine recht rege Beschäftigung. Die Arbeitslosenzählung in Dänemark vom 29. Mai bis 10. Juni 1915 gab daher auch ein erfreuliches Bild. Von den 135500 organisierten Arbeitern, auf welche sich die Zählung erstreckte, waren nur 5400 oder 4 Prozent arbeitslos. Das ist aber der normale Stand, wie er auch in den vergangenen Jahren um diese Zeit zu verzeichnen war.

Auch im Hochgang der Entlohnung der drei nordischen Staaten zeigt sich die günstige Entwicklung. So wurde beispielsweise nach Mitteilungen vom Anfang Januar 1915 in der schwedischen Schiffahrt der Lohn der Heizer und des Deckpersonals durchschnittlich um 10 Kronen für den Monat erhöht. Hierzu kommt noch eine Kriegszulage von 20 bis 25 Kronen für die Reise auf der Nordsee und 10 Kronen nach den deutschen Ostseehäfen und norwegischen Häfen. Auch die Kriegsrisikoversicherung wurde entsprechend erhöht. Im Januar 1915 bekamen die dänischen Seeleute eine Heuererhöhung von zehn Kronen für den Monat. Entsprechend der Lohnsteigerung der Seeleute war diejenige der Hafenarbeiter. So wurde beispielsweise im Mai 1915 der Stundenlohn der Hafenarbeiter in Nyköbing (Dänemark) von 40 Öre auf 44 Öre erhöht und die meisten Akkordsätze um 10 Prozent. Besonders gut war in Dänemark die Entlohnung in der Eisen- und Schiffbauindustrie und im Sattlergewerbe, die an Kriegslieferungen arbeiteten. Laut Mitteilungen vom April 1915 wurde der minimale Stundenlohn der eben ausgelernten Sattler in Kopenhagen um fünf Öre von 48 auf 53 Öre erhöht, auch erhielten die Akkordsätze eine Steigerung von 14 Prozent. Ähnliche Lohnhochgänge wurden aus der Eisen- und Metallindustrie berichtet. Die allgemeine Lage der Arbeiterschaft in den drei nordischen Staaten wurde vielfach durch Streikbewegungen beeinflußt. Besonders gilt dies von Norwegen. So legten beispielsweise im Hafen von Trondhjem am 10. März 1915 etwa 600 Hafenarbeiter wegen der Einstellung von unorganisierten Arbeitern die Arbeit nieder.

In den übrigen neutralen Staaten zeigt sich ein ähnliches Bild. Nach einer gewerkschaftlichen Erhebung hatten in Holland am 1. März 1915 die größte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen die Organisationen der Diamantarbeiter mit 75,1 Prozent, der Hafenarbeiter mit 36,3 Prozent, der Stukkateure mit 30,0 Prozent, der Maler mit 29,0 Prozent und der Bauarbeiter mit 19,0 Prozent; demgegenüber stehen die Organisationen der Textilarbeiter mit 0,8 Prozent und der Landarbeiter mit 0,7 Prozent. Nach den Erhebungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes waren von der organisierten Arbeiterschaft der Schweiz im Oktober 1914 11964 Mitglieder ganz und 15769 teilweise arbeitslos — auf die Stadt Zürich kamen allein etwa 2000 Arbeitslose. Die meisten Arbeitslosen — 6000 — hatte der Uhrenarbeiterverband; ihm reihten sich die Textilarbeiter mit 1742, die Holzarbeiter mit 1031, die Metallarbeiter mit 1000 Arbeitslosen an; alle anderen

Verbände wiesen kleinere Zahlen bis zu zwei bei den Friseuren auf, während die Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Arbeiterunion der schweizerischen Transportanstalten und die Militärschneider gar keine Arbeitslosen hatten. Aber auch hier setzte bald eine günstigere Entwicklung der Verhältnisse ein. Nach Mitteilungen vom April 1915 waren eine ganze Reihe von Betrieben der schweizerischen Metall-, Maschinen- und Textilindustrie so gut beschäftigt, daß die Arbeiter die bei Ausbruch des Krieges reduzierten früheren guten Löhne nicht nur wieder erreichten, sondern sogar noch wesentliche Aufbesserungen zu verzeichnen hatten. Ähnliche Berichte liegen aus Rumänien und Spanien vor.

Diese vorgeschilderten Verhältnisse der Lage der Lohnarbeiterschaft in den europäischen Staaten lassen wohl ohne alle Frage erkennen, daß die deutsche Lohnarbeiterschaft zur Zeit nicht schechter, sondern in vielen Fällen sogar besser gestellt ist, als diejenige der meisten anderen Länder. Jedenfalls ist die kürzlich auf dem englischen Gewerkschaftskongresse zu Bristol aufgestellte Behauptung, daß die Arbeiter in Deutschland von Pferde-und Hundefleisch leben müssen, völlig aus der Luft gegriffen. In Deutschland, wo der Schlachthauszwang besteht, der den Konsum ungesunden Fleisches vorbeugen soll, ist man in der Lage, jedes geschlachtete Pferd oder jeden geschlachteten Hund ausfindig machen zu können. In England, wo man keinen Schlachthauszwang kennt, ist dies nicht möglich. Deshalb ist man auch in England nicht in der Lage anzugeben, wieviel diese Tiere konsumiert werden. Es ist ja bekannt, daß in keinem Lande der Welt soviel Elend herrscht, als in England.

Zum Schlusse seien noch ein paar Worte über die Lage der sich in Deutschland befindlichen ausländischen Arbeiter gestattet. Allgemein bekannt ist bei uns die gute Behandlung der italienischen Arbeiter, an der selbst der Treubruch der italienischen Regierung in diesem Kriege nichts zu ändern vermochte. „Giornale d'Italia" erklärte im Oktober 1914 gegenüber den von einer Reihe von französischen Zeitungen verbreiteten Gerüchten, daß die italienischen Arbeiter in Deutschland gut behandelt würden. In den bergbaulichen Betrieben, in den Fabriken und Werkstätten, in den Hafenanlagen und wo sonst noch überall arbeitet der deutsche Lohnarbeiter einträchtig neben seinem ausländischen Berufsgenossen. Über die Behandlung der skandinavischen Arbeiter in Deutschland schrieb kürzlich der dänische Abgeordnete Hans Nielsen u. a. im Kopenhagener „Sozialdemokraten": „Wohlwollend öffnete Deutschland seine Fabriken — und besonders seine mechanischen Werkstätten — nicht allein den dänischen, sondern auch den schwedischen und norwegischen Arbeitern. Alle waren willkommen, selbst in den Zeiten herrschender Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern. Ein solches Entgegenkommen fanden die nordischen Arbeiter nicht in den anderen Ländern, und am wenigsten in England. Zum Vergleiche hiermit wollen wir eine Begebenheit, die sich kürzlich innerhalb der englischen Gewerkschaften zugetragen hat, hier anführen. Mehrere Abteilungen des Formerverbandes hatten die Frage die Lage der belgischen Former in England während des Krieges zum Anlaß einer Untersuchung gemacht, deren Resultat der Hauptvorstand der englischen Former-Union wie folgt bekundet: „Solange noch einzelne von unseren Mitgliedern arbeitslos sind, können belgische Former keine Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten. Sollte die

Zeit kommen, wo wir außerstande sind, der Nachfrage nach Formern zu entsprechen, können wir darauf eingehen, daß die Belgier Arbeit unter der Bedingung enthalten, daß die Unternehmer versprechen, daß, im Falle Entlassungen vorgenommen werden müssen, dann die belgischen Former zuerst an die Reihe kommen." Ähnliche Schwierigkeiten wurden in England auch, wie der „Daily Telegraph" im Juli 1915 berichtet, bei der Einstellung der kanadischen Mechaniker beobachtet. Dasselbe Bild liefert aber auch Frankreich. Nach Mitteilungen von „Nasche Slowo" vom Februar 1915 über eine Versammlung des Arbeitersyndikats im Pariser Schneidergewerbe, dem sehr viele Russen angehören, kennzeichnet der Organisationsleiter die Zustände im Gewerbe — „eine ausländische Invasion." Jedenfalls liefern diese paar Beispiele unter anderem auch eine treffliche Illustration zu der Legende von den deutschen Barbaren.

Nochmals: Die heutige Soldatensprache — ein Vorschlag zu ihrer Sammlung

Von Professor Dr. Karl Bergmann

In Nr. 32 der „Grenzboten" macht Dr. Alfred Wolff den Vorschlag, die neueste deutsche Soldatensprache zu sammeln als ein bleibendes Zeugnis für die gestaltende Kraft schöpferischen Volksgeistes und als ein kriegsgeschichtliches Dokument, in dem sich Stimmungen, Situationen, Gefühle und Bedürfnisse unserer Feldgrauen niederschlagen. Alle Freunde unserer Muttersprache und unseres tapferen Heeres werden diesen Vorschlag mit Freuden begrüßen. Auch die Art und Weise, wie Wolff sich die Ausführung seines Planes denkt, nämlich die Sammlung Aufgabe der Allgemeinheit sein zu lassen unter Leitung einer einheitlich zusammengefaßten wissenschaftlichen Kommission, deren Ziel auch die Verarbeitung des gesammelten Stoffes wäre, wird auf allgemeine Zustimmung rechnen dürfen. Trotzdem läßt sich dem Wolffschen Vorschlag gegenüber noch ein anderer Standpunkt einnehmen, und dieser Standpunkt sei hier in aller Kürze vertreten.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß von wissenschaftlichen Vereinigungen unternommene Arbeiten unter mancherlei Schwierigkeiten zu leiden haben. Zunächst werden bei der Zusammensetzung der Kommission zeitraubende Hindernisse zu überwinden sein. Ist sie dann glücklich gebildet, so kommt die Sammlung des gewaltigen Stoffes und seine Verarbeitung zu einer Darstellung, die doch so gehalten sein muß, daß sie allen wissenschaftlichen Ansprüchen genügt

und einen Einblick in die deutsche Volksseele bietet. Bei der bekannten Langsamkeit aber, mit der solche wissenschaftliche Körperschaften zu arbeiten pflegen — es sei nur an die Göttinger Kommission für das Grimmsche Wörterbuch erinnert — ist als sicher anzunehmen, daß Jahre vergehen, bis die Kommission mit ihrem Werke über die deutsche Soldatensprache an die Öffentlichkeit treten kann. Und dieses Werk würde so umfangreich und demgemäß auch so kostspielig sein, daß, ganz abgesehen von seiner allzu wissenschaftlichen Darstellungsweise, es für die Gesamtheit nicht in Betracht käme. Der Verfasser hält es daher für wünschenswert, diesem großen Werke ein anderes vorauszuschicken, das in bescheidenerem Umfange auch einen Ausschnitt aus der großen Zeit gäbe, aber eben durch seinen geringeren Umfang für die breiteste Allgemeinheit erschwinglich und bei aller wissenschaftlichen Zuverlässigkeit doch so verständlich gehalten wäre, daß es eine wertvolle Erinnerungsgabe für das deutsche Volk, insbesondere für unsere Krieger bildete.

Es ergibt sich nun die Frage, wie der Stoff zu einer solchen Arbeit herbeizuschaffen ist. Der von Dr. Wolff für das große Werk gemachte Vorschlag, die Sammlung Aufgabe der Allgemeinheit sein zu lassen, weil ihr ja die Träger und Schöpfer dieser Sprache angehören, gilt selbstverständlich auch für das kleinere Werk. Daß der Ruf an die Allgemeinheit nicht umsonst verhallen wird, dafür bürgen die Erfahrungen, die sowohl Dr. Wolff als auch der Schreiber dieser Zeilen gemacht haben. Es bietet sich ja überall, im Feindesland wie zu Hause, für alle, die Lust und Liebe zur deutschen Sprache und zu unserem Heere haben, reichlich Gelegenheit, Stoff für die neueste Soldatensprache heranzuschaffen. In der Etappe wird manche langweilige Stunde bei der Besatzungstruppe durch das Sammeln der einschlägigen Ausdrücke ausgefüllt werden können; daß auch in den Ruhestellungen unmittelbar hinter der Front vielen unserer Soldaten der Sinn für solche militärisch-sprachliche Fragen nicht abhanden kommt, beweisen zahlreiche Einsendungen, ja selbst aus den bombensicheren Unterständen unter feindlichem Artilleriefeuer bekam der Verfasser manchen Beitrag geschickt. Und auch im Inlande wird vieles zutage gefördert werden können. Feldpostbriefe bergen manchen Ausdruck; noch unmittelbarer und dadurch erfolgreicher wird natürlich der mündliche Verkehr mit unseren Soldaten wirken, die als Verwundete und Kranke, oder auch auf Erholungsurlaub zu Hause weilen. Es kann sich da manche Gelegenheit bieten, Neubildungen der Soldatensprache kennen zu lernen. Gewiß ist nicht jeder unserer Feldgrauen geneigt und auch befähigt, Rede und Antwort zu stehen, aber im allgemeinen wird man auf freundliche Bereitwilligkeit zur Auskunfterteilung stoßen. Natürlich muß der Sammler sich vorher genau überlegen, über welche Gebiete des vielgestaltigen militärischen Lebens er sich unterrichten will. Da kann man sich belehren lassen über die soldatischen Bezeichnungen der artilleristischen und infanteristischen Geschosse, der Maschinengewehre, Minen, Handgranaten, über die Benennungen der Waffen, Kleidungsstücke, Ausrüstungsgegenstände, der Speisen, der Liebes-

gaben, der Krankheiten, des Ungeziefers; welche Spitznamen die einzelnen Truppenteile, die Offiziere und Militärbeamten führen, wobei auch nicht die Unnamen für die weißen und farbigen Franzosen und Engländer zu übersehen sind; ebensowenig ist die Sprache der Flieger, der „Schipper", der Verkehrstruppen, des Sanitätspersonals usw. zu vergessen; schließlich wird man sprachlich beachtenswerte Aufschlüsse erhalten, wenn man sich erkundigt, wie unsere Soldaten sich zu der fremden Sprache stellen, wie sie fremdsprachliche Wörter (zum Beispiel Ortsnamen) auffassen und wiedergeben.

Wer nur einmal anfängt, sich eines oder mehrere dieser Gebiete herauszusuchen, der wird erstaunt sein, über welche Vorstellungskraft, über welch unverwüstlichen oft grimmen Humor unsere Soldaten verfügen. So führen die Geschosse der deutschen Flachbahngeschütze, welche die feindlichen Gräben beschießen und dicht über die Köpfe der deutschen Soldaten hinweghuschen, die Bezeichnung „Katzen". Langsam dahinziehende schwere Geschosse sind „Blindschleichen", oder nach der schwarzen Rauchwolke, die sich beim Zerschellen der Geschosse entwickelt, „Kohlenkasten", nach dem rollenden Geräusch „Rollwagen", nach der Form „Zuckerhüte" usw. Der frackähnlich aufgeschlagene französische Uniformrock trug den „Franzmännern" den Spitznamen „die Fräck" ein. Das Bedürfnis nach Kürze machte aus dem Zahlmeister den „Zahler"; seit neuester Zeit heißt er aber der „Scheinwerfer", weil er die Löhnung meist in Scheinen ausbezahlt: ein köstlicher Spitzname, aus dem noch kommende Geschlechter unsere heutigen geldlichen Verhältnisse ersehen mögen! Wird ein Schützengraben gesprengt, so machen seine Insassen „eine Himmelfahrt". Der Drang nach Anschaulichkeit läßt unsere Soldaten ein so abgeblaßtes Wort wie „schießen" in Acht und Bann tun; schon längst schießt die Artillerie nicht mehr, sie „funkt" nur noch; „Franzmann klopft die Sachen aus" und viele andere solcher Wendungen bezeichnen das Arbeiten der Maschinengewehre.

Schon diese wenigen Ausdrücke zeigen, wie für den sprachlich angeregten Menschen hier Gelegenheit geboten ist, einen unmittelbaren Einblick in die Werkstätte der Sprache zu tun, denn wir dürfen den größten Teil der soldatischen Neubildungen nicht als mehr oder weniger gelungene Scherze ansehen und die Absicht, sie aufzuzeichnen als eine müßige, der gegenwärtigen schweren Zeiten unwürdige Aufgabe betrachten, sondern hier wiederholen sich vor unsern Augen, tagtäglich, in großartigem Maßstabe, jene Vorgänge, die zur Schöpfung der Sprache überhaupt geführt haben. Das Studium der neuesten Soldatensprache liefert einen wichtigen Beitrag zur Frage nach der Entstehung unserer Wörter und Wendungen. In klarster Weise, weil durch zeitliche Entfernung noch nicht verdunkelt, läßt sich hier verfolgen, wie die Erscheinungen der Außenwelt auf die menschliche Phantasie wirken, welche Vorstellungen im menschlichen Gehirn ausgelöst werden und wie diese Vorstellungen sprachlich zum Ausdruck gelangen. Schon die obigen Beispiele für die artilleristischen Geschosse zeigen, wie Bewegung, Ton und Form der Erscheinungen

auf das Gemüt wirken und zum Vergleich mit Tieren und Gegenständen führen.

Meine Ausführungen dürften zur Genüge dargetan haben, daß die Sammlung der Soldatensprache volle Unterstützung verdient. Der Verfasser glaubt daher keine Fehlbitte zu tun, wenn er, zugleich im Namen von Dr. Wolff, sich an die breiteste Öffentlichkeit mit der Bitte wendet, sie in der Sammlung der heutigen Soldatensprache zu unterstützen. Dabei mögen noch folgende praktische Winke gegeben werden. Es ist sehr erwünscht, wenn bei der Einsendung von Beiträgen möglichst genau die Truppenverbände angegeben werden, innerhalb deren ein Wort gebräuchlich ist. Diese Angaben sind wichtig für die spätere Bearbeitung, um den Verbreitungsbezirk eines Wortes feststellen zu können. Wesentlich ist es auch, Näheres über die Entstehungsgeschichte eines Wortes zu berichten, also mitzuteilen warum ein Gegenstand oder ein Vorgang gerade so bezeichnet wird; dieser Wink gilt besonders für solche Ausdrücke, die nicht sofort zu verstehen sind, während bei manchen anderen eine ausführliche Erklärung oder eine Erklärung überhaupt unnötig ist. Man lasse sich jedoch nicht von der Einsendung der Soldatenwörter abhalten, wenn diese beiden Forderungen nicht zu erfüllen sind. Ferner scheue man sich nicht, auch derbe Ausdrücke mitzuteilen. Vor solcher falschen Prüderie ist zu warnen; die Soldatensprache ist ja nicht die Sprache höherer Töchter und auch nicht für solche bestimmt. Schließlich seien noch zwei weitere Punkte erwähnt. Der eine betrifft die Schrift; man halte es nicht für zu kleinlich, wenn die Bitte ausgesprochen wird, möglichst deutlich zu schreiben; mancher Beitrag kann wegen Unleserlichkeit nicht verwertet werden. Der andere Punkt betrifft die genaue Angabe von Stand und Wohnort des Einsenders; durch solche Angaben gewinnen die Beiträge an Wert, und es wird auch möglich sein, wie dies der Brauch ist, im Vorwort besonders eifrigen Sammlern zu danken, wenn sie es sich nicht ausdrücklich verbitten.

Wer sich also an der Sammlung beteiligen will, der sei hiermit freundlichst eingeladen. Alle Einsender von Beiträgen, die man entweder an Herrn Dr. Wolff (Berlin NW., Calvinstraße 29) oder an den Verfasser dieser Zeilen (Darmstadt, Mathildenstraße 26) oder an den Verlag von A. Töpelmann in Gießen, richten wolle, mögen im voraus des freundlichsten Dankes versichert sein.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Schöne Literatur

Der Krieg im Roman. Der Krieg mit seinem millionenfachen Menschenschicksal ist auch zu einem künstlerischen Erlebnis geworden. Seit einem Jahre sind unzählbare Kriegsromane und -novellen erschienen. Aber gerade die Allgemeinheit der Stimmungen und Empfindungen zwingt uns zur gewissenhaftesten Prüfung, denn ein Kunstwerk hat immer ein persönliches Erlebnis zur Voraussetzung; dazu Anschauung und die Fähigkeit der Gestaltung. So mancher glaubt aber jetzt ein Dichter zu sein, der seine Seele bloß hat mitschwingen lassen.

Aus der schmerzhaften Werdezeit des deutschen Gedankens holt sich Max Dreyer seine Menschen und Bilder. Sein Roman „Der deutsche Morgen. Das Leben eines Mannes" (L. Staackmann, Leipzig, 1915) führt in die Jahre nach den Freiheitskriegen, in die Zeit der teutschen Schwärmerei, des gährenden, glühenden Deutschgefühls, in die Schwüle der Demagogenriecherei. Fast behäbig ruhig rollt anfangs der Fluß der Erzählung, in dem sich der Drang und die Mühsal der Menschen von damals spiegeln, bis der Fluß zum tosenden Strome wird, dessen Kraft und Fülle mit fast atemraubender Melodie an uns vorüberrauscht. Es ist das Leben eines Mannes, das ein Glaube war und eine keusche, rauhe, märkisch-gerade Tat.

Endlich erzwingen Notwendigkeit und ein kluger, eiserner Mann die Erfüllung des Traumes. Der neue Krieg bringt Wohlstand und Aufschwung. Wer tatkräftig die Gründerzeit auszunutzen versteht, wird bald ein reicher Mann. Aber was wird aus den Söhnen, die nur das Erbe der Väter antreten? Diese beiden Generationen, die der Emporkömmlinge und die der Söhne, wollte Horst Schöttler in seinem Roman „Zwischen zwei Kriegen 1870—1914." (L. Staackmann, Leipzig, 1915) zeichnen. Leider hat er nicht die kraftstrotzende Natur Omptedas nicht dessen fest zupackende Art. Er ist ein Analytiker, er zerfasert Seelen. Die großzügige Synthese dieser Generationen, die wir nach einigen Andeutungen erwarten, versickert und zerfließt in Lebensaugenblicke zersprungener Seelen. So fehlt es dem Roman an innerem Halt und Rhythmus.

Der neue große Krieg bricht an. Unter dem heiligen Ernst und dem leuchtenden Lachen der ersten großen Stunden hat Thea von Harbou ihr Buch „Der unsterbliche Acker" (J. G. Cotta, Berlin und Stuttgart) geschrieben, in dem die unerschütterliche Zuversichtlichkeit lebt, daß ein solches Volk nie untergehen kann. Man spürt in ihm den Atem einer lebendigen Seele, die sich hineingegrübelt und hineingefühlt hat in das deutsche Herz. Und ohne Phrase, ohne weichliche Sentimentalität, mit der unbekümmerten Sachlichkeit eines Arztes, aber auch mit wunderreicher Frauenliebe zeigt sie uns das Bild dieses zuckenden und pochenden Herzens.

Jeden ergreift die Begeisterung des Zorns. Aber mancher wird in die Fessel der Untätigkeit gezwungen. So enthüllt uns Friedrich Lienhard in seinen letzten Erzählungen „Der Einsiedler und sein Volk" (Stuttgart, 1915, Greiner und Pfeiffer), in denen er die kulturhistorische Anekdote bis zur geschauten Szene ausmalt oder in einem plötzlichen Erlebnis das ganze Lebenslos eines Menschen aufleuchten läßt, das Schicksal eines unnütz Wartenden, der sich den Strick um den Hals legt, weil da draußen Taten geschehen, zu denen sie ihn nicht brauchen; das Schicksal derer, die im

Schatten bleiben müssen und sich doch im Entsagen verzehren.

Draußen geschehen Taten. Aber mir scheint, sie verlieren, wenn man sie erzählt. Was zum Beispiel den Kriegserzählungen des Mitkämpfers Richard Sexau „Blut und Eisen“ (G. Müller, München, 1914) fehlt, ist die Einfachheit. Vieles ist zu romanhaft ausgemalt, namentlich alles, was sich im Lager der Franzosen abspielt. Manches zu genrehaft, Gartenlaube. Und nur, wo er blutdurchtränkte Landschaften schildert, Handgemenge und Sturmangriffe, erhebt er sich zu einer gewissen Größe der Anschauung.

Auch die in der Heimat verspüren die befreiende Sturmkraft des Krieges. Ferdinand Künzelmann bringt in seinen „Spionen“ (Robert Markiewicz, Berlin) neben unbedeutenden Detektivgeschichten zwei Erzählungen von eigentümlicher Herbheit. Der Krieg als Klärer der Seelen. Der Mann, still und mit warmem Herzen, der das Sichhingeben von seiner Braut als Geschenk erwartet, die nicht schenken kann, was man ihr nehmen soll, und die harte, strenge Mutter, die das uneheliche Kind des gefallenen Sohnes zu sich nimmt.

Auch Klara Hofer gibt uns in ihrer Erzählung „Das Schwert im Osten“ (J. G. Gotta, Stuttgart und Berlin) ein Beispiel für die klärende und kräftigende Macht des Krieges. Die Polin ist in ihrer schmeichelhaften, katzenähnlichen Art dem Deutschtum ihres schwachen Mannes immer ausgewichen. Bei Ausbruch des Krieges verläßt sie ihn in polnischem Fanatismus, da er freiwillig ins Heer eintritt. Überwältigt von der Heiligkeit und Gerechtigkeit des Krieges findet sie schließlich wieder den Weg zu ihrem deutschen Mann, dessen Sinn unter der Unbeugsamkeit des Krieges härter und männlicher geworden ist. Man würde dem Roman unrecht tun, wenn man in ihm nur eine Allegorie sähe. Er ist mit Leidenschaft und innerer Glut geschrieben.

Die Tragödie der am Kriege Wunden führt Peter Dörfler in seiner Erzählung „Der Weltkrieg im schwäbischen Himmelreich“ (Kempten und München, 1915, Jos. Kösel) vor uns auf. Dem zarten, glasspröden Lehrerfräulein bricht das Herz, als der Sarg mit dem gefallenen Geliebten vor ihrem Hause vorbeigetragen wird. Und alles, Tragödie und Komödie, das Hinsterben des überzarten Herzens, der Geiz der Goldverscharrer und selbstsüchtigen Kuchenesser, der tapfer verhüllte Schmerz und das Abenteuer eines lahmen und triefäugigen Gauls, ist umwoben von nächtlichem Kirchhofszauber, von Weihrauchduft und dem Glanz blutroter Kerzen, die im wehmütigen Dämmerlicht der Kirche flackern. Himmel und Erde, Licht und dunkle Bäume mit ihren geisterhaften Zweigen spuken mit hinein. Dr. Fritz Koepke

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6518.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Kempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Die Beſchlagnahme des feindlichen Privatvermögens

Von Dr. jur. H. Brewe

Die maßgebenden Beſtimmungen ſind enthalten in der Bundesratsverordnung vom 7. Oktober 1915 (Reichsgeſetzblatt No. 136), in der im Anſchluß hieran ergangenen Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Oktober 1915 (Reichsgeſetzblatt No. 139) und und in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. Oktober 1915 (Reichsgeſetzblatt No. 150).

Als feindliche Staaten im Sinne der neuen Verordnung gelten nach § 4 der Bundesratsverordnung: Großbritannien und Irland, Frankreich, Rußland und Finnland, ſowie die Kolonien und auswärtigen Beſitzungen dieſer Staaten. Der Reichskanzler kann die Vorſchriften dieſer Verordnung ganz oder teilweiſe auch auf andere feindliche Staaten, ſowie auf Länder, die vom Feinde beſetzt ſind, für anwendbar erklären.

Der Zweck der geſamten Verordnungen iſt, eine Ueberſicht über das in Deutſchland befindliche Privateigentum von Angehörigen feindlicher Staaten zu ſchaffen und Verfügungen über dieſes Privateigentum zu verhindern. Veranlaßt ſind die Maßnahmen durch die zum Teil weitergehenden Beſchlagnahmemaßregeln der feindlichen Staaten (Großbritannien, Frankreich und Rußland), die nach Erklärungen von Regierungsvertretern dazu dienen ſollen, das dort befindliche Vermögen deutſcher Staatsangehöriger als Pfand bei künftigen Friedensverhandlungen zu verwerten. In England iſt ein „Kuſtos des feindlichen Eigentums“ beſtellt, bei dem alle deutſchen Vermögenswerte, insbeſondere auch Forderungen und Bankguthaben, anzumelden und an den Zahlungen abzuführen ſind. In Frankreich iſt bekanntlich das ganze deutſche Vermögen unter Sequeſter geſtellt. Rußland hat teils durch Geſetze, teils durch Verwaltungsmaßnahmen aufs tiefſte in deutſche Eigentumsrechte eingegriffen. Deutſchland hatte bisher nach Möglichkeit Eingriffe in die Privatrechte von Angehörigen

feindlicher Staaten vermieden. Die wesentlichen Verordnungen betrafen das Zahlungsverbot an das feindliche Ausland, die Geltendmachung von Ansprüchen im Ausland wohnender Personen und die Ueberwachung bezw. Verwaltung ausländischer Unternehmungen. Die neuen Bestimmungen dagegen sollen in erster Linie etwa notwendig werdende Vergeltungsmaßregeln gegen entsprechende Maßnahmen unserer Feinde ermöglichen und eventuell die Regierung in den Stand setzen, auch unsererseits zurückbehaltene ausländische Werte bei künftigen Friedensverhandlungen den Bestrebungen unserer Gegner entgegenzustellen. Weitergehende Maßnahmen sind nicht beabsichtigt, insbesondere hat es nicht in der Absicht der Regierung gelegen, durch die neuen Bestimmungen eine Aufrechnung unserer Ansprüche auf Herausgabe des im feindlichen Auslande befindlichen Privateigentums gegen die gleichen Ansprüche unserer Feinde zu ermöglichen.

Im einzelnen muß auf die Bestimmungen der Verordnungen verwiesen werden. Hier sei nur noch Nachstehendes angeführt:

Nach § 7 der Bundesratsverordnung kann der Reichskanzler anordnen, daß die Veräußerung oder Abtretung eines im Inland befindlichen feindlichen Vermögensgegenstandes als nicht geschehen anzusehen ist, wenn die Veräußerung oder Abtretung nach dem 31. Juli 1914 seitens eines Angehörigen der feindlichen Staaten erfolgt und anzunehmen ist, daß die Veräußerung oder Abtretung geschehen ist, um den Vermögensgegenstand deutschen Verwaltungsmaßregeln zu entziehen.

Gemäß § 8 der Bundesratsverordnung kann im Inland befindliches Vermögen von Angehörigen feindlicher Staaten, insbesondere auch ein dazu gehöriger Anspruch, vom Inkrafttreten der Verordnung an, unbeschadet weitergehender Anordnungen der Militärbefehlshaber nur mit Genehmigung des Reichskanzlers veräußert, abgetreten oder belastet werden.

Unberührt bleibt die Zulässigkeit der Ausübung eines vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erlangten dinglichen Rechts oder kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts.

Nach § 10 ist es bis auf weiteres verboten, ohne Genehmigung des Reichskanzlers Sachen, die im Eigentume von Angehörigen feindlicher Staaten stehen, insbesondere auch Wertpapiere und Geldstücke, unmittelbar oder mittelbar nach dem Auslande abzuführen. Ausgenommen hiervon ist die Mitnahme von Reisegut. Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen darüber erlassen was als Reisegut anzusehen ist.

§ 11 der Bundesratsverordnung läßt die weitergehenden Vorschriften der Bekanntmachungen betreffend die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland vom 30. September, 20. Oktober und 19. November 1914 (Reichsgesetzblatt S. 421, 443, 479) unberührt.

Von den in § 8 bezeichneten Beschränkungen werden nicht betroffen:

1) das Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, die sich im Inlande befinden,

2) das Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, welches zu einem im Inlande befindlichen Betriebe gehört,

soweit es sich um Veräußerungen, Abtretungen oder Belastungen zugunsten von Personen handelt, die im Inlande ihren Wohnsitz, Sitz oder dauernden Aufenthalt haben.

Die in § 8 aufgeführten Bestimmungen gelten ferner nicht für das einer staatlichen Aufsicht oder Verwaltung nach Maßgabe der Bundesratsverordnungen vom 4. September und 26. November 1914 (Reichsgesetzblatt S. 397, 487) unterstehende Vermögen.

Durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. Oktober 1915 sind außer den vorstehenden Befreiungen für natürliche Personen, die in den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands ihren Wohnsitz und gegenwärtigen Aufenthalt haben, sowie für juristische Personen, die dort ihren Sitz und ihre gegenwärtige Verwaltung haben, folgende Ausnahmen zugelassen:

1) die Veräußerung, Abtretung oder Belastung ihres im Inlande befindlichen Vermögens zugunsten von Personen der bezeichneten Art oder von Personen, die im Inland ihren Wohnsitz, Sitz oder dauernden Aufenthalt haben, ist gestattet.
2) Es ist ferner erlaubt, Sachen, insbesondere Wertpapiere und Geldstücke, die im Eigentum der bezeichneten Personen stehen, nach den unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten Rußlands abzuführen.

Durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Oktober 1915 ist der Endtermin der Anmeldefrist auf den 15. Dezember 1915 festgesetzt. Auf Antrag kann eine Nachfrist gewährt werden.

Der Bekanntmachung sind 4 Formulare beigefügt, welche einer Einteilung der Anmeldepflichtigen in 4 Gruppen entsprechen.

1) Anmeldebogen A ist auszufüllen von feindlichen Staatsangehörigen, die im Inlande ihren Aufenthalt haben (vergleiche Artikel 1 der Bekanntmachung).
2) Anmeldebogen B ist auszufüllen von Personen oder Unternehmungen, die feindliches Vermögen verwalten oder verwahren (vergleiche Artikel 2 der Bekanntmachung).
3) Anmeldebogen C ist auszufüllen von im Inland ansässigen Personen oder Unternehmungen, die im Ausland befindlichen feindlichen Staatsangehörigen oder im feindlichen Ausland ansässigen Unternehmungen eine auf Geld lautende Leistung schulden (vergleiche Artikel 3 der Bekanntmachung).
4) Anmeldebogen D ist auszufüllen von den Leitern oder Geschäftsführern eines im Inlande ansässigen Unternehmens, an dem feindliche Staatsangehörige beteiligt sind (vergleiche Artikel 4 der Bekanntmachung).

Einem feindlichen Staatsangehörigen im Sinne der Bekanntmachungen stehen privatrechtliche oder öffentlich rechtliche juristische Personen, die in dem

feindlichen Staate ihren Sitz haben, insbesondere diese Staaten selbst gleich. Besteht Zweifel über die Staatsangehörigkeit einer Person, die ihren Wohnsitz oder ihren dauernden Aufenthalt im feindlichen Ausland hat, so hat der Anmeldepflichtige sie als feindlichen Staatsangehörigen im Sinne der Bekanntmachung zu behandeln.

Vermögenswerte unter Mk. 500,— sind von der Anmeldung ausgenommen. Bei wiederkehrenden Leistungen ist der Jahresbetrag maßgebend.

Nicht anzumelden sind:

1) Bürgschafts- und Regreßverbindlichkeiten, es sei denn, daß der Bürgschafts- oder Regreßfall schon eingetreten ist,
2) Versicherungsprämien; Verpflichtungen, welche die Zahlung einer Versicherungsleistung zum Gegenstande haben, soweit nicht der Versicherungsfall bereits eingetreten ist.
3) Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte (wohl aber sind anzumelden vermögensrechtliche Ansprüche, die auf Grund solcher Rechte entstanden sind).
4) Seeschiffe.

Durch die neuen Bestimmungen werden naturgemäß Banken und Bankiers in erster Linie betroffen. Ihnen entsteht durch die Anmeldepflicht eine recht erhebliche Arbeitslast, deren rechtzeitige Erledigung manchen an sich schon infolge der Personalverringerung überlasteten Bankbetrieben sehr schwer fallen wird. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat sich daher am 19. Oktober dieses Jahres mit einer umfangreichen Eingabe an den Reichskanzler gewandt, deren wichtigste Punkte einmal die durch die Anmeldung drohende bzw. ermöglichte Verletzung des Bankgeheimnisses und andererseits einige Erleichterungen der Anmeldepflicht betreffen. Zur Vermeidung der Verletzung des Bankgeheimnisses hatte der Zentralverband den Vorschlag gemacht, die Erlaubnis zu geben, daß die Banken den Namen des feindlichen Berechtigten nur unter einer Chiffre anzugeben brauchen, vorbehaltlich des Rechts der zuständigen Behörde, sich über die Person des betreffenden Kunden Gewißheit zu verschaffen.

Für Preußen ist dieser Anregung bereits Folge gegeben, indem gestattet ist, anstelle der Namen der Berechtigten Chiffern anzugeben. Die Banken und Bankfirmen haben sich an die Handelskammern zu wenden und sich von diesen die Chiffern angeben zu lassen. Gleichzeitig ist für jede Anmeldung ein geschlossener Briefumschlag einzureichen, der die zur Erläuterung der Chiffern notwendigen Angaben enthält. Diese Briefumschläge dürfen von den Handelskammern nicht geöffnet werden. Für die anderen Bundesstaaten sind gleiche Ausführungsbestimmungen zu erwarten.

Zu den weiteren vom Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes gegebenen Anregungen hinsichtlich der Erleichterung der Anmeldepflicht sind in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 25. Oktober 1915 einige

halbamtliche Ausführungen erschienen. Auf den Inhalt dieses Artikels sei hier verwiesen. Wesentlich ist Nachstehendes:

1) Privatrechte des Anmeldenden oder dritter Personen an den anzumeldenden Gegenständen werden durch die Verordnungen nicht betroffen und brauchen bei der Anmeldung nicht angegeben zu werden (zum Beispiel Pfandrechte, Zurückbehaltungsrecht usw.).
2) Bei gegenseitigem Kontokorrentverhältnis ist nur der zu Gunsten der feindlichen Staatsangehörigen verbleibende Saldo anzumelden.
3) Ausländische Valuten brauchen nicht in deutsche umgerechnet zu werden.
4) Bei gleichen Effekten ist die Zusammenfassung in einem Betrage zulässig.
5) Bei Geldschulden ist lediglich das Kapital nebst Zinssatz und Tag, von dem ab die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben. Eine Berechnung des derzeitigen Standes der Zinsschuld ist nicht erforderlich.

Die Bundesratsverordnung vom 7. Oktober 1915 enthält noch einige Strafbestimmungen, die im § 12 und 13 der Verordnung näher festgelegt sind. Es sind Geldstrafen bis zum Betrage von 1500 Mark, bezw. 50000 Mark neben oder gleichzeitig mit Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten bezw. drei Jahren angedroht für die Verletzung der oben erwähnten Vorschriften über die Anmeldung und Sperre des feindlichen Privatvermögens.

Wie das Deutsche Reich die Niederlande verlor

Von Otto Cartellieri

(Schluß)

Auf den Spuren des Vaters wollte Karl der Kühne (1467—1477) nachfolgen. Philipp verstand zu warten; l'assuré nannten ihn auch die Zeitgenossen. Was er bedächtig, behutsam, ja zaudernd zu erreichen gesucht hatte, verlangte der von wilder Leidenschaft durchglühte Sohn im Sturm zu gewinnen. Von Charles le Téméraire spricht der Franzose sinngemäßer. Rücksichtslos beseitigte Karl, was ihm den Weg versperrte. Roh ging er mit den Menschen um, jagte die Untertanen geradezu in den Widerstand hinein, beleidigte und verletzte die treuesten Freunde.

Die niederländische Frage spitzt sich während seiner Regierung zum äußersten zu: kein versteckter, heimlicher Krieg mehr mit Frankreich und Deutschland, sondern offener Kampf.

Um keinen Preis wollte Karl ein Franzose, ein Prinz von Geblüt sein. Der Urenkel Philipp des Kühnen, der sich als unentbehrlichen Pfeiler des Königsthrones angesehen hatte, erklärte, daß ihm sechs französische Könige lieber wären als einer. Wieder und wieder führte er seine Heere gegen den Lehnsherrn. Ludwig der Elfte mußte die beschämendsten Demütigungen hinnehmen, die je ein Lilienfürst erfahren hat. Als er gezwungen wurde, im Gefolge Karls dem Strafgericht über seine Bundesgenossen, die Bürger von Lüttich, beizuwohnen, da verblaßte sogar der Auftritt in der Kathedrale zu Arras, da der Kanzler im Namen des Königs für die Ermordung Johanns ohne Furcht kniefällig um Verzeihung bat. Nur mit Aufbietung aller Kräfte und Anwendung aller Künste und Mittel, dank den Fehlern, die der unbedachte Gegner selbst beging, vermochte Ludwig der Elfte den Thron der Valois aus den Kriegsstürmen zu retten, die über Frankreich dahinbrausten.

Siegreich gegen Ludwig den Elften, im Besitz der Sommestädte, der „Schlüssel Frankreichs", wandte Karl sein begehrliches Auge gegen Deutschland hin, für ihn das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Die Geldverlegenheiten Sigmunds von Habsburg verschafften ihm die österreichischen Vorlande. Der Sundgau und die Grafschaft Pfirt kamen unter burgundische Verwaltung. Der Plan, den schon Philipp der Kühne, dann Johann ohne Furcht betrieben hatte, die ersehnte Verbindung zwischen den burgundischen und den niederländischen Gebieten herzustellen, erschien um ein Beträchtliches gefördert.

Streitigkeiten in der geldrischen Herzogsfamilie bildeten einen willkommenen Anlaß, sich des Herzogtums zu bemächtigen, dessen zwischen Maas und Mosel vorgeschobene Spitze sowohl Brabant als Holland bedrohte. Damit drang der burgundische Staat auch an den Niederrhein vor.

Weder die Einäscherung der deutschen Bischofsstadt Lüttich, noch die Eroberung des deutschen Herzogtums Geldern raubten Kaiser Friedrich seine Ruhe: kein kriegerisches Vorgehen, sondern Verhandlungen, Verhandlungen. Denn die Hand der Prinzessin Maria, des einzigen Kindes des Herzog-Grafen, winkte als köstlicher Preis. Karl ging mit seinen Forderungen immer weiter. Es handelte sich für ihn nicht mehr darum, als König über seine mannigfachen Gebiete zu herrschen, er wollte römischer König, Vikar des Kaisers werden. Um die Königskrone zu erhalten, traf er mit dem Habsburger in Trier zusammen. Doch als ungekrönter König verließ er wieder die Stadt. Auch der Krieg, den er gegen das Reich führte, endete mit einem Mißerfolg: in elfmonatiger heldenmütiger Verteidigung widerstand Neuß allen Angriffen.

Mit Entsetzen schaute das deutsche Volk auf den dämonischen Fürsten.

War ein neuer Alexander der Große erschienen, dessen Eroberungslust keine Grenzen kannte? War der Antichrist gekommen?

Karl wandte sich jetzt gegen Lothringen. Diese wichtige Einfallspforte nach Frankreich mußte genommen werden. Dann sollte die Provence an die Reihe

kommen. Wann endlich würde der Herzog-Graf auf eigenen Straßen von Holland bis zum Mittelmeer eilen können?

In einen wilden Taumel wurde Karl von seinen phantastischen Plänen hingerissen. Allerwärts entstanden ihm Gegner, überall regte sich Verrat und Betrug. Karl merkte es nicht oder wollte es nicht merken. In den eigenen Landen drohte Aufruhr und Abfall, die allzu scharf weitergeführte Zentralisation hatte tiefgehende Erbitterung hervorgerufen. Weder die Niederlande noch das Herzogtum Burgund wollten von den Eroberungskriegen etwas wissen und verweigerten die Subsidien. Die militärischen Kräfte, wie so häufig schon, versagten völlig. Das stehende Heer, das Karl endlich geschaffen, war zu klein. Die Söldner zeigten sich unzuverlässig.

Unheimlich rasch erfolgte die Katastrophe. In ihrer Freiheit bedroht, standen die Schweizer auf. Einige wuchtige Schläge, und der Weltenunruhstifter war verschwunden. Selten haben Schlachten so weittragende Folgen gehabt wie Granson, Murten und Nancy.

In weltgeschichtlichem Konflikte war der burgundische Staat entstanden, sollte er jetzt in weltgeschichtlichem Konflikte zu Grunde gehen?

Der Tod Karls des Kühnen stellte den burgundischen Staat vor den Untergang. Keinen erprobten Krieger oder gewiegten Staatsmann hinterließ Karl als Erben, sondern ein junges ebenso hübsches als unbedeutendes Mädchen, die zwanzigjährige Maria (1477-1482). Keine treuen, zäh an dem Geschaffenen festhaltenden Untertanen trauerten über den furchtbaren Tod des Herrn, sondern zahlreiche Unzufriedene frohlockten über das jähe Ende der Zwingherrschaft. Der partikularistische Geist der Kommunen loderte in hellen Flammen von neuem auf. In Flandern rissen die drei Lede, Gent, Brügge, Ypern, die Herrschaft wieder an sich. Karls ergebene Ratgeber mußten auf dem Schaffot für die verhaßten Neuerungen ihres Herrn büßen. Das „große Privileg", im Sturm der hilflosen Fürstin abgerungen, wollte den zentralisierten Staat zertrümmern, an Stelle des einen, viele Stadtstaaten setzen.

König Ludwig der Elfte ließ die längst bereitstehenden Heere in Burgund einrücken und zog das Herzogtum für die französische Krone ein. Auch an der Grenze Flanderns erschienen seine Streitkräfte, an die Wallonen ergingen verführerische Lockrufe. Würden auch England und Deutschland die Stunde nutzen, wollte Deutschland einst Verlorenes wiedergewinnen?

Doch auch diese Stunde der Gefahr, da der burgundische Staat in allen Fugen erzitterte, ging für die Niederlande vorüber. England war durch den Rosenkrieg gefesselt, in Deutschland gab es keine starke Reichsgewalt mehr, welche die Rechte des Imperium zur Geltung bringen konnte. Wohl erschien ein deutscher Prinz als Retter des burgundischen Staates, wohl gewann der einzige Sohn des Kaisers dem Dauphin und den englischen Prinzen zum Trotze die Hand der Prinzessin Maria und damit den Einfluß auf die Geschicke der

Niederlande: doch „deutsch" sind dadurch die Niederlande nicht geworden. Maximilian hat wie sein Vater für Habsburg gearbeitet, nicht für Deutschland. Verlangen wir von ihm nicht mehr wie von irgend einem andern Fürsten jener Zeit, der ehrgeizig aufwärtsstrebend darauf ausging, sich einen zukunftsstarken Territorialstaat zurecht zu zimmern, schmücken wir ihn aber auch nicht mit einem Kranz aus gefärbten Blättern. Nur mittelbar hat Maximilian deutsche Politik getrieben. Indem er der französischen Krone die Stirn bot und die Niederlande in ihrer Ganzheit erhielt, blieben die Niederlande eine Zeitlang noch das nordwestliche Bollwerk Deutschlands gegen Frankreich.

Nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die eigenen Untertanen hat Maximilian die Schöpfung der burgundischen Herzöge verteidigt, zuerst noch bei Lebzeiten der Gräfin-Herzogin Maria, dann nach ihren frühem Tode als Vormund des Erben (1482—1494). Mit blinder Leidenschaft, wie ihn die Parteiwut nur kennt, haben die Flandrer den Habsburger bekämpft, dessen antifranzösische Politik ihnen zuwider war. Die Brügger Handwerker konnten es wagen, Maximilian, den neu gekrönten römischen König, drei Monate lang in Gefangenschaft zu halten! Voller Mißtrauen wachten die Kommunen über die Erziehung des Prinzen Philipp und seine Schwester Margarethe. Der Einfluß des Vaters, der Deutschen wurde ausgeschaltet. Das Land siegte über die Dynastie.

Als niederländischer Fürst wuchs Philipp der Schöne (1494—1506) auf. Er lernte kein Deutsch, das österreichische Erbe war für ihn nicht vorhanden. Die Ratgeber, denen auch der mündig gewordene Prinz „Croit-Conseil" völlig freie Hand ließ, trieben ohne Rücksicht auf König Maximilian national-niederländische Politik. Zum Vorteil des Handels galt es mit Frankreich wie mit England im Frieden zu leben. Daher gaben sie das Stammland des Geschlechtes, das Herzogtum Burgund, preis; daher schlossen sie mit England den berühmt gewordenen Intercursus magnus, der dem Kaufmann Tür und Tor öffnete. Was sollten sie sich aber um Deutschland kümmern, von wo keine ernste Gefahr drohte? Sie dachten gar nicht daran, dem Reichskammergericht zu gehorchen, die Reichssteuer, den gemeinen Pfennig, zu zahlen. Mit Recht konnte sich der Reichstag darüber beklagen, daß Philipp wohl seinem französischen Lehnsherrn, nicht aber dem deutschen die schuldige Huldigung geleistet habe.

Seit langer Zeit entsprach die auswärtige Politik den Wünschen der flandrischen Kommunen. Dafür zeigten sie auch Entgegenkommen und ließen einen Ausgleich zwischen der Zentralregierung und den Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Gebiete und Städte zustande kommen. So konnten allmählich die durch das „Große Privileg" in die Zentralverwaltung geschlagenen Breschen wieder ausgebessert werden. Der herzogliche Rat erschien von neuem, ebenso das Parlament von Mecheln, das der Aufruhr des Jahres 1477 weggefegt hatte. Als „Grand Conseil" umfaßte es unterschiedlos alle Gebiete.

So schien die niederländische Frage nach den sturmgepeitschten Jahren des Übergangs in ein neues Stadium zu kommen, ein national-burgundischer Staat schien sich auszubilden, frei von dynastischem Zwang, frei von Bevormundung eines der Nachbarstaaten. Da warf ein Ereignis alles um, die dynastische Politik Maximilians trug schließlich doch den Sieg davon!

Im Jahre 1495 verlobte Maximilian den Sohn mit der Tochter Ferdinands von Aragon und Isabellens von Kastilien. Es war in erster Linie eine antifranzösische Verbindung: der Herr der Niederlande sollte in den Interessenkreis Habsburgs und Spaniens, der Widersacher Frankreichs, gezogen werden. Wer konnte es bei dem Abschluß des Heiratsvertrages ahnen, daß nur fünf Jahre später, nach drei unerwarteten Todesfällen im spanischen Königshause, Philipp der Schöne als Gemahl der Prinzessin Johanna der Herr von Kastilien und Aragon, der Herr des unermeßlichen außereuropäischen Besitzes wurde. Cristoforo Colombo entdeckte neue Welten für den Herrn der Niederlande, dem einst die Herrschaft über die pyrenäische Halbinsel zufallen sollte! —

Den habsburgischen Hausbesitz konnte Philipp mißachten, nicht aber das spanische Erbe seiner Gattin. Als Isabella von Kastilien im Jahre 1504 starb, opferte Philipp sofort die niederländischen Interessen, um jenseits der Pyrenäen seine Rechte zur Geltung zu bringen. In Kastilien ereilte den Achtundzwanzigjährigen der Tod.

Der Herr des burgundischen Staates war ein europäischer Herrscher geworden. Wie winzig erschienen angesichts dieser weltumfassenden Berechnung der Habsburger die Zwischenreich-Pläne, die einst Karl dem Kühnen die verständige Überlegung geraubt hatten!

Die niederländische Frage erreicht mit Philipps Nachfolger ihre letzte Phase. Die Niederlande, ob sie es wollen oder nicht wollen, werden von den Habsburgern in Schlepptau genommen und verlieren mehr und mehr ihr Selbstbestimmungsrecht. Ein Gebiet unter kaum übersehbaren Gebieten in dem Weltreich, das die Sonne nicht untergehen sah, ein Besitztum neben vielen anderen und größeren, neben Böhmen und Ungarn, neben Kastilien und Aragon, neben den österreichischen Erblanden, treten die Niederlande vollends aus der deutschen Interessensphäre heraus und werden fest in die Kette der habsburgischen Großmachtspläne geschlossen: dynastische Gründe entscheiden allein über die Zukunft der Niederlande.

Zum zweiten Mal fiel einem unmündigen Kinde die Regierung in den Niederlanden zu. Karl, der älteste Sohn Philipps, war sechs Jahre alt. Mochte auch Frankreich noch so viel Ränke schmieden, der Großvater Max wurde Vormund, die Tante Margarethe Regentin, eine Frau vom alten burgundischen Schlage, an der Tradition des burgundischen Hauses wie an einem Heiligtum festhaltend, späterhin häufig „burgundischer" denn der Neffe selbst.

Die Anfänge Karls (1506—1555) erinnern an diejenigen des Vaters.

Der Knabe führte den Titel eines Herzogs von Luxemburg, er lernte wohl flämisch und französisch, nicht aber deutsch und spanisch. Eine national-niederländische Politik erblühte von neuem einige wenige Jahre, um bald ganz zu vergehen. Als Ferdinand der Katholische vom Tode hingerafft wurde im Jahre 1516, zog auch Karl, wie einst der Vater, nach Spanien, um in Aragon die Herrschaft anzutreten. Auf dem Wege dorthin erklärte er dem Großvater, die Nachfolge im Reich erstreben zu wollen.

Wie konnte Kaiser Karl der Fünfte burgundische, national-niederländische Politik treiben! Wurden sich damals die Niederländer über die Tragweite des Ereignisses klar? Mit Jubel ward in Brüssel die Nachricht von der Kaiserwahl begrüßt, Freudenfeuer loderten. Hätten es die begeisterten Brabante geahnt, daß damals alle ihre Träume und Wünsche erloschen, als unabhängiger Staat zu leben, mit eigenem, von fremdem Besitz abgelösten Fürstenhaus! Hätten es die Niederländer gewußt, daß ihr Land für Diplomaten ihres Gebieters nur ein Tauschobjekt bildete, daß verschiedentlich erörtert wurde, ob es nicht wie ein Krondiamant, der seinen Glanz verloren, gegen einen anderen eingetauscht werden solle!

Die Nachfahren Philipps des Kühnen hatten mehr und mehr vergessen, daß sie französische Prinzen von Geblüt waren. In der Folge vergaß es Karl häufig und mußte es vergessen, daß er der Herr der Niederlande war. Das burgundische Gewand verschwand unter dem Kaisermantel. Selten konnten die Niederländer den Herrscher in ihrer Mitte sehen. In den Jahren 1522—1555 erschien Karl nur fünfmal in den „diesseitigen Landen" und verweilte während seiner so langen Regierung im ganzen wohl nur zehn Jahre dort.

Karl konnte unmöglich stets die Wünsche der Niederländer erfüllen. Sie verlangten seit Jahrzehnten Frieden mit Frankreich; um ihn zu erreichen, hatten sie das Herzogtum Burgund geopfert. Unter Karl mußten sie es sich gefallen lassen, daß ihr Land der Schauplatz des Ringens der Habsburger und der Valois wurde, daß in ihrem Lande, wie vordem in Italien, um die Vorherrschaft in Europa gekämpft wurde.

Mit niederländischem Geld führte Karl seine Weltkriege, bevor das außereuropäische einging. Auf zwanzig Millionen in Gold schätzte ein kundiger Italiener die Summen, welche die Niederlande im Laufe von zwanzig Jahren für den Kaiser aufbrachten. Die Rückwirkung blieb nicht aus. Der Kredit von Antwerpen, der sicherste von Europa, geriet ins Wanken.

Das waren schwere, harte Lasten, die Karl seinen Untertanen auferlegte. Auch noch auf anderem Felde stellte er ihren Gehorsam auf die Probe. Wie Philipp der Gute, wie Karl der Kühne wollte auch er die einzelnen Gebiete noch enger aneinander fügen, indem er die Zentralisation weiter durchführte und das Recht vereinheitlichte. Das „Ewige Edikt" und die drei „conseils collatéraux", ein Staatsrat, ein Geheimer Rat und ein Finanzrat, krönten das Verfassungswerk. Ohne Reibereien, ohne Kämpfe ging es auch

diesmal nicht ab. Auch Karl hätte oft wie sein Urgroßvater in heller Wut seine Untertanen anschreien können: „Ihr habt flandrische Dickschädel und wollt stets in Hartnäckigkeit und böser Meinung verharren. Wenn Euer Fürst schwach war, so habt Ihr ihn verachtet; gehaßt aber habt Ihr ihn, wenn Ihr ihm nichts anhaben konntet." Herrisch und trotzig trat noch immer der Städter auf und pochte auf seine Privilegien. „Das ist ja ein Volk von Herren, das sind keine Untertanen," schreibt voller Erstaunen ein Engländer von Antwerpen aus. Die Regierungsweise ihres Fürsten war noch immer vielen Niederländern verdächtig und mißliebig. Sie erschien ihnen als ein französisches Zwangssystem, von dem sich im schönsten Lichte die deutsche Freiheit abhob. Erst nach einem blutigen Aufstand der Genter und nach einem ebenso blutigen Strafgericht verzichteten die flandrischen Kommunen auf ihre Sonderbestrebungen, welche mit den Errungenschaften der neuen Zeit unvereinbar waren. Die Städter verhehlten es sich nicht, daß ihnen in dem werdenden modernen Staate viel verloren ging.

Gent trug schwer daran, daß es, wie vordem Brügge, zu einer schlichten Durchschnittsstadt wie so viele andere herabsank. Allmählich dämmerte aber doch die Einsicht, daß gar manche der Privilegien aus der goldenen Zeit der Väter ebenso unbrauchbar und wertlos für die Gegenwart waren als die Artillerie, welche in den modrigen Befestigungswerken rostete. Die Verständigen konnten von fremden Besuchern, einem Guicciardini und vielen anderen hören, daß ihr Land dank dem Wollen des Fürsten um ein tüchtiges Stück den Nachbarn voraus waren, daß der blühende Wohlstand, der so unverhohlen Anerkennung fand, auch der staatlichen Fürsorge zu verdanken war. Wer sehen wollte, mußte sehen, daß die Hände des Herrschers nicht nur nahmen, sondern auch gaben. Die freie Durchfahrt durch den Sund, die Karl für seine Holländer durchsetzte, gereichte sämtlichen Gebieten zum Vorteil. Unter dem Schlagwort „Freiheit der Meere" konnten die Niederländer rücksichtslos ihre Interessenpolitik treiben. Auch die beträchtliche Erweiterung der Grenzen konnte mit manchen Opfern und Verlusten aussöhnen. Ein Gewinn der französischen Kriege war Doornik (Tournai), die wichtige Enklave an der Schelde, auf welche die Niederländer schon längst ein begehrliches Auge geworfen hatten. Dann wurden nicht ohne mühevolle Kämpfe Geldern, Utrecht, Groningen, Friesland erworben und zu dem burgundischen Staate geschlagen. Nur Lüttich blieb formell unabhängig, mußte aber in Wirklichkeit die Politik der Niederlande mitmachen.

Drei neue Festen schützten die Niederlande gegen Frankreich: Philippeville, Charleville und Mariembourg. Der Kampf ging zu Ende, den Johann ohne Furcht begonnen, den der Sohn und der Enkel so scharf weitergeführt hatten: der Kampf mit Frankreich um die Unabhängigkeit der Niederlande. Karl zwang (im Frieden von Cambrai im Jahre 1529) den französischen König ein für alle mal auf die Lehnshoheit über Flandern und Artois zu verzichten.

So ward das Lehnsband, das siebenhundert Jahre lang die Gebiete westlich von der Schelde mit Frankreich verknüpft hatte, endlich zerschnitten.

Mit drei Mächten hatten es die Niederlande stets zu tun gehabt. England war von ihnen zunächst ausgeschieden. Mit Frankreich hatte die Abrechnung stattgefunden. Wie gestaltete sich das Verhältnis zu Deutschland? Was für Zukunftspläne hatte Karl für dies sonderbare Staatsgebilde? diesen „halben Volksstaat", der — um mit Granvella zu reden, — „weder eine Monarchie, noch eine Aristokratie, geschweige denn eine Republik" war. Wollte Karl, dessen Großvater doch ein Deutscher war, die Niederlande wieder fester an das Deutsche Reich schmieden? Wem sollten sie nach seinem Tode zufallen? Vielleicht dem Sohne seines Bruders und Gemahl seiner Tochter Maria, dem zukünftigen deutschen Könige Maximilian dem Zweiten? Die staatsrechtlichen Zustände bedurften dringend der Regelung. Der größte Teil der Niederlande gehörte — wenigstens auf dem Papier — seit dem Jahre 1512 zum burgundischen Kreise des Deutschen Reiches, die von Karl hinzugewonnenen Teile aber zum westfälischen Kreis. Flandern und Artois, die früheren französischen Lehen, standen zum Reich in gar keinem Verhältnis. In den Überlegungen des Kaisers und seiner Vertrauten tauchte zuweilen auch die Gründung eines neuburgundischen Königreichs wieder auf. Doch Karl führte sie nicht über die Schwelle der Wirklichkeit. Er hatte ein anderes Ziel im Auge. Die Deutschen gewahrten es, als nach der Schlacht von Mühlberg die Fürstenmacht zu Boden geworfen war.

Auf dem Reichstage von Augsburg im Jahre 1548 machte Kaiser Karl seine „Vorschläge", und dementsprechend wurde beschlossen, daß sämtliche niederländische Gebiete den burgundischen Kreis bilden und dieser dem Reiche bestimmte mäßige Steuern zahlen solle. Das klang zunächst sehr gut. Was nutzte aber diese Bestimmung, was nutzte es dem Reiche, daß Flandern und Artois zu Deutschland kamen, wenn das Reich nicht in der Lage war, nötigenfalls sich die Zahlung der Steuern zu erzwingen. Wurde doch gleichzeitig festgesetzt, daß die Gerichtsbarkeit der kaiserlichen Kammergerichte an den Grenzen der Niederlande aufhörte. Das Reich sollte also ohne Leistung einer entsprechenden Entschädigung eine Schutzverpflichtung für ein Gebiet übernehmen, dessen staatliche Verbindung gleichzeitig gelöst wurde.

Kaiser Karl ging den Augsburger Vertrag in der Absicht ein, jegliche Hoheitsansprüche der Reichsstände auf die Niederlande aus der Welt zu schaffen. Treffend bemerkte später einmal der Kardinal Granvella, daß es schon mit Rücksicht auf die Religionsfrage für Karl den Fünften ein Unding war, die Niederlande der Reichsgesetzgebung zu unterwerfen. Sollte der Kaiser womöglich auch in seinen Niederlanden die Ketzer dulden müssen, die er dort unnachsichtlich verfolgen könnte? Der Vertrag erhielt seine volle Deutung, als Karl bald danach die Erbfolge bekannt machte: die Niederlande fielen an seinen Sohn Philipp, sie wurden der Vorposten Spaniens.

Die Niederlande waren damit tatsächlich von Deutschland gelöst. Sie wurden ein Werkzeug Spaniens, das Bollwerk in der Nordsee gegen England, Skandinavien und Deutschland; mit der Freigrafschaft in der Mitte und Mailand im Süden eine der Klammern, die Frankreich im Zaum halten sollten. „Von den Niederlanden aus kann der spanische König der Welt das Gesetz vorschreiben", meinte Granvella.

Der weltgeschichtliche Gegensatz Spanien-Frankreich entschied über das zukünftige Schicksal des burgundischen Staates. Eine neue Geschichtsperiode beginnt für ihn. Als Grenzstaat hatte er sich auf Kosten von Frankreich und Deutschland gebildet, hatte er mit diesen Reichen und mit England zu tun gehabt. Nach einander hatte er sich von jedem bevormundenden Einfluß zu befreien gewußt. Jetzt, da er seine Unabhängigkeit erkämpft hatte, erschien an seinem Horizont ein neues Gestirn, das Licht und Schutz verhieß. Man hört nichts davon, daß der Vertrag von Augsburg und der Erlaß der „pragmatischen Sanktion", die unterschiedslos in allen Gebieten ein einheitliches Erbrecht festsetzte, in den Niederlanden auf namhaften Widerstand gestoßen wären. Die Unabhängigkeit von Frankreich und von Deutschland war erreicht. Dieser Erfolg mochte etwaige Gefühle der Unzufriedenheit niederhalten. Denn es war ein Unglück, daß das Land keine nationale Dynastie erhielt: der neue Herrscher konnte sich mit seinen Untertanen nicht verständigen, weder mit den Vlamen noch mit den Wallonen. Welch ein Bild, als der greise Kaiser nach der Abdankung dem Sohne in Brüssel die Stände vorstellte (am 25. Oktober 1555): der blonde, so germanisch aussehende Jüngling, ein Spanier vom Scheitel bis zur Sohle, sprach nur spanisch, durch einen Dolmetscher entbot er den Getreuen seinen Gruß.

Das entfernte Spanien erschien den Freiheitsgelüsten der Niederländer weniger gefahrvoll als das nahe Deutschland. Karl der Fünfte war volkstümlich. Unter der Regentschaft einer Margarethe von Österreich, einer Maria von Ungarn, der Tante und der Schwester des Kaisers, hatte man sich wohl gefühlt. Von seinem Sohn versprach man sich die Fortsetzung der bisherigen Regierung. Die Zukunft hat allerdings die Niederländer bitter enttäuscht. Der starre spanische Geist wollte auch die ungezügelte Lebensfreude der Niederländer in seine Fesseln schlagen, wollte ihnen jegliches Selbstbestimmungsrecht verkümmern und ihre Freiheiten rauben. Furchtbare Kämpfe, wie sie das Land trotz allen früheren Kriegsgreuel noch nicht gesehen hatte, brachen aus. Nur einem Teil gelang es die spanische Herrschaft abzuschütteln. Das stolze Werk Philipps des Kühnen und seiner Nachfolger ging zu Grunde. Der Norden trat feindlich dem Süden gegenüber, es entstand der Dualismus Holland-Belgien. In jener Zeit der größten Gefahr, da alles auf dem Spiele stand, hat Deutschland nichts für die Niederlande, nichts gegen die Niederlande getan: sie waren und blieben Deutschland verloren.

Die deutsche Studentenschaft in Rußland vor dem Ausbruch des Weltkrieges 1914

Von Professor Dr. Paul Sſymank

Abseits vom Deutschen Reiche hat sich im Laufe des letzten Jahrhunderts an verschiedenen Punkten des weiten Rußland ein rein deutsches Studententum ausgebildet. Unter den schwierigsten politischen Verhältnissen entstanden und ganz und gar auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen, gewann es langsam', aber stetig fortschreitend an Boden und gelangte sogar zu einer nicht unbedeutenden Blüte.

Daß das deutsch-russische Studententum eine weitaus selbständigere Stellung gegenüber dem reichsdeutschen einnahm als das deutsch-österreichische und das deutsch-schweizerische, läßt sich leicht erklären, denn die Hochschulen, an denen es sich betätigte, sind russische Hochschulen, von denen bisher nur Dorpat das Recht bewahrt hatte, einen Teil seiner Vorlesungen in deutscher Sprache zu halten. Auch machte sich an ihnen der Ausdehnungsdrang der sie umgebenden Kultur mit ganz anderen Mitteln geltend als in Österreich oder der Schweiz. Hierzu kam, daß das deutsche Studententum Rußlands auf irgendwelchen Zuzug aus dem Deutschen Reiche nicht rechnen konnte, da die russischen Hochschulen infolge ihrer noch geringen wissenschaftlichen Bedeutung und ihrer eigenartigen Einrichtung von Westeuropäern zu Studienzwecken nicht aufgesucht wurden. Eine Wechselbeziehung zwischen dem deutschen Studententum Rußlands und dem der übrigen deutsch sprechenden Länder konnte nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß die deutschen Studenten russischer Staatsangehörigkeit deutsche Hochschulen des Westens aufsuchten. Sehr häufig war dies bei den in den Ostseeprovinzen alteingesessenen Balten der Fall, weil bei ihnen der Wunsch, den früheren Kulturzusammenhang mit Reichsdeutschland zu erhalten, besonders stark war, wie die 1914 zum ersten Male verwirklichten Bestrebungen, an der baltischen Küste Rußlands eine Sommeruniversität nach Art der Salzburger zu schaffen, deutlich zeigen.

Bei der Betrachtung des deutsch-russischen Studententums muß man einen scharfen Unterschied machen zwischen der Studentenschaft von solchen Hochschulen, welche, auf ursprünglich deutschem Kulturboden erwachsen, jahrzehntelang als deutsche Anstalten mit einer ruhmreichen Geschichte bestanden haben, und von solchen, welche von vornherein als russische Hochschulen in das Leben getreten sind.

Von den ersteren ist zunächst die Universität Dorpat zu erwähnen, welche im Frühjahr 1802 als Nachfolgerin der von Gustav Adolf 1632 gestifteten deutsch-schwedischen Hochschule entstand und seit ihrer Gründung einen ausgesprochen deutschen Charakter trug. Fast neunzig Jahre lang blieb sie in regstem Gedankenaustausch mit ihren reichsdeutschen Schwesteranstalten, und viele ihrer ehemaligen Jünger und Lehrer bilden bis in die Gegenwart hinein eine Zierde des deutschen Geisteslebens. Der enge Zusammenhang mit der Kultur Deutschlands löste sich jedoch infolge der gewaltsamen Russifizierung der Universität seit dem Beginne der neunziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts, und die Universität Jurjew, wie sie seit 1893 hieß, ward in das russische Kulturleben eingegliedert, was äußerlich durch ihre völlige Gleichstellnng mit den übrigen Hochschulen des Reiches einen charakteristischen Ausdruck fand.

Dieser Eingriff in die organische Entwicklung der Universität war für sie selbst verhängnisvoll: er nahm ihr einen großen Teil der besten Kräfte und beraubte sie für die Zukunft des Zuzugs von Lehrkräften aus Deutschland. Auch für die Studentenschaft hatte die Russifizierung tiefgehende Bedeutung, denn von jetzt ab war die Universität den übrigen Völkern Rußlands schrankenlos geöffnet, und die Deutschen der Ostseeprovinzen traten bald auch zahlenmäßig zurück. So stammten im Jahre 1890 von 1812 Studenten 1111, 1906 von 2017 (einschließlich der Pharmazeuten) nur 606 und 1913 von 2608 (einschließlich der Pharmazeuten) nur 1000 aus den baltischen Provinzen.

Den Kern des deutschen Studententums in Dorpat, das sich zahlenmäßig kaum fest bestimmen läßt, bildeten bis zum Beginne des Krieges die fünf farbentragenden Korporationen baltischer Studenten „Curonia" (1808), „Estonia" (1821), „Livonia" (1822), „Fraternitas Rigensis" (1823) und „Neobaltia" (1879), welche zusammen mit der aus süddeutschen Kolonistensöhnen bestehenden „Teutonia" (1908) den Chargiertenkonvent (Ch! C!-Chargierten-Convent) ausmachen. Wie schon die Gründungsjahre beweisen, geht ein Teil dieser Verbindungen auf die älteste Zeit der Universität zurück, und mit Recht hat man gesagt: „Aus den schroffen Gegensätzen des landsmannschaftlichen Partikularismus, wie er von Anfang an mit rücksichtsloser Schroffheit von den Kurländern vertreten wurde, und dem idealistischen, aber weniger lebenskräftigen Kosmopolitismus, dessen Hauptrepräsentanten früher die Livländer waren, hat sich in wahrhaft historischer Weise die . . . Form des Dorpater Burschenstaates entwickelt." Aus den geschichtlichen Verhältnissen des eigenen Landes heraus gestaltete sich somit das Dorpater Burschenleben, und Bestrebungen, welche nicht im baltischen Boden wurzelten, besaßen keine Dauer, wie die kurzlebigen Burschenschaften nach deutschem Muster (1823 bis 1833) und die 1859 gegründete, 1866 verschwundene Wingolfsverbindung Arminia schlagend beweisen. Seinen bezeichnenden Ausdruck erhielt der Dorpater Burschenstaat in dem 1834 gestifteten „Chargiertenkonvent", der mit einer kurzen Unterbrechung um 1850 von seiner Gründung bis 1894 allgemeine Geltung besaß, da die Hauptmasse der Studenten gleicher deutscher

Abstammung war und fast alle den Komment „garantierten" (anerkannten). Wenn auch nicht juristisch, so doch gewohnheitsrechtlich und tatsächlich wirkte der Chargiertenkonvent als eine Art Zwangsausschuß für die gesamte Studentenschaft, es war ein gutgeordneter Studentenstaat mit einer eigenen Rechtspflege und mit weitgehenden Befugnissen; durfte er doch Korporationen, die sich seinen Beschlüssen nicht fügten oder dem Burschengeist feindliche Tendenzen zeigten, von sich aus auflösen. Als nach der Russifizierung zahlreiche nichtdeutsche Elemente in die Dorpater Studentenschaft eindrangen, erwies sich die Einrichtung des Chargiertenkonvents als einer für alle Studenten geltenden Behörde als unhaltbar und so gestaltete man ihn zu einer neuen um, welche nur für die „Burschen" galt, das heißt für die, welche den Komment als für sie verbindlich anerkannten. Nach einer Statistik von 1913 waren es bei mehr als 1000 Deutschen nur die 244 Mitglieder der sechs erwähnten Korporationen und 182 „Wilde" oder „Nichtkorporelle", welche sich seinen Gesetzen unterwarfen.

Der Einfluß des durch den Chargiertenkonvent dargestellten deutschen Verbindungswesen geht außerordentlich tief. Es hat sich selbst in den schlimmsten Zeiten der Russifizierung, wo das Farbentragen verboten war (1894 bis 1904), als stark genug erwiesen, um alle Stürme zu überdauern, und sogar die nichtdeutschen Vereinigungen haben sich nach seinem Vorbild organisiert, tragen Farbendeckel und halten Konvente ab. Ein offizielles Verhältnis zwischen dem Chargiertenkonvent als solchem und den außenstehenden, meist nichtdeutschen Verbindungen und Einzelstudenten gibt es nicht, ebensowenig mit der am Veterinärinstitute zu Dorpat bestehenden farbentragenden „Fraternitas Dorpätensis", welche zwar keinen ausgesprochen nationalen Charakter trägt, wohl aber nach deutschem Komment lebt. Nur mit der 1828 gestifteten farbentragenden „Polonia", einer von Polen gebildeten Verbindung, und dem deutschen Verein studierender Pharmazeuten bestand ein Kartellverhältnis, nach dem man gegenseitig Genugtuung auf Pistolen gab und nahm.

Die Verbindungen des Chargiertenkonvents, welche offiziell Korporationen heißen, sind den deutschen Korps wesensverwandt; sie entsprechen ihnen hinsichtlich der Herkunft aus alten Landsmannschaften und verpönen gleich ihnen auf das strengste alle politischen Tendenzen. Aber trotzdem beide Verbindungsarten in den alten deutschen Landsmannschaften um 1800 ihre Stammütter erblicken können, erscheinen sie in Gewohnheiten und Organisationsangelegenheiten vielfach verschieden. Die Dorpater Korporationen haben die Entwicklung der deutschen Korps nicht mitgemacht, sondern gingen durchaus ihre eigenen Wege; sie bewahrten mancherlei altertümliches aus der früheren Entwicklung und schufen verschiedenes selbständig, was sich aus ihren Daseinsbedingungen ergab.

In bezug auf das Burschenalter unterscheidet man in Dorpat nur Füchse (erstes und zweites Semester) und Burschen im engeren Sinne (vom dritten Semester ab). Die Einrichtung der Inaktiven gibt es nicht; jedes Mitglied ist während seiner Dorpater Studentenzeit aktiv. Das Recht, Farbendeckel zu

tragen, besitzen nur die zur Verbindung wirklich gehörenden „Landsleute", die auf Grund ihrer persönlichen Tüchtigkeit, nicht auf Grund einer bestimmten Zahl Mensuren aufgenommen werden. Die Füchse haben schwarze (nur bei Curonia blaue) Deckel, und die „Fechtbodisten", welche sich dem Komment fügen, aber keine Burschenrechte genießen, gewöhnliche Kopfbedeckung. Die Vertretung und Leitung der Korporationen liegt in den Händen des Seniors und der beiden anderen Chargierten; der „Oldermann", der dem deutschen Fuchsmajor entspricht, ist verpflichtet, die Füchse in die Grundregeln des Burschenstaates einzuführen, während der Fechtbodenvorsteher sie gehörig einzupauken und der Magister cantandi ihnen das Farbenlied und sonstige Studentenlieder beizubringen hat.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Dorpater Korporationen und den deutschen Korps, der zugleich einen entwicklungsgeschichtlichen Fortschritt bedeutet, liegt darin, daß bei ersteren seit dem Jahre 1847 der Duellzwang nicht mehr besteht. Nach dem damals verkündeten Prinzip der „Gewissensfreiheit" wird der Antiduellant dem Duellanhänger gleich geachtet und steht durchaus unter dem Schutze des Komments, der ein Duell als unstatthaft bezeichnet, wenn einer der beiden „Parten" erklärt, es sei gegen seine Überzeugung, sich zu schlagen. In diesem Falle wird der Ehrenhandel durch Erklärungen erledigt.

Eine größere Bedeutung als bei den reichsdeutschen Verbindungen besitzt das Ehrengericht, in das jede Korporation des Chargiertenkonvents aus ihrer Mitte drei Ehrenrichter wählt. Es hat die Aufgabe, bei Forderungen zwischen Mitgliedern verschiedener Verbindungen oder zwischen „Burschen" und Philistern, falls sich letztere seiner Entscheidung fügen wollen, teils vermittelnd, teils entscheidend aufzutreten, um einerseits unnütze Skandäler zu verhüten, anderseits aber auch, um den Beleidigten in jedem Falle genügende Satisfaktion zu verschaffen. Alle „Reißereien", das heißt Streitigkeiten, die eine Forderung zur Folge gehabt haben, müssen, falls sie zwischen „Burschen" vorgefallen sind, vor das Ehrengericht gebracht werden, es sei denn, daß sich die Parten vorher auf mündliche Genugtuung geeinigt haben. Über Reißereien zwischen „Burschen" und Philistern wird nur dann entschieden, wenn letztere es mit ihrem Ehrenwort bekräftigen, sich den Bestimmungen des Ehrengerichts zu fügen, gegen dessen Entscheidungen es keine Berufung gibt. Es bestimmt, wer von den Parten die Wahl zwischen Waffen und mündlicher Erklärung hat. Wählt dieser die letztere, so muß dieselbe vor dem Ehrengericht abgegeben werden, und die Forderung wird zurückgezogen. In jedem Fall ist das Ehrengericht befugt, soweit es nach seiner Überzeugung möglich erscheint, eine mündliche Erklärung vorzuschreiben, ohne einem Parten die Wahl zu überlassen; es geschieht dies vielfach, wenn die Reißerei aus Gesundheitsrücksichten eine Pistolenmensur zur Folge hätte.

Ein Zeichen für den feinen Takt, mit dem man in Dorpat an die Regelung auch der heikelsten Ehrenfragen herangeht, ist in der Einrichtung des Vertrauens-

mannes zu finden. Berührt eine Sache so zarte Verhältnisse, daß sie sich zur Erörternng vor dem Ehrengericht nicht eignet, so sucht sich derjenige, welcher sich verletzt fühlt, aus der Zahl der gegenwärtigen oder gewesenen Ehrenrichter einen, dem er die Angelegenheit darlegt. Dieser gibt nach seiner Überzeugung dem Ehrengericht an, daß hier tatsächlich zarte Verhältnisse berührt worden sind, worauf dann dem Beleidigten die Wahl zwischen den Waffen oder einer Erklärung überlassen bleibt. Ebenso vortrefflich ist die Bestimmung, daß, wenn ein „Bursch" mit einem Philister oder einem satisfaktionsfähigen Nichtburschen „gerissen" hat, er ihm ein paritätisches Schiedsgericht vorschlagen muß, bei dem der Gegner jeden, gegen dessen Honorigkeit sich nichts einwenden läßt, zum Vertreter nehmen darf.

Wo inkommentmäßige Beleidigungen oder schwere Verfehlungen vorliegen, entscheidet das „Burschengericht", „das richtende und strafende Forum des Chargiertenkonvents", in das jede Verbindung drei Vertreter entsendet. Seine Strafen bestehen in Verweisen und in „Ruckung" (Verruf), die auch über Nichtburschen verhängt werden und bis zu zehn Jahren dauern kann.

Das Mensurenwesen in Dorpat weist eine Reihe eigenartiger, vom reichsdeutschen abweichender Züge auf. Kommentwaffen sind Korbschläger und Pistole, der Säbel ist als Studentenwaffe völlig unbekannt. Die „Takelung" (Bandagierung) hat manches altertümliche an sich; die Paukbrille und die Axillarisbinde fehlen bei der Ausrüstung. Die Mensur erreicht mit sieben Gängen ihr Ende. Bei einer „Abfuhr" muß sie nach der Genesung des Verwundeten fortgesetzt werden, es sei denn, daß sich die Parten vorher vertragen. Bestimmungsmensuren kennt man in Dorpat nicht, und Korpspaukereien sind unmöglich, da alle Korporationsbeleidigungen vor dem Ehrengericht zurückgenommen werden müssen.

Sozial wichtig werden die Dorpater Korporationen auch dadurch, daß jede von ihnen eine eigene Leihkasse besitzt. So hat die Estonia eine solche von 40000 Rubel; ihre Zinsen werden mit den Beiträgen der Philister zu Studienunterstützungen bedürftiger Landsleute und zur Gewährung von jährlich zwei Auslandsstipendien zu 1000 und 400 Rubeln verwendet.

Das studentische Leben spielt sich in der Hauptsache auf den „Konventsquartieren" ab, manche der Korporationen haben geräumige, ja elegante, mit Garten versehene Häuser, die neben vielen Annehmlichkeiten auch eine reiche Bücherei — die Estonia zum Beispiel besitzt 6000 Bände — umfassen. Samstag abends ist der Besuch des Konventsquartiers allgemeinverbindlich; häufig werden dann die alten Burschenlieder gesungen, im übrigen ist das Zusammensein ungezwungen, und die bei den reichsdeutschen Verbindungen üblichen Trinksitten fehlen ganz. Die Kommerse verlaufen nach altherkömmlichem Brauch, der schönste ist der Maikommers in Mollatz, einem Kruge bei Dorpat, wo der Chargiertenkonvent seit alters eine eigene Halle besitzt. Außerdem veranstaltet die jeweilig vorsitzende Korporation einen „Fremdenkommers", und gelegentlich findet auch ein sogenannter „Völkerkommers" statt, zu dem jeder Bursch und

Philister Dorpats Zutritt hat. Geistiges Interesse zeigt der Chargiertenkonvent im „Theologischen Verein" und im „Juristischen Verein", künstlerisches im „Burschenchor", der Konzerte gibt. Der studentische Witz kommt in den „Fuchstheatern", burlesken Lustspielen mit Musikeinlagen, zum charakteristischen Ausdruck; allerdings sind es keine rein studentischen Erzeugnisse, sondern es arbeiten an ihnen vielfach Philister mit. Gelegentlich wagt man sich auch an größere Aufgaben; so unternahmen im Jahre 1910 sechzig Burschen eine Kunstreise nach Petersburg, Moskau, Riga und Mitau zum Besten des deutschen Theaters in Dorpat und brachten dabei Schillers „Räuber" zur Aufführung. Die Pflege der Leibesübungen war abgesehen vom Fechten noch gering und vollzog sich nur innerhalb des russischen Studentenklubs „Sport".

Beansprucht das Dorpater deutsche Studententum, wie im vorangehenden gezeigt ward, wegen seiner selbständigen Entwicklung weitgehende Beachtung, so verdient es erst recht eine Würdigung, wenn man seine völkische Bedeutung für das Deutschtum der russischen Ostseeprovinzen betrachtet. Was es in geistiger Hinsicht für das engere Vaterland, wie auch für Deutschland bisher geleistet, ersieht man auch, wenn man die umfangreichen, gedruckt vorliegenden „Albums" der einzelnen Verbindungen durchblättert und dabei auf zahlreiche Namen stößt, deren Träger in der deutschen Geistesgeschichte ein hohes Ansehen genießen. Einen besonders charakteristischen Ausdruck in der Dichtung hat das Dorpater Studententum merkwürdigerweise nicht gefunden; die Sammlungen von Liedern und Gedichten, die aus akademischen Kreisen stammen, bewegen sich durchaus in den Bahnen der älteren deutschen Studentenromantik und feiern Wein, Liebe, Freundschaft und Geselligkeit. In dieser Hinsicht steht Dorpat auf einer Linie mit den Kleinstadtuniversitäten des deutschen Südens, und für den Balten liegt in seinem Namen auch heute noch ein geheimnisvoller Klang wie etwa für den deutschen Musensohn in dem Namen Heidelberg.

In die Zeit der größten Blüte der Universität Dorpat (1862) fällt die Gründung des jetzt völlig russifizierten Polytechnischen Instituts Riga, das von der Rigaschen Kaufmannschaft und den baltischen Ritterschaften in das Leben gerufen ward. Von seinen 2088 Studenten (im Jahre 1914) dürften rund 500 deutscher Nationalität sein. Für die Entwicklung des Rigaschen Studententums war das Dorpater Burschentum das lebendige Vorbild. Aus dem Allgemeinen Polytechnikerkonvent, der ursprünglich alle Studenten umfaßte, lösten sich nach und nach verschiedene deutsche Farbenverbindungen los, die „Fraternitas Baltica" (1865), die „Concordia Rigensis" (1869) und die „Rubonia" (1875). Diese drei Korporationen, neben denen es noch deutsche Vereine gab, bildeten zusammen mit sechs nichtdeutschen, aber gleich organisierten Farbenverbindungen einen Chargiertenkonvent (C! C!) mit deutscher Amtssprache. Der Mensurbetrieb, die Einrichtung des Ehren- und des Burschengerichts, das Fehlen des Duellzwangs und der Bestimmungsmensur entsprechen fast ganz dem Dorpater Vorbild, ebenso die übrigen Einrichtungen und Formen des Studentenlebens.

Die innere Einheit des Rigaschen und Dorpater deutschen Burschentums wird auch dadurch gekennzeichnet, daß die deutschen Korporationen beider Orte in Kartell miteinander stehen, nicht aber die Chargiertenkonvente.

Während Dorpat und Riga in den baltischen Provinzen ein natürliches Hinterland besaßen, aus dessen deutscher Bevölkerung sie immer von frischem neue Kräfte zogen, waren die anderen rein russischen Hochschulen, an denen Deutsche studierten, in weit ungünstigerer Lage. Die deutschen Vereinigungen an ihnen konnten infolgedessen auch keine starken geistigen Mittelpunkte bilden, von denen ein befruchtendes Leben auf die Deutschen der Umgebung ausging, sondern sie vermochten weiter nichts zu sein als Kristallisationspunkte, an denen sich die deutsche Jugend Rußlands sammelte, um ihr Deutschtum zu erhalten und zu pflegen und es vor einem völligen Aufgehen in der mächtigen slawischen Umwelt zu bewahren. Merkwürdig guten Erfolg erzielte das deutsche Studententum in St. Petersburg. Auf dem an sich ungünstigen Boden dieser Weltstadt entwickelten sich an der Universität und der Militärmedizinischen Akademie schon seit 1837 zahlreiche deutsche Verbindungen, die aber mit Ausnahme der 1847 gestifteten Verbindung „Nevania" sämtlich untergingen. Letztere stand mit den Dorpater und Rigaschen deutschen Korporationen in Kartell, mit denen sie den deutschen Charakter und die Art der inneren Organisation gemeinsam hat. Ihr Wahlspruch ist: „Ehre, Muße*), Bruderſinn", und sie ähnelt ihrer Gedankenrichtung nach sehr stark den deutschen Korps, zumal sie keinen landsmannschaftlich begrenzten Kreis besitzt, aus dem sich ihre Mitglieder rekrutieren. Die zahlreiche, in Petersburg ansässige Philisterschaft sichert der Verbindung, die (Ende 1913) 34 Mitglieder zählte, nicht nur einen starken finanziellen Rückhalt, sondern auch eine wertvolle gesellschaftliche Stellung. Die neben ihr seit 1909 bestehende „Fraternitas Hyperborea" ist an Einfluß weniger bedeutend, dagegen verdient die Dezember 1913 bestätigte „Wolga", eine Verbindung südrussischer Kolonistensöhne, größere Beachtung. Nach ihrer Eingabe an die Behörde hatte sie folgende Ziele: 1. Vereinigung aller aus dem Wolgagebiet stammenden deutschen Studenten; 2. materielle Unterstützung der bedürftigen Studenten; 3. Pflege der deutschen Muttersprache; 4. Anregung aller Mitglieder, so viel wie möglich bestrebt zu sein, zur geistigen Entwicklung der deutschen Kolonien durch Verbreitung guter Zeitungen und Broschüren beizutragen.

Während die kleine „Concordia Moscovienſis", die an der Universität Moskau als einzige deutsche Verbindung besteht, innerlich zu den baltischen deutschen Korporationen gehört, schließt sich der an der neurussischen Universität Odessa gegründete „Deutsche Studentenverein" (Teutonia Euxina) dem Kreise von Vereinigungen an, die wie die Dorpater „Teutonia" und die Petersburger „Wolga" aus den modernen Bedürfnissen des südrussischen Deutschtums hervorgegangen sind und dadurch einen anderen Wesenscharakter erhalten als die in

*) Muße bedeutet soviel wie Geselligkeit.

einer stolzen, reichen und alten Kultur wurzelnden baltischen Korporationen. In Odessa belief sich vor dem Kriege die Zahl der deutschen Studenten, die sich aus Protestanten, Mennoniten und Katholiken zusammensetzten, auf etwa fünfzig; zwanzig von ihnen bildeten den Deutschen Studentenverein. Er ist keine Korporation, sondern ein wissenschaftlich-geselliger Verein, der öffentlich keine Farben trägt, das Fuchstum verwirft und auf Mensuren und Kommerse verzichtet. Als Zweck verfolgt er nach den russisch geschriebenen Satzungen (gedruckt 1910) die Pflege der deutschen Muttersprache und die geistige und körperliche Erziehung seiner Mitglieder. Er sucht dies durch Veranstaltung von Vorträgen in deutscher Sprache, durch Halten von Zeitschriften, durch Schaffung einer Bücherei und durch Pflege körperstählender Spiele und Übungen zu erreichen.

In diese interessante und gedeihliche Entwicklung der deutsch-russischen Studentenschaft hat der Weltkrieg mit harter Hand eingegriffen und den mühsam geschaffenen geistigen Zusammenhang mit der allgemein deutschen Kultur vollkommen gelöst. Ob sich das deutsch-russische Studententum wenigstens teilweise in die Zukunft retten wird, läßt sich heute nicht voraussagen; das wird von der politischen Neugestaltung der westlichen Grenzprovinzen Rußlands und von der Stellnng abhängen, welche das vorläufig sehr geschwächte und in seinem Besitz schwer geschädigte Deutschtum in dem zukünftigen Zarenreich einnehmen wird*).

*) Die vorliegende Arbeit stützt sich einesteils auf die für Dorpat und Riga reichlich vorhandene gedruckte Literatur, anderseits auf handschriftliche Mitteilungen der deutsch-russischen Studentenvereinigungen. Manches entstammt auch den Arbeiten des auf dem Gebiete der studentischen Geschichte verdienten Hamburger Schriftstellers E. H. Eberhard.

Die Zurückführung Kriegsbeschädigter ins tätige Leben als letztes Ziel der Kriegsbeschädigtenfürsorge

Von Dr. W. Warstat

n Heft 31 der „Grenzboten“ hat Dr. Georg Jahn in seinem Aufsatze „Kriegsbeschädigtenfürsorge und Sozialversicherung“ die umfangreichen Leistungen unserer Sozialversicherungsorgane geschildert, durch die diese die Maßnahmen der Heeresverwaltung zur Heilung und völligen Wiederherstellung kriegsverwundeter oder kriegserkrankter Soldaten unterstützen. Dabei erwähnt er auch, daß Organisationen für die wirtschaftliche Kriegsbeschädigtenfürsorge in allen preußischen Provinzen und Bundesstaaten in der Bildung begriffen seien.

Diese Organisation ist inzwischen vollendet worden. In den einzelnen Provinzen oder Bundesstaaten haben sich Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte gebildet, die mit Nebenstellen in den größeren Städten des Landes oder in den einzelnen Kreisen der Provinz Hand in Hand arbeiten. An der Spitze der Organisation steht in den preußischen Provinzen meistens der Landeshauptmann oder Landesdirektor. Am 15. September ist schließlich in Berlin von einer Versammlung von Vertretern der deutschen Bundesstaaten ein „Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge“ errichtet worden, „um das einheitliche Zusammenarbeiten der provinziellen und bundesstaatlichen Organisationen zu fördern.“ Der Vorsitzende des Reichsausschusses ist der Landesdirektor der Provinz Brandenburg. In dem Reichsarbeitsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge sitzen je zwei Vertreter der nord-, mittel- und süddeutschen Staaten, und zwar wurde in Berlin je ein Vertreter von Preußen, Mecklenburg, Sachsen, Hessen, Bayern und Württemberg hineingewählt.

Das Arbeitsfeld der Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte ist auf den ersten Blick ein recht mannigfaltiges. Es beginnt mit der Unterhaltung und der Beschäftigung der Verwundeten in den Lazaretten, mit ihrer Weiterbildung durch Vorträge und Unterrichtskurse. Zu der Fürsorgearbeit gehört aber auch die Beratung der Verwundeten in allen Rechtsangelegenheiten, namentlich in Rentensachen. Die Fürsorgestellen stehen den Kriegsbeschädigten bei der Abfassung der nötigen Schriftstücke, Eingaben usw. zur Seite. Bei der Aufklärung der Verwundeten auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verordnungen spielen die von vielen Provinzial- bezw. Landesfürsorgestellen herausgegebenen Zeitschriften für Kriegsbeschädigtenfürsorge eine wichtige Rolle.

Auch der Reichsausschuß will neben einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift eine solche Verwundetenzeitung herausgeben. Diese Verwundetenzeitungen sind vor allem dann wichtige Hilfsmittel bei der Aufklärung über die Krüppelfürsorge, bei der Berufsberatung und der Arbeitsvermittelung für Kriegsbeschädigte.

Denn in dieser eigentlichen wirtschaftlichen Fürsorge, in der Wiedergewinnung auch der Verstümmelten oder sonstwie Kriegsversehrten für das tätige Leben sehen die Fürsorgestellen mit Recht ihre wichtigste Aufgabe, wichtig nicht nur vom rein menschlichen, sondern auch vom nationalwirtschaftlichen Standpunkte. Nicht Mitgefühl und eine Rente allein erledigen unsere Dankesschuld gegenüber denen, die dauernden Schaden an ihrer Gesundheit oder Verstümmelung im Kampfe für unsere Existenz davongetragen haben. Nicht Mitleid und Gnadengehalt gibt den Verwundeten Lebensglück und tätiges Lebensgefühl wieder, sodaß sie sich nicht mehr als nutzlos beiseite gedrängt im Leben, als Wracks fühlen, die unbrauchbar am Strande des Stromes liegen.

Anderseits braucht unser Volk nach dem Kriege zur Wiederherstellung und Ausdehnung unseres nationalen Wirtschaftslebens alle Kräfte, die irgend verfügbar sind. Wenn es nun gelingt, durch geeignete Fürsorgemaßregeln dem Kriegsbeschädigten seine Arbeitsfähigkeit in möglichst großem Maßstabe wiederzugeben und dadurch Arbeitskräfte, die für immer verloren schienen, für das nationale Wirtschaftsleben zu retten, so wird damit nicht nur einer großen Anzahl Menschen wieder Lebenszweck und Lebensinhalt, das Gefühl tätiger Lebensfreude neu geschaffen, sondern es wird auch der Gesamtheit ein wichtiger Dienst geleistet.

Unter den Problemen der wirtschaftlichen Fürsorge für Kriegsbeschädigte steht also die Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit obenan. Wenn der an Armen oder Beinen Verstümmelte ausgeheilt ist, wenn er von der Heeresverwaltung sein künstliches Bein, seinen künstlichen Arm geliefert erhalten hat, so ist er damit selbstverständlich noch längst nicht wieder arbeitsfähig, selbst nicht in bescheidenem Maße. Der Verletzte muß sich erst im Gebrauch des künstlichen Gliedes üben, vielfach muß es seinem Körper und seinen persönlichen Bedürfnissen erst noch genauer angepaßt werden, bis es überhaupt für ihn gut brauchbar wird. Vor allem muß der Träger des künstlichen Gliedes Gelegenheit haben, es bei der Arbeit, in der Werkstatt, am Schreibpult oder wo es sonst nötig ist, auszuprobieren, seine zweckentsprechende Verwendung zu lernen — oder wenn nötig, auch umzulernen.

Im Einverständnis und mit Unterstützung der Militärbehörden nehmen die Fürsorgestellen die hier geschilderte Aufgabe in erster Reihe auf sich. An vielen Orten sind Einarmigenschulen für Kriegsverletzte gegründet worden, Übungswerkstätten für Leute mit künstlichen Gliedern treten in immer größerer Anzahl hinzu. Hierzu gehören auch die Kurse für das Ablesen gesprochener Worte vom Munde, die für Ertaubte bestimmt sind, Blindenunterrichtskurse u. a. Alle diese Bestrebungen zielen dahin, bei den Kriegsverletzten eine

wenn auch bescheidene Arbeitsfähigkeit wieder zu erwecken oder eine noch vorhandene bis zu möglichster Höhe zu steigern.

Besonders gute Erfolge sind dabei dadurch erzielt worden, daß verschiedene Fürsorgestellen zur eigenen Herstellung künstlicher Gliedmaßen in verbesserter Form und genau dem Bedürfnis des Verletzten entsprechend übergegangen sind. In diesen Werkstätten für Gliederersatz, in denen die Erfahrungen der Krüppelheime bei der Krüppelfürsorge ausgiebig benutzt werden, haben dann die Verletzten vielfach nicht nur Gelegenheit, sich im Gebrauch der neuen Glieder zu üben, sondern sich auch selbst Arbeitseinsätze (Prothesen) für ihre künstlichen Arme zu konstruieren, die dem besonderen Bedürfnis ihres Berufes angepaßt sind. Auf diesem Wege hat beispielsweise die Werkstatt, die der Blindenanstalt in Kiel unter Leitung ihres Direktors Bundis angegliedert ist, gute Erfolge erzielt. In ihr haben Angehörige der verschiedensten Berufe gearbeitet und dabei eine Reihe der mannigfaltigsten Einsätze für alle möglichen Zwecke konstruiert, die nun, in billiger Vervielfältigung hergestellt, Kameraden in ähnlicher Lage zugute kommen werden.

Des weiteren bildet dann die Arbeitsvermittelung an die mehr oder weniger arbeitsfähig gewordenen Kriegsverletzten ein sehr wichtiges Arbeitsfeld für die Kriegsverletztenfürsorge. Mit Recht wird dabei der Grundsatz verfolgt, die Beschädigten nach Möglichkeit in ihrem alten Berufe unterzubringen. Auch die Arbeitsfähigen selber verlangen meistens, in ihren alten Beruf, wenn irgend angänglich, zurückzukehren. In dankenswerter Weise haben sich vielfach die Arbeitgeberorganisationen z. B. die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und insbesondere der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller bereit erklärt, zurückkehrende Kriegsverletzte an ihren alten Plätzen weiter zu beschäftigen. Die Fürsorgestellen oder besondere, mit ihnen Hand in Hand arbeitende Arbeitsnachweise sammeln die Stellen innerhalb ihres Bezirkes, die für Kriegsbeschädigte in Frage kommen, teilen sie durch Aushang oder die Verwundetenzeitschriften oder direkt den Beschädigten mit und vermitteln die Arbeitsannahme. Erwähnt mag hierbei werden, daß auch das preußische Kriegsministerium durch seine „Anstellungsnachrichten" den Wiedereintritt der Kriegsbeschädigten in das tätige Leben zu fördern sucht.

Besonders zu berücksichtigen ist bei der Arbeitsvermittlung der Umstand, daß trotz aller Bemühungen der Kriegsbeschädigte in vielen Fällen zwar eine verhältnismäßig große, aber doch nicht seine volle Arbeitsfähigkeit wieder erlangen kann, mindestens für die erste Zeit nach seinem Wiedereintritt. Wenn das dem Arbeitgeber und dem Beschädigten nicht rechtzeitig klar wird und wenn sich dann für den letzten Schwierigkeiten ergeben oder es gar zu seiner Entlassung kommt, so wird dadurch dem Fürsorgewerk an ihm ein schwer gut zu machender Schade zugefügt. Er verliert den Mut, erleidet eine tiefe seelische Depression und ist schwer wieder zu Selbstvertrauen und mutigem Zufassen zu bringen. Aufgabe der Fürsorgeausschüsse ist es, solche Mißgriffe zu verhüten, die Kriegsbeschädigten nur zu solchen Arbeitgebern zu bringen, die gewillt sind, für die

erste Zeit Nachsicht zu üben, bis der Beschädigte sich wieder eingearbeitet hat, ja die selbst bereit sind, die Nachteile, die ihnen durch die Beschäftigung Kriegsbeschädigter infolge geringerer Ausnutzung ihrer Einrichtungen und Betriebe erwachsen, als ein Opfer für die gute Sache mit in den Kauf zu nehmen. Erfreulicherweise hat die weiterschreitende Aufklärung über die Wichtigkeit der Kriegsbeschädigtenfürsorge bewirkt, daß eine immer größere Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen sich zur Übernahme dieses patriotischen Opfers bereit erklärt haben.

Natürlich ist es andererseits eine Pflicht der Fürsorgeorganisationen, keinen Kriegsbeschädigten ohne eine gründliche und genügende Vorübung in das werktätige Leben zu entlassen. Auch hier liegt die wichtige Rolle, die die Übungswerkstätten in der Kriegsbeschädigtenfürsorge spielen müssen, klar zutage.

In vielen Fällen allerdings bedingt es die Art der Verletzung, daß trotz aller Bemühungen ein Verbleiben des Beschädigten in seinem alten Berufe schwierig oder ausgeschlossen erscheint. Dann tritt die Berufsberatung der Fürsorgestellen in Tätigkeit. Die Tätigkeit der Berufsberatungsstellen mag sich an den einzelnen Stellen in etwas verschiedener Weise abspielen. Als ein Beispiel will ich hier die unter Leitung von Direktor Bauersfeld stehende Berufsberatungsstelle in Altona schildern. Von ihr werden zu den einzelnen Sitzungen stets sachverständige Vertrauensmänner aus dem Arbeitgeber- und dem Arbeitnehmerkreise desjenigen Berufes hinzugezogen, dem der Beschädigte angehört hat, und auch solche desjenigen Berufes, der für ihn als ein neuer etwa in Frage kommt. An jeder Sitzung nimmt auch ein ärztlicher Sachverständiger teil. In Gegenwart des Beschädigten und auf Grund des ärztlichen Befundes über seine Arbeitsfähigkeit werden dann die Aussichten erörtert, die sich dem Beschädigten in seinem alten oder in einem neuen Berufe bieten. So erhält dieser dann die Unterlagen für seinen letzten Entschluß. Muß er tatsächlich einen neuen Beruf ergreifen, so übernimmt die Fürsorgestelle die Einleitung der dazu nötigen Schritte. Sie steht ihm zur Seite, falls Schreibwerk, Eingaben usw. dazu nötig sein sollte. Sie übernimmt vor allen Dingen seine Ausbildung für den neuen Beruf. Falls diese in den schon bestehenden Kursen und Übungswerkstätten der betreffenden Fürsorgeorganisation nicht erfolgen kann, wird ihm eine Lehr- und Ausbildungsstelle in einem Betriebe vermittelt, der hierzu geeignet erscheint. Die Fürsorgestelle hat die nötige Fühlung mit den Kreisen der Arbeitgeber, um dabei nicht auf größere Schwierigkeiten zu stoßen. Wenn dann die nötige Ausbildung für den neuen Beruf erfolgt ist, so übernimmt die Arbeitsvermittelung der Fürsorgestelle wieder die Arbeitsbeschaffung.

Die Überführung eines Erwachsenen in einen neuen Beruf ist immer eine mißliche Sache. Die Aufnahmefähigkeit und die Anpassung des Erwachsenen ist nicht mehr die gleiche wie die des Jugendlichen. Wenn aber diese Überführung mit der geschilderten gründlichen und sachverständigen Überlegung und der geschilderten Vorsicht erfolgt, so ist wohl die sichere Hoffnung vorhanden, daß größere Mißgriffe dabei vermieden werden.

Die Kosten für diese Tätigkeit der Fürsorgestellen werden zum Teil von den Landesversicherungsanstalten oder der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, zum Teil von den bundesstaatlichen, bezw. provinzialen und städtischen Behörden getragen.

Zum Schluß soll noch ein Zweig der Kriegsbeschädigtenfürsorge hier erwähnt werden, der über den Tätigkeitsbereich der amtlichen Fürsorgestellen hinausreicht, der aber doch hierher gehört, weil auch hier beabsichtigt wird, den Kriegsbeschädigten eine sichere Grundlage für eine künftige, selbständige Erwerbstätigkeit zu gewähren, und zwar in einer Art, die der Gesamtheit und ihrem Kulturzustand in wünschenswerter Weise zugute kommt. Ich meine die Bewegung für landwirtschaftliche Siedelung Kriegsbeschädigter. Unter Führung des Bundes deutscher Bodenreformer hat sich in Berlin (Lessingstraße 11) ein „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten" gebildet, der eine Reihe von „Grundsätzen für ein Reichsgesetz zur Schaffung von Kriegerheimstätten" ausgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Die drei ersten Punkte dieser Grundsätze geben die Ziele der ganzen Bewegung sehr gut wieder. Sie seien daher hier angeführt:

„1. Das Reich dankt seinen Verteidigern, indem es jedem deutschen Kriegsteilnehmer oder seiner Witwe die Möglichkeit eröffnet, auf dem vaterländischen Boden ein Familienheim auf eigener Scholle (Kriegerheimstätte) zu erreichen.

Die Kriegerheimstätten sollen, gemäß den Lehren dieses Läuterungskrieges, das deutsche Boden- und Siedelungswesen auf das Ziel hin lenken, einen körperlich und sittlich gesunden Volksnachwuchs zu liefern, die Wehrkraft des Volks zu erhöhen und die Erträgnisse des heimischen Bodens zu steigern.

2. Jeder deutsche Kriegsteilnehmer hat im Rahmen dieses Gesetzes einen Anspruch auf eine Heimstätte im Reiche oder in seinen Kolonien. Unter den Bewerbern sollen die ortsangehörigen Kriegsbeschädigten, Witwen und kinderreichen Familien zuerst berücksichtigt werden.

3. Die Kriegsheimstätten sind entweder: Wohnheimstätten: Kleinhäuser mit Nutzgärten, die allen Kriegsteilnehmern offenstehen, oder Wirtschaftsheimstätten: gärtnerische oder landwirtschaftliche Anwesen, von geeigneter, nach Bodenart und Bodenpreis verschiedener Größe, die nur Bewerbern mit entsprechender Vorbildung und angemessenem Betriebskapital verliehen werden."

Die weiteren „Grundsätze" befassen sich mit Angaben über die praktische Durchführung des ganzen Planes. Von der Siedelungsbewegung werden zunächst die Kriegsbeschädigten nur neben den Kriegsteilnehmern überhaupt erfaßt. Aber gerade mit der landwirtschaftlichen Siedelung von Kriegsbeschädigten sind bereits von einzelnen opferwilligen Leuten und Gemeinden die ersten Versuche gemacht worden. Nach Zeitungsberichten hat z. B. Frau Geheimrat Paasche auf ihrem Gute „Weltfrieden" (Neumark) Land zur Ansiedelung von zwölf Kriegerfamilien geschenkt, die jetzt von dem „Deutschen Frauenbunde" (Berlin) und dem „Arbeitsausschuß für Kriegerwitwensiedelung" (Berlin) bewerkstelligt wird. Ebenso macht man im Kreise Fallingbostel (Lüneburger

Heide) in der Kolonie Cordingen Versuche mit der Siedelung Kriegsverletzter.

Der gesunde Grundgedanke der ganzen Bewegung läßt sich nicht leugnen. Für die praktische Durchführung im einzelnen müssen aber natürlich erst größere Erfahrungen gewonnen werden. Wenn auch für eine Auseinandersetzung und kritische Erörterung der Grundsätze der ganzen Siedelungsbewegung hier nicht der Ort ist — dazu würde ein eigener Aufsatz nur notdürftig Platz bieten — so soll doch nicht verschwiegen werden, daß der Gedanke des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten", das Reich zum Träger der Kriegersiedelung zu machen, nach dem Urteil Sachverständiger, wie z. B. des Generalsekretärs des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform" Dr. Karl von Mangoldt, großen organisatorischen und auch rechtlichen, schließlich praktischen Schwierigkeiten begegnet. Dr. von Mangoldt denkt sich die Siedelungsbewegung als eine große Volksbewegung, an der nicht nur die einschlägigen Organisationen (Bund deutscher Bodenreformer, die verschiedenen Organisationen für Wohnungsreform usw.), sondern auch die großen Standesorganisationen, die politischen Parteien und schließlich alle Volkskreise überhaupt nach ihren Kräften mitarbeiten.

Vom Standpunkte der Kriegsverletztenfürsorge aus scheint mir die Verquickung der landwirtschaftlichen Siedelung Kriegsbeschädigter mit den großen Fragen und Zielen der Boden- und Siedelungsreform überhaupt keinen glücklichen Zustand zu schaffen. Auch auf diesem Teilgebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge scheint mir nach den bisherigen Erfahrungen nicht die Arbeit im Großen und von obenher, nicht die Aufstellung eines großzügigen und weitschauenden Planes den nächsten und größten Erfolg zu versprechen, sondern die Arbeit im Kleinen, von unten her, am gegebenen Falle und mit den vorhandenen Mitteln. Wenn es der Kriegsbeschädigtenfürsorge gelingt, einem kriegsbeschädigten Bauern durch geeignete Arbeitsschulung die weitere Existenz auf seiner Scholle zu ermöglichen, so hat sie schon Großes geleistet. Falls es im übrigen wirklich zur landwirtschaftlichen Siedelung Kriegsverletzter in größerem Maßstabe kommen sollte, so wird man sich der Fürsorgestellen zur Feststellung der Arbeitsfähigkeit und Eignung des betreffenden Verletzten zur Siedelung, gegebenenfalls zu seiner Schulung in weitgehendem Maße bedienen können und — müssen, um Mißgriffe in der Person des Angesiedelten nach Möglichkeit zu verhüten.

Das hier geschilderte Gebiet der wirtschaftlichen Fürsorge für Kriegsverletzte bietet ein weites und dankbares Arbeitsfeld. Es lassen sich schöne Erfolge darauf erzielen, wenn alle Volkskreise, alle Berufskreise in die Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge einen genügenden Einblick und das nötige Verständnis dafür haben, um sie im gegebenen Falle auch nach ihren Kräften zu unterstützen. Auf dieses Ziel seinerseits mit hinzuwirken, ist der Zweck dieses Aufsatzes.

Englisches Blut im Hause Sachsen-Koburg-Gotha?

Von Dr. Ernst Devrient

In einem Zeitungsaufsatz, in dem ein bekannter Berichterstatter von dem Aufenthalt sächsischer Fürsten an der Ostfront erzählt, wird von dem Herzog von Koburg-Gotha gesagt, er sei ziemlich wortkarg, habe ja auch viel englisches Blut. Abgesehen davon, daß Schweigsamkeit als Kennzeichen englischer Eigenart sich etwas sonderbar ausnimmt, wenn man die deutschen und englischen Heerführer miteinander vergleicht, enthält der Nachsatz einen sehr bedenklichen genealogischen Schnitzer, der allerdings seit Jahren in den Zeitungen wiederkehrt. Freilich ist der Herzog, ebenso wie unser Kaiser, ein Enkel der Königin Victoria von England; es sollte aber doch allgemein bekannt sein, daß deren beide Eltern Deutsche waren. Die Mutter der Königin war eine Schwester des Herzogs Ernst des Ersten von Sachsen-Koburg-Saalfeld, welcher als Gemahl einer Gothaer Prinzessin 1826 Koburg mit Gotha vereinigt hatte. Der Prinzgemahl Albrecht war also der rechte Vetter seiner königlichen Frau. Deren Vater Prinz Eduard war ein Sohn des Königs Georg des Dritten und einer mecklenburgischen Prinzessin, seine beiden Großmütter waren ebenfalls sächsische Herzogstöchter, der Großvater war Prinz Friedrich Ludwig von Hannover aus deutschem Welfenstamm. Die Mutter des Herzogs Karl Eduard ist eine Prinzessin von Waldeck, ebenfalls rein deutschen Blutes. So ergibt sich eine rein deutsche Ahnentafel zu 32 Ahnen.

Es sei gestattet, hier mit kurzen Worten den Begriff der Ahnentafel zu erläutern, welcher immer noch vielen Gebildeten nicht ganz klar ist. Im Gegensatze zur Stammtafel, welche die Nachkommen einer Person im Mannesstamme darstellt, enthält die Ahnentafel die Vorfahren einer bestimmten Person, und sie hat, wieder im Gegensatze zu jener, eine ein für allemal feststehende Gestalt, sintemal niemand mehr als zwei Eltern, vier Großeltern, acht Urgroßeltern usw. haben kann (wohl aber zuweilen weniger, wie sich noch zeigen wird). Eine Ahnentafel zu 32 verzeichnet also die Eltern (zwei), Großeltern (vier), Urgroßeltern (acht), deren Eltern (16) und Großeltern (32). Ermittelt man die Vorfahren noch weiter zurück, so erhält man die Reihe der 64 Ahnen, dann 128, 256, 512, 1024 usw. Es ist ohne weiteres klar, daß man nur auf diese Weise die biologischen Erbteile — die „Belastung" — einer Person, wie auch ihre nationale Zugehörigkeit, erkennen kann. Man wird aber auch

bald finden, daß die Ergebnisse dieser Betrachtung in gewissem Sinne nur bedingten Wert haben, weil jede in einer Ahnenreihe stehende Person selbst wieder ganz mannigfaltige Erbanlagen haben kann. Wenn wir nur die vier Großeltern des Herzogs Karl Eduard betrachten, so können wir sagen: drei Deutsche, eine Engländerin. Unter den Urgroßeltern aber finden wir nicht sechs, sondern sieben Deutsche und nicht zwei, sondern nur einen Engländer, und gehen wir zu den 16 Ahnen weiter, so zählen wir nicht etwa 14, sondern 15 Deutsche, und nicht zwei, sondern wieder nur einen Engländer. Und auch dieser einzige Engländer entpuppt sich als Sohn eines deutschen Vaters und einer deutschen Mutter, so daß sich unter 32 Ahnen kein Fremdling mehr zu befinden scheint, und dieser Eindruck bleibt auch in den nächsthöheren Generationen. Doch macht sich dabei in steigendem Maße eine Erscheinung bemerklich, die der Genealog als „Ahnenverlust" bezeichnet: trotz der stetigen Verdoppelung der rechnerischen Ahnenzahl erscheinen verhältnismäßig wenige neue Namen, manche Familien und auch Einzelpersonen kehren oft und öfter wieder, weil unter den Vorfahren des Herzogs in älteren und neueren Zeiten Verwandtenehen stattgefunden haben. Die erwähnte nahe Verwandtschaft der Königin Victoria mit dem Prinzgemahl bewirkt schon in der vierten Reihe einen Ahnenverlust von zwei; also statt der 16 Ahnen sind nur 14 verschiedene Personen da, weil der Herzog Franz von Koburg-Saalfeld und seine Frau Auguste Reuß von Ebersdorf als Großeltern Albrechts und der Victoria zweimal in der Reihe erscheinen. Daraus folgt von selbst in der nächsthöheren Reihe ein Verlust von vier Ahnen, und dazu kommt nun auch noch ein Verlust unter den mütterlichen Vorfahren des Herzogs, denn zwei von den Großeltern der Herzogin Helene sind Kinder von Geschwistern (aus Nassau-Weilburg). In der Reihe der 32 Ahnen sind also nur 26 wirklich vorhanden. Eine Betrachtung sämtlicher Ahnen dieser Reihe läßt erkennen, daß der Ahnenverlust in den höheren Reihen noch stärker zunehmen muß, denn von den 32 Nummern sind acht von den Angehörigen des Gesamthauses Sachsen-Gotha besetzt, vier von Welfen (Braunschweig und Hannover), je drei von Reußen und Mecklenburg, je zwei von Anhalt, Erbach, Nassau-Weilburg und Oranien (die übrigen sind: Waldeck, Pfalz, Schwarzburg, Solms, Sayn, Württemberg).

Herzog Karl Eduard hat außerordentlich viel Sachsen-Ernestinisches Blut ($^8/_{32} = {}^1/_4$). Der Stammvater des Gesamthauses Gotha, Ernst der Fromme, erscheint in drei aufeinanderfolgenden Ahnenreihen; neben dem „Ahnenverlust" tritt auch „Ahnenverschiebung" ein, weil auch Verwandte ungleichen Grads in einer Ahnenreihe stehen können. Wir finden den genannten Ahnherrn in der Reihe der 256 Ahnen fünfmal, unter den 512 viermal und unter 1024 noch zweimal, zusammen also elfmal. Um seinen Anteil an der „Blutzusammensetzung" des jetzigen Herzogs festzustellen, muß man die Bruchzahlen natürlich auf einen gleichen Nenner bringen, was möglich ist, wenn man eine Person durch ihre Eltern beziehungsweise Großeltern vertreten denkt (deren „Belastung"

ja die ihre ist). Dann haben wir $^{5}/_{256} = {}^{20}/_{1024}$, ferner $^{4}/_{512} = {}^{8}/_{1024}$ und $^{2}/_{1024}$, zusammen $^{30}/_{1024}$, also etwa drei Prozent oder genauer $^{1}/_{34}$. Karl Eduard hat also von Ernst dem Frommen fast so viel Blut, als wenn dieser in der Reihe seiner 32 Ahnen stünde als sein Altgroßvater. Auch Ernsts des Frommen Bruder Wilhelm, Stammvater des Hauses Sachsen-Weimar, findet sich in der Ahnentafel des Gothaer Herzogs und zwar einmal unter den 512 und einmal unter den 1024 Ahnen. Das gibt also noch $^{3}/_{1024}$, zusammen $^{33}/_{1024}$ Ernestinerblut.

In dieser Reihe steht nun auch Jakob der Erste, König von Schottland und England, durch dessen Tochter und Enkelin das Erbrecht auf die großbritannische Krone an das Haus Hannover gelangt ist. Wir zählen ihn sogar doppelt, weil auch die jüngeren Oranier von ihm abstammen (also $^{2}/_{1024}$). Jakobs beide Eltern waren Schotten: Heinrich Darnley und Maria Stuart, doch ihre gemeinsame Großmutter Margarete Tudor war Engländerin, Tochter König Heinrichs des Siebenten, der aber selbst wieder viel französisches Blut gehabt hat. Französin war auch die Mutter der Maria Stuart. Französisches Blut floß ferner in den Adern der als Prinzessin von Ahlden traurig berühmt gewordenen Stammutter der Hannoverschen Welfen: ihre Mutter Eleonore von Olbreuze, Vollfranzösin, steht in der Reihe der 256, hat in der Reihe der 1024 also vier Vorfahren, in der nächsthöheren acht. In dieser Reihe der 2048 Ahnen erscheint noch eine Französin: Luise von Coligny, Gemahlin des großen Schweigers Wilhelm von Oranien, Tochter des Glaubensmärtyrers Admiral von Coligny. Von 2048 Ahnen sind also französisch neun, schottisch vier, alle anderen deutsch, von 4096 aber französisch 20, schottisch sechs, alle andern deutsch, von 8192 endlich 40 französisch, acht schottisch, vier englisch, alle anderen deutsch, also ein Tropfen englischen Bluts auf zwei schottische, zehn französische, 2035 deutsche!

In Wirklichkeit hat also der jetzige Herzog von Koburg-Gotha verschwindend wenig nichtdeutsches Blut, und in diesem fremden Zusatz ist noch der französische Anteil mehr als dreifach so stark wie der britische. In der Ahnentafel seines Vetters des Königs Georg von England ist das fremde Blut etwas stärker vertreten, weil dessen Mutter, bekanntlich eine dänische Prinzessin, den Welfenkönig Georg den Zweiten mit seinen französischen und britischen Vorfahren noch zweimal in die Ahnentafel gebracht hat. Diese dänische Verwandtschaft mit ihren häufigen Vetternehen scheint überhaupt den Typ des nach England verpflanzten Zweiges des Hauses Koburg hauptsächlich zu bestimmen, was ja schon äußerlich erkennbar ist. Die Großmutter des Königs von England ist auch die Großmutter des Zaren, der jenem bekanntlich zum Verwechseln ähnlich sieht. Die „Schwiegermutter Europas" in Kopenhagen soll ja auch der Mittelpunkt der gegen Deutschland gerichteten dynastischen Verschwörung gewesen sein, welche in den großen völkisch-wirtschaftlichen Kampf hineinspielt.

Weit mehr fremdes Blut haben diejenigen Zweige des Hauses Sachsen-

Koburg aufgenommen, die nach Portugal, Belgien und Bulgarien verpflanzt worden sind. Jenes schon erwähnte Ehepaar, Franz von Koburg-Saalfeld und Auguste Reuß zu Ebersdorf, hatte außer dem Herzog Ernst und der Mutter der Königin Victoria noch zwei staatengeschichtlich wichtige Söhne: Ferdinand, der mit dem Vermögen seiner ungarischen Gemahlin von Kohari und im Dienste des Hauses Österreich zu angesehener Stellung gelangte und seinen Söhnen den Weg zu fremden Kronen bahnte, und Leopold, dem seine erste Ehe mit der Prinzessin von Wales die britische Krone in Aussicht stellte, bis ihr vorzeitiger Tod ihn darum brachte, dem dann die Krone der Hellenen zu winken schien, bis ihm endlich Europas Verlegenheit und seine Gewandtheit die neugeschmiedete Krone der Belgier verschafften. Leopold und sein Neffe August von Koburg-Kohari heirateten zwei französische Schwestern, die Töchter des Königs Ludwig Philipp, während Augusts Bruder Ferdinand durch seine Verbindung mit der Königin Maria den Thron von Portugal bestieg. Diese drei Nachkommen der sächsischen Reformationsfürsten sind so in den ziemlich engen Kreis der katholischen großen Häuser Europas eingetreten, deren stärkere Inzucht an den zunehmenden Ahnenverlusten zu erkennen ist, soweit sie nicht durch die Aufnahme der unter Napoleon hochgekommenen französischen Kleinadelshäuser aufgewogen wird. Der jetzige König der Belgier hat unter seinen Großeltern scheinbar nur eine Französin neben drei Deutschen; von seinen Urgroßeltern sind aber nur vier, also gerade die Hälfte deutsch, drei französisch, eine italienisch. Da die Italienerin (von Sizilien) eine französische Mutter hat, finden sich unter 16 Ahnen schon sieben Franzosen neben acht Deutschen. Wunderbarerweise taucht dann in der Reihe der 32 Ahnen eine richtige Belgierin auf: eine Prinzessin von Horn aus altem brabantischen Haus, das in weiblicher Linie von den Herzögen des Landes stammte und viele Verschwägerungen mit deutschen und französischen Familien eingegangen war. Die Mutter dieser Prinzessin von Horn war englischen Geblüts. Unter 64 Ahnen hat König Albert immer noch 34 Deutsche, 26 Franzosen, zwei Italiener, eine Engländerin und einen Brabanter, dessen Ahnen wohl zu gleichen Teilen deutscher und französischer Herkunft sind. Er hat also weit mehr englisches Blut als der König von England und der Herzog von Koburg-Gotha. Die Ahnentafel Ferdinands von Bulgarien, der ein Sohn Augusts von Koburg-Kohari und der Prinzessin Klementine von Orleans ist, hat natürlich viel gemeinsames mit der des belgischen Königs; wir finden da unter 32 Ahnen 18 Deutsche, zehn Franzosen, drei Italiener und einen Ungarn, unter 64 Ahnen 39 Deutsche, 17 Franzosen, 4 Italiener und je zwei Ungarn und Tschechen. Endlich König Manuel von Portugal, Urenkel jenes Ferdinand und der Maria von Braganza, hat unter 32 Ahnen nur 14 Deutsche, zwölf Italiener, vier Franzosen, je einen Ungarn und Portugiesen, unter 64 Ahnen 28 Deutsche, 19 Italiener, zwölf Franzosen, zwei Portugiesen, zwei Polen, einen Ungarn. Bei ihm haben also die Romanen die absolute Mehrheit

erreicht, während bei seinen Vettern immer noch mehr als die Hälfte der Ahnen deutsch bleibt.

Es ist also keineswegs an dem, daß mit Karl Eduard ein Zweig des englischen Königshauses auf den Thron von Koburg-Gotha gekommen sei. Umgekehrt sind in England, Belgien, Bulgarien, Portugal Seitenlinien des Hauses Koburg zur Regierung gelangt, und diese haben sich durch ihre neuen Beziehungen dem deutschen Stammland, die eine mehr, die andere weniger, entfremdet. Der verschwindende Tropfen englischen Bluts vom fünfzehnten Jahrhundert hat weiter keine Bedeutung, als daß er durch das ebenfalls deutsche Haus der Welfen hindurch den Koburgern den Anspruch auf die englische Krone gebracht hat. Das politische Übergewicht dieser Königskrone hat freilich den Anschein erwecken können, als wäre Koburg ein Anhängsel an Windsor, obwohl durch das Staatsgrundgesetz von Koburg-Gotha die Nachfolge des englischen Königs und des jeweiligen Prinzen von Wales im sächsischen Herzogtum ausgeschlossen ist, und die Nachkommenschaft des jetzigen Königs nach den Grundsätzen des Gesamthauses Sachsen überhaupt nicht als ebenbürtig gilt. Es ist dringend zu wünschen, daß auch die verwelschten Nebenlinien nicht mehr als erbfolgeberechtigt in deutschen Landen anerkannt werden.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6516.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Die innere Lage in Rußland

Die Auflöſung der Duma war äußerlich ruhig aufgenommen worden. Bewußt hatten die Führer der Oppoſition zur Vermeidung jeder Unruhe gemahnt; die Erregung der Maſſen war erſt auf den bekannten Moskauer Kongreſſen in jenen ſtürmiſchen Reden zum Ausdruck gekommen, die energiſch ein verantwortliches Miniſterium und baldige Wiedereinberufung der geſetzgebenden Körperſchaften forderten. Die Stimmung des Volkes fand Wiederhall in den faſt drohend klingenden Äußerungen der ruſſiſchen Preſſe. Die Antwort der Regierung war: Abſetzung des liberaliſierenden Schtſcherbatow und ſeine Erſetzung durch den Führer der rechten Parteien Chwoſtow, Aufſchiebung der Wiedereinberufung der Duma, und die glatte Erklärung, daß man an die Verwirklichung der Forderungen des progreſſiven Blockes nicht denken dürfe. Chwoſtow, in der Behandlung „der ruſſiſchen Seele“ äußerſt erfahren, gab Interwiews an Zeitungsleute, unterhielt ſich mit Semſtwomännern, verſuchte einen Teil der liberalen Preſſe zu gewinnen, tat aber alles, was den Wünſchen der Volksvertreter und der „Geſellſchaft“ entgegenlief. Sein Ziel ging dahin, das Volk von den politiſchen Fragen auf die ökonomiſchen abzulenken: panem et circenses — weiter nichts.

Welche Wirkung hat dieſe Politik bisher auf die Stimmung des Volkes gehabt?

Wenn man die ruſſiſche Preſſe von heute mit der Preſſe zur Zeit der Moskauer Verſammlungen vergleicht, wenn man das, was die führenden politiſchen Köpfe Rußlands am 17. Oktober, dem zehnjährigen Jahrestag des berühmten Oktobermaniſeſtes geſagt haben, mit den Reden eines Lwow und Gutſchkow zuſammenſtellt, ſo ergibt ſich der Eindruck tiefſter Niedergeſchlagenheit und Hoffnungsloſigkeit. Bei Chwoſtows Ernennung gab ſein menſchliches

Auftreten noch einen Hoffnungsschimmer, suchte doch alles in Rußland nach dem geistigen Mittelpunkt, um den man sich scharen konnte, selbst einen Samyslowski hätte man genommen, wenn man die Überzeugung gehabt hätte, er werde das Land in Ordnung bringen und Rußland zum Siege führen. Das ist nun aus. Überall, wohin wir blicken, sehen wir bei Betrachtung der inneren verwirrten Verhältnisse nur Depression. Hat also Chwostow dieses feine Instrument der russischen Seele, das er nach Menschikows Angaben so meisterhaft zu spielen verstand, doch nicht richtig behandelt, wenn das Ergebnis seiner Bemühungen so wenig seinen Hoffnungen entsprach oder waren gerade das seine Hoffnungen, diese Misère der Stimmung hervorzurufen?

Was hat er überhaupt getan? In dem Augenblick, als er das Regiment im Ministerium des Innern antrat, herrschte maßlose Verwirrung in der Versorgung der großen Städte, namentlich der Hauptstädte mit Lebensmitteln, der Flüchtlingsstrom raste elementar durchs Land und die Teuerung pochte an allen Pforten. Hier hatte er zunächst versucht den Hebel anzusetzen, und das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Wie hat er das getan? Er hat zunächst die in Rußland unvermeidliche „Kommission" eingesetzt, die die planmäßige Versorgung des Landes mit Lebensmitteln durch Schaffung örtlicher Versorgungsbehörden sicherstellen soll. Diese Kommission hat das Projekt einer Verordnung ausgearbeitet, das zur Zeit von der russischen Öffentlichkeit erörtert wird. Positive Leistungen hat sie noch nicht aufzuweisen. Chwostow hat ferner persönlich in Moskau eingegriffen in einem Moment, da die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln am ärgsten darniederlag. Als deus ex machina löste er den Knoten der verwickelten russischen Ressortverhältnisse, die es zwar ermöglicht hatten, daß die für die Stadt erforderlichen Waren auf dem Bahnhof in Moskau lagerten, eine Abladung dieser Waren aber in Frage stellten. Dieses Eingreifen hatte zwar die gute Seite, daß wirklich etwas getan wurde, sie führte jedoch nach zwei Richtungen hin zu Konflikten. Zunächst zum Konflikt mit Ruchlow, dem Verkehrsminister, dessen Tätigkeit und dessen Ressort durch Chwostows Auftreten öffentlich an den Pranger gestellt wurde, sodann aber auch zum Konflikt mit einem gewissen Teil der öffentlichen Meinung, der das selbstherrliche Schalten eines Ministers, für den es weder im Gesetze noch in der Behördenorganisation Schranken zu geben schien, mit Mißtrauen ansieht und — obwohl auch er sein Auftreten gegen die Schlamperei eines Ruchlow im Grunde des Herzens billigt, — in diesem kräftigen Mann doch den kommenden Diktator fürchtet. Ruchlow selbst, der die öffentliche Meinung und Chwostow gegen sich hatte, versuchte vergebens mit seiner bekannten Denkschrift, die vom Militärzensor zur Hälfte durchstrichen wurde, sich zu rechtfertigen. Er verlangte ebenso vergebens die Abberufung des Vizegouverneurs Grafen Tolstoi in Schlüsselburg, der mit Befehlen von Chwostow versehen, eigenmächtig in Ruchlows Befehlsbereich eingegriffen hatte. Was vorauszusehen war, traf ein: Tolstoi blieb, Chwostow verschanzte sich hinter

die Militärbehörden, Ruchlow mußte gehen, nachdem schließlich auch die unter dem Vorsitz des Kriegsministers Poliwanow im Winterpalais tagende General-Versammlung der vier vom Zaren eingesetzten Kriegs-Kommissionen heftige Angriffe gegen sein Ressort gerichtet hatte. Chwostows Vorgehen hat somit auf diesem Gebiete indirekt Gutes gefördert, Sympathien hat er sich aber trotzdem damit nicht erobert.

In der Linderung der Flüchtlingsnot ist nichts Positives geschehen. Chwostow hat dem Kiewer Abgeordneten Savenko gegenüber erklärt, er betrachte die Flüchtlingswanderung als eine elementare Erscheinung, die nicht gehindert werden könne. Eine Mitarbeit der Semstwo bei der Linderung der Flüchtlingsnöte schiene ihm angenehm und nützlich. Die Idee aber, das ganze Werk der Flüchtlingsversorgung den Organen der Selbstverwaltung zu überlassen, hat ihm, wie er den Zeitungen schleunigst mitteilte, in seinem Gespräch mit Savenko fern gelegen. Also bei Leibe keine freie Hand den Organen, die sich für die Aufgabe berufen fühlen, im Gegenteil zurückbremsen und offene Mißtrauenserklärung. Wo in der Flüchtlingsfrage von Gouverneuren und anderen Regierungsbehörden gehandelt worden ist, da geschah es im reaktionären Sinn. Bekannt ist die Entscheidung, daß im Kaukasus keine jüdischen Flüchtlinge wohnen dürfen, bekannt ist die Eingabe des Generalgouverneurs von Turkestan, der sich in Petersburg über „die unerhörte Übervölkerung durch die Juden" beklagt. „Wenn zu all den schweren Prüfungen, zu den Dramen, von denen die Zeitungsmeldungen nur eine gelinde Vorstellung geben, noch harte Worte hinzukommen, die die Flüchtlinge beim Eintreffen an Ort und Stelle zu hören bekommen, in was verwandelt sich dann die Existenz dieser Millionen?", so klagt die Rjetsch. Und zu Klagen scheinen nicht nur die jüdischen Flüchtlinge Anlaß gehabt zu haben. Bevölkerung und Flüchtlinge konnten sich nirgends stellen. Die Flüchtlinge, die ohne Versorgung von seiten der Behörden blieben, vergriffen sich in ihrer Not an allem, was sie fanden. Die Bevölkerung von Innerrußland, die nicht einmal die Sprache dieser aus den Grenzgouvernements hereinflutenden Massen von Fremdstämmigen kannte, verhielt sich zu ihnen ablehnend, oft sogar offen feindselig. Es kam zu gegenseitigen Auseinandersetzungen: „Die Wut der Bevölkerung erreichte den höchsten Grad und führte zu den traurigsten Folgen" — so lesen wirs im Rußkoje Slowo vom 3. November. —

Man kann somit nicht sagen, daß die Regierung bei der Linderung der Flüchtlingsnöte eine glückliche Hand gehabt hat — für die Regierung und für die russische Bevölkerung wird vielmehr das Flüchtlingskapitel für immer ein Kapitel der Schande sein, und man begreift, daß die unbeeinflußte russische öffentliche Meinung ein Ekel packt, wenn sie an diese Sachen denkt. —

Chwostow hatte aber noch ein anderes Zugmittel: er wollte den Feldzug gegen „die Vergewaltigung der Deutschen" fortführen. Das ist zwar ein „demagogisches Verfahren" wie es Miljukow neulich in Moskau genannt hat,

man kann indessen nicht leugnen, daß dieses Kapitel dem hohen und niederen russischen Pöbel sehr sympathisch ist. Männer wie Kriwoschein haben die Gefährlichkeit einer solchen Propaganda gesehen und vor ihrem Abgang im Ministerrate davor gewarnt, eine Zwangstaxation der deutschen Kolonistengüter vorzunehmen und dadurch mit einem Zuge dem von den russischen Nationalisten so bedauerten Umstande abzuhelfen, daß sich in diesen Kriegsläuften keine Käufer für die deutschen Güter finden. Kriwoschein hatte dabei dasselbe Gefühl, dem ein radikaler Abgeordneter in der Duma einmal mit folgenden zu den Konservativen gesprochenen Worten Ausdruck gab: „Wenn der russische Bauer erst sieht, daß es keine gesetzlichen Schranken für solchen Landerwerb gibt, so wird sein Appetit auch nicht an Euren eigenen Gütern Halt machen." — Es war die Furcht vor der Agrarrevolution, die im Hintergrund lauerte. — Jetzt, nach dem Abgang Kriwoscheins, sucht Chwostow nach einem neuen „Kompromiß" zusammen mit seinem Namensvetter dem Justizminister, denn er möchte doch gar zu gern die Appetite eines Teiles des russischen Volkes befriedigen, dadurch der Regierung politische Anhänger sichern und ein neues Ablenkungsmittel für die nörgelnde Kritik der politischen Parteien finden. So hat er sich jüngst noch lebhaft mit dem Gouverneur des Steppengebiets zusammen, dafür eingesetzt, daß endgültig mit den deutschen Kolonisten im Osten aufgeräumt werde, jenem „gefährlichen Element, das jederzeit zum Landesverrat bereit sei, das den geheimnisvollen Aeroplanen, die im Steppengebiet (!) auftauchen, Benzin liefere" usw.

In eine andere Frage, die seit langem einen Teil der russischen Öffentlichkeit beschäftigt, hat Chwostow ebenfalls in demselben Sinne eingegriffen. Er hat sich energisch für die Liquidierung der „elektrischen Gesellschaft von 1886" eingesetzt, die bisher nur „sequestriert" war, weil sie eine schweizer und nicht eine deutsche Gesellschaft ist. Chwostow wollte den Moskauern, die sich sehr für diese Frage interessierten, zeigen, daß er es verstehe, mit so kleinen diplomatischen Bedenken aufzuräumen, auch mit dem Bedenken, daß die Angelegenheit zur Zuständigkeit des Handelsministers gehört. Schachowskoj ist offenbar in diesem seit seiner Begründung zur Untätigkeit verurteilten Ressort ebenso hilflos wie sein Vorgänger.

Denn Chwostow nimmt, ohne ihn zu fragen, jetzt auch eine dritte, eigentlich dem Handelsminister unterstehende Frage auf, den Kampf gegen den fingierten Übergang von deutschen Handelsunternehmungen an Russen. Man wird also den Kontrakten nachspüren, die solchen Übergängen zu Grunde liegen, diese Übergänge anzweifeln und dann die bekannte russische Vernichtungstaktik beginnen.

Es ist, wie wenn ein böser Dämon dieses Volk und seine Führer erfaßt hätte, die sich vorgenommen haben, — den Instinkten des Pöbels zuliebe und weil es sonst in den Kram ihrer augenblicklichen Tagespolitik hineinpaßt —, alle Werte zu vernichten, die unter den Auspizien verständiger russischer

Administratoren durch Jahrhunderte hindurch mühselig aufgebaut worden sind. Man schließt wieder das Fenster nach dem Westen, das Peter der Große für Rußland geöffnet hat, und man ist sich dessen durchaus bewußt, wie Artikel der russischen Presse beweisen, die die ganze Schuld der gegenwärtigen inneren russischen Lage auf Peters Politik zurückführen, der die Deutschen in das Land gerufen habe. —

Also demagogische Politik für das Volk und in den großen politischen Fragen vollkommene Abkehr von allen liberalen Regungen, das ist die Richtung, in der Chwostow und Goremykin segeln.

In der Frage der Einberufung der Duma ist man dem Block keinen Schritt weit entgegengekommen. Von einer früheren Einberufung der Duma, als im Manifest des Zaren vorgesehen, kann gar keine Rede mehr sein. Man wird wahrscheinlich — da im Zarenmanifest vom November die Rede war, den letzten Tag in diesem Monat wählen, der überhaupt möglich ist. Wenn es geht, wird man die Tagung der Duma zu einer „geschäftsmäßigen" herabdrücken, das heißt versuchen, den Abgeordneten einen Maulkorb vorzulegen, — immer mit der heimlichen Drohung einer zweiten Auflösung der Kammer.

Kann man dies ohne Gefahr tun?

Es scheint, daß man es kann, denn die oppositionellen Parteien haben zwar einen großen Teil der öffentlichen Meinung hinter sich, aber sie sind, wie Lukian das neulich in den Birschewyja Wjedomosti gesagt hat, „Sieger ohne Waffen".

Die Oktobristenpartei scheint sich vollkommen nutzlosen Klagen und stiller Verzweiflung hinzugeben. In Moskau hat zur Erinnerung an den Tag des 17. Oktober 1905 ein Festmahl im Klub der Politiker stattgefunden, zu dem auch Rodsjanko und Gutschkow eingeladen, aber nicht erschienen waren. Auf ihm wurden politische Reden gehalten, die für die herrschende Hoffnungslosigkeit beredtes Zeugnis ablegen. Der Sekretär der Reichsduma Dmitrjukow stellte fest, daß keine einzige der Versprechungen, die am 17. Oktober gegeben wurden, gehalten worden seien, keine einzige der damaligen Hoffnungen sich erfüllt habe. Ein anderer Redner bemerkte, daß dieses Festmahl auf ihn nicht den Eindruck eines Jubiläums, sondern eines Leichenmahls mache. Aus allen Reden merkte man die Einsicht der Unmöglichkeit bei den führenden Politikern, mit ihren Forderungen auch nur einen Schritt weiter zu kommen. Eine neue Losung — die Losung der Verzweiflung taucht auf: „wir wollen unsere Forderungen vertagen, bis wir im gegenwärtigen großen Kriege nach außen den Sieg errungen haben."

In der Kadettenpartei machen sich zwei Strömungen geltend. Die linksstehenden Politiker sehen ein, daß sie mit der bisherigen Taktik nicht weiter kommen. Kokoschkin hatte bei der Versammlung der Parteiführer gesagt: „Unsere Aufgabe ist sehr schwer. Vor uns steht ein doppelter Kampf, der Kampf mit dem Feind und der Kampf um die Reorganisation der Re-

gierung. In diesem sind wir in den Prinzipien des Kampfes selbst behindert, denn wir können nicht zu Schritten unsere Zuflucht nehmen, die eine Desorganisation befördern." Mandelstamm, der die Ideen der radikalen Elemente zum Ausdruck brachte, rief ihm demgegenüber zu: „Geduld ist ja ganz schön, aber die Majorität muß mit der Minorität rechnen!" d. h. wir haben es satt, die Blockpolitik, die doch zu nichts führt, weiter mitzumachen. Miljukow, der noch einmal mit Erfolg die Gegensätze der Partei zusammengekleistert hat, vermochte doch nicht, seinen Anhängern ein positives Kampfesziel und eine neue Methode des Kampfes zu zeigen: „Chwostows Taktik ist demagogisch, das Volk ist für das Blockprogramm, hinter unserer Partei steht das Land, wir gehen langsam vor und wir werden unter Beibehaltung unserer gegenwärtigen Methoden die Ideale der ersten Duma ins Leben rufen;" so etwa ist sein Gedankengang, — wie er aber das machen will, verrät er seinen Zuhörern nicht. „Mit Europas Freiheit wird auch daß russische Volk frei sein," daß ist die Phrase, die über die innere Hilfslosigkeit der Partei hinwegtäuschen will, und die den linken Flügel, der eine revolutionäre Taktik wünscht, zur Ruhe bringen soll. Wie lange dieses Mittel den Auseinanderfall der Partei aufhalten, wie lange die Lügenhaftigkeit dieser Phrase einer ernsthafteren Kritik standhalten wird, ist eine offene Frage. —

Die Progressisten und die Arbeiterparteien führen eine energischere Sprache. „Baldigster Zusammentritt der Reichsduma angesichts des Ernstes des Augenblicks" ist die Losung, die sie bei ihrer Beratung ausgegeben haben. Das alte Requisit des verantwortlichen Ministeriums wird von ihnen von neuem hervorgeholt. Der Aufruf der Akselrod und Genossen, die im Gegensatz zu Plechanow den unerbittlichen Kampf mit Zarismus und Bürokratie fordern, geht parallel mit dem Beschluß der allerdings schwachen Mehrheit der Arbeiterdelegierten, eine Wahl von Arbeitervertretern in die kriegswirtschaftlichen Komitees nicht vorzunehmen. Ein Umschwung scheint sich also hier anzukündigen. —

Trotzdem dürfen diese Strömungen in ihrer Wirkung nicht überschätzt werden. Denn was bedeuten alle Resolutionen der Progressisten und Arbeiter, wenn die großen politischen Parteien in ihrer Untätigkeit verharren und wenn das „Land" (semlja) von Hoffnungslosigkeit und Ideenarmut angekränkelt, allmählich zu Stimmungen der Stolypinschen Zeiten bewußt zurückgeführt wird. Auf der einen Seite Pogromluft und Provokation, wie sie in dem Briefe des Astrachaner Schwarzen Hundert-Politikers Tichanowitsch-Sawitzky zum Ausdruck kommt, auf der anderen Seite wachsende Indolenz und Verwirrung der Geister. „Die Ruhe kann zur Indifferenz werden, und darüber brauchen wir uns nicht zu freuen," so heißt es in der Rjetsch vom 1. November. Es gibt schon jetzt Politiker auf dem platten Lande, die sich vom Block abkehren, den politischen Kampf aufgeben und nur noch an das — „Land und seinen Sieg glauben", d. h. den Diktator herbeisehnen, der diesen Sieg organisiert.

Die Stimmung der Öffentlichkeit ist so recht bei dem Abgang Kriwoscheins

zum Ausdruck gekommen. Jeder bedauerte ihn, jeder erkannte klar, daß dieser Abgang „den Übergang vom Konservatismus zur offenen Reaktion" bedeutete, kein einziger aber sagte: „Das lassen wir uns nicht länger gefallen." Man konstatiert wehmütig, daß die Reaktion siegt und hofft auf irgendein Wunder, daß dem Willen des Volkes gemäß den „unbedingt sicheren" Umschwung herbeiführen wird.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß die letzten Reichsratswahlen des Adels, mögen sie mit oder ohne Vertrauensbruch zustande gekommen sein, jedenfalls die Stellung der Regierung gestärkt haben. Vor den Wahlen hatte man das Gefühl, daß infolge des bekannten Strukowschen Briefes, der die Regierung zur Auflösung der Duma aufgefordert hatte, eine ziemlich starke Opposition in gewissen Adelskreisen eingesetzt hatte und daß diese Kreise bei den Wahlen womöglich die Oberhand gewinnen könnten. In der Tat standen sich dann auch zu Beginn der Wahlen die Kräfte der Blockanhänger und der äußersten Rechten ziemlich gleich gegenüber. Die sogenannte Neidhardtpartei scheint aber den Ausschlag gegeben und es bewirkt zu haben, daß fast nur äußerste Rechte gewählt worden sind. So kann sich die Regierung nach wie vor im Reichsrat auf eine Majorität stützen, die sie ganz zur Verfügung hat, und jede Maßregel der Duma, die ihr nicht paßt, umwerfen. Das Land hat also keineswegs im ganzen so reagiert, wie die Kadetten es gehofft und geglaubt hatten.

Was nützt dem gegenüber alles ohnmächtige Zähneknirschen der linksstehenden Politiker, was nützen versteckte Drohungen, wie sie der bekannte Maxim Kowalewski noch neulich in den Birschewyja Wjedomosti veröffentlicht hat? So schlimm wie jetzt, sagt Kowalewski, habe die Gesetzlosigkeit in Rußland noch nie geherrscht. Rousseau habe einmal das Gesetz als den Willen des Volkes definiert, wogegen ein kluger Engländer eine andere, mehr der Realität angepaßte Definition vorgeschlagen habe: „Das Gesetz sei der Befehl des Stärkeren an den weniger Starken." Diese Begriffsbestimmung passe ganz auf die russischen Zustände, denn mit ihr lasse sich auch das gegenwärtige System rechtfertigen. Kowalewski ruft demgegenüber die Definition eines bekannten Sozialisten in Erinnerung, der die englische Begriffsbestimmung dahin ergänzt: „Das Gesetz ist zwar ein Befehl des Stärkeren für den Schwachen. Dieser Befehl ist aber nur solange für den Schwachen bestimmend, als er schwach ist." Die Nutzanwendung liegt auf der Hand. Es ist dasselbe, wie mit dem einzigen Droschkenkutscher, den man nachts bei Regen auf der Straße trifft und der einem den doppelten Fahrpreis abnimmt. Man beruhigt sich, weil man dem Stärkeren weicht. Wie aber, wenn man selbst stärker ist als der Kutscher?

Mit dieser Perspektive endet das Gleichnis — aber wohl auch die Geschichte, denn der Kutscher wird wahrscheinlich immer der Stärkere bleiben; der vom vielen Diskutieren müde russische Politiker wird zu indolent und willensschwach sein, um bis zur nächsten Ecke zu gehen, und dort einen anderen Kutscher zu suchen.

„Ihr tötet durch eure Abkehr von den Wünschen der Gesellschaft den Enthusiasmus, den unser Volk und unsere Armee nötig hat, wenn anders sie den Sieg erringen soll", so ertönt es in den Kadettenblättern. — „Wir Russen brauchen Anregung, Aufmunterung, Enthusiasmus, sonst geht unsere Stimmung in den winterlichen Laufgräben zum Teufel. Die Lage des Landes ist ernst, und dieses seelische Moment ist zu wichtig, um es unberücksichtigt zu lassen."

Hoffen die Miljukow und die Roditschew durch Überreden und heimliches Gemurmel über Mißstimmung in der Armee einen Chwostow und einen Goremykin umzustimmen? Sie überschätzen ihren Einfluß — und sie sehen ihren Denkfehler immer noch nicht ein.

Ein Struve hat es neulich noch offen bekannt, daß die Ideale seiner Partei immer dahin gingen, die Annäherung Rußlands an die westeuropäischen demokratischen Reiche England und Frankreich unter allen Umständen herbeizuführen — um auf diese Weise die Annäherung Rußlands an die demokratischen Ideen zu erreichen. „Das konstitutionelle Empfinden in Rußland in der Epoche der staatlichen Umbildung, die ihren Ausdruck im Manifest vom 17. Oktober fand, erklärte sich entschieden und offen als Feind jeglicher Annäherung Rußlands mit Deutschland und forderte umgekehrt bewußt ein Übereinkommen mit England als Kardinalaufgabe der russischen Politik."

Also die linksstehenden Scheuklappenpolitiker in Rußland haben, wie Struve damit offen bekennt, ein Jahrzehnt hindurch für den Krieg zwischen Deutschland und Rußland gekämpft. Sie wollten durch diesen Krieg ihre Ideale verwirklichen, die sie zu Unrecht durch Deutschland bedroht glaubten, dessen offizielle Politik sich im Grunde genommen nie um die inneren russischen Verhältnisse gekümmert hatte.

Solche Denkfehler werden hart bestraft. Die Nemesis der Geschichte will es, daß gerade in diesem Kriege die liberalen Politiker wie Herr Peter Struve weiter von der Verwirklichung ihrer Ideale entfernt sind, als sie es je waren. Ja, es ist vielleicht nicht zu kühn zu behaupten, daß die Gedankenarmut dieser Art Politiker es eines Tages mit sich bringen wird, daß dieselben Herren Struve, die einst unter deutscher Gastfreundschaft und von deutschem Boden aus in der Oswoboschdenje für alte freiheitliche Ideale eintraten, dem nächsten Diktator in Rußland zujauchzen werden, wenn er die Volksinstinkte befriedigt, und die von diesen Politikern selbst mit Vorbedacht und infolge ihres mangelhaften Denkens herbeigeführten Ideale des Hasses gegen Deutschland und die Deutschen in Rußland aufs neue in praktischen Taten zusammenfaßt und zu beleben versteht.

Es ist der Bankrott der Parteien, den wir jetzt in Rußland sehen und es ist zugleich der Bankrott derjenigen Denkart, die uns ein Mitrofanoff vor dem Beginn des Krieges so anschaulich schilderte, und die uns während des ganzen Krieges in der russischen „Gesellschaft" so deutlich entgegengetreten ist.

Aufgaben der Elektrotechnik im Kriege

Von Oberingenieur Lajos Steiner in Siemensstadt

Die dem deutschen Wirtschaftsleben innewohnende Kraft hat sich mit einer überwältigenden Wucht durch das Schlußergebnis der dritten deutschen Kriegsanleihe geäußert. Die Riesensumme, für die uns vor diesem Kriege jede Vorstellung fehlte, versetzt uns in die Lage, den Krieg bis zum Frühjahr des nächsten Jahres finanziell durchzuhalten, ohne die Opferwilligkeit des deutschen Volkes wieder in Anspruch zu nehmen. Wie war es nur möglich, daß nach einer Kriegsführung von mehr als einem Jahre eine so gigantische Summe der Heeres- und Marineverwaltung zur Verfügung gestellt werden konnte? Die Opferwilligkeit, die in den breiten Schichten des deutschen Volkes stark ausgeprägt ist und auf allen Gebieten, die mit der Kriegführung zusammenhängen, schon herrliche Früchte getragen hat, wäre allein kaum in der Lage gewesen, die Riesensummen aufzubringen, die dieses größte kriegerische Unternehmen der Weltgeschichte täglich benötigt, wenn nicht andere Momente hinzugetreten wären, die die Beschaffung der Mittel überhaupt erst ermöglicht haben. Diese sind die alles umfassende Organisation und die Anpassungsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens, die eiserne Energie und die von unseren Feinden viel gelästerte und verspottete, jedoch jetzt als nachahmungswert bezeichnete Ordnung, welche in alle Aeußerungen des Krieges auf die Volkswirtschaft ein gewisses System brachte. Durch die Klassifizierung der unvermeidlichen Schäden war man in die Lage versetzt, der Ursache jedes einzelnen nachzugehen und, sobald diese erforscht war, sie auch zu beheben. Es kam dadurch der bekannte, alte ärztliche Wahlspruch zur Geltung: remota causa cessat effectus. Es hieß nicht die Folgen zu beseitigen oder durch oberflächliche Vorkehrungen zu bemänteln, sondern dem Übel auf den Grund zu gehen und das Entstehen desselben zu verhüten. So entstand neben dem militärischen Generalstab ein anderer wirtschaftlicher Generalstab, dessen Aufgabe war, die einzelnen Faktoren des Wirtschaftslebens in diejenigen Bahnen zu lenken, auf denen sie sich zum Nutzen der Gesamtheit entfalten und betätigen konnten. Die Tätigkeit dieses wirtschaftlichen Generalstabs ist umso höher zu bewerten, als ihm keine so umfassenden Vorarbeiten und Erfahrungen zur Hand waren, wie dem militärischen, und das ganze Gebäude auf neu zu schaffende Grundpfeiler aufgebaut werden mußte. Neue Grundsätze, deren Durchführbarkeit bis vor kurzem als unge-

heuerlich und unmöglich gegolten hat, sind auf den Plan getreten, neue Methoden erdacht, um die bis dahin als wertlos angesehenen und dem Verderb preisgegebenen Stoffe in eine brauchbare Form zu bringen.

Wohl auf keinem anderen Gebiete der menschlichen Geistestätigkeit trat eine so gewaltige Umwälzung ein, wie auf dem Gebiete der Elektrotechnik. Wie durch ein Erdbeben wurde der bisher unerschütterlich gedachte Bau der Elektrotechnik ins Wanken gebracht, alte, dem Elektrotechniker in Fleisch und Blut übergegangene Grundsätze stürzten in sich zusammen und wurden durch neue ersetzt, deren Umsetzung in die Praxis bis jetzt für unmöglich galt. Wer hätte auch vor Jahresfrist daran gedacht, daß die Elektrotechnik ohne die für sie wichtigsten Rohstoffe, wie Kupfer und Gummi, bestehen könnte? Als die Blockade über Deutschlands Küsten verhängt wurde und das seemächtige England die Kontrolle über den Handel der neutralen Staaten übernahm, dachten überängstliche Gemüter, die letzte Stunde der deutschen elektrischen Industrie hätte geschlagen. Zum Glück ist der Fortschritt nicht an verängstete Seelen gefesselt, sondern an Menschen, die in der Not zu handeln verstehen und den Mut haben, mit althergebrachten Anschauungen zu brechen und Neues, Zeitgemäßes zu schaffen vermögen. Das Wirken dieser Menschen, die man ruhig neben den Helden der Schlachtfelder nennen darf, ist umso anerkennenswerter, weil sie oft in Ermangelung gewöhnter Hilfskräfte die riesige Arbeit fast selbst bewältigen mußten. Die bis vor Kriegsausbruch übliche Arbeitsteilung, welche die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bildet, mußte von dem Moment ab, als die Tausende von Ingenieuren und Arbeitern, dem Rufe des Vaterlandes folgend, in's Feld zogen, eine gründliche Neuorientierung erfahren. Eingearbeitete, mit ihrem Fach gründlich vertraute Kräfte mußten durch neue, unerfahrene ersetzt werden, und wenn auch anfänglich die als unersetzlich bezeichneten Heeresplichtigen frei gelassen wurden, so mußten sie später doch den ihnen zugewiesenen Platz im Schützengraben oder bei den Geschützen einnehmen.

Trotz aller Schwierigkeiten, die der Elektrotechnik in den Weg gelegt wurden, hat sie es verstanden, sich zu behaupten und nicht nur die Bedürfnisse von Heer und Marine an elektrotechnischen Erzeugnissen zu befriedigen, sondern durch Lieferungen an private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens beizutragen. Unermeßlich sind die Anforderungen, die der Krieg an die elektrische Industrie stellt. Fast unbegrenzt sind die Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität im Kriege. Eine Kriegsführung im heutigen Sinne ohne sie wäre schlechthin undenkbar. Nur unserer hochentwickelten elektrischen Industrie, gepaart mit dem vom patriotischen Feuer durchglühten Gewerbefleiß verdanken wir es, daß wir, von der Einfuhr aus dem Auslande abgeschnitten, unseren Heeresbedarf selbst herstellen, mit einer Schnelligkeit, einer Genauigkeit und Fülle erzeugen konnten, die das Staunen der ganzen Welt und nicht zuletzt der feindlichen erregt.

Es würde zu weit führen und den Rahmen dieses Aufsatzes weit über-

schreiten, wollte ich ausführlich alle Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität im Kriege schildern. Ich müßte dann ein Lehrbuch der angewandten Elektrizität schreiben. Denn im Grunde genommen ist unsere gesamte gewerbliche Tätigkeit, die als Kraftquelle hauptsächlich den elektrischen Strom benutzt, dahin gerichtet, in erster Linie die durch den Krieg geschaffenen Bedürfnisse zu befriedigen. Ich will in kurzen Zügen diejenigen Verwendungsgebiete streifen, in welchen die elektrische Kraftquelle unmittelbar oder mittelbar als Kampfmittel dient und durch keine andere Kraftquelle ersetzt werden kann. Bei unmittelbarer Verwendung des elektrischen Stromes kann noch eine Unterteilung nach zwei Gesichtspunkten stattfinden, je nachdem er als Angriffs- oder Abwehrmittel dient. Ferner kann eine weitere Einteilung in zwei Hauptgruppen, nämlich Starkstrom und Schwachstrom erfolgen.

Als Angriffsmittel hat die Elektrizität einen verhältnismäßig kleinen Verwendungsbereich, wenn man sie mit der Wirkung der Feuerwaffen und sonstiger lediglich auf Sprengwirkung beruhenden Kampfmittel vergleicht. Eine tötliche Wirkung im Angriffskriege läßt sich durch die Elektrizität als solche nicht erzielen. Die im russisch-japanischen Kriege das erstemal in größerem Maßstabe verwendeten elektrischen Drahtverhaue führen bei unmittelbarer Berührung den Tod des Angreifenden herbei, dienen also gewissermaßen der offensiven Abwehr, doch hört ihre offensive Wirkung sofort auf, sobald vom Feind erkannt wurde, daß das Berühren der Drähte lebensgefährlich ist und von ihm Mittel zur Unschädlichmachung ergriffen werden. Dann haben sie ihren Wert als Angriffsmittel verloren und dienen nur noch der Abwehr. Hingegen können die Scheinwerfer, wenn auch ohne tötliche Wirkung, mitunter als Angriffsmittel benutzt werden. Es sind wiederholt Fälle bekannt geworden, wo durch die intensive Blendwirkung von Scheinwerfern feindliche Reiterpatrouillen und sogar größere Reitertruppen in die Flucht gejagt und teilweise gefangen genommen werden konnten. Besonders unter den Pferden rief der grelle Lichtschein eine große Verwirrung hervor. Auch feindliche Torpedoboote sollen durch die Blendung der Besatzung in die Flucht gejagt worden sein. Eine größere Bedeutung haben jedoch auch die Scheinwerfer als Abwehrmittel, indem sie das unbemerkte Heranschleichen des Feindes, sei es zu Lande, auf dem Wasser oder in der Luft, verhindern. Das Gebiet der elektrischen Angriffsmittel erweitert sich aber wesentlich, wenn sie nicht als direkt wirkende Waffen angesehen werden, sondern als Kraftquellen, die den Waffen ihre Beweglichkeit in der gewünschten Richtung verleihen und sie im geeigneten Augenblick zur Wirksamkeit bringen. In dieses Gebiet gehören dann auch die Vorrichtungen der Telegraphie, des Fernsprechwesens, der Funkentelegraphie und der Lichtsignale, soweit sie zur Übermittlung wichtiger Angaben über die vom Feinde eingenommenen Stellungen und zur Feuerleitung dienen. Der in nächster Nähe des Feindes am zum Horchen dienenden Mikrophon oder Scherenfernrohr verborgen sitzende Beobachter übermittelt durch den Fernsprecher seine Beobachtungen an die Feuerleitung, welche

die Richtung des Schusses festsetzt und das Kommando zum Feuern oder Einstellen des Feuers gibt. Das Herannahen feindlicher Fahrzeuge, ihre Art, Zahl und Richtung wird dem Geschwader und den Küstenbatterien durch Funkspruch mitgeteilt, die Flugzeugbeobachter senden ihre Nachrichten auf demselben Wege dem Stabe. Bei einiger Wachsamkeit ist man vor Überraschungen und plötzlichen Überfällen sicher, beziehungsweise kann man ihnen die Stirn bieten. Die lediglich der Nachrichtenübermittlung dienenden Apparate dienen daher je nach dem Bedarf teils dem Angriff, teils der Abwehr.

Zu den erstgenannten Kampfmitteln, durch die die Waffen ihre Beweglichkeit erhalten, zählen in erster Linie die Unterseeboote. Für diese ist bis heute die Elektrizität die einzige Kraftquelle für Fahrten unter Wasser. Der zum Antrieb der Schrauben dienende Elektromotor, ein Gleichstrommotor mit doppeltem Kollektorsatz, erhält seinen Strom aus Bleiakkumulatoren. Die zum Lancieren des Torpedos dienende Druckluft wird durch elektrisch angetriebene Kompressoren erzeugt. Die an Bord moderner Unterseeboote befindlichen Pumpen, Ventilatoren und Hebezeuge werden ebenfalls elektrisch angetrieben. Die Summe der elektrischen Leitungen eines Unterseeboots würde für die Stromversorgung einer größeren Stadt ausreichen. Alle anderen auf größeren Fahrzeugen der Kriegs- und Handelsmarine verwendeten elektrischen Hilfseinrichtungen, wie Kompasse, Scheinwerfer, funkentelegraphische Apparate, Umdrehungsfernzeiger, Ruderlagenanzeiger, Kommando- und Signalapparate befinden sich auch an Bord der Unterseeboote.

Zu den besonderen Einrichtungen der Kriegsschiffe gegenüber den Handelsdampfern gehören die elektrischen Aufzüge zur Beförderung der großkalibrigen Geschosse aus dem tieferliegenden Geschoßraum zu den Geschützen, die sogenannten Munitionswinden. Auch das Richten der Geschütze geschieht meistens auf elektrischem Wege.

Die feindliche Marine verwendet im Seekrieg elektrisch betätigte Treibminen. Das sind zum Teil mit Sprengladungen gefüllte Hohlkörper. Im unteren Teil der länglichen Mine befindet sich ein kleiner Elektromotor nebst Akkumulatorenbatterie. Der Motor dient zum Antrieb eines Propellers. Die Wirkungsweise der Mine ist nun folgende: die Mine wird an einer Stelle des Meeres, wo man die Nähe feindlicher Fahrzeuge vermutet, von einem Minenleger auf die Flut gesetzt. Da sie schwerer ist als Wasser, beginnt sie zu sinken. Sobald sie eine gewisse Tiefe erreicht hat, wird durch eine auf einen bestimmten Wasserdruck eingestellte Membrane ein Stromkreis geschlossen, der das Einschalten des Motors bewirkt. Der Propeller gewährt nun der Mine einen Auftrieb bis auf einen vorher festgesetzten Wert, der der Tauchtiefe der feindlichen Fahrzeuge entspricht. Ist die gewünschte Tiefe erreicht, wird der Motor selbsttätig abgestellt, die Mine beginnt zu sinken bis die Membrane wieder in Tätigkeit tritt und das Spiel beginnt von neuem. Die Akkumulatorenbatterie hat eine genügend große Kapazität, um die Mine längere Zeit schwimmfähig zu erhalten. Trifft

sie während dieser Zeit auf keinen festen Widerstand, sei es ein Schiffskörper, eine Felsenklippe oder die Küste, so taucht sie unverrichteter Dinge in die Nacht der Gewässer unter.

Im Minenkriege zu Lande werden die Minen durch tragbare elektrische Minenzünder zur Explosion gebracht. Im Bergbau werden diese Apparate schon seit vielen Jahren mit Erfolg bei Sprengungen verwendet. Zur Herstellung der der Aufnahme der Explosivkörper dienenden Gruben und zum Vortrieb der Stollen im harten Gestein dienen elektrisch angetriebene Bohrmaschinen. Da die Leistung derselben unvergleichlich größer ist, als die der Bohrmeißel und Handbohrmaschinen, ist die wichtige Rolle dieser Vorrichtungen im Minenkriege, wobei es ganz besonders auf ein schnelles Handeln ankommt, ohne weiteres einleuchtend.

Sehr vielseitig ist die Verwendung der Elektrizität im Schützengrabenkriege. Sie trägt viel dazu bei, den Aufenthalt der Soldaten in ihren Unterständen erträglich zu machen. Diese werden elektrisch beleuchtet und belüftet. Elektrisch angetriebene Pumpen dienen zur Beseitigung des eindringenden Regenwassers und durchsickernden Grundwassers. Der Strom für diese Zwecke wird entweder von den in der Nähe befindlichen städtischen und Überlandzentralen oder von kleinen stationären oder fahrbaren Stromerzeugungsanlagen geliefert, welche in der Hauptsache aus einer Lokomobile oder einem Explosionsmotor, einem Stromerzeuger nebst Schaltapparaten bestehen. Aus der gleichen Quelle werden vielfach die bereits erwähnten Drahtverhaue vor den Schützengräben unter Spannung gesetzt. Diese elektrischen Drahtverhaue haben sich als Abwehrmittel ausgezeichnet bewährt. Ihre moralische Wirkung gegen die mitunter aus ungebildeten Völkerschaften zusammengesetzten feindlichen Kolonnen ist besonders groß. Es wurde beobachtet, daß, als die ersten Angreifer bei der Berührung der Drähte tot zusammenbrachen, die Nachfolgenden von panischem Schrecken ergriffen schleunigst das Weite suchten, da sie mit dem Wesen der Elektrizität nicht vertraut, glaubten, der Teufel hätte seine Hand in dem Spiel. Auf die Anlage und Wirkungsweise der elektrischen Drahtverhaue soll hier nicht näher eingegangen werden.

Doch wenn auch die Elektrizität viel dazu beiträgt, den Feind unschädlich zu machen, so besitzt sie andererseits auch zahlreiche Mittel, die geschlagenen Wunden wieder zu heilen. Die von den Sanitätsmannschaften auf den nächtlichen Schlachtfeldern beim Scheine elektrischer Laternen gesammelten Verwundeten werden durch fahrbare Röntgen-Einrichtungen untersucht, um mit Sicherheit den Sitz des in den Körper eingedrungenen Geschosses und Sprengstückes festzustellen; oder, wenn es ihr Zustand erlaubt, nach den weiter im Etappenraum liegenden Lazaretten geschafft, wo umfangreiche Einrichtungen der gesamten Elektromedizin vorhanden sind und viel dazu beitragen, die Leiden der Tapferen zu lindern, ihnen die Gesundheit und die Befähigung zur Ausübung ihres bürgerlichen Berufes wiederzugeben.

Eine wichtige Rolle fiel in diesem Kriege der Elektrochemie zu. Abgeschnitten von der Einfuhr überseeischen Salpeters war man gezwungen, die schon vor

dem Kriege bekannten Methoden für die Gewinnung des wichtigsten Bestandteils des Salpeters aus der Luft auf eine breitere Basis zu stellen. Die der in manchen Gegenden Deutschlands in großen Mengen vorhandenen Braunkohle innewohnende kalorische Energie wird in Großkraftwerken in elektrische und in angrenzenden Fabrikanlagen in eine chemische Energie umgewandelt. Auf diese Weise ist man in der Lage, sowohl die für die Kriegsführung erforderlichen Explosivstoffe herzustellen, als auch der friedlichen Landwirtschaft die benötigten Düngemittel zuzuführen, damit das Korn wachse und eine reichliche Ernte die Aushungerungspläne unserer Feinde vereitle.

Mit diesen Ausführungen ist das weite Gebiet der Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität im Kriege bei weitem nicht erschöpft. An Hand der genannten Beispiele kann man jedoch immerhin die Größe der Aufgabe erkennen, welche die elektrotechnische Industrie zu bewältigen hat. Sie hat die ihr gestellten Aufgaben gelöst, obwohl ihr manche Schwierigkeiten auch dadurch erwachsen sind, daß ein Teil der Arbeitsmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, insbesondere für die Geschoßfabrikation, verwendet werden mußte. Diese Umschaltung der Fabrikation auf Heeresbedarf, die Schnelligkeit und patriotische Hingabe, mit welcher sich die Leiter und ausführenden Organe den neuen Verhältnissen anpaßten, bilden ein Ruhmesblatt der Fabrikorganisation.

Das größte Hemmnis für die freie und unbeschränkte Entfaltung der Herstellung elektrotechnischer Erzeugnisse bildete die bereits eingangs erwähnte Rohstofffrage. Umfassende Vorkehrungen mußten seitens der Regierung getroffen werden, um die Rohstoffe für die Herstellung der für die Kriegsführung notwendigen Erzeugnisse zu sichern. Durch die Beschlagnahme der im Lande befindlichen Vorräte werden für diesen Zweck nun auch genügend Rohstoffe verfügbar und selbst, wenn der Krieg noch jahrelang dauern sollte, werden wir nicht in Verlegenheit kommen. Selbstverständlich sucht die Industrie auch die Bedürfnisse derjenigen Kreise zu befriedigen, die mit der Kriegsführung unmittelbar nichts zu tun haben, erstens, um ihnen aus der Verlegenheit zu helfen, zweitens, um die Grundlage, auf welcher nach dem Kriege der Wiederaufbau der friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung erfolgen soll, nicht ganz zu verlieren.

Diese Leitsätze forderten gebieterisch die weitestgehende Verwendung von Ersatzstoffen. Diese lassen sich in manchen elektrischen Anlagen oder Teilen von Maschinen, Apparaten und Instrumenten ohne Nachteil für die gute Wirkungsweise derselben verwenden. Bei anderen zieht die Verwendung von Ersatzstoffen eine Verschlechterung des Nutzeffektes und eine kürzere Lebensdauer nach sich. Es wäre dennoch verkehrt, wenn man diese Nachteile als genügenden Grund ansehen würde, um den Gebrauch der Ersatzstoffe vollständig zu verwerfen. Es muß vielmehr in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob die durch die geringeren Anschaffungskosten erzielten finanziellen Vorteile, bezogen auf die durchschnittliche Lebensdauer der mit normalen Materialien hergestellten Gegenstände, also die Ersparnisse an Zinsen und Amortisation, nicht doch noch

die höheren Unterhaltungs- und Abschreibungskosten der mit Ersatzstoffen hergestellten Fabrikate überwiegen oder wenigstens ausgleichen. Es könnte dann der Fall eintreten, daß sich die Not als die beste Lehrmeisterin gezeigt hat und die Ersatzmaterialien, die wir heute noch als Notbehelf ansehen, nach dem Kriege selbst bei gesunkenen Rohstoffpreisen einen bleibenden Bestandteil unserer Erzeugnisse bilden werden. Es sei hier an ein Beispiel erinnert. Die praktisch veranlagten Amerikaner stellen die Feuerbüchsen ihrer Lokomotiven im Gegensatze zu uns aus Eisen her, obwohl sie wahrlich genug Kupfer besitzen. Es ist klar, daß die eisernen Feuerbüchsen infolge der häufigen Temperaturschwankungen, die durch das Öffnen der Feuertür bei der Beschickung des Rostes entstehen, schneller verschleißen als kupferne. Und dennoch ist ihre Verwendung wirtschaftlicher, da bei den im Lande zu zahlenden hohen Löhnen sich schließlich die Unterhaltungs- und Reparaturkosten der kupfernen Büchsen höher stellen würden, als der Einbau neuer eiserner Feuerbüchsen, sobald die alten reparaturbedürftig werden.

Von den in der Elektroindustrie am meisten verwendeten Metallen sind Kupfer, Zinn, Antimon, Nickel, Aluminium und Blei und ihre Legierungen infolge der Unterbindung der Einfuhr knapp geworden. Es ist ein dringendes Gebot der Notwendigkeit, mit ihnen haushälterisch umzugehen. Ihre Bezeichnung als Sparmetalle ist daher sehr richtig gewählt. Sie dürfen selbst bei Aufträgen für Heeresbedarf nur dann verbraucht werden, wenn sie durch andere in reichlicheren Mengen vorhandene Metalle nicht ersetzt werden können. Als Ersatzmetalle kommen lediglich Eisen und Zink in Frage. Es sind bereits ausführliche Untersuchungen angestellt und veröffentlicht worden über die Verwendung dieser Ersatzstoffe in den am meisten gebrauchten elektrotechnischen Erzeugnissen. Ein abschließendes Urteil über das Verhalten und die Brauchbarkeit derselben kann noch nicht gefällt werden, da sie noch nicht unter allen in Frage kommenden Betriebsverhältnissen erprobt werden konnten und keine genügenden Erfahrungen über ihr Dauerverhalten vorliegen.

Zink kann als Ersatz für Kupfer nur in denjenigen Fällen verwendet werden, in welchen das Material keinen großen mechanischen Beanspruchungen durch Erschütterungen und Biegungen ausgesetzt ist, da es nur eine geringe mechanische Festigkeit besitzt und im Vergleich zu anderen Metallen sehr spröde ist. Seine elektrische Leitfähigkeit beträgt ca. 16, hat also einen um etwa das 3,5-fache höheren Widerstand als Kupfer. Daraus folgt, daß ein Zinkleiter nur ungefähr mit dem halben Wert desjenigen Stromes belastet werden darf, der für einen Kupferleiter von gleichem Querschnitt noch zulässig ist, falls die Leitungen ohne Rücksicht auf die Verluste bis zur verbandsmäßig festgelegten Erwärmungsgrenze belastet werden können. Ist hingegen die Höhe der Verluste für die Wahl des Querschnittes maßgebend, so muß der Querschnitt des Zinkleiters 3,5-mal so groß sein, wie der des Kupferleiters, den er ersetzen soll. Auch länger währende Erwärmungen wirken ungünstig auf die Haltbarkeit von

Zink ein. Daraus folgt, daß die Verwendung von Zink für von Gleichstrom durchflossene Leitungen weniger bedenklich erscheint als für Leitungen, die Wechselstrom, besonders von hoher Frequenz, zu führen haben, für ruhende, der Erwärmung weniger ausgesetzte Leitungen minder nachteilig, als für bewegte Leitungen, bei denen die Abkühlungsverhältnisse ungünstiger sind. Nach den vorliegenden Berichten geht nämlich das Zink infolge der Erwärmung allmählich in grobkristallinischen Zustand über. Wenn auch die Leitfähigkeit darunter nicht leidet, so sinkt doch die Bruch- und Biegungsfestigkeit. Aus dem Gesagten geht hervor, daß Zink z. B. für Gleichstrom-Sammelschienen innerhalb von Schaltanlagen und Verbindungsleitungen zwischen den Stromerzeugern und den Schaltzellen ohne Nachteil verwendet werden kann, wenn die Räume gut belüftet sind und bei längeren Schienen mit Rücksicht auf den großen Ausdehnungskoeffizienten von Zink Dehnungsstücke vorgesehen werden.

Auch in Bleikabeln kann Zink ohne Nachteil das Kupfer ersetzen, wenn die Verlegung und die Montage der Armaturen sachgemäß ausgeführt, die Kabel nicht umgelegt und keinen Erschütterungen ausgesetzt werden. Die Belastung der Zinkkabel darf die Hälfte des vom V. D. E. für Kupferkabel gleichen Leiterquerschnittes angegebenen Wertes des Höchststromes nicht überschreiten. Wendepolwicklungen und Magnetwicklungen sind in der Regel unter gewissen Vorbehalten durch Zinkwicklungen ersetzbar. Die Erfahrungen, die während einer mehrmonatlichen Beobachtungszeit mit Motoren, welche vollkommen mit Zink- statt Kupferwicklungen hergestellt waren, gesammelt wurden, waren befriedigend.

Bei den Motoren wird mit einer Verringerung der Leistung und einer Herabsetzung des Nutzeffektes zu rechnen sein, da die Erwärmung des Zinks über die Temperaturen, die für die einzelnen Konstruktionsteile in den Normalien des V. D. E. vorgeschrieben sind, nicht gesteigert werden darf und der Konstruktionsraum eine Vergrößerung der Leiterquerschnitte auch meistens nicht zuläßt. Bei Gleichstrommotoren wird der Nutzeffekt je nach Größe 5—20 % geringer sein, die Leistung der Maschinentype wird 80—85 % der normalen betragen. Bei Transformatoren von etwa 50 kVA Leistung wird der Nutzeffekt schätzungsweise auf etwa 95 % sinken, die Leistung 95 % der normalen betragen.

Für Eisen, welches lediglich in Form von Freileitungen als Ersatz für Kupfer und Aluminium in Frage kommt, lassen sich die elektrischen Konstanten nicht generell angeben. Die Leitfähigkeit ist je nach der chemischen Zusammensetzung und dem Härtegrad für die verschiedenen im Handel befindlichen Sorten verschieden und schwankt bei Belastung mit Gleichstrom zwischen 5 und 10 gegen 57 beim Kupfer. Da das Eisen nur verzinnt oder verzinkt Verwendung findet, wird die Vorausbestimmung des Leitungswiderstandes noch weiter erschwert. Sie hängt von der Art und Dicke des Überzuges ab. Infolge der magnetischen Eigenschaften des Eisens hängt der spezifische Widerstand ferner von der Strom-

art, Gleich- und Wechselstrom, und von der Größe des Stromes ab. Aufgabe des Elektrotechnikers wird es sein, die Verwendbarkeit und die den gegebenen Verhältnissen entsprechende Bemessung der Eisenleiter festzusetzen.

Diese Aufgabe beschränkt sich aber nicht nur für diesen einzelnen Fall. Hunderte von Problemen, deren praktische Durchführbarkeit erwiesen wurde, werden wissenschaftlich zu verarbeiten sein. Durch Berechnungen und Versuche, diese beiden Hilfsmittel geistiger Forschungsarbeit, werden die im Kriege gesammelten Erfahrungen vertieft werden. Und wenn der Krieg auch viele, leider nie wieder zu ersetzende Werte zerstört hat, so hat er auch den nie erlahmenden menschlichen Geist zur Lösung neuer Aufgaben, zur Vollbringung neuer, ungeahnter Taten angefeuert. Und dies ist ein bleibender Gewinn.

Zeitung und Hochschule

Von Karl d'Ester

Als kürzlich die Nachricht durch die Presse ging, daß die Universität Münster i. W. mit dem Plane umgehe, Vorlesungen über Zeitungswesen einzurichten und an ihrer rheinischen Schwester, der Universität Bonn, sogar die Errichtung eines eigenen Lehrstuhles für dieses Fach ins Auge gefaßt sei, da hat diese Kunde gewiß bei allen, die es mit unserer Presse gut meinen, freudige Teilnahme erweckt. Denn wenn irgend etwas Anspruch darauf hat, auch auf unseren Universitäten vertreten zu sein, so ist es die Presse, wird doch dort über so viel geringwertigere Dinge gehandelt. Sie lenkt ja zu einem wesentlichen Teil die Geschicke der Völker, wie die Erfahrungen des Weltkrieges fast täglich beweisen. Jede größere Zeitung ist selbst in gewissem Sinne eine kleine Universität, in deren Spalten die verschiedensten Kollegien gelesen werden, und die einen größeren Hörerkreis um sich versammelt sieht, als der Professor selbst im Auditorium maximum. Es ist eigentlich nicht recht verständlich, warum das Kapitel Zeitung und Hochschule bislang in unserer Zeit nur wenig Lichtblicke zeigt. Es kommt auch hier nur darauf an, einen Gedanken, der längst gedacht ist, vernünftig wiederzudenken, denn ein Studium der Literatur vergangener Jahrhunderte, besonders der Universitätsschriften, zeigt, daß es früher nicht an Versuchen gefehlt hat, das flüchtige, oft etwas verwahrloste Kind Journalismus in die akademischen Hörsäle zu bannen, aber leider sind diese Bestrebungen meist ohne nachhaltenden Erfolg geblieben.

Als im Jahre 1895 die Heidelberger Hochschule Vorlesungen über Zeitungsgeschichte einrichtete, wurde dies als Neuigkeit in die Welt posaunt, und doch hatte schon fast ein Jahrhundert vorher (1806) in Breslau ein Professor Schummel ein Kolleg über Journalismus angekündigt. Es ist aber bezeichnend, daß der „Kölner Beobachter", ein damals angesehenes Blatt in Köln, der diese Nachricht brachte, zugleich sein Erstaunen aussprach, daß man die Zeitungen zum Gegenstand gelehrten Studiums mache. Die Selbstgefälligkeit und Selbstachtung der fünften Großmacht war damals noch recht wenig entwickelt. Der Beobachter drückte damit nur aus, was allgemeine Ansicht war; die Zeitungsschreiber galten besonders der Zunft der Gelehrten nicht als vollberechtigt, sie wurden vom Volke oft dem frivolen Lügner gleichgeachtet, wie es das Sprichwort ausdrückt: „Er lügt, wie ein Zeitungsschreiber." Gelogen haben die Zeitungen früher sehr viel mit und ohne obrigkeitlicher Erlaubnis, und daß sie es heute noch können, zeigt die Presse unserer Gegner Tag für Tag zur Genüge. Von der derzeitigen Königin von Norwegen wird berichtet, daß sie sich eine Mappe angelegt habe, in die sie alle Zeitungsberichte über sich selbst und den König lege, die die Aufschrift trage: „Dinge, die wir nie getan haben."

Wenn also heute, bei den großartigen Fortschritten der Technik und des Nachrichtendienstes noch immer nicht die völlige Zuverlässigkeit erreicht ist, dann darf man jene armen Zeitungsschreiber der guten alten Zeit nicht zu sehr schelten, die bei einer kleinlichen Zensur oft für eine falsche oder mißliebige Nachricht Stockprügel bezogen.

Trotz dieser in vielen Kreisen herrschenden und auch in der Literatur oft zum Ausdruck kommenden Geringachtung der Presse, der freilich als Gegenpol eine maßlose Überschätzung gegenüberstand, gab es schon früh Gelehrte, die die Zeitung einer kritischen, ja akademischen Behandlung für wert erachteten. Bereits im Jahre 1726 rühmte sich Jakob Paul Marperger, Mitglied der Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, kaiserlich gekrönter Dichter und kursächsischer Kommerzienrat, der als einer der ersten Deutschen die politische Ökonomie wissenschaftlich behandelte, daß er „in einem Collegio Novellarum (Novellarum-Zeitungen) in einer in unterschiedlichen Reichs- und Residenzstädten mit großem Nutzen gebrauchten Methode auch die allerungelernteſten in kurzer Zeit durch bloßes Zuhören, ohne vieles Lesen und Studieren zu einer gänzlichen Welt- und Staatsklugheit geführt habe."

Es nimmt uns auch eigentlich gar nicht wunder, daß eine Zeit, die die absonderlichsten Gegenstände einer gelehrten Behandlung für wert erachtete, auch die Presse hier und da einmal unter die Lupe nahm und sie fein säuberlich logisch in Thesen, Corollarien und Paragraphen einzwängte und die magere, trockene Speise mit einer noch magereren gelehrten Brühe übergoß. Man staunt über die Menge von Dissertationen und ähnlicher Abhandlungen, die vor 1800 die Zeitungen behandeln, und deren Gründlichkeit leider meist in umgekehrtem

Verhältnis zu ihrer Zahl steht. Doch beweisen diese Arbeiten, daß schon Beziehungen zwischen Hochschule und Presse bestanden haben müssen, wie wir sie neuerdings erstreben. Wie sich unter den Verfassern dieser Arbeiten auch mancher Name von Ruf findet, so sind es auch bezeichnenderweise nicht etwa literarische Charlatane gewesen, die der Zeitungsforschung Gastrecht in ihrem Hörsaal verliehen. An erster Stelle ist da zu nennen der Göttinger Professor August Ludwig Schlözer, der selbst zu dem bedeutensten Publizisten des achtzehnten Jahrhunderts gezählt werden darf. Durch weite Reisen hatte er sich Einblick in die Verhältnisse des Auslandes verschafft und verwertete schon früh seine Kenntnisse journalistisch. So schrieb er aus Schweden dem „Altonaer Postreuter" Berichte über schwedische Politik. Wie er selbst sich stolz den Schmied des eigenen Glückes nannte, so sah er mit Verachtung auf „die auf der Anciennetätsbrücke fortrutschenden Menschen" herab, und wie er sein Wissen nicht nur durch Bücher, sondern durch die Welt erlangte, so war es sein Bestreben als Dozent in Göttingen, der Jugend mehr zu bieten, als nur Weisheit aus den Herbarien der nüchternen Buchgelehrsamkeit.

Seine Vorlesungen geben Zeugnis von seiner Vielseitigkeit; neben allgemeiner Geschichte findet die Landesgeschichte Mecklenburgs, Göttingens und Hamburgs, sowie das Ausland Beachtung; bedeutende Erfindungen, wie das Pulver, ferner das Brotbacken, der Handel und das Postwesen wurden behandelt. Neben seiner Dozententätigkeit war Schlözer journalistisch stark beschäftigt; seine „Staatsanzeigen" erschienen 1783—1794 und wurden von vielen Staatsmännern, Ministern, ja selbst Herrschern als neues Damoklesschwert so gefürchtet, daß sich mancher durch den bloßen Gedanken: „Das kommt in den Schlözer" von schlechten Handlungen abschrecken ließ. Dieser mit den Forderungen der Praxis wie mit denen einer kritischen Forschung gleich gut vertraute, uns heute so sehr modern anmutende Publizist und Professor, war der rechte Mann, die Zeitung an der Alma mater würdig zu vertreten. Allem Kastengeist abhold, trat er für die Verallgemeinerung des Wissens ein, und sein lebendiger Vortrag, seine aus dem Leben für das Leben gewählten Stoffe erreichten es, daß seine Zuhörerschaft stark anschwoll, ja man drängte sich so zu ihm, daß man glaubte, es sei eine Feuersbrunst in der Nähe. Schlözer verfolgte sogar schon den Plan einer Zeitungssammlnng für sein statistisches Kabinett, dessen Ausführung aber an der Knauserei der Behörde scheiterte.

Liest man heute seinen „Entwurf zu einem Reise Collegio nebst einer Anzeige seines Zeitungskollegii", Göttingen 1777 erschienen, so mischt sich in die Freude darüber, daß ein solcher Mann für die Presse eingetreten ist, das Bedauern, daß man seinen Anregungen so wenig gefolgt ist. Schlözer berichtet, er habe mehrere Jahre hindurch wöchentlich zwei- bis dreimal ein Zeitungskolleg gehalten, und gibt kurz, wie es überhaupt seine Art war alles streng zu gliedern, eine Übersicht seines Vorlesungsplanes. Er will nicht etwa den Hörern das Zeitungslesen ersparen und verwahrt sich besonders gegen die falsche Er-

wartung, daß er ihnen neue Geheimnisse der hohen Politik erschließen oder gar politische Orakelsprüche geben werde. Die von Fischart schon verspottete „neuzeitungsgelebige Menge" erwartete damals häufig von den Journalisten, daß sie die Schlüssel zu den Geheimkabinetten der Minister hätten, und manche spielten sich auch so wichtig in ihren Blättern auf, daß sie den Spott ihrer Zeitgenossen herausforderten, der sich in interessanten Karikaturen auf die Zeitungsschreiber Luft machte.

Was Schlözer mit seinem Zeitungskolleg beabsichtigte, war nichts mehr und nichts weniger, als seine Hörer die Kunst, Zeitungen zu lesen, zu lehren, die ebenso wie andere Künste erlernt werden mußte, besonders damals, wo die Zeitungen ihre Leser meist mit einem Wust von Nachrichten überschütteten, die ganz ohne Rücksicht auf Glaubwürdigkeit und Zusammenhang, auf Wichtigkeit oder Zeitfolge, meist mit Schere und Kleister zusammengestoppelt waren, sodaß Schlözer als kritischer, gewissenhafter Historiker in ihnen nichts anderes sehen konnte, als der Zeitungsschreiber selbst, nämlich „eine Sammlung von Nachrichten und Gerüchten, so wie er sie den nächsten Posttag vorher aus allerlei Gegenden, von allerlei Leuten, die er nicht einmal nennen darf, erhalten hat, für deren Richtigkeit er nichts weniger als Garantie leistet, sondern deren Wahrheit oder Wahrscheinlichkeit zu bestimmen er der Urteilskraft der Leser lediglich anheimstellt."

Die Schäden, die die Zeitungslektüre anrichtet, hat schon Schlözer damals erkannt und sie will er heilen. Der Leser muß das richtige Verhältnis zu seiner Zeitung gewinnen. Er soll nicht blind zeitungsgläubig sein, er soll ferner sich nicht allein für den Tratsch und Klatsch interessieren, als damals waren: der Katarrh einer alten Prinzessin, die Geburt eines jungen Grafen, und darüber vielleicht wichtige Erwägungen einer neuen Finanzordnung übersehen, „durch die in weniger als einem Menschenalter Land und Leute umgeschaffen wird."

Als Historiker geht Schlözer von der Geschichte der Zeitungen aus und beschreibt dann umständlich die Art, „wie jetzt noch Zeitungen zur Welt kommen." Sodann folgt eine Kritik der Quellen, aus der die Blätter meist schöpfen, und eine Analyse einzelner Zeitungsartikel.

Schlözer trat damals sehr kräftig für die Errichtung einer eigenen Professur, für einen Cursus politicus ein, in dem dann auch die Zeitungsforschung untergebracht werden konnte. Der große Haufe erwarte doch von dem Gelehrten, „daß diese über Zeitungen besser urteilen können als er selbst, wie beschimpfend aber für den Stand, wenn er davon nichts mehr weiß, als eine Magd!" Schlözer meint, man möchte fast an dem Grundtriebe der menschlichen Natur, der Wißbegier, zweifeln, wenn man sehe, daß viele Studierte alle Wochen zweimal die letzte Kolumne im Altonaer Postreuter (vom Geldkurs) ansehen und doch ausstehen können, daß sie nie einen Gedanken dabei denken.

Schlözer war ein Freund der heute ja auch beliebten Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten, und sein Zeitungskolleg sollte in diesem Rahmen

gehalten werden. Schlözer trifft hier also mit modernen Bestrebungen zusammen; schon vor Jahren hat die Leipziger Studentenschaft in einer Eingabe um Einrichtung einer Vorlesung über Journalismus gebeten, und es ist sehr zu bedauern, daß unsere Unterrichtsverwaltung, im Gegensatz zur Schweiz und Frankreich, noch wenig getan hat, um einen Gedanken zur Verwirklichung zu bringen, den ein weitblickender Gelehrter wie Schlözer für das im Vergleich mit der heutigen Weltmacht der Presse doch dürftig zu nennende Zeitungswesen seiner Zeit vor mehr als hundert Jahren in so überzeugender Weise theoretisch begründet und praktisch mit Erfolg ausgeführt hat. Auf denselben Pfaden wie Schlözer wandelte zehn Jahre später sein Amtsgenosse an der Göttinger Universität, der Professor der Geschichte und Statistik Friedrich Gottlieb Cranzer, der auch ein Kolleg über Zeitungswesen ankündigte.

Als Rest eines Zeitungskollegs kann man wohl auch die Abhandlung des Professors an der Universität Halle, Johann Peter Ludwig, betrachten, die er 1700 unter dem Titel „Vom Gebrauch und Mißbrauch der Zeitungen. Bey Eröffnung Eines Collegii geführet. Anno 1700" in seinen gesammelten Schriften drucken ließ.

Ludwig hatte die Gewohnheit: „unter anderen Collegien ein perpetuum über die Gazetten zu halten." Es wurden daran Diskurse angeknüpft und zur Einführung seiner Schüler in dem Stoff gab er die genannte Einleitung heraus, die viele interessante Einzelheiten aus der Preßgeschichte enthält.

Auch in den literarischen Kollegien wurde die Zeitungsgeschichte berücksichtigt. So berichtet Götten in seiner „Anderen Continuation der Gründlichen Nachrichten von denen Journalen, Ephemeridibus u. s. w., die von Anno 1720—1724 ans Licht kommen", daß „ein berühmter Professor und Polyhistor an einer ebenfalls berühmten Universität in seinem Kolleg über Historia literaria auch über die Journalliteratur gehandelt habe."

Selbst den Doktorhut konnte man sich schon sehr früh mit einer wissenschaftlichen Abhandlung über Zeitungswesen erwerben. Es lassen sich zahlreiche derartige Arbeiten nachweisen. So handelte schon 1690 Tobias Peuzer aus Görlitz in 29 Leitsätzen über Zeitungen in einer Leipziger Dissertation; fünf Jahre später folgte ihm der Theologe Hofmann an derselben Hochschule mit der Abhandlung: „De novellis carumque cum fructu legendarum requisitis potioribus." Aber diesen und ähnlichen Arbeiten fehlten meist positive Angaben, sie sind in einem moralisierenden, bombastischen, mit gelehrten Flicken und Zitaten aus der Heiligen Schrift und den Klassikern gespickten Kanzelton gehalten. Durch sachlichen Inhalt ragt eine Upsalaer Dissertation des Schweden Sepelius hervor aus dem Jahre 1752, in der ein beachtenswerter Überblick über die Presse Schwedens und anderer Länder gegeben wird.

Von den neueren Versuchen, dem Zeitungswesen akademisches Bürgerrecht zu verleihen, verdient vor allem das Vorgehen der Schweiz Beachtung und Nachahmung. In Bern hat man sogar einen vollständigen Studienplan für

Redakteure ausgearbeitet, der im ersten Semester Rechtsencyklopädie, allgemeines Staatsrecht, eidgenössisches Bundesstaatsrecht, Geschichte der Philosophie, theoretische Nationalökonomie, allgemeine Geschichte, Geschichte der deutschen sowie der französischen Sprache und Literatur, im zweiten Semester Rechtsphilosophie, schweizerische Rechtsgeschichte, eidgenössisches Bundesstaatsrecht, praktische Nationalökonomie, Wirtschaftspolitik, allgemeine und Schweizer Geschichte, Geschichte der deutschen Literatur und endlich Geographie aufweist. Als erhebliche Lücke in diesem Plane muß man es empfinden, daß die Zeitungsgeschichte fehlt; die bei der Fülle des Stoffes knapp bemessene Zeit nötigte wohl dazu, sie beiseite zu lassen.

Auch in Deutschland hat sich in letzter Zeit auf den Universitäten ein reges Interesse für die Zeitung, ihr Wesen und ihr Werden, gezeigt. An vielen deutschen Hochschulen finden hier und da Vorlesungen über journalistische Fragen aus Theorie und Praxis statt. Zahlreiche gründliche akademische Abhandlungen, Dissertationen, Preisschriften usw. behandeln die verschiedenen Gebiete des Journalismus unseres deutschen Vaterlandes und bilden wertvolle Vorarbeiten für eine kritisch großzügig angelegte Geschichte der deutschen Presse, die uns noch fehlt. Leider hat sich aber dieser Zweig der Forschung noch nicht derselben Gunst der Behörden zu erfreuen, wie in anderen Ländern. In Frankreich zum Beispiel ist ein großes Werk über die französische Presse mit staatlicher, finanzieller Unterstützung erschienen. Auch hat die Presse des Auslandes in Deutschland noch nicht die Beachtung gefunden, die sie bei ihrer tiefer in das Volksleben eingreifenden und das politische Denken bestimmenden Macht verdient hätte. Diese Vernachlässigung hat sich aber im Weltkrieg bitter gerächt; manche Enttäuschung wäre uns erspart geblieben, hätten wir mehr auf die Stimmen im Pressewald anderer Länder geachtet, statt uns in unseren Zeitungen in inneren Angelegenheiten zu befehden.

Das Beispiel des Heidelberger journalistischen Seminars, das auf einer Studienreise die größten englischen Zeitungsunternehmen besichtigte, steht leider ganz vereinzelt da.

Die Forderung, daß auch die Presse an unseren Hochschulen die gebührende Beachtung finde, entspringt nicht etwa ehrgeizigem Streben der Journalisten, sie ist einfach durch die Zeitverhältnisse bedingt. In doppelter Weise kann eine engere Verbindung unserer beiden großen Erziehungsmittel zum Segen werden — und Erziehungsmittel zu werden, muß beider Bestreben sein. Der Zeitungsschreiber muß etwas vom Universitätsdozenten, von der Gründlichkeit, der kritischen Sichtung, der Objektivität deutscher Wissenschaft annehmen, aber auch der Dozent kann häufig vom Journalisten lernen, seine Wissenschaft im Sinne Schlözers nicht nur zunftgemäß darzubieten und zu verwerten. Beide Stände müssen von ihrer Eigentümlichkeit, die durch die Entwicklung bedingt ist, etwas opfern. Der Professor muß aus der Abgeschlossenheit des Hörsaals mehr auf das Forum des öffentlichen Lebens gehen, und der Journalist wird auf die

früher oft nicht immer dem Stande zum Nutzen gereichende Selbstherrlichkeit und Ungebundenheit ein wenig verzichten müssen.

Der Leiter eines großen Blattes erfüllt eine wichtige Kulturmission und bedarf zu ihrer gedeihlichen Lösung vor allem einer großen Befähigung zur Synthese. Muß er doch aus allen Kulturgebieten das Wesentliche erfassen und den Lesern mit Hilfe seiner Mitarbeiter nahe bringen. Es soll damit nicht etwa gesagt werden, daß jeder Redakteur ein Polyhistor werden müsse; hat man doch dem Journalisten nicht ganz mit Unrecht vorgeworfen, daß er von allem etwas, nichts aber recht verstehe. Die Universität soll ihm vielmehr nur die methodische Schulung auf Grund eingehender Studien vermitteln. Ob man das Studium durch eine besondere Prüfung abschließen lassen soll, bleibt eine offene Frage. Unser Vaterland ist einmal das „klassische Land der offiziellen Abstempelung alles Wissens durch die Examensnote", und die Menschen zerfallen geradezu in zwei Klassen, solche die geprüft werden und solche, die sich prüfen lassen. Es würde damit allerdings der freie Wettbewerb aller Kräfte etwas eingeschränkt, aber die Achtung vor dem Stande würde zweifellos wachsen, wenn die Öffentlichkeit wüßte, daß jemand ebensowenig ohne ein Mindestmaß nachgewiesener Kenntnisse eine Zeitung leiten, als einen Menschen das Bein amputieren darf. Sie würde sich dann wohl auch wieder daran erinnern, was sie der Presse verdankt, und auch die Stellung des Redakteurs zu seinem Verleger, die oft dem geistigen Schaffen eines Mannes unangenehme Fesseln anlegt, würde gebessert. Urteile, wie sie früher häufig nicht ganz mit Unrecht über den Journalisten gefällt wurden, verlören dann ihre Berechtigung.

In einer zweiten Hinsicht kann die engere Verbindung von Presse und Hochschule zum Segen werden: sie schafft dem Schriftleiter einen ihn besser behandelnden Leserkreis, denn hat die große Menge erst etwas Einblick in das schwierige Arbeitsgebiet einer modernen Zeitung gewonnen, so wird sie nicht nur dem Leiter des Blattes die gebührende Rücksicht zubilligen, sondern auch von größerer Achtung vor den Leuten beseelt sein, die in selbstloser Hingabe oft um kärglichen Lohn und in unfreier Stellung arbeiten müssen. „Rien n'est moins connu de ceux qui lisent les journaux — ni même de ceux qui les font — que l'histoire du journalisme" schrieb der Pariser „Figaro" vor einigen Jahren, und dasselbe gilt für Deutschland in erhöhtem Maße.

Der Weltkrieg wird uns manches Neue bringen; es steht zu hoffen, daß auch der Kenntnis des Zeitungswesens mehr Beachtung geschenkt werden wird. In den höheren Schulen Preußens ist durch die Neuregelung des Geschichtsunterrichtes mehr Raum geschaffen zur Behandlung der Neuzeit und ihrer Bedürfnisse, möge ein bescheidenes Plätzchen auch für den Journalismus abfallen. Das ist aber nur möglich, wenn die Erzieher der Jugend selbst auf der Hochschule Gelegenheit haben, sich mit den wichtigsten Fragen des so gewaltig entwickelten Pressewesens vertraut zu machen. Dazu genügt aber nicht, daß ein Nationalökonom oder Literarhistoriker sich in einem Publikum des bislang als Zwitter-

geschöpf auf der Hochschule mühsam aufgepäppelten Journalismus annimmt, es muß ein eigener Professor da sein, der die ganze Entwicklung der modernen Zeitung im In- und Auslande fortgesetzt zu überschauen imstande ist. Dann erst wird es wahr werden, was schon Schlözer in klarer Erkenntnis der gegenseitigen Ergänzung von Presse und Hochschule schrieb: „Wir rücken wie in unserer Literatur überhaupt, also auch auf unseren deutschen Universitäten den glücklichen Zeiten immer näher, wo hochgelahrt und gemeinnützig reine Synonymen sein werden."

Musik

Nun hab ich die Welt um mich
Verloren.
In meinen Ohren
Klingt noch leise der Bogenstrich.
Ich hatte dich lieb
. . . so lieb,
Daß ich Jahre und Jahre gelaufen wär,
Und meine Füße wären doch niemals schwer
Geworden.
Für dich,
Und nur für dich
Dies alles. Und nun? — — —
Meine Augen, sie sind so müde, sie ruhn
In gelben Chrysanthemen, — —
Ein Hauch, ein Schemen, . . .
Liebst du mich noch? ? — —
Ich habe die Welt um mich verloren.
In meinen Ohren
Singt noch leise das Lied.

Fritz Köpp

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Alte Literatur

Gestalten aus Alt-Rom. Unser gewaltiger Krieg hat uns zwar vor allem mit Bewunderung der Massenleistung erfüllt, indem er — nach einem Ausdruck Delbrücks — zeigt, wie bewegte Masse organisierte Masse, Organismus, Kraft und Leben, menschliche Leistung ist. Aber das Interesse an Einzelerleben und Einzelpersönlichkeit, „eine unbestreitbare Vorliebe für die geschichtliche Biographie", ist doch gerade unserer Zeit eigentümlich. Man denke an die Verehrung für Männer wie Hindenburg; man denke auch an die Ehrentafeln in den Berichten der Obersten Heeresleitung: trotz der Größe der Leistung der Masse ragen doch immer wieder Köpfe aus ihr empor; aus der Flut der täglichen Geschehnisse tauchen stets deutlicher und greifbarer Gestalten, die zu erfassen die Zeitgenossen bemüht sind. So können sich aus dem Nebel der Antike, Gesichter und Köpfe zu faßbarem Erkennen verdichten, und dazu behilflich zu sein, erscheint dem Philologen wie dem Historiker wertvolle Pflicht.

Zum letzten Male übte diese Pflicht vor seinem Dahinscheiden, das im Juli dieses Jahres erfolgte, ein Meister der römischen Literatur, Carl Bardt. (Römische Charakterköpfe, Teubner, Leipzig und Berlin, 1918.)

Die Einleitung seiner „Charakterköpfe in Briefen, vornehmlich aus Caesarischer und Trajanischer Zeit" bilden (in Übersetzung wie alle folgenden) zwei Brieffragmente Cornelias, der Mutter der Gracchen; mit glücklichem Scharfsinn versucht Bardt in der Einführung zu ihnen die sehr dürftige Kunde über jene seltene Frau zu erweitern, „abgebrochene Linien fortzusetzen, zerrissene Zusammenhänge wiederherzustellen, aus den Trümmern der Überlieferung die Umrisse des Baues zu rekonstruieren." Die beiden eigentlichen Sammlungen umfassen aus Caesarischer Zeit 85, aus Trajanischer 65 Briefe, in jener Form der deutschen Übertragung, die Bardts elegante und doch unaufdringliche, geräuschlose und doch zwingende Art kennzeichnet; chronologische Übersichten über die einzelnen Abschnitte gehen den Briefen voran, ebenso Orientierungen, in denen der Autor die einzelnen Persönlichkeiten zu erfassen und in den richtigen Zusammenhang zu rücken, in seiner einzigen Art sich mit vollem Erfolge bemüht.

Wer antike Briefe lesen und dadurch antike und doch zum Teil so modern anmutende Menschen aus Perioden, die besonderes Interesse erwecken, kennen lernen will und die Schwierigkeit, sie im Original zu lesen, zu überwinden sich scheut, der findet den besten Führer in jene Zeiten, zu jenen Menschen und den trefflichsten Dolmetscher der Gefühle eben dieser Männer in Bardt.

Neben Carl Bardt tritt Theodor Birt. (Römische Charakterköpfe, Quelle u. Meyer, Leipzig 1918.)

Ein beachtenswertes Zusammentreffen, daß zwei so verschiedene Naturen dazu kamen, ihre Werke, die so verschieden sind, mit gleichem Namen zu nennen: Bardt läßt die Männer selber sprechen, ihren Charakter erweisen, er sammelt gewissermaßen Selbstbildnisse oder Studien solcher, die er in den passenden Rahmen faßt. — Birt erklärt in einer geistreichen „Selbstrechtfertigung" den Titel „Charakterköpfe — ein Weltbild in Biographien" also: „Was er ausdrückt, ist pars pro toto; denn in Wirklichkeit handelt es sich um Vollbilder ... — Aber im Kopf charakterisiert sich doch immer der Mensch vornehmlich ... es kommt darauf an, den Männern, deren Bekanntschaft wir suchen, ins Angesicht zu sehen!"

In der Tat, dieser Aufgabe wird das Buch vollkommen gerecht. Fest und unbeirrt durch anders lautende Meinungen und Deutungen, schaut Birt seinen Helden ins Antlitz und prüft es; viele Linien darin erscheinen ihm

anders zu verlaufen als anderen, neue Beleuchtung gibt er, oft neue Gesamtauffassung.

So schreitet er von Scipio dem Älteren bis Mark Aurel, durch rund 400 Jahre und bleibt auf seinem Gange auch vor Cato, den Gracchen, Sulla, Lukull, Pompejus, Caesar, Antonius, Augustus, Claudius, Titus, Trajan und Hadrian stehen.

Im Ergebnis seiner Betrachtungen weicht Birt nicht selten von seinen Vorgängern ab, vor allem im Hinblick auf Pompejus: die meist geübte Zurücksetzung gegen Caesar, der doch sehr „durch die Umstände getragen" sei, vermag Birt nicht mitzumachen, sondern weist auf die überlegene Ausnutzung der römischen Staatsgewalten durch Pompejus hin, der er „die geniale Planlosigkeit Caesars" entgegensetzt. Wie Pompejus versucht der Verfasser den Kaiser Claudius, den billiger Spott den gelehrten Verkehrten genannt hat, in einigen Punkten gerechter zu beurteilen.

Anregend ist auch die Wertung des Markus Antonius, der als der wahre Fortsetzer der von Caesar geplanten absoluten Militärmonarchie geschildert wird, während Octavian eher den Prinzipien des Pompejus folge.

Ganz hervorragend ist Octavians Charakter gedeutet — ich billige hier Birts Urteil durchaus — „Er hatte (heißt es Seite 192) die Natur zugleich des Bankiers und des Gelehrten, zugleich des Büchermenschen und des Operateurs. Ein guter Bankier wartet die günstige Konjunktur ab, still, kalt und nochmals kalt bis ans Herz hinan .... er war wie ein Mathematiker, der seine Aufgabe still ausrechnet . . ., wie ein Naturforscher, der ein Insekt durch die Lupe studiert, wie ein Anatom, der den Frosch seziert und seine Zuckungen und Herzschläge mißt, endlich wie ein Chirurg, der seinen Schnitt kaltblütig ausführt . . ." Einen geradezu handgreiflichen Beweis der Richtigkeit dieses Urteils bildet das politische Vermächtnis des Augustus, das Monumentum Ancyranum, mit seiner ehernen Ruhe und seiner harten Sachlichkeit!

Bei der Beurteilung der anderen Kaiser galt es für Birt (nach seinen eigenen Worten) „vornehmlich zu zeigen, was die Weltherrscher, die auf Octavian gefolgt sind, aus dem großartigen Verfassungs- und Kulturwerk, das er geschaffen, gemacht haben", und er legt dabei besonderen Wert auf die Deutung der Stellung und Wirkung Senecas: denn dieser Philosoph habe die Reichsverwaltung des Augustus als das Ideal, zu dem man zurück müsse, proklamiert; seine direkten Fortsetzer . . . seien Titus und Trajan gewesen, und das Ende bildeten Hadrian und Mark Aurel.

Das sind Deutungen und Belichtungen, denen Schärfe und Richtigkeit nicht wohl abgestritten werden können, und lassen wir uns dann von Birt vor das Bild des großen Friedrichs führen, der seinen Mark Aurel genau kannte, so sehen wir wieder, wie aus dem Samen der Antike nach Jahrtausenden langsam unsere Gegenwart erwachsen ist, und zwar „vom Trivialsten bis zum Erhabensten: unsere Ernährung in Küche und Keller, unser Straßenwesen, unsere Vergnügungen, unser Recht, unsere Religion und unsere Moral; so auch unser Herrscherideal, wie es Seneca vorgezeichnet und Mark Aurel verwirklicht hat."

Birts Buch ist zugleich ein kräftiges Bekenntnis zu einer individualistischen Geschichtsauffassung; die Geschichte Roms wird ihm seit der Zeit Scipios zur Personengeschichte: „Die großen Menschen waren es, und sie sind es noch heute, die die Geschichte machen", so ruft er, ohne dabei freilich zu verkennen, daß auch jene nur die Produkte der Gesellschaft sind, aus der sie hervorgingen.

Diese individualistische Auffassung vertritt auch Alfred von Domaszewski in seiner großen zweibändigen Kaisergeschichte. (Geschichte der römischen Kaiser, Quelle u. Meyer, Leipzig 1914) und als die ihn bei seinem Werke leitende Absicht gibt er an: „An die Gebildeten dachte ich, als ich in der natürlichen Rede des Deutschen die Gestalten der Kaiser wiederzuerwecken suchte. Durch das Nachdenken langer Jahre erwuchsen diese Kaiser der Römer in dem Gefängnis des Bücherzimmers zu lebendigen Erscheinungen."

War bei Birt jener Standpunkt natürlich, so wünschten wir von Domaszewski, der nicht nur Lebensbeschreibungen geben durfte, anderes eine Schilderung der sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen jener Zeiten und ihrer geistigen Strömungen. Wohl legt er in der Einleitung die Gründe für den Untergang der

römischen Herrschaft im allgemeinen dar, aber diese kurze Zusammenfassung vermag uns kein wirkliches Bild jener Zeit zu schaffen. Was er gibt, sind nur Biographien der einzelnen Kaiser, Beschreibungen, die im zweiten Teile des Werkes mehr und mehr zu hastigen Aufzählungen der Regenten und ihrer Feldzüge, zu Hof- und Kriegsgeschichte werden, und immer mehr hatte ich die Empfindung, daß zum Schluß geeilt werden solle, während gerade für das zweite und dritte Jahrhundert ausführliche Behandlung zu wünschen gewesen wäre. — Das zu leisten, ist keiner besser geeignet als eben Domaszewski. Seine ausgezeichnete Kenntnis der römischen Verwaltung und des römischen Heerwesens, seine Ausnutzung der Inschriften, Münzen, Bilder, Bauten, die sich auch in diesem Werke zeigt, befähigten ihn ebenso dazu wie die Meisterung der Form und der Sprache, die auch hier zu bewundern ist.

Im einzelnen bringt er eine zum Teil neue Beurteilung der Kaiser, wobei seine von Birt durchaus abweichende Beurteilung des Augustus (vergleiche I 175 u. 248) besonderes Interesse verdient, und faßt scharf die Gründe zusammen, die den Untergang des Imperium Romanum herbeiführten; er sieht sie in dem Mangel an nationaler Einheit, in ungesunden wirtschaftlichen Verhältnissen (Anhäufung von Reichtümern, daneben Verarmung), vor allem in dem Verfall der römischen Heeresverfassung — diesen Grund hebt Delbrück als wichtigsten hervor (vergleiche Preußische Jahrbücher 1915 S. 342) — und endlich in der Ausbreitung der orientalischen Religionen mit ihrer unantiken Mahnung, aus dem irdischen Dasein in die übersinnliche Welt zu fliehen.

Es ist bemerkenswert, daß Domaszewski am Ausgange aus jener Welt der „allgemeinen Barbarei" als einzigen versöhnenden Gedanken des Lichtes „das schmerzlich milde Antlitz des Gekreuzigten" leuchten sieht.

Dr. Walther Janell

Sozialwesen

Fritz Berolzheimer: Moral und Gesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts. Verlag von Ernst Reinhardt in München. Preis brosch. 6 M., in feinem Leinband 8 M.

Der Verfasser, der sich durch sein „System der Rechts- und Wirtschaftsphilosophie" bereits einen Namen gemacht hat, zeigt in dem vorliegenden Buche, daß unsere Zeit der Gährung und des Überganges in der Gegenwart wieder die Anfänge einer Rückkehr zum Idealismus aufweist, allerdings nur Anfänge, während Materialismus und Utilitarismus zurzeit noch bei Weitem das Übergewicht haben. Er weist darauf hin, daß der Kultur von heute „die Seele" fehlt, daß uns eine Verinnerlichung der grundlegenden Anschauungen nottut.

In freimütiger, objektiver Kritik würdigt der Verfasser die Zeitverhältnisse. Nach einer kurzen Auseinandersetzung über die Grundbegriffe der Moral und Ethik behandelt Berolzheimer die Entwicklung der Familie, das Verhältnis zwischen Mann, Weib und Kind. Die Krönung der Eheentwicklung sieht er in der prinzipiellen Gleichwertigkeit beider Gatten, ein Ziel, das jedoch heute weder rechtlich noch sozial erreicht ist. Der Verfasser tritt ferner für eine gesetzliche und soziale Erleichterung der Scheidung, die „einer für das Volksganze sehr schädlichen Erscheinung unserer Zeit, . . . der Abkehr von der Ehe" Abbruch tun würde, sowie für Straflosserklärung der Abtreibung ein, da eine solche Strafbestimmung einen Eingriff in die individuelle Freiheit bedeute, was nach neuzeitlicher Anschauung der Rechtfertigung entbehre. Mit diesen Ansichten des Verfassers können wir uns nicht ganz einverstanden erklären; es würde jedoch zu weit führen, wollte man alle die Gegenargumente hier vorbringen, die gegen diese beiden Vorschläge Berolzheimers sprechen.

Im zweiten Teile seines Werkes behandelt Berolzheimer „Recht und Staat in ihren Beziehungen zur Ethik und Gesellschaft". Er erläutert das Wesen des Rechts als „Festsetzung und Befestigung von Herrschaft"; dem Recht entspräche die Formel: „Du kannst", während die Ethik nach ihrem Grundcharakter „Normierung von Geboten und Verboten" mit den Formeln: „Du sollst", „Du darfst nicht" sei.

Für die Rechtstheorie und Wirtschaftswissenschaft fordert Berolzheimer mit Recht mehr historische Vertiefung, die beiden Zweigen der Wissenschaft heute noch in mancher Hinsicht mangelt.

Im dritten Buche entwirft der Verfasser ein treffendes, höchst lesens- und vor allem beherzigenswertes Bild von der Gesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts, mit ihren Vorzügen und ihren Schäden. Letztere unterwirft Berolzheimer einer gründlichen Untersuchung und sucht Mittel und Wege, wie diese Schäden, wenn auch nicht beseitigt, so doch gemildert und vermindert werden können. Das plötzliche Entstehen der großen Vermögen in Deutschland im Laufe der letzten Dezennien, das Streben nach einem möglichst guten und bequemen Leben haben wichtige neue Probleme der Soziologie geschaffen; eine neue Einteilung der Gesellschaftsklassen ist entstanden, in der Großkapital und Vermögenslose die beiden Eckpfeiler bilden. Zwischen diesen beiden steht der neue Kleinbürger: die Arbeiterelite und die Bauernschaft.

Am Schluß seiner Arbeit schildert der Verfasser die Auswüchse der Kultur unserer Zeit, die „Zwischenklassen-Menschen" und die „Unter den Klassen".

Das außerordentlich interessant geschriebene Werk kann auf das Wärmste jedermann empfohlen werden. K. J.

Geschichte

Die österreichische Bibliothek. Nr. 1: Grillparzers politisches Testament; Nr. 2: Heldentaten der Deutschmeister; Nr. 3: Heinrich Friedjung, Custoza und Lissa; Nr. 4: Bismarck und Österreich; Nr. 5: Audienzen bei Kaiser Joseph; Nr. 6: 1806, Dokumente aus Österreichs Krieg gegen Napoleon. Leipzig im Inselverlage. In Pappe geb. je 60 Pf.

„Österreichische Bibliotheken" sind schon häufiger gegründet worden, aber stets wie auch die meisten österreichischen Verlagsbuchhandlungen wieder eingegangen. Das neue Unternehmen, das sich äußerlich, nur im schwarzgelben Gewande, an die billige „Inselbücherei" anschließt, verspricht indessen eine längere Lebensdauer und breitere Wirkung. Ein wertvolles Programm liegt ihm zugrunde: Österreichs schicksalsreiche, bunte Geschichte und weite, geistige Vergangenheit sollen in die Erinnerung der Gegenwart zurückgerufen werden; Österreichs heutige Gegenwart soll aus den Zeugnissen der Vergangenheit ihr Werden erkennen und dadurch zu bewußter Übernahme aller Verantwortung für jede Arbeit in der Jetztzeit und in der Zukunft geführt werden; Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Österreichs sollen sich in dieser „österreichischen Bibliothek" miteinander verknüpfen.

Hugo von Hofmannsthal stellte diese Aufgabe und leitet ihre Durchführung mit dem ihm eigenen tiefgründigen Wissen um Österreichs Geschichte und Kultur, Kunst und Literatur. Er räumt das erste Bändchen der Sammlung Grillparzer, dem politischsten Kopf unter den neueren deutschen Dichtern neben Goethe und Kleist, ein und gibt dem politischen Vermächtnis des „Libussa"-Dichters, der Vereinigung aller wichtigen politischen Balladen und Gedichte, Dramenstellen, Prosaausführungen und Aufsätze, eine Studie bei, die zu dem Besten gerechnet werden muß, was über Grillparzer je gesagt worden ist, und die zugleich trefflich in das österreichische Problem einführt. Bismarcks Aussprüche über Österreich, die Franz Zweybrück aus den Jahren 1848 bis 1895 ausgesucht hat, meißeln es noch klarer heraus. Wenig kümmert es Österreichs Helden. Ihren Taten werden schöne literarische Denkmale in Otto Zoffs Dokumentensammlung zu 1809, in Max Mells Auswahl von Schilderungen des Deutschmeisterregiments von 1697 bis 1914 und in Heinrichs Friedjungs unvergleichlichen Darstellungen der Siege von Custoza und Lissa, zwei Abschnitten aus „dem Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland." Wiens Hofleben, Klatsch und Anekdotensucht enthüllen sich farbig und unterhaltend in Felix Brauns Zusammenstellung „Audienzen bei Kaiser Joseph": dies Bändchen bereitet schon auf die trübe Grillparzerzeit vor.

Man sieht, die Bibliothek ist bestrebt, jedem Interesse entgegenzukommen. Wie die Ankündigung der demnächst erscheinenden Bändchen verrät, wird auch die Gegenwart Österreichs, werden noch lebende Dichter und Staatsmänner zu Worte kommen. So scheint hier ein volkstümlich-vorbildlicher Sammelplatz für Österreichs Geist und Kultur geschaffen zu sein. Hanns Martin Elster

Kunst

Albert Dresdner: Die Kunstkritik. Ihre Geschichte und Theorie. Erster Teil: Die Entstehung der Kunstkritik im Zusammenhang der Geschichte des europäischen Kunstlebens. München 1915. Fr. Bruckmann A.-G.

Wer sich in unseren von Ereignissen durchdrängten Tagen noch deutlich an die Zeit vor dem Kriege zu entsinnen vermag, und auch mitten in Kriegswirren das jetzt so eigenartig umwitterte Leben der Kunst nicht ganz aus den Augen verloren hat, der wird sich noch gut jener unsicheren Empfindung erinnern, die ihn ergriff, wenn von der Wirkung der Kunst die Rede war. Es gab große Begabungen, es gab ein öffentliches Kunstinteresse, es gab neu hervordrängende Kräfte und Probleme, aber irgendwie schwebte all dies so eifrig debattierte Kunstleben, statt auf dem Boden unserer realen Existenz zu wachsen, wie eine glänzende Fata Morgana in der Luft, irgendwie glich sie einem fremdartigen, zugeflogenen Vogel, den man anstaunte oder schalt, zu dem man jedoch selten aufrichtig Stellung nehmen mochte. Solcher Zustand mußte über kurz oder lang zu einer Katastrophe führen, und wir mögen uns glücklich schätzen, daß der Ausbruch des Krieges die Krisis beschleunigt hat. Denn nun scheute man sich nicht, die Kunst nach dem Maße zu beurteilen, in dem ihr die Bewältigung der durch die Zeit gestellten Aufgaben, die Befriedigung lebendiger und brennend empfundener Kunstbedürfnisse gelang und es müßte merkwürdig zugehen, wenn nicht auch nach dem Kriege Urteil und Forderung auf der einmal mutig eingeschlagenen Bahn fortschritten. In einem solchen Augenblick aber stellt ein so anregendes und trotz mancher in der hier gebotenen Kürze nicht näher zu berührenden wissenschaftlichen Mängel, im besten Sinne klärendes Buch wie das vorliegende sich als höchst willkommen ein, zeigt es uns doch deutlich die Entstehung jenes von den Künstlern unserer Tage so schwer empfundenen Konfliktes zwischen dem bald als stolzes Vorrecht erfochtenen, bald als leere Virtuosität gescholtenen starken Eigenleben der Kunst und den nicht minder hartnäckig sich geltend machenden Anforderungen des Publikums. Im Mittelalter besteht dieser Konflikt noch nicht, der Künstler ist lediglich Handwerker, der wohl von guter und solider Arbeit, aber noch nichts von der Muse weiß. Erst in der Renaissance entwickelt er sich zum Signore, zum Herren aller Dinge, der sich als Vertreter der neuen Bildung fühlt und seine Ansprüche im Akademismus organisiert. Aber leider fehlt dieser ideellen Erhöhung die wirtschaftliche Grundlage, und so sieht sich der Künstler genötigt, an ein „kunstverständiges" Publikum zu appellieren. Mit diesem Moment wird die Kunstkritik geboren; ihrer Begründung im einzelnen, ihren ersten Existenzkämpfen bis zur Weiterentwickelung durch ihren ersten glänzenden Vertreter, Diderot, ist der vorliegende erste Band gewidmet, ein zweiter soll das neunzehnte Jahrhundert, ein dritter die Theorie der Kunstkritik behandeln. Dr. R. Sch.

Kriegstagebuch

29. Oktober 1915. Russische Stellung bei Komarow erstürmt.

30. Oktober 1915. Französische Schützengräben nordöstl. Neuville genommen. Eroberung der Butte de Tahure: 21 französische Offiziere, 1215 Mann gefangen.

30. Oktober 1915. Grn. Milanovac genommen.

30. Oktober 1915. Französisches U-Boot „Turquoise" in den Dardanellen versenkt.

30. Oktober 1915. Italienische Angriffe an der Tiroler Front blutig abgewiesen.

31. Oktober 1915. Französische Angriffe bei Tahure abgewiesen.

31. Oktober 1915. Abweisung russischer Angriffe bei Dünaburg und östlich Baranowitschi.

31. Oktober 1915. Höhen südlich Grn. Milanovac erstürmt. Kragujevac und der Tribunovo-Berg genommen.

31. Oktober 1915. Oktoberbeute der Verbündeten im Osten: 74 000 Gefangene, 56 Geschütze. 133 Maschinen-Gewehre.

31. Oktober 1915. Schwächere italienische Angriffe an der Isonzofront abgeschlagen.

1. November 1915. Neue Kämpfe an der Strypa; 2000 Gefangene.

1. November 1915. Scheitern eines italienischen Durchbruchversuchs bei Görz.

1. November 1915. Grenzhöhen südöstlich Avtovac genommen. Linie Cacak—Kragujevac — nördlich Jagodina erreicht.

1. November 1915. General Manoury zum Militärgouverneur von Paris ernannt.

3. November 1915. Französischer Graben bei Massiges erstürmt.

3. Novembeu 1915. Abweisung russischer Angriffe bei Dünaburg und westlich Czartorysk.

3. November 1915. Die Bulgaren nähern sich Nisch. — Französische Truppen bei Prilep geschlagen. Jagodina besetzt.

4. November 1915. Französische Angriffe nördlich von Massiges blutig abgewiesen.

4. November 1915. Kämpfe am Styr und nordwestlich Czartorysk.

4. November 1915. Höhen von Arilje erobert. Serben über die Linie Godacica—Santarovac geworfen. 2700 Serben gefangen.

5. November 1915. Erfolgreicher Abschluß der Kämpfe bei Siemikowce. 50 Offiziere und 6000 Russen gefangen.

5. November 1915. Nisch erobert. — Kraljevo genommen, Warwarin besetzt. — Serben bei Lukovo und Soko-Banja geworfen. Etwa 4000 Serben gefangen.

5. November 1915. Ein deutsches Unterseeboot versenkt an der nordafrikanischen Küste den englischen Hilfskreuzer „Tara" (6300 Tonnen). — Am 6. November vernichtet dasselbe Unterseeboot im Hafen von Sollum die beiden englisch-ägyptischen Kanonenboote „Prince Abbas" und „Abdul Menem" durch Geschützfeuer, bringt das Feuer eines bewaffneten englischen Handelsdampfers zum Schweigen und erbeutet dessen Kanone.

6. November 1915. Rücktritt des griechischen Kabinetts Zaimis. — Skuludis neuer griechischer Ministerpräsident.

6. November 1915. Serben von der Gracina-Höhe verdrängt. Bulgaren in die Ebene von Leskowac vorgedrungen.

7. November 1915. Russische Angriffe südlich und südöstlich Riga, vor Jakobstadt und Dünaburg abgeschlagen.

7. November 1915. Ivanjica und Vijewac erreicht. Westliche Morava überschritten. Kruschevac besetzt: über 7000 Serben gefangen, 103 Geschütze erbeutet. — Landung des ersten Zeppelin-Luftschiffes in Sofia.

7. November 1915. Der kleine deutsche Kreuzer „Undine" versenkt.

8. November 1915. Serben südlich Kraljewo und Kruschevac zurückgeworfen. Höhen bei Gjunis erstürmt. — Bulgaren überschreiten südliche Morawa. Tetowo und Leskowac besetzt.

8. November 1915. Serbischer Regierungssitz nach Raschka verlegt. — Amtsenthebung des Leiters der russischen Landwirtschaftsverwaltung Kriwoschein.

9. November 1915. Russischer Durchbruchsversuch bei Budka gescheitert.

9. November 1915. Abweisung italienischer Angriffe an der Podgorastellung.

9. November 1915. Höhe Okolista und Stellungen auf dem Eldovište genommen. — Von der Armee Bojadjeff 3000 Serben gefangen; viele Geschütze erbeutet.

9. November 1915. Italienischer Dampfer „Ancona" versenkt; ebenso vier englische Dampfer.

10. November 1915. Drei russische Angriffe bei Kemmern abgeschlagen. Waldgelände bei Schlock wegen Versumpfung von den Deutschen geräumt. — Russen aus Koszjuchnowka geworfen.

10. November 1915. Montenegriner östlich Trebinje geworfen. — Gegend halbwegs Ugire nach Nowa Waros erreicht. — Höhen Konja Jela und Pogled erstürmt. Südlich der westlichen Morava 4000 Serben gefangen.

11. November 1915. Erster Gebirgskamm südlich der Linie Kraljevo—Trotenik überschritten; Vordringen bis Dupci—Ribare—Ribarska Banja. — Bogutowac im Ibartale erstürmt. Erzwingung des Moravaüberganges durch die Bulgaren.

11. November 1915. Neuerliche italienische Angriffe bei Görz und auf der Hochfläche von Doberdo abgeschlagen; desgl. an der Tiroler und Kärntner Front.

12. November 1915. Auflösung der griechischen Kammer.; Neuwahlen am 19. Dezember. — Neue Bundesratsverordnung für Lebensmittel.

12. November 1915. Paßhöhen von Jastrabac genommen; wichtige Höhen von den Österreichern erstürmt.

13. November 1915. Entlassungsgesuch Winston Churchills. — Auferlegung von 40 Millionen Francs monatlicher Kriegssteuer für Belgien.

13. November 1915. Beschießung von Görz durch die Italiener. — Verona mit Bomben belegt.

13. November 1915. Russische Stellungen bei Podgacic durchbrochen. — Scheitern russischer Angriffe nördlich der Eisenbahn Kowel-Sarny.

14. November 1915. Russen aus dem Styrbogen über den Fluß in ihre ursprünglichen Stellungen zurückgeworfen.

14. November 1915. Verona erneut mit Bomben belegt.

14. November 1915. Montenegriner über den Lim zurückgeworfen. — Prokuplje (westlich Nisch) erreicht.

15. November 1915. Einweihung der polnischen Universität und Technischen Hochschule in Warschau.

15. November 1915. Scheitern französischer Angriffe nordöstlich von Ecurie.

15. November 1915. Starke französische Stellungen in Serbien von den Bulgaren genommen.

15. November 1915. Brescia mit Bomben belegt.

16. November 1915. Starke serbische Gebirgsstellungen nördlich Javor genommen. — Die Bulgaren besetzen Prilep, Gostiwar und Gilani, sie machen 2000 Gefangene und erbeuten 18 Geschütze bei Radiwolac weitere vier Geschütze nebst vielem Material, an der Morawa bei Alekandrowec 18 Geschütze.

17. November 1915. Abweisung eines englischen Handstreichs an der Straße Messines-Armentières.

17. November 1915. Linie Javor — nördlich Raska-Kursumlija-Radan-Oruglica erreicht.

17. November 1915. Beschießung der offenen Stadt Görz durch die Italiener wieder aufgenommen. — Die Forts und militärischen Anlagen von Venedig mit Bomben belegt.

17. November 1915. Das englische Hospitalschiff „Anglia" und der Kohlendampfer „Lusitania" auf Minen gelaufen.

18. November 1915. Flugzeug-Geschwaderangriffe auf das englische Lager westlich von Poperinghe.

18. November 1915. Bei den Verfolgungskämpfen in Serbien werden rund 5000 Mann gefangen. — Die Montenegriner bei Priboj geschlagen.

18. November 1815. Schwerer Angriff der Italiener am Görzer Brückenkopf und im Nordabschnitte der Hochfläche von Doberdo unter schwersten Verlusten für die Angreifer zurückgewiesen.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Nollendorf 6520.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Die politiſchen Beziehungen zwiſchen Chriſtentum und Islam

Von Profeſſor Dr. Conrad Bornhak

Das Mittelalter war beherrſcht von dem Auguſtiniſchen Gedanken der Civitas dei, des Gottesreiches auf Erden, die Chriſtenheit umſpannend, unter der oberſten Herrſchaft des Kaiſertums und des Papſttums und, ſeitdem das Kaiſertum mit dem Untergange der Hohenſtaufen immer tiefer geſunken, des Papſttums allein. Eine Kultur- und Rechtsgemeinſchaft beſtand daher nur unter den chriſtlichen Völkern und Fürſten. Die darüber hinaus liegende Welt des Islams und des Heidentums war rechtlos. Allenfalls ein Waffenſtillſtand war mit ihr möglich, aber kein dauernder Vertrag, dazu fehlte jeder Rechtsboden. Es wurde daher dem durchaus modern geſinnten Hohenſtaufen Kaiſer Friedrich dem Zweiten aufs ſchwerſte verdacht, daß er den ſechſten Kreuzzug von 1228 nicht nur im Kirchenbanne unternahm, ſondern auch die heiligen Stätten 1229 ſtatt durch Eroberung durch Vertrag mit dem Sultan Kamel von Egypten erwarb.

Dieſe mittelalterlichen Ideen haben lange nachgewirkt, auch nachdem ihr Ausgangspunkt unhaltbar geworden war. Als mit der Reformation ſich die proteſtantiſchen Völker von der Herrſchaft des Papſttums losriſſen, war zwar das letzte äußere Band unter ihnen zerriſſen. Aber die chriſtlich-europäiſche Kulturgemeinſchaft war bereits ſo feſt gewurzelt, daß ſie das Bedürfnis der fortdauernden Verbindung auch in einer Rechtsgemeinſchaft fühlte. So erwuchs aus der Reformation das chriſtlich-europäiſche Völkerrecht. Es umſchlang naturgemäß nur die chriſtlichen Völker Europas. Darin, daß alles, was darüber hinaus lag, nunmehr völkerrechtlich rechtlos war, pflanzte ſich die mittelalterliche Idee fort.

Unter diesen Umständen war jede politische oder völkerrechtliche Beziehung mit einem Staate des Islam, als dessen Hauptvertreter seit Beginn der Neuzeit die in Europa erobernd vordringenden Türken zu betrachten waren, ausgeschlossen. Der Türke galt als der gemeinsame Feind der gesamten Christenheit. Für seine Vernichtung zu beten, ihn nach Kräften zu bekämpfen war einfach gemeine Christenpflicht ohne Unterschied des Bekenntnisses.

Andererseits wurde bei der Vielgestaltigkeit und dem inneren Zusammenhange der europäischen Länder jede in Europa bestehende Macht in die politischen Beziehungen der europäischen Staaten hineingezogen, mochte man sich aus überlieferten religiös-politischen Grundsätzen an sich auch noch so ablehnend gegen sie verhalten.

Das zeigte sich auch bei den Türken, sobald sie als europäische Macht in Europa festen Fuß gefaßt hatten. Der allerchristlichste König Franz der Erste von Frankreich war der erste, der in seiner Not kein Bedenken trug, sich mit ihnen gegen seinen mächtigen Feind Kaiser Karl den Fünften zu verbinden. Noch aus seinem Gefängnisse in Madrid war er zu Sultan Soliman in Beziehungen getreten, um später mit ihm ein förmliches Bündnis zu schließen. Allerdings mußte er dabei anderen gegenüber noch ein gewisses Schamgefühl zeigen, wie er dem venetianischen Gesandten erklärte: „Ich kann nicht leugnen, ich wünsche, daß die Türken mächtig in See erscheinen; nicht als ob ich an ihren Vorteilen Gefallen fände, denn sie sind Ungläubige und wir sind Christen; aber sie geben dem Kaiser zu schaffen und bewirken dadurch eine größere Sicherheit anderer Potentaten."

Seitdem war bis zum spanischen Erbfolgekriege die europäische Politik durch den Gegensatz Frankreichs gegen das Haus Habsburg in seinen beiden Linien, die spanische und die österreichische, bestimmt. Andererseits drangen die noch jugendkräftigen Türken überall an den Küsten des Mittelmeeres, in den alten verfallenden islamitischen Staaten Afrikas und von der Balkanhalbinsel in Ungarn erobernd vor. Sie mußten dabei auf den Widerstand der beiden Habsburger Mächte, von denen die österreichische sich auf das heilige römische Reich deutscher Nation stützte, stoßen. Beider Feind waren aber auch die Franzosen. So bahnte sich über die einst von König Franz dem Ersten angeknüpfte Verbindung hinaus zwischen Franzosen und Türken die engste Interessengemeinschaft an. Sollte diese sich nicht auch in Rechtsformen umsetzen können?

Ludwig der Vierzehnte hat zwar äußerlich vermieden, mit den Türken förmliche Bündnisse zu schließen wie einst sein Vorgänger Franz der Erste ja wohl einmal sein christliches Gemeingefühl dadurch bekundet, daß er dem Kaiser nach Ungarn eine kleine Hilfstruppe schickte. Aber die politische Interessengemeinschaft setzte sich eben auch ohne förmliches Bündnis durch.

Aus dieser politischen Stellung zogen aber die Franzosen auch die bedeutendsten wirtschaftlichen Vorteile im osmanischen Reiche. Schon 1535 war die erste der sogenannten Kapitulationen zwischen Frankreich und der Türkei geschlossen, wodurch die Sonderstellung der Franzosen in der Türkei bestimmt

wurde — vorbildlich für alle späteren Verträge dieser Art. Die Franzosen erfreuten sich überhaupt der hervorragendsten wirtschaftlichen Stellung im osmanischen Reiche, ihre Sprache war die der Europäer schlechthin.

Die Eroberungskraft der Osmanen ist in Ungarn am deutschen Widerstande erlahmt. So wurde Leopold der Erste in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der eigentliche Schöpfer der Donaumonarchie wesentlich in ihrem heutigen Umfange. Seit dieser Abwehr war Österreich der Türkei gegenüber befriedigt. Wohl hat es sich auch später noch vereinzelt, so unter Josef dem Zweiten im Bunde mit Katharina der Zweiten, an Angriffen auf die Türkei beteiligt. Aber im wesentlichen hatten sich beide Mächte wechselseitig auseinandergesetzt. Seit der Metternichschen Zeit erschien die Erhaltung der Türkei in ihrem bestehenden Umfange geradezu als ein österreichisches Interesse. Und nur die Furcht, daß bei dem türkischen Zusammenbruche Bosnien und die Herzegowina an feindliche Slavenstaaten fallen könnten, vermochte Österreich zu bestimmen, diese wichtigen Zwischenländer 1878 zu besetzen und später sich einzuverleiben.

Dagegen war der verfallenden türkischen Macht seit Anfang des 18. Jahrhunderts ein anderer Gegner erwachsen, der bald zum Erbfeinde wurde, Rußland. Dieses strebte seit Peter dem Großen zunächst zum Schwarzen Meere, dessen Südküste bisher unter türkischer Herrschaft gestanden hatte, und, auf Grund des sagenhaften Testaments des großen Zaren, nach den Meerengen und dem goldenen Byzanz. Namentlich Katharina die Zweite hat der Türkei die schwersten Schläge versetzt. Das geeignete Mittel der russischen Politik erschien dabei die Aufwiegelung der glaubens- und zum Teil stammverwandten Balkanvölker, die wesentlich durch russische Hilfe zur halben und dann zur ganzen Unabhängigkeit von der Türkei emporstiegen. Doch sie sollten nur die Vorposten bilden bei dem russischen Vormarsche nach Konstantinopel. Daß die befreiten Schützlinge jemals wider den Stachel löcken und sich gegen ihre Beschützer wenden könnten, lag völlig außerhalb der russischen Berechnung.

Mit dem neuen Erbfeinde hatte aber die Türkei durch natürliche Interessengemeinschaft auch einen neuen Freund und Beschützer gefunden — England. Mit dem russischen Vorrücken in Mittelasien mußte England immer mehr für sein indisches Kolonialreich fürchten. Als größte islamitische Macht war es auf gutes Einvernehmen mit dem Sultan als Kalifen angewiesen. Und je mehr England zum Schutze seiner Verbindung mit Indien die Herrschaft über das Mittelmeer erstrebte, um so weniger konnte es dulden, daß Rußland die Türkei übermäßig schwächte und sich selbst zum Herren der Meerengen und Konstantinopels machte.

So waren Frankreich und England im 19. Jahrhundert die natürlichen Verbündeten der Türkei. Denn natürlich ist auch ohne vertragsmäßige Grundlage jedes politische Verhältnis, das sich auf gemeinsame Interessen stützt. Im Hintergrunde standen beiden Staaten die Sympathien Österreichs zur Seite, das eine Umklammerung durch Rußland auf der Balkaninsel nimmermehr

dulden konnte. Nur die fünfte der Großmächte, Preußen, hatte auf dem Balkan und in der Türkei nicht die geringsten Interessen.

Diese Gruppierung der Mächte kam zum kriegerischen Ausbruche im Krimkriege von 1854—1856, als Kaiser Nikolaus der Erste von Rußland gelegentlich des Streites um die heiligen Stätten die Türkei in roheste Weise zu vergewaltigen versuchte. England und Frankreich, denen später noch der kleine Gernegroß Sardinien unter Viktor Emanuel der Zweite hinzutrat, verbündeten sich mit der Türkei zur Zurückweisung der russischen Ansprüche. Rußland wurde zwar nur auf dem räumlich begrenzten Gebiete der Halbinsel Krim, aber doch so entscheidend besiegt, daß es die Friedensbedingungen der Verbündeten annehmen mußte und Jahrzehnte lang an keinen neuen Krieg denken konnte. Österreich hatte sich zwar nicht am Kriege beteiligt, aber eine Neutralität beobachtet, die für die Verbündeten mehr als wohlwollend war.

Der Abschluß des Krimkrieges, in dem die Türkei als gleichberechtigter Verbündeter mit europäischen Mächten aufgetreten war, konnte aber auch nicht ohne völkerrechtliche Wirkungen bleiben.

Als völlig außerhalb des Völkerrechts stehend, hatte man die Türkei schon bisher nicht mehr betrachten können. Die verschiedenen Kriege Österreichs und Rußlands waren durch eine Reihe von Friedensverträgen beendet worden, deren bindende Kraft man doch auch dem Ungläubigen gegenüber annahm. Auch schickten die europäischen Mächte zur Vertretung ihrer Interessen Gesandte nach dem goldenen Horne. Aber als Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft wurde die Türkei doch nicht betrachtet. Die Gesandtschaften der europäischen Mächte erwiderte sie nicht, sondern betrachtete sie als Huldigungs-Gesandtschaften an den Sultan als den Herrn der Erde. Wenn eine dieser Mächte mit der Türkei in Kriegszustand trat, so war das die Auflehnung eines Vasallen. Der Gesandte mußte dafür büßen und wanderte während des Krieges in das Gefängnis der sieben Türme.

Das sollte nun anders werden. Der Pariser Frieden vom 30. März 1856 Artikel 7 erklärte die Hohe Pforte teilhaftig der Vorteile des europäischen öffentlichen Rechts und des europäischen Konzerts. Damit war zum ersten Male ein nicht christlicher Staat förmlich und feierlich als gleichberechtigtes Mitglied in die europäische Völkerrechtsgemeinschaft aufgenommen. England und Frankreich waren es, die als Verbündete der Türkei die völkerrechtlichen Folgerungen zogen und Rußland diese Friedensbedingung auferlegten.

Die übrigen Beziehungen der christlichen Staaten zu den islamischen hatten sich Jahrhunderte hindurch auf die nordafrikanischen, zu der Pforte in einem lockeren Abhängigkeitsverhältnisse stehenden Barbaresken beschränkt, die seit jeher gegenüber den Christen einen staatlich organisierten Seeraub trieben. Hier bestand beiderseits die Rechtlosigkeit des Mittelalters fort. Nur einige Staaten hatten sich durch Tributzahlungen vom Seeraube losgekauft. Erst mit der Eroberung Algiers durch die Franzosen im Jahre 1830 war die Macht der

Barbaresken gebrochen. Auch die anderen nordafrikanischen Gemeinwesen mußten den Seeraub aufgeben. Tunis und Tripolis kamen in stärkere Abhängigkeit von der Türkei. Das entlegene Marokko schien zunächst halb vergessen, wenn auch die europäischen Mächte mit ihm in diplomatischen Verkehr traten.

Als seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die hinterasiatischen Staaten durch Abschluß von Verträgen und Gesandtschaftsverkehr in die Völkerrechtsgemeinschaft hineingezogen wurden, konnte auch Persien diesem Schicksale nicht entgehen. Das entlegenere Afghanistan bildete nur für die Grenzmächte England und Rußland einen Gegenstand des diplomatischen Wettbewerbes.

So war die islamitische Welt in weitestem Umfange vom europäischen Völkerrechte umspannt. Dieses hatte längst aufgehört, ein europäisches der christlichen Völker zu sein und war zum Weltrechte geworden.

Den Mittelpunkt der islamitischen Welt bildete aber immerhin die Türkei, dessen Sultan als Kalif eine geistliche Herrschaft über die Gläubigen weit über die Grenzen des türkischen Reiches übte. Ein weiterer Grund für die Mächte mit zahlreichen muhamedanischen Untertanen, wie England und Frankreich, ein gutes Verhältnis zur Türkei zu pflegen. Waren doch der englischen Krone allein in Indien unendlich viel mehr Muhamedaner untertan als dem Sultan selbst.

So erhielten sich denn auch die alten politischen Beziehungen der europäischen Mächte zur Türkei fort.

Den schärfsten Ausdruck fand dies nach dem russisch-türkischen Kriege von 1877/78. Das von Rußland durch den Frieden von San Stefano als russische Etappe auf dem Wege nach Konstantinopel geschaffene Groß-Bulgarien erschien England und Österreich als unerträgliche Vorherrschaft Rußlands auf dem Balkan. Hätten sie die spätere Entwicklung Bulgariens vorher ahnen können, wäre ihre Politik eine andere gewesen. So erwiesen sie sich noch einmal als die natürlichen Beschützer der Türkei. Rußland mußte auf dem Berliner Kongresse von 1878 zurückweichen und sich die Verkleinerung Bulgariens gefallen lassen.

Noch immer hatte Deutschland dieselbe Stellung zu den Wirren des Ostens wie einst Preußen. Es war ohne jedes Interesse. Von Bismarck rührt das geflügelte Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers her, die ihm der Balkan nicht wert sei. Eben deshalb konnte Bismarck auf dem Berliner Kongresse als der unbeteiligte ehrliche Makler auftreten. Und die Entrüstung Rußlands über die Ergebnisse des Kongresses ging nur darauf zurück, daß Bismarck eben vermittelt und nicht alle russischen Forderungen unterstützt hatte.

Erst in der Zeit nach Bismarck vollzog sich der Wandel der Dinge.

Zunächst geriet Frankreich in das Schlepptau der russischen Politik und mußte ihr blindlings folgen. Indem Frankreich der Verbündete des Erbfeindes der Türkei wurde, zerriß die noch bis über den Krimkrieg hinaus bewährte, Jahrhunderte alte Freundschaft zwischen Frankreich und der Türkei von selbst. Das von Deutschland nicht mehr anerkannte französische Protektorat über die Katholiken des Orients ging zu Grunde.

Andererseits hatte Deutschland in der Türkei von Jahr zu Jahr mehr wirtschaftliche Interessen erworben, die die politischen nach sich zogen. Nur im türkischen Reiche waren diese wirtschaftlichen Interessen geschützt, Deutschland gewann Interesse an der Fortdauer der Türkei. Demnach mußte dieses in Deutschland seinen natürlichen Verbündeten sehen. So fanden sich beide zusammen.

Es blieb nur noch übrig, daß der alte Bundesgenosse der Türkei, England, von ihr abrückte. Der Grund war hier derselbe wie für Frankreich. England konnte die russische Bundesgenossenschaft nicht gewinnen, wenn es den Russen nicht die Meerengen preisgab. Seine Stellung im Mittelmeere glaubte es trotzdem behaupten zu können.

So löste die Feindschaft gegen Deutschland, die die russische Bundesgenossenschaft nicht zu entbehren können glaubte, die alten englisch-französischen Beziehungen zur Vormacht des Islam. In diese Lücke trat Deutschland ein. Das politische Bündnis ist ein um so engeres, als es auf engster Interessengemeinschaft beruht. Beide Staaten sind auf Gedeih und Verderb auf einander angewiesen. Mit Deutschland würde auch die Türkei gefallen sein. Und der Sieg der Mittelmächte bildet die Gewähr für den Fortbestand des türkischen Reiches.

Kein Vorwurf ist daher unberechtigter als der, daß Deutschland und seine christlichen Verbündeten sich mit den Feinden des Christentums verbunden haben, ein Vorwurf, den noch der Zar Nikolaus der Zweite in seiner letzten Proklamation über Bulgarien wiederholt. Die Türken lassen die Christen, soweit sie nicht als türkische Untertanen ihre Pflichten verletzen, ebenso nach ihrer Fasson selig werden wie wir die Muhamedaner. Und schon längst hatten die Türkei ihre alten Verbündeten England und Frankreich in die Völkerrechtsgemeinschaft eingeführt. Jedenfalls sind die Türken ein zivilisiertes Volk im Sinne der europäischen Kultur, was man von Senegalnegern, Kaffern, Gurkas und ähnlichen interessanten Völkern gerade nicht sagen kann.

Stärke und Macht des Deutschtums in den baltischen Provinzen

Von Dr. K. Stavenhagen

Die äußere rechtliche Grundlage deutschen Lebens in den drei Ostseeprovinzen war bis in die siebziger und achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts das sogenannte Privilegium Sigismundi Augusti vom 28. November 1561. Durch die Urkunde wurden den Ständen Livlands bei ihrer Unterwerfung unter die polnische Herrschaft die Freiheit lutherischen Glaubens, deutscher Sprache, eigenen Rechts und eigener Verwaltung garantiert. Dasselbe geschah bei der Unterwerfung unter das Szepter Peters des Großen (1710). Fortan wurden Livland und Estland, zu denen nach der Abdankung Herzog Peters 1795 auch Kurland kam, von deutschen Ständen und Beamten nach hergebrachtem deutschen Recht in deutscher Sprache verwaltet. Als „Landeskirche" galt offiziell die lutherische. Auf der Universität Dorpat, dem Polytechnikum zu Riga, in allen mittleren und höheren Schulen wurde deutsch unterrichtet. Lettisch und estnisch waren die für die Landbevölkerung gegründeten Volksschulen. Wer von den Letten oder Esten höher hinauf wollte, mußte deutsche Sprache und Bildung aufnehmen. Bis auf das Fehlen eines deutschen Bauernstandes konnte das Land als rein deutsch gelten. Auf dem Lande herrschte der durchweg deutsche Großgrundbesitz, in den Städten teilte sich der deutsche Kaufmann und der deutsche Handwerker in das Regiment. Da wurde 1877 an die Stelle der alten ständischen Stadtverfassung (Rat und Gilden) die demokratische russische Städteordnung eingeführt. 1888 wurde eine Polizei-„reform" durchgeführt. Durch die „Justizreform" vom Jahre 1889 wurden die alten Rechtsgrundlagen beiseite geschoben. Das Russische wurde Landessprache. Die mit dem örtlichen Leben vertrauten einheimischen Beamten wurden beseitigt. Gleichzeitig wurde das Russische als Unterrichtssprache in den Schulen und Hochschulen eingeführt. Der lutherischen Kirche war der Charakter einer Landeskirche schon früher genommen. Durch das Kirchengesetz von 1832 wurde sie zu einer bloß geduldeten neben der herrschenden griechisch-orthodoxen Kirche. Die Hungerjahre 1839 bis 1841 führten der Staatskirche, besonders in Livland, mehrere tausend durch Landversprechungen gelöderte „Bekehrte" zu. Als die Getäuschten den Betrug bemerkten, war es zu spät. Das russische Gesetz verbot bis 1905 den Austritt aus der griechisch-orthodoxen Kirche. Die Gewissensnot der Konvertiten machte sich die Regierung zunutze, indem sie die

die Bedrängten seelsorgerisch bedienenden Pastoren verschickte oder in die Gefängnisse sperrte. Was die Russifizierung an Deutschtum nicht beseitigen konnte, schien der seit den achtziger Jahren immer mehr erstarkenden, teils nationalistischen, teils sozialdemokratischen Indigenenbewegung erliegen zu sollen, die in der Revolution von 1905 ihren Höhepunkt erreichte. Wir stellen nun die Frage, ob die Stürme, die in den Jahren 1840 bis 1905 über das baltische Deutschtum hingegangen sind, die deutsche Vorherrschaft haben brechen können, insbesondere, ob sie sie soweit haben erschüttern können, daß der Wiederaufbau den Trümmern unmöglich sein würde.

Die Bevölkerungsstatistik scheint die obige Frage glatt verneinen zu wollen. Die Bevölkerung ist zwar im wesentlichen protestantisch. Nach der Volkszählung von 1897*) waren von der gesamten Bevölkerung der Konfession nach in Prozenten ausgedrückt:

	Protestant.	Griechisch-Katholisch	„Altgläubige" (Sekte der griech. Kirche)	Römisch-Katholisch	Juden	Andere Bekenntnisse (Bapt usw.)
In Livland	79,55	14,45	1,29	2,35	2,29	0,07
In Kurland	76,20	8,72	1,27	11,10	7,58	0,18
In Estland	89,71	9,16	0,08	0,50	0,34	0,21

Außerdem ist die Orthodoxie in den Ostseeprovinzen im Rückgang: Seit dem Toleranzedikt vom 17. April 1905 ist der Übertritt von der Orthodoxie zu einer andern christlichen Lehre für Personen von über 21 Jahren nicht mehr strafbar. Infolgedessen kehren jährlich, trotzdem keine Propaganda getrieben werden darf, hunderte zur lutherischen Kirche zurück. So traten zum Beispiel allein in Livland nach den Mitteilungen des livländischen Generalsuperintendanten im Jahre 1913 zum Luthertum 654 Orthodoxe über.

Sind also die Ostseeprovinzen als ein rein protestantisches Land zu bezeichnen, so scheinen sie auf Grund der Bevölkerungsstatistik nicht als deutsches Gebiet bezeichnet werden zu dürfen.

	Deutsche	Letten	Esten	Russen	Polen	Litauer	Juden	Andere Nation.	Summa
In Livland ..	98 573	563 829	518594	69 614	15 132	6594	28 728	8801	1 299 365
% d. Gesamtbev.	7,57	43,40	39,91	5,36	1,16	0,51	1,83	0,76	100,00
In Kurland ..	51 017	505 994	—	38 276	19 688	16 531	37 689	4839	674 034
% d. Gesamtbev.	7,57	75,07	—	5,68	2,92	2,45	5,59	0,72	100,00
In Estland ...	16 037	472	365959	20 899	1237	86	1269	6757	412 716
% d. Gesamtbev.	3,90	0,11	88,67	5,07	0,29	0,02	0,31	1,63	100,00
In d. 3 Provinz.	165627	1070295	884553	128789	36 057	23 211	62 686	14 897	2386 115
% d. Gesamtbev.	6,94	44,84	37,08	5,39	1,51	0,97	2,65	0,61	100,00

*) Nach Ernst von Camphausen, Baltische Bürgerkunde. Seite 359 ff.

Seit 1897 ist die deutsche Bevölkerung gewachsen, absolut und relativ, durch die Ansiedelung von an die 20000 deutschen Kolonisten aus Südrußland, ferner dadurch, daß durch das Aufblühen des Deutschtums seit 1905, durch die größere Freiheit, die der Deutsche seit der Revolution in den Ostseeprovinzen genoß, viele Personen, die sonst gezwungenermaßen ihr Brot in der Fremde hätten suchen müssen, im Lande bleiben konnten. Es gab zu Kriegsbeginn etwa 200000 Deutsche in den Ostseeprovinzen, immerhin eine, wie es scheint, zur Machtlosigkeit verurteilte Gruppe innerhalb einer Bevölkerung von über zwei Millionen Andersstämmiger.

Wesentlich anders wird aber das Bild, wenn man die Besitz- und Bildungsverhältnisse des Landes in Betracht zieht. Wir prüfen zunächst den Besitz auf dem Lande.

Grundbesitz.

Seine eigentümliche Struktur hat der ländliche Grundbesitz der Ostseeprovinzen durch die Scheidung alles privaten Besitzes in „Hofesland" und „Bauernland", zu dem in Livland noch das sogenannte „Quotenland" kommt. In den Jahren 1804—1817 hatte der grundbesitzende Adel, die „Ritterschaft", die Aufhebung der Leibeigenschaft des „undeutschen" (das heißt estnischen und lettischen) Bauern durchgeführt. Die Bauern verloren dadurch zunächst mehr, als sie gewannen, nämlich das bisherige erbliche Nutzungsrecht auf die in dem Gebiete ihres Gutsherrn gelegenen Bauernhöfe. Gemäß den liberalen Ideen, von denen beseelt die Ritterschaft die Leibeigenschaft aufgehoben hatte, sollte das Verhältnis von Gutsherr zu Bauer durch den freien Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt werden. Die Erfahrung lehrte sehr bald, daß dies die wirtschaftliche Vogelfreiheit des Bauern bedeutete. Der livländische Landtag von 1842, dem die Landtage in den Schwesterprovinzen bald folgten, beschloß daher, einen bestimmten Teil jedes Gutsgebietes auszusondern, das vom Gutsherrn nicht eingezogen werden durfte, sondern ausschließlich der Nutzung (Kauf oder Pacht) der Glieder der Bauerngemeinde überlassen werden sollte. Dieser Teil jedes Gutsgebietes erhielt den Namen „Bauerland" im Gegensatz zum „Hofesland", über das der Grundbesitzer frei verfügen durfte. Ein Teil des Bauerlandes (das damals allein steuerpflichtig war), ungefähr ein Sechstel, sollte als sogenanntes „Quotenland" vom Gutsherren beliebig genutzt, eingezogen, verkauft oder verpachtet werden dürfen. Es wurden ferner Kreditinstitute geschaffen, die den Übergang der Pachthöfe in bäuerliches Eigentum erleichtern und beschleunigen helfen sollten. Bis zum Jahre 1905 waren denn auch vom „Bauerland" 88,63 Prozent in bäuerlichen Besitz übergegangen. Der Rest 11,37 Prozent befand sich in bäuerlichem Pachtbesitz, von dem in den letzten zehn Jahren natürlich auch der größte Teil bäuerliches Eigentum geworden ist, worüber mir aber die näheren Daten fehlen.

Die Entwickelung in Estland und Kurland ist denselben Weg gegangen. Auch dort wurde im „Bauerlande" gewissermaßen ein Majorat des Bauern-

standes geschaffen. Die Einrichtung des Quotenlandes ist hier unbekannt. Jedes Gut hat also in den Ostseeprovinzen sein „Bauerland", das heißt eine Reihe von Bauernhöfen, „Gesinde" genannt, die jetzt in den weitaus meisten Fällen nur noch nominell zum Gute gehören, in Wirklichkeit einen selbständigen Klein- oder, nach reichsdeutschen Größenverhältnissen gemessen, Mittelgutsbesitz darstellen. Dieser Kleingrundbesitz nun ist fast ganz in lettischen oder estnischen, wie der Großgrundbesitz fast ganz in deutschen Händen ist. Wir wollen näher darauf eingehen.

Alle Güter der Ostseeprovinzen zerfallen in fünf Kategorien, erstens Domänen („Kronsgüter"), zweitens Patrimonialgüter, das heißt Landgüter der Städte, die nicht den rechtlichen Charakter eines „Rittergutes" (siehe unten) haben, drittens Pastorate, viertens „Rittergüter", fünftens Privatgüter (oft auch Rittergüter genannt).

Für das Deutschtum in den Ostseeprovinzen war bisher die Kategorie der Rittergüter die richtigste. Ein Rittergut war ursprünglich ein „Ritterlehen", das heißt jedes zu Ordenszeit zu vollem Lehngutsrechte an einen zur Leistung des Ritterdienstes qualifizierten Mann verliehene Landgut. Gegenwärtig ist Rittergut jedes Landgut, mit dessen Besitz das Stimmrecht auf den Landtagen verbunden ist. Diese Güter sind in den „Landrollen", in Kurland „Stimmtafeln" verzeichnet. Neben ihnen gibt es eine kleine Anzahl von Privatgütern, deren Besitzer das Stimmrecht auf dem Landtage nicht erworben haben. Die (größtenteils) adeligen und bürgerlichen Besitzer dieser Rittergüter bilden die Institution der „Ritter- und Landschaft" (gewöhnlich kurz „Ritterschaft" genannt). Sie treten einmal jährlich zu den sogenannten Landtagen*) zusammen. Das wichtigste Recht des Landtags ist die Befugnis, „Willigungen zu machen", sich selbst zu gemeinnützigen Zwecken zu besteuern. Dieser Landtag nun stellt eine rein deutsche Institution dar und ist im Laufe der Zeit das eigentliche Rückgrat des Deutschtums geworden. Seine Verhandlungs- und Geschäftssprache ist das Deutsche. Seine Beamten, die gleichzeitig als Selbstverwaltungsbeamte staatliche Funktionen (zum Beispiel die „Kreismarschälle" in den Wehrpflichtskommissionen) haben, sind ausnahmslos Deutsche. Mit einer unerhörten Opferwilligkeit hat die „Ritter- und Landschaft" aller drei Provinzen**) die Pflege des Deutschtums als ihre Hauptaufgabe angesehen, speziell die Erhaltung der deutschen Schule. Von den Ritterschaften werden zum Beispiel die vier deutschen Landesschulen erhalten. Die etwa 550 Güter der kurländischen Ritter- und Landschaft brachten zu Schulzwecken allein ungefähr 90000 Rubel jährlich auf, die zum größten Teil für die Erhaltung ihrer beiden Schulen (ein neun-klassiges Gymnasium in Goldingen, ein neun-klassiges Gymnasium, räumlich verbunden

*) In Kurland senden die 33 politischen Kirchspiele ihre „Landboten" zum Landtag. Die Besitzer der Rittergüter selbst treten nur in außerordentlichen Fällen zu den dann „brüderlichen Konferenzen" genannten Landtagen zusammen.

**) In Livland hat die Insel Ösel übrigens ihren besonderen Landtag.

mit einer acht-klassigen Realschule in Mitau), zum andern Teil für die Unterstützung deutscher Privatschulen, Stipendien usw. verausgabt wurden. Man hat dabei zu erwägen, daß die Güter, die diese selbst aufgelegte Last tragen, daneben noch die allgemeine Reichsgrundsteuer und die sogenannten „Landesprästanden", das heißt Steuern, die außer der Reichsgrundsteuer allen ländlichen Grundeigentümern zu bestimmten Zwecken vom Staate auferlegt sind, zu zahlen haben. Die russische Regierung sah sehr wohl ein, daß die Vormachtstellung des Deutschtums auf der Ritter- und Landschaft beruhte. Sie eröffnete darum in den Ostseeprovinzen Filialen der Bauernagrarbank, um Rittergüter zu Kolonisationszwecken für russische Bauern anzukaufen. Diese von der Bauernagrarbank anzukaufenden Güter sollten von den Landtagswilligungen und ebenso von den Leistungen für die lutherische Kirche (den Verpflichtungen der Kirchenpatrone, die als Reallasten auf dem Grund und Boden ruhen) befreit sein. Die Aktion der Baueragrarbank hat nur sehr kleinen Erfolg gehabt, vor allem dank der Tätigkeit des Herrn S. Broedrich, der etwa 30 Güter, die ihr verfallen wären, aufkaufte und sie im Gegenteil für die Ansiedelung deutscher Bauern nutzbar machte.

Livland. Nach den Forschungen von M. Tobien*) und A. v. Transehe,**) denen wir folgen, gab es ums Jahr 1904 auf dem livländischen Festlande (mit Anschluß der Inseln):

1.	729 Rittergüter,		
	davon: Hofesland	1 664 315	Dess.***)
	Quotenland	256 318	„
	Bauerland	1 233 344	„
	in Summa	3 153 977	Dess.
2.	95 Domänengüter	536 460	Dess.
3.	14 Patrimonialgüter 41 Grundstücke	54 151	„
4.	106 Pastorate	49 665	„

Läßt man die unter 3. genannten 41 Grundstücke, die neben den Patrimonialgütern so klein sind, daß sie für unsere nur Näherungswerte anstrebende Rechnung nicht in Betracht kommen, beiseite, so enthalten die erste und die zweite Rubrik den Privatbesitz, und zwar die erste Rubrik nur Privatbesitz, die zweite insofern, als ein bestimmter Teil des Domänenlandes, der in der angegebenen Summe von 536460 Dess. enthalten ist, den Bauern, Letten und Esten verkauft ist, auch Privatbesitz. Nach Transehe****) gab es ums Jahr 1904 auf den Domänengütern 9586 Bauernhöfe, „Gesinde", in einer durchschnittlichen Größe von 25,75 Dess., das heißt der bäuerliche Besitz auf Domänenland hatte einen

*) Die Agrarverfassung des livländischen Festlandes.
**) Lettische Revolution I, S. 45 ff.
***) Dessätine = 1,0925 Hektar.
****) Baltische Bürgerkunde S. 308

Umfang von 246839 Dess. Zählt man dazu das Rittergutsland (3153977 Dess.), so erhält man die Größe des Gesamtprivatbesitzes auf dem livländischen Festlande: 3400818 Dess.

Von den 3153977 Dess., die die 729 Rittergüter repräsentieren, befanden sich nun 1904 an Hofesland, Quoten- und Bauerland im Eigentumsbesitze der Rittergutsbesitzer 1922292 Dess. = 60,95 Prozent vom Gesamtareal der Rittergüter; im Besitze von Bauern, also Letten und Esten, an an sie verkauften Hofes-, Quoten- und Bauerland 1231685 Dess. = 39,05 Prozent des Gesamtareals. Unter den Rittergutsbesitzern, die vom Rittergutsbesitze 60,95 Prozent besitzen, sind nun eine, wenn auch nicht große Anzahl Russen, Letten, Esten und Polen.

Um nun das Verhältnis von deutschem und undeutschem Privatbesitz auf dem Rittergutslande wenigstens annährend bestimmen zu können, legen wir die Daten des Richterschen Adreßbuchs für Livland, wo die Namen der Besitzer mit der Größe ihres Besitzes verzeichnet stehen, zu Grunde. Den Fehler, der dadurch entsteht, daß diese Daten etwa 5 Jahre jünger sind, also in dieser Zeit eventuell vom Besitze der Rittergutsbesitzer Teile Eigentum der Bauerlandbesitzer geworden sind, berücksichtigen wir dabei fürs erste nicht. Er kann ohnehin nicht groß sein, da bereits um 1904 88,63 Prozent vom Bauerland sich in bäuerlichem Besitze befanden.

Nach dem Adreßbuch nun waren 1909 an Hofesland, unverkauftem Quoten- und Bauerland

in russischem	Besitze	51948 Dess.	= 18	Rittergüter
„ lettischem	„	13883 „	= 11	„
„ estnischem	„	3053 „	= 8	„
„ polnischem	„	5892 „	= 8	„
in undeutschem	Besitze	73776 Dess.	= 40	Rittergüter

Von den 729 Rittergütern sind also 40 = 5,4 Prozent in undeutschen Händen; von dem Areal des Rittergutslandes, soweit es Eigentum der Rittergutsbesitzer ist (1922292 Dess.), sind es sogar nur 3,8 Prozent.

Rechnet man obigen undeutschen Rittergutsbesitz von 73776 Dess. zu den 1231685 Dess., die im Eigentumsbesitze der lettischen und estnischen Bauern auf dem Rittergutslande sind, und dazu die oben errechneten 246839 Dess. lettischen und estnischen Bauerbesitzes auf dem Domänenlande, so ergibt sich als Summe des gesamten undeutschen Besitzes 1552300 Dess. Von dem gesamten Privatbesitz von 3400816 Dess. sind also in undeutschem Besitze 45,6 Prozent, in deutschem Besitze 54,4 Prozent. Rechnen wir nun zur Korrektur des oben eventuell begangenen Fehlers, ferner für den Fall, daß wir die deutsche Gutsziffer mit ihrem Areal zu günstig berechnet haben, von diesen 54,4 Prozent noch einige Prozent ab, so können wir mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß sich von dem gesamten Privatbesitze des livländischen Festlandes 51—52 Prozent in deutschen Händen befinden.

Kurland. Die Angaben über die Verteilung des Besitzes an Grund und Boden in Kurland weichen recht stark von einander ab. Nach M. von Blaeses*) Berechnungen ist in Kurland folgendes Verhältnis:

1. Hofesland der Privatgüter	979 705 Deff.	= ca.	40%
2. Hofesland der Kronsgüter	525 818 „	= ca.	22%
3. Bauerland der Krons- und Privatgüter	898 249 „	=	37%
4. Kirchenland (Pastorate)	11 454 „	=	1%
5. Städtischer Grund	8 994 „	=	
Land verschied. Besitzlichkeiten	8 915 „	=	

Der Privatbesitz umfaßt also im wesentlichen die 1. und die 3. Rubrik. Die erste besteht aus den Rittergütern das heißt Gütern, deren Besitzer das Stimmrecht auf dem Landtage haben, und zweitens aus Gütern ohne dieses Recht. Die 3. Rubrik enthält den Kleingrundbesitz, der zum allergrößtenteil aus Letten besteht. Von diesem Bauerland ist der auf den Domänengütern („Kronsgütern") belegene Teil jetzt vollständig Eigentum der Bauern geworden, von dem Bauerland des Privatbesitzes der bei weitem größere Teil; der kleinere (etwa 10 Prozent vergleiche Livland) befindet sich in bäuerlichem Pachtbesitz. Immerhin begeht man keinen sehr großen Fehler, wenn man das unter 3 aufgezählte Areal als überwiegend lettischen Besitz anspricht, wobei man freilich noch zu beachten hat, daß in letzter Zeit eine Reihe von lettischen Bauerhöfen in die Hände der in Kurland angesiedelten Kolonisten übergegangen sind. Es bleibt also übrig, zu untersuchen, wie groß der deutsche Besitz in der ersten Rubrik ist.

Zunächst ist zu bemerken, daß die von Blaese errechnete Zahl um rund $^1/_{15}$ zu klein ist. Rechnet man nämlich die im Richterschen Adreßbuch für Kurland 1910 aufgezählten Güter nach ihrem Hofesland zusammen, so erhält man 618 Güter mit einem Gesamtareal von 1 045 140 Dessätinen, von denen 554 Rittergüter mit einem Areal von zusammen 1 019 919 sind.

Von diesen Rittergütern waren 1910:

deutsches Eigentum	497 Güter	mit	916 603 Deff.	= 89,87	Prozent	vom Gesamtareal des Rittergutsbesitzes
russisches „	24 „	„	51 842 „	= 5,09	„	
polnisches „	17 „	„	42 954 „	= 4,21	„	
lettisches „	10 „	„	3 710 „	= 0,36	„	
unbestimmtes*) „	6 „	„	4 810 „	= 0,47	„	
	554 Güter	mit	10 199 919 Deff.			

Der Privatbesitz (im engeren Sinn) umfaßt nur 64 Güter mit 25 221 Dessätinen. Von diesen waren 1910

deutsch	47 Güter	mit	21 347 Dessätinen
russisch	1 Gut	„	71 „
polnisch	5 Güter	„	1 382 „
lettisch	4 „	„	430 „
unbestimmt**)	7 „	„	1 991 „

*) Baltische Bürgerkunde S. 332 ff.

**) Das heißt das Adreßbuch gibt den Besitzer nicht an. Der größte Teil dieser Güter ist im Besitze der Baueragrarbank, also russischer Besitz.

Für den gesammten privaten Großgrundbesitz ergeben sich, wenn man Rittergüter und Privatgüter zusammennimmt, folgende Zahlen:

deutsches	Eigentum	544	Güter	mit	937 950	Deff.	= 89,74	Prozent
russisches	„	25	„	„	51 913	„	= 4,96	„
polnisches	„	22	„	„	44 336	„	= 4,24	„
lettisches	„	14	„	„	4 140	„	= 0,39	„
unbestimmtes	„	13	„	„	6 801	„	= 0,65	„
		618	Güter	mit	1 045 140	Deff.		

vom gesamten Großgrundbesitz

Addiert man nach der Blaesischen Tabelle die erste und die dritte Rubrik, berechnet also das Areal des Privatbesitzes (Klein- und Großgrundbesitzes), so ergibt sich, daß der Großgrundbesitz etwa 52 Prozent davon umfaßt. Von diesen 52 Prozent sind etwa 90 Prozent = $^9/_{10}$, also 46,8 Prozent in deutschen Händen. Berücksichtigt man nun die begangenen Fehler, das heißt zieht man in Betracht, daß die von Blaese für den vorwiegend deutschen Großgrundbesitz angegebene Zahl um etwa $^4/_{15}$ zu niedrig ist, ferner daß das bei obiger Berechnung als lettisch angesprochene Bauerland zu einem kleinen Teil noch nicht bäuerliches Eigentum geworden ist, also noch Eigentum der fast ganz deutschen Großgrundbesitzer ist, daß ferner eine, wenn auch nicht große Zahl lettischer Höfe in deutschen Kolonistenbesitz übergegangen ist, so kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß über 50 % des ländlichen Privatbesitzes deutsch ist. Für Estland steht uns leider kein solches Zahlenmaterial zur Verfügung. Da die Krone dort nur drei unbedeutende Güter (gegen 200 in Kurland) besitzt, das Bauerland der Kronsgüter also für die Berechnung nur wenig in Betracht kommt, auf den Privatgütern das Hofesland sich seiner Größe nach zum Bauerland wie 10 : 6 verhält, wird man mit Recht annehmen wollen, daß die Besitzverhältnisse sich von den Kurländischen nicht allzusehr unterscheiden, das heißt, auch etwa die Hälfte alles Privatbesitzes deutsch ist.

Dabei ist nun noch zu erwägen, daß es sich beim deutschen Besitz um Großgrundbesitz handelt, der nicht nur staatsrechtlich, sondern vor allem wirtschaftlich eine ganz andere Macht als ein ebensogroßer Kleingrundbesitz darstellt. Der größte Teil der Großgrundbesitzer, der Adel, ist in einer Korporation, der „Ritterschaft" im engern Sinn, zusammengeschlossen, mit den bürgerlichen Großgrundbesitzern durch mannigfache Traditionen und lange gemeinsame Arbeit verbunden, durch die politischen Kämpfe zu geschlossenem Auftreten und Disziplin erzogen. Ihm gegenüber steht der Haufe lettischer, estnischer, russischer, polnischer Besitzer, Gruppen, die sich gegenseitig wütend hassen und von denen es keine einzige zu einer durch gemeinsame Interessen, Anschauungen und Traditionen auch nur annähernd ähnlich geschlossenen Einheit wie der deutsche Großgrundbesitz gebracht hat. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet: Auf dem Lande in den Ostseeprovinzen herrscht der Deutsche.

Der städtische Grundbesitz.

Es ist leider völlig unmöglich, ein ähnlich klares Bild wie von dem ländlichen Grundbesitz auch von dem städtischen zu geben. Über die Verteilung der

städtischen Immobilien unter die verschiedenen Nationalitäten sind keine Daten veröffentlicht worden, die gesammelten unveröffentlichten mir nicht zugänglich. Da nach der Volkszählung von 1897 die deutsche Bevölkerung der Ostseeprovinzen etwa 7 Prozent der gesammten ausmacht, diese aber zum größten Teil in den Städten sitzt, in Riga z. B. über 25 Prozent, in Dorpat über 16 Prozent, in Libau fast 24 Prozent, in Mitau über 27 Prozent Deutsche waren, da ferner grade die deutsche Bevölkerung in der besitzenden Schicht besonders stark vertreten ist, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die Besitzverhältnisse in den Städten günstiger als auf dem Lande sind. Gewisse Anhaltspunkte geben die Resultate der Stadtverordnetenwahlen. Das Wahlrecht in den Städten haben nämlich außer den Inhabern der größeren Handels- und Gewerbeunternehmungen die Besitzer eines in der betreffenden Stadt besteuerten Immobils von einem gewissen Mindestwerte an. In den Gouvernementsstädten mit über 100000 Einwohnern (im Baltikum also Riga und Reval) ist dieser Mindestwert mit 1500 Rubel, in den übrigen Städten mit 1000 Rubel, in den kleineren Städten und Flecken mit 300 Rubel, in den kleinen Städten und Flecken, die die sogenannte vereinfachte Kommunalverwaltung haben, sogar mit nur 100 Rubel festgesetzt. Niemand darf mehr als zwei Stimmen, die eine für sich und die andere für seinen Vollmachtgeber haben. Den vorgeschriebenen Mindestwert erhalten die Grundstücke natürlich fast immer. Der Deutsche also, der in Riga 5 Häuser im Werte von Millionen besitzt, hat bei der Wahl nicht mehr Einfluß, als der des Lesens und Schreibens unkundige Erdarbeiter, der in der Peripherie der Stadt eine Wiese mit einem Häuschen drauf, in Riga „Kiffe" genannt, besitzt. Da die großen Immobilien in Riga und den andern Städten vorwiegend deutsches Eigentum sind, um die meisten Städte sich aber in den letzten Jahren ein Kranz von solchen „Kiffenbesitzern", der in einer kurländischen Stadt sogar im lettischen Volksmunde den bezeichnenden Namen „Saglzeem" d. h. Diebsheim bekommen hat, gelegt hat, schien es mit Hilfe der russischen Stadtordnung für die Regierung kein Kunstück, die deutsche Herrschaft in einer Anzahl von Städten zu brechen. Der Einfluß des Deutschtums war aber doch mächtiger, als man geglaubt hatte. Man mußte noch zu besonderen Maßregeln greifen, um ihn zu beseitigen. So wurde 1892 den Juden, die es politisch immer mit den Deutschen gehalten haben, und die speziell in Kurland einen recht großen Teil der städtischen Immobilien besitzen, das Wahlrecht genommen. In Reval schuf die Regierung zum gleichen Zwecke Wahlbezirke, die es sonst in Baltikum nicht gibt. So ist die Majorität der Stadtverordnetenversammlungen in 14 von den 28 Städten, darunter Reval, jetzt estnisch oder lettisch oder (in Wenden) estnisch-lettisch. In Libau ist es zu einem Kompromiß gekommen: Die Stadtverwaltung ist halb deutsch, halb estnisch. Man sieht daraus nebenbei, daß ein russischer Immobilienbesitz auch in den Städten keine Rolle spielt. Die Majorität der Stadtverordneten und damit die Beamtenschaft sind deutsch in den Städten: Riga, Dorpat, Lemsal, Pernau, Fellin, Arensburg, Hapsal, Weißenstein, Mitau, Grobin, Hasenpoth,

Goldingen, Bauske. Das bedeutet: in fast der Hälfte der baltischen Städte ist der deutsche Immoblienbesitz sogar an Zahl, wenn also auf den Wert keine Rücksicht genommen wird und ferner jedem Besitzer, einerlei wieviel Grundstücke er besitzen mag, nur eine Stimme zugebilligt wird, dem undeutschen überlegen. Legt man den Wert zu Grunde, so **besitzt das Deutschtum sicher weit über die Hälfte aller städtischen Immobilienwerte**; rechnet man hierzu noch den Besitz der Juden, die, wie gesagt, politisch es mit den Deutschen halten, so kommt man auf etwa dreiviertel.

Erwähnt sei noch, daß die Deutschen in einigen Städten Hauskaufvermittlungsstellen und Baugesellschaften mit großen Kapitalien gegründet haben, die den deutschen Immobilienbesitz stärken und möglichst vielen Deutschen ein eigenes Haus verschaffen wollen. Obgleich die Institutionen erst ein paar Jahre alt sind, sind durch sie die große deutsche Villenkolonie im Kaiserwalde zu Riga und eine kleine erst kürzlich begonnene an der Schulmeisterstraße zu Mitau entstanden.

Handel und Kapital.

Viel günstiger würden die Angaben für den deutschen Besitz sein, wenn es möglich wäre, eine Statistik des Kapitalbesitzes zu geben. Leider ist das eine unmögliche Aufgabe. Ein gewisses Bild gibt immerhin die Aufzählung der Banken, Kreditgesellschaften, Sparkassen. 1913 gab es an solchen in Riga — die Regierungsinstitutionen wie Reichsbank, Rentei und deren Sparkassen sind dabei wegelassen worden —:

23	Banken	mit	ganz	oder	vorwiegend	deutschem	Kapital	und	deutscher	Verwaltung
12	„	„	„	„	„	russischem	„	„	russischer	„
14	„	„	„	„	„	lettischem	„	„	lettischer	„
8	„	„	„	„	„	jüdischem	„	„	jüdischer	„

7 ungewiß oder gemischt.

Es ist erwähnenswert, daß die russischen Banken durchweg aus Filialen innerrussischer Banken oder (mit Ausnahme der III. Rigischen Gesellschaft gegenseitigen Kredits) Spar- und Vorschußkassen, die lettischen entweder aus Gesellschaften gegenseitigen Kredits oder (in der Mehrzahl) aus Spar- und Vorschußkassen bestehen. Die sechs bedeutendsten Banken sind in deutschen Händen, nämlich: Die Rigische Börsenbank (Reingewinn 1913: 343922 Rubel), der Rigische Hypothekenverein (1913 emittierte Pfandbriefe: 10792 im Betrage von 9544600 Rubel), die Rigische Kommerzbank (Jahresumsatz 1913: 5983519519 Rubel), der Kreditverein der Hausbesitzer (emittierte 1913 5212 Pfandbriefe im Betrage von 5045400 Rubel), die Rigische Stadt-Diskontobank (Jahresumsatz 1913: 533465754 Rubel), Stadtsparkasse (Reingewinn 1913: 54995 Rubel. Einlagen bis zum 1. Januar 1914: 19488519 Rubel).

In Libau:

4 deutsche (siehe oben) Banken
2 lettische Banken
2 Filialen innerrussischer Banken
2 gemischt oder ungewiß.

Die drei größten Unternehmen (der Kurländische Stadthypothekenverein die Libauer Börsenbank, die Filiale der Rigaer Kommerzbank) sind deutsch

In Mitau:

7 deutsche Banken
5 lettische Banken (darunter 4 Sparkassen)
2 Filialen innerrussischer Banken
1 jüdische Sparkasse.

Die beiden Hauptbanken (der Kurländische Kreditverein, die Kurländische Gesellschaft gegenseitigen Kredits) sind wiederum deutsch.

Ebenso wie die großen Bankunternehmen, sind fast alle wirklich großen Handelsfirmen in deutschen Händen. Als Beispiel führen wir die zehn größten rigaischen Exportfirmen nach der Größe ihrer Ausfuhr vom Jahre 1908*) geordnet an:

1.	Aktiengesellschaft Gerhard & Hey	mit	38 666 655 Rubel
2.	Ed. R Lange	„	8 858 427 „
3.	Paul Forostowsky	„	6 084 868 „
4.	Orientgesellschaft	„	5 880 727 „
5.	Malcolm & Ko.	„	5 636 681 „
6.	Kniep & Werner	„	5 224 966 „
7.	Edg. Lyra & Ko.	„	3 275 268 „
8.	Dietr. Heydemann	„	2 894 885 „
9.	Sch. Schalit	„	2 786 284 „
10.	A. Sellmer	„	2 318 097 „

Von diesen zehn Firmen sind die ersten acht deutsch, die neunte eine jüdische; der Besitzer der zehnten ist ganz germanisierter Lette. Der Export Rigas im Jahre 1908 betrug 127 514 060 Rubel; somit kommen schon auf die obigen neun deutschen Firmen über 60 Prozent des Gesamtexportes. Es gibt aber noch eine große Zahl deutscher Firmen, die den genannten an Größe nur wenig nachstehen. Man kann sich darnach eine Vorstellung davon machen, daß die deutschen Firmen herrschen und die undeutschen neben ihnen verschwinden.

So ist es denn kein Wunder, daß das sogenannte „Börsenkomitee" in Riga (ebenso in Libau), die Berufsvertretung der Inhaber eines Handelsscheines I. Kategorie das heißt der Engroskaufleute eine im wesentlichen deutsche Institution ist. Was das zu bedeuten hat, ersieht man am besten aus einem Verzeichnis der ihm unterstellten Betriebe: die Börsenbank, die Hafenbauten, der Baggerbetrieb, die Häfen in Alt- und Neu-Mühlgraben, der Winterhafen in Dünamünde, das Zentralwarendepot, das Patentslipdock, das Schwimmdock, die Bolderaaer Maschinenfabrik, die Kompaßregulierungsstation, die Rigische Reederei, das Seemannshaus, die Kommerzschule, die Navigationsschule für weite Fahrten.

Von den drei in den Ostseeprovinzen existierenden Privatbahngesellschaften ist die eine, die Walk—Pernauische Bahn mit der Zweiglinie Moisekül—Fellin—

*) Neuere Daten habe ich augenblicklich nicht zur Verfügung.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF

Reval (im ganzen 300 Werst), eine russische Aktiengesellschaft, in der aber viel deutsches Kapital steckt. Die beiden andern, Walk—Stockmannshof (197 Werst) und Libau—Hasenpoth (46 Werst), sind rein deutsche Aktiengesellschaften. Für eine vierte, Hasenpoth—Goldingen, ist das Kapital, und zwar auch von Deutschen, aufgebracht worden. Der Bau ist dank der Weisheit einer wohlwollenden russischen Regierung, obgleich die Linie schon traciert ist, verhindert worden.

Schon nach diesen Beispielen wird man geneigt sein, der Behauptung, daß im Baltikum das mobile Kapital zum größten Teil in deutschen Händen ist, Glauben zu schenken. Nach ihm kommt das jüdische Kapital: der riesenhafte Holzhandel, vor allem Rigas, wird zum Beispiel fast ganz von den Juden, die es aber, wie gesagt, mit den Deutschen halten, beherrscht. Russisches und vor allem lettisches und estnisches Kapital spielen nur eine untergeordnete Rolle. (Schluß folgt.)

Der Kaiserin Josephine Aufstieg

Von Professor Dr. Willi Müller

In manchen Religionen treten die Gottheiten paarweise auf, neben einem Gotte eine Göttin. Wie nun Napoleon der Erste von der großen Schar seiner Bewunderer für einen Halbgott oder doch wenigstens für einen Übermenschen angesehen zu werden pflegt, so gilt ihnen als die Ergänzung des Gewaltigen in gewissem Sinne seine Gattin Josephine. Viele Bücher, die sich mit dieser beschäftigen, zeigen uns die Lebensgefährtin des großen Mannes allerdings romantisch drapiert, und wir müssen das phantastische Gewand, das sie umhüllt, erst entfernen und neben der strahlenden Aureole auch den bunten Anekdotenkranz lockern, den die Legende so dicht um das dunkle Haupthaar der graziösen Kreolin gefügt hat, wenn wir erkennen wollen, wer sie wirklich war. Aber diese Mühe ist lohnend; und so mag es uns gestattet sein, auf ein paar Seiten von demjenigen Zeitraume ihres Lebens, der sie dessen Höhepunkt entgegenführte, ein wahrheitsgetreues Bild zu entwerfen; was dabei unseren Pinsel führen soll, wird nicht nur ein wissenschaftliches, sondern auch das rein menschliche Interesse sein, das die merkwürdige Frau verdient.

Der Ehebund, den die siebzehnjährige, auf der Insel Martinique geborene Josephine Tascher de la Pagerie mit dem Vicomte Alexander de Beauharnais

geschlossen hatte, wurde gelöst, dieser später als verdächtig guillotiniert und jene gefangen gesetzt, doch nach kurzer Zeit aus dem Kerker entlassen. Sie war damals etwas über dreißig Jahre alt, hatte zwei Kinder, Eugen und Hortense, und keinen Sou im Vermögen. Trotzdem glückte es der mehr durch Anmut als durch guten Ruf ausgezeichneten jungen Witwe mit Hilfe von Schulden, die sie skrupellos machte, in den nach Robespierres Sturze sich öffnenden Pariser Salons eine Rolle zu spielen, und bald fand sich in dem jugendlichen General Bonaparte ein neuer Freier, dessen Werbung sie gern annahm. Die Hochzeit wurde im März 1796 gefeiert; unmittelbar darauf begab sich der junge Ehemann zu der in Italien fechtenden Armee, deren Kommando man ihm übertragen hatte. Was Josephine an ihren Gatten band, war keineswegs Herzensneigung; sie suchte vielmehr durch die neue Heirat den gesellschaftlichen Rückhalt zu gewinnen, der ihr fehlte; deshalb täuschte sie dem kleinen Korsen wärmere Gefühle vor. In seinen Briefen erscheint Bonaparte als liebegirrender Täuberich; es spricht aus ihnen nicht der lorbeergeschmückte General, sondern ein arkadischer Schäfer. Wahre Paroxysmen der Leidenschaft bemächtigten sich seiner bei der Aussicht, die Geliebte bald wieder in die Arme schließen und sie mit einer Million Küsse bedecken zu dürfen, „heiß wie unter dem Äquator". Aber auch die glühendsten Ergüsse vermochten die Kälte Josephinens nicht zu wandeln; sie war eben ein Kind ihrer Zeit, in der Liebe zwischen Gatten lächerlich geworden war wie eine veraltete Mode. Ihre Zärtlichkeit plätscherte dahin wie ein seichtes Wässerchen; mit dem gewaltigen Strome tiefer Leidenschaft, der Bonapartes Herz durchflutete, hatte dieses Rinnsal nichts gemein, und die volltönenden Akkorde seiner Liebesbeteuerungen fanden keine Resonanz bei der Frau „mit dem Pulsschlag eines Marmorbildes". Trotz seiner flehentlichen Bitten weigerte sie sich lange Zeit, zu ihm zu kommen; ein Feldlager ist doch kein Salon, wer soll denn dort ihre neuesten Toiletten bewundern? Aber als sie schließlich in Mailand erscheint, wird sie empfangen wie eine Königin, freilich, ihrem Gatten die Treue zu wahren, dazu fand die leidenschaftliche Frau damals so wenig die Kraft wie zwei Jahre später, als er in Ägypten weilte. Die in der Tat ziemlich skandalösen Vorgänge wurden dem aus dem Lande der Pyramiden Heimkehrenden durch seine gegen Josephine mit Recht aufgebrachten Angehörigen brühwarm hinterbracht, und das Tribunal der Familie Bonaparte, deren Mitglieder zum großen Teil an der bekannten Myopie des Pharisäertums litten und nicht den Balken im eigenen, wohl aber den Splitter im Auge der Verhaßten sahen, bestärkte den Sohn und Bruder in dem Entschlusse einer Scheidung, den zu fassen er nicht zauderte. Während der ersten Nacht, die er daheim verbrachte, spielte sich zwischen ihm und seiner Gattin ein für diese höchst peinlicher Auftritt ab, und nur die Bitten Eugens und Hortenses, denen Bonaparte aufrichtig zugetan war, erwirkten für ihre Mutter die heißersehnte Verzeihung. Und die Versöhnung kann allerdings als eine ziemlich vollständige bezeichnet werden. Der alte Marquis d'Hautefort, der in die Verhältnisse ein-

geweiht war, meinte, Josephine würde beim Wiedersehen mit dem Gatten „ihre Hochzeitsmaske“ vornehmen, aber dem schlauen Fuchse gegenüber vergebens; doch er täuschte sich. Als Napoleons Bruder Lucian diesen am anderen Morgen besuchte, fand er ihn da, wo er ihn am wenigsten erwartet hatte: an der Seite Josephinens im Bette liegend. Vergöttern wie einst konnte der Getäuschte die Frau allerdings nicht mehr, die ihn so schwer gekränkt, und resigniert meinte er, ein Gleichnis der Welt entlehnend, der er anderthalb Jahre angehört hatte: „Freundschaft von einer Frau fordern, das heißt, vom Wüstensande verlangen, daß er nicht wandere“; aber wenngleich seine Leidenschaft erkaltet war, warme Zuneignung hat er Josephine auch später noch bewahrt, und ab und an flackerte aus dem Aschenhaufen seiner Liebe doch die Flamme der alten Zärtlichkeit empor.

Der Staatsstreich des 18. Brumaire (9. Nov.) 1799 brachte den Sturz des Direktoriums; als erster der nun gewählten drei Konsuln fungierte Bonaparte, der mit seiner Gattin in das Luxembourg und Februar 1800 in die Tuilerien, das Wahrzeichen souveräner Machtfülle, übersiedelte. Die Lebensweise in dem alten Königsschlosse erinnerte zunächst allerdings noch an gut bürgerliche Verhältnisse, aber es fing doch eine neue Luft zu wehen an. Josephine war während ihres Witwenstandes in ihrem Umgange nicht gerade wählerisch gewesen; nun aber reformierte ihr Gatte ihren Salon gründlich und zwang sie, auf den Verkehr mit Personen nicht ganz einwandfreien Rufes zu verzichten: alte Roués und ein halbes Dutzend mal geschiedene Frauen, Bekanntschaften aus der Periode des zur Direktorialzeit blühenden „Salon Barras“ paßten in die neuen Verhältnisse nicht mehr hinein. Frau Tallien, deren Kleider oben zu kurz und unten nicht lang genug waren, erschien kaum noch in den Empfangsräumen und ebensowenig Frau Hamelin, die wie keine andere die Kunst verstand, Nuditäten durch Verhüllen mit verräterischer Gaze um so interessanter erscheinen zu lassen.

Die Stellung Bonapartes wurde bald eine solche, daß jeder einsah, nach Ablauf der zehn Jahre, für die er gewählt war, würde er sich nicht gut einem anderen unterordnen können; daher brachte ihm ein Plebiszit vom Mai 1802 das Konsulat auf Lebenszeit. Das war ganz zweifellos die Vorstufe zum Throne, und Kammerherren wie Präfekten überwachten in den Tuilerien nun ängstlich ein Zeremoniell nach monarchischem Zuschnitt. Diplomaten, Künstler, Gelehrte, Handelsgrößen und vor allem natürlich Soldaten bildeten die Gesellschaft des neu geschaffenen Hofes, an dem zunächst begreiflicherweise manche Karikatur mit unterlief. Josephine erhielt jetzt ihren besonderen Hofstaat; unter anderem waren vier Ehrendamen ihres Winkes gewärtig. Aber auch ihr Privatleben gestaltete sich in mancher Hinsicht recht angenehm. Oft gab sie für die Frauen ihres näheren Verkehrs kleine Gesellschaften, bei denen es ungezwungen und lustig genug herging. Da erschienen beispielsweise die lebenslustige Gattin des bald gelegentlich der Ermordung des Herzogs von Enghien

viel genannten Obersten Savary, sehr niedlich trotz einer etwas zu lang geratenen Oberlippe, und die Gemahlin des später als Marschall so berühmt gewordenen Lannes, jung verheiratet und mit einem Madonnengesicht, dem ihr sanfter Charakter entsprach. Sie mokierte sich — man denke, was das sagen will! — niemals über eine der Mitgeladenen und konnte sogar ohne Erregung sehen, daß diese oder jene aus der Gesellschaft einen größeren Diamanten oder eine weißere Perle trug als sie selbst. Überhaupt herrschte am Hoflager des Ersten Konsuls stets ein heiterer, frischer Ton, ganz im Gegensatze zu den Gesellschaften des Kollegen Cambacérès; über wie große Liebenswürdigkeit dieser persönlich auch gebot — seine Feste waren förmlich imprägniert mit Langerweile, und wer dort verkehrte, hatte die Empfindung, als umfinge ihn der Palast des Morpheus. Den Festlichkeiten Bonapartes einen besonderen Glanz zu verleihen, trug in erster Linie der Zauber bei, der von Josephine ausging. Sie konnte nicht gerade als imposante Erscheinung gelten, aber ihre ganze Persönlichkeit umschwebte ein eigentümlicher Reiz; ihr Wuchs war tadellos, die Glieder geschmeidig und zart, die geringste ihrer Bewegungen leicht und elegant; es glückte ihr, den Beweis zu erbringen, daß unter Umständen Anmut mehr zu fesseln vermag als Schönheit. Und Hilfesuchenden gegenüber verkörperte sie geradezu die Güte. Manche Petitionen freilich, die ihr für den Ersten Konsul überreicht wurden, wanderten wohl, wenn sie seitens ihres Gatten Vorwürfe fürchtete, ungelesen in den Kamin; ja daß ein Herr de Céré, kreolischer Herkunft wie sie selbst, ihr versehentlich statt einer Bittschrift eine Schneiderrechnung übergeben hatte, ist auf diese Weise nie zu ihrer Kenntnis gelangt. Immerhin wurde Josephine durch ihre mannigfachen Talente, ihre Herkunft aus adliger Familie und die Beziehungen, die sie infolge ihrer ersten Ehe zu den royalistischen Kreisen hatte, eine Art Bindeglied zwischen der früheren und der sich neubildenden Gesellschaft; mit Geschick und Glück stellte sie ihre Fähigkeiten in den Dienst einer sozialen Restauration und einer Verschmelzung der politisch heterogenen Elemente. Mancher Träger und manche Trägerin eines alten Namens wurden durch sie mit dem neuen Kurse versöhnt; auch in dieser Hinsicht bestand sie ihre Probezeit für den Thron mit Glanz.

Überhaupt wirkten die neuen Verhältnisse zweifellos veredelnd auf sie ein. Wir wissen, daß in früheren Tagen ihr Schiff ohne den Kompaß weiblicher Sittsamkeit im Zickzackkurs der Leidenschaft auf dem Meere des Lebens getrieben hatte; Veranlagung, Erziehung wie der ganze Geist der Zeit schlossen die Entwicklung moralischer Grundsätze aus, und so wenig ein Pardel seine Flecken wandeln kann, vermochte die galante Dame sich plötzlich in eine tugendhafte Frau zu metamorphosieren. Eine solche Umkehr vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Nun aber paßte sie sich, losgelöst von ihrem früheren Kreise und in eine sittlich höher stehende Sphäre versetzt, dieser völlig an — eine Art Mimikry, die ihr sehr gut stand. Sie mag sich unter den Damen, die ihre Salons füllten, anfangs vielleicht wie ein schwarzes Schaf vorgekommen sein,

aber die zunehmenden Jahre begünstigten eine Mauserung und ließen die einst so Leichtfertige in der neuen Welt heimisch werden. Nach und nach — man lese und staune! — entwickelte sich Josephine zu einer in ihrer Führung tadellosen Frau, die mit zärtlicher Liebe an ihrem Gatten hing, so daß das Zusammenleben der beiden als eine durchaus glückliche, harmonische Ehe erscheint und sie am 18. Oktober 1801 an ihre Mutter — der Vater war schon tot — schreiben konnte: „Du mußt Bonaparte recht lieb haben, denn er macht Deine Tochter sehr glücklich". Ein stetes Hindernis vollen Seelenfriedens war für Josephine allerdings der Haß, mit dem die Familie Bonaparte sie unausgesetzt verfolgte. Für Napoleons Mutter und Geschwister — freilich auch für viele andere Leute, die ihre Vergangenheit kannten — blieb sie immer die Hetäre, die sie einst gewesen, und so standen fast alle Angehörigen ihres Gatten ihr ablehnend gegenüber, besonders die Schwägerin Pauline, „la jolie Paulette, la belle des belles", die Josephine geradezu feindlich entgegentrat und so den Beweis lieferte, daß die Wahrheit des alten Spruches: „Gleich und gleich gesellt sich gern" an der Klippe des Neides liebreizender Frauen gar zu leicht Schiffbruch leidet.

Und diesen unerquicklichen Zuständen gesellte sich allmählich eine ernste Sorge. Das lebenslängliche Konsulat sah einer Alleinherrschaft um so ähnlicher, als man Bonaparte bei seiner Wahl das Recht zugesprochen hatte, einen Nachfolger zu bestimmen. Aber wo war dieser Erbe seiner Macht? Ein Kind hatte seine Gattin ihm nicht geschenkt. Ihm selbst, wie aller Welt, kam es aber immer deutlicher zum Bewußtsein, daß es der Erblichkeit, daß es der Gründung einer Dynastie bedürfe, die in Aussicht stehende Monarchie zu festigen, und auch Josephine konnte sich das unmöglich verhehlen. Zugleich mußte sie sich aber sagen, daß jeder Schritt, der ihren Gemahl dem Throne näher brachte, ihn Nachkommenschaft um so schmerzlicher vermissen lassen und von der Frau, die ihm einen Erben nicht zu geben vermochte, weiter entfernen würde. Aber war es denn durchaus erforderlich, daß dieser Erbe ein leiblicher Sohn sei? Konnte nicht an Stelle der Erbfolge innerhalb der Familie das Adoptivsystem treten und ein Nachfolger, wenn nicht aus seinem Blute, so aus seinem Willen hervorgehen? Indes auch dem Beschreiten dieses Weges stellten sich erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Josephs, des ältesten Bruders, Kinder waren Mädchen, und auch Lucian, der nach jenem in Betracht kam, hatte aus seiner durch den Tod gelösten ersten Ehe nur Töchter; die Erbfolge mußte also auf dessen männliche Nachkommen aus einer zweiten Verbindung übergehen. Lucian heiratete nun im Oktober 1803 eine Frau Jouberthon, die verlassene Gattin eines Pariser Maklers, von der er bereits einen natürlichen Sohn hatte, und dieser neue Bund versprach, den unehelichen Sprößling zum Erben Frankreichs zu machen. Man male sich den Hohn der Royalisten, den Spott der Jakobiner und die Sarkasmen der englischen Witzblätter aus!

Josephine sah die dunkle Wolke, die ihr Lebensglück zu überschatten drohte, sich nähern. Sie konnte sich nicht verhehlen: allmählich trat ihre Unfruchtbar-

keit aus dem Stadium einer privaten, einer Familienangelegenheit heraus; sie wurde Staatssache, und die gequälte Frau begriff, daß der Gedanke an eine andere Verbindung sich ihrem Gatten immer zwingender aufdrängen mußte. Bei schlechter Laune machte dieser ihre Sterilität bereits zum Gegenstande seines Spottes; als er einst in Malmaison mit einigen Gästen eine Jagd veranstalten wollte und Josephine darauf hinwies, daß alles Wild trächtig sei, äußerte er: „Ja, meine Herren, hier erwartet alles Nachkommenschaft, nur Madame nicht!“ Schließlich machte die Furcht vor der Trennung von dem geliebten Manne die Ärmste sogar zur Fürsprecherin der Bourbonen, die den Thron Frankreichs noch immer als ihre Domäne ansahen. Als erblicher Staatschef mußte Bonaparte selbstverständlich nach Kindern verlangen; als Herzog, als Pair oder als Connetabel Ludwigs des Achtzehnten konnte er allenfalls auf Nachkommen verzichten. Aber zu ihrem großen Schmerze dachte Napoleon garnicht daran, die Rolle eines Monk zu spielen.

Mittlerweile bahnte der Lauf der Dinge, zumal ein im März 1804 entdecktes royalistisches Komplott, das auf die Ermordung des Ersten Konsuls hinauslief, immer unabweislicher der Überzeugung die Wege, daß nur die Errichtung eines Thrones die Fortdauer der Ruhe im Inneren des Staates verbürgen könne. Die gesetzgebenden Faktoren schlugen Napoleon daher die Annahme der erblichen Kaiserwürde vor, und eine Volksabstimmung wählte ihn zum Herrscher Frankreichs. Am 18. Mai rief im Schlosse von St. Cloud, wo der Hof gerade weilte, der bisherige Konsul Cambacérès an der Spitze der Senatoren Napoleon Bonaparte zum Kaiser der Franzosen aus. Dann verfügte sich der Senat in die Gemächer Josephinens und proklamierte diese zur Kaiserin; als sie zum ersten Male mit dem Titel „Majestät“ angeredet wurde, war sie tief ergriffen und dankte in einer ihr trefflich stehenden Verwirrung. Nun schien aber eine Krönung nötig, um die neue Herrschaft in den Augen der Welt an Glanz nicht hinter den alten Monarchien Europas zurückstehen zu lassen, und sofort tauchte die Frage auf: Sollte Josephine gekrönt werden wie der Kaiser? Sie wünschte es glühend, denn mit Recht erblickte sie in einer solchen Ehrung ein Band, das ihren Gatten enger an sie fesseln würde, eine sichere Bürgschaft gegen die Verstoßung. Wurde ihr dieser Herzenswunsch erfüllt, dann war das unheimliche Spukgebilde, das ihr die letzten Jahre verbittert hatte, gebannt für alle Zeiten und ihre Stellung ihrer Meinung nach unantastbar. Aber aus demselben Grunde setzten die Gegner alles in Bewegung, eine Krönung Josephinens zu verhindern. Schon gewann es den Anschein, als sollten sie siegen, da stimmte gerade ihr allzu deutlich zur Schau getragener, den Kaiser verletzender Triumph diesen noch einmal um; es kam dazu die zweifelhafte Hoffnung auf bessere Erfolge in einer neuen Ehe — auch seine Liebschaften hatten keine Deszendenz ergeben —, die warme Sympathie für seine Stiefkinder und endlich die immer wieder erwachende Liebe zu der an seine Seite gestellten Frau; nach einer erregten Szene, wie

diese Zeit sie mehrfach gebracht haben mag, zog er Josephine an sein Herz, erklärte, daß er nie die Kraft finden würde, sich von ihr zu trennen, und forderte sie mit Worten, die ihr wie ein Evangelium klangen, auf, sich zur gemeinsamen Krönung zu rüsten.

Da es nun wünschenswert schien, dem jungen gallischen Kaisertume dieselbe Basis zu geben, auf der einst das alte römisch-germanische geruht hatte, wurde an Papst Pius den Siebenten die Bitte gerichtet, zur Inauguration der napoleonischen Weltmonarchie nach Frankreich zu kommen, und nach längeren Verhandlungen erklärte er sich dazu bereit; es mochte ihn mit Genugtuung erfüllen zu sehen, wie der mächtigste Herrscher der Welt vor dem Haupte der Kirche das Knie beugte. Josephine schwamm in einem Meere von Seligkeit, vom Heiligen Vater gesalbt zu werden! Nie hatten ihre kühnsten Pläne sie solches Glück schauen lassen. Und doch hegte sie noch einen heißen Wunsch: die kirchliche Einsegnung ihrer, den Anschauungen der Direktorialzeit entsprechend, nur bürgerlich geschlossenen Ehe. Durfte sie jetzt vielleicht hoffen, durch Vermittlung des Papstes dieses sehnende Verlangen gestillt zu sehen und so eine neue Festigung ihres Bundes mit Napoleon zu erreichen? Allerdings schien es sehr fraglich, ob ihr Gatte für die Gewährung einer dahin zielenden Bitte zu haben sein werde; ergab doch die durch einen Priester vollzogene Trauung ein neues Hindernis für das eventuelle spätere Auseinandergehen. Aber ein Versuch konnte immerhin gemacht werden; daher wandte Josephine sich in Fontainebleau an den über die Alpen gekommenen Pontifex und bat ihn, bei Napoleon das Nachholen der kirchlichen Weihe ihres Ehebundes durchzusetzen. In der Tat konnte Pius eine Frau, die nach priesterlicher Anschauung im Konkubinat lebte, nicht gut salben und krönen, und so erklärte er denn dem Kaiser auf das bestimmteste, er vermöge wohl an ihm selbst, aber ohne das erwähnte Zugeständnis unmöglich an Josephine die heilige Handlung zu vollziehen. Diesem festen Entschlusse gegenüber mußte Napoleon nachgeben; sein Oheim Fesch, Kardinal von Lyon und Großalmosenier Frankreichs, erteilte daher am Tage vor der Krönung ganz im geheimen dem Ehebunde nachträglich den Segen der Kirche.

Nun konnte zur Krönung geschritten werden; ganz Frankreich und speziell seine Hauptstadt blickten der festlichen Handlung mit lebhafter Freude entgegen, und nur hier und da mischte sich in den allgemeinen Jubel der verhaltene Groll der Opposition; man fand beispielsweise in Paris an den Straßenecken Zettel angeklebt mit den Worten: „Letzte Vorstellung der französischen Revolution — zum Besten einer armen korsikanischen Familie". Aber solche Mißklänge, kaum beachtet, vermochten die Harmonie der allgemeinen Feststimmung nicht ernstlich zu stören. Und es war, als wolle auch die Natur mitfeiern; der 2. Dezember 1804, der mit Spannung erwartete Krönungstag, zog, ziemlich kalt zwar, aber sonst in aller Herrlichkeit herauf; ein klarer, blauer Himmel wölbte sich über Paris. Kanonendonner während der Fahrt des Kaiserlichen

Paares nach Notre-Dame leitete die Feier ein, deren Pracht an die Märchen des Orients erinnerte. Die Sonnenstrahlen, durch die prachtvollen Glasmalereien an den Fenstern der alten Kirche fallend, umstrahlten die mächtigen Pfeiler und Säulen mit buntflimmernden Lichtern und ließen die weiten Hallen wie mit lieblichen Teppichbeeten geschmückt erscheinen; aber lieblicher noch grüßten von den Tribünen herab, lebendigen blühenden Blumen gleich, die in den Wintertag den Lenz hineinzutragen sich bemühten, die Damen der Hofgesellschaft, fast alle jung und schön, in ihrem glitzernden Geschmeide: von blendenden Frauennacken sprühten strahlende Brillanten ihre Blitze, in Seide und Spitzen funkelten Juwelen, goldene Reifen gleißten von Alabasterarmen, und aus Goldhaar und Rabenflechten quoll das Leuchten farbiger Edelsteine hervor. Die Kaiserin trug eine herrliche weiße mit reicher Goldstickerei und Diamanten gezierte Atlasrobe und darüber einen mit goldenen Bienen besetzten, hermelinverbrämten Mantel von schwerem Purpursamt; ihr Haupt aber schmückte ein Diadem aus Edelsteinen und Perlen im Werte von mehr als einer halben Million Franken. Zunächst verlief alles der festgesetzten Ordnung gemäß: nach dem Kaiser salbte Pius auch Josephine; als er aber die Krone ergreifen wollte, um Napoleon mit diesem Sinnbilde fürstlicher Souveränität zu zieren, wurde ihm ein leichter ablehnender Wink gegeben; der Herrscher setzte sie sich — unter rücksichtsloser Mißachtung des päpstlichen Entgegenkommens — selbst aufs Haupt. Dann ließ er seine mit gefalteten Händen, auf die ihre Tränen niedertropften, vor ihm knieende Gemahlin derselben Ehre teilhaftig werden; auch sie schmückte er mit einer im Glanze von Brillanten und Smaragden schimmernden Krone. Und niemals sah Josephine vorteilhafter aus als an diesem festlichen Tage; das Glück bewährte seine alte Zauberkraft auch an ihr; es verjüngte und verschönte die Züge, aus denen der Lenz des Lebens längst entschwunden war, und wob etwas Mädchenhaftes um die ganze Erscheinung. Dazu war sie die Majestät selbst; der Anmut, ihrem natürlichen Erbteile, gesellte sich nun die Würde, die sie früher so oft hatte vermissen lassen. Und wem ein Blick gegeben war für die zärtliche Sorgfalt, mit der Napoleon seiner Lebensgefährtin die Krone aufs Haupt drückte, ihr dabei liebevoll das Haar ordnend, und wer das mildfreundliche Lächeln Josephinens sah, das ihm dafür dankte, der war vollauf berechtigt, die Zukunft der Beiden im rosigsten Lichte zu sehen und eitel Glück und Frieden von ihr zu erwarten. Herrliche Musik, von einem brillanten Orchester künstlerisch vorgetragen, in geschmackvollem Wechsel mit dem Hörner- und Trompetengeschmetter wie den Trommelwirbeln der in die Kirche befohlenen Regimentskapellen und den mächtigen Akkorden der Orgel beschloß die feierliche Handlung; draußen aber mischten sich die weithin hallenden Klänge der Glocken in die dröhnenden Salven der hinter dem Gotteshause aufgestellten Artillerie. Und dann brach die versammelte Menge aus in den oft wiederholten Ruf: „Vive L'Empereur! Vive L'Impératrice!“, der, nie gehört in

diesen Räumen, an den Wänden der gewaltigen Kathedrale widerhallend, ein neues Zeitalter heraufzuführen schien. Endlich kam die Heimfahrt; durch die illuminierten Straßen — es war spät geworden, und die Dämmerung brach herein — kehrten die Gekrönten in das Schloß zurück, beide tief ergriffen; zehntausend Reiter mit Fackeln in den Händen erleuchteten den Weg, den sie nahmen.

Vor der Fahrt nach Notre-Dame soll Napoleon zu seinem älteren Bruder, als sie beide im Festschmucke dastanden, gesagt haben: „Joseph, wenn unser Vater uns sähe!“ So hat vielleicht auch Josephine, als sie, mit der Krone Frankreichs geschmückt, vor dem Altar kniete, gedacht: „Wenn meine Mutter mich sehen könnte!“ Ihr Glück kannte keine Grenzen. Von einem Priester getraut, vom Papste gesalbt, vom Kaiser gekrönt — nun schien ihre Stellung unantastbar und ihre Zukunft gesichert.

Doch einen ewigen Bund mit dem Schicksal vermag der Mensch bekanntlich nicht zu knüpfen.

Neue Bücher über Musik

Biographisches und Autobiographisches

Von Dr. R. Hohenemser

In einem früheren Referat (Jahrgang 72, Heft 22, Seite 439) wurde auf ein damals neues biographisches Unternehmen des Verlages Breitkopf und Härtel, auf die kleinen Musikbücher, hingewiesen. Heute liegen nun einige weitere Bändchen dieser Sammlung zur Besprechung vor.

Trotz des eng gezogenen Rahmens hat man es versucht, auch einzelne Meister des 16. Jahrhunderts darzustellen, obgleich es den meisten Lesern dieser Biographieen ungemein schwer sein wird, zu den Werken einer so weit zurückliegenden Epoche ein Verhältnis zu gewinnen. Eugen Schmitz, ein genauer Kenner der Tonkunst jener Zeiten, hat in seinem „Orlando di Lasso" (Leipzig 1915), seine Aufgabe, was die Lebensbeschreibung betrifft, in vorzüglicher Weise gelöst. Seine lebendige und anschauliche Darstellung wird jedermann fesseln und unterrichten. Dagegen dürfte die Besprechung der Werke ihren Zweck kaum erfüllen und zwar nicht durch die Schuld des Verfassers, sondern weil es unter den gegebenen Umständen schwerlich anders möglich war. Es ist immer eine höchst mißliche Sache, von Stil und Gehalt eines Tonwerkes oder einer Gruppe von Tonwerken durch das bloße Wort, also ohne Beihilfe der Notenschrift, einen Begriff vermitteln zu sollen. Wer gewissenhaft verfahren will, wird sich weder mit Allgemeinheiten begnügen noch die gerade in der Musikschriftstellerei so üppig wuchernden blumenreichen, aber nichtssagenden Redensarten verwenden wollen. Er wird vielmehr versuchen, durch mehr oder weniger eingehende musiktechnische Erörterungen in das Wesen der betreffenden Komposition einzuführen. Zum Verständnis solcher Erörterungen aber bedarf der Leser gewisser Kenntnisse, die der Biograph, da er sie ihm unmöglich selbst geben kann, als bei ihm vorhanden voraussetzen muß. Diese Voraussetzung nun trifft gerade gegenüber den Werken der älteren Perioden nur in den seltensten Fällen zu. Wenn es Schmitz für nötig hält, seinen Lesern zu erklären, was ein Orgelpunkt sei, so kann er nicht erwarten, daß ihnen die wenigen Worte, die er gelegentlich über das Wesen des Cantus firmus sagt, genügen oder daß sie sich von einer Chanson und einer Chanson-

messe eine Vorstellung machen können usw. Vielleicht wäre es eine lohnende Aufgabe, einmal die Kompositionstechnik und die Formen des 15. und 16. Jahrhunderts in knapper und für musikalische Laien berechneter Weise darzustellen, selbstverständlich mit Notenbeispielen. An ein solches Buch könnten dann die Biographieen, die sich mit den Meistern der beiden Jahrhunderte beschäftigten, fruchtbringend anknüpfen, ist es doch aufs lebhafteste zu wünschen, daß sich immer weitere Kreise mit den unvergleichen Schätzen der alten kirchlichen und weltlichen Chorliteratur von den verschiedensten Seiten her innerlich vertraut machen.

Noch zwei andere der vorliegenden Bändchen haben Spezialforscher zu Verfassern. „A. Lortzing" (Leipzig 1914) rührt von G. R. Kruse her, dessen unermüdlichem Eifer wir die erste wirkliche Biographie des Meisters der deutsch-volkstümlichen komischen Oper zu verdanken haben (sie erschien 1899 im Harmonieverlag). In dem neuen Werkchen hat Kruse seinen Stoff naturgemäß knapper gestaltet, ohne jedoch in Trockenheit oder Dürftigkeit zu verfallen. Namentlich hat er die Besprechungen der einzelnen Opern gekürzt und z. B. die an sich sehr interessanten Nachweise, wie die ihnen zugrundeliegenden Fabeln schon vor Lortzing verwertet worden waren, mit Recht übergangen.

Eine ganz anders geartete Aufgabe stellte sich der seit einigen Jahren als Biograph Richard Strauß' bekannte Max Steinitzer (die Biographie erschien bei Schuster und Löffler, Berlin), als er es übernahm, für die kleinen Musikbücher eine Straußbiographie zu schreiben. Er will nicht bereits Gesagtes wiederholen (in der Tat rekapituliert er den äußeren Lebensgang auf nur wenigen Zeilen), sondern zu zeigen versuchen, wie Strauß' Eigenart aus der Kunst der Vergangenheit und aus den künstlerischen Einwirkungen, denen er nach einander ausgesetzt war, allmählich hervorwuchs. Wie mir scheint, ist ihm dies im allgemeinen gelungen, wenn ich auch z. B. in „Wanderers Sturmlied" keine Brahmsschen Einflüsse zu entdecken vermag. Wichtig ist die Feststellung, daß Strauß schon lange, bevor er die Josefslegende schrieb, Interesse für die von Musik begleitete Pantomime gezeigt hatte, und die Bemerkung Steinitzers, daß die Oper seit Wagner eigentlich ganz natürlicher Weise auf die Pantomime hindränge, da man ja den Gemütsausdruck der handelnden Personen immer mehr ins Orchester und immer weniger in den Gesang zu legen suche, ist wohl nicht unrichtig. Danach hätte sich also die Oper gleichsam selbst ihr Grab gegraben, wenn in der Kunst der einmal zurückgelegte Weg bindend wäre, man nicht vielmehr mit Seiten- und Neuentwicklungen rechnen müßte. Seine im Vorwort betonte Unparteilichkeit bekundet der Verfasser darin, daß er nicht alle Werke von Strauß ohne Einschränkung lobt, sondern z. B. gegen einzelne Teile des „Rosenkavalier" und gegen die Form, in welcher „Ariadne auf Naxos" geboten wird, Bedenken äußert. Als Anhang bringt er einen gelegentlich der Stuttgarter Straußwoche 1912 gehaltenen Vortrag über Strauß als Persönlichkeit zum Abdruck. Er wollte darin

zeigen, daß das nicht gerade günstige Bild, das man sich nach den Zeitungen von dem Menschen Strauß machen müsse, der Wahrheit nicht entspreche. Ob ihm dieser Nachweis gelungen ist, erscheint mir zweifelhaft.

Bei der Lektüre des „Giuseppe Verdi" von Arthur Neißer (Leipzig 1914) fühlt man sich auf etwas schwankendem Boden. Schon die zahlreichen Verstöße gegen einen guten deutschen Stil deuten auf eine gewisse Verschwommenheit des Denkens. Auch wird die Lebensgeschichte Verdis nicht überall klar erzählt, sondern manche Tatsachen werden nur nebenbei und zu spät erwähnt. Neisser besitzt offenbar eine genaue Kenntnis aller Verdischen Opern und hat bei Beurteilung derselben mit Recht auch italienische Schriftsteller herangezogen. Sämtliche Werke eingehend zu besprechen wäre unmöglich gewesen. Aber statt über manche nur Kleinigkeiten zu bemerken, hätte er sich meiner Überzeugung nach bei ihnen mit den äußeren Daten begnügen können und dafür das Verhältnis Verdis zu seinen älteren Zeitgenossen, namentlich zu Rossini, Bellini und Donizetti, aufzeigen sollen. Es ist merkwürdig, wie ein Verdibiograph diese so wichtige geschichtliche Seite seiner Aufgabe außer Acht lassen konnte, während er doch die höchst eigenartige Entwickelung, die sich in dem Schaffen des Meisters selbst vollzog, gut dargestellt hat. Leider ist das herrliche Requiem bei weitem nicht scharf genug charakterisiert, und wieder fehlen die geschichtlichen Anknüpfungen. Auch über die vier „Pezzi sacri" weiß der Verfasser nichts Rechtes zu sagen.

Einen entschiedenen Mißgriff beging der Verlag, als er Otto Keller mit der Abfassung einer Biographie Tschaikowskys betraute („Tschaikowsky", Leipzig 1914). Wenn der Autor im Vorwort sagt, er glaube, mit seinem Buch der Bedeutung des behandelten Künstlers einigermaßen gerecht geworden zu sein, so befindet er sich in einer gewaltigen Selbsttäuschung. Von einer eigentlichen Besprechung der Werke kann gar nicht die Rede sein, und das Ganze ist in einem unerlaubt plumpen, man möchte sagen, bäurischen Stile abgefaßt.

In einem gewissen Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Krieg steht die Veröffentlichung einer Biographie des Prinzen Louis Ferdinand (Elisabeth Wintzer, „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen", Leipzig 1915), der bekanntlich 1806 bei Saalfeld fiel. Er war nicht nur ein bedeutender Klavierspieler, dem selbst Beethoven seine Anerkennung nicht versagte, sondern besaß auch produktive Begabung. Eine Reihe seiner Kompositionen, fast ausschließlich der Kammermusik mit Klavier angehörig, erschien seit 1806 bei Breitkopf & Härtel. Acht dieser Werke gab 1906 H. Kretzschmar in einem stattlichen Bande neu heraus. Die Verfasserin der Biographie entwirft unter Benützung zeitgenössischer Quellen, aber mit zu großer Redseligkeit, ein Lebensbild des Prinzen und flicht eine Besprechung seiner Werke ein. Hier können trotz teilweiser Anlehnung an das Vorwort der Neuausgabe ihre reichlich phrasenhaften Ausführungen nicht genügen. Aber selbst Kretzschmar scheint mir die Kompositionen des Prinzen, die, musik-

geschichtlich betrachtet, von hohem Interesse sind und jedenfalls auf Weber und Schumann eingewirkt haben, nach der Seite ihres künstlerischen Wertes stark zu überschätzen.

Nicht zu den kleinen Musikbüchern gehörig, aber gleichfalls bei Breitkopf & Härtel erschienen ist „Engelbert Humperdinck" von Otto Besch (Leipzig 1914). Der erste Teil des Buches, der den äußeren Lebensgang des Komponisten erzählt, bringt manches Anziehende aus seinen Jugendjahren und manches Interessante, so über seinen Verkehr mit Wagner, über sein Eintreten für Hugo Wolf 2c. Aber im ganzen ist die Darstellung viel zu breit und geschwätzig. Der zweite Teil ist der Besprechung der Werke gewidmet, und diesmal begegnen wir auch einigen Notenbeispielen. Wenn dem Verfasser in „Hänsel und Gretel", das noch immer als Humperdincks Hauptwerk gelten muß, die Musik zum Traum der Kinder zu pompös erscheint, so wundert es mich, daß ihm nicht aufgefallen ist, daß auch in anderen Teilen der Oper die Musik zu schwer auf dem Stoff lastet, ja, daß das polyphone Orchestergewebe der „Meistersinger" wohl überhaupt nicht die natürliche musikalische Einkleidung eines Kindermärchens abgibt. Seinen großen Erfolg verdankt das Werk nicht seiner Polyphonie, sondern gerade seinen einfach gehaltenen Teilen und der Einflechtung zweier Volkslieder. Besch betrachtet „Hänsel und Gretel" als eine Reaktion gegen den Verismus, d. h. gegen die Richtung, welche mit Mascagnis „Cavalleria" begann und auch in Deutschland Nachahmer fand. Aber aus einer solchen Reaktion könnte man bestenfalls den Erfolg des Werkes erklären, keineswegs jedoch seine Entstehung. Vielmehr ging die Zuneigung zu dem Stoff und die Art der musikalischen Behandlung völlig aus Humperdincks künstlerischer Persönlichkeit hervor, die sich genau ebenso geäußert haben würde, auch wenn kein Verismus existiert hätte. Wir befinden uns vielfach noch immer in dem Wahn, ein Kunstwerk durch Hineinstellen in irgendeinen konstruierten Zusammenhang mehr zu ehren als durch die Anerkenntnis, daß es aus der nicht weiter zu erklärenden Eigenart einer Künstlerpersönlichkeit hervorgegangen sei.

Auch eine kleine, für weite Laienkreise bestimmte Beethovenbiographie haben wir zu erwähnen. (H. Freiherr von der Pfordten, „Beethoven", mit einem Portrait, 2. durchgesehene Auflage, Quelle & Meyer, Leipzig 1913). Freilich hätte der Verfasser im Vorwort, wo er sagt, daß das Buch aus wissenschaftlichen und aus populären Vorträgen entstanden sei, die popularisierende Tendenz, die es tatsächlich verfolgt, deutlicher betonen können. Wenn also auch keine neuen Forschungsergebnisse vorgelegt und keine neuen Gesichtspunkte gewonnen werden, so ist die Biographie doch wegen ihrer frischen Darstellung und wegen der in ihr zutage tretenden gesunden ästhetischen Ansichten entschieden zu empfehlen. Von der Pfordten sieht in Beethoven einen dramatischen Lyriker. Dramatisch ist er, insofern sich in seinen Werken häufig gewaltige Kämpfe abspielen; aber diese Kämpfe stellen nicht etwa Kämpfe der Außenwelt oder überhaupt irgend etwas Außermusikalisches dar, sondern sie finden zwischen den musikalischen

Gestaltungen und eben damit zwischen den durch dieselben in uns erzeugten Stimmungen, Gemütsbewegungen statt, da alle Instrumentalmusik (ich füge bei, alle Musik) im Grunde lyrisch ist, ja noch unmittelbarer als ein lyrisches Gedicht von unserer Seele Besitz ergreift. Danach ist es nur konsequent, daß zwischen denjenigen Werken, bei welchen Beethoven den Anlaß ihrer Entstehung andeutet, wie z. B. bei der „Eroica", der Pastoralsymphonie ꝛc., und denjenigen, bei welchen dies nicht der Fall ist, kein Wesensunterschied gemacht wird. Verdienstlich ist es ferner, daß der Verfasser mit aller Schärfe dem übertriebenen, heute zur Mode gewordenen Beethovenkultus zuleibe geht, der seine Verkehrtheit teils in der einstigen Bevorzugung der letzten Werke des Meisters gegen die früheren, teils in der einseitigen Bevorzugung Beethovens gegen seine ebenbürtigen Vorgänger äußert. Leider ist manches, so der Abschnitt über die Streichquartette, doch gar zu oberflächlich behandelt.

Später als im Gebiet der Literatur und auch nicht in gleicher Fülle trat im Gebiet der Tonkunst neben die Biographie die Autobiographie. Im allgemeinen ist es nicht Sache der Musiker, sich vor der Öffentlichkeit in Worten auszusprechen, und gerade die größten werden hierzu am wenigsten geneigt sein. Als der berühmte Theoretiker Mattheson an die hervorragenderen Musiker eine Aufforderung zur Einsendung autobiographischer Aufzeichnungen ergehen ließ, die er dann als „Ehrenpforte" veröffentlichte, kam Händel trotz mehrfacher Mahnungen dieser Bitte nicht nach. Je bewußter man aber etwa seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts die Tonkunst als einen wichtigen Faktor des gesamten Geisteslebens betrachtete, je enger sich also die Musiker mit der Allgemeinheit verbunden fühlten, um so häufiger trat bei ihnen das Bedürfnis hervor, sich über ihren Lebensgang und namentlich über ihre künstlerischen Bestrebungen öffentlich zu äußern. Ich erinnere an die Selbstbiographieen von Reichardt, Dittersdorf, Spohr, Wagner, Berlioz. Das bekannte Memoirenwerk des letzteren liegt jetzt in einer neuen deutschen Übersetzung vor („Hektor Berlioz, Lebenserinnerungen", ins Deutsche übertragen und herausgegeben von Dr. Hans Scholz, H. C. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, Oskar Beck, München, 1914), welche der Verleger wohl mit Recht als die erste billige deutsche Ausgabe bezeichnet. Aber der Übersetzer hätte seinen Vorgänger R. Pohl, der die Memoiren schon 1864 in vier Bänden herausgab, nicht unerwähnt lassen sollen. Wenn man auch von Berlioz nicht erwarten darf, daß er stets nur die strenge Wahrheit berichtet, so bleibt sein Buch doch immer wichtig und interessant. Es gewährt uns einen, wenn auch keineswegs erschöpfenden Einblick in seinen eigenartigen Charakter, in welchem Exzentrizität, echte Kunstbegeisterung und gründliches fachmännisches Wissen einander ebensowenig ausschließen wie Hang zur Menschenverachtung und tiefes Dankbarkeitsgefühl gegen die, welche dem Künstler Förderung und Verständnis entgegenbrachten. Es offenbart ferner großes schriftstellerisches Talent, das sich freilich nicht im Aufbau des Ganzen, sondern in lebendigen Einzeldarstellungen bekundet und Berlioz zum geistreichen Feuilletonisten stempelt.

Endlich bietet es wertvolle Einzelheiten zur musikalischen Zeitgeschichte, namentlich Vergleiche zwischen dem Musikleben Frankreichs und Deutschlands. Die Übersetzung ist im allgemeinen treu und dabei fließend lesbar, wenn auch einzelne Fehler und Steifheiten nicht ausgeblieben sind.

Stärker als der schaffende Künstler wird der reproduzierende den Wunsch empfinden, über das, was er erstrebte, Rechenschaft abzulegen; denn die Nachwelt kann ihm ja nicht aus eigener Anschauung gerecht werden und selbst die Mitwelt nur schwer, da namentlich beim Bühnenkünstler der einzelne und der dauernde Erfolg von tausend Zufälligkeiten, über die er keine Gewalt hat, abhängig ist. Darin liegt die innere Rechtfertigung der zahlreichen „Lebenserinnerungen" von Schauspielern und Sängern. Auch Rosa Sucher, die einst gefeierte Darstellerin der Isolde und Brünnhilde, hat ihr Leben beschrieben (Rosa Sucher, „Aus meinem Leben", Breitkopf & Härtel, Leipzig, 1914). Ein Buch ist diese Selbstbiographie, die ohne Einleitung beginnt und ohne Schlußwort endigt, kaum zu nennen, insofern sie auf Komposition, auf innere Geschlossenheit überhaupt keinen Anspruch erhebt. Die Verfasserin will nur schlicht erzählen, was ihr interessant erscheint, und bedient sich dabei ihres rein persönlichen Stiles, der von Provinzialismen ihres Heimatlandes Bayern nicht frei ist. Aber wir folgen ihr mit Vergnügen und Anteilnahme, weil wir in ihr eine lebensvolle, ungeschminkte Persönlichkeit erkennen. Wir hören von den Freuden und Leiden ihrer Jugend, von ihrem unwiderstehlichen Drang zur Bühne, von ihrer Begeisterung für Wagners Kunst, die niemals nachließ, von den materiellen Nöten der Anfängerin, dann von ihren glänzenden Erfolgen in Europa und Amerika, von den Augenblicken höchsten Glückes, wenn die Aufführung eines der von ihr besonders geliebten Werke ihrem Ideal entsprochen hatte, wie namentlich in Bayreuth, von den Mühen des täglichen Repertoiredienstes, von ihrer glücklichen Ehe mit dem Kapellmeister Sucher und endlich von dem dunkeln Schleier, der sich mit ihrer Entlassung von der Berliner Oper, mit dem kurz darauf erfolgten Tode ihres Mannes und mit langwieriger Krankheit auf ihr Leben niedersenkte. Hoffen wir, daß ihr ein freundlicher Lebensabend beschieden sein möge.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 36.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6518.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Heft 49 der Grenzboten konnte nicht rechtzeitig zur Ausgabe gelangen. Heft 50 wird wieder in gewohnter Weise erscheinen.

Stärke und Macht des Deutschtums in den baltischen Provinzen

Von Dr. K. Stavenhagen

(Fortsetzung)

Deutscher Verein.

Bis 1905 und darüber hinaus sind die Ritter- und Landschaften der Haupthalt des Baltischen Deutschtums gewesen. Auf Grund des Manifestes vom 17. Oktober 1905 konnte dann zur Schaffung einer neuen großen Organisation geschritten werden, die alle Deutschen vereinigen und ihre Kulturbestrebungen zusammenfassen sollten. Es waren dies die drei deutschen Vereine in Livland, Estland und Kurland. Der deutsche Verein in Livland zerfiel in neunzehn Ortsgruppen und hatte im Berichtsjahre 1912 16,472 Mitglieder. Das in sieben Jahren aufgebrachte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Vereins betrug 537565 Rubel, also nach damaligem Kurse weit über eine Million Mark. Das Vermögen ist in schnellem Wachstum begriffen gewesen: kurz vor Kriegsausbruch beschloß die Ortsgruppe Riga zur Sicherstellung ihrer Schulen nach dem Muster der Roseggerstiftung einen Schulfond von 100000 Rubel

zu stiften. In wenigen Monaten war die Summe zusammengebracht und sogar mit 35000 Rubel überzeichnet. Das Budget des livländischen Gesamtvereins balancierte 1912 mit 403656 Rubel, also annähernd 1 Million Mark. Der Verein der Deutschen in Kurland hatte während des Geschäftsjahres 1. Juli 1912 bis 1. Juli 1913 6574 Mitglieder in 20 Ortsgruppen. Das Vermögen belief sich auf 259922 Rubel, Einnahmen und Ausgaben auf 91,700 Rubel. Auch in Kurland war man zur Sammlung eines Schulfonds von 100000 Rubel geschritten, die der Krieg unterbrach. Der deutsche Verein in Estland hatte im selben Geschäftsjahre wie Kurland 4310 Mitglieder in sechs Ortsgruppen. Vermögen: rund 100000 Rubel; Einnahmen und Ausgaben: 114476 Rubel. Bei Kriegsbeginn wurden die drei Vereine von der Regierung geschlossen. Das Vermögen ging in den Besitz der Ritterschaft über. Das Haupttätigkeitsfeld der Vereine war die Schule, über die wir unter der Rubrik Schulwesen berichten werden. Um aber von der Tätigkeit des Vereins ein Bild zu machen, seien hier die Sektionen und Anstalten zweier Ortsgruppen angeführt: Riga 1. Werbesektion, 2. die Schulsektion erhielt ein Gymnasium mit Realabteilung, eine Bürgerschule, zwei Elementarschulen nnd unterstützte zwei Elementarschulen. 3. Deutsches Schulmuseum. 4. Der pädagogische Kreis veranstaltete Debatten und Vorträge über pädagogische Fragen. 5. Die Sektion für Literatur und Kunst veranstaltete Vortragsabende mit nachfolgender Diskussion; zog reichsdeutsche Rezitatoren und Vortragende heran; veranstaltete Unterhaltungsabende, Übungen im Jugendchorgesang (1912: 247 Kinder); gab den baltischen Jugendkalender heraus; veranstaltete 5 billige Volksvorstellungen im Deutschen Stadttheater; erhielt eine Schülerwerkstatt; ein Ausschuß von ihr, die Jugendschriftenkommission führte den Kampf gegen die Schund[illegible] erhielt eine Schulwanderbibliothek. 6. Deutsches Handwerkslehrl[illegible] 7. Deutsches Kaufmannslehrlingsheim (beides Internate.) [illegible] wurde die Zentralauskunftsstelle für deutsche Armenpflege. 9. Die Bibliothekssektion erhielt eine Bibliothek (8217 Bände) und vier Wand[illegible]. 10. Anstalt für Arbeitsnachweis. 11. Die Vereinigung für Hei[illegible] gab das Jahrbuch für Heimatkunde heraus und veranstaltete 35 E[illegible] touren und eine Dampfertour nach der Insel Remö; unterhält [illegible] auskunftei. 12. Der Sängerhort veranstaltete 51 Proben, d[illegible] aktiven und 88 passiven Mitgliedern besucht waren. 13. Die Li[illegible] veranstaltete zwölf Vorstellungen. 14. Vereinigung zur Begründ[illegible] haltung von Arbeiterkolonien.

Die Ortsgruppe Dorpat erhielt eine Elementar- und eine [illegible] ein Pensionat für Zöglinge von Vereinsschulen, ein Handwerkslehrlingsheim, eine Anstalt für Hauskaufvermittlung und Häuserverwaltung, die für die Erhaltung und Stärkung des deutschen Immobilienbesitzes sorgt, ein[illegible] und Sparkasse (Reingewinn 13273 Rubel), eine Bibliothek und eine [illegible].

Dieselbe oder ähnliche Arbeit leisteten die übrigen Ortsgrupp[illegible]

In Estland ist dem deutschen Verein ein Frauenverband angegliedert. Die entsprechende Organisation in Livland und Kurland ist vom deutschen Vereine unabhängig. Diese „Frauenbünde" unterhalten Schulen und Kinderhorte („Krippen"), Ferienheime, Mittagstische, praktische Kurse für Mädchen usw.

Schulwesen.

Bis Ende der achtziger Jahre war, wie schon bemerkt, das gesamte höhere und niedere Schulwesen der Ostseeprovinzen bis auf die für die bäuerliche lettische und estnische Bevölkerung bestimmten Volksschulen deutsch. Mit der Russifizierung wurde nicht nur in allen staatlichen und städtischen Schulen, sowie auf den beiden Hochschulen die russische Unterrichtssprache eingeführt, sondern die deutsche Sprache wurde auch in allen Privatschulen als Unterrichtssprache verboten und durfte nur als fremde Sprache gelehrt werden. Ein Teil der Eltern sah sich aus pekuniären Gründen sowie um der Wehrpflichtsrechte willen gezwungen, ihre Kinder in diese russischen Schulen zu geben. Es wurden von Deutschen Privatschulen mit russischer Unterrichtssprache gegründet, um die Kinder wenigstens möglichst lange dem depravierenden Einfluß der aus dem Innern des Reiches kommenden Lehrerschaft zu entziehen. Andere Eltern ließen ihre Kinder in „Kreisen" von acht bis zehn Schülern unterrichten, um sie dann nach Deutschland oder auf die sogenannten „Kirchenschulen" (Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen) der deutschen Kirchengemeinden Petersburgs, die das Privileg deutscher Unterrichtssprache weitergenossen, zu geben. Das Jahr 1905 brachte eine Wendung zum Besseren, indem es hinfort Privatpersonen, Korporationen und Vereinen erlaubt wurde, Schulen in der Muttersprache ohne Rechte zu eröffnen. Daraufhin entstanden in den drei Provinzen eine Reihe von Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, die wir weiter unten betrachten wollen. Die städtischen und staatlichen Schulen blieben russisch, wenn auch in den städtischen Schulen eine bis auf Religion und deutsche Sprache russisch unterrichtende deutsche Lehrerschaft die unheilvollen Folgen der Russifizierung nach Möglichkeit abzuschwächen suchte.

a) Hochschulen. Das Baltikum hat zwei Hochschulen, die Universität Dorpat und die technische Hochschule zu Riga. Die Universität Dorpat ist 1632 von Gustav Adolf von Schweden gegründet worden. Sie bestand mit Unterbrechungen bis zum nordischen Kriege 1710. 1802 wurde sie von Kaiser Alexander dem Ersten neu eröffnet. Sie war eine staatliche Universität mit allen Rechten und deutscher Unterrichtssprache. Ihr Unterhalt wurde zum größten Teil aus den Einkünften livländischer Domänengüter bestritten. Diese alma mater Dorpatensis ist in Deutschland bekannt. Die sehr zahlreichen Balten, die in Deutschland jetzt akademische Katheder inne haben, sind aus ihr hervorgegangen. Als der Astronom Struve mit dem damals größten (Frauenhoferschen) Fernrohr von neun Zoll Objektivdurchmesser die Entfernungen der Doppelsterne maß, als er als erster mit einem eigens dazu konstruierten Uhr-

werke mit dem Fernrohr dem Laufe der Sternbewegung folgte, lenkte Dorpat die Augen von ganz Europa auf sich. 1893 wurde die Universität russifiziert und in Jurjew umbenannt. An die Stelle der deutschen Professoren traten größtenteils russische. Um den wissenschaftlichen Ruf der Universität war es geschehen. Ihre Bedeutung für das baltische Deutschtum büßte sie auch jetzt nicht völlig ein. Einmal konnte die theologische Fakultät aus praktischen Gründen nicht russifiziert werden. An ihr lehren bis heute sieben Dozenten in deutscher Sprache. Durch sie konnten unter theologischem Deckmantel philosophische Kollegs eingeschmuggelt werden. Von der Ritterschaft bezahlte privatissima sorgten für eine deutsche historische Bildung. Außerdem blieben der medizinischen Fakultät ein paar Deutsche erhalten. Vor allem aber waren es die deutschen Studentenkorporationen, die weiter bestanden und für die Pflege der alten Tradition von Bedeutung waren. Es sind Korps mit ausgeprägt landsmannschaftlichem Charakter. Sie haben vieles Altertümliche, das auf den reichsdeutschen Universitäten längst verloren ist, bewahrt und selbstständig weiterentwickelt. Bewahrt ist zum Beispiel der Gedanke einer allgemeinen Burschenschaft: die Korps bilden einen Ausschuß, den Chargiertenkonvent, der an der Spitze des Burschenstaates steht. Auch die „Wilden" verpflichten sich auf den herrschenden Ehrenkodex, „garantieren den Komment". Sie gelten dann als „Bursche". Zwischen allen Burschen, einerlei ob aktiv oder nicht, herrscht der Duzkomment. Für inkommentmäßige Beleidigungen oder Ausschreitungen kommt der Bursche vor das allgemeine Burschengericht. Die eigentliche Waffe ist neben der Pistole der Schläger. Gefochten wird aber nur Schläger glacé, das heißt in der heute in Deutschland üblichen Säbelauslage mit freier Mensur, das heißt es wird auf einem Kreise voltiert. Die interne Mensur, zwischen Gliedern ein und desselben Korps, ist gestattet; die Bestimmungsmensur ist unbekannt geblieben. Das Dörptsche „Burschenliederbuch" ist im wesentlichen ein Auszug des Lahrer Kommersbuches. „Reisestipendien" der Korps sorgen dafür, daß ihre Glieder an reichsdeutsche Universitäten kommen. Daß diesen Korps ein fortschrittlicher Geist innewohnt, beweist die Lösung eines Problems, mit dem man sich in Deutschland bisher vergebens abgemüht hat: die Antiduellantenfrage ist dort seit etwa 50 Jahren gelöst. Duellanten und Antiduellanten gehören zu den Corps, Streitigkeiten unterliegen einem ehrengerichtlichen Verfahren, das von der Universität her ins Philisterleben gedrungen ist und nach dem überall im Lande verfahren wird. Die Verknöcherung in Äußerlichkeit und Formelkram, wie sie vielfach in reichsdeutschen Korps herrscht, ist Dorpat fremd geblieben.

Die deutschen Korps sind die Curonia, Estonia, Livonia, Fraternitas Rigensis, Neobaltia und neuerdings die Teutonia (Söhne südrussischer Kolonisten). Eine lettische Korporation, die Lettonia, gehörte bis zur Revolution zum Chargiertenkonvent. Seit 1905 sind noch lettische und estnische Korps hinzugekommen, die dem Chargiertenkonvent nicht angehören und ohne Bedeutung

sind. Von der Bedeutung der deutschen Korporationen macht man sich, an reichsdeutsche Verhältnisse gewöhnt, nur schwer eine Vorstellung. Schon rein quantitativ sind sie den deutschen Korps überlegen: die Curonia z. B. hat zu Zeiten über hundert Korpsburschen, „Landsleute", gehabt. Das hundertjährige Jubiläum desselben Korps 1908 hatte in Kurland fast den Charakter einer allgemeinen Landesfeier. Von Wichtigkeit sind die Korps einerseits deshalb, weil sich hier die Männer, Adelige und Bürgerliche, bevor sie in den Landesdienst hinaustreten, gründlich kennen lernen, die alten baltischen Traditionen in sich aufnehmen, einer strengen Disziplin in diesem Sinne unterworfen werden und sich hier ein in Deutschland nicht annähernd ähnliches sich solidarisch fühlen allen Dorpater Burschen einimpft, das sie ins Leben mit hinausnehmen. Der Kern, um den sich die ganze Korpserziehung gruppiert, ist der halb gesellschaftliche, halb ethische „Honorigkeits"-begriff, ein Ehrbegriff, der alle Lebensäußerungen umfaßt. Er ist es auch, auf dem eine andere eigentlich dörptische Schöpfung ruht: der sogenannte „Literatenstand". Die „studierten" Bürgerlichen Deutschlands bilden keinen Stand, sondern nur eine Klasse, die, sofern sie überhaupt Gemeinsames hat, gemeinsame wirtschaftliche und geistige Interessen hat. Im übrigen kümmert sich der Pastor nicht um den Juristen, der Jurist nicht um den Oberlehrer. Im Baltikum bilden die Pastoren, Juristen, Oberlehrer, Architekten, Universitätsprofessoren einen Stand, eine Erweiterung der Familie, mit allen Merkmalen eines solchen: gemeinsame Traditionen, Anschauungen und gesellschaftliche Ansprüche, Standesdisziplin, Satisfaktionszwang und Solidaritätsgefühl. Es wäre ein Leichtes gewesen diesem Stand, wie kurz vor Ausbruch des Krieges im Interesse der „Mobilmachung" im Nationalitätenkampf geplant wurde, auch juristisch das Gepräge einer Standschaft zu geben. Dabei handelt es sich nicht um eine Kaste, die keinen homo novus duldet. Im Gegenteil immerzu wachsen aus Handwerker- und Kaufmannskreisen in den Literatenstand neue Glieder hinein, die sich dann allerdings den Standestraditionen unterwerfen müssen.

Wir haben diese Dinge hier so ausführlich behandelt, weil sie es einerseits erklären, wie sich das Deutschtum im Baltikum im Gegensatz zu dem Deutschtum etwa in Moskau so rein erhalten hat, und andrerseits eine Gewähr für die Zukunft bilden könnten. Das Standesgefühl des deutschen Adels und das des Literatenstandes, zwischen denen mannigfache Beziehungen hin- und herlaufen, haben sich als eine mächtige Waffe im Nationalitätenkampfe erwiesen.

Von ähnlicher, wenn auch nicht gleich großer Bedeutung für die Existenz des baltischen Deutschtums ist die zweite Hochschule gewesen, das rigische Polytechnikum. Es ist 1862 eröffnet worden, ist eine Anstalt mit allen staatlichen Rechten, wird aber von der Stadt Riga, der rigischen und der revalschen Kaufmannschaft und den vier Ritterschaften (Estland, Livland, Ösel, Kurland) erhalten und von deren Delegierten, also nur Deutschen, verwaltet. Gelesen

muß jetzt in russischer Sprache werden. Von den 69 Professoren sind etwa 58 Deutsche, also über 84 Prozent. Die Frequenz betrug am 1. Januar 1914 2084 Studenten. Es existieren drei deutsche Korps an der Hochschule mit ähnlichem Charakter wie die Dörptschen. Die Bedeutung dieses Instituts besteht darin, daß den Balten hier die Errungenschaften deutscher Technik und deutsche Schulung vermittelt werden.

b) Mittleres und niederes Schulwesen.

Durch die Russifizierung des bis in das Ende der 80 ziger Jahre reindeutschen Schulwesens erhielt das baltische Deutschtum seinen schwersten Schlag. Wie man sich zu helfen suchte, haben wir oben gesehen. Seit 1905 haben die Balten wieder das Recht Schulen mit deutscher Unterrichtssprache zu erhalten. Es entstanden die Schulen, die unten aufgezählt werden. Der Krebsschaden, an dem diese Privatschulen — staatliche und städtische Schulen blieben, wie gesagt, russisch — litten, war der Mangel an jeglichen Rechten. Der Absolvent des Lehrerseminars zu Mitau oder des Lehrerseminars zu Dorpat mußte sich z. B. seine Lehrberechtigung an einer Prüfungs-Kommission der russischen Lehrbezirksverwaltung, der Absolvent eines Privatgymnasiums sein Reifezeugnis oder die Freiwilligen- oder die Apothekerberechtigung an einem staatlichen Gymnasium erwerben. Daß es die dort examinierenden russischen Lehrer an jeder erdenklichen Chikanierung nicht fehlen ließen, ist für jeden Kenner der Verhältnisse selbstverständlich. In den letzten Jahren vor dem Kriege war das sogenannte „Externenexamen" für den, der nicht über große Geldmittel zu Bestechungszwecken oder hohe Protektion verfügte, fast eine Unmöglichkeit. Diese Schwierigkeiten haben naturgemäß manche Eltern abgeschreckt, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken. Sonst wäre die Zahl der Schulen noch größer. Besser dran als die Mehrzahl der Privatschulen waren die 4 oder eigentlich 5 Gymnasien — das zu Mitau ist eine Doppelschule: Gymnasium und Realschule — die von den Ritter- und Landschaften erhalten wurden. Diese Schulen haben das Privileg, daß ihre Absolventen von Kommissionen bestehend aus den Lehrern der Anstalt und einem staatlichen Deputierten examiniert werden, der im Chikanieren natürlich seine Hauptaufgabe sieht. Das Abiturium findet außer im Deutschen und in der Religion in russischer Sprache statt. Zur Erreichung dieses Ziels dient die oberste Repetitionsklasse mit russischer Unterrichtssprache. Das Fortkommen der Schüler, die die Schule nicht durchmachen, ist ebenso schwierig wie bei den Privatschulen. Wir geben nun eine Übersicht über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache:

Livland.

Der Deutsche Verein*) erhielt:

*) Alle Angaben über den Deutschen Verein beziehen sich für Kurland und Estland auf das Berichtsjahr 1. Juli 1912 — 1. Juli 1913, für Livland auf das Berichtsjahr 1912.

9 (gewöhnlich zweiklassige) Elementarschulen mit vierjährigem Lehrgang für Knaben und Mädchen, in Dorpat, Fellin, Hirschenhof, Oberpahlen, zwei in Riga, Rujen, Dubbeln, Wolmar
6 „Schulen II. Ordnung" das heißt Progymnasien, Bürgerschulen usw. für Knaben oder Mädchen mit einem Elementarklassenvorbau, in Arensburg, Dorpat, Pernau, Riga, Wenden, Werro
2 Höhere Töchterschulen in Pernau und Lemsal (diese ist bis Quarta gleichzeitig ein Knabenprogymnasium)
3 Lehrlingsheime, eins in Dorpat, zwei in Riga
1 Gymnasium und Realschule, in Riga.

Der Deutsche Verein unterstützte:

2 Elementarschulen, in Riga und Pernau
1 „Schule II. Ordnung", in Fellin (Progymnasium und Mädchenschule)
2 Höhere Töchterschulen, in Dorpat und Walk.

Außerdem existierten:

1 Elementarschule (Übungsschule des Seminars) in Dorpat
1 Lehrerseminar in Dorpat
1 „Fortbildungskurse des Kaufmännischen Vereins" zu Riga
4 Höhere Töchterschulen, in Dorpat und drei in Riga
1 achtklassiges Privatgymnasium in Dorpat
1 neunklassiges Gymnasium in Birkenruh (bei Wenden), erhalten von der Ritter- und Landschaft.

Kurland.

Der Deutsche Verein erhielt:

6 Volksschulen („Winterschulen") für die angesiedelten Kolonisten*) (eine Klasse mit drei Abteilungen; dreiwinteriger Lehrgang)
18 zweiklassige Elementarschulen für Knaben und Mädchen mit vierjährigem Lehrgang in Doblen, Durben, Frauenburg, Grobin, Polangen, Niederbartau, Jakobstadt, Friedrichstadt, Kandau, Libau, Mitau, Groß-Eckau, Neuhausen, Pilten, Preekuln, Talsen, Tuckum, Windau, Zabeln
3 „Schulen II. Ordnung" (Koedukt. Bürgerschulen oder Progymnasien mit Elementarklassen) in Goldingen, Griwa-Semgallen, Mitau
1 Höhere Töchterschule mit Elementarklassen in Libau
1 Lehrerseminar in Mitau (erhalten vom Deutschen Verein in Kurland und Livland)
1 Lehrlingsheim in Mitau.

Der Deutsche Verein unterstützte:

1 einklassige Elementarschule in Mesohten (Koed.)
1 zweiklassige (vier Abteilungen) Elementarschule in Hasenpoth (Koed.)

*) Deren Kinder besuchen außerdem die Elementarschulen, Bürgerschulen und das Gymnasium zu Goldingen.

1 vierklassige Mädchenschule des Deutschen Frauenbundes zu Mitau
1 vierklassiges Progymnasium mit Elementarschule zu Bauske (Koed.).

Außerdem existierten:

1 vierklassige Töchterschule in Tuckum
1 Höhere Töchterschule in Mitau
1 siebenklassiges Realgymnasium in Libau
1 „Landesschule" in Mitau (neunklassiges Gymnasium und achtklassige Realschule) } erhalten von der Ritter- und Landschaft
1 neunklassiges Gymnasium in Goldingen } erhalten von der Ritter- und Landschaft

Estland.

Der Deutsche Verein erhielt:

4 zweiklassige Elementarschulen mit vierjährigem Kursus für Knaben und Mädchen in Leal, Ampel, Jewe, St. Marien-Magdalenen
1 „Deutsche Schule" in Wesenberg (zwei Elementarklassen und vier Bürgerschulklassen Koed.)
1 „Deutsche Schule" in Hapsal (zwei Elementarklassen und eine Bürgerschulklasse [zwei Abteilungen] Koed.)
1 „Hansaschule" in Reval (eine Elementarklasse und vier Bürgerschulklassen Koed.)
1 „Kirchenschule" in Weißenstein (vierklassiges Progymnasium und siebenklassige Mädchenschule [bis Quarta Koeduk.] mit drei Elementarklassen)
1 Höhere Töchterschule in Reval.

Der Deutsche Verein unterstützte:

1 zweiklassige Elementarschule mit vierjährigem Kursus
1 vierklassige Mädchenbürgerschule in Reval
1 Höhere Töchterschule in Reval.

Außerdem existierten:

1 zweiklassige Elementarschule mit vierjährigem Kursus in Reval
1 Höhere Töchterschule in Reval
1 „Domschule"*), ein achtklassiges Realgymnasium mit fakult. Griechisch, erhalten von der Estländischen Ritter- und Landschaft.

Übersicht über das Schulwesen in allen drei Provinzen:

6 Volksschulen
38 Elementarschulen
18 „Schulen II. Ordnung" für Knaben und Mädchen, das heißt Progymnasien und Bürgerschulen mit Elementarklassen
13 Höhere Töchterschulen
7 Gymnasien und Realgymnasien (z. T. Doppelschulen)
1 Lehrerseminar
1 Lehrerinnenseminar
1 Fortbildungskurse des kaufmännischen Vereins zu Riga
4 Lehrlingsheime

89 Schulinstitutionen.

*) Gegründet 1319.

Hierzu kommen noch etwa zehn „Kirchenschulen", das heißt von der Kirche erhaltene Elementarschulen, Schülerwerkstätten, Kindergärten.

Was steht diesem blühenden deutschen Schulwesen an lettischen und estnischen Schulen gegenüber? Bis zur Russifizierung der Ostseeprovinzen, bis 1887, hatte jede Gemeinde ihre Volksschule, die den Kindern in lettischer und estnischer Sprache die Elementarkenntnisse vermittelte. Sie wurde und wird noch heute von der Gemeinde verwaltet. In Livland war und ist in jedem Kirchspiele der Gemeindeschule eine höhere Volksschule, die sogenannte Kirchspielschule, übergeordnet, wo der Unterricht gleichfalls in der Muttersprache stattfindet. Die Lasten tragen Gutsbesitzer und Bauern nach Maßgabe des Reinertrags ihrer Güter gemeinsam. Ebenso liegt die Verwaltung in den Händen zweier Selbstverwaltungsbehörden — seit der Russifizierung aber nur noch de jure, nicht de facto —, zu der Bauern und Großgrundbesitzer gehören. Der Schulbesuch war in der deutschen Zeit unentgeltlich und obligatorisch. Die Lehrer wurden in Seminarien ausgebildet, die von der Ritterschaft begründet und erhalten worden waren. Es gab zwei Volks-(Gemeinde-)schullehrerseminarien in Livland, je eins in Kurland und in Estland, außerdem ein Seminar für die Kirchspielschullehrer in Livland. 1887 wurde in den oberen Abteilungen der Gemeindeschule und den Kirchspielschulen auf Befehl der Regierung die russische Unterrichtssprache eingeführt. Im Anfangsunterricht wurde die Muttersprache „je nach Erfordernis" zugelassen, das heißt verschwand aus dem Unterricht ganz oder fast ganz. Die Aufsicht über den Unterricht wurde russischen Volksschuldirektoren und -inspektoren übertragen. Nach der Revolution wurde durch das Zirkular des Lehrbezirkskurators Lewschin vom 9. Oktober 1906 festgesetzt, daß in den Volksschulen während der ersten zwei Lehrjahre der Unterricht in der Muttersprache stattzufinden habe. Diese Vergünstigung wurde am 27. August 1913 durch den Kurator Schtscherbakow wieder aufgehoben, sodaß fortan vom ersten Schultage ab wieder in der den Kindern völlig fremden russischen Sprache „unterrichtet" werden mußte.

Seit der Russifizierung befanden sich also Letten und Esten in gleicher Notlage wie die Deutschen. Seit der Revolution hatten sie aber dasselbe Recht wie diese, Privatschulen (ohne Rechte) mit der Muttersprache als Unterrichtssprache zu gründen. Haben sie dies Recht wie die Deutschen ausgenutzt? Es ist schon charakteristisch, daß man nur sehr schwer Daten darüber erhalten kann. Die lettischen Kalender bringen nichts darüber und die Aufzählungen im „Lettischen Jahrbuch der Bildungsvereine"*) sind ungenau und unvollständig. Die durch die Adreßbücher ergänzten Daten sind folgende:

Es gibt an Schulen mit lettischer Unterrichtssprache in Kurland und Livland:

18 Elementarschulen (11 in Riga, 1 in Wolmar, 1 in Mitau),
7 Schulen „II. Ordnung" (1 Progymnasium in Riga; 3 vierklassige Handelsschulen in Rujen, Smilten, Wolmar; 1 vier-

*) Latweeschu Isglihtibas Beedribas Gada-Grahmata V 1913 S. 96 ff.

klassige landwirtschaftliche Schule mit Elementarklassen in Mitau; 1 fünfklassige Knabenschule in Modohn; 1 höhere Töchterschule mit zwei bisher eröffneten Klassen in Modohn)
1 Höhere Töchterschule in Riga
1 Realgymnasium mit fakult. Griechisch in Dubbeln.

22 Schulen sind also die Leistung von über einer Million Letten.

Es gibt an Schulen mit estnischer Unterrichtssprache in Estland und Livland:
2 Elementarschulen in Werro und Wesenburg
2 Progymnasien in Pernau und Fellin
2 Höhere Töchterschulen in Reval und Dorpat.

6 estnische Schulen.

Es ist möglich, daß mir die eine oder andere estnische Elementarschule entgangen ist. Eine Knabenschule I. Ordnung besitzen die Esten nicht. Ein Kapital von 500000 Rubel ist vor langer Zeit mal, damals noch unter Beihilfe deutscher Pastoren, dazu gesammelt worden. Zur Eröffnung dieser Alexanderschule kam es nicht. Die rund zwei Millionen Letten und Esten besitzen also 11 Schulen II. und 4 Schulen I. Ordnung (Höhere Töchterschulen, Realgymnasien usw.), die an Zahl zehnmal schwächeren Deutschen 18 Schulen II. und 22 Schulen I. Ordnung. Zu bemerken ist dabei, daß es sich dabei vielfach nur um nominell lettische und estnische Schulen handelt, daß oft die Hälfte oder gar Dreiviertel der Unterrichtsstunden, vor allem in den höheren Klassen, in russischer Sprache gegeben werden.

Theater und Kunst.

Es gibt in den Ostseeprovinzen zwei ständige deutsche Theater (in Riga und Libau) und zwei Sommertheater in Riga und eins in Dorpat. Das bedeutendste ist das deutsche Theater in Riga, das ein Schauspielensemble und eine Oper, an der übrigens Richard Wagner Kapellmeister gewesen ist, hat. Die anderen Nationen haben diesen Kulturleistungen nur ein ständiges lettisches und ein russisches und ein lettisches Sommertheater entgegenzusetzen. Wenn auf irgend einem Gebiete, so sichert in der Kunst der Zusammenhang mit dem Mutterlande dem Deutschen den Vorrang. Eine große Schar von gastspielgebenden Schauspielern, Deklamatoren, Vortragenden, Musikern findet es lohnend, die deutschen Ostseeprovinzen alljährlich zu besuchen. Ganze Schauspieltruppen aus Deutschland durchwandern das Land, auch die kleinen Städte. Für geeignete Bühnen ist überall gesorgt.

Für die Pflege deutscher Kunst sorgt eine große Zahl von Vereinen. Kurland, das für Kunst noch am wenigsten Sinn hat, hat deren etwa 10, obgleich einen großen Teil der Arbeit auch hier der deutsche Verein leistet. Riga besitzt allein etwa 30 deutsche Musikvereine. Unter ihnen sei der seit 1877 bestehende Wagnerverein hervorgehoben, der unter der Leitung des berühmten Wagnerforschers Glasenapp steht. Der Architektenverein und der Kunstverein in Riga seien unter den Vereinen für bildende Kunst genannt. Das unter deutscher Verwaltung stehende städtische Kunstmuseum hat eine Gemäldegalerie

mit Kupferstichkabinett, eine Skulpturensammlung und eine kunstwissenschaftliche Bibliothek. Mehr oder weniger große Abteilungen für bildende Kunst hat jedes Museum (s. unten). 1901 fand zur Feier des 700jährigen Bestehens der Stadt Riga eine historische Ausstellung baltischer Künstler aller Zeiten statt. Der Katalog hatte etwa 350 Nummern. Kunstausstellungen haben die meisten Städte, selbst so kleine wie Goldingen, wo seit Jahren jedes Frühjahr eine Ausstellung stattfindet. Die lettischen Künstler arbeiten mit den deutschen, die bei weitem überwiegen, zusammen. Über ihre Arbeiten unterrichtet das seit 1907 erscheinende, großen Teils aus Reproduktionen bestehende Jahrbuch für bildende Kunst in den Ostseeprovinzen (ca. 200 Seiten in Lexikonoktav). Als etwas dem Baltikum eigentümliches seien die in den 60er Jahren erscheinenden Baltischen Ansichten von W. Stavenhagen in drei Bänden erwähnt, zu denen aus dem Nachlaß 1913 von C. Meißner-Dresden ein Ergänzungsband in Faksimilelichtdruck herausgegeben wurde. Die lettische und estnische Kunstpflege beschränkt sich auf Gesangvereine und einige Liebhabertheater.

(Schluß folgt)

Die Heimarbeit als Invaliden- und Witwenbeschäftigung?

Von Dr. Buetz

Ob es sich nun um die Arbeitsbeschaffung für die auf dem Lande anzusiedelnden Kriegerwitwen für die Wintermonate handelt, ob man die Frage der Beschaffung entlohnter Arbeit für Witwen in den Städten erörtert, oder über die Verdienstmöglichkeiten des Kriegsinvaliden nach dem Kriege und bereits zur Jetztzeit verhandelt, immer kehren die Hinweise auf die Heimarbeit wieder.

Weiten Kreisen unserer Bevölkerung wird die Heimarbeit als ein Rettungsanker angepriesen; tausenden von vernichteten Existenzen wird fast täglich in Tageszeitungen, in Aufsätzen oder in irgendeinem wohlgemeinten Flugblatte auseinandergesetzt, daß sie ihr und ihrer Familie Leben durch Heimarbeit werden fristen können, falls ihnen andere Verdienstmöglichkeiten durch eine eingetretene Invalidität, oder die Unmöglichkeit einer außerhäuslichen Tätigkeit nicht mehr offen stehen. Gegenüber dieser großen Propaganda für die Heimarbeit, muß man sich doch fragen, ob man ihr ohne weiteres seine Geleitschaft geben kann, oder ob man es nicht ganz im Gegenteile für äußerst schädlich und gewagt halten muß, daß in so weite Kreise unserer Bevölkerung die Zuversicht hineingetragen wird, die Heimarbeit als Rückhalt für die Neubildung einer Existenz ansehen zu können!

Bezüglich der Notwendigkeit, den durch den Krieg gefährdeten Existenzen, — sei nun die Existenzgefährdung durch die eingetretene Invalidität des erwerbenden Mannes, oder durch den Kriegstot des Ernährers herbeigeführt, — ein neues Arbeitsfeld zu erschließen, besteht heute ja kein Zweifel mehr. Die Familienmutter bedarf der notwendigen Ergänzung der nur bescheidenen Staatsrente, die kinderlosen Frauen benötigen einer Arbeit, um sie vor Müßiggang zu bewahren, für die Invaliden aber wäre es ebenso unheilvoll wie für die Allgemeinheit, wollte man sich nur mit einer Forderung der Erweiterung der heutigen materiellen sozialen Hilfen begnügen. Je mehr Anregungen zu den beruflichen Fragen gegeben werden, umso begrüßenswerter ist dies, nichts aber ist unheilvoller, als ein ganzes System auf eine lange Reihe falscher Voraussetzungen zu gründen! . . Innerhalb der starken Bewegung für die Heimarbeits-

beschäftigung sowohl unserer invaliden Krieger als auch der Kriegerwitwen, ist man auf dem besten Wege, von dieser unheilvollen Praxis Gebrauch zu machen.

Heimarbeit! . . . Nein, hier soll nicht von dem Elend gesprochen werden, das sich mit diesem Worte verbindet und in der Heimarbeitsausstellung im Jahre 1906 offensichtlich geworden ist; es soll nur einmal kühl und sachlich klargelegt werden, was unsere Invaliden und Kriegerwitwen mit der Heimarbeit in Wirklichkeit erreichen können. — Da die Heimarbeit zu ihrem Hauptteile Frauenarbeit ist, mögen die Aussichten der Frauenarbeit, soweit sie die Kriegerwitwen betreffen, hier zuerst behandelt werden.

Die Tageszeitungen und sonstigen verbreiteten Organe stellen für die gewerbliche Beschäftigung der Kriegerwitwe die Ansiedelung auf dem Lande und die Heimarbeit, oder eine Verflechtung beider Berufe in den Vordergrund. Man stellt die These auf: in den Sommermonaten arbeitet die Frau in dem genossenschaftlichen Landbetriebe, der arbeitsarme Landwinter wird mit der Heimarbeit ausgefüllt! Von wie falschen Voraussetzungen läßt man sich hier leiten! Es besteht da zuvörderst die falsche Annahme, daß Heimarbeit regelmäßig zu erlangen sein wird; die Wirklichkeit aber hat das folgende Gesicht: die Heimarbeit ist einer der am schlechtbesten organisierten Erwerbszweige, der Weg der Selbsthilfe kommt hier kaum in Betracht, alle Einwirkungen gewerkschaftlicher Organisationen auf die Arbeitsbedingungen fehlen. Kräftige Organisationsbestrebungen haben wir eigentlich nur in der Konfektionsindustrie zu verzeichnen und doch sind die Leiter der organisierten Arbeiterschaft auch hier nicht selten von den Organisierten selbst im Stiche gelassen worden. Die weibliche Arbeiterschaft in der Heimindustrie ist nach zehnjährigen, unermüdlichen und opferwilligen Bemühungen der Beraterinnen und Helferinnen der Heimarbeiterinnenorganisation endlich auf 10000 Organisierte angewachsen und zwar sind laut Bericht der „Heimarbeiterin" in der Märznummer 1915, in Preußen 7026, in Hamburg 930, in Sachsen 711, in Bayern 689, in Württemberg 547 und in Hessen 256 Heimarbeiterinnen organisiert. Vergegenwärtigt man sich diesen Zahlen gegenüber, daß allein in der Konfektionsbranche der Heimarbeit 50281, bei der Spitzenanfertigung 10978, bei der Handschuhnäherei 9195, bei der Strumpfwarenbranche 8161 Frauen tätig waren, bedenkt man, daß eine überragende Frauenheimarbeit in der Fabrikation von Blumen- und Federschmuck, in der Flechterei, Wäscherei, Krawattenherstellung, Posamentenherstellung, Stickerei, Strohhutfabrikation, in der Puppen- und Spielsachenindustrie, besteht, so wird man erkennen, daß diese 10000 mühevoll Organisierten heut noch dem Tropfen auf dem heißen Steine gleichen und einen Erfolg nur insoweit darstellen, als man vor einem Jahrzehnt überhaupt an der Möglichkeit einer Organisation weiblicher Heimarbeit zweifeln mußte.

Außer an ihrer Organisationslosigkeit krankt die Heimarbeit an einer ständigen Überfüllung und einem damit verbundenen ständigen Lohndruck. Wer bildet

denn das Arbeitermaterial innerhalb der Heimarbeitsindustrie? Für die Frauen ist es der Witwen- und Ehefrauenerwerb. Den bei der letzten Berufszählung von 1907 erfaßten 58786 ledigen Heimarbeiterinnen stehen 77900 verheiratete oder verwitwete Arbeiterinnen gegenüber. In Wirklichkeit wird die Zahl der letzteren indessen noch viel größer sein, denn bekanntlich ist ja kein Erwerbszweig statistisch so schwer zu erfassen als gerade die weibliche Heimarbeit, da ein großer Teil der Frauen diese Tätigkeit nicht zugeben will und sie zum eigenen Nachteil und Schaden versteckt. Die Notwendigkeit des Witwen- und Ehefrauenerwerbes bedingt die Frauenheimarbeit und ihre Schwäche. Diese Frauen brauchen Arbeit, da sie aber die Heimarbeit als Nebenbeschäftigung oder Zuverdienst treiben, sind sie geneigt zu jedem Preise zu arbeiten. Der männliche Arbeitsuchende zieht die Fabrikarbeit vor, die er unter ganz anderen Bedingungen eingehen und sich entlohnen lassen kann; in der männlichen Heimarbeit kommen außer in der Lederindustrie und der Herrenschneiderei, fast nur gescheiterte Existenzen, vor allem aber jede Art von Krüppeln und Erwerbsbeschränkten mit noch gesunden Händen vor. Diese Elemente sind nur zur Herstellung von Schundware und Massenstapelartikeln zu verwenden. Kommt eine gewisse Qualitätsleistung zur Lieferung, wie das zum Beispiele bei der gelernte Arbeit und persönliche Intelligenz erheischenden Maßschneiderei der Fall ist, so schüttelt der Mann den fatalen Namen Heimarbeit ab und fühlt sich als selbständiger Arbeiter. Auf diese Weise bringen auch die leistungsfähigeren Elemente der Heimarbeit keinen Nutzen.

Und die Folgen dieser Zustände? Sie bestehen darin, daß der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber wehrlos gegenübersteht. Der Schrecken des Unternehmers sind die unpünktlichen Kräfte, welche infolge von Zeitmangel oder Krankheit nicht in der Lage sind, die ihnen übergebene Arbeit in dem vereinbarten Zustand und zu dem vereinbarten Zeitpunkte abzuliefern. Der Unternehmer sucht seinen notwendigen Kreis an Heimarbeitenden so wenig wie möglich auszudehnen, da jede Vermehrung ihm nur neuen Ärger, neue Unannehmlichkeiten bringen kann. Was der Unternehmer erstrebt, ist die Schaffung eines eingearbeiteten Arbeiterstammes, dessen Leistungen er kennt. Vor allem hält er auf die Beschaffung von Kräften, welche ihm ununterbrochen zur Verfügung stehen; Arbeitssuchende, welche ihm nur für eine bestimmte Zeit angeboten werden können, kommen nur in den seltensten Fällen zur Verwendung, wenigstens eine einigermaßen gleichmäßige Arbeit im Laufe des ganzen Jahres muß dem Unternehmer sichergestellt werden. Wie aber soll diesen Grundbedingungen, die von seiten der Unternehmer durchgehend gestellt werden, von den auf dem Lande angesiedelten Kriegerwitwen entsprochen werden? Ihnen stände doch nur das ganz geringe Arbeitsgebiet der Winterindustrie offen! Man wendet nun ein, daß man für die Heimarbeitsbeschaffung der Kriegerwitwen auf dem Lande behördliche Aufträge zu benutzen gedenke. Ja — die behördlichen Aufträge . .! Wie viele Lücken sollen diese nicht decken! Heute haben wir die gewaltigen Kriegs-

lieferungen, aber der Friede bringt uns das Nachlassen der großen Militäraufträge und was der Friede der Heimarbeit noch beschert, ist ein Einströmen großer neuer Bevölkerungsschichten in die Gebiete der Heimarbeit. Was alles wird also an den behördlichen Lieferungen teilnehmen wollen! Lieferungen, die aus einer Reihe von Gründen in erster Linie doch den Städten zukommen müssen.

Angenommen, die Frage der Arbeitsbeschaffung würde sich für die ländliche Kriegerwitwe regeln lassen, wäre aber denn — und dieser Einwand erscheint denn doch wohl von Wichtigkeit — die ländliche Kriegerwitwe überhaupt in der Lage, die ihr zuerteilte Arbeit auszuführen? . . . Man steht scheinbar vielfach auf dem Standpunkte, daß Heimarbeit ungelernte Arbeit sei; man übersieht vollkommen, daß häusliches und gewerbliches Nähen eine grundverschiedene Tätigkeit ist. Eine Frau, welche in der Lage ist gut und sauber eine Bluse oder einfache Wäsche nähen zu können, ist noch längst nicht dazu geeignet, für Stapellieferungen des gewerblichen Unternehmers tätig zu sein. Für das Nähen eines einfachen Damenhemdes werden im Durchschnitte 35 bis 40 Pfennige gezahlt, dazu ist das Nähmaschinenuntergarn von der Arbeitenden zu liefern. Um nur 1,05 oder 1,20 zu verdienen, muß die Arbeiterin drei Damenhemden täglich fertigstellen, unsere städtischen eingearbeiteten Wäschearbeiterinnen aber ermöglichen es, in acht bis zwölf Stunden eine volles Dutzend dieser Kleidungsstücke herzustellen. Mit diesen Leistungen rechnen die Unternehmer und nur bei diesen Leistungen kann mit der Heimarbeit auch etwas verdient werden! Nun stelle man sich eine Landarbeiterin vor, die vom März bis zum Oktober draußen auf den Feldern oder in den Obstkulturen gearbeitet hat, und verlange dann von ihr, daß sie vom ersten oder fünfzehnten Oktober ab mit ihren rauhen Händen täglich auch nur ein halbes Dutzend Hemden oder Schürzen, oder gar einen Kindermantel (für 65 bis 75 Pfennig) nähen soll! — Gewiß haben wir auch heute schon eine ausgedehnte Heimarbeit auf dem Lande, man erinnere sich nur der niederrheinischen Konfektionsbezirke und der ländlichen Spitzenindustrie. Der kleine Unterschied zwischen den heutigen Vorschlägen und den genannten Tatsachen besteht nur darin, daß hier die Heimarbeit von der Stadt auf das Land verlegt wurde, die Arbeitenden also nicht mehr Landarbeiterinnen, sondern lediglich Heimarbeiterinnen sind. — —

Gewiß kann die Heimarbeit auch in Verbindung mit der Landarbeit für die Kriegerwitwen eingeführt werden, aber — welche Gebiete der Heimarbeit kommen in Frage? . . . Es gibt hier nur ein Wort dafür — die Gebiete der Elendsindustrie: das Flechten von Körben und Stuhllehnen, das Packen von Nadeln, das Nähen von Filzsohlen, das Aufreihen von Perlen, das Pappen und Kleben von Schachteln, das Papierblumenformen und die Spielzeugarbeit. Diese Tätigkeitszweige bedürfen allerdings keines Anlernens, aber die ungelernten Gewerbe, die sogenannten leichten Industrien innerhalb der Heimarbeit, die auch von Kinderhänden ausgeführt werden können, sind hinsichtlich des Verdienstes naturgemäß die am wenigsten befriedigenden. Mit dem

Nähen von Sohlen werden in der Stunde im Durchschnitt 2—5 Pfennige verdient, mit dem Perlenreihen und dem Festkleben werden bei vorhandener Übung 7 bis 10 Pfennige in einer Stunde eingenommen. Im Stücklohn wird für einen der kleinen grünen Kinderbäume 1 Pfennig bezahlt, in der Blumenkonfektion bringen ein Gros Moosrosenknospen oder Vergißmeinnicht 60 Pfennige! Der Ansturm gerade zu diesen Gebieten zeitigt eine unerhörte Schmutzkonkurrenz und alle Broschüren, Ausstellungen, Heimarbeitskongresse und gesetzlichen Eingriffe haben bisher kaum eine Änderung herbeizuführen vermocht. Der Lohndruck aber wird sich gerade in diesen Gebieten nach dem Kriege nur noch vermehren. Die geringe wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Kriegsinvaliden und Witwen, sowie der kommende Ansturm ganz unvorbereiteter und ungelernter Kräfte, muß zu einer schweren Gefahr für die unorganisierte Heimarbeit werden. Kriegsinvalide und Kriegshinterbliebene sind zudem Konkurrenten, die sich auf ihre Rente verlassen und sich darum bereit finden, zu Löhnen zu arbeiten, die an und für sich das Lebensminimum nicht decken. Unsere Witwen auf diese Elendsindustrie hinzuweisen, sie künstlich hier hineinzudrängen, hieße einen sehr bedenklichen Weg beschreiten. — Die wohlmeinenden Ratgeber sind sich zu einem großen Teil auch der Gefahr bewußt, welche in der Propaganda für die Landheimarbeit unserer Witwen ruht und sie pflegen daher mit Regelmäßigkeit hinzuzufügen, daß ein erweiteter Heimarbeitsschutz und vor allen Dingen die Ausschaltung des Zwischenmeisters notwendig werden würde. Wie schwer aber diese Forderungen zu verwirklichen sind, darüber schweigt man sich zumeist aus.

Daß die Heimarbeit ein von der Sozialpolitik so sehr vernachlässigter Zweig gewerblicher Lohnarbeit werden konnte, findet eine Erklärung vor allem in der Schwierigkeit der Mittel und Wege der Abhilfe. Wir stehen hier einem ganz eigenartigen Erwerbsgebiete gegenüber, das als Grundlage seiner Organisation einen kapitalistischen Betrieb hat, für den die Verantwortlichkeit des kapitalistischen Arbeitgebers außerordentlich schwer aufrecht zu erhalten ist. Die Schwierigkeiten aller sozialpolitischen Maßnahmen sind außerdem nicht in letzter Linie durch die große Zahl von Spielarten heimarbeitlicher Verhältnisse verursacht. Mittel, die zu der Beseitigung eines Mißstandes beitragen, Bestimmungen, die für eine Gruppe der Heimarbeitenden Erfolg versprechen, sind für eine andere aussichtslos. So drängen die Verhältnisse auf eine starke Differenzierung der Gesetzgebung, der häufig nicht Rechnung getragen werden kann. — Was hat denn das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 bisher für praktischen Nutzen gebracht? . . . Auf der jüngsten Konferenz für Heimarbeitreform, die in Berlin am 3. August dieses Jahres auf Betreiben des Büros für Sozialpolitik und der Auskunftsstelle für Heimarbeitreform stattfand, mußte wieder einmal betont werden, daß, nachdem das Gesetz nun nahezu vier Jahre besteht, die wichtigsten Bestimmungen noch immer der Erfüllung harren. — Nicht Lässigkeit, nicht übler Wille bringen hier die Verzögerungen, sondern die Macht bestehender Tatsachen stemmt sich den Bestrebungen mit elementarer Gewalt

entgegen. Es wird in ununterbrochener und mühevoller Arbeit, wie ja die Anfänge zeigen, gelingen, auch dieser sich hier allenthalben auftürmenden Schwierigkeiten Herr zu werden, daß aber an dem endlich Erreichten auch unsere Kriegsinvaliden und Witwen noch teilnehmen werden, ist leider zu bezweifeln, denn selbst eine strikte Durchführung des Hausarbeitsgesetzes wird nur eine teilweise Lösung all der bestehenden Übel bringen können. Die Gewinnsucht der Unternehmer und Zwischenmeister, die Überfüllung des Angebotes, das Material der Anbietenden, das Verstecken der Arbeitenden, die Sucht des Käuferpublikums nach billiger Ware — das alles sind Erscheinungen, die in ihrem Zusammenwirken durch Gesetzesvorschriften wohl langsam gemildert, nicht aber aufgehoben werden können. — Vielleicht erinnert man sich des in vielen Zeitungen bekanntgegebenen Eingreifens der obersten Militärbehörde in München. Die dort herrschenden Zustände sind bezeichnend für die Heimarbeit. Münchener Großfirmen zahlten bei den jetzigen Heereslieferungen (!) ihren Heimarbeiterinnen: für das Nähen von einem Dutzend Unterhosen 1,50 M. (gleich $12^1/_2$ Pfennig für das Stück), für die Fertigstellung eines Hemdes 23 Pfennig, 18 Pfennig und — 15 Pfennig. Abgezogen von diesen „Löhnen" wurden noch die Kosten für das Nähgarn, sodaß die Arbeiterinnen einen Stundenverdienst für Wäschearbeit von 20, 16, 12 und 9 Pfennigen hatten. (Ein ungelernter Arbeiter hat einen durchschnittlichen Stundenlohn von 35—40 Pfennigen, ein gelernter Arbeiter einen solchen von 60—70 Pfennigen [Friedenssätze]). Berliner Firmen sollten für das Nähen einer Sanitätstasche 35—40 Pfennigen Arbeitslohn nach Angabe der Militärverwaltung zahlen, die Heimarbeiterinnen erhielten aber 17—28 Pfennige. Für das Steppen von 1400 Riemen gab eine Firma 7,40 Mark, das sind $^1/_2$ Pfennig für den Riemen. (Nach öffentlichen Bekanntmachungen Anfang November 1915). — Die Militärbehörde des mobilen Heeres ist in der Lage, hier eingreifen zu können, und hat das auch vielfach getan, bei Staatsaufträgen werden unsere Heimarbeiterinnen bei einer Ausschaltung des Zwischensystemes vor derartigen Ausnützungen geschützt. An sie denkt man auch vorwiegend bei dem Hinweis auf die Witwenheimarbeit in den Städten.

Die Zuteilung von Heimarbeit aus Lieferungen von Staatsaufträgen zu festem Preis- und festem Lohntarif würde natürlich dem Verdienste entsprechen, den wir für die heimarbeitende Kriegswitwe erwünschen. Wir sind heute verwöhnt. Die Aufträge der Heeresämter, der Landesversicherungsämter, des Zentralverbandes des vaterländischen Frauenvereins, bisherige Gefängnisarbeit, ermöglichten es dem Konfektions-Notausschuß, seine Heimarbeiterinnen mit gut entlohnter Arbeit —, der Durchschnitt ist 40 Pfennig Stücklohn, gelernter Stundenverdienst 30 Pfennig — zu versehen. Es handelt sich hier aber um eine ausgeprägte Kriegswohlfahrtpflege, mit Mitteln und Möglichkeiten ausgestaltet, die der Friede nicht bieten kann. Die Militäraufträge beliefen sich allein auf drei Millionen Mark und das Handelsministerium unterstützte die Kommission noch mit 2500 Mark. Die Gunst dieser Umstände kann für den

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF

Frieden nicht in Anspruch genommen werden. Die Zustände des Friedens lassen sich mit aller Sicherheit dahin bestimmen, daß wir einer Periode starker Ausnutzung der heimarbeitenden Kräfte in den Städten entgegengehen. Die Lage für die städtische Heimarbeit war vor dem Kriege bereits eine ungünstige. Das Berliner Bekleidungsgewerbe, mit dem die Heimarbeit so stark rechnen muß, lag darnieder, die Wäsche- und Blusenfabrikation ist bereits seit der Saison 1912/13 nicht mehr von der früheren Leistungsfähigkeit. Nur die Heeresbekleidung beschäftigte gut. Gelernte Schneiderinnen konnten auf einen Wochenverdienst von 40 Mark, Anfängerinnen auf einen solchen von 18 Mark rechnen. Aber die Militärschneiderei spielt nur eine bescheidene Rolle. Auf 745 Konfektionsgeschäfte kamen vor dem Kriege nur — 30 Militärfirmen in Berlin. Das Militärbekleidungsamt beschäftigte etwa 300 Personen, während auf das gesamte Bekleidungsgewerbe nach einer schätzungsweisen Angabe (Soziale Praxis Nr. 18) etwa 120000 Heimarbeiter, hiervon etwa 100000 Arbeiterinnen in der Hauptstadt kommen. — Der naturgemäße Vorgang nach Friedenschluß ist das Anschwellen des Angebotes für private, rein kapitalistische Unternehmungen und ein rapides Zurückfließen der Staatsaufträge. War das starke Überangebot von städtischer Heimarbeit heute schon ein Charakteristikum aller Hausarbeit, so wird die kommende Frauenarbeitslosigkeit nach dem Kriege voraussichtlich geradezu unheilvolle Zustände zeitigen. Das weibliche Angebot an ungelernten Arbeitskräften ist in dem Laufe der Kriegsmonate gewaltig gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen nach dem Reichsarbeitsblatte im Januar 1913 60 Bewerberinnen, im Januar 1915 140 Bewerberinnen. Nach den Berichten von etwa 350 Arbeitsnachweisen suchten Arbeit im Dezember 1913 34136 Frauen, im Dezember 1914 aber 78815 Frauen. Die Arbeitsandrangsziffer für weibliche Arbeiter stieg zu Beginn des Krieges von 91,0 Prozent auf — 234,6 Prozent! Man bedenke, dies sind Zahlen im Kriege, innerhalb der Geltungsdauer des Unterstützungsgesetzes der Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, das einer Frau in den Sommermonaten neun und in den Wintermonaten zwölf Mark Unterstützung für sich und monatlich sechs Mark für jedes Kind unter fünfzehn Jahren zubilligt; Zahlen in einer Zeit, da die Großfirmen einen Teil des Lohnes an den Kriegsteilnehmer weiterzahlen! — Man gebe sich doch nicht der Illusion hin, daß die Frauenarbeit nach dem Kriege wieder in die alten Bahnen zurückfluten wird, die sie vor dem 1. August 1914 innegehalten hat. Da sind doch nicht nur die Witwen mit ihrer Forderung des Zuverdienstes, da sind die tausende von Müttern, welche in dem gefallenen Sohne ihre materielle Hauptstütze verloren haben, da sind die Schwestern, welche den Bruder ersetzen sollen und da kommt vor allen Dingen das Heer der so übergroß erstandenen verschämten Armut, da drängen sich die tausende von Ehefrauen auf den Arbeitsmarkt, die „es eigentlich nicht nötig haben", die aber infolge der Verdienstlosigkeit des Mannes, der vielen pekuniären Opfer des Krieges gezwungen sind, wenigstens ein halbes oder

ein ganzes Jahr lang und meist noch darüber hinaus gewerblich zu arbeiten, um die Familienexistenz aufrecht zu erhalten. Das alles sind ungelernte Kräfte, die zumeist aus dem Berufe des Haus- und Stubenmädchens hervorgegangen sind, kleine Handwerkstöchter, oder junge Mädchen aus dem Geschäft. Alles sucht nun seinen Verdienst und da die Industrie mit ungelernten Kräften schon jetzt überlaufen ist — unter denen von der Industrie nicht mehr zu verwendenden Arbeitskräften, voran „Ungelernte" gab es im Januar 1915: 25323! (Reichsarbeitsblatt), — der Handel straff organisiert ist und dazu nicht minder an weiblichem Überangebot leidet, wird all diese auf den Arbeitsmarkt geworfene und nicht verwendete Kraft auf die Heimarbeit eindringen. Statt also unsere Witwen auf die Heimarbeit als eine Zuflucht und einen Rettungsanker hinzuweisen, erhebe man lieber seine warnende Stimme und halte sie wenigstens in den Städten von dem Gedanken zurück, in der Beschäftigung der Heimarbeit einen Verdienst suchen zu wollen! Viele der Frauen, ja, der größere Prozentsatz von ihnen ist noch jung und somit noch häufig in der Lage, sich für eine Industriearbeit anlernen zu lassen! Je mehr Frauen es heute möglich ist, sich für den bei weitem besser bezahlten Industriearbeitskreis anzulernen, je begrüßenswerter ist das für sie und die Allgemeinheit. Machen es häusliche Verhältnisse der Frau unmöglich, außer dem Hause tätig zu sein, dann versuche sie wenigstens sich zu der gelernten Heimarbeiterin, der Zuschneiderin, der Kleiderarbeiterin, der Mantelnäherin, der Näherin der teuren Wäschekonfektion, emporzuringen. Sie braucht bei einiger Vorkenntnis und Intelligenz hierzu nur eine Lehrzeit von acht bis zehn Wochen. Die soziale Kriegsfürsorge, die mannigfachen Unterstützungen, die heute flüssig zu machen sind, ermöglichen es einer Witwe heute diesen so notwendigen Weg einzuschlagen. Im Frieden wird sie zumeist nicht mehr dazu in der Lage sein. Statt also zu vertrösten: ihr findet ja Arbeit, sollte man doch zweckentsprechender sagen: bereitet euch nach jeder Richtung auf eine arbeitsreiche Zukunft vor! — Was helfen denn die guten Worte, wenn eine harte Wirklichkeit keines von ihnen bestehen läßt?!

Der Hinweis auf die Invalidenheimarbeit ist nicht minder gewagt; wie die Verhältnisse hier liegen, mag nachfolgend kurz behandelt werden, sind doch die Voraussetzungen für männliche Heimarbeit im wesentlichen die gleichen wie für die weibliche Arbeit und es kommen nur noch einige Momente hinzu, die die Heimarbeit des Mannes noch besonders unerfreulich machen. — Grundlegend für die Invalidenheimarbeit ist, daß sie bis auf vereinzelte Ausnahmen nur für Schleuder- und Massenwaren zu verwenden sein wird, da die qualifizierte Leistung in der Heimarbeit neben der Voraussetzung der gelernten Arbeit noch jene einer kräftigen Gesundheit hat! Der Herrenschneider, der stundenlang Steppnähte machen muß, der Zuschneider, der halbe Tage stehen muß, kann seinen Beruf auf die Dauer nur bei einem gesunden Körper ausüben. In der Lederindustrie zeigt sich das gleiche Bild: ein Invalide wird nur ausnahmsweise ein guter Portefeuillist werden. Es bleiben also nur die leichten

Industrien mit kurzer Zeit des Anlernens übrig. Mit dem Furnieren kleiner Gegenstände, dem Gurtenähen, der Arbeit für Jalousienfabriken, der Möbeltischlerei und dem Schuhmachergewerbe ist aber in der Heimarbeit nicht viel zu verdienen, bei einer Arbeitsdauer von 12 bis 17 Stnnden wird ein Invalide gemeinhin über einen Verdienst von 20 bis 25 Pfennigen in der Stunde nicht hinauskommen! Man stelle sich nun einen Mann vor, der als gelernter Arbeiter 70 Pfennige in der Stunde bei einer zehnstündigen Arbeitszeit verdiente und der nun bei starker körperlicher Anstrengung bis in die Nachtstunden hinein seine 20 und 25 Pfennige in der Stunde erübrigt! — Noch weit böser sieht es in den leichten ungelernten männlichen Industrien der Heimarbeit mit der Entlohnungsfrage aus. Mit dem Korb- und Stuhllehnenflechten, dem Kistenmachen, Polieren, Lackieren, dem Tüten- und Briefumschlagkleben, kommt so ein Mann, ehe er die nötige Herrschaft über seine ungeschickten Finger gewonnen hat, zuerst nur auf 2 bis 5 Pfennige in der Stunde als Verdienst, um es dann später auf 15 und 20 Pfennige zu bringen. Wollen wir das unseren Invaliden anpreisen? . . . Unter der Konkurrenz würde der männliche Heimarbeitende allerdings nicht entfernt so stark zu leiden haben als die Witwe. Die männliche Heimarbeit ist bisher eine geringe. Das Verhältnis der männlichen und der weiblichen Heimarbeit stellt sich auf 1 : 10. Die letzte Statistik zählt zwar 112 947 männliche und 134 680 weibliche Heimarbeitende, die Ziffern sind aber insofern ungenau, als bekanntlich die männliche Heimarbeit angegeben, die weibliche aber vielfach versteckt wird. Ein besseres Bild gewinnt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in der Berliner Konfektion 100 000 Frauen und nur 20 000 Männer arbeiten, von denen der erheblichste Teil als gelernte Maßschneider, Schneider und Zuarbeiter mit einem Stundenverdienst von 75 Pfennigen arbeiten und nicht selten einen Wochenverdienst von 40 bis 45 Mark erübrigen. Die Arbeit, welche wir gemeinhin mit dem Worte der Heimindustrie zu umfassen pflegen und die für unsere Invaliden in Frage käme, war bisher in der Großstadt und in Mittelstädten mit Industrieanlagen ein aussterbender Typus. Nur die ländliche männliche Heimarbeit findet noch Zuspruch, aber auch nur in den Gegenden, in denen selbst mit dem Rade keine Industrieanlage zu erreichen ist, die guten Lohn abwirft.

Für die männliche Heimarbeit käme der Faktor der Arbeitsbeschaffung also als Hinderungsgrund nicht in Frage. Unsere Staatsindustrie und vor allem die Heeresverwaltung würde ja in erster Linie auf die Kriegsinvaliden Rücksicht nehmen, man würde sich wohl auch bereitfinden, einen Teil der jetzt den Gefängnissen und Zuchthäusern übergebenen Aufträge zurückzuhalten und den Kriegsinvaliden zur Verfügung zu stellen. Indessen erfreulich ist dieser Gedanke nicht! Man sollte die Heimarbeit für unsere invaliden Krieger doch nur als allerletzte Ausflucht ansehen, denn der korbflechtende, tütendrehende und mühevoll Filzschuhe nähende Invalide bildet durchaus nur ein Gegenstück zu dem Leierkastenmann von 1870/71. Gerade diese Bilder haben wir doch vermeiden wollen!

Für den Invaliden muß auch noch eine Tatsache berücksichtigt werden, die zwar auch für die Frauenheimarbeit besteht, die aber mit Absicht nicht berührt wurde, als eine in dieser Verbindung allzuoft vorgebrachten Wahrheit. Es handelt sich um die Gesundheitsgefährdung durch die Heimarbeit. — Die ganzen sanitären Mißverhältnisse innerhalb der Hausindustrie, die lange Arbeitszeit, das Eintönige der schlechtentlohnten Tätigkeit in mangelhaften Räumen, das Hantieren im Staub ohne die Maßnahmen der Fabriken, das Einatmen von Faserstoffen und Farbsäuren, in großen gelüfteten Fabrikräumen schon schädlich, werden hier zu einem schweren Übel. Krankheit und seelische Depressionen werden auftreten und das Leben des Invaliden und seiner Familie nicht rosiger gestalten. Für Epileptiker und Neurastheniker wird die Heimarbeit eine ständige Giftquelle sein.

Gewiß, wir werden für unsere Invaliden nicht ohne Neubelebung der männlichen Heimarbeit auskommen können, aber man möge sich dessen bewußt sein, daß diese Tätigkeit doch nur als ein notwendiges, nicht zu vermeidendes Übel zu bezeichnen ist, die in keinem Falle genannt werden sollte, wenn es sich darum handelt, Vorschläge und Anregungen zu sammeln, um unseren invaliden Kriegern auf dem Wege der Berufsberatung zu einer neuen und ausreichenden Existenz zu verhelfen.

Aus der modernen Ästhetik

Von Privatdozent Dr. K. Oesterreich

Unter Oliven und Zypressen habe ich die „Psychologie der Kunst“ von Richard Müller-Freienfels (zwei Bände, Leipzig, B. G. Teubner) gelesen, an die Gestade des Gardasees ist sie mein Begleiter gewesen. Es war das rechte Buch in der Schönheit eben beginnenden Herbstes. Unten die blaue Flut und die weiße, sonnenleuchtende Promenade von Gardone, ringsum dunkles Grün dickblättriger Vegetation des Südens und warme würzige Luft. Erinnerungen glücklicher, glücklicherer Tage.

Und nun habe ich es noch einmal gelesen, in der jetzigen Kriegszeit. Es hat die Probe bestanden, die ein gutes Buch bestehen muß: daß man es noch einmal lesen können muß, ohne daß der Eindruck nachläßt.

Die Ästhetik ist eine vorwiegend deutsche Wissenschaft, nicht im ausschließlichen Sinne freilich; auch ihre Anfänge liegen in der Antike, bei Plato und Aristoteles. Und wer wüßte nichts von Horaz' ars poetica. In der Zeit der Erneuerung der Kultur waren es Franzosen, die die Ästhetik ins Leben zurückriefen, später kamen die Engländer, und es stieg durch sie eine erste Woge psychologischer Ästhetik empor. Aber die entscheidenden Forscher waren doch Deutsche. Im achtzehnten Jahrhundert liegen die Quellen auch der modernen Ästhetik.

Es wird kein Zufall sein, daß die Ästhetik bei uns entstanden ist. Es steht mit ihr, wie es mit ihrer Schwester, der Kunstgeschichte, gewesen ist. Unsere Stärke: das Theoretisieren, und unsere gegenüber den Romanen geringere Fähigkeit zu Form- und Farbengebung mit um so bewußterer Sehnsucht nach Kunst sind die Quellen von Ästhetik und Kunstgeschichte bei uns gewesen.

Im Zeitalter der Spekulation war sie ihre Wurzeln ins metaphysische Blau zu versenken bestrebt gewesen, im weiteren Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts hat die Ästhetik dann immer engere Fühlung mit der Geschichte der Kunst auf der einen Seite und der Psychologie auf der andern gesucht; mit dieser letzteren sie in Beziehung gesetzt zu haben, war vor allem das Verdienst Fechners. Diese Tendenzen sind noch heute die herrschenden; was an spekulativer Ästhetik sich regt, schnürt sich heute mit Vorliebe in die transzendentale, das heißt, die neukantische Zwangsjacke; auch sie besteht aus aprioriischen Prinzipien, aber sie

sind entsprechend der geistigen Zeitlage trocken und innerlich arm, sodaß der in Kunst lebende Mensch sich von ihnen abwendet. Alle andre Ästhetik hat einen kunsthistorischen oder psychologischen Zug an sich. Je nach Neigung und Bildungsgang tritt beim Ästhetiker das eine oder das andere Moment hervor. Müller-Freienfels gehört auf die psychologische Seite. Seine Tendenzen sind auf eine Vertiefung der Psychologie der Kunst gerichtet. Zwar bezeichnet er diese ausdrücklich als nur die eine Seite der ästhetischen Gesamtwissenschaft, neben der die andere Seite die normative Ästhetik ist. Aber er lehnt diese für sich selbst ab, seine Aufgabe ist die Erforschung dessen, was ist, nicht die Dekretierung dessen, was sein soll. Die Freude des positiven Forschens an dem Reichtum der Wirklichkeit ist in ihm so stark, daß er eine gewisse instinktive Abneigung empfindet, dem, was kommen will, im voraus Gesetze aufzuerlegen. Die Tendenz der Gegenwart zu freier Ungebundenheit und Weitung des Lebens macht sich hier geltend.

Was Müller-Freienfels vor Fechner voraus hat, ist einmal der Fortschritt, den die psychologische Analyse seit Fechners Tagen gemacht hat. Die weitgehende Verfeinerung der Zergliederung des psychischen Geschehens kommt auch der Beschreibung und Erfassung der ästhetischen Phänomene zu gute. Höher aber noch möchte ich die reichen kunst- und literaturgeschichtlichen Kenntnisse Müller-Freienfels' anschlagen und ihren starken Erlebnischarakter in ihm. Fechner war wesentlich, ja einseitig, Naturforscher. Er war es in einem Maße, daß der Besuch Roms, wie wir von ihm wissen, keinen Eindruck auf ihn gemacht hat. Die historische Welt lag ganz außerhalb seines Fassungskreises. Er kam zur Kunst, wie Kant zur Ästhetik gekommen ist, aus rein theoretischem Interesse, ohne stärkere persönliche Anteilnahme an ihr. Müller-Freienfels lebt in ihr. Und er lebt in der Kunst wie nur der moderne Mensch in ihr lebt und noch keine andere Generation es vor uns tat: bestrebt überall in sie einzudringen, in die Literatur unserer Zeit zu allererst, nicht die eigene allein, sondern auch die der übrigen Kulturländer (eine ungewöhnliche Sprachbegabung erlaubt ihm sogar überall, nicht bloß für Frankreich und England, die Originale zu lesen), und daneben auch in die Kunst andrer Kulturen, wie die chinesische, aber auch die der kulturlosen Völker. Denn das ist ja die Art der Unersättlichkeit unseres Lebenshungers: wir wollen immer Neues, Anderes. So erklärt sich einmal der unerhört raffinierte Charakter unserer eigenen literarischen Produktion, und auf der andern Seite unser heißes Bemühen, mit zu erleben, was andere erleben: der prähistorische Mensch, der Altchinese, der russische Bauernkünstler. Wir möchten ausschöpfen, was an Erlebensmöglichkeiten überhaupt in uns liegt.

Es ist nun überaus merkwürdig, daß trotz dieses offensichtlichen Erlebnisreichtums nicht bloß der Menschheit überhaupt, sondern unserer selbst, dennoch die Ästhetik im ganzen noch immer auf dem Standpunkt steht, daß zwar an sich sehr vieles erfahren werden könne, aber ein und dasselbe Objekt von jedem Individuum, wenn überhaupt, dann in gleichartiger Weise ästhetisch ergriffen

werde. Man dachte sich den Menschen als im Grunde doch so typisch gleichartig beschaffen, daß man von den individuellen Differenzen absah. Mit dieser Auffassung bricht Müller-Freienfels. Er stellt eine ästhetische Typenreihe auf. Die Menschen erleben, so zeigt er uns, die Kunstwerke keineswegs gleichartig, sondern in recht verschiedener Weise. Aber doch wiederum nicht so verschieden, daß sich nicht eine höhere Verwandtschaft zwischen ganzen Gruppen von Personen fände. Es gibt bestimmte Erlebenstypen.

Eine solche Verschiedenheit von Individuum zu Individuum ist überhaupt möglich, weil jedes Kunstgenießen eine Mehrheit von psychischen Seiten in sich schließt. Die Auffassung eines Kunstwerkes ist kein reiner Sinnesvorgang, nicht ein bloßes Sehen oder Hören, sondern mit dem Sehen und Hören sind Bewegungsvorstellungen, Phantasievorstellungen anderer Art und auch Denkvorgänge im engeren Sinne verbunden, endlich noch, und nicht am wenigsten, eine Fülle affektiver Vorgänge, die nicht fehlen könnten, ohne daß wir nicht überhaupt aufhören würden, ästhetische Erfahrungen zu haben. Je nachdem nun die eine oder die andere Seite in einem Individuum die Oberhand hat, ist sein Kunsterleben ein von dem anderer Menschen wesentlich verschiedenes. Müller-Freienfels fixiert zunächst die Typen der intellektuellen Teilprozesse und stellt nicht weniger als sechs davon auf, die wohl unterscheidbar sind. Nicht ganz so gut in ein förmliches zahlenmäßiges Schema fügen sich die affektiven Verschiedenheiten, deren Vorhandensein ebenfalls nachgewiesen wird. Was der Aufstelluug einer ebenso übersichtlichen „Tafel der affektiven Typen" entgegensteht, ist augenscheinlich der im Verhältnis zur Psychologie der intellektuellen Vorgänge weniger hoch entwickelte Zustand der Gefühlspsychologie.

Soviel mir bekannt, ist Müller-Freienfels der erste Ästhetiker, der mit Freimut das Zugeständnis macht, daß dasselbe Kunstwerk von verschiedenen Personen verschieden erlebt wird, und der diese Tatsache gelten läßt, ohne sie mit dem Verdikt des Unerlaubten zu brandmarken. Es gehört vielmehr zu der Objektivität und entspricht dem bewußt rein deskriptiven Standpunkt des Autors, daß er das Leben nicht maßregelt, sondern seinen Reichtum vor uns ausbreitet. Darin liegt ein Hauptwert seines Werkes und seine Eigenart. Ich kenne kein anderes ästhetisches Buch, das in dieser Unmittelbarkeit das faktische Leben in den Kunstgenießenden spiegelt.

Nur ein romantisches Zeitalter, wie die Gegenwart es ist, war imstande, diese Leistung zu vollziehen, das Vorurteil von der Gleichartigkeit des ästhetischen Lebens zu durchbrechen und die typischen Verschiedenheiten darin aufzudecken. Denn dazu gehörte eine Vereinigung von universeller Einfühlungsfähigkeit und Neigung zu theoretischer Reflexion darüber.

Gegenüber diesen zentralen Teilen der Arbeit sieht sich der Leser der Gefahr ausgesetzt, den übrigen nicht das gleiche Maß von Anteilnahme zuzuwenden. Mit Unrecht. Denn auch sie sind voll von eigenen Beobachtungen und reifen, gegründeten Urteilen. Recht gut werden wir unterrichtet über das

künstlerische Schaffen. Es ist dargestellt, wie dasselbe in viel geringerem Maße als das reine Genießen ein rein ästhetischer Vorgang ist. Nur eine Seite daran ist ästhetisch, die andere ist praktischer Art, sie will Wirkung erzielen und ist Arbeit. Ein Übermaß von theoretischem Geist hat das Geheimnis des Schaffens fortzubringen versucht, zumeist durch Rückgang auf das Unterbewußtsein, neuerdings in der Regel von Freud dabei ausgehend. Auch Müller-Freienfels betont die Rolle des Unterbewußtseins, aber er läßt das Geheimnis der „Gunst der Stunde" unzerstört bestehen. Ein noch stärkeres Zeugnis für seine Vertrautheit mit dem Schaffensprozeß ist seine Betonung der Arbeit. Das Bild des Künstlers, der in Begeisterung aus dem Nichts heraus schafft, ist von der Kritik zerstört, so sehr es auch noch in den Herzen der Leser leben mag. Damit die „Gunst der Stunde" zu etwas führt, bedarf es langer Vorbereitung und Materialsammlung. Und selbst die Einfälle, die Erzeugnisse der Phantasie müssen erst dem kritischen Urteil unterworfen werden, ehe aus ihnen ein Kunstwerk zustande kommt.

Die Kenntnis auch des Technischen offenbart der Verfasser, wo er uns ein System der Formen der Künste entwickelt, sie der Reihe nach durchschreitend von der Musik an durch die Dichtkunst hindurch bis zu den Augenkünsten, wie er die Kunstgebiete, die dem Gesichtssinn zugehören, nennt, — auch hier den individuellen Momenten gern nachgehend. Im Gegensatz zu manchem andern Ästhetiker, wie Friedrich Theodor Vischer, reicht die eigene Erlebensfähigkeit des Autors über das Gesamtbereich der Kunst. Man hat nirgends den Eindruck des um der Vollständigkeit willen angequälten Verständnisses.

Eben das ist es auch, was den Leser an dem Buch gefangen nimmt nnd festhält auch da, wo er mit dem Autor nicht einverstanden sein kann. Das Buch lebt. Ich bin am meisten an William James erinnert worden. Dieser schrieb in ähnlicher Art — man hört ihn sprechen — und darum recht eindrucksvoll. In den Büchern von James erscheint mir freilich dieser Stil nicht immer angebracht. Über rein abstrakte, erkenntnistheoretische Fragen in dieser Weise zu schreiben, empfinde ich als stilwidrig. Wo es sich um ein so mit dem Leben als Ganzem zusammenhängendes Gebiet wie die Kunst handelt, ist es anders, zumal das Buch Müller-Freienfels' sich an einen weiteren Kreis wendet und der weitere Kreis oft erst mitgerissen werden muß. Aber noch etwas anderes kommt hinzu und rechtfertigt die Lebendigkeit: daß der Autor den Standpunkt des l'art pour l'art, der Loslösung der Kunst vom Leben bekämpft. Er sieht die Wirkung und die Existenzrechtfertigung der Kunst in der Steigerung der Intensität des Lebens überhaupt. Weniger glücklich scheint es mir freilich, wenn er diese Steigerung biologisch deutet. Meines Erachtens handelt es sich doch weit mehr um eine Steigerung, eine Erhöhung des Wertgehaltes des Lebens, was nicht gleichbedeutend mit biologischer, d. h. Selbsterhaltungssteigerung ist. Ich berühre hier eine Seite des Buches, der ich von meinem Standpunkt aus nicht zustimmen kann: die Hinneigung des Verfassers zu gewissen psychologisch-philosophischen, theoretischen Grund-

anschauungen, die mir heute durch bessere ersetzbar scheinen. Die Neigung, das Buch in die Hand zu nehmen, soll durch diese Bemerkung jedoch nicht herabgemindert werden.

In allem Gesagten liegt bereits eingeschlossen, daß das Buch nicht nur rein wissenschaftlichen, sondern zugleich Lebenswert besitzt. Es weckt im Leser und steigert seine ästhetische Aufnahmefähigkeit, die durch Bewußtseinsbeleuchtung der ästhetischen Erfahrung nicht notwendig herabgesetzt, sondern, wie schon Dilthey betonte, erhöht werden kann.

In noch höherem Maße kommt dieser Lebenswert der in der Teubnerschen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt", 1914 erschienenen „Poetik" von Müller-Freienfels zu. Sie ist unmittelbar in der Absicht geschrieben, die Poesie nicht zu meistern, sondern ihr zu dienen, indem sie das psychologische Verständnis der verschiedenen Wirkungsmöglichkeiten der Dichtwerke erschließt und dadurch den poetischen Genuß zur möglichsten Klarheit und Bewußtheit bringt. Diese Absicht wird in vollem Maße erreicht, auch in diesem Fall wieder wesentlich dadurch, daß der Verfasser so stark in der Dichtung lebt, daß der Leser auch seinerseits unmittelbar dazu mit angeregt wird. Aus dieser Gefühlsstärke der ästhetischen Erlebnisse im Autor, folgt, daß alle seine Urteile den Eindruck der Selbständigkeit hinterlassen.

Darwin hat sich im Alter beklagt, daß ihm im Laufe der Zeit die Fähigkeit zum Genießen von Poesie allmählich völlig abhanden gekommen sei; wenn er noch einmal zu leben hätte, so würde er jede Woche einmal Poesie lesen, um sich die ästhetische Aufnahmefähigkeit zu erhalten. Von dieser psychischen Ausgetrocknetheit, die in Darwin auf Grund einseitiger Konzentration seines Genies entstand, sind heute unter dem Druck der primärsten Lebensinstinkte die meisten. Ihnen, die im Grunde beklagen, was ihnen verloren gegangen ist, sei Müller-Freienfels' kleines Buch empfohlen.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 36.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 496, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6760.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lompelhofer Ufer 23a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Die ruſſiſchen Finanzen

Zurzeit liegt das neue ruſſiſche Budget für 1916 den geſetzgebenden Körperſchaften vor, die urſprünglich Anfang dieſes Monats zu der lange erwarteten Sitzung zuſammentreten ſollten. Das Budget ſoll nach den Abſichten Goremykins und Chwoſtows möglichſt „mit Poſtpferden durch die Duma gejagt werden“, und man wird verſuchen, die Volksvertreter, wenn es überhaupt zur Budgetberatung kommt, zu verhindern, dabei ſich allzuweit in die allgemeinen Fragen der ſtaatlichen Politik zu vertiefen. Um ſich gegenüber den Kammern möglichſt freie Hand zu bewahren, hat Bark beim Miniſterrat beantragt, ihm ſchon jetzt auf Grund des Artikels 116 der ruſſiſchen Grundgeſetze und des Artikels 14 der bekannten „Regeln vom 8. März 1906“ die Ausführung des Budgets im erſten Vierteljahr nach dem Voranſchlag zu erlauben, da er nicht vorherſehen könne, ob es möglich ſein werde, dem Zaren das Budget rechtzeitig zur Unterſchrift vorzulegen. Man hält alſo die Einberufung der Duma hin, ſo lange es geht, macht ihr die Ausübung ihres Budgetrechts unmöglich und beſtraft ſie noch obenein für dieſe Unmöglichkeit. Der Miniſterrat hat den Bark'ſchen Vorſchlag bereits genehmigt. Goremykin iſt offenbar ſeiner Sache ſehr ſicher.

Die Einbringung des Budgets fällt zuſammen mit der Ausgabe der neuen großen $5^1/_2$prozentigen inneren Milliardenanleihe. Da Zeitungen ſowohl wie Oppoſitionsparteien ſich haben überzeugen laſſen, daß eine möglichſt große Reklame durchaus eine politiſche Notwendigkeit für den Erfolg der Anleihe iſt, ſo ſehen wir auch von ernſter ruſſiſcher Seite wenig Kritik an dem Geſamtſtande der ruſſiſchen Finanzen ſich hervorwagen. Wie könnte man auch die Trommel für die Güte der Anleihe rühren, wenn man zu gleicher Zeit die Grundlagen, auf denen die Anleihe beruht, erſchüttern würde?

Ruſſiſche Budgets ſind von jeher nur bis zu einem gewiſſen Grade zuverläſſig geweſen. Dies liegt ſowohl an den ſehr beſchränkten Kontrollrechten der geſetzgebenden Körperſchaften, als auch an der techniſchen Einrichtung des Etats-

voranschlages, der geringe Spezialisierung aufweist und den Ressortchefs ein fast unumschränktes Übertragungsrecht der einzelnen Titel untereinander gibt. So hatte z. B. der russische Ausgabenetat von 1912 nur etwas mehr als fünfhundert Spezialnummern, einige von ihnen umfassen über 100 Millionen Rubel, während z. B. der preußische über 2000 Etatstitel, der Reichsetat über 1700 einzelne Nummern aufweist. Schon im Frieden war die Verwendung der Anleihen und die Methode der Herauswirtschaftung der sogenannten freien Barbestände sehr oft nicht klar. So kam es, daß der Stand der russischen Finanzen vor dem Beginn des gegenwärtigen Krieges zwar ein außerordentlich glänzendes Bild bot, daß aber das Finanzgebahren der russischen Regierung keineswegs unbedingtes Vertrauen einflößte. Kenner der russischen Finanzen rechneten aus, daß von den 305 Millionen Rubeln des freien Barbestandes zu Anfang 1911 mindestens 230 Millionen Rubel aus Anleihen (1909 wurde noch eine Anleihe aufgenommen), aus Steuererhöhungen oder aus Veränderungen in den Prinzipien der Etatisierung herausgeholt worden sind. Der Oppositionsredner in der Duma goß damals Wasser in den Kokowtzow'schen Wein und führte etwa folgende Gedanken aus:

> „wir haben einfach Geld geliehen, das wir zur Bestreitung der Budgetausgaben nicht nötig gehabt haben, wir haben Steuern erhöht, deren wir zur Ausführung des Budgets nicht bedurften — daraus setzt sich unser freier Barbestand zusammen; und wenn wir die Anleihe des Jahres 1908 noch mit hinzunehmen, so ist der ganze freie Barbestand zusammengeborgt — und Rußland muß für die Genugtuung, einen solchen Reservefonds anhäufen zu können, hohe Prozente bezahlen, denn die Anleihen waren seinerzeit nicht zu sehr glänzenden Bedingungen abgeschlossen".

Immerhin, Rußland hat es durch seine Finanzpolitik erreicht, vor diesem Kriege einen Reservefonds von 514,2 Millionen Rubel anzuhäufen, trotz des unglücklichen russisch-japanischen Krieges, der die Vermehrung der russischen Staatsschuld um 2,073 Milliarden Rubel zur Folge hatte, und dessen ganze Kosten einschließlich der durch die Revolution verursachten Schäden Witte in seiner bekannten Scheiterhaufenrede auf Kokowtzow auf über sechs Milliarden Rubel taxiert hatte. Dieser Reservefonds hat bei der Mobilmachung des Heeres eine große Rolle gespielt, deren erste dringliche, aus baren Fonds zu zahlende Ausgaben nach den Angaben des russischen Finanzministers etwa 500 Millionen Rubel betragen haben.

Rußland hatte aber nach dem japanischen Kriege nicht nur verstanden, diesen außerordentlichen großen Barbestand innerhalb weniger Jahre sich anzulegen, es hatte seit 1905 planmäßig Armee und Marine reorganisieren und die militärische Rüstung auf den bedeutenden Stand bringen können, den sie zu Beginn des Krieges hatte und der die Mittelmächte auch ihrerseits zu weiteren Rüstungsanstrengungen zwang. Ein paar Zahlen mögen dies zeigen.

Nach dem Etat für 1906 hatten die Ausgaben für das Kriegs- und Marineministerium ungefähr 480 Millionen Rubel betragen, im Etat von 1913 betrugen sie 870 Millionen, Rußland steigerte also innerhalb von sechs Jahren nach dem japanischen Kriege seine Aufwendungen für militärische Zwecke ungefähr auf das doppelte. Die Armeevorräte waren ergänzt worden, eine teilweise Umbewaffnung und Dislokation des Heeres hatte stattgefunden, Kasernen waren gebaut, große strategische Linien, die Amurbahn, der zweite Strang auf der sibirischen Bahn, die Strecke Petersburg-Rassuli, die transkaukasische Bahn von Kars nach Sarikamysch konnten angelegt werden. Ein großes strategisches Eisenbahnnetz an der Westgrenze war geplant.

Die Anforderungen des Marineressorts, die bei der Duma wegen der Lotterei im Ressort zuerst keine rechte Gegenliebe fanden, konnten ebenfalls immerhin ganz bedeutend erhöht werden. Die Ausgaben für Schiffsbauten, Waffenwesen, Kriegshäfen betrugen in Millionen Rubel

1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
48,7	49,7	45,7	51,5	78,7	113,9	179,4

Trotz dieser großen Aufwendungen ging Rußland, das mehrere glänzende Ernten gehabt hatte, und dessen Budgets von Jahr zu Jahr steigende Erträge gaben, nach dem äußeren Anschein finanziell gut gerüstet in den Krieg.

Es gab jedoch mehrere schwache Punkte im russischen Budget und im russischen Wirtschaftsleben. Rußland ist ein Land mit passiver Zahlungsbilanz, d. h. wenn es zur großen jährlichen Abrechnung mit seinen westeuropäischen Geschäftsfreunden kommt, so hat Rußland selbst in den Jahren, wo es infolge guter Ernten eine aktive Handelsbilanz hat, an das Ausland zu zahlen. Diese Erscheinung beruht einmal auf der außerordentlich großen Auslandsverschuldung des russischen Staates, die ihn verpflichtet, mehrere hundert Millionen Rubel*) jährlich an Schuldzinsen außer Landes zu zahlen, ferner aber darauf, daß das Land kapitalarm und unaufgeschlossen ist.

Ein weiterer schwacher Punkt war der, daß das staatliche Brantweinmonopol, die indirekten Steuern und die Zölle der rocher de bronze waren, auf dem die Einnahmequellen des Staates zum überwiegenden Teile beruhten. Gerade die wirtschaftlichen Fortschritte, die das Land seit 1906 gemacht hatte, prägten sich in bedenklicher Weise in den Erträgnissen des Branntweinmonopols aus, die schließlich mit rund einer Milliarde Rubel zu Buche standen. Diese überragende Bedeutung einer Einnahmequelle mußte verhängnisvoll werden, wenn sie wie im jetzigen Kriege aus militärischen und innerpolitischen Gründen plötzlich einmal wegfiel. Der Bauer setzte also zum großen Teile den Mehrertrag seiner Ernten in Schnaps um. Witte, der Begründer des Monopols, hatte die Gefahr bemerkt, die in diesen Ziffern lag. In seiner obenerwähnten Rede im Reichsrat erklärte er:

*) Nach den Angaben von Dawydow ungefähr 800 Millionen Rubel jährlich.

„Diese Milliarde bilde im Vergleich zum übrigen Budget eine solche Größe, wie sie in keinem anderen zivilisierten Staate existiere. Eine zweite Tatsache sei die, daß der Russe für Schnaps mehr ausgebe, als sonst irgend jemand in der Welt, wenigstens im Vergleich mit seinem ganzen Einkommen. Im Auslande bezahle die Bevölkerung den Alkohol von ihrem Überfluß, bei uns trinken sie ihrer Armut wegen".

Gegenüber dem Schnapsmonopol und den indirekten Steuern, die das tägliche Leben und die unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände der ganzen Bevölkerung mit hohen Abgaben belegten, spielten die Erträgnisse aus den Staatsbesitztümern und den direkten Steuern nur eine geringe Rolle. Namentlich die Staatseisenbahnen, die im Einnahmebudget mit einer gewaltigen Summe aufgeführt sind, brachten bis in die letzte Zeit vor dem Kriege nichts ein, wurden vielmehr von den Betriebsausgaben und der Verzinsung der Eisenbahnschuld vollständig verschlungen.

Diese wunden Punkte des russischen Staatshaushaltes mußten sich in einem großen europäischen Kriege wie dem jetzigen bei der für Rußland so unglücklichen Konjunktur, die die fast vollkommene Abschneidung des Landes vom Weltmeer mit sich brachte, außerordentlich ungünstig bemerkbar machen.

Vom finanziellen und wirtschaftlichen Standpunkt — und das ist schließlich doch bei einem Staate wie Rußland immerhin ein entscheidender Faktor — hätte es für Rußland nur eine gesunde Politik gegeben: gute politische Beziehungen zu denjenigen Nachbarn aufrechtzuerhalten, die es in der Hand hatten, im Kriegsfalle so gut wie alle wirtschaftlichen Kommunikationen des russischen Reiches vermöge ihrer geographischen Lage zu zerstören. Aus diesem Grunde war auch Witte, der beste Kenner der russischen Finanzen, stets für eine Annäherung Rußlands an Deutschland eingetreten.

Denn Witte hatte erkannt, daß Rußlands Wirtschaft noch auf lange Jahre hinaus ein Koloß auf tönernen Füßen bleiben mußte.

Die obengenannte Tatsache der ständigen passiven Zahlungsbilanz Rußlands konnte nämlich nur durch eine permanente Politik der Kapitalheranziehung ausgeglichen werden. Dieser Kapitalzustrom trat in Erscheinung durch beständige Aufnahme von Auslandsanleihen, Beteiligung fremden Kapitals an russischen Unternehmungen, Einwanderung industrieller und gewerbetreibender Ausländer, die durch ihr Kapital und ihre Arbeitskraft die schlummernden Kapitalkräfte des Landes mehrten. Daraufhin ging die ganze Politik der russischen Finanzminister von Wyschnegradski bis Kokowtzow, und das war die einzig mögliche Finanzpolitik für das Land. Denn ohne diese Politik blieb die russische Goldwährung stets das, was sie war, nämlich ein blendender Schein, der jeden Tag verschwinden konnte, sobald einmal der Goldzufluß aus dem Auslande aus irgend einem Grunde versagte.

Dieser Zeitpunkt trat mit dem Beginn des gegenwärtigen Krieges ein. Die Wirkung, die die plötzliche Abschließung des russischen Marktes vom Aus-

lande hatte, wurde verdoppelt durch die wahrhaft unstaatsmännische Politik, die die russische Regierung dem ausländischen Kapital und den ausländischen Unternehmungen gegenüber im Laufe des Krieges verfolgte. Ein vernünftiger russischer Handelsminister und Finanzminister hätte sich sagen müssen, daß es in Rußlands Interesse lag, sich möglichst die von fremdem Gelde geschaffenen Einrichtungen zu erhalten, daß eine entgegengesetzte Politik erstlich dem Lande außerordentlich schädlich sein, sodann aber auch auf immer das Vertrauen zu der wirtschaftlichen Gebahrung des Landes erschüttern und eine gesunde Finanzpolitik auch nach dem Kriege unmöglich machen müßte. Die nationalistischen Leidenschaften trübten den klaren Blick und eine unweise Maßregel im Geiste der Nowoje Wremja und ihrer Hintermänner folgte auf die andere. Rußland vernichtete systematisch das Werk der Wyschnegradski und Witte.

Die Goldwährung des Landes fiel in sich zusammen. Wir sehen das an den Kursen der russischen Valuta an solchen Märkten wie London und Paris. Der Rubel wurde um ein Drittel und mehr entwertet und es besteht keine Aussicht, daß das anders wird.

Rußland vermochte nur zu einem geringen Teil die Kosten, die der Krieg brachte, in feste Anleihen umzusetzen. Daß es diesen Teil aufbringen konnte, ist ein Wunder, das niemand erwartet hatte.

Nach den Anhaltspunkten, die wir zur Zeit haben, gibt Rußland für den Krieg etwas weniger als 23 Millionen Rubel pro Tag aus. Gegen Ende dieses Jahres wird ihm also der Krieg $9^1/_2$ bis 10 Milliarden Rubel gekostet haben. Von dieser Summe sind bisher nur 1,9 Milliarden Rubel aus festen Anleihen aufgebracht worden. Wenn wir damit rechnen, daß die gegenwärtige Anleihe einen vollen Erfolg hat, also bis zum Ende dieses Jahres die programmäßig vorgesehenen Einnahmen von 70 Prozent aus dem etwa auf 920 Millionen Rubel zu schätzenden Anleiheerlös einkommen, so würde sich folgendes Resultat ergeben. Rußland hätte von den zehn Milliarden Kriegsschulden nur 2550 Millionen Rubel*), das heißt ungefähr 25 Prozent aus Anleihen aufgebracht. Drei Viertel seiner gesamten Kriegsschuld hängen also in der Luft.

*) a) die 5 prozentige innere Anleihe von 1914 hat ergeben . . Rubel 441 790 069
b) im Rechnungsjahr 1915 sind noch eingezahlt darauf . . . „ 24 800 000
c) die 5 prozentige Anleihe von 1915 ergab . . . . . „ 462 200 000
d) die $5^1/_2$ prozentige Anleihe von 1915 ergab . . . . . „ 977 400 000
e) voraussichtliches Ergebnis der letzten $5^1/_2$ prozentigen Anleihe für den Fall des Erfolgs, 70 Prozent von 920 Rubeln . „ 644 000 000
Rubel insgesamt 2 550 190 069

Nicht mit eingerechnet als nicht zu den festen Anleihen gehörend sind die sogenannten Billette der Reichsrentei, aus deren Erlös

im Jahre 1914 . . . . 266 720 750 Rubel
im Jahre 1915 . . . . 583 300 000 „
insgesamt also 850 020 750 Rubel

vereinnahmt worden sind.

Das Ausland, das heißt die Verbündeten Rußlands, konnten ihm nicht die kleinste langfristige Anleihe gewähren, zum großen Unterschiede gegen Deutschland, das es ermöglichte, noch während des Krieges Anleihen an ausländische Staaten flüssig zu machen. Auch hier erwies sich die politische Berechnung Rußlands als vollkommen verfehlt.

Nach den Veröffentlichungen der russischen Kreditkanzlei haben im Auslande vor den Bark'schen Besprechungen in London lediglich folgende kurzfristigen Darlehen untergebracht werden können: in England mehrere fünf- bis sechsprozentige Darlehen auf Grund von kurzfristigen Schatzanweisungen von insgesamt 40 Millionen Pfund Sterling, zu deren Sicherheit bekanntlich ein Goldexport Rußlands nach England stattfinden mußte, in Frankreich ein ebensolches Darlehen von 625 Millionen Franken*), in Amerika ein solches von 10,2 Millionen Dollar. Aus diesen Operationen und wohl auch durch Begebung weiterer Schatzscheine im Ausland hat Rußland bis zum 1. Oktober 1915 1181,4 Millionen Rubel erlöst, die sämtlich erst im Jahre 1915 in die budgetäre Erscheinung getreten sind. Im Jahre 1914 konnte also Rußland von seinen Verbündeten, den angeblich reichsten Staaten der Welt, keine einzige Kopeke erhalten.

Alles, was Rußland nicht durch Anleihen und kurzfristige Darlehen aufbringen konnte, mußte durch Schatzanweisungen und durch die Ausgabe von kurzfristigen Billetten der Reichsrentei vorläufig untergebracht werden. Wie groß in der Tat die Ausgabe von Schatzanweisungen Rußlands ist, wissen wir nicht, denn nachweisen lassen sich nur die in Rußland selbst weitergegebenen Papiere, nicht aber die im Auslande befindlichen, die als Sicherheit für die von den Alliierten gegebenen kurzfristigen Darlehen hinterlegt werden mußten. Nach den offiziellen russischen Angaben sind bis zum 1. Oktober 1915 aus Schatzscheinen und Billetten 4322 Millionen Rubel im Inlande erlöst worden**), was wohl einem Nominalausgabewert von 4,5 Milliarden Rubel entsprechen wird. Dazu würden nach den russischen Reichsbankausweisen noch 717 Millionen Rubel bis zum 20. November weiter ausgegebene Schatzanweisungen kommen, insgesamt also etwa 5,2 Milliarden Rubel = etwa 11,2 Milliarden Mark, nota bene allein im Inland.

Diese Summe ist fast ganz in Papiergeld umgesetzt worden, das die Notenpresse in ergiebiger Weise gedruckt hat. Nach dem letzten hier bekannten

*) Auf Grund der Schatzanweisungen erhält die russische Regierung nach dem Maße des Bedarfs von Frankreich Dreimonatsbons der französischen Staatskasse, die wiederum von den französischen Banken mit einem fünfprozentigen Abzug diskontiert werden.

**) a) Schatzanweisungen 1914 . . . . . 886,7 Million. Rubel
b) Billette der Reichsrentei 1914 . . . . . 266,7 „ „
c) diskontiert i. J. 1915 Schatzanweisungen bei der Reichsbank 2202 „ „
d) diskontiert bei Privatbanken 1915 . . . . . 883,3 „ „
e) 4-Prozent Billette der Reichsrentei . . . . . 583,3 „ „
insgesamt 4322 Millionen Rubel

Ausweis der russischen Staatsbank beträgt der augenblickliche Notenumlauf in Rußland 5113 Millionen Rubel gegen 1630 Millionen zu Beginn des Krieges. Rußland hat, trotzdem es selbst ein goldproduzierendes Land ist (Produktion jährlich 65 Millionen Rubel), und in der letzten Zeit 10 Millionen Rubel an Prämien für das Herbeischaffen von Gold ausgeworfen wurden, seinen Goldvorrat seit Beginn des Krieges nicht wesentlich erhöhen können*).

Für die Frage der Golddeckung der russischen Noten kann dabei nur das Gold im Inlande, nicht aber das „im Auslande" berücksichtigt werden, das erstens kein Gold ist, zweitens nach dem Statut der russischen Reichsbank zweifellos für die Golddeckung nicht in Betracht kommt, obwohl die Praxis der russischen Finanzminister, die selbst in der russischen Presse als ungesetzlich gebrandmarkt worden ist, das Gegenteil sanktioniert hat. Nach den letzten Transaktionen Barks in London, die ihm unter nicht ganz klaren Bedingungen einen $5^1/_2$ Milliardenkredit in London einräumten, ihn andererseits verpflichteten, einen Teil des Goldes der russischen Reichsbank für den Fall „als Darlehen" der englischen Bank zu übergeben, daß England bei seinen Abrechnungen mit Amerika Gold benötigen sollte, ist es klar, daß sich allmählich der Goldbestand der russischen Reichsbank zu Gunsten Englands weiter schwächen wird, daß aber rein rechnerisch das Guthaben der russischen Reichsbank im Auslande bedeutende Steigerungen aufweisen kann und auch rechnerisch die Summe des „Goldes im Inlande", da es sich nur um eine darlehnsweise Weggabe von Gold handelt, nicht geschwächt zu werden braucht.

Wir sind damit in ein Stadium gelangt, wo man ohne Übertreibung sagen kann, daß die Ausweise der russischen Staatsbank jeden Wert für eine faktische Nachprüfung verlieren. Denn Bark hat den russischen Pressevertretern erklärt, daß „aus den von den Verbündeten gewährten Krediten von $5^1/_2$ Milliarden Rubeln möglicherweise der russischen Staatsbank 2 Milliarden Rubel zur Verfügung gestellt, daß diese Summe unter die Rubrik ‚Gold im Auslande' werde geschrieben werden und daß sie zur zukünftigen Ausgabe von Noten als Deckung dienen werde". Durch diese Schwindeloperation soll eine neue Erweiterung des Emissionsrechts der Bank vermieden werden.

In der Tat bedeutet diese Maßregel den vollkommenen Zusammenbruch der russischen Währung und die planlose Überschwemmung des Landes mit

*) Bestand an Gold

		im Inlande	im Auslande
Am 29. Juli 1914	Millionen Mark	3464,1	303,9
„ 5. August 1914	„ „	3348,2	242,4
„ 29. Oktober 1914	„ „	3392,1	450,4
„ 6. November 1914	„ „	3247,5	449,7
„ 29. Mai 1915	„ „	3281,7	240,1
„ 26. November 1915	„ „	3489,3	495,8

Die letzte Erhöhung des Goldes im Auslande erklärt sich durch die Abmachungen Barks in London.

Papier. Er bedingt eine vollkommene Entwertung des Geldes im inneren Verkehr, eine gewisse Geldhypertrophie, die das Wachsen der Einlagen in den Staatssparkassen und den Depositenkassen der Banken erklärt, auch den Erfolg weiterer kleinerer innerer Anleihen nicht ausschließt, andererseits aber die Verteuerung aller Produkte und der Arbeitskraft im Lande zur Folge gehabt hat.

Die Währung ist somit ruiniert, die Staatsschulden auf eine unglaubliche Höhe gewachsen, die das russische Budget kolossal belasten wird. Nach den Angaben von Bark werden, wie erwähnt, bis Ende dieses Jahres 9,6 Milliarden, wir können wohl rechnen 10 Milliarden Rubel ausgegeben sein — das bedingt ein jährliches Anwachsen der Zinsenlast von ungefähr 550—600 Millionen Rubel. Rußland hatte zu Beginn des Krieges eine Staatsschuld, die ungefähr ebenso hoch war, wie die des deutschen Reiches einschließlich der Schulden der Bundesstaaten. Diese Schuldenlast war einigermaßen erträglich, wenn man die Größe Rußlands und seine Einwohnerzahl als Kompensation für den Mangel an Kapital und wirtschaftlicher Entwicklung ansehen will. Jetzt ist die Lage so, daß die wirtschaftliche Entwicklung durch den Krieg zurück, die Verschuldung aber mit Riesenschritten vorwärts gegangen ist. Am Ende eines weiteren Kriegsjahres wird Rußland ungefähr 18 Milliarden Rubel mehr zu verzinsen, also eine neue Zinsenlast von über einer Milliarde Rubel jährlich aufzubringen haben, ohne die Ausbesserung der Schäden des Krieges, die Pensionen an die Kriegsteilnehmer zu rechnen und ohne in Betracht zu ziehen, daß die finanziellen Verhältnisse der russischen Semstwos und der russischen Städte, die nie glänzend waren, durch die Mehrbelastung infolge des Krieges vollkommen darniederliegen. Wenn Rußland in diesem Augenblicke den Krieg abbrechen würde, möchte es wohl imstande sein, durch Wiedereinführung des Branntweinmonopols, das in normalen Zeiten sehr gut ungefähr 600—700 Millionen Rubel ergeben kann, unter gleichzeitiger Belassung der gegenwärtigen Steuererhöhungen sich aus der Lage herauszuziehen, in der es sich befindet. Je länger der Krieg dauert, desto unmöglicher wird eine solche Aussicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Konsolidierung der russischen Kriegsschulden im Inlande zunächst überhaupt nicht, im Auslande nur unter ungeheuren Schwierigkeiten mit großen weiteren Geldopfern und allein durch Hinweis auf das Argument des Nichtzahlenkönnens seitens Rußlands möglich sein wird.

England, das zum Hauptgläubiger Rußlands geworden sein wird, wird sich zu dieser Konsolidierung nur bereit erklären, wenn ihm die größten Garantien für eine Kontrolle der russischen Finanzen und Wirtschaft gewährt werden. Wie nach dem japanischen Kriege die stille Anwesenheit der Abgesandten von Rockefeller und Gould in Rußland auf die von Amerika damals eskomptierte Übergabe der russischen Staatseisenbahnen und anderer Betriebe an die kommenden ausländischen Gläubiger deutete, so wird nach diesem Kriege das zur Wirklichkeit werden, was damals bei der immerhin geringen Notlage des Handels vermieden werden konnte. England wird nach diesem Kriege in Rußland eine neue

Kolonie erworben haben, und die russische Regierung wird einst auf ihren Knien diejenigen Deutschen, von denen es heute glaubt, „vergewaltigt" zu sein, zu sich zurückbitten. Dann wird es aber zu spät sein. —

Nun noch einen Blick auf den Budgetvoranschlag, den die russische Regierung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt hat. Er ist zweifellos gänzlich unzuverlässig, und es ist eine milde Kritik, wenn Bark selbst von den in ihm aufgeführten Einnahmeposten sagt, daß „es nicht möglich sei, sie voll zu begründen". Bark rechnet, trotzdem das Branntweinmonopol weggefallen ist, das ungefähr eine Milliarde Rubel brachte, trotzdem die Zolleinnahmen für die von der Regierung eingeführten Waren und die Einnahmen der hauptsächlich militärisch beanspruchten Eisenbahnen nur buchhälterischen Wert haben, auf eine Einnahme, die hinter der des Jahres 1914 (mit einem halben Kriegsjahr) um nur 16 Millionen Rubel und hinter der des Jahres 1913 um nur 503 Millionen Rubel zurückbleibt*). Dabei ist zu berücksichtigen, daß allein im ersten Halbjahr 1915 eine Verminderung der ordentlichen Staatseinnahmen gegen 1914 um 615,6 Millionen Rubeln eintrat und daß trotz der Erhöhung fast aller überhaupt erhöhungsfähiger Steuern aus diesen Quellen nur eine Mehreinnahme von im ganzen 159,4 Millionen Rubel in derselben Zeit erzielt werden konnte**). Eine derartige Berechnung der Einnahmen, auf Grund eines neuen Steuerplanes***), dessen Einzelheiten überhaupt noch garnicht einmal

*) Budgetvoranschlag:

Ordentliche Einnahmen	2914	Millionen	Rubel
Außerordentliche Einnahmen	9	„	„
im ganzen	2923	„	„
Ordentliche Ausgaben	3174	„	„
Außerordentliche Ausgaben (ohne Kriegsausgaben)	76	„	„
im ganzen	3250	„	„

Voraussichtliches durch Kreditoperationen zu deckendes Defizit ungefähr 337 Millionen Rubel.

**) In der Hauptsache rührt die Mehreinnahme aus der Erhöhung der Passagier-, Güter- und Gepäcksteuer, die 127,7 Millionen Rubel mehr brachte, her. Von den übrigen Einnahmen vermehrten sich die aus der

Zuckersteuer um	15,7	Millionen	Rubel
Telegraphen um	11,4	„	„
Tabak um	6,1	„	„
Gewerbesteuer um	2,8	„	„
Post um	2,8	„	„
Streichhölzer um	0,6	„	„

also auf wenig beträchtliche Summen, trotz der starken Anspannung der Steuerschraube.

***) Das neue Steuerbukett ist ungemein umfassend. Es sind vorgesehen:
Einführung der Einkommensteuer,
Ausgestaltung der Erbschaftssteuer nach der Größe der Erbmasse,
Umwandlung der Gewerbesteuer,
Erhöhung der Grundsteuer unter gleichzeitiger Revision des Katasters,
Einführung der Grundsteuer in Turkestan,
Ausdehnung der städtischen Immobiliensteuer,

ausgearbeitet sind, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Das sind eben reine Phantasien. In der Tat muß die innerliche Unordnung des russischen Staatshaushalts viel weiter gehen, als man sich allgemein vorstellt. Wie Schingariow neulich in der Budgetkommission der Duma betont hat, ist jede Übersicht dadurch verloren gegangen, daß dem Finanzminister für jede Ausgabe zwei Einnahmequellen zur Verfügung stehen, die eine aus dem ordentlichen, die andere aus dem Kriegsbudget. Aus welchem von den beiden Fonds die Deckung im einzelnen erfolgt, läßt sich garnicht nachweisen. Deshalb ist überhaupt die Aufstellung eines Staatshaushalts in Rußland zurzeit eine Chimäre. Als das Schnapsmonopol wegfiel, als die Ersatzsteuern nichts brachten, Eisenbahnen, Zölle in der Hauptsache nur Rechnungsbeträge gaben, die den Staatsschatz nicht positiv vermehrten, mußten eben die laufenden Ausgaben aus den Kreditoperationen gedeckt werden, die eigentlich nur für die Führung des Krieges bestimmt waren. Wir sehen dies am besten aus der Zahlung der Zinsen für die Staatsschuld, für die die Beträge im Ausland zusammengeborgt werden mußten, und so wird es weitergehen.

Selbst wenn man aber den Berechnungen des russischen Finanzministers annähernden Glauben schenken wollte, so würde sich immerhin das traurige Resultat ergeben, daß für die drei Jahre 1914, 1915, 1916 allein aus den Defiziten der drei Budgets ohne die Kriegsausgaben ungefähr eine weitere Milliarde Rubel zu der zu deckenden Schuld hinzutritt*). Will man einen Überblick über den wahren Stand des Staatshaushaltes haben, so muß zu

---

Hypothekensteuer,
Steuer auf die nichtwehrpflichtigen Personen,
Einmalige große Kriegssteuer,
Revision der Stempelgesetzgebung,
Fiskalische Billettsteuer,
Akzise auf elektrische Energie,
Akzise auf Gewebe,
Akzise auf Kartoffelsyrup,
Akzise auf Schießpulver,
Erhöhung der Tabakakzise und der Akzise auf Weintraubensprit,
Monopol auf Tee und Streichhölzer,
Erhöhung weiterer Zölle, z. B. auf Tee.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß schon 1915 alles erhöht ist, was an bestehenden Steuern erhöht werden konnte.

*) 1914 Defizit im ordentlichen Budget . . . . . 29 Millionen Rubel
Defizit im außerordentlichen Budget . . . . . 287,8 „ „
1915 Defizit nach den sicher zu optimistischen Berechnungen des Finanzministers . . . . . 350,2 „ „
1916 Defizit nach derselben Quelle . . . . . 337 „ „
insgesamt 954 Millionen Rubel

Der freie Barbestand, den der Finanzminister angeblich zur Deckung des Defizits 1914 verwandt hat, ist ganz auf die Mobilisation draufgegangen.

diesem Betrage, der jedoch sicher bedeutend zu niedrig geschätzt ist, das Defizit gerechnet werden, das Rußland aus dem Kriege gänzlich ungedeckt und unbezahlt am Schlusse des Jahres 1915 haben wird. Dies beträgt etwa 1,1 bis 1,5 Milliarden Rubel*). Rußland hat also von dem $5^1/_2$ Milliardenkredit, den ihm England gegeben hat, für die Kriegsbedürfnisse des Jahres 1916, die wenigstens 8 Milliarden Rubel betragen, im besten Falle nur noch 3 Milliarden, in Wirklichkeit bedeutend weniger übrig. Die englische Finanzhilfe, die auf den ersten Blick groß aussieht, wird also nicht allzulage herhalten.

So steht Rußland, dessen Wirtschaft, dessen Finanzen und dessen Währung durch den Krieg aufs tiefste erschüttert sind, vollkommen ungewiß der Zukunft gegenüber. Es muß während des Krieges bei seinen Verbündeten betteln gehen und sieht sich nach dem Kriege finanziellen Aufgaben gegenüber, für die man, wenn man die Dauer des Krieges noch auf ein weiteres Jahr veranschlagt, keine Lösung finden kann.

Dauernde Versklavung des Landes an England ist die Perspektive, die für die russischen Staatsmänner aus dem ungleichen Bündnis bestenfalls herausschaut.

*) Rußland hat erlöst aus Kreditoperationen

1914	1 595,2	Millionen	Rubel
1915	5 632,4	„	„
Voraussichtliches Ergebnis der inneren Anleihe	644	„	„
Schatzscheinausgabe vom 15. Oktober bis 20. November	717	„	„
insgesamt	8 588,6	Millionen	Rubel

denen eine Ausgabe von 9,6 bis 10 Milliarden Rubeln gegenübersteht.

Krieg und Ernährung

Von Professor Dr. R. Rosemann

Die Aushungerungspläne unserer Gegner haben in den weitesten Kreisen unseres Volkes ein allgemeineres Interesse für Ernährungsfragen wachgerufen, als es je vorher vorhanden gewesen ist. Bei normalem Stande der Nahrungsmittelversorgung ist allerdings für die wenigsten Veranlassung vorhanden, sich mit der theoretischen Seite der Ernährungslehre zu beschäftigen; denn die Natur hat uns in dem Appetit einen so ausgezeichnet arbeitenden Regulationsmechanismus für die Ernährung gegeben, daß wir uns seiner Leitung ohne weitere Sorge anvertrauen können. Sowie es aber gilt, die Ernährung mit Bewußtsein bestimmten Anforderungen anzupassen, kann dies natürlich nur geschehen auf Grund einer ausreichenden Kenntnis der Gesetze der Ernährungslehre. Diese Wissenschaft hat seit ihrer Begründung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sehr schnelle Fortschritte gemacht, die neu gewonnenen Erkenntnisse sind aber keineswegs, nicht einmal in ihren wissenschaftlichen Grundlagen, Allgemeingut der Gebildeten geworden. Der Standpunkt, den die meisten den Fragen der Ernährung gegenüber einnehmen, gründet sich fast durchweg auf Anschauungen, die in der Wissenschaft längst als unzutreffend erkannt sind, sich aber im Bewußtsein des Volkes so eingewurzelt haben, daß sie allgemein als unerschütterliche Wahrheiten gelten. Wer es zu bezweifeln wagt, daß Fleisch, Milch und Eier unsere „besten" Nahrungsmittel sind, die allein „Kraft" zu geben vermögen, begegnet ungläubigem Zweifel oder überzeugtem Besserwissen. Diese Rückständigkeit der allgemeinen Anschauungen ist gewiß schon im Frieden zum mindesten unerwünscht, für die Verhältnisse, wie sie der Krieg mit sich gebracht hat, ist sie ein erheblicher Übelstand. Denn sie erschwert vielen eine vernünftige Stellungnahme zu den Anforderungen, die die heutige Zeit auf dem Gebiete der Ernährung an den Einzelnen wie an die Gesamtheit stellt.

Die Grundlage der heutigen Ernährungslehre bildet das Gesetz von der Erhaltung der Kraft. Für jeden Vorgang in der uns umgebenden Natur nehmen wir als wirkende Ursache eine Kraft an, ihre Größe messen wir nach der Größe der Wirkung. Das Gesetz von der Erhaltung der Kraft besagt, daß bei allen Vorgängen die Menge der Kraft unverändert bleibt, niemals wird Kraft erzeugt oder vernichtet, immer handelt es sich nur um einen Wechsel der Erscheinungsform. Eine Dampfmaschine erzeugt nicht Kraft, wie

eine naive Betrachtungsweise sich wohl vorstellt, sondern wandelt die chemische Kraft der Steinkohlen in mechanische Kraft um, diese kann weiterhin in Elektrizität, in Licht oder Wärme usw. übergeführt werden. Bei allen derartigen Umwandlungen bleibt der Betrag der Kraft unverändert, aus einer bestimmten Menge Steinkohlen, d. h. einer bestimmten Menge chemischer Kraft kann auch immer nur eine bestimmte Menge der andern Kräfte erzeugt werden. Dieselbe Gesetzmäßigkeit regelt die Vorgänge in der belebten Natur. Die Lebensäußerungen, die wir an den lebenden Wesen wahrnehmen, sind Kraftäußerungen. Mensch und Tier leisten mit ihren Muskeln mechanische Arbeit und geben Wärme nach außen ab, die auch nur eine besondere Erscheinungsform der Kraft ist. Damit sie imstande sind, diese Lebensäußerungen zu vollbringen, muß ihnen die dazu erforderliche Kraft in irgend einer Form zugeführt werden, und dies geschieht eben durch die Ernährung. In unsern Nahrungsstoffen ist Kraft in Form chemischer Kraft enthalten, sie wird mit ihnen dem Körper zugeführt und hier in diejenigen Kraftformen umgewandelt, die den Lebensäußerungen zu Grunde liegen. Der Ernährungsvorgang, der äußerlich als Stoffwechsel, nämlich in der Zufuhr von Nahrungsstoffen und der Abgabe von Ausscheidungsstoffen, in Erscheinung tritt, ist in seiner innersten Bedeutung ein Kraftwechsel; hierin liegt die Notwendigkeit der Nahrungszufuhr für die lebenden Wesen in klarster Weise begründet. Diese Auffassung der Ernährungsvorgänge liefert uns zugleich auch die Grundlage für die quantitative Beurteilung. Alle Kräfte können ohne Verlust in Wärme übergeführt und in dieser Form nach Wärmeeinheiten oder Calorien gemessen werden; als Calorie wird diejenige Wärmemenge bezeichnet, die 1 kg Wasser um 1^0 C. erwärmt. Rubner verdanken wir die grundlegende Feststellung, daß im Körper des Menschen wie der höheren Tiere 1 g Eiweiß und ebenso 1 g Kohlehydrat 4,1 Cal., 1 g Fett 9,3 Cal. liefert. Andererseits wissen wir, daß der Kraftbedarf eines erwachsenen Menschen bei mittlerer Arbeitsleistung für 24 Stunden auf 40 Cal. pro Körperkilogramm angesetzt werden kann, das macht für ein Körpergewicht von 70 kg also einen Kraftbedarf von 2800 Cal. Es ist ohne weiteres selbstverständlich, daß die erste Forderung, die wir an eine ausreichende Ernährung eines Menschen stellen werden, die sein muß, daß sie ihm soviel Kraft in den Nahrungsstoffen zuführt, als er für die Bestreitung seiner Lebensäußerungen braucht, also für den Erwachsenen bei mittlerer Arbeitsleistung 2800 Cal. Auf Grund der eben angegebenen Werte für den Kraftinhalt der verschiedenen Nahrungsstoffe kann man leicht zahlreiche Diätschemata entwerfen, die dieser Anforderung genügen. So würden z. B. liefern: 80 g Eiweiß 328 Cal., 300 g Kohlehydrate 1230 Cal., 133 g Fett 1237 Cal., zusammen 2795 Cal. — oder: 80 g Eiweiß 328 Cal., 200 g Kohlehydrate 820 Cal., 177 g Fett 1646 Cal., zusammen 2794 Cal. — oder: 100 g Eiweiß 410 Cal., 280 g Kohlehydrat 1148 Cal., 133 g Fett 1237 Cal., zusammen 2795 Cal. usw. Natürlich könnte man die Zahl

solcher Kostschemata noch beliebig vermehren. Untersucht man die Kost bei verschiedenen Rassen, verschiedenen Nationen, verschiedenen Gesellschaftsklassen, so zeigen sich, wie bekannt, weitgehende Unterschiede in der Zusammensetzung. Berechnet man aber in diesen verschiedenen Kostformen den Kraftinhalt, so ergibt sich, daß bei gleichen Leistungen auch die Kraftzufuhr dieselbe ist. Das beweist wohl aufs Deutlichste, daß in der Tat dem Kraftinhalt der Nahrung die wesentliche Rolle zukommt, die wir ihm heute zuschreiben.

Aus dem Gesetz von der Erhaltung der Kraft folgt, daß solange die Leistungen eines Menschen unverändert bleiben, auch sein Kraftbedarf derselbe bleiben muß, daß ihm also bei ausreichender Ernährung auch immer derselbe Betrag an Kraft in der Nahrung geliefert werden muß. Ist das nicht der Fall, enthält die Nahrung weniger Calorien als für die Bestreitung der Lebensvorgänge erforderlich ist, so kann unmöglich, — wie man sich das wohl zuweilen vorstellt, — der Mensch mit der geringeren Zufuhr gleichwohl „auskommen". Er muß die Kraft, die ihm in der Nahrung nicht geliefert wird, aus einer anderen Quelle entnehmen: er bestreitet sie aus den Vorräten seines Körpers. Der unzureichend Ernährte, der Hungernde lebt von seinem eigenen Leibe. Aus eingehenden Stoffwechselversuchen wissen wir, daß unter diesen Umständen in erster Linie Fett vom Körper abgegeben und für die Bestreitung des Kraftbedarfs verbraucht wird, in viel geringerem Maße Kohlehydrat und Eiweiß. Und ebenso wird bei einer den Bedarf überschreitenden Nahrungszufuhr der Überschuß keineswegs etwa einfach ebenfalls verbraucht, er wird vielmehr am Körper abgelagert, und zwar wiederum in der Hauptsache in Form von Fett, außerdem auch in beschränktem Maße als Kohlehydrat und Eiweiß. Der eigentliche Reservestoff des Körpers ist das Fett, es ist hierfür in besonderem Maße geeignet, einmal weil es an und für sich in der Gewichtseinheit mehr als doppelt soviel chemische Kraft enthält als Kohlehydrate und Eiweiß, und dann weil es im Körper fast wasserfrei abgelagert wird: so enthält es im kleinsten Volumen die größte Kraftmenge. Vielfach wird jeder Fettansatz am Körper als eine unerwünschte Erscheinung angesehen, als Ideal eines gesunden Körpers gilt der aufs äußerste trainierte Sportsmann, der nur noch aus Haut, Muskeln und Knochen besteht. Das ist eine durchaus irrtümliche Auffassung. Solange die Fettablagerung am Körper nicht einen übermäßigen Umfang annimmt, ist sie die durchaus normale Folge einer reichlichen Ernährung und stellt einen erwünschten Vorrat für Zeiten mangelhafter Ernährung dar, wie sie z. B. bei Krankheiten für jeden kommen können. Versagt dabei wie so häufig der Appetit, so daß die Nahrungszufuhr unzureichend wird, so muß die für die Bestreitung der Lebensvorgänge erforderliche Kraft ebenfalls vom Körper genommen werden: wer alsdann über einen gewissen Vorrat verfügt, wird besser daran sein als der, bei dem dies nicht der Fall ist.

Unter gewöhnlichen Verhältnissen regelt unser Appetit die Nahrungszufuhr in so vollkommener Weise, daß für längere Zeiträume die Zufuhr dem Verbrauch

vollständig entspricht, so daß das Körpergewicht konstant bleibt. Für den einzelnen Tag wird es wohl vorkommen, daß einmal mehr, ein ander Mal weniger aufgenommen wird als erforderlich ist, im ersteren Fall wird der Überschuß im Körper aufbewahrt, im letzteren Fall der Mangel der Nahrung aus den Vorräten des Körpers ausgeglichen. Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß die Mehrzahl der Menschen zuviel esse. Diese Vorstellung trifft in dieser Allgemeinheit jedenfalls nicht zu, denn wer zuviel ißt, nimmt an Körpergewicht zu, bei der Mehrzahl der Menschen bleibt aber das Körpergewicht im wesentlichen unverändert. Daraus folgt, daß wir auch jetzt in Kriegszeiten nicht weniger essen können als bisher, die Kraftzufuhr muß auch jetzt dem Kraftbedarf, der natürlich nach wie vor derselbe ist, entsprechen. Eine unzureichende Ernährung, bei der der Körper zum Teil von seinen Vorräten leben muß, kann natürlich immer nur für eine beschränkte Zeit und bei längerer Dauer nie ohne Schaden für den Körper bestehen. Die statistischen Untersuchungen unserer Volkswirtschaftler haben nun das beruhigende Ergebnis gehabt, daß die uns nach wie vor zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel vollständig ausreichen, um die Versorgung des deutschen Volks mit den erforderlichen Calorien für unbeschränkte Zeit zu gewährleisten, sofern sparsam gewirtschaftet wird. Der Staat muß durch entsprechende Ausfuhrverbote dafür Sorge tragen, daß die vorhandenen Nahrungsmittel auch wirklich einzig und allein unserm Volke zu Gute kommen. Aber auch jeder einzelne kann und muß durch sparsame Wirtschafsführung dem Wohle des Ganzen dienen. Wir können zwar den Betrag dessen, was wir wirklich an Kraft in unseren Körper einführen, nicht unter den Bedarf herabsetzen, aber wir können dafür sorgen, daß bei der Aufbewahrung, Zubereitung und dem Verzehr der Nahrungsmittel keine Vergeudung getrieben wird. Hier ist die Möglichkeit einer wirksamen Einschränkung des tatsächlichen Verbrauchs gegeben. Der steigende Wohlstand hat in den langen Friedensjahren zu einem immer achtloseren Umgehen mit den Nahrungsmitteln geführt. Man denke an die Vergeudung mit Brot, die in den norddeutschen Gastwirtschaften getrieben worden ist, wo das Brot ohne besondere Bezahlung zu den anderen Speisen zugegeben wurde. Beim Schälen der Kartoffeln im ungekochten Zustande gehen etwa 15 Prozent der nahrhaften Bestandteile verloren, ein Verlust, der vermieden werden kann, wenn die Kartoffeln erst gekocht und dann geschält werden. In den Berliner Abwässern ist nach Rubners Untersuchungen eine Fettmenge enthalten, die 20 g auf den Kopf der Bevölkerung entspricht, d. h. mit den hier verloren gegangenen Nahrungsstoffen könnte der gesamte Kraftbedarf von 130000 Menschen gedeckt werden! Wenn uns durch den Krieg die Ehrfurcht unserer Altvorderen vor dem täglichen Brot im weitesten Sinne wieder gegeben wird, so wäre das gewiß auch für die friedliche Zukunft ein Gewinn. Man darf sich über die Bedeutung dieser Verluste nicht mit der Überlegung hinwegsetzen wollen, daß ja die Abfälle der menschlichen Nahrung immerhin als Viehfutter Verwendung finden, also in Form von Fleisch und Fett unserer Schlachttiere wieder erscheinen. Denn noch nicht einmal die Hälfte der

an das Vieh verfütterten Nahrungsstoffe gewinnen wir in dieser Weise wieder. Die Verfütterung von Stoffen, die zu menschlicher Nahrung geeignet sein würden, an das Vieh, muß daher in der heutigen Zeit ebenfalls als eine Vergeudung von Nahrungsmitteln angesehen werden.

Wir haben bisher der Beurteilung der Ernährungsverhältnisse ausschließlich den Kraftinhalt der Nahrungsstoffe zu Grunde gelegt, auf die stoffliche Zusammensetzung der Nahrung aber nur soweit Gewicht gelegt, als sie für die Kraftzufuhr von Bedeutung war. In der Tat muß es ja auch für die Einfuhr der erforderlichen Kraft in den Körper ganz gleichgültig sein, in welcher Form sie dem Körper dargeboten wird, wenn er sie nur überhaupt ausnützen kann. Man kann daher auch in einem der oben angegebenen Kostschemata in weitgehendem Maße den einen Nahrungsstoff durch einen anderen in Mengen ersetzen, die dieselbe Kraft enthalten, „isodynam" sind. So können für Kohlehydrate Fette und für Fette Kohlehydrate, für Eiweißstoffe Kohlehydrate oder Fette usw. eintreten. Bei den Kohlehydraten und Fetten ist die Möglichkeit eines derartigen Ersatzes fast unbeschränkt, bei den Eiweißstoffen dagegegen nicht. Nur bis zu einer bestimmten unteren Grenze kann das Eiweiß durch andere Nahrungsstoffe ersetzt werden, eine bestimmte Menge Eiweiß ist unersetzlich, muß also als solches in der Nahrung vorhanden sein. Das beweist uns, daß der Kraftinhalt allein nicht maßgebend sein kann, daß noch ein anderes Moment hier eine Rolle spielen muß. In unserem Körper gehen fortgesetzt lebende Zellen zu Grunde und müssen neu wieder aufgebaut werden, das dafür erforderliche Baumaterial muß dem Körper in der Nahrung zugeführt werden. Neben Wasser und Salzen, die daher ebenfalls in unserer Nahrung stets in reichlicher Menge vorhanden sind, ist aber Eiweiß der wesentlichste Bestandteil aller lebenden Substanz. Das Eiweiß in unserer Nahrung hat daher im Körper eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: es dient einerseits als Baumaterial für den Aufbau neuer Zellen, als solches ist es in seiner stofflichen Eigentümlichkeit erforderlich und daher durch die anderen Bestandteile unserer Nahrung nicht zu ersetzen, — und es dient andererseits der Kraftzufuhr ebenso wie Kohlehydrate und Fette, für diese Funktion ist nur der Kraftinhalt maßgebend. Bis zu welchem Betrage das Eiweiß in der Nahrung unersetzlich ist, läßt sich nicht allgemein angeben, da hierbei verschiedene Momente von Bedeutung sind. Soviel aber wissen wir heute bestimmt, daß die Werte, die man früher für den Eiweißbedarf eines Erwachsenen gefordert hat, erheblich über dem Betrage des unersetzlichen Eiweiß liegen. Es ist erwiesen, daß es mit 30 g Eiweiß und sogar mit noch geringeren Mengen gelingt, sich völlig ausreichend zu ernähren, wenn nur durch genügende Zufuhr von Kohlehydraten und Fetten im übrigen für die erforderliche Kraftzufuhr gesorgt ist. Es wird nicht zweckmäßig sein, wenn man einen allgemeingültigen Wert angeben will, sich allzu nahe an der unteren Grenze des absolut Notwendigen zu halten. Wenn man aber ein Mindestmaß von 70 bis 80 g Eiweiß für die mittlere Ernährung des erwachsenen Mannes fordert, so kann man sicher sein,

damit wesentlich oberhalb der untersten Grenze zu sein, so daß auch ein zeitweiliges Heruntergehen unter diesen Betrag noch nicht als bedenklich angesehen zu werden braucht.

Die Unentbehrlichkeit des Eiweißes in der Nahrung ist es gewesen, die zu der übertriebenen Bewertung des Eiweißes und aller eiweißhaltigen Nahrungsmittel wie Fleisch, Milch, Eier geführt hat. Das Eiweiß erschien wegen seiner Unersetzlichkeit leicht auch kurzweg als der „wichtigste" Nahrungsstoff; der Wert eines Nahrungsmittels oder einer ganzen Kost wurde nach dem Eiweißgehalt beurteilt; wer gut ernährt werden sollte, wurde vor allen Dingen auf eiweißhaltige Nahrungsmittel verwiesen. Man kann sich nicht leicht eine einseitigere und in ihrer Einseitigkeit irrtümlichere Auffassung denken. Man muß sich stets gegenwärtig halten, daß das Eiweiß ja nicht überhaupt, sondern nur bis zu einem bestimmten, nicht sehr hohen Betrage unentbehrlich ist und auch nur bis zu diesem Betrage für den Aufbau neuer Zellen Verwendung findet. Was darüber hinaus an Eiweiß in den Körper eingeführt wird, dient dort keinem anderen Zwecke als die Kohlehydrate und Fette, nämlich ausschließlich der Kraftzufuhr. Diese kann aber nicht nur ebenso gut, sondern sogar zweckmäßiger durch Kohlehydrate und Fette erreicht werden als durch Eiweißstoffe. Allen eiweißhaltigen Nahrungsmitteln ist es gemeinsam, daß sie außerordentlich reich an Wasser sind, Fleisch enthält 75, Milch 87 Prozent Wasser. Ganz im Gegensatz zu der landläufigen Vorstellung sind sie daher keineswegs besonders krafthaltige, sondern geradezu kraftarme Nahrungsmittel. Die kohlehydrat- und fetthaltigen Bestandteile unserer Nahrung enthalten in dem gleichen Volumen sehr viel mehr chemische Kraft. 100 g Fleisch sind gleich etwa 100 Calorien, 100 g Milch sogar nur gleich 60 Calorien; dagegen enthalten 100 g Brot 200 bis 230, 100 g Zucker etwa 400 und 100 g Butter sogar 800 Calorien. Eine Nahrung kann daher sehr wohl eiweißreich und dennoch ungenügend sein, und eine eiweißarme Nahrung kann gleichwohl die erforderliche, ja sogar eine überreichliche Kraftmenge enthalten. Man sieht, wie eine Beurteilung einer Kost ausschließlich nach ihrem Eiweißgehalt zu durchaus irrtümlichen Schlüssen führen muß.

Die Behinderung der Zufuhren und die wegen der Knappheit der Futtermittel unbedingt erforderliche Einschränkung unserer Viehhaltung haben zu einer starken Verminderung unserer eiweißhaltigen Nahrungsmittel geführt. Die stark gestiegenen Preise, neuerdings auch die Maßregeln der Regierung zwingen uns von unserer bisherigen eiweißreichen Kost zu einer eiweißarmen Ernährung überzugehen. Das kann ohne die geringsten Bedenken geschehen. In den 300 g Brot, die uns die Brotkarte zubilligt, sind allein schon rund 20 g Eiweiß enthalten, was noch fehlt an der unentbehrlichen Menge, kann sogar, wenn man von Fleisch ganz absehen will, durch Fische und Käse zugeführt werden. Für die Kraftzufuhr aber bedürfen wir das Eiweiß nicht, diese kann und soll durch Kohlehydrate und Fette bewirkt werden. Wenn man gelegentlich die Befürchtung

äußern hört, eine ausgesprochen eiweißarme Ernährung könnte der allgemeinen Volksgesundheit schädlich sein, so ist das nur ein Ausfluß jener älteren übertriebenen Wertschätzung des Eiweißes, von der sich endlich loszumachen jetzt die höchste Zeit ist.

Von viel größerer Bedeutung ist die Knappheit unserer Fettvorräte. Denn das Fett ist unser krafthaltigstes Nahrungsmittel, es ist in unserer Nahrung fast in wasserfreiem Zustande enthalten, und sein Kraftinhalt beträgt, wie aus den oben angeführten Werten hervorgeht, mehr als das Doppelte des Kraftinhalts der Eiweißstoffe und Kohlehydrate. Mit Fett können wir daher die größte Kraftzufuhr in dem kleinsten Volumen bewirken. Wenn wir nun auch unter den Verhältnissen des heutigen Krieges nicht völlig auf das Fett in der Nahrung verzichten müssen, so bedeutet doch auch schon eine erhebliche Einschränkung des Fettgehalts unserer Nahrung eine Erschwerung der ausreichenden Nahrungszufuhr, denn sie kann natürlich nur aufgewogen werden durch eine entsprechende Vermehrung der aufzunehmenden Nahrungsmenge. Da das Fett nur als Kraftträger in unserer Kost eine Rolle spielt, so kann es, wie wir gesehen haben, durch Kohlehydrate ersetzt werden. Als wesentlichste kohlehydrathaltige Nahrungsmittel kommen hierfür das Getreide, die Kartoffeln und der Zucker in Betracht; das Getreide muß aber hier ausscheiden, da es nur in einer bestimmten Menge pro Kopf zur Verfügung steht. Dafür sind glücklicher Weise Kartoffeln und Zucker in überreicher Menge vorhanden, auf den Reichtum an diesen Nahrungsmitteln gründet sich in erster Linie unsere Zuversicht, daß die Deckung unseres Calorienbedarfs bei noch so langer Dauer des Krieges nicht in Frage gestellt werden wird. Die Kartoffeln stellen allerdings kein sehr krafthaltiges Nahrungsmittel dar, da sie ziemlich reichlich Wasser enthalten. In weiten Kreisen der Bevölkerung wurden sie daher in Friedenszeiten fast regelmäßig zusammen mit Fett aufgenommen, sei es z. B. mit fetten Saucen oder als Bratkartoffeln oder zusammengekocht mit fettem Hammel- oder Schweinefleisch. Sie wirken hier weniger durch ihren eigenen Nährstoffgehalt, als durch ihre Fähigkeit, als „Fettträger" zu dienen, d. h. sie ermöglichen die Aufnahme größerer Fettmengen, die wir ohne eine derartige Zukost nicht ohne die Gefahr von Verdauungsstörungen aufnehmen können würden. So liegt auch die Bedeutung der Gemüse für die Ernährung in der Hauptsache in der bequemen Fettzufuhr, die sie ermöglichen. Wenn wir jetzt auf die Kartoffeln als kohlehydrathaltiges Nahrungsmittel zurückgreifen, um durch sie fehlendes Fett in der Nahrung zu ersetzen, so ergibt sich als selbstverständliche Notwendigkeit, daß sie in viel größeren Mengen aufgenommen werden müssen als dies bisher im allgemeinen geschah. Der wichtigste Ersatzstoff für das Fett ist aber unzweifelhaft der Zucker. Zucker ist reines Kohlehydrat, 100 g liefern daher rund 400 Calorien. Alle zuckerhaltigen oder mit Zucker zubereiteten Speisen, wie Honig, Marmeladen, Gelees, Eingemachtes, süße Speisen sind daher wegen ihres hohen Kraftinhalts wertvolle Nahrungsmittel. Es ist ein leider bei uns noch immer weitverbreitetes

Vorurteil, daß alle süßen Speisen bloße Gaumenreize sind, die keine Kraft liefern könnten: das gerade Gegenteil ist wahr. Dabei ist der Zucker infolge seines verhältnismäßig geringen Preises ein sehr wohlfeiles Nahrungsmittel. Zur Zeit unserer Großeltern war es gewiß berechtigt, wenn die sparsame Hausfrau die Zuckerdose in besonders sorgsamer Obhut hielt, um einen zu reichlichen Verbrauch zu verhindern, heute könnte man im Gegenteil sagen, daß sie — soweit nicht die Besorgnis vor Verdauungsstörungen in Frage kommt — am besten daran täte, sie ihren Hausgenossen zur freien Verfügung zu stellen, denn billiger als mit Zucker kann sie sie kaum ernähren. Durch Steigerung des Zuckerverbrauchs kann der Fettmangel in unserer Nahrung am einfachsten aufgewogen werden. Unser Verbrauch an Zucker betrug bisher, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, noch nicht halb soviel wie in Nordamerika und England, er ist also einer sehr erheblichen Steigerung fähig, wie das Beispiel dieser Länder beweist. Die gewaltigen Zuckermengen, die Deutschland im Frieden ausführte, bleiben jetzt im Lande; sie können und müssen den Ersatz für die abgeschnittene Zufuhr an anderen Nahrungsmitteln bilden.

Die notwendige Veränderung in der Zusammensetzung unserer Nahrung kann also an sich ohne jede Beeinträchtigung ihres Kraftwertes stattfinden. Aber man darf gleichwohl ihre praktische Bedeutung nicht ganz gering schätzen. Es genügt nicht, daß überhaupt eine ausreichende Nahrung vorhanden ist, sie muß auch in der genügenden Menge aufgenommen werden. Darüber entscheidet unser Appetit, er bedingt es, daß im allgemeinen die Menschen unbewußt, ohne Kenntnis der Gesetze der Ernährung, gerade soviel Nahrung aufnehmen, als für sie erforderlich ist. Nun weiß jedermann, wie sehr unser Appetit von der gewohnten Zusammensetzung unserer Kost abhängig ist. Eine Nahrung, die uns fremdartig anmutet, wird leicht verschmäht, auch wenn wir überzeugt sind, daß sie vielleicht nahrhafter ist als unsere gewohnte Kost. Wenn wir jetzt zu Änderungen in der Art unserer Nahrung gezwungen sind, so wird dadurch die Aufnahmefähigkeit unzweifelhaft erschwert werden. Hier kommt die Zunahme des Volumens der Kost, wie sie durch die stärkere Verwendung kohlehydrathaltiger Nahrungsmittel bedingt wird, und das Fehlen gewohnter Geschmacksreize besonders in Frage. Das Fleisch spielt in unserer Ernährung auch als Genußstoff eine wichtige Rolle, die verschiedenen Fleischsorten mit ihrem wechselnden Geschmack, die mannigfaltige Möglichkeit der Zubereitung bedingen vor allem den uns so erwünschten Wechsel in unserer Nahrung von einem Tag zum andern. Durch den Verzicht auf das Fleisch wird unsere Kost keineswegs weniger nahrhaft, aber sie wird leicht eintöniger und damit weniger appetitreizend werden. Erkennt man einmal diese Folge, so kann man ihr bewußt entgegentreten. Es muß die Aufgabe der Küche sein, uns durch zweckmäßige Zubereitung der Nahrung in der Zusammensetzung, wie sie uns die Rücksicht auf die heutige Zeit vorschreibt, die Änderung so wenig bemerklich zu machen wie möglich. Auch mit den Nahrungsstoffen, die

UNIVERSITY

uns heute zur Verfügung stehen, kann die Kost abwechslungsreich gestaltet werden, aber man muß sich gegenwärtig halten, daß dies nicht nur angenehm, sondern notwendig ist. Bei der Geschmacksrichtung der Frauen und Kinder wird durch die reichlichere Verwendung süßer Speisen auch einem Mangel an Geschmacksreizen in der Nahrung leicht vorgebeugt werden können. Bei der Mehrzahl der Männer wird das immerhin schwieriger sein. Es wird daher nicht als eine unberechtigte Bevorzugung angesehen werden können, wenn jedenfalls da, wo der Mann der hauptsächlich oder ausschließlich erwerbende Teil der Familie ist, ihm das etwa verfügbare Fleisch und Fett in erster Linie zugewandt wird.

Betrachtet man die Aufgabe der Ernährung unseres Volkes unter den Bedingungen des heutigen Krieges vom Standpunkte der modernen Ernährungslehre, so zeigt sich an keiner Stelle begründeter Anlaß zur Sorge. Wir können auch auf diesem Gebiete durchhalten, wenn wir mit der Planmäßigkeit vorgehen, die sich auf wissenschaftliche Grundlagen stützt. Und da wir durchhalten können, so wollen und werden wir durchhalten.

Stärke und Macht des Deutschtums in den baltischen Provinzen

Von Dr. K. Stavenhagen

(Schluß)

Museen und wissenschaftliche Vereine.

Wie in der Kunst wird auf wissenschaftlichem Gebiete fast alles von Deutschen geleistet. Wir geben eine Übersicht über die bestehenden „gelehrten" Vereine in den drei Provinzen:

1. Vereine für Geflügel-, Bienen-, Fisch-, Hundezucht, Samenbau, landwirtschaftliche wissenschaftliche Vereine	15
2. Ärzte- und Pharmazeuten-Vereine	13
3. Technische Vereine	5
4. Naturforscher-Vereine	2
5. Historische Vereine	12

Von den unter 1) genannten Vereinen, die vor allem praktischen Zielen dienen und Versuchsstationen, Laboratorien, Brutstätten, Zuchtanstalten unterhalten, sind 1—2 Bienenzuchtvereine lettisch, alle übrigen deutsch, einige mit lettischen Mitgliedern.

Die an zweiter Stelle genannten sind nicht rein wissenschaftliche Vereinigungen, sondern gleichzeitig Berufsvertretungen. Unter ihnen sind ein lettischer und ein russischer Ärzteverein. Alle übrigen elf sind rein deutsch oder fast rein deutsch.

Die unter 3) genannten sind rein deutsch oder gemischt.

Rein wissenschaftlichen Zwecken dienen nur die unter 4) und 5) genannten. Von den beiden Naturforschervereinen steht der zu Dorpat im Zusammenhange mit der Universität und ist seinem nationalen Charakter nach als gemischt zu bezeichnen. Der andere bedeutendere zu Riga ist rein deutsch. Beide unterhalten je ein Museum. Der rigische Naturforscherverein gibt das „Korrespondenzblatt des Naturforschervereins" heraus. Er erhält bei Kielkond auf Ösel eine biologische Beobachtungsstation und verwaltet die Waika-Inseln (bei Ösel) und die Moritzinsel im Usmaitenschen See (in Kurland) als Naturschonstätten. Über das von der baltischen Naturforschung im weitesten Sinne (physikalische Geographie, Geologie, Klimatologie, Flora und Fauna) geleistete unterrichtet die Baltische Landeskunde, herausgegeben von K. R. Kupffer (mit Atlas) 1911.

Die unter 5) genannten Vereine beschäftigen sich mit der sprachlichen, folkloristischen, historischen und archäologischen Erforschung des Landes. Von ihnen ist einer russisch, doch existiert er nur dem Namen nach. Ein zweiter, die lettisch-literarische Gesellschaft, wurde 1832 von Deutschen zwecks Hebung und Erforschung des lettischen Volkes gegründet. Sie hat deutsche und lettische Mitglieder. Eine dritte steht im Zusammenhange mit der Universität Dorpat und ist deshalb gemischt. Auch sie läßt wenig von sich hören.

Von wirklicher Bedeutung sind die übrigbleibenden neun rein deutschen, in denen die wissenschaftliche Erforschung des Landes konzentriert ist. Die beiden bedeutendsten sind: die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga und die Gesellschaft für Literatur und Kunst zu Mitau. Sie unterhalten sieben Museen. Von ihrer Tätigkeit geben Rechenschaft:

1. Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde (Riga)
2. Sitzungsberichte der Gelehrten estnischen Gesellschaft (Dorpat)
3. Jahresberichte der Felliner literarischen Gesellschaft
4. Sitzungsberichte der Altertumsforschenden Gesellschaft zu Pernau
5. Sitzungsbericht der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst (Mitau)
6. Jahrbuch für Genealogie, Sphragistik und Heraldik (herausgegeben von der hierfür begründeten Sektion der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst).

Monumentale Leistungen sind das von der rigischen Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde mit Unterstützung der baltischen Ritterschaften und Städte herausgegebene livländische*) „Urkundenbuch" (bisher 13 Großquartbände mit durchschnittlich 700 Seiten), begonnen von Bunge, fortgesetzt von Hildebrand, Th. Schwartz, Bulmerincq, L. Arbusow senior und junior, ferner die „Akten und Rezesse der livländischen Ständetage" (drei Bände), begonnen

*) Livland im alten Sinne umfaßte alle drei Provinzen.

von O. Stavenhagen, fortgesetzt und zu Ende geführt von L. Arbusow senior. Vielleicht einzig in seiner Art ist das Werk von L. Arbusow, „Livlands Geistlichkeit vom Ende des 12. bis ins 16. Jahrhundert." Hier sind sämtliche Nachrichten über alle Träger geistiger Bildung höhern Grades (Herkunft, Abstammung, Stellung, Tätigkeit) über 5277 Personen zusammengestellt worden. Über die Fülle des auf archäologischem, historischem, sprachlichem, ethnographischem Gebiete Geleisteten gibt der Bericht von A. Feuereisen, „Die livländische Geschichtsliteratur" 1906 mit den Nachträgen von W. Wulfius 1909 ff Aufschluß. Hervorgehoben sei noch, daß die wissenschaftliche Erschließung und Aufarbeitung der lettischen Sprache das Werk eines Balten ist, des verstorbenen Doblenschen Pastors Dr. h. c. A. Bielenstein. Seine von einem J. Grimm bewunderte „Lettische Grammatik" ist noch heute für die Erforschung der lettischen Sprache grundlegend. Sein zweites Hauptwerk sind die 1892 von der Petersburgischen Akademie herausgegebenen „Grenzen des lettischen Volksstammes und der lettischen Sprache". Von lettischer Seite ist wie für die wissenschaftliche Forschung überhaupt, so auch für die des eigenen Volkes nichts geleistet worden mit Ausnahme der Volksliedersammlung von Bâron. Ebenso ist die Aufarbeitung des Estnischen ein Werk der Deutschen Ahrens und Wiedemann. Die baltischen deutschen Provinzialismen sind in dem mehrbändigen Werke von W. v. Gutzeit „Wörterschatz der deutschen Sprache Livlands", das einen Nachtrag des Grimmschen Wörterbuches darstellt, gesammelt (Riga 1859 ff., der letzte Teil existiert nur im Manuskript).

Der wissenschaftlichen Organisation dienen ferner die alle zwei Jahre zusammentretenden baltischen Historikertage (vergleiche deren „Arbeiten"), ferner wissenschaftliche Ausstellungen z. B. die Heraldische Ausstellung zu Mitau 1903 (vergleiche den Katalog mit 2317 Nummern). Es sind dies natürlich alles rein deutsche Unternehmungen.

Die Archive, z. B. die von den Ritterschaften unterhaltenen Landesarchive zu Mitau und Reval, das Ritterschaftsarchiv zu Riga, die städtischen Archive von Reval und Riga sind wissenschaftlich gesichtet und Zentren der Forschung. An ihrer Spitze stehen spezial-wissenschaftlich ausgebildete Direktoren und deren Assistenten. Die Archive sind sämtlich in deutschen Händen. Über ihre Organisation unterrichten die Referate in den „Arbeiten des ersten baltischen Historikertages" 1908.

Wissenschaftliche Forschungsinstitute und, ebenso wie die Archive, mit bedeutenden Bibliotheken versehen sind zum Teil auch die Museen, allerdings nur die von Deutschen verwalteten. Von den 22 Museen sind 6 staatlich (davon vier an der Universität Dorpat), die sich natürlich in russischer Verwaltung befinden, eins städtisch, das Kunstmuseum zu Riga, das von Deutschen verwaltet wird, 15 sind Privatinstitute. Von diesen Privatmuseen sind 12 in deutschem Besitz, zwei in lettischem und eins in estnischem. Die lettischen und das estnische sind kleine ethnographische Sammlungen, die im Baltikum den meisten unbekannt sein dürften. Unter den deutschen verdient das rigische sogenannte „Dommuseum" hervorgehoben zu werden.

Auf die Menge, Qualität und die Organisation wissenschaftlicher Arbeit, die im Baltikum ohne jede staatliche Beihilfe geleistet ist, pflegt der Balte nicht mit Unrecht stolz zu sein. Anhangsweise sei hier noch einer größeren praktisch-juristischen Arbeit gedacht: der Kodifizierung des Baltischen Provinzialrechts. 1845 erschienen endlich, nachdem 1741 bereits der erste Entwurf von der livländischen Ritterschaft der Staatsregierung vorgestellt, aber infolge des Übelwollens der Bürokratie nicht bestätigt worden war, die beiden ersten die Behördenverfassung und das Ständerecht enthaltenden Bände, 1864 der das Privatrecht umfassende III. Band. Der vierte und fünfte Teil, den Zivil- und Kriminalprozeß enthaltend, sind wiederum nicht bestätigt worden.

Bibliotheken.

Es ist in Deutschland wenig bekannt, daß Riga unter den Städten verhältnismäßig zu den besten Abnehmerinnen des deutschen Buchhandels gehört*). Die Bibliotheken des reichsdeutschen Durchschnittspastors, -juristen, -mediziners oder -oberlehrers halten den Vergleich mit dem, was man im Baltikum bei den gleichen Berufsvertretern vorfindet, nicht entfernt aus. Sehr große Bibliotheken findet man auf vielen Gütern. Neben Belletristik ist neuere Geschichte besonders stark vertreten: Treitschkes Deutsche Geschichte und Sybels Gründung des Deutschen Reiches z. B. wird man im Baltikum in den meisten gebildeten Häusern finden. Kleine Bismarckbüchereien findet man in sehr vielen Familien (ebenso Bilder oder Büsten von Bismarck, Moltke, Kaiser Wilhelm den Ersten und Zweiten). Deutsche Offiziere mögen sich nicht wenig gewundert haben, in X., einem kleinen Städtchen Kurlands, im Hause eines „russischen" Wehrpflichtsbeamten einquartiert, dort auf ein ganzes Regal Bismarckliteratur zu stoßen. Reich mit deutschen Zeitungen und Zeitschriften versehen sind viele Klubs und sogenannte „Gewerbevereine". Der Klub in Mitau gibt z. B. für Abonnements jährlich über 1000 Rubel aus. Fast in jeder Stadt gibt es in den Familien kursierende Zeitschriftenmappen mit 10 bis 15 Zeitschriften, wie der Rodenbergschen „Deutschen Rundschau", den „Preußischen Jahrbüchern", den „Grenzboten", der „Neuen Rundschau", „Zeitschrift für bildende Kunst", „Velhagen und Klasing", „Jugend", „Simplizissimus", den Seemannschen Bilderpublikationen Zu den meistgelesenen Zeitschriften gehört der „Kunstwart": Bilder und Möbel in den Häusern zeugen davon, daß man ihm Gehör schenkt.

Wir geben im Folgenden eine Übersicht über die im Lande existierenden wissenschaftlichen Bibliotheken, soweit sie dem Staat, Städten, Ritterschaften oder Vereinen gehören. Von Schulbibliotheken sind drei, die des ritterschaftlichen Gymnasiums zu Goldingen, des Kronsgymnasiums zu Mitau (etwa 45000 Bände) und des Nikolaigymnasiums zu Riga mitgezählt worden. Wissenschaft-

*) Die neun zum deutschen Verlegerverein gehörenden Buchhandlungen Rigas standen mit insgesamt 3512 Verlegern in Verbindung („hatten 3512 Konti"). In einer Stadt von der gleichen Einwohnerzahl, Breslau, hatten die Buchhändler nur 7877 „Konti", in dem doppelt so großen Hamburg nur dreimal soviel, nämlich 10834 „Konti".

lichen und Berufszwecken dienen nach den Adreßbüchern 27. Von diesen gehören drei dem Staate, die Universitätsbibliothek zu Dorpat und zwei der genannten Schulbibliotheken. Sie stehen jetzt natürlich in russischer Verwaltung. Sie stammen aus der Zeit vor der Russifizierung und ihr Grundstock ist demgemäß deutsch. Vier weitere gehören Städten mit deutschen Stadtverwaltungen, drei den deutschen Ritterschaften. Zu den städtischen gehört die etwa 96000 Bände enthaltende rigische Stadtbibliothek. Eine weitere ist die des unter deutscher Verwaltung stehenden Polytechnikums (50000 Bände). Von den übrigen 23 sind 22 in deutschem Besitze, eine in estnischem, die des Nationalmuseums zu Dorpat. Irgend einen wissenschaftlichen Wert wird ihr niemand beimessen wollen, ebensowenig wie der Imkerbibliothek des lettischen Bienenzuchtvereins in Schlock, die wir oben nicht einmal mitgezählt haben. Schon diese Übersicht über die Bibliotheken zeigt, daß alles wissenschaftliche Leben deutsch ist.

Eine Statistik aller Bibliotheken, die Unterhaltungs- und Bildungszwecken dienen, läßt sich nicht geben. Deutsche Bibliotheken dieser Art, die im Besitze von Vereinen sind, gibt es, abgesehen von den drei in deutscher Verwaltung stehenden und größtenteils aus deutschen Büchern bestehenden Volksbibliotheken Rigas, etwa 41. 28 von diesen 41 gehören den deutschen Vereinen. Nicht mitgezählt sind dabei die Wanderbibliotheken der deutschen Vereine, deren Kurland allein 16 besitzt, ferner ca. 10 Bibliotheken des Frauenbundes, die Bibliotheken der deutschen Studentenkorporationen Dorpats und Rigas, die oft recht reichen Bibliotheken in den ritterschaftlichen und deutschen Vereinsschulen. Endlich haben die meisten Städte noch deutsche Leihbibliotheken.

Zeitungen und Zeitschriften.

Es erscheinen in den Ostseeprovinzen fünf mehrsprachige Zeitungen, deren fremdsprachiger, meist russischer Text, eine Übersetzung des unter deutscher Redaktion erscheinenden deutschen Blattes ist. Die wichtigste dieser Zeitungen ist das siebenmal wöchentlich erscheinende Rigaer Börsenblatt. An deutschen Blättern erschienen im Baltikum 1913 folgende:

8 werktäglich erscheinende politische Zeitungen,
10 ein- bis zweimal wöchentlich erscheinende politische Zeitungen,
6 ein- bis zweimal monatlich erscheinende Berufszeitungen,
3 gelegentlich bis zweimal monatlich erscheinende Sportzeitschriften,
8 einmal wöchentlich bis einmal monatlich erscheinende kirchlich-theologische Zeitschriften,
18 einmal wöchentlich bis einmal monatlich erscheinende Zeitschriften religiösen, erbaulichen und sozialen Inhalts,
1 Monatsschrift von der Art von „Westermanns Monatsheften", jetzt vereinigt mit der seit 1858 erscheinenden „Baltischen Monatsschrift" (von der Art der Rodenbergschen „Deutschen Rundschau"),
2 wissenschaftliche Zeitschriften: eine pädagogische und eine naturwissenschaftliche.

Eigentlich wäre noch die einmal monatlich erscheinende „Kunstbeilage" des Rigaer Tageblatts als besondere Zeitschrift zu zählen. Diesen 46 deutschen Blättern stehen etwa 49 lettische, 22 russische (darunter die drei Gouvernementsanzeiger), 14 estnische und zwei litauische gegenüber. Unter den lettischen sind ein paar von deutschen Pastoren herausgegebene kirchlich-erbauliche Blätter. Einen Vergleich im geistigen Niveau halten die undeutschen mit den deutschen Zeitschriften nicht aus. Da den rund 200000 Deutschen 2 Millionen Letten und Esten gegenüberstehen, würde man erwarten, daß es etwa zehnmal soviel undeutsche wie deutsche Zeitschriften gibt. Statt dessen ist das Verhältnis der estnisch-lettischen zu den deutschen Zeitschriften nur wie etwa 4 : 3.

Stände und Berufe.

Die deutsche Bevölkerung der Ostseeprovinzen gliedert sich in drei Stände: Adel, Literaten und „Bürger" (im engern Sinne). Der Adel ist korporativ zusammengeschlossen zu den „Ritterschaften" im engern Sinne. Ursprünglich hatte nämlich nur der Adel auf den Landtagen Sitz und Stimme. Als die bürgerlichen Gutsbesitzer das Stimmrecht erhielten, blieben eine Anzahl von Landtagsverhandlungsgegenständen dem immatrikulierten Adel d. h. den Gliedern der in die Matrikel der Provinz eingetragenen Familien deutschen Adels vorbehalten, z. B. das Recht, Personen in die Matrikel aufzunehmen oder aus ihnen auszuschließen. Diese Adelskorporation ist nicht ein Verein von einer Reihe adliger Personen, sondern noch ein Stand im eigentlichen Sinne dieses Wortes mit allen Merkmalen eines solchen: Gemeinsamkeit von Traditionen, Anschauungen, gesellschaftlichen Ansprüchen, des Ehrbegriffs, Solidaritätsgefühl, Standesdisziplin — was man von der Klasse von Personen, die in Deutschland jetzt offiziell dem Adel angehören, nicht aussagen kann. Diese ideellen Momente darf man nicht gering anschlagen; sie schweißen den Stand erst zur Einheit zusammen, die ihn im Nationalitätenkampfe eine Macht werden läßt.

Seinem Berufe nach ist ein großer Teil des Adels Gutsbesitzer. Sonst trifft man viel Bankbeamte, Rechtsanwälte, Ärzte und besonders in Livland Gelehrte und Schriftsteller unter den Edelleuten.

Der Adel ist keine Kaste mit ägyptischer Abgeschlossenheit. Mannigfache Beziehungen laufen zum zweiten Stande, den „Literaten", hinüber. Gesellschaftliche Beziehungen, die von dem Dorpater Korps herstammenden gemeinsamen Traditionen, der gleiche Ehrbegriff, auf Grund dessen Edelmann und Literat sich Satisfaktion geben, berufliche und vielfach Familienbeziehungen vereinigen die beiden Stände zu einer führenden Gesellschaft, die im Nationalitätenkampfe das meiste geleistet hat. Im übrigen ist vom Literatenstand schon die Rede gewesen.

Eine dritte Gruppe ist das Bürgertum. Sie ist nicht in dem Sinne wie die beiden anderen Gruppen zu einem Stande zusammengeschweißt. Immerhin fehlt es auch ihr nicht an Organisierung. Die Vereinheitlichung ist hier auf

beruflicher Grundlage erfolgt: es sind hier die Kaufleute einerseits, die Handwerker andrerseits, die sich zu „Gilden", die bei den Handwerkern wieder in berufliche „Ämter" zerfallen, zusammengeschlossen haben. Organisation und Bezeichnungen, die übrigens in den verschiedenen Städten verschieden sind, sind noch die im Mittelalter üblichen. Die alten „Schragen" (Statuten) und Bräuche sind noch in Kraft. Die beiden Gilden zusammen bilden die „Bürgerschaft". Auf sie war wie überall auch in Deutschland die Stadtverfassung aufgebaut. Bei der Einführung der Gewerbefreiheit und der russischen Stadtordnung verlor die Bürgerschaft natürlich ihre Bedeutung. Man wird aber gut tun, ihren Einfluß auch heute nicht zu unterschätzen. Ein wichtiges Recht hat sie sich bewahrt: sie wählt in den Städten noch heute den Pastor der deutschen Gemeinde. Die Gilden sind zum Teil mächtige Institutionen mit großen Mitteln, Sparkassen*), Unterstützungsfonds, Stiften, Stipendien. Die „große" (Kaufmanns-) Gilde in Riga gibt z. B. jährlich 60000 Rubel zur Unterstützung des deutschen Theaters in Riga aus. (Winter 1913—14 waren es 63091 Rubel).

Daß diese drei Stände sich nicht abgeschlossen gegenüberstehen, ist schon bemerkt worden. Eine Reihe von Interessen, vor allem die nationalen, vereinigt sie in gemeinsamer Arbeit in Wohlfahrts-, Kunst- und Sportvereinen, vor allem im Deutschen Verein. Auch in geselligen Vereinen trifft man zusammen: fast jede kurische Stadt hat einen solchen „Handwerker"- oder „Gewerbeverein" (in Livland meist „Muße" genannt). Der Name ist für die Entstehung bezeichnend. Diese Vereine unterhalten Klubräume, eine Bibliothek, ein Billard, ein Zeitschriftenzimmer, und gewöhnlich einen Saal mit Bühne, wo alle geselligen Feste und Theatervorstellungen des Ortes stattzufinden pflegen. Diese Vereinslokale ersetzen dem Balten die Restauration oder das Café, die in den meisten Städten überhaupt fehlen. Mitglieder dieser Vereine sind Personen aller drei Stände, während Edelleute und Literaten die sogenannten „Klubs" für sich unterhalten.

Wir geben nun im Folgenden einige Daten darüber, wie die verschiedenen Nationalitäten in den drei wichtigsten Berufen vertreten sind: es ist selbstverständlich, daß diese Zahlen, wenn sie auch nach Möglichkeit gewissenhaft aufgestellt sind, nicht absolut zuverlässig sind.

Pastore:

In Kurland 1910 74 Deutsche = 82,23 Prozent
16 Letten = 17,77 Prozent

Der geringe Prozentsatz der Letten ist um so bemerkenswerter, als das Gros der Protestanten in Kurland Letten sind, nämlich etwa 500000 gegenüber etwa 50000 deutschen Protestanten.

*) Der Umsatz der Sparkasse der „kleinen" Gilde, d. h. der Handwerkergilde („St. Johannisgilde") in Riga betrug 1918 7780962 Rubel.

In Riga 1913 32 Deutsche = 88,9 Prozent
3 Letten = 8,33 Prozent
1 Este = 2,77 Prozent

Ärzte:

(exklusive Zahnärzte, Militärärzte und Veterinäre).

In Kurland 1913 etwa:	86	Deutsche	= 48,31 Prozent
	36	Letten	= 20,22 Prozent
	37	Juden	= 20,78 Prozent
	9	Russen	= 5,05 Prozent
	7	Polen u. Litauer	= 3,92 Prozent
	3	Unbestimmt	= 1,68 Prozent
	178	Ärzte.	
In Riga 1913 etwa:	175	Deutsche	= 50,43 Prozent
	43	Letten	= 12,39 Prozent
	66	Juden	= 19,02 Prozent
	47	Russen	= 13,54 Prozent
	11	Polen u. Litauer	= 3,17 Prozent
	5	Unbestimmt	= 1,44 Prozent
	347	Ärzte.	

Vereidigte Rechtsanwälte:

In Kurland 1910 etwa:	26	Deutsche	= 60,44 Prozent
	9	Letten	= 20,93 Prozent
	3	Juden	= 6,97 Prozent
	2	Russen	= 4,65 Prozent
	3	Polen u. Litauer	= 6,97 Prozent
	43	Rechtsanwälte	
In Riga 1913 etwa:	60	Deutsche	= 59,04 Prozent
	22	Letten	= 21,78 Prozent
	2	Juden	= 1,98 Prozent
	7	Russen	= 6,93 Prozent
	8	Polen	= 7,92 Prozent
	101	Rechtsanwälte.	

Die Zahlen für die Ärzte sind dem letzten Ärztekalender für die Ostseeprovinzen, der übrigens in deutscher Sprache erscheint, die Pastore und Rechtsanwälte von Kurland dem Richterschen Adreßbuch für Kurland (1910), die übrigen dem „Baltischen Jahrbuch" von 1914, einem Kalender, entnommen, wo die Vertreter der Berufe namentlich aufgezählt sind. Bemerkenswert ist der geringe Prozentsatz von Russen, ferner daß der Prozentsatz der Letten in den aufgeführten Berufen nie 22 Prozent übersteigt, während sie in Kurland über 75 Prozent und in Riga über 41 Prozent der Bevölkerung bilden. Die Deutschen dagegen, die in Kurland $7^1/_2$ Prozent und in Riga 25 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind in obigen Berufen mit 48 Prozent bis fast 90 Prozent vertreten. Es muß hervorgehoben werden, daß die deutschen Zahlen eigentlich noch günstiger sind. Die Juden sind nämlich ihrer Bildung und politischen Gesinnung nach meist zu den Deutschen zu zählen. Rechnet man sie mit, so würden 60 bis 70 Prozent aller vereidigten Rechtsanwälte und Ärzte Deutsche

sein. Endlich muß wieder hervorgehoben werden, daß die Undeutschen einen unorganisierten, sich häufig untereinander grimmig befehdenden Haufen bilden, während die Deutschen eine durch die mannigfachsten Bande in sich geschlossene Masse darstellen, ferner daß sie durch den Zusammenhang mit dem deutschen Mutterlande und vielfach durch die dort genossene Ausbildung den Berufsvertretern der andern Nationalitäten durch ihre Arbeitsleistungen überlegen sind. Die deutsche Bildung hat ebenso wie der deutsche Besitz seine herrschende Stellung behauptet.

Für Livlands kleine Städte und Estland bin ich nicht in der Lage, ein einigermaßen brauchbares Material beizubringen. Es sei bemerkt, daß die Verhältnisse dort ähnlich sind, wenn man auch bei einer Zählung einen etwas größeren Prozentsatz Letten in Livland erhalten würde.

Kirche und Wohltätigkeitsanstalten.

Neben der Ritter- und Landschaft und dem deutschen Verein ist die dritte Hauptstütze des baltischen Deutschtums die protestantische Kirche gewesen. Hierbei ist wieder das ideelle Moment zu betonen: das protestantische Bekenntnis ist ein Band, das den einzelnen an deutscher Kultur und deutschen Kultureinflüssen festhält. Man hat im Innern Rußlands die Erfahrung gemacht, daß Deutsche, die zur griechisch-katholischen Kirche übertraten, ihrem Volkstum sofort verloren gingen. Wie es keine griechisch-katholische deutsche Kirchengemeinschaft gibt, so gibt es keine protestantisch russische. Deutsche und protestantische Kultur einerseits und russische und griechisch-katholische Unkultur andrerseits decken sich. Auch der Lette gilt daher im Innern Rußlands als Deutscher, weil er Protestant ist.

Diese protestantische Kirche ist nun, wie am Anfange dieses Aufsatzes gesagt wurde, tatsächlich die herrschende. Lutheraner gab es 1897 1908701 = 79,99 Prozent, Protestanten anderen Bekenntnisses (größten Teils Reformierte) 9790 = 0,41 Prozent der Bevölkerung, griechisch-katholische Christen 250542 = 10,50 Prozent. Von diesen sind die meisten durch Landversprechungen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts verlockte Konvertiten. Sie sitzen hauptsächlich in bestimmten Gegenden Livlands, wo es 187740 griechisch-katholische Christen gab. Daß jährlich hunderte in den Schoß der protestantischen Kirche zurückkehren, ist schon bemerkt worden.

Die protestantische Kirche ist eine von Deutschen beherrschte Institution. In allen drei Konsistorien sind die weltlichen und geistlichen Beisitzer ausschließlich Deutsche, auf den Synoden der drei Provinzen herrscht die deutsche Majorität, wenn es in Livland auch mehr lettische Pastore als in Kurland (siehe oben) gibt. Die Verhandlungs- und Geschäftssprache ist das Deutsche. Nur die Kirchenbücher müssen seit 1890 in russischer Sprache geführt werden. Daß diese Kirche mit dem deutschen Geistesleben in Fühlung geblieben ist, beweist der in zahllosen Broschüren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln und auf den Synoden geführte Apostolikumstreit, der 1913/14 das ganze Baltikum tief erregte.

Mit der Kirche beherrscht das Deutschtum die zahlreichen von der Kirche ins Leben gerufenen Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsinstitutionen. Wie die drei in den letzten zwei Jahrzehnten neugebauten lettischen Kirchen in Riga, Mitau und Goldingen fast ausschließlich deutscher Opferwilligkeit ihr Entstehen verdanken, werden die Diakonissenhäuser, Krankenhäuser, Taubstummen- und Blödenanstalten beinahe vollständig von deutschem Gelde unterhalten, obgleich sie zum allergrößten Teil der undeutschen Bevölkerung zugute kommen. Als Beispiel seien hier nur die Diakonissen-, die Taubstummen- und die Blödenanstalt in Mitau erwähnt, eine Schöpfung von Pastor L. Katterfeld, die einen ganzen Stadtteil einnimmt. Ebenso ist die ganze Armenpflege, die auch wiederum hauptsächlich zum Besten der Undeutschen wirkt, in deutschen Händen.

Nicht anders steht es mit den von der Kirche unabhängigen Wohlfahrtsinstitutionen. Die Städte können hier, da die Regierung bei der Schaffung neuer Einnahmequellen nach Möglichkeit Schwierigkeiten schafft und das Budget beschneidet, nur wenig leisten. In großem Stile hat auf dem Gebiete der Wohlfahrt nur die Stadt Riga gearbeitet, wo Deutsche an der Spitze stehen. Einiges leisten, namentlich in der Form der Unterstützungen, die Ritterschaften. Z. B. unterhält die Kurländische Ritter- und Landschaft die Irrenanstalt Güntershof in Mitau. Die Hauptarbeit ist auf private Opferwilligkeit angewiesen, da der Staat natürlich nichts tut. Der aus Deutschen (und Juden) bestehende Lepraverein in Kurland unterhält z. B. drei Leprosorien. Ich weiß nicht, ob es in Deutschland eine Provinz gibt, wo es soviel Stiftungen mit so ansehnlichen Kapitalien gibt, wie im Baltikum. Die Zahl dieser Stiftungen, von denen Waisenhäuser, Heime, Asyle, Kleinkinderhorte, Witwen- und Altfräuleinstifte, Armen- und Siechenhäuser erhalten werden oder die diesen zugute kommen, ist Legion. Die Stadt Pernau in Livland mit zirka 20000 Einwohnern besitzt nach dem Adreßbuch 18 solcher Stiftungen. In Riga sind es oft recht große Kapitalien, z. B. beträgt das „Fischersche Legat" 127875 Rubel, das „Kapital John und Karoline Armstead"*) 142000 Rubel. Aus dem Kapital der James Armsteadschen Stiftung ist 1899 ein Kinderhospital errichtet worden, in dem 1913 in 79240 Pflegetagen 3382 Kinder verpflegt und dessen Ambulanz von 8536 Personen in Anspruch genommen wurde. Die Unterhaltungskosten betrugen 1913 über 182000 Rubel. Das Kinderhospital besitzt selbst wieder ein Kapital von 25509 Rubeln, gestiftet von Dr. J. C. Schwartz, dessen Zinsen für Freibetten verwendet werden. Ein geringer Teil der in Riga bestehenden Stiftungen wird von einem Verein „der literarisch-praktischen Bürgerverbindung" verwaltet; 1913 hatten diese Kapitalien die Summe von 583918 Rubeln erreicht. Sieht man von einigen von russischen Kaufleuten gestifteten Kapitalien ab, so sind der bei weitem überwiegende Teil deutsche Kapitalien. Von Letten und Esten ist hierin so gut wie nichts geleistet worden.

*) Die Armsteadts sind eine deutsche aus England stammende Familie.

Feuerwehr.

Einer Institution, die im Baltikum, insbesondere in den kleinen Städten, eine größere Rolle spielt, als in Deutschland sei hier noch gedacht: der in jeder Stadt existierenden freiwilligen Feuerwehr. In ihr arbeiten alle Nationalitäten zusammen. An der Spitze stehen meist Deutsche, auch in Städten, deren Verwaltung sonst wie zum Beispiel in Wolmar dem Deutschtum verloren gegangen ist. Die Geschäfts- und Kommandosprache war offiziell (bis zum Kriegsbeginn) und meist auch tatsächlich die deutsche. Die „Feuerwehrnachrichten", das Organ des Baltischen Bezirkes des Kaiserlich russischen Feuerwehrverbandes, erschienen bis zum 10. September dieses Jahres, wo sie mit den letzten noch übrig gebliebenen deutschen Zeitungen verboten wurden, in deutscher Sprache (12 Nummern jährlich). Eine sehr alte Eigentümlichkeit der baltischen Feuerwehr, die im Zeitalter der Jugendwehren von Interesse sein dürfte, sind die Schülerfeuerwehren und Schülerkolonnen. Es ist unter den deutschen Schülern der höheren Lehranstalten Brauch, daß sie vom 17. Lebensjahre ab in der Feuerwehr dienen. Sie werden entweder in die „fliegenden Kolonnen" eingereiht oder bedienen als selbständige Kolonnen eine Spritze. Während der Saison hat die Sommervillenkolonie des rigischen Strandes (etwa 25 Kilometer lang, 70—80000 Einwohner) ihre eigene Knabenfeuerwehr, die bei den sehr häufigen Wald- und Häuserbränden die freiwillige Erwachsenenfeuerwehr vollständig aus dem Felde geschlagen hat und im ganzen Baltikum bekannt ist.

Zusammenfassung.

Mindestens die Hälfte alles Besitzes auf dem Lande und in den Städten und weit über die Hälfte des mobilen Kapitals und des Handels sind im Baltikum in deutschen Händen. Die herrschenden Stände bestehen aus Deutschen, die sich in zahlreichen Vereinen und Korporationen zusammengeschlossen haben. Ihnen stehen die Undeutschen als Chaos gegenüber. Das wissenschaftliche und Kunstleben, alles höhere geistige Leben wird fast nur von Deutschen gepflegt. Es ist ihnen gelungen, den Zusammenhang mit dem Mutterland zu wahren und dabei eine besondere Art Deutschtum herauszubilden. Nimmt man hinzu, daß der Lette und Este ein bis auf die Sprache bereits völlig germanisierter Bauer ist, der zum großen Teil deutsch versteht und vor allem sich seiner höheren Art dem Russen gegenüber bewußt ist, so dürfte man dem Urteil der Kenner, das Baltikum könne in zwei Generationen germanisiert werden, Recht geben.

Es ist von den Balten gesagt worden, sie seien „Herrennaturen". Soll darunter „Junkerhaftigkeit" verstanden werden, so ist das eine Torheit, die die Befreiung der Bauern und deren jetzige wirtschaftliche Lage, die von der Regierung zurückgewiesenen Pläne der Heranziehung der Bauern zum obersten Selbstverwaltungsorgan widerlegen. Soll darunter aber verstanden werden, daß mindestens unter den Führern der Balten, denen man die Gefolgschaft nicht versagt hat, das Bewußtsein lebendig gewesen ist, daß die Weltgeschichte den

Balten das Hüten von Kulturgütern anvertraut hat, die allerdings von ihnen für größer als der Kulturbesitz der ihnen gegenüberstehenden Undeutschen gehalten werden, und daß infolgedessen sich in ihnen das Bewußtsein, von höherer Art als die Undeutschen zu sein, ausgebildet hat, so mag das richtig sein. Es ist dann etwas, was sie vor vielen Deutschen Petersburgs und Moskaus auszeichnet.

Ihre Schicksalsstunde hat jetzt geschlagen. Das Großrussentum hat unzweideutig zu verstehen gegeben, daß es mit deutscher Kultur und deutschem Besitz in der Baltenmark ein Ende machen und die Ostsee in ein russisches Binnenmeer verwandeln will. Wird Livland nicht erobert, rücken die deutschen Heere, die den Polen die Freiheit gebracht haben, aus Kurland ab, so werden die „Vaterlandslosen", die die Balten ja immer gewesen sind, ihr Schicksal weitertragen und von der Scholle, wo sie jahrhundertelang den Kampf um deutsche Art allein und ohne Hilfe führend einer lichteren Zukunft entgegenhofften, ohne Ausnahme weichen müssen. Am Ende des „deutschen" Krieges zieht dann in Deutschlands älteste Kolonie der Moskowiter ein.

Herbstabend in Flandern

Schwer, wie blut'ge Tränen, rieselt
Von den Zweigen braunes Laub.
Aus vereisten Wolken nieselt
Müder, frost'ger Regenstaub.
Und der Wind im feuchten Ried
Summt ein traurig' Sterbelied.

Wehmut hat die Welt beschlichen
Und die Erde tiefes Leid.
Ihre Farben sind verblichen,
Fahl und düster ist ihr Kleid.
Und ein mattes Seufzen geht
Durch die Felder, sturmzerweht.

Auf vergrämten Wiesenmatten
Lastet des Verderbens Fluch.
Herbstlich-graue Dämmerschatten
Weben schon ihr Leichentuch,
Und aus Baum und Busch und Strauch
Weht's mich an wie Todeshauch. —

Und ein wundersames Ahnen
Füllt mein Herz mit leisem Weh.
Will der Tod mich warnend mahnen,
Den ich Aug' in Auge seh',
Der mir unerbittlich-hart
Überall entgegenstarrt?

Treibt mich sehnend das Verlangen
Nach der Heimat trautem Schoße?
Quält mich zweifelnd Furcht und Bangen
Vor der Zukunft dunklem Los?
Oder sucht mein stiller Gram
Euch, die Gott schon von uns nahm? —

— Traumverwirrt und grübelnd schreite
Einsam ich durch's Nebelmeer.
Tastend späht mein Blick in's Weite,
Doch mein Herz bleibt hoffnungsleer!
Nur ein Stern zum Gruße naht
Trostverheißend meinem Pfad. — —

Roderich Ley

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Unterstraße 81.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 408, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6286.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Kompaßhof Nr. 8a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Serbien und Österreich vor einem Jahrhundert

Von Spiridion Gopcevic

Serbien verdankt seinen gegenwärtigen Untergang der verblendeten Politik der radikalen Partei, welche seit einem Vierteljahrhundert die blinde Kostgängerin Rußlands war und das Volk künstlich gegen die benachbarte Donau-Monarchie aufzustacheln wußte, uneingedenk der Lehren der Geschichte. Denn diese zeigt uns, daß sich Serbien in den achtziger Jahren am besten befand, als die Politik der Fortschrittspartei mit der Russenschwärmerei gebrochen hatte und aufrichtige Freundschaft mit Österreich eingegangen war, während Rußland immer nur der böse Dämon Serbiens genannt werden kann, der es nach Erfordernis rücksichtslos ausbeutete und opferte, wie es eben in die jeweilige russische Politik paßte. Die Geschichte lehrt uns, daß Serbien schon 1813 die aus eigener Kraft ohne fremde Beihilfe errungene Freiheit und Selbständigkeit wieder einbüßte, weil Rußland es erst im Bukarester Frieden geopfert und ihm dann obendrein verboten hatte, sich gegen die Türken zu wehren! Ebenso hatte es beim Frieden von San Stefano Serbien geopfert. 1913 war es gleichfalls schon dazu bereit, und 1915 verhinderte es, unterstützt von England, den Friedensschluß Serbiens mit Österreich und verursachte überdies dadurch einen schnellen Zusammenbruch, daß es Serbien bei der bulgarischen Mobilmachung hinderte, diesen Gegner zu entwaffnen, bevor es zu spät war.

Dem gegenüber ist es von doppeltem Interesse festzustellen, daß schon der erste Befreier Serbiens, Kara Gjorgje*) Petrovitsch, zwischen 1804 und 1813 nicht weniger als achtmal der österreichischen Regierung die Einverleibung in

*) Für die serbischen Eigennamen ist zwar die serbische Rechtschreibung beibehalten, nach welcher gj wie dsch, c stets wie ts, v wie w, s wie ss, z wie sehr weiches s auszusprechen ist, doch mußten die in der Druckerei fehlenden akzentuierten c durch tsch, s durch (hartes) sch, z durch (wie sehr weiches sch auszusprechendes) sh ersetzt werden.

die Monarchie angetragen hat, nämlich am 25. Mai 1804, 6. Juni 1805, 6. Februar 1806, 5. April 1808, 2. April 1809, 17. Dezember 1809, 4. März 1810 und 13. September 1813, wobei er wiederholt versicherte, daß Serbien bei der Einverleibung in Österreich am besten fahren würde. Angesichts des Umstandes, daß jetzt wohl der damalige Wunsch des serbischen Freiheitshelden in Erfüllung gehen dürfte, erscheint es von besonderem Interesse und pikantem Beigeschmack, die diesbezüglichen Urkunden kennen zu lernen, welche sich in den Staatsarchiven von Belgrad, Wien und Petersburg befinden.

Gleich beim Ausbruch des Aufstandes der Serben gegen die Pforte 1804 und einige Tage bevor am 10. Mai die Zusammenkunft der Abgesandten des Belgrader Paschas und der Aufständischen in der Wohnung des österreichischen Befehlshabers zu Zemun („Semlin") behufs Verhandlungen stattfand, sagte Kara Gjorgje zum österreichischen Hauptmann Schaptinski: „Das serbische Volk kann und will nicht länger unter türkischem Joch schmachten. Der Wunsch des gesamten Volkes ist, unter die Regierung des österreichischen Kaiserhauses zu kommen. In Belgrad, Schabatsch und Smederevo („Semendria") ist alles bereit, den Kaiser zu bitten, daß er einen Erzherzog als Statthalter ins Land sende. Sollte Österreich nicht darauf eingehen, so würden die Serben, obgleich sehr ungern, gezwungen sein, sich an eine andere christliche Macht zu wenden, nur um den ferneren Bedrückungen durch die Türken zu entgehen.

Dies wurde dem Kaiser Franz sofort berichtet, welcher darüber von seiner Regierung ein Gutachten verlangte. Am 25. Mai erstatteten somit Fürst Colloredo und Graf Kobenzl folgenden Bericht:

„Eine sich selbst anbietende Provinz in Besitz zu nehmen — und sei es auch in feierlicher Weise und infolge allgemeinen freien Willens, und wäre es auch von noch so großem Vorteil — würde offen die Staatstreue und die Religion verletzen und derlei kann von der kaiserlichen Treue nicht angenommen werden, garnicht zu reden von den unabsehbaren Folgen, welche eine so beliebte gefährliche Sache unvermeidlich bei den Großmächten hervorrufen würde. Von diesem doppelten Gesichtspunkt aus muß der Antrag abgelehnt werden. Aber jedenfalls soll dieser Antrag dazu benutzt werden, dem ansehnlichen serbischen Volke das gnädige Wohlwollen und die Teilnahme Eurer Majestät zu versichern, mit der Belehrung, daß es vorläufig unmöglich sei, daß es jemand andern als der Pforte untertänig sei, die ihm gegenüber sehr wohlgeneigt wäre, sowie schließlich das Versprechen zu geben, daß sich Eure Majestät für die Serben bei deren Herrscher verwenden wollen, damit die Zuneigung der Serben für das kaiserliche Haus gesichert bleibe, weil diese immerhin nach Wiederherstellung des Friedens mindestens größere Sicherheit für den Handel und Verkehr verbürgt.

„Was die Pforte betrifft, so glauben wir, daß man ihr sofort durch unseren Internuntius (Geschäftsträger) mitteilen soll, daß die Zusammenkunft in Zeutun erfolglos blieb, daß man ihr zu verstehen gebe, wie ihre äußerste Halsstarrig-

keit bei diesem bedeutenden christlichen Volke Übelwollen hervorrufe, das so weit gehe, daß die Serben Mitteilung machten, sie würden die Festungen nach ihrer Einnahme Eurer Majestät übergeben — oder, im Falle der Ablehnung, sich an eine andere Macht wenden. Bei dieser Gelegenheit muß der Geschäftsträger hinzufügen, wie Eure Majestät den Antrag abgelehnt hätten, weil es sich anders nicht mit den religiösen Überzeugungen und den unverbrüchlichen Grundsätzen der Hochachtung vor internationalen Verträgen vertrage, noch mit dem Interesse, welches Eure Majestät für die Aufrechterhaltung der Türkei habe. Er möge noch hinzufügen, daß Eurer Majestät freundschaftlich-nachbarliche Sorge schon geruht habe, durch zweckdienliche Belehrung den gerechten Haß der Serben gegen die Dahias*) von ihren pflichtgemäßen Gefühlen für ihren gesetzlichen Herrn zu trennen, wodurch bewirkt wurde, daß sich die Serben wieder mit Vertrauen und Ergebenheit an die Pforte wenden. Gleichzeitig soll aber der Geschäftsträger den verschiedenen Mitgliedern des türkischen Ministeriums klar machen, wie notwendig es sei, daß einmal aufgehört werde, jene unglücklichen Christen zu verfolgen und ihrem Schicksal zu überlassen, sondern daß im Gegenteil alle möglichen Mittel angewendet werden, einen Weg zum Vergleich zu finden, damit desto eher die Auftritte aufhören, die nur dem inneren und äußeren Ansehen der Pforte schaden. Man sollte den Geschäftsträger bevollmächtigen, in vertrauliche Unterhandlungen über die Mittel und Wege einzutreten, wie man die Dahias entfernen könne, die ohnehin nur schädlich nicht nur für die Interessen der Pforte sind, sondern auch lästig für die k. k. Grenze, wobei aber das Selbstgefühl der Janitscharen geschont werden müßte. Schließlich hätte er noch die Bereitwilligkeit des Allerhöchsten Hofes auszudrücken, freundschaftlich an der Vermittelung des Friedens teilzunehmen. Wir glauben ferner, daß es gut wäre, die ganze Sache in vertraulicher Weise auch dem Russischen Hofe mitzuteilen, mit der Mitteilung der von Eurer Majestät beobachteten Haltung. Dies sollte geschehen, um möglichen Versuchen jener christlichen und rechtgläubigen Untertanen zuvorzukommen, weil durch dieses Beispiel Eurer Majestät etwaige Bereitwilligkeit Rußlands vereitelt würde (? !) und damit der Glaube des russischen Hofes in das unabänderliche System Eurer Majestät zur Aufrechterhaltung der Türkei durch einen unzweifelhaften Beweis gestärkt werde.

„Sollten mittlerweile von was immer für einer Seite Bitten um Vermittelung an die k. k. Grenzbehörden kommen, so sind wir der unmaßgeblichen Meinung, daß man solche mit Freundschaft und Teilnahme annehmen und alles tun soll, um bis zum Eintreffen der Antwort der Hohen Pforte Feindseligkeiten hintanzuhalten.

*) Die Dahias waren vier Janitscharen, die sich ganz Serbien angeeignet hatten und deren unerträgliche Bedrückungen und Gewalttätigkeiten Ursache der Erhebung der Serben waren.

„Aber alles hängt natürlich von der allerhöchsten Weisheit Eurer Majestät ab."

Unter diesen Bericht schrieb dann Kaiser Franz folgende Zeilen:

„Ich genehmige Eure Meinungen, nur wünsche ich, daß man den serbischen Christen von der Wohlgeneigtheit der Pforte gegen sie nicht mehr sage, als diese in Wirklichkeit zeigt; ferner wünsche ich, daß jene christlichen Untertanen aus Serbien, die sich an Mich um Schutz gewendet haben, sowie jene, welche ihre Unterwerfung antrugen, nicht der Rache der Pforte ausgeliefert werden, auf daß diese sie nicht dann verfolgt, züchtigt oder mißhandelt; schließlich hat die Staatskanzlei Sorge zu tragen, daß die Belehrung der Serben-Christen und das Verhalten Unserer zuständigen Militär- und Zivilbehörden bei den etwa eintretenden Ereignissen völlig mit diesen Vorschlägen übereinstimme, welche ich mit den eben angeführten Änderungen billige. . ."

Da diese beiden Urkunden für sich sprechen, bedürfen sie kaum einer Glossierung. Es genüge zu erwähnen, daß Kara Gjorgje, nachdem er sich in seinen Hoffnungen auf Österreich getäuscht sah, mit eigenen Kräften den Aufstand weiter führte, dank seinem angeborenen Feldherrntalent*) einen zweiten Belgrader Pascha schlug, Smederevo erstürmte, das ganze Land von Türken säuberte und diese in ihren drei Festungen Belgrad, Schabac und Ushice einschloß, die er aber ohne Artillerie nicht nehmen konnte. Als er so weit war, hoffte er beim Wiener Hofe mehr Verständnis zu finden und deshalb schrieb er am 6. Juni 1805 an den Landesbefehlshaber Baron Geneczyne folgenden Brief:

„Wir teilen untertänigst mit, daß alles gut steht. Bis heute haben wir 97 000 (?) Mann unter den Waffen. Unaufhörlich erhalten wir aus Bosnien, Sofija und Skadar („Scutari" in Albanien) Nachrichten, daß die Türken sich anschicken, uns von allen Seiten anzugreifen. Mit Gottes Hilfe hoffen wir zu widerstehen. In dieser Lage bitten und empfehlen wir uns der Gnade des Kaisers und Eurer Excellenz, denn einer klugen Auffassung kann es nicht entgehen, wem wir in Wirklichkeit zugetan sind, für wen wir uns abmühen und Blut vergießen und wir verlassen uns darauf, daß dies schließlich für das Kaiserhaus von Nutzen sein werde. Schließlich bitten wir, daß man uns so schnell als möglich durch die serbischen Kaufleute Miloſch Nertschevitsch, Dimitrije

*) Der verstorbene General Zach, (ein geborener Österreicher), durch Jahrzehnte Vorstand der Belgrader Militär-Akademie, teilte mir mit, daß er die Feldzüge Kara Gjorgjes an Ort und Stelle studiert habe und von tiefem Staunen ergriffen wurde, als er sah, welche Stellungen Kara Gjorgje eingenommen und wie er operiert hatte. „Kein hochgelehrter westlicher Feldherr hätte es besser machen können als dieser analphabetische ehemalige k. k. Feldwebel. An ihm konnte ich zur Erkenntnis kommen, daß Feldherrntalente nicht anerzogen werden können, sondern angeboren sein müssen. Denn schließlich, wo hätten denn Alexander, Hannibal und Cäsar Strategie und Taktik studiert?" So urteilte der studierte General über Kara Gjorgje.

Markovitsch und Dragutin Milutinovitsch Schießbedarf schickt. Weiter bitten wir um einen Kanonier und wenn möglich um eine alte Kanone. Wir werden alles bar bezahlen. Nach Gott erhoffen wir alles vom kaiserlichen Hof."

Auch diese von Kara Gjorgje als Oberbefehlshaber und den „Oberknesen" Sima Markovitsch und Janko Katitsch unterzeichnete Bitte wurde vom Wiener Hofkriegsrat abgeschlagen, was aber Kara Gjorgje nicht entmutigte, denn im Februar 1806 machte er einen dritten Versuch den Wiener Hof umzustimmen, indem er eine Abordnung nach Wien sandte, bestehend aus dem Protopopen Matija Nenadovitsch, Grujevitsch und Uroschevitsch. Der neue Minister des Äußern, Graf Stadion, war aber derselben Meinung wie seine Vorgänger. Er gab wohl zu, daß die fortwährenden Unruhen an der k. k. Grenze bedenklich seien und obendrein schädlich für Handel und Verkehr, ebenso gab er zu, daß damit fremden Plänen leicht Vorschub geleistet werden könnte, aber trotzdem schreckte er vor einer „Einmengung" zurück, obgleich die Pforte selbst eine solche wünschte. Er meinte nämlich, daß die Einladung der Pforte jetzt zu spät komme und überdies aus den Gesprächen zwischen dem Geschäftsträger und dem Rejs-Effendi hervorging, daß eine solche Vermittlung kaum Erfolg hätte. In seinem Bericht an den Kaiser vom 6. Februar 1806 schreibt nämlich Stadion:

„Denn wie könnte die einfache Einladung an die Serben auseinander zu gehen und die Waffen niederzulegen, ohne irgend eine andere Vertröstung als auf eine Begnadigung seitens der Pforte, irgend welchen Erfolg bei Leuten haben, die sich mit den Waffen in der Hand das Recht erkämpft haben, daß sie sich mit ihren bisherigen Herren gleichberechtigt vergleichen? Die Vermittlung Österreichs wäre gerade geeignet, die Würde des allerhöchsten Hofes und selbst der Pforte bloszustellen, und bei den Serben Verachtung statt Vertrauen, Verzweiflung statt Hoffen zu erregen." Stadion riet deshalb, man solle lieber durch das in Frage kommende Generalkommando sowohl Serben als Türken anzeigen, daß man ihnen die Einfuhr von Lebensmitteln sperren werde, falls sie sich nicht gütlich vertragen.

Auf diesen Bericht schrieb der Kaiser:

„Wegen Vergleichs zwischen Serben und Türken soll man sich beim türkischen Kaiser verwenden. Deshalb hat der Minister sofort die nötigen Verhaltungsmaßregeln dem Internuntius zu geben. Dem Kaiser Alexander hat er (der Minister) den Brief zu schicken, den die Serben für jenen mitgebracht haben und das Petersburger Kabinett soll er von allem in Kenntnis setzen, was Österreich in dieser Sache getan hat. Ferner soll die in Wien befindliche serbische Abordnung vom Hofsekretär Wallenburg empfangen und genau angehört werden, er soll sie auch über die kaiserlichen Absichten belehren und ihnen sagen, daß sie heimkehren. Der Minister hat dann im Einvernehmen mit dem Erzherzog Karl das Nötige anzuordnen, auf daß die Militärgrenze vor jeder Verletzung, sowie von jeder Gewalttätigkeit, sei es von türkischer oder von serbischer Seite verschont bleibe."

Infolge dieser kaiserlichen Anordnung wurden die serbischen Sendboten für den 28. Februar, 7 Uhr, in die Staatskanzlei bestellt, wo sie nach dem Sekretär Wallenburg zu fragen hatten. Als sie kamen, stellten sie die Bitte, es möge den Serben gestattet werden, nicht nur einzeln, sondern auch truppenweise, wenn sie waffenlos kämen oder vorher die Waffen ablegten, über die Grenze nach Österreich zu kommen. Weil sie gesagt hatten, daß ihre Sendung auch an den Kaiser Alexander gerichtet sei, wurden sie gefragt, was sie nun tun wollten, da doch der Zar nicht in Wien sei? Sie antworteten, daß dies ein Grund mehr sei, daß sie sich an den Kaiser Franz wenden, weil Rußland so weit sei, sie aber rasche Hilfe benötigten. Deshalb möge man den Brief an den Zaren diesem „gelegentlich" senden. Dann schilderten sie ihre gegenwärtige Lage als sehr bedenklich. Sie hätten allerdings 40 000 Mann unter Waffen und könnten diese Zahl auch auf 100 000 steigern, sofern sie nur Waffen und Schießbedarf für diese hätten. So aber hätten sie davon so wenig, daß es ihnen schwer sei noch ferner den Türken zu widerstehen, deren Truppen von allen Seiten herannahen. Sie würden deshalb sicher untergehen, wenn sich der Kaiser nicht ihrer erbarme und einem leidenden und so ergebenen Nachbarvolke kräftige Hilfe sende. Was sie brauchten, wären geschickte Anführer, hauptsächlich reguläre Truppen, Schießbedarf und Waffen. Deshalb seien sie nach Wien gekommen und im Besitz besonderer Vollmachten.

Man antwortete ihnen Folgendes: Der Kaiser hat immer Mitgefühl mit ihren Leiden gehabt und den guten Willen ihnen zu helfen, und darum hat er sich beim Sultan für sie verwendet. Aber Österreich ist jetzt im Frieden mit der Türkei und deshalb sei nicht im Schlaf daran zu denken, daß ihnen Österreich Truppen und Schießbedarf sende. Sie sollten derlei Gedanken also aufgeben und sich nicht in falschen Hoffnungen wiegen und selbst täuschen, sondern solche Bedingungen stellen, wie sie von der Pforte eingegangen werden könnten. Dann würde sie der Kaiser beim Sultan unterstützen.

Die Sendlinge antworteten, daß sie für diese schönen Worte sehr erkenntlich seien, aber daß sie ihnen nicht genügen. Ihr einziger Wunsch sei, österreichische Truppen zur Unterstützung zu bekommen, denn sonst müßten sie unterliegen und jede weitere Hilfe würde zu spät kommen. Immer wieder kehrten sie auf diese Forderungen zurück, so oft auch ihnen auseinandergesetzt wurde, daß diesem Verlangen unmöglich entsprochen werden könnte, und selbst wenn es geschähe, daß es ihrer Sache eher schaden als nützen würde. Denn wenn Österreich ihnen Truppen und Schießbedarf senden wollte, so würde dies offene Feindseligkeit gegen die Pforte bedeuten und der Kaiser würde damit seinen Eid verletzen, was er unter keinen Umständen tun werde. Die natürliche Folge wäre ein Krieg zwischen Österreich und der Türkei und dann würden sich die beiderseitigen Verbündeten einmengen.

Diese Vorstellungen schienen einigen Eindruck auf die Sendlinge zu machen. Sie hörten gedankenvoll zu und dann sprachen sie untereinander, daß sie nun

gänzlich verloren seien. Der Sekretär bemühte sich, ihnen Mut zuzusprechen und ihnen vorzustellen, daß Leute, welche sich nunmehr bereits drei Jahre siegreich der Türken erwehrt hätten, sicherlich noch weiterhin mehrere Monate aushalten könnten, bis Österreich für sie bei der Pforte entsprechende Bedingungen erwirkt habe. Bevor sie den Kampf erneuern, mögen sie aber den Sultan um Verzeihung bitten und für ihre Zukunft solche Anordnungen verlangen, wie sie zu ihrer Sicherheit nötig wären und wie solche ein mohamedanischer Herrscher christlichen Untertanen zu geben vermöge.

Es hatte den Anschein, als ob sich die Sendlinge darob getröstet fühlten, denn sie entfernten sich mit der Äußerung, daß sie sich ganz auf die Verwendung des kaiserlichen Hofes beim Sultan verlassen wollten.

Am 7. Mai 1806 lud Erzherzog Karl sowohl Kara Gjorgje als die türkischen Befehlshaber ein, vorläufig die Feindseligkeiten einzustellen. Der Kaiser schrieb an den Sultan. Baron Schirmer erhielt den Auftrag, mit der Pforte zu beraten, unter welchen Bedingungen der Frieden hergestellt werden könnte und dazu Österreichs freundschaftliche Vermittlung anzutragen. Den Befehlshabern an der Grenze wurde aufgetragen, daß sie auch größere Haufen von Serben über die Grenze lassen sollen, sofern sie waffenlos kommen oder die Waffen vorher niederlegen.

Die Pforte lehnte hochmütig ab, behauptend, sie hätte ohnehin gegen Aufrührer nur zu viel Nachsicht gehabt und dergleichen.

Alle diese Ereignisse waren Wasser auf die Mühle jenes Teils der serbischen Führer, welche schon von Beginn des Aufstands an sich von Österreich nichts versprachen und ihr ganzes Vertrauen auf das religionsgemeinsame Rußland setzten. Sie stellten jetzt vor, daß es so gekommen sei, wie sie stets vorhergesagt hätten. Man müsse sich nunmehr an Rußland wenden, als die einzige übrig bleibende Hoffnung.

In Rußland war man weniger gewissenhaft als in Wien. Nicht nur, daß man besser als in Wien erkannte, welch wichtiger Faktor in der Politik Serbien werden könnte, trug man auch durchaus kein Bedenken, gegen das verbündete Österreich illoyal zu handeln und die Vertrauensseligkeit des Kaisers Franz und seiner Regierung nicht mit Gleichem zu vergelten. Man lachte vermutlich nur geringschätzig und schadenfroh über die naiven Mitteilungen der Colloredo, Kobenzl und Stadion, freute sich, diesbezüglich beständig auf dem Laufenden erhalten zu werden, schmiedete aber dabei unaufhörlich Ränke gegen Österreich und die Pforte. Aus den mir vorliegenden geheimen Urkunden des Petersburger Archivs geht hervor, mit welch zynischer Offenheit da angeordnet wurde, daß und wie man die Serben auszubeuten und gegen Österreich (und später gegen Frankreich) auszunutzen hätte, um sie dann schmählich ihrem Schicksal und der türkischen Rache zu überlassen. Diese Urkunden, deren Veröffentlichung ich in Buchform plane, würden aber fünfmal mehr Raum beanspruchen als die vorliegenden über Österreich, so daß von einem Abdruck

in einer Zeitschrift keine Rede sein kann. Ich begnüge mich deshalb nur kurz zu erwähnen, daß Rußland, durch die offenherzigen Mitteilungen des Wiener Hofes beunruhigt, sich beeilte, in der Person des diplomatischen Agenten Rodofinikin einen Mann nach Serbien zu senden, der als Urbild eines russischen Gesandten gelten kann, obgleich er Grieche von Abstammung war. Er verstand es in kürzester Zeit den harmlosen Kara Gjorgje in die Tasche zu bekommen, ebenso den serbischen Senat, alle ihm mißliebige Personen unschädlich zu machen, den von Kara Gjorgje wiederholt geplanten Anschluß an Österreich zu vereiteln, sich Serbiens als Mittel im Kampf gegen die Türkei zu bedienen, um dann mit dieser einen Frieden zu schließen, in dem gegen Abtretung Bessarbiens Serbien den Türken überlassen wurde und zwar obendrein noch in verräterischer Weise, denn Rodofinikins Nachfolger, Nedoba, war es, der im Auftrage seiner Regierung Kara Gjorgje überredete, dem türkischen Einbruch von 1813 keinen Widerstand zu leisten und sich zu verstecken, damit das führerlose Volk nicht imstande sei, sich der Türken zu erwehren. Wir haben hier eine ganz merkwürdige Analogie mit 1915, wo ja auch Serbien durch England verhindert wurde, sich rechtzeitig die Bulgaren während der Mobilisierung durch Angriff mit überlegenen Kräften vom Halse zu schaffen, worauf dann dasselbe England, die russischen Drohungen unterstützend, Serbien verhinderte mit Österreich Frieden zu schließen, es im Gegenteil durch falsche Zusicherungen, die dann in gewohnter Weise von Grey verdreht wurden, zu einem verzweifelten Widerstand aufstachelte, der doch jedem Denkenden von vornherein nutzlos erscheinen mußte und nur die Folge haben konnte, Serbien vollständig in den Abgrund zu ziehen und seiner staatlichen Selbständigkeit ein Ende zu machen.

Trotzdem Rodofinikin den Kara Gjorgje bewogen hatte sich unter russischen Schutz zu stellen und gewissermaßen eine Waffenbrüderschaft mit Rußland einzugehen, fühlte sich der serbische Führer offenbar nicht ganz wohl dabei, denn im April 1808 drückte er den Wunsch aus, mit dem Feldmarschall Simbschen in der Grenz-Karaula Mrtwa Strasha („Tote Schildwache") eine persönliche Besprechung zu haben. Bei dieser begann Kara Gjorgje mit der (unter den tatsächlichen Verhältnissen eigentlich komisch wirkenden) Schmeichelei, daß die Serben der Unterstützung durch die Deutschen und namentlich durch Erzherzog Karl allein ihre Befreiung vom Türkenjoch verdanken, um nämlich daran die Klage knüpfen zu können, daß es deshalb umso trauriger sei, daß im Vorjahr auf Anraten des ungarischen Reichstags das serbische Volk, welches doch so treu und ergeben dem österreichischen Kaiserhaus sei, nicht nur den türkischen Grausamkeiten überlassen wurde, sondern daß sogar die von den Serben bereits bezahlten Lebensmittel und Munition an der Grenze zurückbehalten wurden. Weil nun der österreichische Hof sich weder um die serbischen Bitten gekümmert, noch die Anträge der Serben (auf Vereinigung mit Österreich) erhört habe, sei Serbien im Vorjahre gezwungen gewesen, sich an Rußland zu wenden, von dem man Geld, Schießbedarf und Hilfstruppen für die Kämpfe am

Timok und bei Vidin erhalten habe. Außerdem habe Rußland den wirklichen Staatsrat Rodofinikin als diplomatischen Agenten nach Serbien gesandt. Heuer aber sei es den Russen unmöglich den Serben Lebensmittel zu liefern, an denen sie empfindlichen Mangel litten. Anfang des vorigen Jahres seien zwei französische Offiziere nach Serbien gekommen, welche zwei Millionen Groschen (türkische Piaster, heute etwa 400000 Mark, damals jedoch angeblich fünfmal mehr wert) angeboten hätten, wenn Serbien sich unter französische Schutzherrschaft stellen wolle. Kara Gjorgje habe jedoch geantwortet (und auch Rodofinikin gesagt,) daß die Serben kein Geld benötigten, sondern Lebensmittel, weil sie alle Hungers sterben müßten, wenn sie solche nicht über die Sava und Donau bekämen. Und auch Waffen und Schießbedarf benötige man. Sowohl Rodofinikin als auch die Franzosen hätten versprochen, daß sie sich bei ihren Höfen verwenden würden, auf daß diese mit Österreich vereinbaren, daß die Ausfuhr nach Serbien gestattet werde, aber bisher hätte er noch keine Folgen gesehen. In dieser mißlichen Lage hätten der Senat und die Stareschine („Ältesten) die Überzeugung erlangt, daß namentlich in Anbetracht der zwischen Rußland und Frankreich entstandenen Spannung als einzige Rettung die neuerliche Bitte an Österreich um Schutz bleibe, denn da der Kaiser den Grundstein zu ihrem Glück gelegt habe, möge er dieses auch krönen. Kara Gjorgje hätte gehört, daß Simbschen serbisch verstehe und seit Kindheit Freund des serbischen Volkes gewesen sei, deshalb habe er ihn zu dieser Besprechung geladen, um ihn zu bitten, er möge den Wunsch des Senats und des ganzen serbischen Volkes erfüllen, der dahin gehe, daß Serbien nicht nur unter österreichischen Schutz gestellt, sondern als Kronland in die Monarchie einverleibt werde. Denn die Hälfte des Serbenvolkes lebe ja ohnehin schon heute innerhalb der Grenzen des österreichischen Kaiserstaates. Aber Kara Gjorgje müsse daran folgende Bedingungen knüpfen: Serbien dürfte in keiner Weise unter die Länder der ungarischen Krone aufgenommen werden, sondern nach Art der Militärgrenze unter deutschen Gesetzen verwaltet werden, unabhängig von ungarischen Zöllen, frei von jeder religiösen Beeinflussung, unmittelbar unter dem Kaiser stehend, der die Serben durch ihre Ältesten regieren würde. Der Kaiser möge nicht versuchen die Serben zum Friedensschluß mit den Türken zu überreden, bevor sie nicht Nisch und andere Teile Serbiens erobert hätten. Und das könnten sie leicht tun, wenn sie nur Kanonen bekämen nebst den zugehörigen Artilleristen und Schießbedarf. Die Kanoniere könnten ja in serbischer Tracht die Geschütze bedienen, damit niemand ahne, daß es kaiserliche seien. Die Serben benötigen aber auch Lebensmittel, die den Armen auf Abzahlung zu liefern wären, wobei alle gegenseitig für einander bürgen würden. Den Schluß der Rede bildeten die Worte:

„Wirke uns dies alles von unserem rechtmäßigen Kaiser und Vater aus und dann magst du mit uns Serben verfahren, wie du willst, für was du willst und was du glaubst mit so guten Soldaten machen zu können, die bereit wären, mit dir auch gegen Konstantinopel zu ziehen."

Simbschen berichtete darüber am 5. April an den Erzherzog Karl, der ihn am 14. April beauftragte, den Serben Getreide und Mehl sicher zu versprechen, aber unter der Bedingung, daß sie einen untrüglichen Beweis ihrer Ergebenheit und Loyalität geben, indem sie die Belgrader Festung von kaiserlichen Truppen besetzen lassen. Dies solle man aber den Serben nicht unmittelbar sagen, sondern man möge die Verhandlungen so führen, daß die Serben von selbst auf die Idee verfallen, einen solchen Antrag zu stellen. Simbschen könnte dann auch versprechen, daß die Serben niemals mit dem ungarischen Königreich vereinigt und daß sie auch niemals nach ungarischen Gesetzen regiert würden. Simbschen erhielt ferner den Auftrag Belgrad auch ohne solche Übereinkunft zu besetzen, ohne erst in Wien anzufragen, falls Gefahr entstehen sollte, daß Rußland Belgrad besetze.

Simbschen lud also Kara Gjorgje zu einer neuerlichen Besprechung, erhielt aber die Antwort (vom 5. Mai), daß er jetzt nicht abkommen könne, weil er an der Drina den türkischen Angriff abschlagen müsse. Er sende aber seine Schreiber Jevtitsch und Mladen, welche sein volles Vertrauen genössen. Simbschen schrieb daraufhin am 20. Mai an Kara Gjorgje, auch er sei an der Zusammenkunft verhindert, weil er den seinen Befehlsbezirk inspizierenden Erzherzog Ludwig begleiten müsse, doch sende er vier Vertreter, welche alle Vollmacht und Verhaltungsmaßregeln besäßen, um die Sache endgültig abzuschließen. Es waren dies: Oberst Perß, Oberstleutnant Stanisavljevitsch, Bürgermeister Hadshitsch und der Kaufmann Miloschi Uroschevitsch. Die Verhaltungsmaßregeln vom 20. Mai 1808 dieser vier lauteten folgendermaßen: Wenn Belgrad Österreich übergeben wird, wäre die Verbindung mit den österreichischen Ländern ununterbrochen und die Serben könnten dann aus Österreich alles beziehen, was sie zum Leben und zu ihrer Verteidigung brauchen. Auch im schlimmsten Falle böte ihnen Belgrad mit Umgebung einen sicheren Zufluchtsort, wohin sie ihre Familien und Habe unter österreichischem Schutz bringen könnten. Durch Besetzung Belgrads würde Österreich die Verpflichtung übernehmen, die Serben gegen ihre Feinde zu schützen, sie mit Waffen und Schießbedarf zu versorgen, die Festung in gutem Stand zu erhalten. Die Führer und der Senat wären selbständig in ihrer Herrschaft, Serbien würde seine gegenwärtigen Einrichtungen behalten bis etwas Endgültiges festgesetzt ist. Privateigentum wäre unverletzlich. Die Festung würde niemals an die Feinde Serbiens übergeben werden und nach geschlossenem Frieden würden niemals in Serbien ungarische Gesetze eingeführt werden, sondern die Verfassung der k. k. Militärgrenze.

Oberst Perß besprach sich über diese Punkte mit Jevtitsch, der darüber an Kara Gjorgje berichtete, ihn um den Befehl bittend, er möge sagen, unter welchen Bedingungen das ganze Serbenvolk unter den hohen österreichischen Schutz treten wolle.

Soweit war alles gut gegangen und Serbiens Schicksal und seine weitere Entwicklung hätte eine ganz andere Richtung genommen, wenn nicht der ver-

wünschte Rodofinikin hinter diese geheimen Verhandlungen gekommen wäre und ihren Abschluß durch seine Ränke vereitelt hätte. Andernfalls hätte Österreich selbst das größte Interesse gehabt, später auch den übrigen Teil der noch unter türkischer Herrschaft schmachtenden Serben sich anzugliedern, was bei dem starken Zerfall der Türkei in den Jahren 1809—1840 eine Leichtigkeit gewesen wäre, Serbien hätte sich dann ohne die inneren Kämpfe und Ränke ruhig weiterentwickeln können, es würden heute elf Millionen Serben vereint unter dem habsburgischen Szepter wohnen und Habsburg würde einerseits bis zum Isker, anderseits bis Saloniki herrschen und auch die ganze ostadriatische Küste bis zum Schkumbi besitzen. Dann hätten wir heute auch keinen Weltkrieg.

Die erschreckte russische Regierung beauftragte sofort ihren Gesandten in Wien, den Fürsten Kurakin, den Grafen Stadion um Aufklärung über diese „Ränke" zu ersuchen. Als der betroffene Graf leugnen wollte, zeigte ihm Kurakin die französische Übersetzung der Abschrift des Briefwechsels zwischen Kara Gjorgje und Simbschen. Stadion wußte sich nicht anders zu helfen, als zu behaupten, von der ganzen Sache nichts zu wissen, zudem sei es zweifelhaft, ob diese Briefe wirklich gewechselt worden seien, denn Miloschi Uroschevitsch sei ein Ränkeschmied und nichts weiter ꝛc. Und doch wäre es viel einfacher gewesen, dem Fürsten ganz trocken zu erklären, daß Österreich nichts anderes getan habe, als was Rußland selbst schon seit längerer Zeit versucht habe durchzuführen und daß es schließlich keine dritte Macht etwas angehe, wenn die Serben sich freiwillig an Österreich anschließen wollten. Aber leider liebte man sehr oft in Wien auch dann krumme Wege und Rückzug, wenn man ganz offen auf sein gutes Recht hätte pochen und unbeirrt durch fremde Rücksichten auf sein Ziel hätte losgehen können.

Auch Kara Gjorgje mußte sich eine Strafpredigt Rodofinikins gefallen lassen, der ihm mit Rußlands Zorn drohte und ihm einzureden suchte, daß Österreich der natürliche Feind, Rußland aber der natürliche Freund Serbiens sei, von dem allein Rettung erhofft werden könne. Denn hätte er bisher von Österreich überhaupt irgendwelche Unterstützung gehabt? Hätte nicht Österreich gerade sein Übelwollen dadurch bezeugt, daß es die Grenze gegen Serbien sperrte, es dadurch mit Hungersnot bedrohte, daß es den Serben stets zuredete, unter das türkische Joch zurückzukehren, und daß es von Serbien nichts wissen wollte, selbst dann nicht, als es ihm auf der Schüssel entgegengetragen wurde? Rußland hingegen habe Waffen, Schießbedarf, Geld, Hilfstruppen und fähige Fachleute geliefert, trotzdem es so ferne sei.

Diese Scheingründe machten auf Kara Gjorgje umsomehr Eindruck, als ihm Rodofinikin von jeher imponiert hatte und so verlief der erste ernstliche Versuch einer Vereinigung Serbiens mit Österreich im Sande.

Die Serben setzten also allein ihren Kampf gegen die Türken fort und trotz der schlechten Lage, die Kara Gjorgje Simbschen geschildert hatte, gelang es ihnen, in Bosnien und im Sandschak vorzudringen. Aber Churschid

Pascha hatte mit einem mächtigen Heere von Nisch her angegriffen, Singjelitsch hatte sich nach hartnäckiger Verteidigung zusammen mit den Seinigen und mit den Türken in die Luft gesprengt und Kara Gjorgje mußte an die Morava eilen, um dort das Unheil zu beschwören. Glücklicherweise überschritten im August 1809 die Russen die Donau und zwangen dadurch den Großvesir zum Rückzug aus Serbien.

Schon vorher, am 14. April 1809, hatte Kara Gjorgje an Simbschen geschrieben, daß er gehört habe, Österreich solle mit Napoleon in Krieg geraten. In diesem Falle möge Österreich getrost alle seine Truppen von der serbischen Grenze abziehen lassen, er verbürge sich für deren Schutz. Er seinerseits habe den Kampf mit den Türken neuerdings aufgenommen und bitte um Simbschens Wohlwollen. Übrigens behaupten die serbischen Geschichtsschreiber, daß der spätere Mißerfolg Kara Gjorgjes im Feldzug von 1809, der doch so glänzend begonnen hatte, weniger auf Rechnung des Angriffs Churschid Paschas komme, als auf den Umstand, daß Kara Gjorgje fortwährend getrachtet habe, seinen Plan zu verwirklichen, Serbien mit Österreich zu vereinigen, während die von Rodofinikin gewonnenen (lies gezahlten) Führer nichts davon wissen wollten und deshalb Uneinigkeit entstand. Somit steht fest, daß auch noch 1809 Kara Gjorgje überzeugt war, in der Vereinigung mit Österreich liege Serbiens Glücke Daß dem so ist, beweist am besten Kara Gjorgjes Brief vom 28. August 1809, in dem er aufrichtig um österreichischen Schutz bittet und sich bereit erklärt, Belgrad, Smederevo und Schabatsch den Östereichern zu übergeben. In diesem Briefe lautet eine bezeichnende Stelle folgendermaßen: „Rodofinikin ist des Nachts aus Belgrad entflohen; er hat uns verraten und treulos verlassen, ohne daß wir verstehen können warum. Gott möge ihn verurteilen!" Kara Gjorgje erinnerte dann Simbschen an die vorjährigen Besprechungen, erklärte sich bereit, sein Wort zu halten, denn nur Rodofinikin sei Schuld, weil er allen eingeredet habe, daß Österreich nichts anderes bezwecke als die Serben, wenn sie sich an Österreich angeschlossen hätten, wieder den Türken auszuliefern.

Es scheint übrigens, als ob Kara Gjorgje nicht sicher gewesen sei, ob nicht Österreich auch jetzt wieder im letzten Augenblick die eigenen Vorschläge verleugnen werde (aus Rücksicht auf andere Mächte), denn am selben Tage (28. August) schrieb er auch an Napoleon einen Brief, in dem er bat, sich unter französischen Schutz stellen zu dürfen. Dieser Brief wurde, nebenbei bemerkt, der Beginn langer Unterhandlungen, die sich bis 1814 hinzogen und doch zu nichts führten. Auch über diese Verhandlungen besitze ich alle bezüglichen Urkunden der Archive von Paris und Belgrad, doch behalte ich mir deren Veröffentlichung für das oben erwähnte Buch vor.

Weil die Antwort aus Paris viele Monate auf sich warten ließ, die Türkengefahr aber immer größer wurde, drängte Kara Gjorgje im September neuerdings in Wien, indem er an Simbschen schrieb, Österreich möge doch

endlich einmal Serbien mit seinen Truppen besetzen. Denn darin sah er das beste Mittel, die Frage, ob russische, französische oder österreichische Schutzherrschaft, schnell und gründlich zu lösen. In Wien war man erst wirklich geneigt, mit Kara Gjorgje in Unterhandlungen zu treten, unglücklicherweise gelangte aber damals Metternich an die Spitze der Regierung, welcher in seinem Bericht vom 10. Oktober 1809 zwar die Überzeugung aussprach, daß Serbien entweder zur Türkei oder zu Österreich gehören müsse, daß aber gegenwärtig noch nicht die Zeit da sei, dies zu entscheiden und man deshalb besser täte, „allen Verwicklungen aus dem Wege zu gehen". (Es sind dies dieselben Worte, die mir 1891 Baron Passetti, erster Sektionschef im Ministerium des Äußern sagte, als sich Österreich durch meine Verhandlungen die letzte Gelegenheit bot, den Kaiser von Österreich zum König von Serbien zu machen!) Nur dazu war Metternich bereit, daß Österreich seine Vermittlung zur Beilegung der „Unruhen" (!) anbiete.

Deshalb schrieb Kaiser Franz an Simbschen, er möge den serbischen Führern sagen, daß ihm die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Pforte nicht gestatten, sich tätig des serbischen Volkes anzunehmen, daß er aber mit Vergnügen bereit wäre, beiden Seiten dazu zu verhelfen, sich über die Bedingungen zu verständigen, die beide annehmen könnten. Der kaiserliche Geschäftsträger habe bereits diesbezügliche Weisungen erhalten.

Mit Brief vom 29. Dezember 1809 stellte nun Kara Gjorgje seine Friedensbedingungen auf, wobei er Folgendes sagte: „In Wahrheit ist es der unaufhörliche Wunsch des serbischen Volkes, sein Glück und Wohl mit den anderen Völkern unter dem wohltätigen Szepter Österreichs zu finden." Sollten aber wirklich die Lage und die politischen Umstände sich der Erfüllung dieses Wunsches des serbischen Volkes entgegenstellen, so würde es sich in Erwartung besserer und günstigerer Zeiten damit begnügen, den Türken Tribut zu zahlen. Aber um den Frieden sicher und dauerhaft zu machen, bittet das serbische Volk gehorsamst und in kindlicher Ergebenheit, daß Österreich sich bei der Pforte dahin verwende, daß ein Vergleich auf folgender Grundlage geschaffen werde: Der Kaiser von Österreich müße der Schutzherr Serbiens sein; für alles, was während des Krieges geschehen ist, müße die Pforte Verzeihung und Vergessenheit gewähren; eine Erklärung, daß die Serben nicht von türkischen Steuereinnehmern geplagt werden, sondern nur den gesetzlichen Tribut zu zahlen haben; die Grenzen Serbiens hätten zu sein: von der Sava längs der Drina bis zur Limmündung, dann über Sargan und Javor zur Studenica, dieser entlang zum Kopaonik, welcher, ebenso wie Samokov, zu Serbien gehört, dann von der Toplica über die Binatschka Morava zur Quelle der Toplica und des großen Timok, dem entlang die Grenze bis zu seiner Mündung in die Donau verliefe. Ein k. k. österreichischer Konsul habe in Belgrad zu wohnen. Jede wichtigere Angelegenheit, die die hohe Regierung dem Volke übermitteln wollte, wäre durch Seine k. k. Majestät dem Ober-

anführer der Serben (das ist Kara Gjorgje) und dem regierenden Senat zu überweisen. In Wien habe ein ständiger Vertreter der serbischen Regierung zu wohnen. Die Vorbesprechungen bezüglich Friedensschlusses wären auf einem Kongreß zu führen, dessen Ort der Kaiser zu bestimmen hätte und auf dem nicht nur die türkischen und serbischen Sendboten vertreten wären, sondern auch solche anderer Mächte.

Die Pforte wollte aber von anderen Friedensbedingungen, ausgenommen die „Begnadigung" nichts wissen, am wenigsten von einer fremden Schutzherrschaft, und obendrein verlangte sie die Entfernung des Kara Gjorgje und aller Führer aus Serbien, um dann mit dem führerlosen Volke nach ihrer Art bald fertig zu werden, auch erklärte sie offen, daß sich die Serben alle Gedanken auf Unabhängigkeit aus dem Kopfe schlagen mögen. Unter diesen Umständen blies Metternich auf der ganzen Linie zum Rückzug, indem er sogar so weit ging, Simbschen auf dessen Vorschlag, den Serben eine gewisse Menge Blei, Pulver und Feuersteine durchzulassen, die entrüstete Antwort zu geben, er begreife einen solchen sich doch mit Neutralität nicht reimenden Vorschlag nicht.

Aber Kara Gjorgje ließ dennoch nicht locker. Im März 1810 benützte er die Gelegenheit der Absendung des Senats-Geheimschreibers Jovan Savitsch-Jugovitsch mit einer Beglückwünschung anläßlich der Heirat Napoleons mit Marie Louise, indem er in dem diesbezüglichen Brief vom 4. bis 16. März an den Kaiser Franz Folgendes schrieb:

„ . . . den Schöpfer bittend, er möge das junge Brautpaar segnen zum Trost und zum dauernden Glück beider hoher Höfe und vieler, vieler Völker, unter die auch wir uns zählen, weil wir anerkennen, daß das Glück unseres Volkes stets abhing von erhabenen österreichischen Monarchen, denn wir hoffen auch heute noch mit seiner Gnade zur Befreiung zu kommen. So wie wir in unserem Briefe vom 17. bis 29. Dezember 1809 (um dessen Übermittlung an an Eure Majestät wir den Feldzeugmeister Baron Simbschen baten,) feierlich erklärt haben, daß wir von jeher wünschten und noch immer wünschen, unter dem berühmten Szepter Österreichs unser Wohl zu finden, so vertrauen wir auch heute und übergeben unser Geschick und das unseres Vaterlandes, welches wir mit den größten Blutopfern erkauft haben, in die Hände Eurer Majestät und in die Hände Seiner k. k. Majestät Napoleons des Großen."

„Monarch! Durch diesen unseren Abgesandten Jovan Savitsch-Jugovitsch, welcher Geheimschreiber des Volkssenats ist, fallen wir zu den Füßen Eurer Majestät; weisen Sie uns nicht zurück, k. k. Majestät, sondern geruhen Sie uns mit Ihrer erhabenen Antwort zu trösten. Indem wir uns der allerhöchsten Gnade empfehlen, ersterben wir in tiefster Ehrfurcht und Ergebenheit für Eure k. k. Majestät."

Außer diesem Briefe zeigte Jugovitsch auch eine Vollmacht vor, unterschrieben von Kara Gjorgje und dem Senat, durch die er ermächtigt wurde, mit dem österreichischen Hofe wegen Besetzung von Belgrad in Unterhandlungen zu treten.

Trotzdem dies alles so deutlich und klar war, die Gelegenheit günstiger als je zuvor, weil Napoleon jetzt mit Österreich verbündet war, während anderseits in Wien die Nachricht eintraf, daß Rußland ein Heer abgesandt habe, um Serbien angeblich Hilfe zu bringen, in Wirklichkeit aber Belgrad zu besetzen, — trotz alledem überhörte der von Metternich stets sehr übel beratene Kaiser Franz auch diesmal den herzzerreißenden Hilferuf eines für die österreichische Monarchie doch so wichtigen Volkes! Er glaubte genug getan zu haben, wenn er Kara Gjorgje durch Jugovitsch sein allerhöchstes Wohlgefallen über die Ergebenheit des serbischen Volkes aussprach, an der er nie gezweifelt habe und wenn er dem Gesandten für seine Reisekosten 1000 Gulden anweisen ließ. Auch ließ er Jugovitsch sagen, daß er dem serbischen Volke einen neuen Beweis seines Wohlwollens und seiner väterlichen Fürsorge gegeben habe, indem er Simbschen Weisungen geben ließ, die den Zweck hätten, den Frieden auf Grund von Bedingungen wiederherzustellen, die die ständige Wohlfahrt Serbiens sichern würden. Dafür hätten aber auch die Serben das Ihrige dazu beizutragen, daß das Ziel erreicht werde.

Die Folgen dieser unseligen Metternichschen Verblendung zeigten sich bald. Rußland hatte durch seinen Friedensschluß mit Schweden Finnland ergattert und ein Heer frei bekommen, das gegen die Pforte verwendet werden konnte. Dazu bedurfte man wieder der Serben, und Nedoba begann die Rodofinikinsche Maulwurfsarbeit von neuem. Unter höhnenden Hinweis auf die Sprödigkeit des österreichischen Hofes gegenüber dem Liebeswerben Kara Gjorgjes brachte er den Senat dazu, daß die Skuptschina mit großer Mehrheit entgegen den Bemühungen Kara Gjorgjes, der eifrig für Österreich eintrat, den Beschluß faßte, mit Rußland ein Bündnis einzugehen. So mußte der Wiener Hofkriegsrat am 4. Juni 1810 an Metternich berichten, dem dies aber in seiner stets bewährten Kurzsichtigkeit gleichgültig gewesen zu sein scheint.

Wieder stritten die Serben wacker gegen die Türken und ermöglichten es so den Russen im Jahre 1811 Vorteile zu erringen, die sie so anmaßend machten, daß sie bei den Friedensunterhandlungen in Bukarest nicht weniger verlangten als die Abtretung von Bessarabien, Moldau, Walachei und — Serbien! Als die Türken davon nichts wissen wollten, andrerseits aber der Bruch mit Frankreich als drohendes Gespenst am Himmel erschien, sattelte Rußland um und ließ durch seinen außerordentlichen Gesandten, Grafen Schuwalow, dem Kaiser Franz sagen, es teile ganz dessen Ansicht, daß Serbien wieder unter türkische Herrschaft kommen müsse. Und dies zu einer Zeit, da Serbien noch Rußlands Verbündeter war! Als dies keinen Eindruck machte, schrieb Kaiser Alexander dem Kaiser Franz am 11. Februar 1911 einen eigenhändigen Brief, in dem er ihm nicht nur das heutige Rumänien bis zum Seret, sondern auch Serbien anbot! Diesen Brief schrieb der Zar einen Tag, nachdem der russische Oberst Balla mit 500 russischen Soldaten die Belgrader Festung be-

setzt hatte! Das Beste dabei ist, daß Balla noch von den Serben feierlich empfangen und als „Retter" gefeiert wurde! *)

Österreich hatte aber vor Napoleon solche Furcht, daß es nicht einmal für einen so verlockenden Preis wie ganz Rumänien und Serbien das Bündnis mit Frankreich gegen ein solches mit Rußland eingetauscht hätte und so erfolgte die Ablehnung. Dies bewog nun Rußland mit den Türken den Bukarester Frieden zu schließen, um das dort kämpfende Heer gegen Frankreich freizubekommen. In diesem Frieden sicherte Rußland sich selbst Bessarabien, wofür es Serbien den Türken auslieferte! Um diese ganze Gemeinheit voll zu begreifen, sei erwähnt, daß 1811 die Pforte selbst sich bereits bereit erklärt hatte, Serbien als tributzahlendes selbständiges Fürstentum unter Kara Gjorgje anzuerkennen und daß dieser, statt es anzunehmen, erst im russischen Hauptquartier anfragen ließ, was er machen solle, worauf er die Antwort erhalten hatte, er solle Churschid Pascha antworten, daß Serbien, als Rußlands Verbündeter, nichts allein tun könne, sondern alle diesbezüglichen Anträge an Rußland gestellt werden müßten, das allein darüber zu entscheiden hätte!

Infolge seiner Vereinbarungen mit der Pforte hatte Rußland 1813 Kara Gjorgje aufgetragen, sich zu verstecken und den Türken keinen Widerstand zu leisten. Kara Gjorgje ging auf den Leim, als er aber sah, daß er von Rußland nur betrogen worden war und daß es sich darum gehandelt hatte, Serbien den Türken zu überantworten, da wandte er sich im September 1813 durch seinen Geheimschreiber Lasar Todorovitsch an den Befehlshaber in Slavonien, General Siegenthal, mit der Bitte, die drei Festungen (Belgrad, Schabatsch, Smederevo) zu besetzen. Das wurde abgelehnt! Am 11. September kam Jevtitsch nach Zemun mit der Bitte, die österreichischen Behörden mögen entweder den Großvesir zur Einstellung der Feindseligkeiten veranlassen, oder, falls dies unmöglich sei, den Serben gestatten, daß sie über die Grenze kommen und sich in Österreich ansiedeln. Außerdem bat er, den Türken keine Lebensmittel zu liefern. Baron Siegenthal antwortete: Es ist Sache der Serben sich mit dem Großvesir zu vergleichen. Serbische Familien können in Österreich eine Zufluchtsstätte finden, wo man auch dafür sorgen wird, daß sie nicht

*) Da sich das meiste in der Geschichte wiederholt, möchte ich darauf hinweisen, daß sich im Jahre 1876 ein ganz ähnlicher Fall ereignete. Damals hatte Fürst Milan den Zaren gebeten ihm den neugebornen Sohn Alexander aus der Taufe zu heben. Die Taufpatenschaft hat bei den Serben mehr Bedeutung als anderswo, denn der „kum" wird dadurch des Täuflings nächster Verwandter, unmittelbar nach den Eltern, also auch Brüdern, Schwestern, Tanten usw. vorangehend. Durch Annahme der Patenschaft wurde also der Zar der natürliche Beschützer des Täuflings. Wie der Zar nun diese Verwandtenpflicht auffaßte, beweist der Umstand, daß sein zu den Tauffeierlichkeiten nach Belgrad entsandter Vertreter, General Sumarakow, den Weg über Wien nahm, wobei er Andrassy den Vorschlag machte, den Balkan so zu teilen, daß der Osten an Rußland, der Westen mit Serbien an Österreich falle! . . . . . .

verhungern. Was die Bitte betrifft, den Türken keine Lebensmittel zu liefern, so ist das eine solche Unverschämtheit, daß sie keine Antwort verdient.

Baron Siegenthal, darüber am 13. September nach Wien berichtend, teilte dem Vorsitzenden des Wiener Hofkriegsrats, Grafen Bellegarde auch den Ausspruch Kara Gjorgjes mit, daß er seit jeher dem österreichischen und nicht dem russischen Kaiser ergeben gewesen sei.

Infolge der Antwort Siegenthals traten am 3. Oktober 1813 10000 Greise, Weiber und Kinder nach Österreich über. Mit ihnen Kara Gjorgje, der für seine Anhänglichkeit an Österreich eine Jahrespension von 600 Gulden erhielt, um damit in Graz leben zu können.

Der Einfluß der Kirche auf Kunst und Schule in Rußland

Von Peter Miljukoff

Übersetzt von Dr. phil. Karl Nötzel

Bekanntlich verhält sich der gebildete Russe in der Mehrzahl aller Fälle völlig gleichgültig zu seinem Glauben. Dafür schilt man ihn sehr häufig und äußerst heftig. Die Schuld aber liegt auch diesmal, wenn man schon einen Schuldigen suchen muß, nicht an ihm, vielmehr in der Geschichte. Man sagt uns, der Russe habe seine Geschichte verraten und sei deshalb gleichgültig geworden. Wir finden im Gegenteil, daß er in dieser Hinsicht seiner Geschichte völlig treu blieb.

Die russische Kirche war in den ersten Jahrhunderten ihres Bestehens dem Bestand ihrer Vertreter nach viel zu schwach, als daß sie der russischen Gesellschaft gegenüber die Aufgabe hätte übernehmen können, welche die westliche Kirche der mittelalterlichen Gesellschaft gegenüber erfüllte: das heißt sie geistig-sittlich zu erziehen. Die Folge davon war bekanntlich die, daß das russische heidnische Altertum allzu lange unberührt blieb und neben den

offiziellen Formen des neuen Glaubens ein friedliches Leben führte. Die Vertreter der Kirche hatten daran natürlich nicht im geringsten schuld; sie waren selber Glieder der Gesellschaft, auf die sie wirken sollten. Wie dem aber auch sei, auch bei uns begann natürlich der neue Glaube seine Wirkung auf die Gesellschaft auszuüben, wenn auch nur auf den besser vorbereiteten Teil von ihr, und auch da erst ziemlich spät, nicht vor Ende des fünfzehnten Jahrhunderts. Diese Wirkung konnte zudem nur dem Charakter entsprechen, den der Glaube selber in der russischen Umgebung angenommen hatte. In einer Gesellschaft, die überhaupt erst an die Beobachtung der äußern Formen der Religiosität gewöhnt werden mußte, konnte der Glaube nur den Charakter eines auf die äußern Zeremonien gerichteten Formalismus annehmen. In dieser Richtung begann denn auch der Gedanke der russischen Intelligenz des sechzehnten Jahrhunderts zu arbeiten. Die Ergebnisse waren zweifellos originell, erwiesen sich indes bald als falsch.*) Die Vertreter der russischen Kirche entdeckten mit Hilfe ihrer griechischen Lehrmeister rasch, daß diese Ergebnisse eine Frucht der eigenen, „lokalen" Arbeit waren, und fanden, daß sie im Widerspruch standen zu der ökumenischen Überlieferung. Es wurde also diese Art Arbeit verdammt, und sie mußte sofort aufhören. Zu einer andern Tätigkeit auf dem Gebiete der Religion erwies sich indes die Gesellschaft damals noch unfähig; überhaupt wurden dem tätigen Verhalten in Dingen des Glaubens sehr enge Grenzen gezogen. Die Kirche beraubte den gesellschaftlichen Gedanken seines ureignen Erbes, das er nur eben erst zu schätzen begonnen hatte — und gab ihm nichts dafür. Es war aber unmöglich, der Arbeit des Gedankens Einhalt zu tun: von der Kirche abgewiesen, setzte er seine Tätigkeit außerhalb ihrer Schranken fort; des Lichtes beraubt, wirkte er im Finstern; verfolgt, schuf er insgeheim. Allmählich ging er — im siebzehnten Jahrhundert — von den gebildeten Schichten ins Volk über und rief in ihm eine solche Belebung des religiösen Gefühles hervor, wie man sie bis dahin noch garnicht in Rußland erlebt hatte. Indes verpuffte diese ganze Fülle religiöser Begeisterung ganz umsonst für die damalige Intelligenz und für die Kirche selber. Durch Erfahrung belehrt, hütete letztere streng ihr Gut, und dies war ihr jetzt nicht schwer, da es niemand mehr angriff. Die Mehrzahl derjenigen, die sich für lebendige Arbeit des religiösen Gedankens interessiert hatten, waren völlig aus den Schranken der Kirche herausgetreten. Von den ihr Verbliebenen verhielten sich natürlich nicht alle gleichgültig zu den geistigen Fragen, indes nahm die Religion unter ihnen nicht mehr den ersten Platz ein. Diese Verhältnisse mußten sich auch für die Kirche selber fühlbar machen. Dadurch, daß sie mit ihrer Ver-

*) Gemeint sind damit gewisse Stellen in den kirchlichen Hauptlehrschriften, die sich durch Vergleich mit den griechischen Urtexten als russischen Ursprungs erwiesen. Diese Änderungen betrafen vorwiegend rituelle Gebräuche z. B. die Art des Schwörens. Das Volk wollte nicht von ihnen lassen, und so entstand jene mächtige Kirchentrennung in Rußland, der „Raskol", die aufs heftigste verfolgt bis auf unsere Tage andauert. (Der Übersetzer.)

gangenheit gebrochen hatte, beraubte sie sich der Kraft in der Gegenwart. Auge in Auge mit der mächtigen Staatsgewalt, nur schwach gestützt von seiten der Gemeinde, mußte sie sich unterordnen und sich dem Rahmen der übrigen Staatseinrichtungen einfügen. Dies war für sie auch bequemer, da hierdurch ihr ausschließlich auf Erhaltung ihrer Lehre gerichteter Charakter endgültig betont und sie der Verpflichtung enthoben wurde, in Rußlands geistigem Leben die Führung zu übernehmen. Das nahm ebenso selbständig seinen Verlauf, wie es im 15. und 16. Jahrhundert begonnen hatte. Von Stufe zu Stufe durchschritt der Glaube des Volkes in den folgenden zwei Jahrhunderten eine ganze Reihe von Entwicklungsphasen. Die Obrigkeit interessierte sich wenig für diesen Vorgang und wußte auch wenig von ihm; die Kirche hingegen, an ihrer eigenen Herrschaft nicht mehr interessiert, verhielt sich dem Volksglauben gegenüber nur wie ein Organ der behördlichen Aufsicht. Dem entsprach auch durchaus der niedrige geistige und sittliche Stand der Hirten, die in Beamten der geistigen Behörde umgewandelt worden waren, und der stagnierende Zustand der Glaubenslehre, die in die Mauern der geistlichen Schule eingeschlossen, sich damit begnügte, die polemischen Argumente der westeuropäischen Theologie wiederzukauen.

Durch das Schicksal des russischen Glaubens ward auch das Schicksal der schöpferischen Tätigkeit in Rußland bestimmt. In Westeuropa hatte die Kirche das Gefühl des Volkes mächtig erregt und seine Phantasie gezwungen, in der neuen Richtung tätig zu sein. Die christliche Dichtung hatte rasch die heidnische verdrängt und ihre eigenen Meisterwerke geschaffen; die christliche Architektur hatte sich kühn an die Lösung neuer Aufgaben gemacht; die christliche Malerei und Skulptur hatten in ihre Erzeugnisse einen Reichtum und eine Kraft des Gefühls gelegt, die der antiken Kunst völlig unbekannt war; endlich hatte sich auch die christliche Musik daran gemacht, neue Wege zum Ausdruck der religiösen Stimmung zu finden. Die Änderungen in den Glaubensinhalten riefen auch eine Änderung hervor in den Anschauungen von den Aufgaben der Kunst; aber auch mit veränderten Grundanschauungen fuhr die Kunst lange fort, den Zwecken der alten Religion zu dienen, indem sie nach wie vor den neuen Menschen zwang, in ihr Befriedigung seiner seelischen Stimmungen zu suchen. Als sich endlich die Kunst von der Vormundschaft der Kirche befreite, lag für sie keine Notwendigkeit mehr vor, sich zu ändern: in Wahrheit war sie längst schon weltlich geworden.

Bei uns waren bekanntlich gleichfalls die ersten bedeutenden Erfolge des Glaubens im sechzehnten Jahrhundert von schöpferischer Phantasiearbeit gefolgt. Die christliche Legende begann zuerst mit den Erzeugnissen der alten Volksdichtung zu wetteifern; die Architektur gab das einfache Nachahmen auf, und versuchte in ihrer Art rein nationale Formen auszuarbeiten; in der Ikonographie offenbarten sich die ersten Anzeichen eines Strebens nach „Lebendigkeit“. Indes verfiel dies alles bald einer strengen Verdammung

durch die Kirche; die selbständige Entwickelung der nationalen Schöpfung wie auch des nationalen Glaubens wurde schon im Keime unterdrückt. Auf diese Weise wirkte die Kirche nicht nur nicht aufmunternd auf die schöpferische Tätigkeit auf religiösem Gebiete, sie verhielt sich vielmehr im Gegenteil argwöhnisch zu deren ersten Früchten, gleich als ob es sich hier um etwas handle, was die Reinheit ihrer Lehre bedrohe. Die weitere Entwicklung der schöpferischen Tätigkeit auf religiöser Grundlage hörte daraufhin auf, und vollzog sich nur noch auf dem Wege des Schmuggels — hauptsächlich unter den oppositionellen, wenig intelligenten Strömungen des religiösen Volksgedankens. Die christliche Dichtung verwandelte sich in den Reim der Sektierer und blieb dabei; in der Architektur und in der Heiligenbildmalerei wurden der Phantasie des Künstlers die allerengsten Schranken gesetzt, und im besten Falle mußte sie sich auf einen Kompromiß beschränken zwischen den neuen Strömungen und den Überlieferungen des Altertums — und zwar des griechischen, nicht aber des russischen. Die Kunst verlor ihr Publikum, wie die Kirche — ihre Herde; sie fuhr fort nur für die streng-bedingten Bedürfnisse des Komforts, wie jene für die streng-bedingten Bedürfnisse der Schule zu arbeiten. Die Besonderheiten des russischen Lebens und Gedankens fanden weder in diesem noch in jenem Fall weitere Möglichkeit, sich zu offenbaren. Es ist demnach nur natürlich, daß, als nach einem langen Zeitraum eine selbständige russische Kunst aufs neue erstand, sie sich (mit Ausnahme der Architektur) auf keinerlei geschichtliche Überlieferung stützen konnte; entschlossen schritt sie den neuen Forderungen der russischen Intelligenz entgegen, und indem sie ihren Entwickelungsgang von neuem begann, setzte sie das Ausland in Staunen durch die barbarische Kraft und Frische ihres Ausdrucks.

Endlich steht von der Geschichte des russischen Glaubens in allerengster Abhängigkeit — wenn auch in einer rein negativen — die Geschichte der russischen Schule. Als sich die Kirche des Westens an die christliche Erziehung der Gesellschaft machte, hatte sie zu allererst hierfür die Schule benützt, als das allerstärkste Mittel zur gesellschaftlichen Bildung. Viele Jahrhunderte hindurch befand sich die westeuropäische Schule ausschließlich in den Händen der Geistlichkeit, und als endlich der Staat in die Zahl seiner Aufgaben auch die Volksbildung einschloß, fand er diesen Wirkungskreis schon besetzt. Obgleich er nun alle seine Kräfte auf den Kampf mit der klerikalen Schule verwandte, hat er bis jetzt das Ziel noch nicht völlig erreicht, das er sich damals gesetzt hatte. Die Abhängigkeit der Schule vom Staate hatte zur Folge, daß der Staat die Unabhängigkeit der Schule schätzen lernte. Nachdem diese Beziehung einmal aufgekommen war, überlebte sie die Periode der Herrschaft der Kirche über die Schule: die Achtung vor der Selbständigkeit der Kirche verwandelte sich in Achtung vor der Selbständigkeit der Wissenschaft.

Bei uns erwies sich bekanntlich die Kirche in der Periode ihrer Vorherrschaft im geistigen Leben des Landes außerstande, die Schule zu organisieren.

nicht nur zur Verbreitung der Wissenschaften in der Gesellschaft, sondern auch zur Pflege der Wissenschaft in ihrer eigenen Mitte. Das Ergebnis war, daß die Wissenschaften in die Gesellschaft auf anderm Wege eindrangen, als durch die Schule. Zum ersten Male, im sechzehnten Jahrhundert, waren das Wissenschaften, die von der Kirche gebilligt und aus einwandfreier byzantinischer Quelle geschöpft waren. Mit solchen Wissenschaften, die im sechsten bis zehnten Jahrhundert unserer Zeitrechnung aufgekommen waren, konnte sich aber die Gesellschaft nicht zufrieden geben, und noch in demselben sechzehnten Jahrhundert begannen daher Bruchstücke der mittelalterlichen Wissenschaft des elften bis dreizehnten Jahrhunderts nach Rußland zu dringen. Nach einem vergeblichen und ohnmächtigen Widerstand fügten sich die Vertreter der Kirche selbst ein wenig dem Einfluß dieser Wissenschaft; die gelehrtesten von ihnen machten sich daran, Sorge zu tragen, daß auch in Rußland die Schule nach mittelalterlichem Muster eingerichtet werde. Wir kennen das Ergebnis dieser Bemühungen: den Kampf der Moskauer Majorität dagegen, daß in die Schule „die freien Künste" einbezogen würden, und auch ihren Kampf gegen die Lehrer, obgleich diese durch die doppelte Zensur des griechischen Patriarchen und der Moskauer Schulbehörde gegangen waren. Indem sie nur kritisierte und ihrerseits nichts Positives gab, erwartete die herrschende Partei die Zeit, da die Schule dem Staate notwendig werden würde. Als der Staat zur Einrichtung seiner Schule schritt, begegnete ihm kein Konkurrent in Gestalt der Kirche; im Gegenteil, erst auf sein Drängen führte die kirchliche Verwaltung die ersten geistlichen Schulen ein — und in der ersten Zeit war die staatliche Gewalt bereit, die weltlichen Schulen der geistlichen Behörde zu übergeben. Die Kirche betrachtete aber ganz ebenso wie die Gesellschaft die Schule als staatliche Zwangsanstalt. Unter diesen Bedingungen ward die russische Schule gleich vom Beginn ihres Bestehens an in doppelter Hinsicht eine Regierungsanstalt: ihrem Ursprung und ihrer Bestimmung nach. Die russische Schule bereitete entweder für eine andere Schule oder für den Staatsdienst vor. Die Adligen wurden bis zu ihrer Befreiung vom obligatorischen Staatsdienst (in der zweiten Hälfte des achtzenten Jahrhunderts), die Geistlichen und die Bauern bis zur Emanzipation (1861) mit Gewalt zum Schulbesuch herangezogen. Für ihre eigenen Zwecke zogen es beide Stände vor, die Dienste von Privatlehrern in Anspruch zu nehmen und ihre Kinder in eine Privatschule zu schicken. Die Regierung trat nun in den Kampf mit dieser, unterwarf sie ihrer Reglementation und zwang endlich die Gesellschaft um Dienstvorteile willen die staatliche Schule der privaten vorzuziehen. Auf diese Weise ward die gesellschaftliche Bildung völlig in der Hand der Regierung vereinigt. Die Ergebnisse des Schulunterrichts entsprachen indes nicht völlig den Absichten der Staatsgewalt. Auf jeden Fall brauchte der Staat nicht mit dem Klerikalismus zu kämpfen. Er fand im Gegenteil durchaus mit Grund, daß der erzieherische Einfluß der Kirche einen allzuschwachen Anteil hat an unserer gesellschaftlichen Erziehung. Zum großen Staunen der

Ausländer wurde bei uns sogar die Absicht laut, mit Staatsmitteln eine klerikale Schule zu gründen. Wenn man aber ihre Mißerfolge in der Vergangenheit kennt, hält es schwer, dieser Schule irgend einen Erfolg in der Zukunft vorauszusagen. Allzuviel hat die russische Gesellschaft und das russische Volk erlebt, als daß sich die Früchte davon einfach beseitigen ließen. Es ist durchaus richtig, daß das russische Leben, entgegen der allgemein angenommenen Meinung, in seiner Vergangenheit von den Elementen des Glaubens nicht viel, sondern wenig durchdrungen war. Das Vergangene dreht man aber nicht zurück, und wenn man dies Versäumnis jetzt, dreihundert Jahre nachdem der passende Augenblick außeracht gelassen wurde, nachholen will, so würde man den Fehler Tschaadajeffs*) wiederholen, ohne seine Begründungen zu haben. Tschaadajeff riet bekanntlich, auf Rußland das Mittel anzuwenden, das sich in Europa so fruchtbar erwiesen hatte — den Kultureinfluß des Katholizismus. Man rät uns jetzt im Gegenteil, ein Mittel zu erproben, das sich in Rußland bereits machtlos erwiesen hat. Dem Historiker bleibt demgegenüber nichts übrig, als sich damit zu trösten, daß es ebenso unmöglich ist, Europa auf Rußland zu verpflanzen, als die russische Vergangenheit zur Gegenwart zu machen.

Dereinst

Und so wird's sein, wenn wir uns wiedersehn:
Ein stilles Grüßen und ein stummes Fragen,
Ein scheues Wesen-Ineinandertragen,
Ein Suchen — und ein Auseinandergehn.

Zu schwere Bürde gab uns dieser Krieg
An kühnem Können und an heißem Wollen —
Wenn Friedensbanner sie daheim entrollen,
Folgt flacher Alltag unsrem goldnen Sieg . . .

Zwei Wege laufen auseinander, weit,
So mancher Traum von Glück bleibt ungeträumt —
Ein Strom, die Ufer blumeneingesäumt,
Du dort, ich hier — in Sterneneinsamkeit.

Reinhard Woer

*) Ein mystischer russischer Denker aus der Zeit Nikolaus I.

Bulgarien nach fünfzig Jahren

Ein Weihnachtsdialog nach einem wirklichen Erlebnis erzählt

Von Elsbeth Friedrichs

Der vierundzwanzigste Dezember des Jahres 1903 hatte die Gardaseeriviera mit dem strahlendsten Sonnenschein und mit fast sommerlicher Wärme beschenkt. Vorn an den Seeufern des Kurortes für Erholungsbedürftige gab es kein schattiges Plätzchen, und niemand kam in Gefahr, seinem Nächsten den Platz an der Sonne zu neiden. Auf dem weiten Markt, der sich nach dem blauen See hin öffnete, hatte sich rings um die uralte Römersäule ein Musikchor aufgestellt und spielte mit verschwenderischem Wohlklang deutsche Weihnachtslieder. Deutsche Weihnachtslieder auf offenem Markte unter Palmen und Agaven, während ein Gewoge von hellen Sonnenschirmen über blütengeschmückten Frauenhüten sich auf und ab bewegte, und im leichten Sommerrock der Engländer, der Franzose, der Russe, der Balkanbewohner und Amerikaner die schwache Lunge in der balsamischen Luft stärkte oder das angegriffene Nervensystem von der Lichtflut umschmeicheln ließ. „Deutsche Weihnachtslieder!“ sagte ein junges Mädchen halb für sich, halb für ihre Begleiter und schaute mit einem Anflug von Sehnsucht im Auge nach Norden, über die blaue Wasserfläche nach Norden. Der Mann an ihrer linken Seite lächelte verständnisvoll für sich und erwiderte nach kurzem Nachdenken:

„Aber Sie haben nicht genug an den deutschen Weihnachtsliedern, Fräulein Gretchen, Sie wollen auch ein graues Himmelszelt und das Licht von unten, von der weißbeschneiten Straße, ists nicht so?“

„Sagen wir lieber das Licht von innen, Herr Doktor, das um diese Zeit so beseligend in unsere dunklen Wintertage hineinstrahlt . . . .“ „Dazu kann auch hier Rat werden, Grete, wirsts schon machen. Haben wir doch drei deutsche Frauen in unserem alten Palazzo, und wo nur eine von euch ist, dahin findet das Christkind seinen Weg!“ Der alte Herr, der herzutretend diese Worte sprach, legte die Hand des jungen Mädchens auf seinen Arm, sie liebkosend streichelnd. „Aber“, fuhr er fort, „noch ein Gedanke kam mir beim Anhören der heimatlichen Weisen. Warum eben deutsche Weihnachtslieder, warum nicht italienische, oder englische, oder französische oder — oder

bulgarische?" setzte er hinzu mit einer kleinen Neigung des Hauptes zu seinem Nachbar, „warum nicht bulgarische?"

„Wenn Sie die Frage so stellen, Herr Gerichtsrat," sagte Doktor Stanew, „dann muß ich erwidern, vielleicht ist die Zeit nicht allzu fern, wo deutsche Weisen auch bulgarische Weisen sein werden."

„Wir danken für den liebenswürdigen Scherz," erwiderte der alte Herr, „oder wollen Sie künftige Zeiten, eine Verbrüderung der Menschheit oder so etwas voraussagen?"

Der Bulgare blieb ernst. „Nicht eine Prophetie", rief er, „ein Wille ist das, und jeder meiner Volksgenossen teilt ihn, ein Wille zur Kultur, zum Aufschwung!"

„Wovon wird gesprochen?" sagten die fragenden Augen der jungen Gatten des Bulgaren. Sie hatte den Arm in den ihrer Nachbarin Grete geschlungen und hing mit den Blicken an den Zügen ihres Gatten. Dieser antwortete einige kurze Sätze in seiner Landessprache und setzte mit leisem Vorwurf, langsam und deutlich sprechend auf deutsch hinzu: „Auf diese Weise wirst du nicht weiter kommen, man muß eine Sprache mit allen Sinnen lernen, zumal wenn man sie stündlich so rein erklingen hört, wie du gegenwärtig. . ."

„Ihre liebe Frau lernt anders, dünkt mich, als ihr Philologen es auffaßt," warf mit freundlichem Lächeln das junge Mädchen ein und legte leicht den Arm um Frau Stanew, „sie lernt mit dem Herzen. Auf diesem Gebiete gibt es zwischen uns nie ein Mißverstehen, da ist sie so gut eine Deutsche, wie ich eine Bulgarin, da gibt es keine Landesgrenzen." Die Betreffende schien wirklich verstanden zu haben, mit dankbarem Lächeln drückte sie der Sprecherin die Hand und sagte: „Recht so . . . doch sieh, was tun sie da?"

Man war im Weitergehen vor Zanardellis Villa angekommen. Dort hatte sich, den Weg versperrend, eine große Menschenmenge angesammelt. Man schrie, man lärmte, man gestikulierte und hatte Lust daran.

„Zanardelli, Eviva Zanardelli!"

Mit rauschendem Klang fiel die Musik ein. Dann bestieg einer aus der Menge das Dach des kleinen Schilderhauses und hielt mit weithinschallender Stimme eine Rede, vom Volke mit Zurufen und Gestikulationen begleitet. „Ist es — — Revolution? Oder ist es — — Krieg?"

Frau Stanew tat den Ausruf mit schreckhaft erstaunten Mienen.

„Komödie!" erklärte ihr Gatte. „Es ist alles Theater bei diesem Volk. Mit edlem Feuer preisen sie die Freiheit, während das Volk in Knechtschaft schmachtet. Ihr Mund prahlt mit dem Heroismus, aber die Feigheit ist ihre Begleiterin auf dem Kriegszug! Von welchen Vorzügen redeten sie nicht, ohne sie zu besitzen!"

„Nun, nun, ist die Schönheit nichts wert?" fragte lachend der Gerichtsrat.

„Sie ist nichts wert, solange sie das wahre Wesen der Dinge mit dem Schein verhüllt!"

Die Sonne begann zu sinken, und man schlug den Heimweg durch die Gassen des Ortes ein. Kürzer war dieser Weg wohl; denn der alte Palazzo, in dem man seine Winterresidenz aufgeschlagen hatte, lag auf der nächsten kleineren Anhöhe jenseits des Ortes, kürzer, aber unsagbar finster, unsagbar elend in seinem Schmutz und seiner Verkommenheit. Das freundliche Hin und Her der Unterhaltung erstarb denn auch, schweigend und eilig, um nicht zu frieren, durchmaß man dieses italienische Schattenreich.

Signora Povoli stand unter dem Eingangsportal ihrer stolzen Behausung und blickte ihren Gästen verheißungsvoll entgegen. Neben ihrer Gestalt befand sich ein großer Tisch, auf dem sich ein kleines Gebirge von Postsäckchen, Päckchen, Kistchen und Briefen aus verschiedenen Landen angekommen, getürmt hatte. Es machte ihr ein besonderes Vergnügen, diese Grüße und Gaben aus der Heimat den einzelnen Adressaten zu überreichen, und sie fügte jeder Sendung ein zierlich umbundenes Päckchen ihres Hauses, eine Probe ihres Christfestgebäcks hinzu, jeden in seiner Sprache grüßend mit dem in seinem Lande üblichen Festgruß. Das hatte sie fleißig gelernt im Laufe der langen Jahre mit ihren wiederkehrenden Weihnachtsfesten; und ihr freundlich erregtes Antlitz mit dem blinkenden Fettglanz auf den roten Wangen erreichte seinen Höhepunkt an Ausdrucksfähigkeit bei dem frohen, bewundernden Ausrufen jedes der Heimkömmlinge, der die weite Halle betrat. Tannengrün und weiße Lilien schmückten Wände, Decke und alles, was solchem Schmuck eine Fläche bot, selbst die in der Mitte der Eingangshalle herabhängende und jetzt in der anbrechenden Dämmerung schon brennende Lampe schwebte im süß mystischen Grün.

Tannengrün! Warum wieder gerade der deutsche Weihnachtsschmuck in diesem großen italienischen Palazzo, der Gäste aus aller Herren Ländern beherbergte, warum nicht die Stechpalme mit den glutroten Beeren und dem Mistelzweig? Es waren auch Dänen im Haus, die sollten ihre Lilien haben, aber die Grundlage bildete doch unsere liebe deutsche Weihnachtstanne.

Verschiedenen der Hausbewohner gingen diese Gedanken durch den Kopf noch, als sie den großen Saal betraten, den Sammelort für diesen Christabend. Und da stand als leuchtender Pol in der Mitte wieder eine große brennende deutsche Weihnachtstanne, daneben auf weiß gedeckter Tafel, schön geordnet, dieselben noch uneröffneten Postpackete aus der Heimat, die Jeder, sich gern den Gesetzen der Festordnerin fügend, an diese wieder abgeliefert hatte. Sie stand in ihrem einfachen weißen Kleid neben dem Baum am Tische, eine liebliche Abgesandte des Christkindes und ließ es bescheiden lächelnd geschehen, daß ihr die bulgarische Freundin ein hübsch gebundenes Kränzlein von Tannengrün in die Locken drückte.

„Stille Nacht, heilige Nacht", stimmte die Musik vom Harmonium her an. Der deutsche Gerichtsrat saß am Harmonium, und die zahlreichen Gäste des Hauses hörten die deutschen Lieder stehend an. Sie dachten nicht mehr daran, was dies alles für eine Bedeutung habe, was nun folgte; sie sahen

die sechs weiß gekleideten und weiß beflügelten Kinder eintreten, das deutsche Mädchen unter dem Christbaum umringen und aus ihrer und der Bulgarin Händen die Gaben empfangen, die sie den Anwesenden mit einem deutschen Weihnachtsgruß zutrugen. Jeder bekam eine Liebesgabe, auch der, dem die Post nichts aus der Heimat gebracht hatte. Als die Kleinen, sich an den Händen haltend, darauf unter dem Baum, von Fräulein Gretchen geleitet, „O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit" sangen, während das Harmonium mit leisem Klange die hellen Stimmen unterstützte, da ging ein gleiches menschliches Empfinden über jedes Antlitz, das heilige Bewußtsein, eins zu sein in edler Menschlichkeit.

Die kleinen Sänger, verschiedenen Nationalitäten, verschiedenen Sprachgebieten angehörend, wußten ihre Zungen dem deutschen Text mit bewunderungswürdiger Geschicklichkeit anzupassen. Nachdem sie geendet, und jedes in die Arme der Mutter flog, wurden die englischen, die dänischen, die französischen Eltern nicht müde, die deutschen Worte noch einmal und noch einmal von den Lippen des Lieblings zu vernehmen. Dann versammlte Grete die Schar um sich und goß ein Füllhorn weihnachtlicher Freuden und Überraschungen über sie aus.

Einige Stunden später hatte sich der Kreis etwas gelichtet. Schon waltete der Traum über den Bettchen der kleinen Weihnachtsengel, und die früher Ruhe Bedürftigen hatten die Stille ihres Zimmers aufgesucht. Italienische Harfen- und Lautenspieler waren gekommen und nach vollbrachtem Vortrag beschenkt wieder gegangen. Noch knisterten leise und melodisch die Lichter in den Zweigen, und die Zurückgebliebenen hatten sich enger um die Tanne gruppiert.

„Warum gerade die deutsche Weihnachtsfeier überall? Jemand sprach es aus, was allen heut schon durch den Sinn gegangen war. „Weil sie die liebenswürdigste ist, dünkt mich," sagte der bulgarische Doktor. Er stand mit seinem Glase in der Hand vor Fräulein Gretchen, lächelte sie dankbar bewundernd an und setzte noch hinzu: „Und unsere deutsche Festordnerin hat uns allen einmal wieder in kleinem Rahmen ad oculus demonstriert, wie man durch Organisation die schwierigsten Aufgaben spielend löst. . . ."

„Herr Doktor, Sie scherzen," unterbrach abwehrend das junge Mädchen, „was habe ich getan? Ich? schwierige und gar schwierigste Aufgaben gelöst? Wahrlich, nichts anderes habe ich getan, als das liebe, liebe Weihnachtsfest mit meinen Mitmenschen und Freunden gemeinsam genossen, so wie wirs daheim von Mütterchen schon als Kinder gelernt haben. Die Idee, Herr Doktor, die alles bezwingende Idee des Christfestes, die ist das schaffende, das allbezwingende das erfolgsichere."

„Gewiß, die Idee liegt für Alle da, im Schoße der Kultur ruht sie, aber sie lebendig, für andere faßbar machen, dazu bedarf es eben dessen, was die Deutschen so fest und sicher macht, so sicher und geschlossen vorwärts kommen

läßt, der Organisation! Sie ist eine Tat, und Taten gebrauchen wir in unserem zerrissenen und in den meisten Teilen etwas verlotterten alten Europa! Haben wir am heutigen Abend nicht hier eine vereinigte europäische Völkerfamilie unter wehenden deutschen Weihnachtsfahnen gebildet? Wahrlich, niemand, und wäre er auch noch so eigenbrödlerisch oder meinetwegen patriotisch gesinnt, hätte sich der lebendig waltenden Ordnung entziehen können, jeder spielte die Rolle, die ihm von der Konsequenz des Ganzen zuerteilt war, und jeder spielte sie mit Lust . . . . ."

„Natürlich," rief lachend der dänische Arzt herzutretend, „wer wäre denn so töricht, sich so herrlicher Genüsse zu berauben, wie z. B. dieses pompösen Weihnachtspunsches! Frau Hebe, bitte um noch ein Glas!" Die Bulgarin hob den Deckel vom Gefäß und goß das rotleuchtende Getränk ein. „Es macht man garnichts", sagte sie etwas stockend nach Worten suchend, „es ist nichts von böse Geist darin!"

„Recht so, Frau Hebe, es ist Nektar, und was hätte der Göttertrank zu tun mit dem allzu irdischen Alkohol."

Man stieß an und setzte sich enger zusammen zum Plaudern.

„Wir wollen etwas Gutes, etwas Neues hören", sagte der Gerichtsrat, „etwas aus fernen Landen. . . . ."

„O ja", rief die junge Gattin des dänischen Arztes, „ich wünsche mir jetzt ein wenig Mystik oder mindestens eine Räubergeschichte aus —" sie sah schalkhaft empor an der hohen, kräftigen Gestalt des Bulgaren, „aus Bulgarien."

Er wandte sich schnell und etwas heftig ihr zu, sagte aber dann nach einem Blick in das helle, sonnige Kindergesicht: „Sie meinen aus Mazedonien?"

„Aus Mazedonien? ja, auch das. Ich dachte an das Schicksal des deutschen Prinzen, des Battenbergers. Aber nehmen Sie es um Gotteswillen nicht ernst, Herr Doktor, als gelüstete es mich nach dem Anhören politischer Unterhaltungen. Das mit dem Fürsten Alexander, das war doch die schönste Räubergeschichte. . ."

„Bei der ein Kaiser von Rußland die Rolle des Räuberhauptmanns spielte, allerdings!"

„Und nun? Nun hassen Sie, haßt Ihr Volk wohl gar die Russen noch heftiger als die Türken, wie?"

Der Gefragte schwieg, und sah gedankenverloren in das tiefe Grün des Baumes hinein. Seine Gattin legte die Hand auf seine Schulter. In seinen Zügen lesend, sprach sie bittenden Tones einige bulgarische Worte. „Ja, Kind, komm, setze dich neben mich. Du wirst schon verstehen."

„Ihre halb scherzhaft gemeinten Bemerkungen, gnädige Frau, zeigen einmal wieder, wie wenig man in ihrer Welt unsere Lage und unser Streben versteht, wie wenig noch man uns ernst nimmt. Aber", er sprach mit erhobener Stimme und richtete seine Worte an alle Anwesenden, „aber wir wollen den Anschluß an die europäische Kulturwelt, an Deutschland zunächst,

Deutschland, dessen Hochschulen wir aufsuchen, dessen staatliche, auch militärische Einrichtungen und Reformen wir studieren, um das für uns Zweckmäßige davon zu benutzen. Wir sind nicht phantastisch, wir haben klar und nüchtern zu sein. Zu zweckloſem Völkerhaß und ruhmrederischen, patriotischen Ausbrüchen haben wir keine Zeit und keine überflüssigen Kräfte. Frei von türkischer Herrschaft und von russischer Vormundschaft wollen wir allerdings sein. Gegen den Unterdrücker lehnen wir uns auf, doch sollte dieser eines Tages als mitstrebender, gleichberechtigter Nachbar neben uns stehen, so bieten wir ihm die Freundeshand. Ordnung muß werden, wie in unserem Lande, so auf unserer Halbinsel. Daß wir soweit sind, unserer selbst und unserer Aufgaben uns bewußt, dies verdanken wir freilich zum großen Teil unserem Fürsten Alexander, und wir ehren und lieben sein Andenken. Vorwärts und aufwärts! hieß sein kühnes Kommandowort. . . . . ." Der Sprecher hatte sich erhoben. Er stand aufrecht mit erhobenem Glase im Kreise seiner Zuhörer, der ganze Mann war stolzer, fester Wille. Eindringlich und energisch setzte er hinzu: „Dies eine sage ich noch, meine Herrschaften, und Sie mögen es in Ihren Landen weiter erzählen: vorwärts und aufwärts geht unser Weg zur Kultur, wir sind schnelle Reiter. Ich sage Ihnen: in fünfzig Jahren wird die Kulturwelt sich gezwungen sehen, bulgarisch zu lernen!" „Bravo!" rief der Gerichtsrat und schüttelte dem Bulgaren die Hand, „bravo, lieber Freund, und vorwärts und aufwärts!"

Kriegstagebuch

19. November 1915. Nowa Varos, Spenica und Raska in Serbien besetzt; 4 Geschütze erbeutet, 3800 Gefangene gemacht.

19. November 1915. Abgeschlagene italienische Angriffe auf der Hochfläche von Doberdo und bei Zagora; Verona, Vicenza, Triceſimo, Udine und Cervignano durch österreichische Flieger mit Bomben belegt.

20. November 1915. Erfolgreiche Sprengungen an der Bahn Ypern-Zonnebeke; Flugzeugangriff auf Poperinghe und Furnes.

20. November 1915. Novibasar von deutschen Truppen besetzt, 4400 Serben gefangen, 50 Mörser, 8 ältere Geschütze erbeutet. Den Übergang über die obere Drina gegen die Montenegriner erzwungen.

20. November 1915. Starke italienische Angriffe im Görzischen abgeschlagen.

20. November 1915. In Persien england- und rußlandfeindliche Demonstrationen.

21. November 1915. Bei Podujevo 2600 Serben gefangen, 6 Geschütze, 4 Maschinengewehre, zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet.

21. November 1915. Erbitterte Kämpfe gegen die Italiener bei Oslavija, auf dem Doberdo-Plateau und am Col di Lana.

22. November 1915. Nördlich von Mitrovica, sowie nördlich und nordöstlich von Pristina die Serben geschlagen, 1500 Gefangene, 6 Geschütze. Südöstlich von Pristina machen die Bulgaren 8000 Gefangene und erbeuten 22 Maschinengewehre und 44 Geschütze.

23. November 1915. Bei Riga 200 Russen bei einem Vorstoß auf Versemünde gefangen. — Bei Czartorysk und Dubiscze russische Vorstöße abgewiesen, 90 Gefangene, 3 Maschinengewehre erbeutet.

23. November 1915. Mitrovica und Pristina besetzt, die Serben über die Sitnica zurückgeworfen; 17400 Serben gefangen, 25 Geschütze erbeutet. Bei Priboj den Übergang über den Lim erzwungen.

23. November 1905. Schwere Kämpfe beim Monte San Michele, die Italiener überall zurückgeworfen.

24. November 1915. Versemünde bei Riga genommen.

24. November 1915. Die Engländer von den Türken bei Kteſiphon, 19 Kilometer vor Bagdad, vollständig geschlagen.

25. November 1915. Russische Angriffe bei Versemünde und Dünaburg abgeschlagen.

26. November 1915. Die Bulgaren überschreiten die Linie Goles-Stimlja-Jezerca-Ljubotin. 3500 Mann gefangen, 8 Kanonen und viel Material erbeutet

26. November 1915. Abgeschlagene italienische Angriffe an der ganzen küstenländischen Front.

27. November 1915. Bei Neuville erfolgreiche Sprengungen.

27. November 1915. Rudnik südwestlich von Mitrowica besetzt, 2700 Serben gefangen. Abschluß der großen Operation gegen das serbische

Heer, nachdem mehr als 100000 Mann gefangen wurden, 502 Geschütze und unübersehbares Kriegsmaterial erbeutet wurde und der spärliche Rest des serbischen Heeres in die albanischen Gebirge gedrängt ist. — Die Bulgaren drängen die Serben weiter gegen Prizrend, sie erbeuten 3000 Gefangene und 8 Kanonen.

28. November 1915. Die deutsche Regierung veröffentlicht eine Denkschrift wegen der Ermordung einer deutschen U-Boot-Besatzung durch den Kommandanten Mc Bride und die Mannschaft des britischen Hilfskreuzers „Baralong", der unter amerikanischer Flagge das U-Boot angegriffen hatte.

29. November 1915. Prizrend von den Bulgaren genommen, 17000 Serben gefangen, 50 Geschütze, 20000 Gewehre, 148 Automobile und viel anderes Kriegsmaterial erbeutet.

29. November 1915. Weiterer Rückzug der Engländer in Mesopotamien.

29. Die Rumänen sperren die Donau gegen Rußland durch Minen.

30. November 1915. Frankreich beschließt die Einberufung der Jahresklasse 1917 zum Januar 1916.

1. Dezember 1915. Westlich des Lim Boljanic, Plevlje und Jabuka besetzt. Südwestlich von Mitrowica 4000 Gefangene und 2 Geschütze eingebracht. — Bis zur Einnahme Prizrends haben die Bulgaren erbeutet 50 000 Gefangene, 265 Geschütze, 100 000 Gewehre und sehr viel Granaten, Patronen und sonstiges Kriegsmaterial.

1. Dezember 1915. Die Türken verfolgen die geschlagenen Engländer an der Irakfront energisch, sie erbeuteten 100 Kamele, viel Kriegsmaterial, zwei stark bestückte Kanonenboote, ein Kriegsmotorboot und andere Flußschiffe.

2. Dezember 1915. Südwestlich Mitrovica 1200 Serben gefangen. — Monastir von den Verbündeten besetzt.

3. Dezember 1915. Ein englisches Kanonenboot an der ägyptischen Küste von einem deutschen U-Boot versenkt.

3. Dezember 1915. In Montenegro die Höhen südlich von Plevlje gestürmt. Bei Novibasar und Mitrovica 2000 Serben gefangen.

3. Dezember 1915. Die Türken erbeuten in Mesopotamien zwei weitere englische mit 15cm-Geschützen ausgerüstete Kanonenboote.

3. Dezember 1915. General Joffre zum Oberbefehlshaber der gesamten französischen Armeen ernannt.

4. Dezember 1915. Bulgarische Truppen nehmen den Serben südwestlich von Prizrend über 100 Geschütze und große Mengen Kriegsgerät, darunter 200 Kraftwagen, ab.

5. Dezember 1915. Russischer Angriff südwestlich des Babit-Sees (westlich von Riga) abgeschlagen.

5. Dezember 1915. Fortdauernde Beschießung der Stadt Görz seitens der Italiener; abgewiesene italienische Angriffe auf der Hochfläche von Doberdo.

5. Dezember 1915. Östlich Ipek 2000 Serben gefangen.

5. Dezember 1915. Das französische U-Boot „Fresnel" durch ein österreichisches Kriegsschiff bei San Giovanni di Meduna vernichtet. — Im Hafen von San Giovanni di Meduna durch ein kleines österreichisches Geschwader 5 Dampfer, 5 große und viele kleine Segelschiffe durch Geschützfeuer vernichtet. — Vor Valona ein italienischer Kreuzer durch ein österreichisches U-Boot versenkt.

5. Dezember 1915. Bei Kut el Amara an der Irakfront vernichten die Türken mehrere englische Schiffe und erbeuten weitere Monitore und Frachtschiffe, sowie Flugzeuge.

6. Dezember 1915. England veröffentlicht das am 30. November 1915 getroffene Abkommen zwischen England, Frankreich, Italien, Japan und Rußland, keinen Sonderfrieden zu schließen.

6. Dezember 1915. Bei Berry-au-Bac eine erfolgreiche größere Sprengung; östlich von Auberive (in der Champagne) etwa 250 Meter des vorderen französischen Grabens genommen, über 60 Gefangene, drei Maschinengewehre erbeutet.

6. Dezember 1915. Ipek besetzt, 1250 Gefangene gemacht, 6 Geschütze erbeutet. — Die Franzosen geben ihre Stellungen im Cerna-Vardar-Bogen auf. — Djakova von den Bulgaren besetzt, ebenso Resna.

7. Dezember 1915. Höhe 193 nordöstlich von Souain den Franzosen entrissen, 120 Mann gefangen, 2 Maschinengewehre erbeutet.

7. Dezember 1915. Bei Ipek 2000 Serben gefangen, 80 Geschütze und viel Kriegsgerät genommen.

7. Dezember 1915. Die Bulgaren besetzen Ochrida, sie greifen die Engländer und Franzosen auf der ganzen mazedonischen Front an und drängen sie zur griechischen Grenze hin zurück.

8. Dezember 1915. Die amerikanische Regierung wünscht die Abberufung des deutschen Marine- und Militär-Attachés.

9. Dezember 1915. Abgewiesene französische Angriffe auf Höhe 193 bei Souain.

9. Dezember 1915. Südlich Strumitza nehmen die Bulgaren den Engländern 10 Geschütze ab.

10. Dezember 1915. Se. Majestät der Kaiser besucht die deutschen Truppen an der Strypa.

10. Dezember 1915. Erneute französische Angriffe auf Höhe 193 bei Souain abgeschlagen.

10. Dezember 1915. Russische Angriffe nördlich der Bahn Kowel – Sarny zurückgewiesen.

10. Dezember 1915. Fortdauernde Verfolgung der geschlagenen englischen und französischen Truppen in Mazedonien durch die Bulgaren. Ungeheuere Verluste der Alliierten.

10. Dezember 1915. Erfolgreicher österreichischer Fliegerangriff auf die militärischen Anlagen Anconas.

11. Dezember 1915. Englischer Angriff östlich von Neuville gescheitert.

11. Dezember 1915. Russische erfolglose Vorstöße am Warsungsee (südlich Jakobstadt) und südlich Pinsk.

11. Dezember 1915. In den albanischen Grenzgebirgen 6500 Serben gefangen, zwischen Rozaj und Ipek 40 Geschütze erbeutet, Rozaj genommen.

11. Dezember 1915. Präsident Juanschikai nimmt die chinesische Kaiserwürde an.

12. Dezember 1915. Vergeblicher russischer Angriff bei Wulka, südlich des Wygonowskojesees.

12. Dezember 1915. Bei Ipek weitere 12 moderne Geschütze erbeutet, 1900 Serben gefangen. — In Mazedonien die Engländer und

Franzosen vollständig über die griechische Grenze getrieben, die letzten mazedonischen Orte Doiran, Gewgheli und Struga von den Bulgaren besetzt.

12. Dezember 1915. Amerika richtet an Österreich-Ungarn eine Note wegen Versenkung der „Ancona".

13. Dezember 1915. Bei Plevlje und in den ostmontenegrinischen Bergen 2500 Gefangene gemacht.

13. Dezember 1915. Russisch-englische Niederlagen in Persien durch Anhänger des Heiligen Krieges.

14. Dezember 1915. Im Mittelmeer wurden seit Beginn der Saloniki-Expedition durch deutsche und österreich-ungarische U-Boote versenkt: 8 Hilfskreuzer und Truppen-Transportdampfer, 26 Kriegsmaterial-Transportdampfer und 24 andere Schiffe mit einer Gesamt-Tonnenzahl von fast 220000 Tonnen.

14. Dezember 1915. Im Westen vier französische Flugzeuge abgeschossen, die Angriffe auf Müllheim (Baden), in Lothringen und gegen Bapaume versucht hatten.

15. Dezember 1915. Russische Angriffe nördlich des Dryswjaty-Sees zurückgeschlagen, ebenso an der Beresina-Mündung.

16. Dezember 1915. Marschall French legt den Oberbefehl der englischen Truppen in Frankreich nieder, er wird zum Oberstkommandierenden Feldmarschall der gesamten britischen Truppen ernannt.

16. Dezember 1915. Englische Angriffe südöstlich Armentières abgewiesen.

16. Dezember 1915. Russische Angriffe zwischen Narosz- und Miadziolsee unter erheblichen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen.

16. Dezember 1915. Bjelopolje gestürmt, 700 Gefangene.

16. Dezember 1915. In der vierten Isonzoschlacht, die wie die ersten drei vollständig erfolglos für die Italiener war, hatten letztere ungefähr 70000 Mann Tote und Verwundete.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Hermannstraße 86.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 480, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6250.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Lompelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/29.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum I. Quartal 1916 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11.

Ein Kapitel zur Entſtehungsgeſchichte des Krieges

Die Gedankengänge des Feld-, Wald- und Wieſenſozialismus haben uns im ganzen wenig Neues über unſere Anſicht vom Kriege und ſeine Entſtehungsgeſchichte gebracht. Wenn man die Ideen der tüchtigen und klugen Leute verfolgt, die wir in allen Ländern unter den Sozialiſten finden, ſo kommt man gewöhnlich zu einem Punkt, wo ſich irgend etwas wie eine große Mauer auftürmt, über die der ſozialiſtiſche Denker nicht herüberklettern kann. Es iſt die Mauer der Parteidoktrin. Die Ideengänge vom Kapitalismus werden auf irgend eine gezwungene Weiſe in das Gedankenſyſtem hineingebracht, der alte Leiſten hervorgeholt, und es fängt eine Schablone an, die man nicht vertragen kann.

Nach der reinſozialiſtiſchen Anſchauung hat ſchließlich der Kapitalismus in allen Staaten den Krieg verurſacht, oder wenigſtens einen erheblichen Teil daran gehabt. Klaſſengegenſätze und Klaſſenpolitik in den einzelnen Ländern ſpielen bei der ſozialiſtiſchen Betrachtungsweiſe eine große Rolle. Solche Ideengänge, ſo einſeitig ſie ſind, haben trotzdem ein Gutes, ihr Nachdenken führt uns dazu, uns über gewiſſe Zuſammenhänge der großen auswärtigen Politik mit der inneren Politik in manchen Ländern — beſonders in Rußland iſt das nützlich — Rechenſchaft zu geben. Das haben wir bisher zu wenig getan. Dabei müſſen wir uns hüten, durch allzu große Generaliſierungen den Fehler der ſozialiſtiſchen Gedankengänge nachzuahmen. Zu der hier geſtreiften Frage haben ruſſiſche Sozialiſten wertvolle Beiträge geliefert, auf die ich ſpäter zu ſprechen komme.

Wir erinnern uns, daß die Kriſis, die dem Kriege vorherging, in eine Zeit fiel, die für zwei Länder nicht leicht war. England hatte ſchwere Verfaſſungskämpfe hinter ſich, die Home Rule-Frage ſpaltete das Land in zwei Lager, die ſich immer feindlicher gegenüberſtanden. Der König hatte vergeblich den Konflikt beizulegen verſucht. In Irland hatten ſich die Gegner bewaffnet, ein Bürgerkrieg ſchien bevorzuſtehen.

In Rußland war das Ministerium Kokowtzoff von Goremykin abgelöst, der im Sinne der reaktionären einflußreichen Hofclique, die den Zaren umgab, die Zügel straffer anziehen sollte, die nach ihrer Ansicht Kokowtzoff zu sehr am Boden hatte schleifen lassen. Man ahnte in einem Teil des russischen Volkes, was dieses Ministerium für Rußland bedeuten würde, und selten ist ein Staatsmann so ablehnend und kalt von einem Parlament empfangen worden wie Goremykin bei seinem Amtsantritt; besonders von den Sozialisten und den extremen Linken, die die Polizeiregierung der Rechtsparteien nur zu gut kannten. Zusammenstöße konnten nicht ausbleiben. Die in Rußland ganz revolutionär orientierte Arbeiterschaft benutzte die Anwesenheit von Poincaré und Viviani in Petersburg zu großen Streiks — den ersten bedeutenden politischen Streiks nach der Revolution. Es floß Blut auf den Straßen der Hauptstadt und Poincaré konnte die Schüsse hören, mit denen die Gegner der Regierungspolitik zu Boden geknallt wurden.

Man hat nach dem Kriegsausbruch in den russischen Zeitungen vom Schlage der Nowoje Wremja das Gerücht verbreitet, die deutsche Regierung hätte hinter diesen Vorgängen gestanden, man hat unserem Botschafter eine Art Verschwörertätigkeit angedichtet, die er die ganze Zeit seiner Anwesenheit in Rußland mit ungeheuren Geldsummen betrieben haben soll. Solche plumpe Verleumdungen, die durch nichts bewiesen worden sind, zeugen nur davon, daß man selbst in dieser Beziehung sich einer Schuld bewußt war, die man durch Angriffe auf andere verdecken wollte.

Genau so bei den englischen Wirren. Man hat zwar nicht behauptet, daß etwa der Fürst Lichnowsky die irische Bewegung hervorgerufen oder begünstigt hätte, weil das der deutschen Politik in dieser natürlich von Deutschland arrangierten Weltkrise nützlich war — ganz so plump wie die Russen sind die englischen Politiker nicht —, aber man hat gesagt, Deutschland habe die schwierige innere Situation Englands ausnutzen wollen, um in dem internationalen Konflikte fest aufzutreten.

Es gibt im neutralen und namentlich in dem Deutschland nicht wohlgesinnten Publikum gewisser Länder viele Leute, die solche Märchen glauben — in England ist diese Mär zum Allgemeingut des Volkes geworden. Die Leute halten uns für dümmer als wir wirklich sind, und andererseits — das müssen wir als mildernden Umstand hinzufügen — ist das englische Publikum in Wahrheit durchschnittlich dümmer als wir es glauben. Selbst die geistig am höchsten stehenden Leute in England — auch solche, denen Deutschland und deutsches Denken gut bekannt sind, wenden heute dieselben Phrasen an, bedienen sich bei der Einschätzung des Weltkonflikts derselben Schlagwörter, die die englische Presse zurechtmacht. Die Leiter dieser Presse und die englische Regierung allein besitzen die Fähigkeit, das englische Publikum richtig einzuschätzen.

Hat nicht die Geschichte aller Zeiten und Völker bewiesen, daß ein Volk, das innere Fehden und Kämpfe durchzumachen hat, durch nichts fester aneinander

gekettet wird als durch einen Sturm von außen, und sollte das nicht der jüngste Attaché in unserem diplomatischen Dienste gewußt haben? Hat nicht unsere eigene Geschichte uns gezeigt, daß der den Deutschen angeborene Stammeshader in den großen Kämpfen verschwunden ist, die wir zur Befreiung unseres Landes von äußerem Drucke führen mußten? Nur ein Engländer, der die Geschichte des Kontinents von dem Gesichtspunkte des Zerfleischens der Festlandsmächte zum Vorteil Großbritanniens betrachtet und dem das divide et impera die Maxime aller Politik ist, konnte auf den absurden Gedanken kommen, daß wir durch einen Krieg die momentane innere Zwietracht Englands oder Rußlands hätten ausnutzen wollen. Umgekehrt aber ist das Rezept schon öfter in der Geschichte ausprobiert worden, nämlich Kriegführung nach außen, um innere Gegensätze, die man auf andere Weise nicht mehr verhindern kann, auszugleichen. Wenn man eine nach außen wirksame nationale Parole hervorsuchen kann, so besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß auch der größte innere nationale Gegensatz zurücktritt oder verschwindet. So sind die Kriege, die Napoleon III. geführt hat, zum großen Teile mit zu erklären aus den innerpolitischen Situationen in Frankreich, die den Kaiser nötigten, wenn nicht die Dynastie bedroht werden sollte, einen Ausweg nach außen zu suchen*).

England hätte die Fabel von der Absicht Deutschlands, die Ulsterbewegung auszunutzen, niemals erfunden, wenn es nicht die Aufmerksamkeit der Welt ablenken wollte von einem der Nebenmotive, die das englische Kabinett mit zum Kriege veranlaßten. Denn — wir dürfen es annehmen — die Unmöglichkeit, diese Krise anders als durch einen Bürgerkrieg zu enden, war ein wichtiger Grund, der sowohl das am Ruder befindliche englische Kabinett als die Führer der Opposition die Möglichkeit, ja die Erwünschtheit des Krieges leichter ins Auge fassen ließ, als sie das getan hätten, wenn in England alles in Ordnung gewesen wäre. Mehr will ich bezüglich Englands nicht behaupten.

Ich wollte aber von Rußland sprechen. Hier lag die Situation erheblich anders. Das Jahr 1905 hatte die russische Revolution gebracht. Das Oktobermanifest war dem Zaren vom Volke abgetrotzt worden. Die Verfassung folgte. Nur schwer hatten sich der Zar und die ihn umgebende Clique dazu entschlossen, dem Volke entgegenzukommen. Das Oktobermanifest blieb jedoch ein „Fetzen Papier" und Rußland eine Scheinmonarchie, in der nach wie vor der absolute Zar sich nicht einmal dem Namen nach von dem ererbten Selbstherrschertum trennen wollte, in dem die herrschende und immer gewinnsüchtige Bürokratie und Adelsclique nur ein Bestreben kannten, ihre eigene Macht möglichst wieder zu befestigen und auszubauen. Die Kontrerevolution, das Stolypinsche Wahlgesetz und die Stolypinsche Ära folgten auf die Revolution. Schrittweise

*) Vergl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 1, S. 63, „es ist ja ein namentlich in der französischen Politik gebräuchliches Mittel, innere Schwierigkeiten durch Kriege zu überwinden".

wurde eine Politik verwirklicht, die die Erfolge des Jahres 1905 wieder rückgängig machte. Ihre Wirkung war in der inneren Politik steigende Entfremdung von Regierung und Volk und der Wunsch im Volke, diese verhängnisvolle Entwickelung zu hemmen. Keime zu einer zweiten Revolution mußten durch eine solche Politik gelegt werden, die eine vollkommen innere Beruhigung des Landes — eine Entwickelung nach Analogie des Preußens nach der 48er Revolution — unmöglich machte. Das Land, dem jedes Ideal genommen wurde, ging durch eine Periode hindurch, für deren Gefühlsleben der Artzibaschew'sche Roman Sanin bezeichnend ist, ein Ekel der Gemüter vor dem politischen Treiben hatte die Besten des Landes erfaßt — unten aber gärte und brodelte es langsam weiter. In der Duma sahen wir in allen Fragen der inneren Politik einen ständigen Kampf der Regierung mit dem Volke, das vergeblich versuchte, sich dem Streben seines Herrschers, der auf eine immer größere Entrechtung des Landes hinauswollte, zu widersetzen.

Es war klar, daß die russische Regierung einen solchen Kampf mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg nur dann führen konnte, wenn sie ein Ventil öffnete, das die Aufmerksamkeit des Volkes in eine andere Richtung lenkte, und wenn es ihr gelang, die russische Gesellschaft von den brennendsten inneren Fragen durch Fesselung an andere große Probleme wegzuorientieren. Stolypin der in seiner Art ein Mann von großen Gesichtspunkten war, erkannte diese Notwendigkeit genau. Er wollte an Stelle der Revolution die „Evolution" von innen setzen, wie es der russische Sozialist Martow, dessen Gedankengängen*) ich hier teilweise folge, genannt hat. Zunächst mußten die Bauern, wenn es irgendwie ging, durch eine Agrarreform den revolutionären Bestrebungen entfremdet werden, denn die Haltung der Bauern hatte noch bei der letzten Revolution eine große Rolle gespielt, und nicht umsonst war es das Ideal der alten Narodniki gewesen, ihre Ideen vor allem auf den Bauern zu übertragen, ins Volk zu gehen. Die revolutionäre Arbeit des russischen Volksschullehrers und Studenten sollte durch die Agrarreform von innen heraus unwirksam gemacht werden. Ich will natürlich nicht behaupten, daß diese Gedankengänge allein den Anstoß zu der großen Stolypin'schen Reform gaben — Stolypin wollte auch die Wirtschaft des russischen Bauern verbessern und das ganze Land dadurch auf einen gesunden wirtschaftlichen Boden stellen —, ich nehme aber wohl an, daß dieser Beweggrund der wichtigste für die Stolypin'sche Politik gewesen ist.

Es genügte aber nicht, wenn der Bauer gewonnen wurde, auch für die Intelligenz mußte ein Ziel gefunden werden, das sie von dem Elend der inneren Politik, vom Gedanken an eine zweite Revolution wegführte und ihre Wege auf irgend eine Weise mit den Interessen der Regierung verknüpfte.

*) Martow, Der Krieg und das russische Proletariat in Nr. 1 der „Internationale im Kriege".

Das geschah durch „Ausgabe der neuen Losung eines größeren Rußland", durch Inaugurierung der nationalistischen Politik im Innern (der Verfolgung der sogenannten Fremdvölker wie Finnen, Deutsche usw.) und der imperalistischen Politik nach außen. Man hat es in Rußland stets beobachten können, daß in einer Beziehung dem Volke größere Rede- und Debattierfreiheit zugestanden wurde, als dies sogar in den westlichen Ländern der Fall zu sein pflegt — nämlich auf dem Gebiete der äußeren Politik, mit deren Problemen die russische Publizistik sich von jeher immer eifrig beschäftigt hat. Das Motiv dafür war der alte Wunsch der russischen Regierung, eine Ablenkung der russischen Gesellschaft von den innerpolitischen Tagesfragen herbeizuführen. Ganz in derselben Richtung ging Stolypin. Er hat auch hier in großem Stile gearbeitet. Eine große Interessengemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Regierung sollte geschaffen werden. Die nationalistische Politik, die imperalistische nach außen sollte das Banner sein, um das sich Intelligenz und Regierung gemeinsam scharen konnten. Die Partei der Nationalisten in der Duma wurde die eigentliche Stütze der Regierung, ein Mann wie Graf Bobrinsky, der Befreier Galiziens und spätere Statthalter der Russen in Lemberg, wurde einer der populärsten Männer in Rußland. Eine rührige auswärtige Politik, die ganz von allslawischen Ideen beseelt war, setzte ein. Der russische Rubel arbeitete in den österreichischen Landen, in Böhmen, in Galizien, in Kroatien. Serbien sollte der Hebel werden, von wo aus Österreich zertrümmert und die allslavische Politik Rußlands ihren Zielen nähergebracht werden sollte. Es folgte eine ganz bewußte Abkehr von Problemen des fernen Ostens: Zargrad, die Meerengen als das Ausfallstor für Rußland, als der Schlüssel zur Beherrschung der slavischen Länder am Balkan, wurden das Stichwort, auf das die russische Gesellschaft abgerichtet wurde, die russische äußere Politik eingestellt war.

Diese zu Gunsten einer populären nationalistischen Politik verfolgte bewußte Abkehr vom Osten und Zuwendung gegen den Westen, die bis zum Extrem durchgeführt früher oder später einmal zu einem Zusammenstoß mit den westlichen Mittelmächten führen mußte, wurde von England gewünscht und begünstigt, das zur nötigen Zeit, wie Fürst G. Trubetzkoi in seinem bekannten Buche „Rußland als Großmacht" feststellt, „den dazu notwendigen Druck auf Japan während der Friedensverhandlungen ausübte". Von diesem Moment an wurde die nationalistische Politik Rußlands auch für uns direkt gefährlich. Die Annäherung Rußland-England war die zweite große Etappe auf dem Wege der Verwirklichung der Stolypinschen weitausschauenden Gedanken, sie war aber auch zugleich der verhängnisvolle Wendepunkt, denn von dem Moment ab hatte Rußland nicht mehr die Frage über Krieg oder Frieden ganz allein fest in der Hand.

Die dritte Etappe, die Stolypins Nachfolger als sein wohl ungewolltes Vermächtnis übernahm, war der Krieg mit Deutschland und Österreich-Ungarn.

Doch zurück zum Beginn dieser Entwickelung. Die russische Bourgeoisie, die sogenannte Gesellschaft, hatte diese neuen politischen Ideale schnell in sich aufgesogen, dürstete sie doch danach, überhaupt ein Ideal irgend einer Art, sei es auch was es sei, zu haben. Das allslavische Ideal aber, das von der Regierung geschickt zurechtgemacht dem Volke serviert wurde, kam so vielen alten historischen und religiösen Überlieferungen des Volkes entgegen, daß es nicht schwer war, die Ideengänge populär zu machen. Ein Mann wie Mitrofanow ist ein typisches Beispiel für die Reflexwirkung jener großen Gesichtspunkte der Stolypinschen politischen Gedankengänge auf die Massen.

Ich zitiere Martow: „In einer Zeit als die dritte und vierte Duma von der ununterbrochenen Gegensätzlichkeit der grundlegenden Interessen des adligen und bürgerlichen Rußlands auf allen Gebieten der inneren Politik, von der Unmöglichkeit ihrer Verschmelzung auf dem Boden der Konterrevolution vom 3. Juni Zeugnis ablegten, zeigten die jährlichen Debatten über die äußere Politik und die Landesverteidigung die gegenseitige Annäherung der alten Stände und der bürgerlichen Gesellschaft in der Verfolgung imperialistischer Aufgaben nach außen. Auf diesem Gebiete, dem Gebiete der Landesverteidigung und der äußeren Politik stellten die Monarchie und der Adel der Kritik und den Wünschen der bürgerlichen Gesellschaft möglichst wenig Hindernisse entgegen, wie auch die Bourgeoisie ihrerseits mit der größten Bereitwilligkeit das materielle und formelle Handeln der Monarchie, der Bürokratie und des Adels hier möglichst unangerührt ließ. Die alljährlich zutage tretende „nationale Einigkeit" in den Fragen der Entwicklung „der äußeren Macht" erschien zu gleicher Zeit als die Methode bewußter politischer Erziehung der breiten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Massen zum Zwecke ihrer Unterordnung unter die Interessen des Imperialismus. Diese Massen, die vor 1905 die Überlieferung der Gleichgültigkeit und des heimlichen Mißtrauens gegen die kriegerische und auswärtige Politik des Zarismus in sich genährt hatten, wurden jetzt systematisch darauf vorbereitet, im kritischen Moment die „nationalen" Interessen mit dieser Politik zu identifizieren. So wurde jene öffentliche Meinung fabriziert, die einer kriegerischen auswärtigen Politik günstig gegenüberstand, und auf die der russische Imperalismus sich in dem Falle stützen konnte, wenn jene Politik sich gezwungen sah, oder es für nützlich hielt, das Schwert aus der Scheide zu ziehen".

Wie die kommende russische Revolution im Jahre 1904/5 zu einer Beschleunigung des mandschurischen Abenteuers geführt hatte, so diente auch jetzt die Tatsache der früheren Revolution und die Furcht vor einer neuen dazu, wie Martow hervorhebt, „das Tempo der imperialistischen Weltpolitik nach außen zu beschleunigen". „In der Mongolei und in der Mandschurei, in Turkestan und im nördlichen Persien, in Armenien und Mazedonien, in Albanien, Galizien und dem ugrischen Rußland konnte der Zarismus seine aktive Politik erneuern, indem er sich nicht nur auf die Unterstützung des englischen

und französischen Kapitalismus, sondern auch auf die Sympathie breiter Kreise der besitzenden Klassen Rußlands selbst stützte. Nicht nur die Bobrinsky und Savenko, die Krupenski und Schulgin, sondern auch die Gutschkow und Dmowski, Struve und Schingariow, Brjantschaninow und Rjabuschinsky, Miljukow und Tschelnokow standen hinter der russischen Diplomatie bei ihren Intrigen, Schachzügen, Manövern und Gegenmanövern, die seit dem Jahre 1908 nicht aufhörten, den Frieden Europas täglich zu bedrohen".

Martow betont, daß diese Politik Stolypins und seiner Nachfolger in ihrer Rückwirkung auf die innere Politik dann von vollem Erfolg hätte gekrönt werden können, wenn „die Geschichte genügend Zeit" gegeben hätte. Das sei aber nicht der Fall gewesen, der Krieg habe die Politik noch im allzugroßen Werden betroffen, die innere Konsolidierung des Landes sei noch nicht weit genug gewesen, als daß jene Ziele der Evolution, des Zusammenschmelzens der Interessen von Gesellschaft und Regierung ganz erfüllt gewesen wären. Für die Ziele der russischen Sozialisten sei das günstig. Der Kampf, den Stolypin beabsichtigte unmöglich zu machen, könne jetzt wieder aufgenommen werden.

Es ist im Grunde genommen derselbe große Denkfehler, den die Russen im japanischen Kriege begangen haben. Sie denken ihre Gedanken nicht zu Ende, und sie sind schlecht informiert.

Stolypin dachte gewiß auch nicht den Gedanken seiner nationalistisch-imperalistischen Politik so weit, daß er den Krieg mit Deutschland und Österreich-Ungarn und die vollständige Verstrickung des Landes in die englische Politik vorhergesehen oder gar gewollt hätte. Das war aber eben sein Fehler und dafür müssen seine Nachfolger jetzt büßen. Er trieb den Teufel durch Beelzebub aus. Er selbst besaß vielleicht die harte Faust, im gegebenen Moment die Appetite jener einflußreichen panslavistischen Kreise, die ihre Führer in gewissen großfürstlichen Familien selber hatten, zu zügeln. Wer stand ihm aber dafür, daß seine Nachfolger dies vermochten? Und dann, hatte er und hatten seine Nachfolger den richtigen Begriff von der militärischen und moralischen Kraft Deutschlands und dachten sie den Gedanken weiter, was mit der inneren Politik Rußlands geschehen würde, wenn der Krieg nicht so endete, wie man es wünschte? Das „schapkami sakidajem" (wir werden sie mit unseren Mützen zudecken), das zu Beginn des japanischen Krieges ertönte, wiederholte sich auch diesmal in den russischen Gedankengängen, die in Sicherheit gewiegt waren durch die Aussicht auf die Hilfe des französischen Bundesgenossen und durch die ermutigende Haltung, die England einnahm.

Der durch seine Rücksichtslosigkeit im Handeln und durch seinen Einfluß bei Hofe bekannte jetzt verstorbene Führer der russischen Konservativen, Peter Durnowo, hatte im November 1913, als wieder einmal in der inneren russischen Politik Schwierigkeiten und Gegensätze zwischen Regierung und Duma sich

türmten, eine Unterredung mit einem deutschen Staatsmanne über dieses Thema. Durnowo, der eine unbegrenzte Verachtung für die Duma hatte, trotzdem aber nach Art der russischen Konversativen von ihrer Gefährlichkeit überzeugt war, sprach damals das gewissenlose Wort aus: „wir werden die Duma nicht anders tot kriegen als durch einen Krieg". Als ihm darauf der deutsche Staatsmann erwiderte: „er denke natürlich nur an einen siegreichen Krieg. Wie aber, wenn dieser Krieg für Rußland mit einer Niederlage enden würde?", entgegnete Durnowo stolz: „daran denke niemand in Rußland, jeder glaube nur an einen Sieg. Aber wenn es auch in einem Kriege Rückschläge geben werde Rußland bleibe doch immer Rußland".

In dieser Unterredung, die für die gewissenlose Denkweise der führenden russischen Politiker bezeichnend ist wie keine andere, haben wir den Kern der Anschauung der herrschenden russischen Schicht über einen Krieg. Um die Duma totzukriegen, ist es unter Umständen gleichgültig, Millionen von Leben zu opfern. Das sind Erwägungen zweiten Grades. Die großen Maximen und Ziele der inneren Politik zuerst, alles andere ist sekundär.

Je mehr wir uns in solche Anschauungen vertiefen, um so klarer wird uns die ganze Lächerlichkeit jener politischen Gruppen, wie Struve, Miljukow und Mitrofanow, der für uns Deutsche die Gedankenzusammenhänge jener Reflexpolitiker so deutlich zusammengefaßt hat.

Sie glaubten zu schieben und sie wurden geschoben.

Die panslavistische Idee zusammen mit dem Popanz von der Gefahr der deutschen Reaktion, das war das ihnen vorgehaltene rote Tuch, das ihnen den freien Blick blendete. Sie kämpften für die „Freiheit" — und unterstützten einen Durnowo. Das Tragische und das Lächerliche liegen nahe beieinander.

Friedrich von Gagern, ein Prophet des Weltkrieges

Von Professor Dr. Adolf Hasenclever

Unter den Denkschriften, welche Heinrich von Gagern aus dem Nachlasse seines Bruders, des im Jahre 1848 während des badischen Aufstandes gefallenen niederländischen Generals Friedrich von Gagern im Jahre 1856 veröffentlicht hat, befindet sich ein höchst interessanter Aufsatz, welcher verdient, gerade in unseren Tagen der Vergessenheit entrissen zu werden, da die Voraussage seines Verfassers in wesentlichen Punkten furchtbarste Wirklichkeit geworden ist.

Die Denkschrift trägt den Titel: „Der Krieg Deutschlands gegen Rußland und Frankreich zugleich“*), sie ist entstanden zu Ende des Jahres 1842, wie Friedrich von Gagern selbst an seinen Bruder Heinrich aus Harlem, wo er damals als Brigadekommandeur in niederländischen Diensten lebte, am 30. Dezember 1842 schreibt**): „In Erwägung künftiger Dinge, die vielleicht lange nicht, aber gewiß einmal kommen, habe ich diesen Winter hier Armeen aufgestellt und Operationsplane gemacht für den Fall eines Kriegs zwischen Österreich, Preußen und dem Deutschen Bund einerseits, und andererseits Rußland und Frankreich. Da der erste große Europäische Krieg wahrscheinlich in dieser Gestalt erscheinen wird, wenn wir es auch nicht erleben, so hat mich die Aufgabe interessirt. Ich werde das Opus mitbringen.“

Erst im Jahre 1856, bald nach der Beendigung des Krimkrieges, ist der Aufsatz veröffentlicht worden, und wenn Gagerns Weissagung auch nicht eingetroffen ist, daß dem ersten großen europäischen Kriege die von ihm angedeutete politische Konstellation zugrunde liegen werde, wenn auch nach Heinrich von Gagerns Urteil die in der Denkschrift „entwickelten strategischen Ansichten kontrovers“ sind***), das Besondere, das für die damalige Zeit ganz Neue behält doch seine dauernde Bedeutung: der Bund zwischen Frankreich und Rußland zur Niederringung der beiden deutschen Großmächte, sowie die daraus sich ergebende „notwendige Übereinstimmung der politischen und militärischen Aktion Österreichs und Preußens“. Hier tritt uns ein Weitblick und zugleich eine

*) Heinrich von Gagern: „Das Leben des Generals Friedrich von Gagern.“ Bd. III. Literarischer Nachlaß. (Verlag von C. F. Winter, Leipzig u. Heidelberg 1856.) S. 548—582.

**) Heinrich von Gagern a. a. O. Bd. II. (1857) S. 379.

***) Heinrich von Gagern a. a. O. Bd. II. S. 394.

Unbefangenheit in der Beurteilung politischer Fragen entgegen oder, wie der Verfasser seinen Standpunkt kennzeichnet, die Betonung „eines Systems natürlicher Alliancen nach gemeinschaftlichen Interessen", wie wir sie in der damaligen Zeit, zumal bei deutschen Politikern und Publizisten, mit all' ihren legitimistischen Vorurteilen und Bedenken nur äußerst selten finden: dieser deutsche Patriot in niederländischen Diensten hatte sich jegliche Sentimentalität bei der Behandlung politischer Fragen längst abgewöhnt. Nichts ist lehrreicher in dieser Beziehung als der ebenfalls aus Gagerns Nachlaß veröffentlichte „Brief eines kleinstaatlichen Diplomaten an — seines Gleichen"*), in dem mit einem wunderbaren, fast abstoßenden, nur durch köstlichen Humor immer wieder versöhnenden Zynismus und mit vollendeter Menschenverachtung das Erbärmliche und Lächerliche damaligen kleinstaatlichen Diplomatenhandwerks unübertrefflich, freilich erbarmungslos gegeißelt wird.

Nicht so sehr die allgemeine politische Lage im Jahre 1842, welche zu besonderer Aufregung keinen Anlaß bot, als persönliche Eindrücke während eines mehrmonatlichen Aufenthaltes am Petersburger Hofe als Begleiter des Prinzen Alexander von Oranien im Jahre 1839**) sind in erster Linie bestimmend gewesen für Gagerns politische Urteilsbildung. Er hatte dort die Überzeugung gewonnen, daß das Autokratentum des Zaren Nikolaus des Ersten innerhalb seines eigenen Landes seine scharf gezogenen Grenzen habe; daß besonders in der russischen Armee wegen der Soldatenspielerei des Kaisers mit den „ewigen Paraden und Manoevres". welche bei den Offizieren nur Klagen oder mitleidvolles Lächeln auslösten, große Unzufriedenheit herrsche; da es ihm nicht ausgeschlossen schien, daß die Militärpartei eines Tages auf die auswärtige Politik Rußlands ausschlaggebenden Einfluß gewinnen werde, so lag es nahe, dem Probleme des zukünftigen Weltkrieges nachzudenken; nimmt man noch hinzu, daß sich in Gagern während seines russischen Aufenthaltes die Überzeugung immer mehr bestärkte, daß die russische Gesellschaft bis in recht hohe Kreise hinauf, ungeachtet des am Hofe noch vorwaltenden deutschen Einflusses, sich mit immer stärkerem Haß gegen die Deutschen und ihre Vetternwirtschaft erfüllte, so lag die Schlußfolgerung nahe, daß ein Zusammengehen mit Frankreich, dem doch nur die überspannte legitimistische Abneigung des Zaren gegen den Bürgerkönig Ludwig Philipp im Wege stand, nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liege; wissen wir doch auch aus anderen zeitgenössischen Quellen, z. B. aus Briefen der Gemahlin des damaligen Reichskanzlers Grafen Nesselrode, daß in gewissen liberal angehauchten Kreisen der russischen Gesellschaft mit den Gedanken eines französischen Bündnisses stark geliebäugelt wurde.

Gagerns Denkschrift beschäftigt sich in ihrem größten Teile mit den militärischen Problemen des, wie er richtig voraussieht, auf die Dauer, wenn

*) Heinrich von Gagern a. a. O. Bd. III. S. 324—336.

**) Friedrich von Gagerns Tagebuch über diese Reise ist abgedruckt bei Heinrich von Gagern a. a. O. Bd. III. S. 337—505: „Journal meiner Reise nach Rußland."

auch auf eine recht lange Dauer, unvermeidlichen Weltkrieges. Viele interessante und überraschende Parallelen zu den gewaltigen Ereignissen unserer Tage treten uns entgegen: das Schwergewicht des Kampfes gegen Rußland soll Österreich, gegen Frankreich Preußen zufallen, allein schon deshalb, um einer nur zu leicht auftauchenden Rivalität zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Bundesgenossen vorzubeugen. „Alles, die geographische Lage, die Familienverhältnisse, die Eigenschaften der Heere, scheinen diese Anordnung zu empfehlen. Doch", so fährt er fort, „ist es angemessen und politisch, daß bei dem Österreichischen Heere Preußische Armeekorps, bei dem Preußischen Heere Österreichische Armeekorps als Bestandteile zugeteilt seien."

In ausführlichster Weise entwirft er sodann den Kriegsverlauf im Osten und im Westen, so wie er ihn sich im Geiste an seinem Schreibtische ausmalt: alle Möglichkeiten werden erwogen, der Erfolg und der Mißerfolg, Sieg und Niederlage, die Maßnahmen, welche die Heerführer für sich, für die ihnen unterstehenden Heeresteile, oder die Armeeleitung im ganzen in jedem einzelnen Falle zu treffen haben; aber so interessant diese Erörterungen sind, so sehr man sich gedrängt fühlt, Vergleiche mit den Ereignissen des Jahres 1870 und besonders mit den wirklichen gewaltigen Erfolgen unserer Feldgrauen in unseren Tagen anzustellen, ich möchte doch auf diese Fragen nicht eingehen, da es sich nur um Möglichkeiten handelt, welche in ihrer Verwirklichung bei den heutigen durchaus geänderten Verhältnissen nicht mehr zutreffen.

Ebenso versage ich mir, die von Gagern berechneten Stärkeverhältnisse der einzelnen Bündnissysteme, seine Urteile über ihren inneren Wert, über ihre Schlagfertigkeit und Kampffähigkeit zu wiederholen oder zu kritisieren; soviel nur sei erwähnt, daß der Eindruck vorherrscht, daß Gagern auf das österreichische und preußische Heer kein zu großes Vertrauen setzt, da beide seit achtundzwanzig Jahren keinen Krieg mehr geführt hätten, da seine im Kampf erprobten Heerführer tot seien, und da der Nachwuchs nicht nur in den höheren Chargen, sondern auch in den unteren Stellungen zu alt sei. „Alle, welche nach ihrem jetzigen Range höhere Befehlshaberstellen ansprechen können, sind sehr bejahrte Leute oder unerfahrene Prinzen."

Nur noch auf eine Bemerkung aus diesem Teil von Gagerns Erörterungen möchte ich kurz hinweisen, da ihre Richtigkeit durch die praktischen Erfahrungen des jetzigen Weltkrieges unzweifelhaft erhärtet wurde, die Frage des Offiziersatzes im Kriege. Grundsätzlich huldigt er der in Preußen bestehenden Einrichtung, daß Unteroffiziere „im Frieden keine Aussicht auf weitere Beförderung haben". „Daß dem so sei, ist eine Folge unseres geselligen Zustandes; es läßt sich nicht wohl ändern, aber außer Acht lassen dürfen wir nicht, daß in Frankreich und Rußland den Unteroffizieren andere Aussichten geöffnet sind, und es ist unerläßlich, den Unteroffizieren unserer Heere im Kriege einen großen Anteil an den Beförderungen zum Offizier zuzugestehen".

So interessant diese Beobachtungen auch sein mögen, so liegt das dauernd

Wertvolle dieser bedeutenden Denkschrift Gagerns doch in den rein politischen Bemerkungen sowie in den Schlußfolgerungen, allerdings oft nur recht bedingter Natur, welche man aus ihnen auf unsere Zeit ziehen kann.

Das entscheidende Ereignis, an welchem sich nach des Verfassers Meinung voraussichtlich der Weltkrieg entzünden wird, ist das durch die Schwäche der Türkei bedingte Ringen Österreichs und Rußlands um den vorwiegenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel; das am letzten Ende ausschlaggebende Moment wird die Kriegslust der russischen Offiziere, die Unzufriedenheit des russischen Volkes mit seinen heimischen bäuerlichen Verhältnissen bilden: „eine Menge junger ehrgeiziger Generale sehnt sich nach dem Kriege; der russische Soldat selbst hat es besser im Krieg als in seiner armseligen Heimat". Das Ziel des Kampfes für das Moskowitertum ist Konstantinopel: „Rußland, gewöhnt, Konstantinopel als den Schlüssel seines Reiches anzusehen und dort durch seine Heere und Flotte einen überwiegenden Einfluß geltend zu machen, wird in kein Teilungsprojekt willigen, wobei ihm nicht Konstantinopel — der Anteil des Löwen — zugesichert wird". Auch eine friedliche Lösung der orientalischen Frage, natürlich auf Kosten des osmanischen Reiches, wird gestreift, und dabei erlebt der alte Plan der Kaiserin Katharina II., die Gründung eines neu-griechischen Reiches unter russischer Sekundogenitur, wieder eine kurze Auferstehung; doch da Österreich in die Verwirklichung solcher Pläne nur einwilligen kann, wenn ihm der Besitz von Moldau, Walachei, Bosnien und Serbien, mithin die Beherrschung des ganzen Donaugebietes, zugestanden wird, so wird der Gedanke, kaum daß er ausgesprochen ist, wieder fallen gelassen. „Wahrscheinlicher ist es, daß die Waffen entscheiden".

Interessant und zu mancherlei Vergleichen mit den heutigen Verhältnissen anregend ist die Rolle, welche den übrigen europäischen Mächten in dem großen Weltkriege zugewiesen wird.

England gilt, trotzdem diese wichtige Tatsache in dem Titel der Denkschrift nicht vermerkt ist, als Bundesgenosse der Zentralmächte, freilich als ein Bundesgenosse von recht zweifelhaftem Wert.

Mit Frankreich lag es in Fehde wegen des Streites um den überwiegenden Einfluß in Spanien, wie überhaupt im ganzen Mittelmeergebiet; mit Rußland bestand der Gegensatz im nahen Orient wie in Zentralasien, die, wie wir heute wissen, übertriebene Sorge eines Vormarsches gegen Indien, während das Inselreich mit Österreich durch alte politische Überlieferungen, mit Preußen durch kriegerische Erinnerungen sich verbunden fühlen durfte, ihre gegenseitigen guten Beziehungen noch nicht durch Handelsneid gestört waren.

Allerdings die England von Gagern zugedachte Rolle in dem großen Weltkampf war recht bescheidener Natur: schon bei der „Schätzung der Kräfte nach Population" wird statt der tatsächlich vorhandenen 26 Millionen Einwohner Englands „wegen seiner insularen Lage" nur die Hälfte, 13 Millionen, in Anschlag gebracht; und während Preußen mit seinen damals 15 Millionen

Einwohnern alles in allem 569 000 Mann bei Anspannung aller Kräfte aufbringen kann, wird England mit seiner fast doppelt so starken Einwohnerzahl ein Kontignent von 30 000 Mann auferlegt; „wir zählen aber nicht auf ihr Erscheinen", fügt der Verfasser in richtiger Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse hinzu.

So überträgt er denn dem Bundesgenossen England eine mehr mittelbare Mitwirkung; wohl wird einmal ganz kurz die Möglichkeit der Entsendung eines Landungskorps nach Holland gestreift, um dadurch die Franzosen zu nötigen, in Belgien bedeutende Kräfte zu verwenden; aber das Schwergewicht der englischen Hilfe liegt doch in der Tätigkeit der Flotte: gegen Frankreich durch Bedrohung der französischen Küsten und Häfen, um dadurch stärkere Besatzungstruppen festzulegen und sie von der eigentlichen Front fernzuhalten; durch Störung der Verbindung mit Algier, um diese Kolonie zu bedrohen, auf jeden Fall aber um das Eingreifen der dort stationierten bewaffneten Macht von 50 000 Mann am Eingreifen in den Kontinentalkrieg zu hindern. Rußland hingegen müsse im Baltischen und im Schwarzen Meere belästigt werden: durch Waffenlieferungen an die aufständischen Polen von der See her; durch Unterstützung der Türken*) — welche mithin als Bundesgenossen der Zentralmächte gedacht sind — bei Landungsversuchen an den Donaumündungen.

Als selbstverständlich wird von Gagern angenommen, daß in Belgien, trotz seiner Neutralitätserklärung durch die Mächte, „Frankreich und der revolutionäre Ursprung das Übergewicht behaupten" werden; aber eine besondere Bedeutung wird dieser natürlich durch französische Truppen verstärkten belgischen Armee mit dem Hauptquartier in Lüttich nicht beigelegt: in ihrem Vordringen gehemmt durch die Flankenstellung der Armee Hollands, das — ganz abgesehen von seiner Stellung zum Deutschen Bunde — wegen Gefährdung seiner wichtigen Kolonien in Ostasien keine englandfeindliche Haltung einnehmen darf, genügt ein preußisches Korps von 30 000 Mann bei Köln, um dieser Gefahr die Spitze zu bieten; und selbst eine allgemeine deutsche Niederlage ist auf diesem Kriegsschauplatz weniger belangreich, da verschiedene Rückzugslinien offen stehen, die Gefahr einer Umzingelung mithin nicht droht. Noch war das Gebiet am Niederrhein mit seinen überreichen Naturschätzen nicht das deutsche Land „der unbegrenzten Möglichkeiten" geworden, noch wurde durch seinen auch nur vorübergehenden Verlust nicht unser gesamtes nationales Wirtschaftsleben in seinen tiefsten Wurzeln getroffen. Es konnte also die Frage der belgischen

*) Gagerns Beurteilung der Türkei ist widerspruchsvoll: während er ihre Mitwirkung hier als aktiven Machtfaktor einsetzt, hält er an einer anderen Stelle ihre Hilfsleistung für ausgeschlossen: „Die Türkei geht ihrer Auflösung so rasch entgegen, daß in diesem Kriege das türkische Heer kaum in Rechnung zu bringen sein wird", und in den Friedensbedingungen wird der Hohen Pforte im Falle des Sieges der ihr verbündeten Zentralmächte die Abtretung von Moldau und Walachei an Österreich ohne Entschädigung zugemutet.

Neutralität, ihr pro und contra, als rein akademische Doktorfrage in aller Seelenruhe fast ohne nationale Empfindlichkeit erörtert werden.

Als ob man politische Aufsätze aus unseren Tagen läse, muten mutatis mutandis Gagerns kurze, aber inhaltreiche Bemerkungen über die Haltung Schwedens und Italiens an. Bei Schweden hängt alles von dem Erfolg der verbündeten Waffen gegen Rußland ab; das unverkennbare Streben nach der Wiedergewinnung Finnlands wird es niemals bestimmen, Partei zu ergreifen, so lange es die russische Flotte noch zu fürchten hat. Und die Kennzeichnung der „italienischen" Politik — wenn man sich dieses Ausdrucks schon für die damalige Zeit bedienen darf — nimmt die Erlebnisse der römischen Mailage des Jahres 1915 und der Isonzokämpfe mit prophetischem Blick bereits vorweg. „Italien ist der Österreichischen Herrschaft abgeneigt; Französischer Einfluß wird wahrscheinlich das Übergewicht haben; die Sardinische Armee wird sich, infolge diplomatischer Unterhandlungen oder durch sogenannte Propaganda an die Französische anschließen; die anderen italienischen Kabinette, Neapel insbesondere, werden den Erfolg abwarten. Es ist demnach zu vermuten, daß Österreich, wenn es seine Heere auf dem entscheidenden Kriegsschauplatze gegen Rußland nicht allzu sehr schwächen will, in Italien bald in die Defensive zurückgeworfen sein werde."

Wenn wir von den bereits erwähnten, sich widersprechenden Bemerkungen über die Türkei und ihre Zukunft absehen, so ist der schwächste Punkt der ganzen Denkschrift der Abschnitt über den Frieden und seine Bedingungen. Man hat den Eindruck, als liege hier etwas Unfertiges, nicht Abgeschlossenes vor; oder richtiger wohl, dem Verfasser wird es, wie er auch andeutet, aus guten Gründen widerstrebt haben, für diesen Eventual-Krieg fest umrissene Kriegsziele aufzustellen.

Wer hier bei dieser knappen Formulierung der Friedensbedingungen im Fall eines unbestrittenen Sieges der Zentralmächte im Osten und im Westen zu Worte kommt, ist der Liberale und — gewissermaßen vorgreifend den Ereignissen von 1848 — der Vertreter der großdeutschen Idee. Das Nationalitätsprinzip muß gewahrt werden, deshalb soll Polen wieder erstehen in seinen Grenzen von 1772, „mit Ausschluß des größten Teils der Provinz Posen, die schon halb deutsch geworden ist." Da Österreich aus Rücksicht auf dieses Prinzip sich von Galizien trennen muß, soll es durch das von Frankreich abzutretende Elsaß und durch die — damals der Türkei noch gehörenden — Donauprovinzen Moldau und Walachei entschädigt werden. Das sind für den Fall des Sieges die Kriegsbedingungen: Polen ersteht wieder; der Kaiserstaat wird vergrößert, er wird recht eigentlich gegen Osten und Westen der Verteidiger der deutschen Nation — auf Kosten Preußens, das trotz seiner siegreichen Waffen, trotz seines Einsatzes an Macht gezwungen werden soll, nicht nur leer auszugehen und zuzusehen, wie sein Rivale in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus an Kraft gewinnt, sondern das sich auch dazu verstehen soll, eigene, dem Deutschtum in zäher

kolonisatorischer Arbeit wiedergewonnene Gebiete, das Erbteil seines großen Königs, dem Phantom des Nationalitätsprinzips zu opfern.

Man staunt zunächst, bei einem Manne wie Gagern derartige Gedanken vertreten zu sehen, aber die Ausführung dieses Vorschlages ist doch für ihn nur eine Etappe auf dem Wege zur Einigung Deutschlands, so wie er sie sich zurechtgelegt hatte*): Erhebung des Königs von Preußen zum Kaiser des Bundesstaates, zugleich aber Loslösung dieses Kaisers von seiner unmittelbaren preußischen Basis und Auflösung Preußens in eine Reihe ungefähr gleich großer Territorien. Wer so dachte, der konnte sich über Entschädigungsansprüche Preußens ruhig hinwegsetzen, ja ihre Vertretung hätte lediglich eine Gefährdung seines nationalen Programms bedeutet. Und in diesen Zusammenhang gehört sicher auch die Forderung in Gagerns Denkschrift, — sie ist gewissermaßen ein unverkennbarer Hinweis auf sein letztes Ziel —, daß „kein Souverän" sein Kontingent einseitig abberufen darf, daß solchen Befehlen nicht zu gehorchen ist; es ist die Aufgabe, solche Befehle einzelner Bundesfürsten ganz unmöglich zu machen:" von theoretischen Konstruktionen her unter willkürlicher Ausschaltung des Machtgedankens sollte hier die deutsche Einheit geschaffen werden.

Mit dem lapidaren Satz: „Sind die deutschen Heere geschlagen, ist man zu einem nachteiligen Frieden genötigt, dann wird der Feind schon selbst seine Bedingungen vorzuschreiben wissen", schließt die Denkschrift Gagerns: auch für uns heute noch eine nicht mißzuverstehende Mahnung, durchzuhalten bis ans Ende, koste es, was es wolle.

*) Vergl. Fr. Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat (München-Berlin 1908) S. 386 ff.

Das Niederländische im Sprachunterricht

Von Dr. H. Diekmann

Zu den gesicherten Ergebnissen des bisherigen Kriegsverlaufs gehört die Erkenntnis der Notwendigkeit einer weitsichtigen und großzügigen nationalen Sprachpolitik. Deutscher Geist und deutsche Interessen müssen auch in der fremdsprachlichen Schularbeit in stärkerem Maße wirksam sein als bisher. Wir litten an einer starken Überschätzung der sogenannten Weltsprachen, deren Monopolstellung wir in politischer Kurzsichtigkeit mit begründen halfen. Nicht wechselseitiges Verständnis, sondern einseitiges Opferbringen unsererseits bestimmte das Verhältnis zu den gegnerischen Sprachen. Was könnten die englischen und französischen Sprachwissenschaftler aufzeigen an Gegenwert für die von unseren Anglisten und Romanisten geleistete wissenschaftliche Durchforschung ihrer Sprachen! Noch stärker lastete der Druck der weltsprachlichen Voreingenommenheit auf unseren Sprachinstituten, Handelsschulen, Pensionaten und Übersetzern. Deutsch galt nicht als „internationale" Sprache, deshalb wurde es kaum bemerkt, daß unsere Gegner im Verkehr mit uns sich des Deutschen fast nie bedienten und diesem im gesellschaft-literarischen und geschäftlichen Leben eine Einflußzone nicht einräumten. Eine gewisse Einschränkung des englisch-französischen Sprachbetriebes erscheint daher durchaus berechtigt.

Drei Sprachgruppen scheinen bestimmt zu sein, bei der Neuverteilung des Interesses unseres lernbegierigen und sprachbegabten Volkes besonders bedacht zu werden: die islamitische, die kulturslawische und die kleinstaatlich-germanische. Innerhalb jeder Gruppe wird eine Sprache mit der Vorzugsstellung die Vermittlerrolle zum Verständnis der verwandten Idiome und Dialekte übernehmen müssen. Daß für die erstgenannten Gruppen voraussichtlich Türkisch und Polnisch in Betracht kommen, und die jetzt allerorten eingerichteten Schnellkurse zu dauernder Pflege an geeigneten Bildungsstätten führen werden, soll hier nur beiläufig angedeutet werden. Hinsichtlich der germanischen Kleinstaaten ist vorauszusehen, daß sich für Niederländisch wie für eine skandinavische Sprache (Schwedisch) Stimmen erheben werden. Für letztere sprechen die bekannten Gründe der Sympathie und Geschichte, daneben die zunehmende Bedeutung Schwedens und der Ostsee bei Erschließung der um diese sich gruppierenden

Länder, für Niederländisch sprechen am unmittelbarsten die belgische Frage und die Übereinstimmung mit dem Vlämischen, aber auch noch andere Gründe.

Bei der Vielheit der sich meldenden Ansprüche ist Maßhalten und planmäßiges Vorgehen geboten. Eine Grundvoraussetzung, um die Umwälzung in der Auswahl sprachlichen Lernstoffes glücklich durchzuführen, ist die Beherzigung des Satzes: Eines schickt sich nicht für alle. Schultechnisch sollte daher nicht zentralistisch, sondern föderalistisch verfahren werden. Das will sagen: bestimmte Landesteile haben mit Hilfe ihrer Universitäten, höheren Lehranstalten oder Spezialschulen solche besondere Aufgaben zu übernehmen, die ihrer geographischen Lage und der Stammesart ihrer Bewohner gemäß sind. Die Ostmark kann nicht dieselben Ziele verfolgen wie der industrielle Westen, die Ostseeküste hat andere Interessen als die oberdeutschen Donauländer. So eingeschränkt ergibt sich für das Niederländische als Fremdsprache ein natürliches Beschulungsgebiet: West- und Nordwestdeutschland, etwa von Aachen bis Hamburg, m. a. W. die alte Sprachzone des niederfränkischen und niedersächsischen Stammes.

Von allen Fremdsprachen steht das Niederländische dem Deutschen am nächsten. In Rücksicht auf den Anklang an das Plattdeutsche hat man es sogar schlechthin als Niederdeutsch oder als den zur Schriftsprache entwickelten Zweig des Niederdeutschen bezeichnet. Die nahe Verwandtschaft hat zu der Ansicht verleitet, daß es ein leichtes sei, Niederländisch zu lernen, ja daß es einer schulmäßigen Erlernung garnicht bedürfe. Wäre wirklich eine Verständigung auf Grundlage der Verwandtschaft so leicht möglich, so hätte zu Anfang des Krieges vielleicht manches Mißverständnis verhindert werden können. Leider sind aber auch heute noch unsere Offiziere und Beamten in Vlämisch-Belgien oft genötigt, sich des Französischen als Vermittlungssprache zu bedienen, wenn sie eine geordnete mündliche Verhandlung mit den Landeseinwohnern führen wollen. So bedeutsam die Kenntnis des Plattdeutschen zur Erlernung und zum schulmäßigen Studium des Niederländischen ist, im Verkehr reicht es unter Zuhilfenahme der Zeichensprache nur zu einer Notverständigung aus.

Ohne Frage hat die niederländische Sprache große Zukunftsmöglichkeiten. Außer von 11—12 Millionen Bewohnern Hollands und Belgiens wird sie in Niederländisch-Indien und ganz Südafrika gesprochen. Hier steht sie in einer ähnlichen Abwehrstellung gegen das Englische wie in Belgien gegen das Französische. In Nordbelgien spricht bekanntlich nur das „Volk" Vlämisch-Niederländisch, während die sogenannten besseren Kreise Vorliebe für das Französische zeigen. Es gibt in Deutschland Uneinsichtige genug, welche meinen, dieser Streit gehe uns Deutsche nichts an, nur die Interessen des Hochdeutschen seien von uns zu vertreten. So gewiß es ist, daß die Reichsdeutschen ihre eigene Sprache in erster Linie verteidigen müssen, so sollte doch kein Zweifel darüber aufkommen, daß im Kampfe zwischen Französisch und Vlämisch die verwandte Sprache unterstützt, die fremde zurückgedrängt werden muß. Eine solche Zurückdrängung ist allerdings nur dann möglich, wenn die Deutschen sich bemühen,

die Volkssprache verstehen und sprechen zu lernen. Nun weicht zwar das gesprochene Vlämisch in mehreren Mundarten vom Niederländischen etwas ab. Aber abgesehen davon, daß der Kenner der Schriftsprache nur wenig Mühe aufzuwenden braucht, um mit den Dialekten vertraut zu werden, ist die vlämische Nationalbewegung mit Erfolg bemüht, mit der einheitlichen Schriftsprache auch die nordniederländische Aussprachweise durchzusetzen. Die Behauptungen der Welschgesinnten, daß das Vlämische ein „unentwirrbares Durcheinander barbarischer Dialekte" (Maeterlinck) aber keine Kultursprache sei, sind durch diese Entwicklung und die Leistungen der neuvlämischen Literatur widerlegt und als schimpfliche Verleumdungen erkannt worden. Nachdem von maßgebenden Stellen ausgesprochen worden ist, daß das vlämische Volkstum ohne Rücksicht auf das endgültige Schicksal Belgiens wieder zu seinem Recht kommen soll, muß das Sprachverhältnis zwischen Deutschen und Vlamen so gestaltet werden, daß kein Teil auf das Französische als Vermittlungssprache zurückzugreifen braucht. Die Deutschen in Flandern, namentlich in Antwerpen, stammen hauptsächlich aus den Provinzen Rheinland-Westfalen und den nordwestdeutschen Seestädten. Darin dürfte auch in Zukunft keine Änderung eintreten. Darnach ist leicht einzusehen, welche Bedeutung es haben würde, wenn in den heimatlichen Schulen dieser Landesteile bereits die Grundlagen zum Verständnis des Niederländischen gelegt werden könnten. Bei solcher Sachlage würden auch die Vlamländer leicht geneigt sein, Deutsch anstatt Französisch als bevorzugte Fremdsprache zu erlernen. Die Notwendigkeit einer solchen bleibt für sie wegen der geringen Reichweite des Niederländischen auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete nach wie vor bestehen. Wie falsch die deutsche Sprachpolitik in Belgien vor dem Kriege war, mag man aus der Tatsache entnehmen, daß das deutsche Gymnasium in Antwerpen zwar perfekte Franzosen ausbildete, dem Niederländischen aber beharrlich seine Tore verschloß.

Die Rücksicht auf Holland und die Sympathien der Holländer sollte uns erst in letzter Linie bestimmen, für die Wahl des Niederländischen einzutreten. Ein Teil der dortigen öffentlichen Meinung steht nun einmal unter der Zwangsvorstellung, daß mit dem Siege Deutschlands die holländische Selbständigkeit bedroht sei. Diese Kreise werden wir durch die Pflege ihres Sprachgutes schwerlich davon überzeugen, daß es uns mit der Erhaltung ihrer politischen Selbständigkeit ebenso ernst ist wie mit dem Verständnis für ihre sprachlich-kulturelle Sonderentwicklung. Bisher haben die Holländer selbst wenig Sprachstolz entwickelt, außer wenn es dagegen zu protestieren galt, daß Niederländisch gelegentlich als Niederdeutsch bezeichnet wurde. Für die Erhaltung ihrer „Taal" in Flandern haben sie nicht einen Finger gerührt, wenn man von der kleinen Gruppe des „Algemeen Nederlandschen Verbands" absieht. Dies dürfte jedoch in Zukunft anders werden. Zunächst auf wissenschaftlichem Gebiete. Mit dem Entstehen der geplanten neuen Universitäten in Flandern (Gent) und Südafrika (Blomfontein) wird eine führende Intelligenz niederländischer Zunge in diesen

Ländern entstehen, deren Anlehnung an die niederländische und deutsche Wissenschaft wir mit Sicherheit erwarten dürfen.

An Schwierigkeiten und Widerständen bei praktischen Versuchen zur Durchführung unseres Vorschlages wird es nicht fehlen. Daß aber die Schwierigkeiten bei jeder anderen neu einzuführenden Sprache, zumal hinsichtlich Beschaffung der Lehrkräfte, größer sind als gerade beim Niederländischen, wird in Fachkreisen ebensowenig bestritten werden wie die Gewißheit, schon bei geringem Aufwand an Stundenzahl verhältnismäßig große Erfolge zu erzielen. Ein Anschluß an den Deutschunterricht dürfte sich dabei unschwer herstellen lassen. Für die Entwicklungsgeschichte der eigenen Sprache und die Schärfung des Sprachgefühls bedeutet das Eingehen auf die ältere germanische Sprachform noch einen besonderen Gewinn; enthält doch das Niederländische viele urdeutsche Bestandteile, die aus dem Plattdeutschen teilweise, aus dem Hochdeutschen ganz verschwunden oder durch fremdartige Bildungen ersetzt sind. Die in den letzten Jahren mächtig aufblühende niederdeutsche Sprachbewegung, die sich an weitere Kreise wendet, wird sich gleichfalls der Aufgabe nicht entziehen können, das Interesse für das Niederländische durch Vergleichung und Anknüpfung an seine Sprach- und Literaturdenkmäler zu fördern. Sie kann auf die Masse der niederdeutsch Sprechenden ähnlich wirken, wie der Unterricht an höheren Lehranstalten auf den verhältnismäßig engen Kreis der Gebildeten und Interessierten.

Eine Märtyrerin auf dem Kaiserthrone

Von Professor Dr. Willi Müller

Man vergleiche hierzu den Aufsatz „Der Kaiserin Josephine Aufstieg“ aus der Feder desselben Verfassers in Heft 48 d. J.

Seit dem 2. Dezember 1804 trug Josephine als Gemahlin Napoleons des Ersten die Krone Frankreichs, die einer Sage nach ihr in der Kindheit prophezeit worden war — diese Frau, deren wunderbarer Lebenslauf einer legendenhaften Ausschmückung kaum bedurft hätte. Fünf Jahre lang teilte die anmutige Erscheinung, von der man mit Recht gesagt hat, daß sie Geschichte, Roman, Idylle, Elegie und ein klein wenig Operette bedeute, den Thron ihres Gatten, dann kam der Sturz; die seelischen Erschütterungen, die ihm vorhergingen, dürften selbst die blasierte Menschheit von heute noch interessieren.

Wenn auch die Herrscherdiademe, die Napoleon in Notre-Dame sich selbst und seiner Gemahlin aufs Haupt setzte, Symbole einer unumschränkten Macht waren, wie er sie in Wahrheit schon in den letzten Zeiten des Konsulates ausgeübt hatte, schlossen sich doch der kirchlichen Zeremonie eine Reihe weltlicher Feste an, die das neugeschaffene Kaisertum im hellsten Glanze erstrahlen ließen und eine französischer Galanterie entspringende Huldigung für die immer noch liebreizende Repräsentantin der imperialen Würde darstellten; so ein Ball, den die Marschälle im großen Saale der Oper gaben, und zu dem jeder dieser „Karyatiden des Thrones", wie Frau von Staël sie nennt, als Beisteuer 25000 Franks zahlte. Im eigenen Heim aber gebot Josephine über eine Schar von Dienern und Dienerinnen wie keine andere Fürstin ihrer Zeit; an der Tür ihres Vorzimmers paradierte, die Hellebarde in der Hand, ein Portier mit Schnüren, Tressen und goldenen Epauletten; Stallmeister, Ehrenkavaliere, Kammerherren und -diener, Ehren- und Palastdamen, Kammer- und Garderobefrauen, harrten ihrer Befehle so ergeben wie eine Anzahl Mamelucken, und damit die steife Grandezza dieser prunkvollen Hofhaltung eines leichten Hauches wohltuender Komik nicht entbehre, erschien alle vierzehn Tage, den Kavalierdegen an der Seite, ihr Pedicure, der deutsche Jude Tobias Kohen. In hellen Haufen pilgerte bald auch die Welt des ancien régime mit Ausnahme freilich mancher Familien des Faubourg St. Germain, die durch völliges Ignorieren des kaiserlichen Hofes eine Art „Fronderie des salons" trieben, nach den Tuilerien, um der Gemahlin des Mannes, der die Geschicke Frankreichs lenkte, zu huldigen, ihrer Gastlichkeit sich zu erfreuen und auf ihren Bällen zu glänzen, bei denen der Mulatte Julien, der Modegeiger jener Tage und Protégé der Kaiserin, ein vortreffliches Orchester dirigierte, das zumal Kontretänze mit unerreichter Meisterschaft spielte. Und wie gehoben fühlte Josephine sich, daß an der Spitze ihres hierarchisch gegliederten Hofstaates als Großalmosenier ein Fürst Rohan stand, daß eine Larochefoucauld, die sich freilich hinter dem Rücken ihrer Herrin oft genug über diese lustig machte, unter ihren Ehrendamen figurierte und den Kammerherrnschlüssel gar ein Herr von Montesquiou trug, der seinen Stammbaum bis auf Chlodwig zurückführte. Den Gipfel der Seligkeit für die genußfrohe Herrscherin bildeten aber die entzückenden Tage in Malmaison, ihrem Paradiese. Hier verwaltete Herr Bonpland, der Gefährte Alexanders von Humboldt auf seiner amerikanischen Reise, die mit den seltensten Pflanzen geschmückten Gärten, hier erfreute sich Josephine exotischer Tiere aller Art, darunter der Tauben von den Molukken, deren Gurren, dem militärischen Charakter des Kaiserreiches entsprechend, wie Trommelwirbel klang, und eines wohlerzogenen Orang-Utan-Weibchens, das mit Messer und Gabel aß und in Nachthemd und Nachtjacke schlief. Umgeben von allen diesen Herrlichkeiten, schaltete und waltete die Kaiserin, so liebenswürdig wie unbedeutend, an Nichtigkeiten hängend und — die Rechnungen des Monsieur Leroy und der Mademoiselle Despeaux, ihrer bevorzugten Garderobelieferanten, bezeugen es — exorbitantester Verschwendungslust rücksichtslos

huldigend; erstand sie doch in einem einzigen Monate 38 Hüte und für 18000 Franks Marabutfedern. Aber niemals füllte — die Gerechtigkeit gebietet, es zu konstatieren —, rein äußerlich betrachtet, eine Herrscherin Frankreichs ihre Stellung besser aus als diese kleine Kreolin, deren legere Bewegungen die Hoheit einer Souveränin nicht ausschlossen.

Allmählich jedoch begann der Horizont sich zu bewölken. Nach seiner Thronbesteigung empfand Napoleon die Lücke, die das Fehlen eines Leibeserben ergab, begreiflicherweise schmerzlicher als vorher, und Josephine litt darunter schwer. Sie konnte sich nicht verhehlen, daß die wichtigste Aufgabe einer Frau, die den Purpur trug, darin bestand, Kinder zu gebären und so die Zukunft mit der Vergangenheit zu verknüpfen; es mußte, wenn einst der Ruf erschallen sollte: „Der Kaiser ist tot!" ihm der andere folgen können: „Es lebe der Kaiser!" Doch das Glück, auch in ihrer zweiten Ehe Mutter zu werden, war ihr versagt geblieben, trotzdem sie Bäder besucht, sich den Kuren des Leibarztes Corvisart unterzogen, allerhand Quacksalbereien getrieben und sogar eine Pilgerfahrt unternommen hatte. So begannen die allmählich auftauchenden Gerüchte von einer beabsichtigten Lösung ihrer Ehe sie zu beunruhigen. Einstweilen freilich ohne Grund; der Kaiser dachte zunächst nicht an Trennung, und es wäre ja auch eine Lächerlichkeit gewesen, die Krone, die er seiner Gemahlin gestern aufs Haupt gedrückt hatte, ihr heute wieder zu nehmen. Aber es gab auch noch ein Morgen, und die Frage der Thronfolge fing an, einer dunklen Wolke gleich, die sich immer drohender zusammenballte, Josephinens neues, glänzendes Leben zu überschatten. Daher klingt die Erzählung — wenngleich die Quelle, der sie entstammt, etwas trübe fließt — nicht geradezu unglaublich, die geängstigte Frau habe sich unter Napoleons Zustimmung mit dem Gedanken an ein untergeschobenes Kind getragen, der ehrenhafte Corvisart aber seine Beihülfe verweigert, und so sei der Plan wieder aufgegeben worden.

Verließ aber das Gespenst der Scheidung Josephine, so kam ein anderer Plagegeist: die Eifersucht; diese wuchs mit den Jahren, und nicht ohne Grund, denn die Kaiserin war älter als ihr Gatte und konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Jugend ihr allen Ernstes den Rücken zu kehren begann; selbst ihre Vorliebe für verjüngende, rosafarbene Roben, von der mokanten Schwägerin Paulette mit beißendem Spotte gegeißelt, vermochte den Herbst ihres Lebens nicht wieder zum Lenze zu machen. Und bald trat ein Ereignis ein, das die Lawine ins Rollen brachte, die Josephinens Glück verschütten sollte. Am 13. Dezember 1806 gebar Eleonore Denuelle, eine Vorleserin Karolinens, der Schwester Napoleons, einen Knaben, dessen Erzeuger unbedingt der Kaiser war. Dieser fühlte sich nun hinsichtlich seiner Befürchtungen, daß ihm die Freuden der Vaterschaft überhaupt versagt seien, beruhigt, gewisse Zweifel an sich selbst waren ihm genommen, und er durfte hoffen, in einer eventuellen zweiten Ehe legitime Nachkommenschaft zu erzielen. Dazu erhielt die Kaiserin sichere Nachrichten über Beziehungen ihres gegen Preußen und Rußland im

Felde stehenden Gemahls zu Frau Marie Walewska, einer schönen Polin, und dachte ernstlich daran, ihm nach dem im Winter so wenig Reize bietenden Osten zu folgen. Wie wunderbar waren doch die Rollen vertauscht! Zehn Jahre früher hatte Josephine es trotz der nichts als glühendste Sehnsucht atmenden Briefe ihres Gatten kaum über sich vermocht, ihn in dem sonnigen Lande jenseits der Alpen aufzusuchen, und nun hielt sie es für ihr einziges, beneidenswertes Glück, dreihundert Meilen auf schlechten Wegen im Schneegestöber des Januar zurückzulegen, um tief im Innern des unwirtlichen Polens den Mann zu finden, an dem ihr Herz hing — und dieser lehnte ihren Besuch, wenn selbstverständlich auch in der liebenswürdigsten Form, ab. Glühender Lava gleich war einst der Strom seiner Liebe geflossen, aber ihre Kälte und gelegentliche Treulosigkeit hatten ihn erstarren lassen; nun blieb ihr das heiße und, wie sie voll tiefster Trauer von Jahr zu Jahr deutlicher erkannte, ihre Kraft weit übersteigende Bemühen, dem kühlen, harten Steine neues Leben zu entlocken. Welche Reue mag die Bedauernswerte ergriffen haben, als sie fühlte, daß ihr, nicht ohne eigene Schuld, die Liebe ihres Gatten, der ihr täglich teurer wurde, mehr und mehr entglitt!

Da kam Josephine eine, wie sie meinte, rettende Idee: die Adoption des kleinen Napoleon Charles, des Sohnes ihrer mit Bonapartes Bruder Ludwig, dem Könige von Holland, vermählten Tochter aus erster Ehe, Hortense — Napoleons Neffen, ihres eigenen Enkels. Diesen an Kindesstatt anzunehmen, blieb dem Kaiser übrig, wenn er sich von der Frau nicht trennen wollte, die ihr Los an das seine geknüpft hatte; und die Adoption war ihm sympathisch. Aber der kleine Prinz, auf den Josephine ihre ganze Hoffnung gesetzt hatte, starb frühzeitig im Mai 1807, und mit dem Erbfolgetraum schwand wieder eins der Bindemittel der kaiserlichen Ehe dahin. Völlig untröstlich würde die durch das Schicksal so grausam Enttäuschte gewesen sein, wenn sie geahnt hätte, daß sich an das betrübende Ereignis die ersten ernsteren Scheidungsgedanken Napoleons knüpften, denen sich bald darauf in Tilsit die Frage gesellte, ob nicht vielleicht eine Großfürstin der geeignete Ersatz für die zu entthronende Lebensgefährtin sein möchte. Und wie der Frühling, so brachte auch der Herbst, während dessen der Hof in Fontainebleau weilte, für Josephine allerhand Aufregungen. Der Polizeiminister Fouché, einst eifriger Jakobiner, fürchtete begreiflicherweise die Rückkehr der Bourbonen, eine Gefahr, die vermindert wurde, wenn Napoleon das Empire einem Sohne hinterlassen konnte; so sah er sich veranlaßt, für die Scheidung einzutreten. Er mag auch geglaubt haben, dem Kaiser gefällig zu sein — es steht nicht ganz fest, ob dieser von dem Schritte seines Dieners unterrichtet war oder ihn vielleicht als eine Art Fühler gar selbst veranlaßt hatte —; kurz Fouché schrieb Josephine einen Brief, in dem er auf die Pflicht Napoleons hinwies, Frankreichs Zukunft sicher zu stellen, und die Kaiserin vermahnte, sie möge, da ihr Gatte bei seinen zärtlichen Empfindungen für sie sich niemals entschließen würde, die schmerzliche

Entsagung von ihr zu verlangen, Heroismus zeigen und sich durch freiwillige Trennung selbst auf dem Altare des Vaterlands opfern. Josephine, in der Meinung, der Schreiber der Zeilen sei direkt vom Kaiser beauftragt, ihr den Scheidungsvorschlag zu machen, hielt ihr Schicksal für besiegelt; sie antwortete, vom Throne herabzusteigen sei sie bereit, doch gleichzeitig den Mann zu verlieren, dem sie ihre ganze Liebe geschenkt habe, das gehe über ihre Kräfte. Napoleon aber, dem sie unter heißen Tränen von dem Geschehenen Mitteilung machte, zeigte, wie groß seine Schwäche der noch immer geliebten Frau gegenüber war; er stellte die Tat Fouchés als übertriebenen Eifer hin, und die Unterredung schloß mit zärtlichen und tröstenden Worten. Immer wieder scheute der Kaiser vor dem entscheidenden Schritte zurück und suchte einen modus vivendi mit Josephine zu finden; so forderte er sie im Frühling 1808 auf, den kleinen Leon, seinen Sohn von der Eleonore, zu adoptieren, und als die völlig Zermürbte sich auch dazu bereit erklärte, gab er ihr, gerührt von so viel Liebe, die Versicherung, er werde sich nie von ihr trennen. Die Adoption unterblieb zwar — Napoleon wagte doch nicht, Frankreich seinen Bastard als Nachfolger anzubieten —, aber der ganze Vorgang zeigte aufs deutlichste, wie schmerzlich ihn der Gedanke berührte, der Frau, die mit dem Aufsteigen seines Sternes so eng verknüpft war, ein letztes Lebewohl zu sagen.

Doch mit den Tagen, die kamen und gingen, trat immer aufs neue und immer unabweisbarer an den Kaiser die Forderung nach einem Erben heran; immer unweigerlicher drängte sich ihm die Erinnerung an das Schicksal des mazedonischen Weltreiches und die Kämpfe der Diadochen auf; immer unvermeidlicher erschien ihm die Gründung einer Dynastie und die dadurch bedingte Scheidung. Und doch — der Mann, der in keiner Schlacht gezittert hatte, erbebte bei dem Gedanken an die Trennung, und das um so mehr, als eine neue Verbindung ihm nichts weniger als sympathisch war. Was würde ihm diese zweite Ehe schließlich denn auch bieten? „J' épouserai un ventre" — das war sein Standpunkt. Aber das Schicksal der armen Kaiserin blieb, friedlos zu sein. Im Herbste 1808 wurde gelegentlich des zu Erfurt abgehaltenen Kongresses das Projekt der Verbindung Napoleons mit einer Großfürstin zum ersten Male offen ausgesprochen. Josephine fühlte das Damoklesschwert über ihrem Haupte und wurde, von Angst gepeinigt, täglich nervöser; als der Kaiser ihr sehr entzückt über den Zaren schrieb und scherzhaft meinte: „Wenn Alexander eine Frau wäre, ich glaube, ich würde sie zu meiner Geliebten machen", sah sie in diesen Worten sofort einen Hinweis auf die bevorstehende Verehelichung ihres Gatten mit einer moskowitischen Prinzessin und sich selbst verlassen und vereinsamt. Hatten doch auch früher schon Königinnen von Frankreichs Throne herabsteigen müssen, die kinderlos gewesen gleich ihr, wie jene Margarete von Valois, an deren Hochzeit mit Heinrich IV. die entsetzliche Bartholomäusnacht noch heute erinnert. Bei allem Glanz und Schimmer welch trauriges Leben! In ihrer Unruhe fiel ihr dann wohl die oben erwähnte

Wahrsagerin ein, die ihr den Thron Frankreichs zwar versprochen, aber diese Prophezeihung mit dem fatalen Zusatze versehen haben sollte, sie würde nicht als Herrscherin sterben; und da Josephine — eine Schwäche der schöneren Hälfte der Menschheit, die die Jahrhunderte zu überdauern scheint — in hohem Grade abergläubisch war, das Wunderbare liebte und immer gern die Zukunft zu ergründen suchte, griff sie häufig zu den geliebten Karten, deren Zuverlässigkeit ihr über allen Zweifel erhaben schien, seit sie kurz vor der Schlacht bei Jena einen großen Sieg verkündet hatten; ging die Patience, die sie sich legte, auf, glaubte sie das als ein günstiges Omen ansehen zu dürfen. Und trotz des ausdrücklichen Verbotes ihres Gatten konsultierte sie ganz im geheimen auch die bekannte Kartenlegerin Mademoiselle Lenormand, die ihre vermeintliche Kenntnis der Zukunft wahrscheinlich teuer genug verkauft haben wird, und befragte fleißig alles, was sonst noch in Paris zur Gilde derartiger Propheten und Prophetinnen gehörte, ganz gleich, ob sie ihre Weisheit, wie der poesieverklärte Seni, der leuchtenden Konstellation am Firmament oder, gut spießbürgerlich, dem dunkleren Satze der Kaffeetasse entlehnten.

Mittlerweile war das Jahr 1809 und mit ihm der Feldzug gegen Österreich herangekommen; bei Regensburg hatte eine Kugel Napoleon leicht verletzt und bald darauf der junge Staps sein Attentat geplant. Sofort erklang durch ganz Frankreich die Frage: „Was soll werden, wenn der Kaiser stirbt?“, und in Verbindung mit ihr tauchte naturgemäß auch die andere wieder auf, diejenige der Scheidung. Josephine stellte aufs neue die traurigsten Betrachtungen an und hatte nur allzu triftigen Grund dazu. Napoleons Korrespondenz aus dem Feldlager bestand in kurzen, trockenen Billetts, wurde immer lakonischer und zeigte von Zärtlichkeit keine Spur mehr. Das Leben voll Repräsentation, das die seelisch schwer leidende Herrscherin in Straßburg, ihrer damaligen Residenz, führte, begann sie anzuwidern; am liebsten hätte sie sich in ein Mauseloch verkrochen. So eilte sie nach Plombieres, wo die große Welt ihre Tränen wenigstens nicht sah. Aus den letzten Zeilen, die Napoleon ihr am 21. Oktober von München aus zugehen ließ, erkannte sie ihr Schicksal; diese lauteten kurz und bündig: „Liebe Freundin! In einer Stunde reise ich ab, ich komme in Fontainebleau in der Nacht vom 26. zum 27. an; Du kannst Dich mit einigen Damen dorthin begeben. Napoleon.“ Nun hatte Josephine es verbrieft in Händen, daß alles aus war.

Der Kaiser war in der Tat fest entschlossen, den oft erwogenen Schritt zu tun; die politische Notwendigkeit erwies sich als zwingend. Da er aber seine Schwäche der noch immer Verführerischen gegenüber kannte, traf er Vorkehrungen, jeder Annäherung von vornherein aus dem Wege zu gehen; er gab Befehl, in Fontainebleau die Verbindungstüren zwischen seinen eigenen Gemächern und denen der Kaiserin zu vermauern. Bald nach ihrem Gemahl traf auch Josephine dort ein; sie erkannte natürlich, worauf die baulichen Veränderungen hinzielten, und den letzten Zweifel nahm ihr das befriedigte Lächeln

ihrer ihr feindlich gesinnten Schwägerinnen. Der Kaiser zeigte sich wortkarg und zurückhaltend und vermied das Alleinsein mit ihr; die Kammerherren, mit jenem Instinkte molluskenhafter Hofschranzen begabt, der um so feiner entwickelt zu sein pflegt, je rettungsloser alles, was Charakter heißt, im Stadium primitivsten Embryonentums stecken geblieben ist, taten kaum noch ihren Dienst und ließen es, auch nachdem man Mitte November nach Paris übergesiedelt war, in der Meinung, dadurch des Kaisers besondere Gunst zu gewinnen, völlig an dem nötigen Respekte gegen die Proskribierte fehlen; ja in ihrer Herrin Gegenwart plauderten und lachten die Palastdamen laut und ungeniert mit den Offizieren vom Dienst. Josephine durchlebte traurige Tage; wenn sie allein war, flossen ihre Tränen in Strömen, und selbst während der Mittagstafel, an der tiefes Schweigen herrschte, unterdrückte sie mit Mühe das Schluchzen. Ihr ganzes Inneres sträubte sich gegen die Forderungen der Politik; die Kaiserin schauderte so gut zurück vor dem Dunkel einer bedeutungslosen Zukunft wie die Frau vor einem liebelosen Leben. Aber ihr hartes Schicksal mit Würde zu tragen, verstand sie nicht; jedem, der es hören wollte, sprach sie von ihrem Seelenschmerz, und wo sie einem hohen Offizier oder Staatsbeamten begegnete, von dem sie glauben konnte, er kenne die Pläne ihres Gatten, nahm sie ihn beiseite, um ihn auszuforschen, und bekam als Antwort doch nichts zu hören und zu sehen, als leere Redensarten und verlegene Gesichter. Und ab und an tauchte aus dem Meere tiefsten Kummers in chamäleontischer Wandlung plötzlich mal wieder die Josephine früherer Tage auf, oberflächlich und leichtlebig, die Seele nicht drapiert mit der Gewandung, die ernste Zeiten ihr gewoben, und brachte es fertig, ihrer Vertrauten, Frau v. Remusat, gegenüber zu äußern: „Trauerkleider stehen mir gut; ich werde sie nach der Scheidung während eines vollen Jahres tragen."

Napoleon beschloß nun, zu Ende zu kommen, wie unerträglich es ihm auch schien, die Verzweiflung der Frau zu sehen, die er einst so heiß geliebt hatte. Am 30. November fiel der Schlag. Nach dem Diner ging er wie gewöhnlich, gefolgt von Josephine, in den an das Eßzimmer stoßenden Salon, wo der Kaffee gereicht zu werden pflegte. Als der Page sich mit Brett und Tassen wieder entfernt hatte, hörte man plötzlich verzweifeltes Schreien, das durch Türen und Wände drang: das entscheidende Wort war gesprochen; Napoleon hatte seinen unwiderruflichen Entschluß der Trennung unter erneutem Hinweise auf die gebieterische Pflicht gegen das Staatswohl kund getan. Josephine war völlig niedergeschmettert; dem förmlichen Befehle des Kaisers, dem sanften Zureden des Gatten begegnete sie mit Klagen und Vorwürfen und warf sich ihm schließlich unter herzzerreißendem Weinen zu Füßen, laut kündend, daß sie die Schmach nicht überleben werde. Napoleon bedurfte seiner ganzen Kraft, um fest zu bleiben; Josephinens Schmerz war heiß genug, auch seinen eigenen Gefühlen wieder einen höheren Wärmegrad zu verleihen. Schließlich riß er, der peinlichen Szene ein Ende zu machen, die Tür auf und rief

nach dem Palastpräfekten Bauffet, der in Ausübung seines Dienstes im Nebenzimmer weilte. Als dieser herbeistürzte, sah er Josephine, jammervolle Klagerufe ausstoßend und halb ohnmächtig, auf dem Teppich kauern; die beiden Männer trugen sie die schmale Treppe hinab, die in ihre Privatzimmer führte, wo sie der Pflege der gerade zu Besuch am Kaiserhofe weilenden Hortense und des schnell herbeigerufenen Corvisart übergeben wurde.

Die Zeit bis zur formellen Lösung ihrer Ehe war für Josephine entsetzlich. Zum 2. Dezember, dem Jahrestage der Kaiserkrönung und demjenigen der Schlacht bei Austerlitz, kamen viele verbündete Fürsten nach Paris, und natürlich fanden ihnen zu Ehren allerhand Festlichkeiten statt, denen die arme Kaiserin in großem Staate beiwohnen mußte, Blumen an der Brust, ein Diadem von Brillanten auf dem Haupte, ein erzwungenes Lächeln um die zusammengepreßten Lippen und im Herzen den Tod. Am Morgen des Gedenktages erschien sie zum Te deum in Notre-Dame, wo vor fünf Jahren dieselbe Hand ihr die Krone aufgesetzt hatte, die sie ihr wieder zu nehmen nun sich anschickte. Abends zeigte sie sich dann bei einem Bankett in den Tuilerien, umgeben von dem ganzen Pomp kaiserlicher Majestät, und ebenso am folgenden Tage auf dem Feste, das die Stadt Paris im Rathause gab. Viele mitleidige Blicke richteten sich hier auf sie, und den Worten, die sie sprach, begegnete oft tiefe Rührung; denn Josephine war mit Recht in hohem Grade beliebt.

Am 15. Dezember wurde die Scheidung vollzogen; demütig fügte die schwer Geprüfte sich dem Willen des geliebten Mannes, wenn auch unter den heftigsten körperlichen und seelischen Erschütterungen: von Schmerz überwältigt, aber von Stolz gehoben, gab sie die Erklärung ab, daß sie, das Wohl Frankreichs höher stellend als ihr Glück, mit der Lösnng des Ehebundes einverstanden sei. So ging das Drama zu Ende; das blutende Herz der interessanten Frau, dem ein grausames Schicksal so schwere Wunden geschlagen hatte, fand in der Ruhe, die Entsagung zu geben vermag, den so lange und so heiß, aber stets vergebens ersehnten Frieden.

Philosophische Neuerscheinungen

Von Dr. Paul Feldkeller

Nachdem der jahrzehntelang zum wiederholten Male unternommene Versuch, die Welt einschließlich der geistigen Geschehnisse naturwissenschaftlich zu erklären, gescheitert ist, erfreut sich die entgegengesetzte Methode, die Welt nach Art der historischen Betrachtungsweise „von innen her" zu „verstehen", einer nie dagewesenen Wertschätzung. Dem physikalischen Positivismus ist ein psychologischer und historischer gefolgt. Du Bois-Reymond, für den auch die geschichtliche Wirklichkeit letzten Endes doch nur durch ein unermeßliches System simultaner Differentialgleichungen zu begreifen ist, hat Diltheys Methode des Verstehens und Bergsons Intuitionismus Platz machen müssen. Fechners Lehre vom „Innensein" der Dinge, Wundts Bekenntnis zu einer kosmischen Zielstrebigkeit finden bei einer romantisch gestimmten, das Erleben, Nacherleben, Einfühlen, Verstehen betonenden Gegenwart Anklang und Entgegenkommen. So scheint der uralte, seit den Tagen Demokrits nicht wieder zur Ruhe gekommene Kampf um die mechanistische und die teleologische Weltbetrachtung sich wieder zugunsten der Zweckmäßigkeitslehre zu neigen. Dem engherzigen, alles Geistesleben zu ersticken drohenden Mechanismus gegenüber das eigengesetzliche, sich von innen her gestaltende Leben des beseelten Organismus hervorzuheben, anderseits den Rückfall in den überwundenen Aristotelismus und Thomismus zu verhüten: das ist die Mission von Rudolf Eislers Buch „Der Zweck, Seine Bedeutung für Natur und Geist" (Berlin, Mittler u. Sohn 1914). Den Verfasser hat das löbliche Bestreben geleitet, die zu neuer Wertschätzung gelangte teleologische Methode nach ihrer logischen Bedeutung und der Fülle ihrer Anwendungen auf allen Gebieten so zu behandeln, daß der Fachmann wie der gebildete Laie über den Zweckbegriff und seine Brauchbarkeit zur Klarheit kommen können.

Der für den kritischen Philosophen charakteristische Zweifrontenkampf zeichnet auch dieses Buch aus: gegen die mechanistische Weltanschauung wie gegen die dualistische Zweckmäßigkeitslehre, lautet die Losung. Die geschlossene Kausalkette duldet keine „Zweckursachen". Anderseits läuft dem lückenlosen Naturgeschehen die Welt psychischer Willensregungen und schöpferischer Zwecksetzungen parallel. So sind nach Eisler Kausalität und Teleologie, richtig verstanden, durchaus miteinander vereinbar. Die Bedeutung der Zielstrebigkeit wird in einem be-

sonderen Teil für die Psychologie, Biologie, Soziologie, Geschichte, Metaphysik an der Hand eines reichen Materials dargetan.

Die ungemein instruktive und informierende Eigenschaft des Buches, die es für jeden Gebildeten besitzenswert erscheinen läßt, hat freilich den Nachteil im Gefolge, daß mit der Breite und Universalität des Stoffes die Vertiefung nicht Schritt hält. Trotz wertvoller Ansätze ist die logische Herausarbeitung und saubere Unterscheidung wenigstens der wichtigsten Bedeutungen des Zweckbegriffs nur mäßig gelungen. Zumal seit Husserls monumentalen „Logischen Untersuchungen" sind wir an wesentlich exaktere Klärungen philosophischer Begriffe gewöhnt. Gegenüber den vulgären Begriffen von „Zweck", „Zufall", „Weltplan" usw., die auch der akademisch Gebildete an das Problem heranbringt, wäre wohl eine eingehende Klarlegung dieser verwickelten Begriffe gerade nach ihrer rein logischen Seite hin am Platze. Das Sprechen von einer teleologischen „Methode" muß irreführen, wo es sich um die Zielstrebigkeit als bloßen Gegenstand der Wissenschaft handelt, wie bei den Zielstrebigkeiten der Lebewesen. Der Gegenstand, nicht die Wissenschaft, ist hier teleologisch. Ein zwecksetzendes Bewußtsein als ein Glied innerhalb der Kausalkette schafft noch keine Teleologie als Methode, die mit der Methode der kausalen Betrachtung auf gleicher Stufe stünde. Die konstitutive (nicht bloß regulative) Teleologie oder Zweckmäßigkeit hat überhaupt keine legitime methodische („transzendentale") Bedeutung, sondern ist ein Phänomen der Einzelpsyche, ein bloßes Erfahrungsobjekt der Wissenschaft. Die ganze Fragestellung, nach dem „Zweck" des einzelnen wie des universalen Geschehens ist ja unmittelbar dem Leben entnommen und so naiv und unkritisch wie nur möglich. Die Vorstellung des „Strebens" ist zunächst nichts als ein Erlebnis, Bewußtseinsinhalt der Einzelpsyche. Wodurch aber — das ist die dringliche Frage — erhält diese sozusagen ungewaschene und ungekämmte Vorstellung die Legitimation als methodischer, wissenschaftlicher Begriff? Auch die im Zuge einer neuerwachten Romantik und demokratischer Tendenzen der Zeit liegende Anwendung des Begriffes „Geist", wo es sich um allerelementarste seelische Regungen handelt, ist ein populärphilosophischer Mißbrauch. Was kann es Kümmerlicheres, Roheres geben, als das dumpfe Hindämmern tierischen Bewußtseins? Im übrigen gibt das verdienstvolle Buch Information und Ra und ist für den geisteswissenschaftlich Schaffenden unentbehrlich.

Das besondere Verhältnis der modernen Philosophie zum „Leben" äußert sich bei Wundt und seinen Anhängern in der liebevollen Zuwendung zum Willen und allen Strebungserscheinungen, es führt neuerdings in gerade entgegengesetzter Richtung zu einer Betonung der intellektuellen Elemente bei anderen Philosophen. Die Psychologie unserer Tage sieht in den Denkfunktionen eine Äußerung bereits des gewöhnlichen Vorstellungslebens von Mensch und Tier, die keineswegs auf die höchsten Leistungen der menschlichen Intelligenz beschränkt bleibt. Es gehört auch diese Ansicht zu dem demokratischen Zuge unserer Zeit. Alle Wahrnehmungen, Vorstellungen, ja bloßen Empfindungen weisen demnach

tatsächlich bereits intellektuelle Bestandteile auf, die unlösbar mit der sinnlichen Anschauung des „Gegenstandes" verschmolzen erscheinen, so daß die „Sinnlichkeit" bereits nicht mehr rein „sinnlich" ist. Eine Umdeutung der Begriffe vollzieht sich vor unseren Augen. Das Weltbild wird — zum so und sovielten Male — auf den Kopf gestellt: der fertige, vergeistigte Gegenstand ist unmittelbar gegeben, die Empfindung dagegen eine gekünstelte Abstraktion. Ja, in der primitivsten Sinnesempfindung ist ein logischer, geistiger Einschlag spürbar. So erhält der Begriff des Erlebnisses durch Einbeziehung des logischen Momentes eine unerhört neue Deutung. Entsprechend dem Vorgange auf dem Gebiet der modernen Malerei, schlägt der konsequent durchgeführte Impressionismus in sein Gegenteil, in den Expressionismus, um. Oder — und darin vollendet sich die Dialektik der neuesten Psychologie — der logische Ausdruck des sinnlich „geschauten" Gegenstandes ist zugleich dessen unmittelbarster Eindruck.

In diese von Husserl und Meinong eingeleitete Bewegung innerhalb der Philosophie und Psychologie stellt sich das Buch von A. Brunswig: „Das Grundproblem Kants. Eine kritische Untersuchung und Einführung in die Kantphilosphie." (Teubner, 1914.) Leider hält der Untertitel nicht, was er verspricht. Für die Einführung in das Kantstudium ist es nicht geeignet. Denn nichts hat der an gehende Kantstudierende so nötig wie eine eindringende erkenntnistheoretische Schulung, eine Überwindung des naiven Weltbildes und des scholastischen Wahrheitsbegriffs. Gegen beides aber verhält der Verfasser sich unkritisch. Nirgends ja scheinen sich die Extreme so stark zu berühren wie in der Philosophie. Darum ist es hier doppelt geboten, die Grenzen der verschiedenen Systeme nicht ineinander fließen zu lassen. Während bei Husserls epochemachenden „Logischen Untersuchungen" immerhin noch der Pulsschlag des deutschen Idealismus von Kant bis zur Gegenwart deutlich zu spüren ist, der den von Wundt gemachten Vorwurf des Scholastizismus ungerechtfertigt erscheinen läßt, drohen viele seiner Anhänger ganz in den naiven Realismus der scholastischen und der vorkantischen Metaphysik oder des gemeinen Lebens zurückzusinken, während doch Husserls Position im Gegenteil eine Vorwärtsentwicklung über Kant hinaus bedeuten will. Auch Brunswig beruft sich auf das instinktive oder das bewußte Verfahren des naiven Praktikers in der Wissenschaft, sagen wir: auf den gesunden Menschenverstand. Da tut es dringend not, daran zu erinnern, daß Denken gelernt sein will und daß gerade nur eine Handvoll Denker im Laufe eines Jahrhunderts es zur Meisterschaft darin bringen.

Wenn also auch nicht für den Laien, der sich erstmalig informieren will, so ist das Buch doch für den Wissenschaftler voll nützlicher Anregungen. Das „Urproblem" Kants: wie sind allgemeingültige, notwendige, apodiktisch gewisse Urteile möglich? ist auch das des Verfassers. Vom Urteil wird das Problem tiefer in das „Wissen" gelegt und das Ergebnis festgestellt: die unmittelbare „Schauung" der arithmetischen, geometrischen, der Ton-, Farben- usw. Sachverhalte in ihrem spezifischen „Wesen" (nicht in ihrer zufälligen und ver-

einzelten Besonderung) gibt dieses unmittelbare, absolut sichere Wissen. Die Auseinandersetzungen mit Kant und den Neukantianern erhöhen das Interesse an dem Buch.

Daß die Kantphilosophie im weiteren Sinne immer noch üppig in Blüte steht, findet in dem bahnbrechenden, die kommenden Geschlechter auf tausend neue Probleme hinweisenden Geiste Kants Grund und Berechtigung. Nicht zufällig und darum nur in der Ordnung ist es, wenn die neuerliche Zuwendung zum nachkantischen deutschen Idealismus eine vorwiegend historische Bedeutung besitzt, während die Probleme des obgleich älteren Kant uns auch jetzt immer noch auf voraussichtlich lange Zeit vorzüglich systematisch beschäftigen. Vielleicht vom jüngeren Fichte abgesehen — was sind uns die Systeme Schellings und selbst Hegels anderes als ehrwürdige Sackgassen, Baulichkeiten voll bedeutsamer Einzelheiten und als architektonische Totalitäten zwar malerisch, aber unsolide und gefährlich? Nicht um einen Wiederaufbau darf es sich darum handeln, sondern nur um die rein historische, gefahrlose Rekonstruktion der Grundrisse und Zusammenhänge. Solche verdienstvolle Arbeit sehen wir in Dr. Eckart von Sydows Buch „Der Gedanke des Ideal-Reichs in der idealistischen Philosophie von Kant bis Hegel" (Felix Meiner, Leipzig 1914) geleistet. Die Idee des zukünftigen idealen Gemeinschaftslebens der Menschen als der Zeit der Vollendung und Erfüllung, des absoluten Geschichtsziels, des „dritten Reiches", des staatlichen und kulturellen Idealzustandes wird von den ersten Anfängen an, eingehender aber erst für Kant, Fichte, Schelling, Hegel und Marx entwickelt. Die Probleme des menschlichen Urzustandes, des Sündenfalles, der philosophischen Ableitung des Guten und des Bösen, des Anfangs und der Etappen des Geschichtsverlaufs, des Krieges und des ewigen Friedens, des „auserwählten" Kulturvolkes, der geschichtlichen Rangordnung von Religion, Moral, Kunst und Wissenschaft sehen wir vor uns entstehen und sich gegenseitig beleuchten. Die Quellen der ganzen auf Herstellung eines vollkommenen Menschheitsorganismus gerichteten Fragestellung zeigt uns der Verfasser in der französischen wie in der deutschen Philosophie. Während dort aber die Philosopheme direkt auf ihre Umsetzung in der Praxis hinausliefen, wollten die deutschen Gedankengänge selten mehr als eine theoretische, geschichtsphilosopische Konstruktion sein.

Hinsichtlich der treffenden Kritik, die der Verfasser gibt, würde zu betonen sein, wie der von Kant aufrecht erhaltene Unterschied zwischen Theorie und sittlichem Postulat, zwischen Sein und Sollen von seinen Nachfolgern verwischt ist. Besonders Schelling ist groß in der Verwechslung der Theorie vom tatsächlichen Geschichtsverlauf und dem das Handeln regulierenden Ideal. Nur in dieser letzten Bedeutung hat Kant zum Beispiel seinen Gedanken vom Völkerbund und vom ewigen Frieden verstanden wissen wollen. Doch ist das nur ein Sympton. Von Kant konnte Windelband das seine ganze Bedeutung für die systematische Philosophie aller Zeiten kennzeichnende Wort sprechen: „Kant

verstehen, heißt über ihn hinausgehen." Ein solches Hinausgehen dagegen über seine „Nachfolger" führt an denselben Abgrund, in dem nach Hegels Tod die deutsche Philosophie versank. Ein gründliches Studium dieser Zeit mit rein historischer Blickrichtung, wie sie das genannte Buch darbietet, kann die Philosophie der Zukunft vor einem ähnlichen Todesweg bewahren.

Betont Hegel zum philosophischen Verständnis des Lebens zu sehr die Geisteswissenschaften, so kommen in dem der deutschen idealistischen Philosophie parallel gehenden französischen Positivismus die Naturwissenschaften zu ihrem Recht. Dessen Darstellung in einer neuen „Geschichte der französischen Philosophie seit der Revolution" hat Max Schinz, Privatdozent an der Universität Zürich, unternommen. Bis jetzt liegt nur der erste Band vor: „Die Anfänge des französischen Positivismus. Erster Teil: Die Erkenntnislehre." (Trübner, Straßburg 1914.) Er behandelt die Erkenntnislehren d'Alemberts, Turgots und Condorcets historisch und kritisch. Wie Windelband will der Verfasser eine Geschichte nicht der einzelnen Philosophen, sondern der jeweiligen Probleme geben. In der Beurteilung der französischen und englischen Philosophie dagegen weicht er von diesem Philosophiehistoriker wie von den herkömmlichen Anschauungen ganz erheblich ab. Denn nichts geringeres ist sein Ziel als der Nachweis, daß der französische Positivismus von d'Alembert bis Comte eine Geisteserscheinung sei, die der kantischen Philosophie ebenbürtig geachtet werden dürfe. Aber abgesehen von dieser etwas zu kühnen Behauptung und einer gewissen Verkennung des Wesens der Philosophie Kants wird man dem Verfasser das Verdienst zugestehen müssen, die Geistesgeschichte der vorrevolutionären französischen Philosophie durch Aufhellung der Zusammenhänge in ein klareres und zugleich gerechteres Licht gesetzt zu haben, als sie sich sonst erfreuen darf. Mit den abschätzigen Prädikaten „Populärphilosophen", „Enzyklopädisten" ist es nicht getan. Hier haben wir die Anfänge der französischen positivistischen Philosophie. Hier werden bereits Gedanken Kants vorweggenommen, und wenigstens von Turgot glaubt der Verfasser wegen auffallender Übereinstimmungen mutmaßen zu dürfen, daß unser größter Philosoph ihn gekannt habe.

In eingehenden Kapiteln wird der französische mit dem englischen Positivismus verglichen. Sympathisch berührt mich die gerechte Würdigung des auch heute noch zeitgemäßen Locke gegenüber dem gewiß genialen, aber auch maßlos überschätzten Hume. Neues Licht fällt auch auf Berkeley. Seine Ansätze zu einer positiven Erkenntnistheorie wurden von Hume nicht beobachtet und finden ihre Erfüllung erst in Kants „Analogien der Erfahrung". So will Berkeley nicht nur von Hume, sondern auch von Kant aus rückwärts verstanden werden. Ja Schinz' interessante Untersuchung weiß Keime seines Denkens zu entdecken, die sich erst im Zusammenhang der Gedanken von Schelling und Hegel voll würdigen und nach ihrer philosophischen Fruchtbarkeit werten lassen.

Es muß beklagt werden, daß ein so verdienstvolles Werk wie das vorliegende wegen seines zufälligen Gegenstandes möglicherweise unter der Ungunst

einer leidenschaftlich national erregten Zeit leiden könnte. Ganz davon abgesehen, daß der Gegenstand für uns historisch geworden sein muß und also dem einen Volke nicht in höherem Grade zugehört als dem anderen, dürfte derjenige für das Buch wie für die Auffassung von der Objektivität — zumal deutscher! — wissenschaftlicher Arbeit nicht reif zu nennen sein, der mit anderen als rein wissenschaftlichen Kategorien an das Werk und seinen Gegenstand herantritt. Leider machen die einer befreienden wissenschaftlichen Betrachtung abholden Zeitverhältnisse diese Anmerkung nicht überflüssig.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Lichterfelde West, Sternstraße 56.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum I. Quartal 1916 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11.

YD 11455

AP30 318006
G7 grenzboten
v.74:4

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY